Stefan Zauner
Erziehung und Kulturmission

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 43

R. Oldenbourg Verlag München 1994

Stefan Zauner

Erziehung und Kulturmission

Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949

ROU(1994)
00054

R. Oldenbourg Verlag München 1994

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Zauner, Stefan:
Erziehung und Kulturmission : Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949 / Stefan Zauner. – München : Oldenbourg, 1994
(Studien zur Zeitgeschichte ; Bd. 43)
Zugl.: Tübingen, Univ., Diss., 1992
ISBN 3-486-56056-5
NE: GT

© 1994 R.Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München
Gesamtherstellung: R.Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56056-5

Inhalt

Vorwort 7

Einleitung 9
Forschungslage 9
Forschungsziele, Quellen, Eingrenzung des Themas 14

I. Grundlagen und Traditionen 19

1. Schmittleins Werdegang im Kontext französischer Germanistik, auswärtiger Kulturpolitik und Schulreformbestrebungen bis 1945 19
2. „Was tun mit Deutschland?" – „Die Deutschen umerziehen"!? 40
3. Die französischen Jugend- und Volksbildungsbewegungen bis zur Gründung von *Peuple et Culture* (1945) 47

II. Konzeptionen, Kompetenzen, Konflikte 1945–1949 59

1. Aufbau der Besatzungsbehörden und erste Direktiven 59
2. Besatzungspolitik, Umerziehung und Schulreform 78
Potentielle Mitgestalter in Paris und Baden-Baden 80
Reformen, Widerstände und besatzungspolitische Wandlungen zwischen Frühjahr 1946 und Sommer 1947 86
Deutschlandpolitische Entwicklungen seit Herbst 1947 und alliierte Vorbehaltsrechte im Erziehungswesen 107
Gymnasialreformen als Bindeglied zwischen Umerziehung, Demokratisierung und Elitenaustausch 137
3. Umerziehung und Völkerverständigung. Die Metamorphose der Abteilung für Jugend- und Volksbildung 152
Jugend- und Volksbildungspolitik im Frankreich der ersten Nachkriegsjahre 152
Förderung und Kontrolle der südwestdeutschen Jugendgruppen und Volksbildungseinrichtungen 163
Die Organisation übernationaler Begegnungen 183
4. Auf der Suche nach demokratischen Hochschuleliten 200
Von der militärischen Besetzung zur Wiedereröffnung der Universitäten Tübingen und Freiburg 201
Zwischen Fundamentalkritik und Verteidigung der bestehenden Universitäten 210
Hochschulpolitik im Rheinland 236
Institut Français und *Centres d'Etudes Françaises* 256

5. Frankreichs Kulturmission ... 270
Kunst, Architektur und Literatur in der französischen Zone ... 270
Theater und Musik in Südwestdeutschland ... 288
Die zonenübergreifende Organisation französischer Theateraufführungen, Konzerte und Vorträge ... 294
Lussets *Mission Culturelle* und die Rolle der französischen Konsuln in der Bizone ... 298

Schluß ... 319

Quellen und Literatur ... 327
Archivalische Quellen ... 327
Gedruckte Quellen ... 328
Literatur ... 329
Schriftliche und mündliche Auskünfte ... 343

Abkürzungen ... 345

Personenregister ... 347

Vorwort

Die vorliegende Studie wurde in erweiterter Fassung im Sommersemester 1992 von der Geschichtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen als Dissertation angenommen.

Zu ihrem glücklichen Abschluß haben viele beigetragen, denen ich dafür herzlich danke. Stellvertretend für die Mitarbeiter der besuchten Archive sei der langjährige Leiter der Archives de l'occupation, Werner Henneke, genannt, dessen Sachkenntnis, Hilfsbereitschaft und Liebenswürdigkeit wesentlich die angenehme Atmosphäre in Colmar geprägt haben. Von den Fachkollegen, denen ich wertvolle Anregungen verdanke, möchte ich besonders Dr. Reinhard Grohnert erwähnen, der mir die umfangreichen Tonbandprotokolle zweier Zeitzeugeninterviews zur Verfügung stellte, die er und seine Freiburger Kollegen, unterstützt von der Volkswagen-Stiftung, durchführen konnten. Mir selbst hat vor allem Robert Marquant, ehemals Kabinettschef der *Education Publique* in Baden-Baden, mit wertvollen Hintergrundinformationen weitergeholfen. Daß sich die mit einem solchen Forschungsprojekt verbundenen Aufwendungen realisieren ließen, ist nicht zuletzt das Verdienst der Fazit-Stiftung in Frankfurt/M. und der Hans-Jäckh-Stiftung in Heilbronn, die mir unbürokratisch und großzügig eine finanzielle Zuwendung gewährten.

Mein Doktorvater, Prof. Dr. Gerhard Schulz, vermittelte nicht nur diese beiden Sponsoren; ihm habe ich darüber hinaus vieles zu verdanken: Anregungen und stete Förderung als Student, Geduld und freie Hand bei der Magister- und der Doktorarbeit, die Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Tübingen sowie das Engagement für die Veröffentlichung der Dissertation in einer renommierten Reihe. Seine eingehende, kritisch-konstruktive Lektüre des ursprünglichen Manuskripts hat sehr dazu beigetragen, daß daraus schließlich ein Buch geworden ist. Auch dem Zweitgutachter, Prof. Dr. Franz Knipping, schulde ich in mehrfacher Hinsicht ein „grand merci". Dem Institut für Zeitgeschichte bin ich für die Aufnahme der Arbeit in die „Studien", seinen Mitarbeitern Hellmuth Auerbach und Dr. Norbert Frei für kritisch-kompetente Hinweise und die sorgfältige Betreuung der Druckfassung dankbar. Dem Wunsch der Herausgeber entsprechend, habe ich fremdsprachliche Zitate im Text ins Deutsche übersetzt.

Bei Verwandten, Freunden und Tübinger Kollegen stehe ich für die Nachsicht in der Schuld, die sie über Jahre hinweg dem oftmals Zeit-losen, Gedanken-entrückten gewährten. Insbesondere meiner Frau, die häufig wegen Schmittlein & Konsorten zurückstecken mußte und dennoch ihnen – und mir – so gewogen blieb, daß sie die folgende Geschichte engagiert gelesen hat, bin ich zutiefst verbunden. Ihr und meinen Eltern widme ich dieses Buch.

Einleitung

Forschungslage

Die französische Besatzungspolitik der Jahre 1945 bis 1949 wird seit etwa einem Jahrzehnt peu à peu aus ihrem früheren Schattendasein ans Licht der Historiographie gebracht, so daß die *Zone française d'occupation* mittlerweile ihren Ruf als „vergessene Zone"[1] weitgehend verloren hat. Auch wenn der Forschungsstand zur französischen Besatzungspraxis – stärker als der zur übergeordneten Pariser Deutschlandplanung[2] – noch immer Lücken aufweist und eine wissenschaftlich überzeugende Gesamtdarstellung ein Desiderat geblieben ist[3], konnten doch wichtige Teilbereiche und Einzelaspekte zumindest auf regionaler Ebene mit größerer Tiefenschärfe ausgeleuchtet werden[4]. Ermöglicht wurden solche Erkenntnisfortschritte durch den Beschluß der Pariser Regierung von 1979, das französische Archivgesetz den Bestimmungen der meisten westlichen Länder anzugleichen und die Sperrfrist für die staatliche Aktenüberlieferung auf 30 Jahre zu senken, sofern nicht nationale Sicherheitsinteressen oder personenbezogene Daten betroffen sind[5]. Die Benutzung der in Colmar lagernden Archivbestände der französischen Militärregierung in Deutschland und Österreich sowie der nachfolgenden Hohen Kommission war allerdings bis Mitte der 80er Jahre nur in Ausnahmefällen möglich und blieb so lange ein mühseliges, zeitraubendes Unterfangen, bis im Sommer 1986 ein Arbeitsraum in dem elsässischen Depot eröffnet wurde und die quellengestützte Forschung über die französische Zone in systematischer Weise, wenngleich mit weiterhin bestehenden Einschränkungen, aufgenommen werden konnte[6].

---

[1] Dieses Schlagwort prägte die Süddeutsche Zeitung am 22.11.1947; vgl. Wolfrum, Deutsche Sozialdemokratie, S. 16.

[2] Daß zwischen diesen beiden Bereichen bis 1948/49 unterschieden werden muß, implizierte bereits Grosser, L'Allemagne; ders., Geschichte Deutschlands. Vgl. ferner Willis, The French; Ziebura, Deutsch-französische Beziehungen; Hudemann, Französische Besatzungszone; Lipgens, Bedingungen; ders., Innerfranzösische Kritik; Loth, Sozialismus; ders., Die Franzosen; ders., Deutsche Frage; Poidevin, Frankreich; ders., La France; ders., Neuorientierung; Fritsch-Bournazel, Frankreich; de Cuttoli-Uhel, Politique allemande; Kessel, Westeuropa.

[3] Dies gilt auch für Willis, The French; Scharf/Schröder (Hrsg.), Deutschlandpolitik Frankreichs; erst recht für Hillel, L'occupation française; Thies/von Daak, Südwestdeutschland.

[4] Zum Forschungsstand vgl. Kiersch, Französische Deutschlandpolitik; Hudemann, Französische Besatzungszone; ders., Wirkungen; ders., Grundprobleme; ders., Sozialpolitik, S. 10ff.; Wolfrum, Französische Besatzungspolitik.

[5] Vgl. Loi No. 79–18 vom 3.1.1979, in: JO-RF vom 5.1.1979; Décrets Nos. 79–1037 à 1040 vom 3.12.1979, in: JO-RF vom 5.12.1979; speziell für die Archive des Quai d'Orsay: Décret No. 80–975 vom 1.12.1980, in: JO-RF vom 6.12.1980; zur Archivsituation in Frankreich Martens, Saisir l'avenir; ders., Inventarisierte Vergangenheit.

[6] Zu Provenienz und Konstituierung der Colmarer Bestände bis 1972 vgl. Werner Hennekes „Note au sujet des archives de l'occupation française en Allemagne et en Autriche" vom 9.9.1982 im Sekretariat des Colmarer Archivs; Wolfrum, Französisches Besatzungsarchiv; Hudemann, Französische Archive; ders., Sozialpolitik, S. 13f.

Die seither auf der Basis der französischen Akten entstandenen Untersuchungen tragen in ihrer Mehrheit, wenngleich nicht einheitlich und widerspruchsfrei, zur Untermauerung eines Trends bei, der dahin geht, die vorherrschenden Interpretationsmuster zu differenzieren, und als dessen Spiritus rector der Saarbrücker Historiker Rainer Hudemann gelten kann. Entgegen einer lange Zeit dominierenden, häufig recht pauschal argumentierenden Verurteilung der französischen Okkupationspraxis „als besonders hart, eigennützig und revanchistisch“[7] sucht die neuere Richtung einerseits manche bedrückenden Erscheinungen der unmittelbaren Nachkriegszeit als in ihrem tatsächlichen Ausmaß überzeichnet oder als zu Unrecht ausschließlich der Besatzungsmacht angelastet zu nuancieren. Andererseits will sie konstruktive Neuordnungsansätze, die von französischen Dienststellen in Südwestdeutschland verfolgt wurden, allerdings oftmals scheiterten oder vorübergehend versandeten, sowie die Handlungsspielräume deutscher Politiker und Beamter deutlich herausarbeiten[8]. Während die „Orthodoxen“ ihre kritische Einschätzung bis Anfang der achtziger Jahre zwangsläufig auf deutsche und amerikanische Primärquellen stützten und an kollektive oder persönliche Zeugnisse deutscher wie angelsächsischer Zeitgenossen anknüpften[9], in deren Gedächtnis die Gravamina gegen die ungeliebte französische Besatzungsmacht lebendig geblieben waren[10], bemühen sich die „Revisionisten“[11] in Kenntnis der französischen Akten stärker um eine immanente Sichtweise, d. h. um die Berücksichtigung individueller oder gruppenspezifischer Intentionen sowie grundsätzlicher Divergenzen[12] und rivalisierender Alternativkonzepte innerhalb des *Gouvernement Militaire* bzw. der Pariser Instanzen.

Auf diesem in rapider Entwicklung begriffenen Forschungsgebiet nehmen *rééduca-*

---

[7] Hudemann, Zur Politik, S. 31. Eine negative Charakterisierung der französischen Besatzungspolitik durchzieht zahlreiche Überblicksdarstellungen, vgl. z. B. Eschenburg, Jahre der Besatzung, S. 96; Steininger, Deutsche Geschichte, Bd. 1, S. 70. Henke, Politik der Widersprüche, S. 89, nennt Frankreichs Haltung eine „Politik des als ob“.

[8] Vgl. Hudemann, Zur Politik; ders., Entstehung des Landes; ders., Wiedergutmachung; ders., Wirtschaftsgeschichte; ders., Sozialpolitik; ders., Kontrollrat; ders., Besatzungsmächte; Lattard, Gewerkschaften; Ludmann-Obier, Chemische Industrie; Wolfrum, Deutsche Sozialdemokratie; Kusch, Wiedergründung der SPD; Friedrich, Rundfunk; Grohnert, Entnazifizierung; noch ohne französisches Archivmaterial: Henke, Politische Säuberung.

[9] Die Verbindung von persönlich Erlebtem und wissenschaftlicher Beschäftigung zeigt sich bei Eschenburg, der die Nachkriegszeit in Tübingen verbrachte und zeitweilig im Staatssekretariat Carlo Schmids den Posten des Flüchtlingskommissars innehatte. Eine starke Prägung durch den antifranzösischen Tenor der amerikanischen Quellen wird deutlich bei Krieger, Clay. Auch Henkes Arbeiten spiegeln die frankreichkritische Einschätzung der deutschen und amerikanischen Zeugnisse wider.

[10] Folgende Stichworte mögen an dieser Stelle genügen: Schwarzwaldabholzungen, Lebensmittelrequisitionen, Maschinenentnahmen, Fabrikdemontagen, geheimpolizeiliche Überwachung, autoritäres Gebaren, Abschottung der eigenen Zone nach außen, Isolierung der Regionen im Innern, Abtrennung der Saar, Pläne zur Internationalisierung des Rhein- und Ruhrgebiets, hartnäckige Ablehnung deutscher Zentralinstanzen und (scheinbare) Vetopolitik im Alliierten Kontrollrat.

[11] Die plakativen Etikettierungen „Orthodoxe“ und „Revisionisten“ sind keineswegs im Sinne völliger Einheitlichkeit oder faktischer Gruppenbildung der so bezeichneten Interpretationsrichtungen zu verstehen. Selbstverständlich sind die Übergänge zwischen beiden Positionen fließend.

[12] Vgl. Lattard, Zielkonflikte.

tion und *action culturelle* als eng miteinander verflochtene Teilbereiche der französischen Deutschlandplanung und Besatzungsherrschaft sowohl in der zeitgenössischen Beurteilung als auch in der Historiographie unübersehbar einen Sonderstatus ein. Zum einen eilt ihnen der Ruf voraus, zu den am besten erforschten Handlungsfeldern zu gehören[13]; zum anderen verbuchen kritikfreudige „Orthodoxe" ebenso wie verständnisbereite „Revisionisten" die kulturellen Aktivitäten im engeren Sinne zumindest als empirischen Befund ganz oben auf der Habenseite französischer Präsenz zwischen Koblenz und Konstanz, Leutkirch und Lörrach[14]. In der Tat gehört Frankreichs Umerziehungs- und Kulturpolitik keineswegs zu den „weißen Flecken" der Geschichtsschreibung, zumindest was den geographisch begrenzten Schauplatz der französischen Zone und den engen Rahmen der Besatzungsära selbst betrifft. Allerdings ist in diesem abgesteckten Bereich zwar die schmucke Fassade bekannt, doch die Hintergründe der eindrucksvollen Leistungsbilanzen blieben bislang weitgehend im dunkeln. Ein solcher Befund überrascht wenig, wenn man sich den Charakter des Quellenmaterials vergegenwärtigt, das der Forschung bis vor einiger Zeit zur Verfügung stand: zumeist Selbstdarstellungen aus dem Munde oder der Feder ehemals Beteiligter, die aus berechtigtem Stolz auf das Geleistete bereitwillig Auskunft gaben und dies als intellektuelle Mittler zwischen Deutschland und Frankreich in eloquenter Weise zu tun vermochten.

Schon die seinerzeit in Baden-Baden zuständige Erziehungsabteilung der Militärregierung brachte in einer 1947 veröffentlichten Broschüre ihr bis dahin vollbrachtes Œuvre einem größeren deutschen und französischen Publikum zur Kenntnis[15]. Ein Jahr später erfuhr die amerikanische Öffentlichkeit aus der Zeitschrift „Foreign Affairs", daß die Franzosen in ihrer Besatzungszone besonderen Nachdruck auf kulturelle Belange legten. Percy Bidwell, Forschungsdirektor im *Council on Foreign Relations*, hatte im Frühjahr 1948 der französischen Zone einen knapp zweiwöchigen Besuch abgestattet und mit Schmittlein und seinen Mitarbeitern gesprochen. In einer durchweg positiven Würdigung ihrer Bemühungen kam er zu der Schlußfolgerung: „Mit der Entscheidung, erzieherischen und kulturellen Aktivitäten besonderen Nachdruck zu verleihen, scheinen die französischen Besatzungsbehörden den Spezifika ihrer Zone und der bestmöglichen Nutzung der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen gewissenhaft Rechnung zu tragen. Für eine wirtschaftliche Entwicklung bestehen kaum Möglichkeiten in der französischen Zone [...]. Andererseits sind die Franzosen gut gerüstet, um in ihrer Zone ein Umerziehungs- und Kulturprogramm in Gang zu setzen [...]."[16]

Die wohlwollenden Darlegungen des amerikanischen Berichterstatters blieben keine Ausnahme. Bidwells Landsmann Frank Willis räumte in seinem 1962 erschienenen Überblick den kulturellen Aktivitäten, die er als positiven Beitrag Frankreichs zur demokratischen Umorientierung der Deutschen würdigte, breiten Raum ein. Die auf veröffentlichtem Quellenmaterial und zahlreichen Interviews mit ehemals Beteiligten basierende Studie präsentiert die eindrucksvolle Gesamtbilanz der französischen In-

[13] Vgl. Hudemann, Französische Besatzungszone, S. 23; ders., Sozialpolitik, S. 10.
[14] Vgl. auf „orthodoxer" Seite z. B. Henke, Politik der Widersprüche, S. 88.
[15] Commandement en Chef Français en Allemagne/Direction de l'Education Publique, L'Œuvre culturelle.
[16] Bidwell, Reeducation, S. 83 f.

itiativen, deren Erfolg für Willis außer Zweifel steht[17]. Politisch-ideologische Divergenzen sowie strukturelle und persönlichkeitsbedingte Spannungen innerhalb des Besatzungsapparats blieben dem Autor keineswegs verborgen. Bis heute verdanken ihm nachfolgende Historiker grundsätzliche Einsichten, die sie auf weiterführende Fragestellungen hinlenkten. Seine Erkenntnisse über innerfranzösische Konflikte um Konzeptionen und Kompetenzen auf den Bildungsbereich zu übertragen, konnte Willis mit dem seinerzeit verfügbaren Material allerdings noch nicht gelingen.

Ebenfalls schon frühzeitig vermittelten die wiederholt aktualisierten Deutschlandbilanzen Alfred Grossers einen Überblick über das bildungspolitische Wirken der französischen Besatzungsmacht[18]. Der in Deutschland geborene Franzose, der 1948 Generalsekretär des Pariser *Comité Français d'Echanges avec l'Allemagne Nouvelle* wurde[19] und die Wiederaufnahme kultureller Beziehungen zwischen seinen beiden Vaterländern aus nächster Nähe verfolgte, sah in diesem Sektor das entscheidende Vorspiel zu der in den fünfziger Jahren angebahnten Verständigung, die im Elysée-Vertrag und der Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks 1963 ihren glanzvollen Ausdruck fand.

Wegbegleitern wie Grosser und ehemals aktiven, direkt verantwortlichen Gestaltern der französischen Kultur- und Erziehungspolitik im Nachkriegsdeutschland hatte es der amerikanische Politologe Richard Gilmore zu verdanken, daß er 1971, lange vor Öffnung der französischen Archive, seine Genfer Dissertation fertigzustellen vermochte. Er konnte für seine Untersuchung nicht nur auf gedruckte Quellen, sondern auch auf unveröffentlichte Dokumente zurückgreifen, die einige der konsultierten Zeitgenossen nach dem Ausscheiden aus dem Dienst für die französischen Kulturbehörden mitgenommen hatten[20]. Auf dieser Basis gelang ihm die seither umfassendste Darstellung der staatlichen wie privaten Kultur- und Erziehungspolitik, die Frankreich während des ersten Nachkriegsjahrzehnts in Deutschland betrieb. Allerdings vermag die zum Standardwerk avancierte Studie in mehrfacher Hinsicht nicht völlig zu überzeugen. Aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive wiegt die mangelnde Ausführlichkeit und Dichte der Darstellung am schwersten, das vielfach nur kursorische Aneinanderreihen unterschiedlicher Phänomene, das über allgemeine, oft ungesicherte Erklärungen nicht hinausgelangt und zu situationsspezifischen Hintergründen nicht vorzustoßen vermag. Offenbar hängt dieses Manko mit der selektiven Quellengrundlage zusammen, die den Autor in bestimmten Bereichen zwang, sich mit wenigen Einzeldokumenten zu begnügen, ohne das zum tieferen Verständnis notwendige Umfeld eines Sachverhalts genügend ausleuchten zu können, da die Folge- oder Parallelüberlieferung fehlte. Zudem macht sich Gilmores Abhängigkeit von seinen teilweise auf Anonymität bedachten Informanten in dreifacher Hinsicht bemerkbar: indem mündliche Hintergrundinformationen ohne Beleg mitgeteilt werden, also unüberprüfbar bleiben; indem auch die weniger selbstkritischen Darlegungen der ehemaligen Protagonisten die Wertungen des Autors beeinflußten; indem schließlich die Auswahl der Gesprächspartner die Berücksichtigung oder unbegründete Auslassung

[17] Vgl. Willis, The French, S. 179.
[18] Vgl. Grosser, L'Allemagne, S. 119f., 294ff.; ders., Geschichte Deutschlands, S. 82ff.
[19] Vgl. ders., Mounier.
[20] Vgl. Danksagung und Literaturverzeichnis in Gilmore, France's Policies, außerdem die Hinweise ebenda, S. 16.

bestimmter Themenfelder präjudizierte[21]. Doch ungeachtet solcher kritischen Einwände ist zu betonen, daß die amerikanische Dissertation, vergleichbar der Pionierstudie von Willis über Frankreichs Besatzungspolitik im allgemeinen, Standards setzte und eine Fülle wertvoller, teilweise unwiederbringlicher Informationen zusammentrug, die für weiterführende Untersuchungen ein unerläßliches Fundament bilden.[22]

Ein qualitativ neues Kapitel in der Erforschung französischer Kultur- und Erziehungspolitik in Deutschland begann mit den achtziger Jahren, nachdem die in Paris und Colmar archivierten Akten geordnet, verzeichnet und der Wissenschaft zugänglich gemacht worden waren. Gleichzeitig trugen immer häufiger ehemals Beteiligte mit ihren Erinnerungen zur Erhellung zahlreicher Sachverhalte bei. Bereits 1981 veröffentlichte Jérôme Vaillant einen Sammelband zur Entnazifizierungs- und Kulturpolitik der Besatzungsmächte[23], der überwiegend solche Erfahrungsberichte enthielt und dessen auf Frankreich bezogener Teil drei Jahre später in deutscher Übersetzung erschien[24]. Aus der Einleitung wird ersichtlich, daß der Herausgeber erste, noch unverzeichnete Akten aus dem Colmarer Besatzungsarchiv eingesehen hatte; auch sind im Anhang zwei wichtige Dokumente abgedruckt. In weiteren Aufsätzen hat Vaillant inzwischen unterschiedliche Sektoren der französischen Erziehungspolitik skizziert und pointiert beurteilt[25]. Zur selben Zeit verschoben sich in der Spezialforschung insgesamt die Gewichte zugunsten archivgestützter Untersuchungen. 1985 fanden in Tübingen, direkt aufeinanderfolgend, zwei Symposien zur französischen Bildungs- und Kulturpolitik in Südwestdeutschland statt, bei denen Historiker und Zeitzeugen zusammentrafen, um in der Konfrontation ihrer unterschiedlichen Erfahrungshorizonte und Sichtweisen[26] eine fruchtbare Synthese zu versuchen. Während beim ersten Tübinger Kolloquium ausschließlich die Hochschulpolitik zur Diskussion stand[27], wurde beim zweiten eine große Bandbreite an Themenkomplexen behandelt[28]. Weitere Tagungen zur französischen Besatzungspolitik und ihren kulturellen Aspekten folgten[29].

Schließlich ist unter den bisherigen Forschungsarbeiten ein Aufsatz Georges Cuers zu nennen, der als erster auf der Basis zentraler Aktenstücke aus Colmar und dem Archiv des Pariser Außenministeriums eine Synopse zur Bildungspolitik Frankreichs in

---

[21] Auffälligstes Beispiel für einen völlig ausgeklammerten Bereich ist Frankreichs Kulturpolitik außerhalb der eigenen Zone, insbesondere die Tätigkeit der Mission Culturelle. Diese Auslassung wird von Gilmore nicht begründet und rührt vermutlich daher, daß er, von Vertretern privater Organisationen abgesehen, nur mit vormaligen Angehörigen der Baden-Badener Erziehungsabteilung in Verbindung stand, deren Beziehungen zur Mission Culturelle sehr kühl waren.

[22] Vgl. Bariéty, L'action culturelle, S. 249f.

[23] Vaillant (Ed.), Dénazification.

[24] Ders. (Hrsg.), Französische Kulturpolitik.

[25] Vgl. ders., Bildungspolitik; Frankreichs Kulturpolitik; Aspects; Einführung.

[26] Vgl. Chevals „Nachtrag", in: Knipping/Le Rider (Hrsg.), Frankreichs Kulturpolitik, S. 259ff.

[27] Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere. Als „alltagsgeschichtliches" Pendant hierzu Krönig/Müller, Nachkriegssemester.

[28] Knipping/Le Rider (Hrsg.), Frankreichs Kulturpolitik.

[29] Vgl. Die französische Deutschlandpolitik; France-Allemagne; Jurt (Hrsg.), „Franzosenzeit"; ders. (Hrsg.), Besatzungszeit; ferner die bislang unveröffentlichten Kolloquien: Le rapprochement franco-allemand en matière de politique de Jeunesse et de Culture Populaire (1945–1963), Florenz, 1./2.10.1990; Kulturpolitik der Besatzungsmächte in Deutschland 1945–1950, Paderborn, 3.-5.4.1992.

seiner Besatzungszone zusammenstellte[30]. Als Konservator am Quai d'Orsay, der einen großen Teil der ausgewerteten Dokumente selbst geordnet und verzeichnet hatte, war Cuer zu diesem Unterfangen berufen. Es entstand eine glänzende Skizze, die Schmittleins Reformversuche im Schulbereich, die Wieder- oder Neueröffnung der südwestdeutschen Hochschulen, die Förderung der Jugend und ihrer Organisationen, die eigentliche Kultur- wie die Erwachsenenbildungspolitik und schließlich den schleichenden Machtverlust der *Direction de l'Education Publique* in knappen, klaren Strichen nachzeichnet. Streift Cuer mit der Eingangsfrage „rééduquer ou réorienter?" das sich den Besatzungsmächten stellende Problem, ob die Deutschen auf dem Wege einer autoritär verfügten Umerziehung oder einer „sanften" Umlenkung zu Friedfertigkeit und demokratischem Geist gebracht werden sollten, so konstatiert er in seiner Bilanz die Licht- und Schattenseiten: „Im Laufe der Zeit wurde klar, daß zwischen den angestrebten kulturellen Beziehungen und dem Besatzungsregime eine Antinomie bestand, auch wenn letzteres gewisse Einrichtungen ermöglichte, die von den Deutschen später beibehalten wurden."[31] Insgesamt jedoch sei das kulturpolitische Wirken der Franzosen im deutschen Südwesten der Jahre 1945 bis 1949 positiv zu bewerten, weil es mit dazu beigetragen habe, Deutsche und Franzosen einander dauerhaft näherzubringen. Da sich Cuer angesichts des begrenzten Raumes, der ihm für seinen Aufriß zur Verfügung stand, mit der Auswertung einer überschaubaren Anzahl an Dokumenten begnügen durfte, kann und will diese Skizze noch nicht als endgültiges, alle Dimensionen, Perspektiven und Schattierungen ausleuchtendes Gesamttableau betrachtet werden.

Auch wenn inzwischen also ein beachtliches Mosaik der französischen Erziehungs- und Kulturpolitik im Südwestdeutschland der Nachkriegszeit entstanden ist, sind doch eine Reihe zentraler Fragen unbeantwortet oder bestenfalls kontrovers beurteilt geblieben. Dieser Befund steht nicht zuletzt mit der Tatsache in Zusammenhang, daß eine umfassende, systematische Auswertung des französischen Archivmaterials bislang nicht erfolgt war[32].

Forschungsziele, Quellen, Eingrenzung des Themas

Die vorliegende Untersuchung will im ersten Teil eine Lücke schließen, indem sie die genetischen Aspekte der französischen Erziehungs- und Kulturpolitik in Deutschland, ihre historische Dimension hervorzuheben sucht. Erstaunlicherweise sind offenkundige Traditionen und mögliche Vorbilder, aber auch die geistigen und geisteswissenschaftlichen Grundlagen der nach 1945 unternommenen Bemühungen weitest-

[30] Cuer, L'action culturelle. Auch Marquant, La politique culturelle, verließ sich nicht nur auf sein gut funktionierendes Erinnerungsvermögen, sondern stützte sich ebenfalls bereits auf Akten, ohne dies im einzelnen kenntlich zu machen.

[31] Cuer, L'action culturelle, S. 58.

[32] Wenige Monate nach Fertigstellung der vorliegenden Untersuchung schloß Corine Defrance in Paris ihre von Jacques Bariéty betreute Dissertation über „L'influence culturelle française à Mayence et en Rhénanie-Palatinat, 1945–1955" ab. Diese Arbeit soll ebenso wie Monique Momberts überarbeitete und erweiterte Dissertation, Jeunesse allemande, demnächst in Straßburg veröffentlicht werden.

gehend ausgeblendet geblieben. Zu diesem Manko gehört die vorherrschende Fixierung auf die unmittelbare Besatzungszeit, die implizite Annahme einer „Stunde Null" für das französische Aktivwerden, die oft mit dem Hinweis auf den Vorbereitungsrückstand der erst spät in den Kreis der Besatzungsmächte aufgenommenen Franzosen untermauert wird. Allenfalls kamen Planungen der letzten Kriegsmonate, insbesondere Überlegungen zur Umerziehungsfrage zur Sprache[33]. Auch für den Bereich der *culture populaire*, der außerschulischen Jugendförderung und Erwachsenenbildung, ließen nur vereinzelte Anspielungen erkennen, daß Entwicklungen der Zwischenkriegszeit nicht ohne Einfluß geblieben waren[34]. Das umfassende Handlungsfeld der auswärtigen Kulturpolitik, auf dem Frankreich seit über hundert Jahren eine Vorreiterrolle spielt, wurde ebenfalls nur beiläufig thematisiert[35]. Darüber hinaus beherrschte die bisherigen Darstellungen eine ausschließlich bilaterale Perspektive, die Konzentration auf deutschland- und besatzungspolitische Erwägungen der verantwortlich planenden und handelnden Franzosen. Nicht gefragt wurde hingegen nach Konzeptionen, die möglicherweise für eine Umsetzung in Frankreich selbst entworfen wurden und nach 1945 auf Deutschland übertragen werden sollten. Für die Bereiche der Schulreformbestrebungen sowie der Jugendförderung und Erwachsenenbildung besitzt eine solche Vermutung einige Plausibilität.

Schließlich soll eine weitere Spur verfolgt werden, die bislang indirekt in den meisten Darstellungen vorgezeichnet, jedoch nie systematisch ausgebaut wurde: Es gilt, die von allen Beobachtern als überragend bezeichnete Rolle Raymond Schmittleins, des *Directeur de l'Education Publique*, der als Gaullist der ersten Stunde und Vertrauter des Oberbefehlshabers Koenig zum scheinbar allmächtigen, wenngleich umstrittenen Erziehungs- und Kulturdirektor für Französisch-Südwestdeutschland avancierte, auf ihr wahres Ausmaß zu überprüfen. Hierfür werden Schmittleins Persönlichkeit und Werdegang wenigstens in den Dimensionen beleuchtet, die Aufschlüsse über seine Ideen, sein Handeln und seine Durchsetzungschancen in Baden-Baden zu geben versprechen. Dabei erweist sich, daß nicht nur das Individuum in verantwortlicher Position das geschichtswissenschaftliche Interesse verdient, sondern daß der Philologiestudent der 20er, der Lehrer und im Ausland tätige Pädagoge der 30er, schließlich der gaullistische Widerstandskämpfer der frühen 40er Jahre einerseits als Vertreter seiner „génération intellectuelle", der „génération de 1905"[36] betrachtet werden darf, andererseits an den Schnittpunkten all jener Traditionslinien zu finden ist, die sich zum Netz der Grundlagen französischer Erziehungs- und Kulturpolitik in Deutschland nach 1945 verknüpften. Wenn daher im ersten Teil eine Skizze des Schmittleinschen Werdegangs an verschiedenen Stationen zum Ausgangspunkt für thematisch-historische Exkurse wird, so bilden diese keineswegs zufälliges Rankenwerk, sondern sind sie gleichgewichtiger Bestandteil eines Interpretationsansatzes, der die Bedeutung exponierter Persönlichkeiten mit der Wirkungsmächtigkeit geistiger, sozialer und institutioneller Kräfte verbindet. Jene „Bringschuld" der Geschichtswissenschaft einzulösen,

---

[33] So bei Ruge-Schatz, Grundprobleme, S. 91 ff.
[34] Vgl. Rovan, Relations.
[35] Vgl. Vaillant, Aspects, S. 204 f.; ders., Frankreichs Kulturpolitik, S. 205 f.
[36] Vgl. zu diesem Konzept Sirinelli, Génération intellectuelle; ferner die Beiträge in: ders. (Dir.), Générations intellectuelles.

zu der eine Biographie Schmittleins inzwischen deklariert wurde[37], gehört indessen nicht zu den Ambitionen dieser Untersuchung.

Im Hauptteil wird anschließend der Versuch unternommen, durch eine systematische Sichtung des von den verschiedenen Planungsstellen und verantwortlichen Behörden überlieferten Aktenmaterials den Motiven, Zielsetzungen und Implikationen französischer Erziehungs- und Kulturpolitik in ihrer Heterogenität, ihren Unverträglichkeiten oder Kombinationen tiefer auf den Grund zu gehen, als dies ohne Kenntnis der Archive bislang geschehen konnte. Vor allem wurden die Colmarer Akten der Militärregierung in Baden-Baden und Berlin sowie des Pariser *Commissariat Général aux Affaires Allemandes et Autrichiennes* ausgewertet. Im Mittelpunkt stand die insgesamt reichhaltige, gut erschlossene Überlieferung der *Direction de l'Education Publique* und der *Mission Culturelle*, die – seit September 1946 in Berlin, ab Mitte 1948 in Mainz ansässig – für Frankreichs kulturelle Präsenz außerhalb der eigenen Besatzungszone zuständig war. Aber auch die Akten des Zivilkabinetts von General Koenig, seines Politischen Beraters, der bis 1948 in Baden-Baden und Berlin einen Arbeitsstab hatte, die Dossiers des bis Ende 1947 amtierenden Verwaltungschefs Laffon sowie ein Bestand, der erst vor wenigen Jahren in der französischen Botschaft in Bonn aufgefunden und nach Colmar transferiert wurde, erwiesen sich als aufschlußreich für kultur- und erziehungspolitische Fragestellungen. Schließlich enthalten die von der deutschlandpolitischen Koordinationsstelle in Paris, dem Generalkommissariat, überlieferten Akten ungeachtet der geringen Bedeutung dieser Behörde eine Fülle wichtiger Dokumente zu bildungsspezifischen Fragen. Im Archiv des Quai d'Orsay wurden nicht nur die auf Deutschland bezogenen Bände der Nachkriegsserien Y und Z sowie der Kulturdirektion, sondern auch Bestände aus der Kriegszeit (Exil und Résistance) ausgewertet. Ein Überraschungsfund im Pariser Nationalarchiv warf erstmals Licht auf Schmittleins aktive Rolle in jener Kommission, die 1944 in Algier über die Reform des französischen Schulwesens beriet. Dem innerfranzösischen Blickwinkel der Untersuchung entsprechend, wurden deutsche Archivbestände nur zu ausgewählten Einzelbereichen komplementär herangezogen. In manchen Fällen ließen unerwartete Hindernisse – etwa die restriktive Benutzungsordnung des Freiburger Universitätsarchivs oder die erst rudimentäre Erschließung der Mainzer Universitätsakten – einen geringen Erkenntnisgewinn für die gewählte Problemstellung erwarten, so daß entweder der gänzliche Verzicht oder ein Ausweichen auf übergeordnete Registraturen (im Falle der Mainzer Hochschulgründung auf das Landesarchiv Speyer) angebracht erschien.

Eine zentrale Frage gilt der Existenz und den Konsequenzen rivalisierender französischer Konzeptionen[38], aber auch deutscher und französischer Widerstände gegen Maßnahmen der Militärregierung[39]. Dem notorischen Spannungsverhältnis zwischen Zentralisierungs- und Dezentralisierungsbestrebungen[40] ist gerade in diesem Kontext besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Von Interesse erscheint darüber hinaus, welches Eigengewicht, welche Eigendynamik und welche Rückwirkungen die in der fran-

[37] Diskussionsbeiträge Fischers und Chevals, in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 33f. und 36; vgl. auch Bariéty, L'action culturelle, S. 251. Zu der nach wie vor ungeklärten Frage, ob ein Nachlaß Schmittleins existiert, vgl. die Erörterungen ebenda, S. 34f.

[38] Vgl. Hudemann, Zur Politik, S. 51.

[39] Vgl. ders., Sozialpolitik, S. 555f.

[40] Vgl. ders., Zentralismus.

zösischen Zone und im übrigen Deutschland betriebene Erziehungs- und Kulturpolitik auf die Definition der Pariser Deutschlandplanungen im Laufe der Zeit erlangte[41]. Zu fragen ist ferner, ob es interalliierte Absprachen gab und welches Gewicht gegebenenfalls Einflüsse oder (antizipierte) Reaktionen der Verbündeten auf die Ausgestaltung der in Baden-Baden und Berlin vorgesehenen Maßnahmen hatten[42]. Schließlich soll der grundsätzliche Stellenwert, den die Erziehungs- und Kulturpolitik im Gesamtrahmen der französischen Deutschland- und Besatzungspolitik einnahm, präziser ausgelotet und abgewogen werden. Die vorliegende Untersuchung will damit einen Beitrag zur kontroversen Diskussion darüber leisten, ob die französische Erziehungs- und Kulturpolitik ein eigenständiges Element oder doch nur Fassade und „Ablenkungsmanöver" zur Verschleierung anderer Ziele der Pariser Deutschlandstrategen war[43]; ob sie neben dem Streben nach politisch-territorialen Garantien und wirtschaftlicher Nutzbarmachung („Ausbeutung") der eigenen Besatzungszone eine gleichwertige „dritte Säule" der französischen Sicherheitspolitik darstellte oder ob eine solche Vorstellung die faktische Konzeptionslosigkeit in Paris unzulässig rationalisiert[44]; ob schließlich die Erziehungs- und Kulturpolitik ein autonom gestaltetes Handlungsfeld darstellte oder als Funktion anderer Tätigkeitsbereiche der französischen Besatzungspraxis definiert wurde[45].

Die vorliegende Untersuchung erhebt nicht den Anspruch einer Gesamtdarstellung, die alle in irgendeiner Weise mit dem Erziehungswesen oder dem Kulturleben zusammenhängenden Teilbereiche berücksichtigt. Ausgeklammert bleiben insbeson-

---

[41] Vgl. ders., Sozialpolitik, S. 550: Das „Eigengewicht der Besatzungssituation" dürfe im Hinblick auf die Entwicklung der gesamten Pariser Deutschlandpolitik „nicht unterbewertet werden".

[42] Vgl. ebd., S. 554f.: Die Entscheidungsabläufe im Bereich der Sozialversicherung erwiesen, „daß die in der [französischen] Zone praktizierte Politik auf interalliierte Absprachen in viel weit[er]gehender Form Rücksicht nahm, als dies bisher vermutet wurde".

[43] Vgl. Eschenburg, Jahre der Besatzung, S. 97: Frankreichs Kulturwerbung habe vor allem „die Härten der Besatzungspolitik überspielen" sollen; daran anknüpfend Chevals Diskussionsbeitrag in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 50. Hudemann hingegen betont, „[d]aß die französische Kulturpolitik nicht nur Fassade war [...]" (Kulturpolitik, S. 27); ebenso Heinemann, Bildung und Wissenschaft, S. 53: „Eine offensive Kulturpolitik [...] war auch bei den Franzosen trotz Hunger[s] kaum Camouflage der in wirtschaftlichen Dingen bekanntermaßen harten Besatzungspolitik."

[44] Die These der „dritten Säule" vertritt Hudemann, Kulturpolitik, S. 27 und 30f.; ders., Grundprobleme, S. 30f. Vaillant hingegen warnt davor, „einen großangelegten und wohlüberlegten Plan der französischen Regierung" anzunehmen, in dem die Kulturpolitik gleichrangig neben politischen Sicherheitsgarantien und ökonomischer Nutzbarmachung gestanden habe (Einführung, S. 65).

[45] Vgl. Heinemann, Bildung und Wissenschaft, S. 53f.: „Die Mitglieder der Erziehungsabteilung unter Schmittlein hatten einen weitgehenden [...] Gestaltungsfreiraum, Kulturpolitik in ihrem ganz persönlichen Sinne als Mittel zur Verständigung zu entwickeln. Sie waren [...] keine Erfüllungsgehilfen irgendwelcher Bestrafungspolitik." Hudemann hingegen sieht die Erziehungs- und Kulturpolitik als Teil der französischen Sicherheitspolitik, „da Umerziehung und Demokratisierung ihrerseits zur Verhinderung künftiger Kriege beitragen sollten" (Kulturpolitik, S. 31). Vaillant argumentiert, daß die Kulturpolitik zwar „nicht losgelöst von Frankreichs Sicherheitspolitik betrachtet werden" könne, zugleich aber deren Bedürfnissen „nicht unterworfen werden" mußte, da sich „die französischen Besatzungsoffiziere, pauschal betrachtet, von einem gemeinsamen Deutschlandbild leiten ließen [...]" (Frankreichs Kulturpolitik, S. 217).

dere die von französischen Privatpersonen verantworteten Initiativen, wie die des Jesuitenpaters Jean du Rivau („B.I.L.D.", „Dokumente – Documents") oder anderer Herausgeber deutsch-französischer Zeitschriften, die verschiedentlich bereits gewürdigt wurden[46], jedoch weiterhin einer umfassenden Untersuchung harren. Nicht eigens thematisiert werden ferner jene Sektoren der Informationspolitik, die Berührungen mit dem kulturellen Sektor aufweisen und an anderer Stelle schon eine aktengestützte Darstellung gefunden haben: die Lenkung der Presse[47] und des Rundfunks[48] sowie die Kontrolle des Buch- und Verlagswesens[49]. Geographisch umfaßt die Untersuchung im Prinzip das von den Vier Mächten besetzte Deutschland, wobei der französischen Zone ein den historischen Gegebenheiten entsprechendes Übergewicht zukommt und die sowjetische stark unterbelichtet bleiben muß. Das Ende 1946 von der französischen Zone abgetrennte, in Frankreichs Wirtschaft und Verwaltung integrierte Saarland wurde schon wegen der komplizierten Quellenlage nicht als eigener Untersuchungsgegenstand einbezogen[50]. Schließlich kann die deutsche Seite, die Bank der Nutznießer oder „Opfer" französischer Bildungsbemühungen, nur dann Berücksichtigung finden, wenn ihre Reaktionen erkennbare Auswirkungen auf die innerfranzösischen Entscheidungsabläufe zeitigten. Einerseits kamen einheimische Akteure und Opponenten insbesondere in regional- oder landesgeschichtlichen Arbeiten zur Schulpolitik bereits ausführlich zu Wort[51]; andererseits dürfte eine abschließende, auf gesicherten Überlieferungen basierende, die gesamte französische Zone umfassende Darstellung aus deutscher Sicht aufgrund der Dezentralisierung des hiesigen Archivwesens (Hauptstaats-, Staats- bzw. Landes-, Kreis-, Stadt- und Gemeinde-, Kirchen- sowie Universitätsarchive) noch einige Zeit auf sich warten lassen. In diesem Zusammenhang werden auch persönliche Nachlässe oder Nachlaßreste vermutlich eine wichtige Rolle spielen.

[46] Vgl. Gilmore, France's Policies, S. 169ff.; die Beiträge von Wintzen und Maignial in: Vaillant (Hrsg.), Französische Kulturpolitik, S. 143ff.; die Beiträge von Wintzen, Ménudier und Wackenheim in: Knipping/Le Rider (Hrsg.), Frankreichs Kulturpolitik, S. 335ff.; Birkert, Goldene Tor.

[47] Vgl. Schölzel, Pressepolitik; Koszyk, Pressepolitik, S. 260ff.; Walchner, Entwicklung, S. 73ff., 183ff.

[48] Vgl. Friedrich, Rundfunk; Welzel, Rundfunkpolitik.

[49] Vgl. Mombert, Jeunesse allemande; dies., Buch- und Verlagspolitik.

[50] Vgl. hierzu Küppers, Bildungspolitik im Saarland; Universität des Saarlandes. Die komplizierte Erschließung der weitverstreuten das Saarland betreffenden französischen Akten durch eine Saarbrücker Forschergruppe ist inzwischen abgeschlossen; vgl. die erste Zwischenbilanz bei Hudemann/Poidevin (Hrsg.), Die Saar.

[51] Vgl. Gilmore, ebenda, S. 84ff.; Küppers, ebenda; Winkeler, Schulpolitik; Ruge-Schatz, Umerziehung; Müller, Konfessionell; ders., Verhältnis; Witz, Simultanschule; Girod de l'Ain, Résistance; Thierfelder, Kirchenpolitik; ders., Besatzungsmacht; Mombert, L'Eglise; Auerbach, Französische Besatzungsmacht.

I. Grundlagen und Traditionen

1. Schmittleins Werdegang im Kontext französischer Germanistik, auswärtiger Kulturpolitik und Schulreformbestrebungen bis 1945

18. April 1945. Für die Bewohner des nördlichen Schwarzwaldes nahm der Zweite Weltkrieg in diesen Tagen ein schreckensreiches Ende. Während Freudenstadt in Flammen stand und um Nagold noch erbittert gekämpft wurde, waren französische Panzer bereits in südlicher und östlicher Richtung weitergerollt, versprengte Reste der Wehrmacht vor sich hertreibend. Unter den Offizieren der 2. Marokkanischen Infanteriedivision, die an diesem strahlenden Frühlingstag Altensteig erreichte, befand sich der *Lieutenant-colonel* Raymond Schmittlein, den alsbald ein Telegramm ins Hauptquartier des Generals de Lattre de Tassigny nach Karlsruhe berief. Der Befehlshaber der 1. Französischen Armee eröffnete ihm, daß höhere Aufgaben als der Dienst in der Truppe auf ihn warteten[1]. Schmittlein zeigte sich von dieser ehrenvollen Ankündigung wenig begeistert. Im Juli 1944 hatte er sich von einem zivilen Posten im Kabinett de Gaulles in Algier suspendieren lassen, um aktiv kämpfend an der Befreiung Frankreichs teilzunehmen. Nach einem kurzen Einsatz in Italien war er im August bei der Landung französischer und alliierter Truppen an der Provenceküste dabeigewesen und hatte in Aix erstmals nach viereinhalb Jahren seine Frau und seine beiden Kinder wiedergesehen, bevor die Einheit weiter nach Norden vorgestoßen war. Im November hatte er sich bei der Rückeroberung Belforts als kühner Stratege ausgewiesen, das Angebot de Lattres, ihn in seinen Stab zu holen, jedoch abgelehnt[2]. Nun aber, nachdem die Deutschen endgültig aus Frankreich vertrieben waren, französische Soldaten den Rhein überschritten hatten, der alliierte Sieg offenkundig kurz bevorstand, wurde Schmittlein von der Front abberufen.

Weisungsgemäß reiste der Oberstleutnant in den ersten Maitagen nach Paris, wo er von Erziehungsminister Capitant empfangen wurde und erfuhr, daß er als dessen Repräsentant in der Militärverwaltung für das französisch besetzte Deutschland vorgesehen war. Seine Aufgabe: das Unterrichtswesen zu reorganisieren und zu kontrollieren, die Jugend zu überwachen, also die Rolle eines *rééducateur de la jeunesse allemande* zu übernehmen. Hinsichtlich der Mittel sollte er Phantasie walten lassen; von Personal, Räumlichkeiten, Material oder wenigstens von Direktiven war zu diesem Zeitpunkt noch keine Rede[3]. Ein Kabinettsbeschluß der Provisori-

[1] Vgl. Schmittlein, Souvenirs; gefunden in: AOFA, AC 31,1.

[2] Diese Episode schildert Schmittlein, La Nationale 83.

[3] Vgl. Schmittlein, Souvenirs. Aus einem Schreiben Capitants an General Koeltz vom 26.6.1945 geht hervor, daß der Erziehungsminister bereits am 4.4. die vorgesehene Ernennung Schmittleins bekanntgegeben hatte; in: AOFA, AC 65,2, No. 1294.

schen Regierung de Gaulle vom 29. Juni 1945 machte Schmittleins Ernennung endgültig[4].

Wer war dieser Mann, der scheinbar so überraschend vom kampfbegeisterten Offizier zu einer Art Umerziehungsminister für Französisch-Südwestdeutschland avancierte?

Raymond Schmittlein kam 1904 im nordfranzösischen Roubaix zur Welt[5]. Er war das sechste Kind eines elsässischen, nach 1871 in Mainz aufgewachsenen, in Deutschland und Sankt Petersburg ausgebildeten Textilingenieurs und dessen elsässischer Frau. Als praktizierende Christen schickten die Eltern Raymond auf das katholische Collège in Roubaix[6]. Nach dem Abitur nahm er – seit dem elften Lebensjahr Vollwaise und mittellos – in Paris das Studium auf und belegte zunächst Literaturwissenschaft, Jura, Medizin und orientalische Sprachen[7]. 1924 meldete er sich freiwillig zum Militärdienst und kam zu einem bei Mainz stationierten nordafrikanischen Schützenregiment der französischen Rheinarmee – in ihren Reihen diente zur selben Zeit auch der sechs Jahre ältere Leutnant Pierre-Marie Koenig[8] –, wo er sich nach einiger Zeit als Bester für die Militärakademie in Saint-Cyr qualifizierte. Diese verließ er Anfang 1925 als Reserveleutnant, um sich zunächst nach Algerien zu verpflichten und dann im französischen Protektorat Marokko an der Niederschlagung der aufständischen Rif-Kabylen teilzunehmen[9]. Eine schwere Verwundung hinderte den jungen Schmittlein daran, endgültig die Militärlaufbahn einzuschlagen und damit in die Fußstapfen mehrerer Generationen seiner Vorfahren zu treten. So kehrte er 1926 als Student nach Paris zurück und belegte zunächst in einem Seminar der *Mission Etrangère* einige Semester Theologie (vor allem Exegese und orientalische Sprachen)[10], bevor er sich endgültig der Literaturwissenschaft an der Sorbonne zuwandte, wo er 1931 die *Licence ès lettres* erwarb. Anschließend ging er an die Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin. Hier, in der politisch aufgewühlten Reichshauptstadt, lernte er Gerta Eichholz kennen, die er 1932 heiratete[11]. Im selben Jahr bestand er mit einer Prüfungsklausur über Martin Lu-

[4] MAE, Y/433, fol. 49f., Joxe an das Außenministerium am 3.7.1945. Manns, Höchst persönliche Erinnerungen, S. 52f., nennt als Datum der Ernennung durch den Ministerrat den 16.6.1945.

[5] Die Angaben zu Schmittleins Werdegang stützen sich, wenn nicht anders angegeben, auf: [Anonym,] Raymond Schmittlein; Delcroix, Un destin; Georges Schoulers Nekrolog, in: Bulletin de la Société Belfortaine d'Emulation 70 (1978), S. 15f.; Schoulers maschinenschriftliches Manuskript zu Schmittleins Werdegang vom Oktober 1982; alle in: ADTB. Manns konnte sich auf das von Schmittleins Sohn zur Verfügung gestellte „Familienarchiv" (Aufzeichnungen eines älteren Bruders und eines Vetters sowie Berichte der Witwe) stützen. Vgl. ferner Steil-Beuerle, Erinnerungen, S. 195f.; Marquants biographische Skizze in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 21ff.; einige wichtige Daten auch in Who's Who in France, 1957/58, S. 2063, bzw. 1969, S. 1318. Keine sachdienlichen Aufschlüsse erlaubt Dreyfus-Schmidt, Raymond Schmittlein.

[6] Vgl. Manns, ebenda, S. 25f.

[7] Vgl. [Anonym,] Raymond Schmittlein, S. 6.

[8] Vgl. Who's Who in France, 1957/58, S. 1306.

[9] Zur Bedeutung des Rifkrieges für die Politisierung und Polarisierung junger französischer Intellektueller der „génération de 1905" vgl. Trebitsch, Le groupe „Philosophies", S. 33.

[10] Vgl. Manns, ebenda, S. 27.

[11] Vgl. ebenda. Daß Gerta Schmittlein, geb. Eichholz, Deutsche war (in Mülheim/Ruhr geboren,

ther[12] die schwierige *Agrégation d'allemand*, die ihm die höchste Stufe der Gymnasiallehrerlaufbahn, aber auch die Aussicht auf eine Hochschulkarriere eröffnete.

Die französische Germanistik der Zwischenkriegszeit

Schmittlein, auf den die Generationsbeschreibung des etwa gleichaltrigen Bertrand de Jouvenel ebenfalls zutrifft[13], studierte zu einer Zeit, als innerhalb der französischen Germanistik eine kleine Zahl namhafter Professoren tonangebend und besonders einflußreich waren. Zu ihnen zählten die „Altmeister" Charles Andler und Henri Lichtenberger, die ebenso wie ihre etwas jüngeren Kollegen Ernest Tonnelat und Robert d'Harcourt an Pariser Hochschulinstituten wirkten, sowie (zunächst in Straßburg) Jean-Edouard Spenlé und Edmond Vermeil, der 1934 die Nachfolge seines verstorbenen Lehrers Andler an der Sorbonne übernahm. Zu den Hauptmerkmalen dieser akademischen Zunft, wie sie seit der Jahrhundertwende in Frankreich betrieben wurde, gehörte einerseits die Abkehr von einer rein linguistischen, literatur- oder geistesgeschichtlichen Beschäftigung mit dem Nachbarland zugunsten der Einbeziehung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Faktoren der neueren deutschen Geschichte; andererseits – und damit zusammenhängend – der Anspruch, aus den gewonnenen Einsichten auch politische Lehren für die Gegenwart zu ziehen[14]. Lichtenberger setzte mit seinem 1907 erschienenen Buch „L'Allemagne moderne" einen Markstein für die in der Folge zahlreich unternommenen *essais d'explication*. Faszination und zugleich tiefe Beunruhigung werden hierin spürbar, sobald das Bildnis eines Deutschlands der Kultur, der Dichter und Denker hinter dem des ökonomisch und militärisch mächtigen, nach Hegemonie strebenden Reiches verschwindet und die These aufscheint, daß sich Deutschlands Modernisierung auf einem „Sonderweg" vollziehe, der es zwangsläufig den westlichen Demokratien entfremden müsse[15]. Spiegelt sich hierin auch der „Mythos vom zweierlei Deutschland"[16] wider, die vielbeschworene Antinomie von Preußen und Süddeutschland, von Macht und Geist, die im Gefolge der traumatischen Niederlage von 1870/71 in Frankreich schnell Verbreitung gefunden hatte, so wollte Lichtenberger doch nichts von der „Entdeckung des 'Boche'"[17] wissen, mit der ein Teil des intellektuellen Frankreich seit etwa 1890 seine Desillusionierung über das vermeintlich „gute Deutschland" rationalisierte, nunmehr unterstellend, daß Machtstreben und Herrschsucht im „deutschen Wesen" angelegt seien[18]. Zwischen diesen beiden Polen – hier Bewunderung für das weltoffene, humanistisch gebildete Deutschland der Vergangenheit, dort Ablehnung des nationalistischen, waffenstarren-

---

Fortsetzung Fußnote von Seite 20

in Königsberg und Berlin aufgewachsen), wird in den französischen Publikationen ebenso übergangen wie das anfängliche Theologiestudium ihres Mannes.

[12] Dieses nebensächlich-symbolträchtige Detail bei Manns, ebenda, S. 30.

[13] Vgl. de Jouvenel, Un voyageur, S. 76: Seine Altersklasse sei gerade noch zu jung gewesen, um am Krieg [von 1914–18] teilzunehmen, aber schon alt genug, um seine Schicksalsschläge mitzuerleben, seine Schrecken zu begreifen und von den Verlusten betroffen zu sein, die er in den Familien verursachte.

[14] Vgl. Merlio, L'image, S. 67 f.; Le Rider, La Revue d'Allemagne, S. 363.

[15] Vgl. Merlio, ebenda, S. 68.

[16] Leiner, Deutschlandbild, S. 154 ff.

[17] Ebenda, S. 181 ff.

[18] Vgl. hierzu auch Digeon, La crise allemande.

den Nachbarstaates der Gegenwart – oszillierte auch die Einleitung Andlers zu seiner vierbändigen „Collection de documents sur le pangermanisme", die in den Kriegsjahren 1915 bis 1918 erschien. Neben dem Dämon des deutschen Einheits- und Expansionsstrebens seit dem frühen 19. Jahrhundert war es vor allem die Chimäre des Preußentums, die ihn und andere französische Beobachter – spätestens seit Lévy-Bruhls 1890 veröffentlichtem Essai „L'Allemagne depuis Leibniz" – peinigte[19]. Wie den *pangermanisme* sahen sie den *prussianisme*, die sich seit Friedrich II. abzeichnende Vormachtstellung des preußischen „Krieger- und Räuberstaates", als Widerpart eines anderen, besseren Deutschlands. Für Andler (in der Einleitung zur „Collection") wie später seinen Schüler Vermeil lag die Bedrohlichkeit des zeitgenössischen Nachbarn im wesentlichen darin, daß dieser seine nationale Einigung und seinen weltpolitischen Aufstieg unter Preußens Führung, also auf der Grundlage von lutherischem Glaubensbekenntnis und friderizianischem Machtkalkül, vollzogen habe. „Verpreußung" und „Modernisierung" seien Hand in Hand gegangen und hätten eine enorme Verarmung der geistigen wie politischen Kultur mit sich gebracht, da die „nordische Rationalität" eine rein instrumentale sei, keine aufklärerisch-humanistischen Werte impliziere und Modernisierung ohne Demokratisierung ermöglicht habe[20].

Im Grunde blieben solche Argumentationsmuster mit ihren ideengeschichtlich begründeten, deterministischen Klischees dem überkommenen Bild vom romantischen Deutschland verhaftet. Allerdings hatte sich zwischenzeitlich die Idylle der Madame de Staël[21] in dem Maße verkehrt, daß Vermeil später die nationalsozialistische Transformation der Republik, die „deutsche Revolution", als „organisierte Romantik" bezeichnete[22]. Einzuräumen ist indessen, daß sich die in Frankreich gängigen Stereotypen weitgehend aus deutschen Quellen speisten: Weder der Mythos des Faustischen noch die Überhöhung „preußischer Tugenden" oder die „Sonderweg"-These waren linksrheinische Erfindungen; allerdings wurden die ursprünglich positiven Vorzeichen mit negativen vertauscht. Dabei erlagen selbst notorisch Germanophile zeitweilig der Versuchung, in eine simplifizierende „Volkscharakter"-Kunde abzugleiten[23]. Vor dieser Gefahr suchte Lichtenberger, der wohl profilierteste unter jenen „germanistes médiateurs", die in der seit Ende 1927 erscheinenden „Revue d'Allemagne" ihr bevorzugtes Sprachrohr fanden, sein akademisches Publikum zu warnen. In einem Aufsatz zur „Psychologie der deutsch-französischen Wiederannäherung" (1929) stellte er fest, daß für ein wirkliches geistiges Näherkommen Takt, Diskretion und die Vermeidung jeden Anscheins von Propaganda notwendig seien. „Solche Austauschbeziehungen müssen auf Gegenseitigkeit angelegt sein; einseitige Durchdringung würde auf Ablehnung stoßen." Zwar vermochte Lichtenberger einer „kosmopolitischen Kultur" nichts abzugewinnen, die „banal, indifferent, schal, farb- und ausdruckslos" bleiben müsse; unterschiedliche nationale Ausprägungen sollten durchaus in ihrer Andersartigkeit bestehenbleiben und gegenseitig akzeptiert werden. Daraus jedoch eine kontrastierende „Volkscharakter"-Kunde abzuleiten, lehnte er entschieden ab. Ebenso verwarf

[19] Vgl. Merlio, L'image, S. 69ff.; ausführlicher ders., Les germanistes français; Leiner, Deutschlandbild, S. 188.
[20] Zum Gesamtkomplex vgl. Köhler, Das Ende Preußens.
[21] Zusammenfassend: Leiner, Deutschlandbild, S. 86ff.
[22] Vermeil, Doctrinaires, S. 18. Vgl. Merlio, L'image, S. 72; Ayçoberry, La question nazie, S. 70.
[23] Vgl. Merlio, L'image, S. 74 und 76.

er die gängigen Klischees vom Deutschland der Romantiker und Denker, der Mystiker und Musikbesessenen, vom Frankreich der Klassiker und Rhetoriker, der Positivisten und bildenden Künstler. Bei allen Differenzen gelte es zu bedenken, daß Franzosen und Deutsche nicht zwei verschiedenartige Gattungen darstellten, die zum ewigen Gegensatz verdammt seien, sondern über einen großen Fundus an Gemeinsamkeiten verfügten[24]. Lichtenbergers Bereitschaft, Verständnis für das Nachbarvolk aufzubringen, die Verständigung mit ihm zu suchen, zeigte sich noch im Jahre 1936, als er – einmal mehr der Vorreiter unter Frankreichs Germanisten – dem „neuen Deutschland" der Nationalsozialisten eine umfassende Untersuchung widmete und hierin seinen Analysen und Prognosen einen zurückhaltend optimistischen Tenor gab[25]. Spätestens zu diesem Zeitpunkt erwiesen sich die „Nuancen" in den Einschätzungen Lichtenbergers und seines jüngeren Sorbonne-Kollegen Vermeil als kaum noch überbrückbare Gegensätze.

Vermeil, der wohl am stärksten politikwissenschaftlich orientierte und politisch engagierte unter denjenigen französischen Germanisten, die sich gleichzeitig als Historiker, vor allem der Kultur- und Mentalitätsgeschichte des Nachbarlandes verstanden, hatte sich über Jahre hinweg gründlich mit der staatlichen Entwicklung des rechtsrheinischen Nachbarn beschäftigt: mit der Weimarer Verfassung und dem deutschen Demokratieverständnis (1923), dem zeitgenössischen Deutschland insgesamt (1925) und seinem Verhältnis zu den westlichen Demokratien (1931). Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse, die Ende 1937 mit einer ideengeschichtlichen Studie über die „Doktrinäre der deutschen Revolution" angereichert wurden, kulminierten schließlich 1939 in der großen Synthese „L'Allemagne. Essai d'explication", dem Hauptwerk, in das Plessners später berühmt gewordener Topos von der „verspäteten Nation" ebenso einfloß wie Rauschnings „Revolution des Nihilismus"[26]. Vermeil, der Wissenschaftler und politisch engagierte Zeitgenosse, der profunde Kenner deutscher Kultur und aktive Antifaschist, der calvinistische Liberale, der sich als Erbe der sozialistischen Ideen seiner Lehrer Andler und Lucien Herr[27] dem Volksfrontgedanken öffnete[28], symbolisiert am deutlichsten das dialektische Spannungsverhältnis der französischen Germanistik zu ihrem Analyseobjekt. Derselbe Autor, der unter dem Eindruck der deutschen Expansionspolitik seine Variante der Kontinuitätsthese – vom Nationalsozialismus als „vulgarisiertem Pangermanismus" – darlegte und vom Nachbarland ein kulturkritisches Porträt zeichnete, das zwar intime Vertrautheit mit dessen politischer und Geistesgeschichte verriet, dabei jedoch nicht ohne völkerpsychologische Negativklischees auskam[29], erwies sich in Zeiten deutsch-französischer Wiederannäherung als

[24] Lichtenberger, „Psychologie du rapprochement franco-allemand", in: RA 3 (1929), S. 769ff., hier zitiert nach Le Rider, La Revue d'Allemagne, S. 369.

[25] Lichtenberger, L'Allemagne nouvelle. Vgl. hierzu Merlio, Lichtenberger, S. 376ff.

[26] Vgl. Merlio, L'image, S. 75; Ayçoberry, La question nazie, S. 72; Auerbach, „Que faire", S. 290.

[27] Zum freundschaftlichen Verhältnis der beiden Germanisten vgl. Andler, Vie de Lucien Herr, insbesondere die Einführung von Justinien Raymond.

[28] Diese Charakterisierung folgt im wesentlichen der Einschätzung von Gisselbrecht, Quelques interprétations, S. 156 und 161ff. Vgl. auch Hostache, Le Conseil National, S. 221; Lipgens, Europa-Föderationspläne, S. 201.

[29] Vgl. z. B. Vermeil, L'Allemagne ([13]1945), S. 419ff.; dieselbe Einschätzung Vermeils bei Merlio, L'image, S. 80.

ein im europäischen Interesse argumentierender Anwalt der Synthese beider Kulturkreise und bilateraler Solidarität angesichts des angelsächsischen Kapitalismus und des sowjetischen Bolschewismus[30].

Deutsch-französischer Studentenaustausch

Mitte der 20er Jahre, in der Locarno-Ära der Außenminister Briand und Stresemann, wurde das Klima der deutsch-französischen Beziehungen vorübergehend freundlicher[31]. Auch im akademischen Sektor machte sich eine gewisse Entspannung bemerkbar. Im Wintersemester 1925/26 trafen zum ersten Mal seit dem Krieg ein knappes Dutzend deutscher Studenten in Paris ein, brachen umgekehrt etwa 20 französische Jungakademiker zum Studium nach Deutschland auf[32]. Obwohl sich Verantwortliche auf beiden Seiten zunächst gegen die Wiederaufnahme eines solchen Austauschs sträubten – der internationale Boykott deutscher Wissenschaftler war noch in Kraft[33] –, schwoll der Strom deutscher Studenten ins Nachbarland schnell an. Im Herbst 1926 waren es etwa 80 in Paris, von denen einige über Äußerungen einer grassierenden Germanophobie berichteten[34]. Immerhin enstand Anfang 1928 im *Office National des Universités et Ecoles Françaises*, dem Pariser akademischen Auslandsdienst, ein *Bureau des relations universitaires avec l'Allemagne et l'Autriche*[35]; ein Jahr später nahm nahe der Sorbonne ein *Centre d'Etudes franco-allemandes* seine Tätigkeit als Kontaktstelle für deutsche und französische Studenten auf. An beiden Einrichtungen war Lichtenberger ebenso maßgeblich beteiligt[36] wie an der „Revue d'Allemagne"[37]. Als Direktor des 1927/28 neugegründeten *Institut Germanique* an der Pariser Universität[38] kümmerte sich Lichtenberger auch um Studenten, die an einen Studienaufenthalt in Deutschland dachten[39]. Den jungen Pierre Bertaux bestärkte er beispielsweise darin, im Wintersemester 1927/28 nach Berlin zu gehen[40]. Außerdem gehörte Lichtenberger, wie sein Straßburger Kollege Vermeil, dem Direktionskomitee

[30] Vgl. Vermeil, L'Allemagne contemporaine, S. 251; ders., L'Allemagne et les démocraties occidentales; ders., Les Alliés. Vermeil gehörte von Anbeginn als einer der Präsidenten dem 1948 ins Leben gerufenen Comité Français d'Echanges avec l'Allemagne Nouvelle an.

[31] Vgl. Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 341 ff.; L'Huillier, Dialogues.

[32] Hierzu und zum Folgenden vgl. Tiemann, Jugendbeziehungen, S. 204 ff.; Richard, Aspects. Bereits Ende 1924 hatten deutsche Studenten beim französischen Konsulat in Berlin nachgefragt, ob ein Studium in Paris möglich sei; AN, 70 AJ 29, Erziehungsministerium an das Außenministerium am 9.2.1925.

[33] Vgl. hierzu Schröder-Gudehus, Les scientifiques.

[34] Vgl. Tiemann, ebenda, S. 210 und 213 f.; als zeitgenössische Beispiele Jekel, Stipendiatenreise, S. 131; Degon, La jeunesse universitaire.

[35] AN, 70 AJ 29, Petit-Dutaillis an das Erziehungsministerium am 16.1.1928: Eine solche Gründung lasse sich wohl nicht länger aufschieben. Im März 1928 teilte das Erziehungsministerium dann in einem Rundschreiben den Akademierektoren die Gründung des Deutschlandbüros mit.

[36] Ebenda, diverse Korrespondenz.

[37] Vgl. Richard, Aspects, S. 117 f.

[38] Vgl. Tonnelat, Das „Institut germanique". Ende 1930 erfolgte eine Reorganisation, aus der das Institut d'Etudes Germaniques hervorging; vgl. Tiemann, Jugendbeziehungen, S. 223.

[39] Vgl. ebenda, S. 218 und 223.

[40] Vgl. ebenda, S. 229; Bertaux, Un étudiant; ders., Zwischen Deutschland und Frankreich.

des im Oktober 1930 in Berlin eröffneten *Maison Académique Française* an[41]. Dieses Institut unter Leitung des einflußreichen Briand-Vertrauten Professor Hesnard wollte in erster Linie qualifizierten französischen Hochschulabsolventen, die als Stipendiaten zu Forschungszwecken nach Berlin kamen, als Anlaufstelle und Wohnstätte dienen[42]. Aufs Ganze gesehen blieb aber das Interesse französischer Studenten und Nachwuchswissenschaftler an einem Aufenthalt im Nachbarland aus verschiedenen Gründen hinter dem ihrer deutschen Kommilitonen zurück. Noch im Sommersemester 1932 stagnierte die Zahl der in Deutschland eingeschriebenen Franzosen bei etwa 30[43]. Diese wenigen gehörten einer „sorgfältig ausgewählten intellektuellen Elite"[44] an, die überwiegend im Rahmen offizieller Austauschprogramme oder mit Stipendien der Pariser Regierung nach Deutschland gingen. Einige von ihnen begegnen uns nach 1945 auf verantwortlichen Posten der französischen Administration in Deutschland, zum Beispiel Félix Lusset, der als Chef der *Mission Culturelle* für die alliierten Besatzungszonen zuständig war.

Insgesamt vollzog sich in der zweiten Hälfte der 20er Jahre bei einer aktiven Minderheit an den deutschen und französischen Universitäten ein spürbarer Einstellungswandel. Nicht mehr die mentale Isolierung des Gegners von gestern, sondern subtiles Werben für die eigenen Kulturgüter stand nun auf dem Programm. Dabei lebten bei aller Verständigungsbereitschaft auf beiden Seiten die Vorstellung eines geistigen Ringens und die Überzeugung von der Überlegenheit der eigenen Nationalkultur weiter[45]. Im übrigen setzte die nationalsozialistische Machtübernahme im Jahre 1933 den deutsch-französischen Studenten- und Jugendbegegnungen nicht sofort ein Ende, wenngleich sie ihren substantiellen Kern im ideologischen Interesse des neuen Regimes veränderte und auf französischer Seite auch Gegenreaktionen hervorrief. Nicht zuletzt dank der Aktivitäten des „Sohlbergkreises" um Otto Abetz kam es bis Sommer 1938 zu mehreren bilateralen Treffen, die sich für die machtpolitischen Ziele des Hitlerstaates instrumentalisieren ließen[46].

In dem geschilderten Umfeld betrieb Schmittlein von 1926 bis 1932 seine literaturwissenschaftlichen Studien in Paris und Berlin. Zwei Dekaden später, in der Rückschau des Jahres 1948, brachte er die leidvollen Erfahrungen, die seine Generation mit dem nationalsozialistischen Deutschland machte, die schmerzliche Enttäuschung über das Scheitern einer dauerhaften Aussöhnung zwischen den beiden Nachbarvölkern, in einer bitteren Bemerkung über die „sentimentalité facile" zum Ausdruck, die die Beziehungen zwischen der deutschen und der französischen Jugend um 1930 gekenn-

---

[41] Mitteilung des Kulturrats der französischen Botschaft in Bonn, Alain Richard, in einem Schreiben an den Verf. vom 4.2.1986.

[42] Ebenda. Vgl. auch Tiemann, Jugendbeziehungen, S. 230; ders., Zweigstelle Paris, S. 291ff.; zur Rolle Hesnards Bariéty, Artisan méconnu.

[43] Vgl. Tiemann, Jugendbeziehungen, S. 210, 224 und 226. Zum Vergleich: Im Jahre 1910 waren vier französische Studenten an der Berliner Universität eingeschrieben; vgl. Richard, Aspects, S. 111.

[44] Tiemann, Jugendbeziehungen, S. 229. Nach einer undatierten, ungezeichneten Aufstellung gingen 1928/29 je sieben deutsche und französische Stipendiaten zum Studium ins Nachbarland, 1929/30 bis 1938/39 waren es jeweils zwölf bis dreizehn; in: AN, 70 AJ 29.

[45] Vgl. Tiemann, Jugendbeziehungen, S. 204.

[46] Vgl. Unteutsch, Sohlbergkreis, S. 79ff.; demnächst die Tübinger Dissertation von Roland Ray über Otto Abetz.

zeichnet und „geschwächt" habe[47]. Nach der *Agrégation*[48] für das Unterrichtsfach Deutsch trat Schmittlein zunächst eine Stelle als Gymnasiallehrer an. Im selben Jahr 1932 gehörte er zu den Organisatoren einer Gedenkausstellung zum hundertsten Todestag Goethes in der Pariser Nationalbibliothek[49]. Wenig später schlugen ihn seine Vorgesetzten für einen Posten im Ausland vor, und so verließ das Ehepaar 1934 Frankreich, um zunächst ins litauische Kaunas (Kovno) zu ziehen. An der dortigen Universität lehrte der *Agrégé* französische Sprache und Literatur, bevor er 1938 nach Lettland versetzt wurde, um die Leitung des *Institut Français* und des Französischen Gymnasiums in Riga zu übernehmen.

Frankreichs auswärtige Kulturpolitik

Auslandsschulen und Französische Institute unterhielt die Dritte Republik in aller Welt. Den Anfang hatte die 1883 gegründete *Alliance Française* gemacht, eine privatrechtliche Organisation, die sich in enger Anbindung an die Pariser Außenpolitik die Erhaltung und Entwicklung des *culte de la langue, de la littérature et des idées françaises* bei Auslandsfranzosen und frankophilen Einheimischen im jeweiligen Gastland zum Ziel setzte[50]. 1902 war die *Mission Laïque de France* hinzugekommen, die zunächst besonders in Afrika und im Nahen Osten, später in den wichtigsten Hauptstädten der Welt Französische Gymnasien unterhielt[51]. Bis zum Ersten Weltkrieg blieb die auswärtige Kulturpolitik Frankreichs weitgehend die Domäne privater, kirchlicher und karitativer Organisationen[52]. Nach einem bescheidenen Anlauf des Außenministeriums im Jahre 1909, ein Mindestmaß an staatlicher Koordination solcher Aktivitäten herbeizuführen[53], entstand 1920 am Quai d'Orsay der *Service des Œuvres Françaises à l'Etranger*, der im Dienste der „intellektuellen Expansion Frankreichs im Ausland" wirken sollte, über die Rolle einer Mittlerorganisation allerdings nicht hinauswuchs[54]. Seine vier Abteilungen widmeten sich dem Schul- und Hochschulwesen, dem Kunst- und Literaturbereich, Tourismus- und Sportfragen sowie anderen Ein-

[47] AOFA, AC 68, Aufzeichnung Schmittleins für Koenig vom 24.12.1948, No. 6501/CCSG/EDU.

[48] Die Agrégation ist eine 1821 eingeführte, aus schriftlichem und mündlichem Teil bestehende Ausleseprüfung für die Fächer des höheren Lehramts. Die erfolgreichen Kandidaten, die in das Beamtenverhältnis übernommen werden, erhalten die Lehrbefugnis für die gymnasiale Oberstufe und die Vorbereitungsklassen der Elitehochschulen (Grandes Ecoles). Die Agrégés genießen großes Ansehen, haben eine geringere Lehrverpflichtung und beziehen ein höheres Gehalt als die übrigen französischen Gymnasiallehrer.

[49] Vgl. Marquant, La politique culturelle, S. 114. Zum 200. Geburtstag des Dichters 1949 organisierte Schmittlein im übrigen eine Ausstellung zum Thema „Goethe und Frankreich" in der 1946 von der französischen Besatzungsmacht wiedergegründeten Universität Mainz.

[50] Vgl. Doka, Kulturelle Außenpolitik, S. 38; Remme/Esch, Französische Kulturpropaganda, S. 13ff.

[51] Vgl. Marès, Puissance, S. 67 und 74.

[52] Vgl. Les Affaires Etrangères, S. 268f. Der kenntnisreichste und detaillierteste Überblick zur französischen Kulturpolitik zwischen 1870 und 1914/18 in einer unveröffentlichten, 2000 Seiten umfassenden Habilitationsschrift (Paris-Sorbonne): Salon, L'action culturelle, S. 114ff.

[53] In Form des zweiköpfigen Service [ab August 1910: Bureau] des Ecoles et des Œuvres Françaises à l'Etranger; vgl. Les Affaires Etrangères, S. 56f.; Young (Ed.), French Foreign Policy, S. 11; Lauren, Diplomats, S. 191.

[54] Les Affaires Etrangères, S. 393; vgl. auch Outrey, Histoire, S. 724.

richtungen auswärtiger Kulturpolitik[55]. Auch das Pariser Erziehungsministerium errichtete mit dem *Office National des Universités et Ecoles Françaises* eine eigene Auslandsdienststelle für den Lehrer-, Schüler- und Studentenaustausch, der seit 1922 teilweise in bilateralen Abkommen geregelt wurde[56].

Im kulturpolitischen Budget des Quai d'Orsay erhielt in der Zwischenkriegszeit zwar das Auslandsschulwesen mit 80 bis 90 Prozent den Löwenanteil zugewiesen[57], doch löste seit den frühen 20er Jahren eine „Ära der Instituts Français" die der Auslandsschulen im engeren Sinne ab[58]. Bereits 1908 hatte die Universität Grenoble den ersten Schritt unternommen, als sie in Florenz ein *Institut Français* als eigene Außenstelle ins Leben rief. Neben seiner Hauptfunktion als Bindeglied zur Florentiner Hochschule widmete sich dieses Institut einem breiten Spektrum kultureller Aktivitäten: der Vermittlung von Sprachkursen und Übersetzungen, der Organisation französischer Vorträge, der Anregung von Brieffreundschaften zwischen italienischen und französischen Schülern, der Herausgabe einer Zeitschrift über bilaterale Fragen sowie der Öffentlichkeitsarbeit[59]. Nachdem das Pariser Parlament 1910/11 die Idee einer „universitären Außenpolitik" aufgegriffen und finanzielle Unterstützung zugesagt hatte, entstanden noch vor dem Ersten Weltkrieg Französische Institute in London und Madrid, deren Schirmherrschaft die Universitäten Lille und Paris bzw. Toulouse und Bordeaux übernahmen, sowie in Sankt Petersburg[60]. Seit 1920 ergriff neben der Sorbonne zunehmend das Pariser Außenministerium die Initiative und gründete bis zum Zweiten Weltkrieg offenkundig nicht zuletzt nach geopolitischen Erwägungen 35 Auslandsinstitute vor allem in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, aber auch in Übersee. Gleichzeitig entsandten Pariser Regierungsstellen bis Anfang der 30er Jahre über 300 französische Lehrkräfte an fast 200 ausländische Universitäten[61].

Geprägt war die französische Kulturpolitik dieser Epoche von einem harten Ringen um Einflußchancen vor allem mit Deutschland, aber auch Italien und Großbritannien[62]. In Berlin und Wien führte die Politik des NS-Regimes seit 1937/38 zu einem schweren Rückschlag für die Verbreitung der französischen Sprache und Kultur. In der Tschechoslowakei, wo sich die Frankophonie aufgrund der politischen Konjunktur am günstigsten entwickelt hatte, bewirkte das Münchner Abkommen vom September 1938, die Enttäuschung über das Zurückweichen der Westmächte vor Hitler,

---

[55] Vgl. ebenda; Lauren, Diplomats, S. 194f.

[56] Vgl. Remme/Esch, Französische Kulturpropaganda, S. 9ff.; Young, French Foreign Policy, S. 15; Düwell, Deutschlands auswärtige Kulturpolitik, S. 249 (hier der Hinweis auf die bilateralen Kulturabkommen).

[57] Vgl. Les Affaires Etrangères, S. 451; geringfügig abweichende Zahlen bei Lauren, Diplomats, S. 196, der die Jahresbilanzen des Außenministeriums als Quelle anführt.

[58] Dollot, Relations culturelles, S. 38. Insgesamt zur französischen Kulturpolitik der Zwischenkriegszeit: Salon, L'action culturelle, S. 173ff.

[59] Vgl. Remme/Esch, Französische Kulturpropaganda, S. 30ff.

[60] Vgl. ebenda, S. 29; Salon, L'action culturelle, S. 205.

[61] Vgl. Salon, ebenda 205ff.; Balous, L'action culturelle, S. 63f.; Marès, Puissance, S. 74ff.

[62] Salon verweist auf ein Rundschreiben des Service des Œuvres Françaises à l'Etranger zur „action intellectuelle" vom 16.1.1933, das ausdrücklich die erfolgreiche Tätigkeit deutscher Wissenschaftler im Ausland vor dem Ersten Weltkrieg als Vorbild bezeichnete, das es zu übertreffen gelte. Auch die Gründung französischer Lehrstühle und Lektorate erfolgte vor allem in Regionen, in denen Deutschland bis 1918 und z. T. darüber hinaus besonders aktiv gewesen war: in Nord- und Lateinamerika, Mitteleuropa und dem Donauraum; ebenda, S. 207.

einen tiefgreifenden Einbruch der französischen Position. Auf dem Balkan stieg das nationalistische Fieber an; zudem sah sich Paris hier in einem verschärften Wettbewerb mit seinen Konkurrenten. Ein ähnlicher Befund gilt für den Nahen Osten. Das in den meisten Fällen nur relative, in Frankreich nichtsdestoweniger schmerzlich empfundene Verblassen des eigenen *rayonnement culturel* erhielt in Verbindung mit krisenhaften Entwicklungen in Wirtschaft, Finanzen, Handel, Diplomatie und Militärpolitik eine gewisse Brisanz. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn Frankreichs auswärtiger Kulturpolitik der 20er und 30er Jahre ein „stark antideutscher Akzent" und eine deutlich propagandistische Ausrichtung attestiert wird[63].

Einen Sonderfall, der gerade in Deutschland ein kritisches Urteil begünstigte, stellten die kulturpolitischen Bemühungen der französischen Militäradministration in den seit Ende 1918 besetzten linksrheinischen Gebieten dar. Hier sollte mit allen erdenklichen Mitteln eine Frankreich gewogene Geisteshaltung in der einheimischen Bevölkerung gefördert werden[64]. Neben der stark militärisch akzentuierten Betonung traditioneller Bindungen zwischen Frankreich und den Rheinlanden, insbesondere seit der Ära Napoleons I., galt vornehmlich die bestehende Sprachbarriere der Besatzungsmacht als Anlaß zur Verordnung obligatorischen Französischunterrichts an den Schulen und zur Einführung von Sprachkursen für Erwachsene. Die Rheinländer sollten befähigt werden, „das französische Gemüt verstehen sowie die Werke und die Kultur der Franzosen würdigen zu können und mit ihnen bessere Beziehungen jeglicher Art in der Zukunft zu pflegen"[65]. Die Interventionsmaßnahme hatte zwar nur kurzen Bestand, denn nach dem Ende der Waffenstillstandszeit und dem Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages im Januar 1920 entfiel die rechtliche Grundlage für französische Anordnungen im Schulwesen[66]. Doch nutzten die Administratoren um Hochkommissar Tirard die Möglichkeiten des Rheinlandabkommens weidlich aus und setzten nun um so mehr auf die Anziehungskraft „freiwilliger" Sprachkurse[67]. Gleichzeitig waren sie bemüht, antifranzösischer Propaganda vorzubeugen. Zu diesem Zweck wurden 1919 die an den linksrheinischen Schulen verwendeten Lehrbücher, insbesondere diejenigen für den Geschichts-, Deutsch- und Geographieunterricht, einer genauen Kontrolle unterzogen[68]. Im Gegenzug sollten historische Broschüren, publizistische Erzeugnisse und Filmdokumente die Deutschen von ihrer Kriegsschuld überzeugen. Auch eine „action sur la presse" wurde in Angriff genommen[69]. Die Kehrseite der Kulturpropaganda[70] stellten zahlreiche Theater- und Musikdarbietun-

[63] So von Düwell, Deutschlands auswärtige Kulturpolitik, S. 44f.

[64] Vgl. Süß, Rheinhessen, S. 41; zum Folgenden auch Brunn, Französische Kulturpolitik; Hüttenberger, Methoden, S. 106 und 120.

[65] Der französische Administrator des rheinhessischen Kreises Oppenheim im Februar 1919, zitiert nach Süß, ebenda, S. 45.

[66] Vgl. ebenda, S. 135.

[67] Vgl. ebenda, S. 45ff., Brunn, ebenda, S. 222ff.

[68] Vgl. Süß, ebenda, S. 48.

[69] Vgl. ebenda, S. 50ff.; Brunn, ebenda, S. 227 ff..

[70] Während französische Kulturpolitiker oft ganz unbefangen von „Auslandspropaganda" sprachen (vgl. Lauren, Diplomats, S. 187ff.), gab es gleichzeitig auch offizielle Stimmen, die betonten, daß Frankreich keine Propaganda betreiben wolle und könne; vgl. Remme/Esch, Französische Kulturpropaganda, S. 1. Tatsächlich kamen bald Bezeichnungen wie „rayonnement de l'esprit français" oder „rayonnement de la civilisation française" in Mode; vgl. Epting,

gen französischer Ensembles, ambitionierte Kunstausstellungen und wissenschaftliche wie literarische Vorträge dar, die von der Besatzungsmacht auch über das Jahr 1920 hinaus mit einigem Aufwand organisiert wurden, jedoch insgesamt nicht die erhoffte Resonanz beim einheimischen Publikum fanden[71]. Schließlich zeigten sich die französischen Offiziere und Verwaltungskommissare geneigt, eine Wiederbelebung der um 1800 geschlossenen Mainzer Universität ins Auge zu fassen, um die Ablösung der preußisch-protestantisch geprägten Beamtenschaft und eine stärkere Ausrichtung der linksrheinischen Eliten auf das geistige Leben Frankreichs herbeizuführen. Solche Pläne stießen bei Mainzer Honoratioren, deren Stadt von der Besatzungsmacht zum französischen Bildungszentrum ausgebaut werden sollte, durchaus auf Gegenliebe[72]. Insgesamt aber erwiesen sich die politischen Umstände für die vergleichsweise bescheidenen, doch zumeist als „kulturimperialistisch" empfundenen Initiativen[73] der französischen Besatzungsmacht als denkbar ungünstig. Zu belastet war die Atmosphäre, zu stark die instinktive Ablehnung all dessen, was der „Erbfeind" den Deutschen aufzuzwingen schien. Zeitgenössische Schmähschriften legen hiervon beredtes Zeugnis ab[74]. Festzuhalten bleibt, daß die profranzösische Umorientierungspolitik im besetzten Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg aus Elementen bestand, die 25 Jahre später – anspruchsvoller projektiert und dimensioniert, vor allem jedoch um zukunftsweisende, völkerverbindende Komponenten bereichert – aufgegriffen werden konnten.

Schmittlein im Dienst des gaullistischen Widerstands

Unterdessen entwickelte sich der zum *Inspecteur de l'enseignement français à l'étranger* ernannte Schmittlein auf seinem Posten im Baltikum zum Spezialisten für den Französischunterricht im Ausland, der mehrere Grammatik-, Lese- und Wörterbücher verfaßte. Gleichzeitig ging er seinen wissenschaftlichen Interessen nach, publizierte militärhistorische Studien über Litauen im Zeitalter Napoleons und arbeitete als Linguist über die baltische Frühgeschichte, indem er etymologisch ungeklärte Personen- und Ortsnamen analysierte[75]. Im Sommer 1939, unmittelbar vor dem deutschen Angriff auf Polen, beendete er eine Untersuchung über „Lokis", die letzte und wenig bekannte Novelle Prosper Mérimées, die erst zehn Jahre später in Buchform erscheinen konnte[76]. Außerdem betätigte er sich seit seiner Ankunft in Kaunas als Korrespondent für die französische Nachrichtenagentur Havas und mehrere Tageszeitungen sei-

---

Fortsetzung Fußnote von Seite 28

Französisches Sendungsbewußtsein, S. 201. Dem ist allerdings entgegenzuhalten: „In der Sache handelte es sich [...] um ein Konzept kultureller Expansion, das zum Teil auch Elemente der Kulturpropaganda einschloß"; Düwell, Deutschlands auswärtige Kulturpolitik, S. 44. Vgl. auch Brunn, Französische Kulturpolitik, S. 223 und 238 ff.

[71] Vgl. Süß, Rheinhessen, S. 50 und 139 ff.; Brunn, ebenda, S. 231 ff.

[72] Vgl. Süß, ebenda, S. 138; Brunn, ebenda, S. 226.

[73] So in Anlehnung an Düwells Typologie das Urteil bei Brunn, ebenda, S. 239.

[74] Vgl. Hartmann, Französische Kulturarbeit, S. 5; Kaden/Springer, Politischer Charakter, S. 10 und 62.

[75] Vgl. die Bibliographie bei Manns, Höchst persönliche Erinnerungen, S. 258 ff.

[76] Schmittlein, Lokis.

nes Landes[77]. In dieser Eigenschaft beobachtete er die prekäre politische Lage Nordosteuropas im Vorfeld des Hitler-Stalin-Pakts, die rivalisierenden Ansprüche und Begehrlichkeiten des Deutschen Reiches, der Sowjetunion und Polens.

Bei Kriegsbeginn wurde der Reserveoffizier Schmittlein zum stellvertretenden Militärattaché in Riga ernannt. Als er bei einer Geheimdienstaktion Ende 1939 in die Mühlen des NKWD, der Gestapo sowie der lettischen politischen Polizei geriet und tagelang verhört wurde, mußte er nach Skandinavien fliehen[78]. Stockholm, Helsinki und Narvik waren die wichtigsten Stationen im Frühjahr 1940. Nachdem er auf norwegischer Seite – wie der einem britisch-französischen Expeditionskorps angehörende *Commandant* Pierre Koenig – am Polarkreis gegen deutsche Gebirgsjäger gekämpft hatte, erfuhr er in der schwedischen Hauptstadt von Frankreichs Kapitulation und de Gaulles Widerstandsappell aus London. Die Anordnung des Pétain-Regimes, nach Frankreich zurückzukehren, wollte er nicht befolgen; sein Entschluß, nach England zu fliegen, wurde durch die deutsche Luftwaffe vereitelt. So schlug er sich auf abenteuerlichen Wegen durch Rußland und die Türkei nach Griechenland durch, von wo ihn ein britischer Kreuzer nach Ägypten brachte. Er kämpfte im Dezember 1940 mit den ersten Einheiten der *Forces Françaises Libres* in Libyen, bevor er in politischer Mission nach Nahost entsandt wurde. In den französischen Mandatsgebieten Syrien und Libanon, wo es an der Seite Großbritanniens, aber auch in ständiger, konfliktreicher Abgrenzung zu den Briten, die Position Vichys und der Achsenmächte zu bekämpfen galt, betrieb er zunächst mit Kameraden den geheimen Rundfunksender *Levant – France Libre*, wurde nach der Kapitulation der Vichytruppen im Juli 1941 in den Stab von de Gaulles Hochkommissar General Catroux berufen, um dessen Nachrichtendienst zu reorganisieren, und erhielt schließlich den heiklen Auftrag, die Entwaffnung des Libanon durchzuführen. In dieser Zeit schloß Schmittlein Freundschaft mit jüdischen Untergrundkämpfern, die später zur politischen Führungsgruppe des Staates Israel gehörten. Aber auch im Umgang mit den arabischen Bevölkerungsteilen bewies er genügend Geschick, um – trotz englischer Gegenaktionen – seine Mission erfolgreich zu beenden.

Im Januar 1942 erreichte ihn die Weisung de Gaulles aus London, sich als stellvertretender Leiter der neu eingerichteten Delegation des Freien Frankreich in die Sowjetunion[79] zu begeben. In Moskau und Kuibyschew an der Wolga, wohin seit Oktober 1941 mehrere sowjetische Regierungsstellen und das diplomatische Corps evaku-

---

[77] Vgl. [Anonym,] Raymond Schmittlein, S. 15.

[78] Vgl. Cathala, Sans fleur, S. 48 und 258, wo allerdings nur NKWD-Agenten als Akteure auftreten. Während in [Anonym,] Raymond Schmittlein, S. 7, und Manns, Höchst persönliche Erinnerungen, S. 35f., die Kooperation von Gestapo und NKWD bei der Verhaftung Schmittleins ausdrücklich erwähnt wird, ist bei Delcroix, Un destin, S. 5, nur von deutschen Agenten die Rede. Möglicherweise geht dies auf politische Rücksichtnahmen Schmittleins selbst zurück, der seit 1957 Vorsitzender der Association France-URSS war und bei seinen gaullistischen Parteifreunden nachhaltig für freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion warb. Cathala bezeichnet ihn gar als „prosowjetischen Fundamentalisten", der sich 1968 die Argumente des Kreml zur Rechtfertigung der militärischen Intervention in der CSSR zu eigen gemacht habe; ebenda, S. 328.

[79] Zur Einrichtung dieser Delegation Dejeans Aufzeichnung „Position internationale de la France Combattante" vom 6.3.1943; in: MAE, Y/41, fol. 2ff.

iert wurden, hatten die Emissäre des Generals verschiedene Aufgaben zu erfüllen[80]. Zunächst mußten zuverlässige Informationen über Rußlands militärisches und industrielles Potential, seine kurzfristig mobilisierbaren Widerstandskräfte gegenüber dem deutschen Angreifer nach London übermittelt werden. In dieser Hinsicht erhielt de Gaulle weitaus optimistischere Prognosen als Churchill und Roosevelt[81]. Darüber hinaus sollte französische Kampfbereitschaft an der Seite der Sowjetunion demonstriert werden, auch wenn sich dies weitgehend auf symbolische Akte beschränkte. Im August 1943 empfing Außenminister Molotow den stellvertretenden Delegationsleiter Schmittlein, der dem *Comité Français de Libération Nationale* in Algier die Anerkennung als Repräsentant der französischen Staatsinteressen durch die sowjetische Regierung übermitteln sollte[82]. Zu einem Teilerfolg führte schließlich der wiederholt den Kremlherren vorgetragene Wunsch, die in die deutsche Wehrmacht gezwungenen, von der Roten Armee kriegsgefangenen Elsässer und Lothringer freizulassen und den freifranzösischen Truppen zuzuführen. Nach langem Tauziehen konnte im Sommer 1944 ein kleines Kontingent dieser *Malgré-nous* die UdSSR verlassen[83].

Schmittlein, der den Sohn des späteren Staats- und Parteichefs Chruschtschow und den Schriftsteller Ilja Ehrenburg zu seinen Freunden zählte[84], fühlte sich in der Sowjetunion offenkundig wohl. Hier, so ahnte er, würde sich der Krieg entscheiden. Die Sowjetrussen waren in seinen Augen die einzig zuverlässigen Partner, auf die man 1938 hätte hören müssen, um der „Schmach von München" zu entgehen[85]. So dachten wohl die meisten in der Delegation, die Schmittlein als „hundertprozentig prosowjetisch" charakterisiert haben soll. Mit Dankbarkeit und Bewunderung nahmen die Exilfranzosen russische Kampfmoral und Opferbereitschaft zur Kenntnis; Berührungsängste aus ideologischen Gründen schienen sie nicht zu kennen[86]. Wenn Schmittlein im Kollegenkreis über den „Verrat der Eliten" und die „200 Familien" der französischen Oberschicht räsonnierte, griff er häufig benutzte Topoi aus den Rundfunkansprachen de Gaulles auf[87]. In einem weiteren Sinne verstanden, trifft die Aussage eines Beteiligten vermutlich zu, daß allen Mitgliedern der Delegation „das Herz politisch links" geschlagen habe[88]. Doch eine rein diplomatische Mission behagte Schmittlein auf Dauer nicht; er wünschte sich ein militärisches Kommando bei einer Panzer- oder Fallschirmjägereinheit[89]. Es kam hinzu, daß sein selbstbewußtes, gelegentlich aufbrausendes und schroffes Auftreten nicht nur das ohnehin gespannte

[80] Hierzu Cathala, Sans fleur, S. 253 ff.
[81] Vgl. ebenda, S. 263 ff., 271 f. und 289; Giraud, De Gaulle, t. I, S. 83 ff.
[82] Vgl. Cathala, Sans fleur, S. 322.
[83] [Anonym,] Raymond Schmittlein, S. 10, und Manns, Höchst persönliche Erinnerungen, S. 43 f., berichten, daß bereits im Herbst 1943 eine Truppe von 2000 Elsässern und Lothringern über Iran den FFL zugeführt worden sei. Cathala erinnert sich hingegen, daß erst im Juli 1944 1700 haftentlassene „Malgré-nous" dem Befreiungskomitee zur Verfügung gestellt wurden; Sans fleur, S. 303 und 312. Diese Version wird als annähernd korrekt bestätigt durch Schaeffer, L'Alsace, S. 21.
[84] Zu Chruschtschow vgl. Cathala, Sans fleur, S. 264, 272 und 302; zu Ehrenburg: Delcroix, Un destin, S. 22.
[85] Cathala, Sans fleur, S. 255.
[86] Vgl. ebenda, S. 263 und 273 f.; Giraud, De Gaulle, t. I, S. 466 ff.
[87] Cathala, Sans fleur, S. 255. Vgl. auch Touchard, Le gaullisme, S. 51 ff.
[88] Cathala, ebenda, S. 295.
[89] Vgl. ebenda, S. 258 und 302.

Verhältnis zu den amerikanischen Vertretern in der Sowjetunion zusätzlich belastete, sondern auch zum Zerwürfnis mit seinem Vorgesetzten führte[90].

Als Schmittlein im August 1943 aus Moskau abberufen und nach Algier versetzt wurde, erhielt er allerdings erneut einen zivilen Aufgabenbereich im Stab de Gaulles zugewiesen. Hier traf er mit führenden Männern der innerfranzösischen und gaullistischen Résistance zusammen, die nun die provisorische Exilregierung Frankreichs bildeten und später zu den einflußreichsten Politikern, Diplomaten und Publizisten der Vierten Republik gehörten. Für kurze Zeit arbeitete er mit dem Innenkommissar und Gründer der Widerstandsgruppe *Libération-Sud* d'Astier de la Vigerie zusammen[91]. Im Frühjahr 1944 saß er als Generalsekretär im Exekutivausschuß der algerischen Filiale von *Combat* neben den Gründungsmitgliedern Henri Frenay, Kommissar für Kriegsgefangene, Deportierte und Flüchtlinge[92], und René Capitant, Juraprofessor, Gaullist der ersten Stunde und Erziehungskommissar im Nationalen Befreiungskomitee. Auch den Rechtsanwalt Giron und dessen Frau Irène, seine spätere Stellvertreterin in der Baden-Badener Erziehungsdirektion, lernte er hier kennen[93].

Die in der Südzone Frankreichs wohl stärkste und bestorganisierte, ein Spektrum vor allem christdemokratisch-katholischer und gemäßigt linker Mitglieder umfassende Widerstandsgruppe *Combat* entwickelte sich im Laufe der Zeit zur gaullistischen Speerspitze unter den verschiedenen Bewegungen. Ihre aktive, einflußreiche Außenstelle in Algerien leistete seit 1942 dem in Nordafrika umstrittenen de Gaulle propagandistische Schützenhilfe gegen seine Kontrahenten Darlan und Giraud und erleichterte ihm so die Durchsetzung seines politischen Führungsanspruches. Als Sammelbecken der republikanischen und demokratischen Elemente sollte *Combat d'Alger* nach der Bildung des Nationalen Befreiungskomitees im Mai 1943 bei der Vereinigung aller überseeischen Widerstandsgruppen, dann aber auch bei der Eindämmung kommunistischer Machtansprüche innerhalb der Résistance eine wichtige Rolle spielen[94]. Schließlich erschienen seit Ende 1943 zahlreiche programmatische Artikel und Broschüren, die die Vorstellungen von *Combat* zur Lösung der drängendsten Zukunftsaufgaben deutlich machten und zumeist in eindringlicher Weise einen „revolu-

---

[90] Zum gespannten Verhältnis zwischen Amerikanern und Gaullisten in der Sowjetunion vgl. ebenda, S. 295 ff.; Krautkrämer, Frankreichs Kriegswende 1942, S. 275. Allgemein zum Verhältnis USA – France Libre – Vichy: Hurstfield, America. Zum Zerwürfnis Schmittleins mit Missionschef Garreau: Cathala, Sans fleur, S. 305 und 322. Daß Schmittlein aufbrausend reagieren konnte, wird deutlich ebenda, S. 319 f.; bestätigt hat diese Eigenschaft auch Robert Marquant in einem Gespräch am 7.4.1989.

[91] Vgl. Delcroix, Un destin, S. 10; zu Libération-Sud und d'Astier Michel, Les courants, passim.

[92] Der Berufsoffizier Frenay muß ein Jahrgangskamerad Schmittleins an der Militärakademie Saint-Cyr gewesen sein, denn nach Granet/Michel, Combat, S. 28, trat Frenay 1924 in Saint-Cyr ein.

[93] AN, F^{17} 13335, diverse Korrespondenz; zur Rolle Irène Girons in Algier, bei Combat und im Kabinett des Erziehungskommissars Capitant die biographischen Angaben in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 195 ff.

[94] Vgl. Granet/Michel, Combat, S. 28 ff., 220 ff., 285, 307 ff.; Michel, Les courants, S. 266 ff., 614 ff.; Lacouture, De Gaulle, t. I, S. 805 ff. Den Kampf gegen das Erstarken kommunistischer Positionen innerhalb von France Combattante betont besonders [Anonym,] Raymond Schmittlein, S. 10 f. In AN, F^{17} 13335 finden sich zwar Hinweise auf eine Auseinandersetzung Schmittleins als Generalsekretär von Combat d'Alger mit France Combattante de Tunisie, doch werden ideologische Hintergründe dabei nicht sichtbar.

tionären Humanismus" postulierten oder für die Verwirklichung eines freiheitlichen Sozialismus plädierten[95].

Zu den Problemen, die es im Frankreich der Nachkriegszeit anzupacken galt, gehörte nach Meinung der Exil- und Résistancegruppen eine tiefgreifende Reform des gesamten Erziehungswesens. Hierüber wurden 1943/44 nicht nur programmatische Reflexionen angestellt[96], sondern bereits konkrete Maßnahmen beraten. Bei einer solchen Gelegenheit konnte sich Schmittlein unter den Augen des designierten Pariser Erziehungsministers als engagierter Pädagoge profilieren. Capitant rief im Januar 1944 eine Kommission für die Reform des Unterrichtswesens ins Leben, die für die Zeit nach der Befreiung Frankreichs eine Erneuerung der alten Erziehungsinstitutionen nach den republikanischen Fundamentalprinzipien *Liberté–Egalité–Fraternité* erarbeiten sollte. Mit dieser programmatischen Vorgabe trat die Kommission in Algier am 8. März 1944 erstmals zusammen; sie tagte im folgenden allwöchentlich unter dem Vorsitz Capitants oder ihres Vizepräsidenten, des Sorbonne-Professors Marcel Durry. Als in der Eröffnungssitzung sechs Unterausschüsse gebildet wurden, meldete sich das Kommissionsmitglied Schmittlein[97] zu den beiden Arbeitsgruppen, die sich mit den weiterführenden Schulen und Fragen der Lehrerausbildung befaßten. Seine Anregung, einen Ausschuß für das französische Unterrichtswesen im Ausland einzurichten, fand keine Resonanz[98]. Nach fünfmonatigen, oftmals kontroversen Beratungen legte Durry im September 1944 einen Abschlußbericht vor, der als Diskussionsgrundlage für Öffentlichkeit und Parlament nach der Befreiung Frankreichs dienen sollte[99]. Da hierin explizit an frühere Schulreformpläne angeknüpft wurde, erscheint vor einer Analyse des Algier-Projekts und Schmittleins Rolle dabei ein kurzer historischer Rückblick angebracht.

Schulreformbestrebungen in Frankreich seit 1918

Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg wandte sich eine Gruppe junger Intellektueller – unter ihnen der gerade 30jährige Edmond Vermeil –, mit der Forderung nach

---

[95] Vgl. die zeitgenössischen Zeugnisse: Frenay, Combat; Hauriou, Vers une doctrine; Gérard, Que faire; ferner die Analyse von Michel, Les courants, S. 387ff.; Textauszüge bei Lipgens, Europa-Föderationspläne, S. 216ff., 227ff., 236ff.; Ziebura, Deutsch-französische Beziehungen, S. 29f.

[96] Vgl. z. B. Hauriou, ebenda, S. 56ff.

[97] Erstaunlicherweise hat Schmittlein seine Mitarbeit in diesem Gremium nie publik gemacht. Auch Robert Marquant, sechs Jahre lang Schmittleins „rechte Hand" in Baden-Baden, war diese Tatsache nicht geläufig, wie er im Gespräch am 7.4.1989 bekannte. Vgl. Marquants Hinweis auf die vom Verf. erstmals ausgewerteten Dokumente in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 23, wo allerdings aufgrund eines Druckfehlers eine falsche Archivsignatur angegeben ist.

[98] AN, F^{17} 13335, Sitzungsprotokolle der Commission de la Réforme de l'Enseignement. Die Kommission wurde durch zwei Dekrete am 21.1.1944 ins Leben gerufen und tagte vom 8.3. bis 2.8.1944 regelmäßig jeden Mittwoch. Schmittlein nahm bis Mitte Juli an den Zusammenkünften teil.

[99] In der letzten protokollierten Sitzung wurde der Termin der nächsten Zusammenkunft nicht festgelegt. Man beschloß lediglich, daß diese „so bald wie möglich" stattfinden solle, um den Abschlußbericht (rapport général) des Vizepräsidenten Durry zu hören (Sitzungsprotokoll vom 2.8.1944). Dieser Bericht liegt in AN, F^{17} 13335 nicht vor, wird daher im folgenden zitiert nach Schneider, Neue Erziehung, S. 70ff. Vgl. auch Miles, Recent Reforms, S. 45ff.; Honig, Schulreformen, S. 150ff.; Knaup, Beobachtungs- und Orientierungsstufe, S. 26ff.

einer Reorganisation des gesamten Bildungswesens an die französische Öffentlichkeit[100]. Die *Compagnons de l'Université Nouvelle* erstrebten den Wiederaufbau Frankreichs mit Hilfe eines *enseignement fraternel* in der *école unique*, einer für alle sechs- bis vierzehnjährigen Kinder gemeinsamen, nicht mehr schichten- oder klassenspezifischen Elementarschule, die unter der Losung „soziale Gerechtigkeit" gesellschaftliche Aufstiegschancen für alle Begabten ohne Berücksichtigung ihrer Herkunft ermöglichen und die strikte Trennung zwischen Primar- und Sekundarschulbereich überwinden sollte. Die Primarschule bereitete bis dahin vor allem Kinder der unteren Schichten auf eine Berufsausbildung vor, wurde jedoch von vielen Zwölfjährigen bereits verlassen. Die Sekundarstufe führte vornehmlich den Nachwuchs begüterter Kreise zum Abitur und öffnete ihm damit den Weg zum Hochschulstudium. Die programmatische Schrift der *Compagnons* forderte im Zuge ihrer radikalen Infragestellung des gesamten öffentlichen Erziehungssystems die Beobachtung, Begabungsfindung und Orientierung der Elf- bis Vierzehnjährigen, um eine Auswahl für die weiterführenden Schulen treffen zu können. Die Betonung „sozialer Gerechtigkeit" und besserer Nutzung des nationalen geistigen Potentials verband sich in diesem Entwurf mit dem Fortwirken traditioneller Vorstellungen von Kultur, Elitenbildung und Begabtenselektion.

Auch wenn die Reformideen der *Compagnons* zunächst an mannigfachen Widerständen scheiterten, konnte sich die Einheitsschulbewegung immerhin einen späten Teilerfolg anrechnen, als zwischen 1932 und 1936 die schrittweise Einführung der Schulgeldfreiheit an Gymnasien und die Schulpflichtverlängerung bis zum vierzehnten Lebensjahr beschlossen wurde[101]. Im Juni 1936 fand ein bedeutender Pädagogenkongreß in Le Havre statt, bei dem die fortbestehende Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit des französischen Bildungssystems scharf kritisiert wurde[102]. Zur selben Zeit bildete in Paris Léon Blum die erste Volksfrontregierung, in der ein junger Mann namens Jean Zay Erziehungsminister wurde. Ein Dreivierteljahr später legte dieser dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Reform des Unterrichtswesens vor, in den die Vorstellungen der *Compagnons* ebenso eingeflossen waren wie die Ideen eines rein sozialistischen Alternativprojekts[103]. Zay, der aus dem Bildungsbereich ein „Werk der Gerechtigkeit und ein Instrument des sozialen Fortschritts" machen wollte[104], setzte den Schwerpunkt auf eine stärkere Vereinheitlichung und größere Durchlässigkeit der Sekundarstufe. Die Sexta sollte Orientierungsklasse werden, nach deren Resultaten die Schüler anschließend auf drei Sektionen – eine klassische, eine moderne und eine technische – aufzuteilen waren. Neben den Prinzipien der Begabungsförderung und der Selektion stand das der Orientierung im Mittelpunkt, da Zay die endgültige Festlegung elfjähriger Kinder auf einen bestimmten Bildungsweg für verfrüht und pädago-

[100] Das Folgende nach Miles, ebenda, S. 25 ff.; Honig, ebenda, S. 69 f.; Knaup, ebenda, S. 18 ff.

[101] Vgl. Schneider, ebenda, S. 43 ff.; Knaup, ebenda, S. 22. Zu den in Deutschland diskutierten reformpädagogischen Konzeptionen, die in vielem jenen der französischen Einheitsschulbewegung ähnelten, vgl. Flitner/Kudritzki (Hrsg.), Deutsche Reformpädagogik; Neuner, Bund; Wittwer, Sozialdemokratische Schulpolitik.

[102] Vgl. Schneider, ebenda, S. 48 ff.

[103] Vgl. zum Folgenden ebenda, S. 55 f.; Knaup, ebenda, S. 22 ff.; der Hinweis auf den Einfluß des Sorbonne-Professors und Sozialisten Zoretti bei Honig, ebenda, S. 70.

[104] Zitiert nach Knaup, ebenda, S. 22.

gisch nicht vertretbar hielt. Besonderen Nachdruck legte der Erziehungsminister, in Übereinstimmung mit dem Kongreß von Le Havre, auf die Verwendung „aktiver" Unterrichtsmethoden, die von Schulreformern seit Anfang des Jahrhunderts gefordert wurden und das Ziel verfolgten, die Eigenständigkeit der Schüler zu wecken. Zays Reformvorstellungen kamen aufgrund einflußreicher Widerstände über die versuchsweise Einführung von Orientierungsklassen seit Winter 1937/38 nicht hinaus. Auch die gesamtpolitische Entwicklung trug das Ihre bei. Der abgesetzte Erziehungsminister wurde nach Frankreichs Kapitulation verhaftet und schließlich kurz vor der Befreiung 1944 von Landsleuten ermordet[105]. Immerhin hatten die seit langem virulenten Vereinheitlichungsbestrebungen im Schulwesen unter der Volksfront ihren regierungsamtlichen Ausdruck erhalten, an den sich bei der Nachkriegsplanung in Résistancekreisen um so mehr anknüpfen ließ, als das Vichy-Regime Zays Projekt nicht zuletzt aus ideologischen Gründen im Keim erstickte. Eine Ausgabe der Untergrundpublikation „Les Cahiers. Etudes pour une révolution française" vom September 1942 widmete sich ausschließlich Fragen der Erziehung und des Unterrichts[106] und stellte ein wichtiges Bindeglied geistiger Kontinuität zwischen dem Volksfrontentwurf von 1937 und jenen zehn Reformprojekten dar, die zwischen 1944 und 1956 von verschiedenen Seiten Parlament und Öffentlichkeit der Vierten Republik vorgelegt wurden[107].

Auch in der Umgebung de Gaulles im Londoner Exil machte man sich zur selben Zeit Gedanken über die Aufgaben der Nachkriegszeit. Bereits im November 1940 plädierte ein Angehöriger von *France Libre* für die Einsetzung eines Expertengremiums, das Vorstellungen zu den wichtigsten Fragen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Frankreichs, des Empire und Europas entwickeln sollte[108]. Erst Anfang Dezember 1941 indessen beauftragte de Gaulle vier Kommissionen, sich mit den Nachkriegsproblemen zu befassen[109]. Das ehrgeizig anmutende Planungsunternehmen konnte hochgestellte Erwartungen allerdings nicht erfüllen[110]. Nur auf den ersten Blick beeindruckt die Bilanz einer *Section intellectuelle et de l'enseignement*, die von Juli 1942 bis Juli 1943 unter Leitung des Professors J. Cathala regelmäßig tagte[111] und sich mühsam auf einige Grundprinzipien für eine Reform des französischen Unterrichtswesens verständigte[112]. Seit längerem öffentlich diskutierte Probleme kamen in dem mehrmonatigen Meinungsaustausch zur Sprache: die Rolle von Staat und Kirche im Erziehungsbereich, eine Koordination von Primar- und Sekundarschulwesen, die Ausdehnung des Schulpflichtalters, Probleme der Lehrplanüberfrachtung, die Wiedereinführung von Orientierungsklassen und der ebenfalls unter Pétain geschlossenen *Ecoles normales* zur Lehrerausbildung, die Gestaltung der gymnasialen Züge, Unterrichtsmethoden,

[105] Vgl. Schneider, ebenda, S. 61ff. und 156; Knaup, ebenda, S. 23ff.
[106] Ausführlich wiedergegeben bei Schneider, ebenda, S. 64ff.
[107] Überblick bei Honig, ebenda, S. 130ff.
[108] MAE, Guerre 1939–45, Londres, CNF/172, fol. 1f., Aufzeichnung Bernards von [Anf.] November 1940.
[109] Ebenda, fol. 4, 9, 67, 89.
[110] Ebenda, fol. 309ff., 321.
[111] Ebenda, fol. 81, 160; vol. 186, fol. 82ff.
[112] Ebenda, vol. 172, fol. 160ff.; vol. 186, fol. 2.

Fragen der beruflichen und der Erwachsenenbildung[113]. Doch zu einem in sich geschlossenen, über Grundsatzerklärungen hinausgehenden Gesamtentwurf gelangte Cathalas Studiengruppe nicht. Mit der Installierung der provisorischen Exilregierung de Gaulles in Nordafrika scheint sie sang- und klanglos auseinandergegangen zu sein; eine Koordination zwischen Schulpolitikern in Algier und London ließ sich aufgrund der kriegsbedingt schwierigen Verbindungen kaum aufrechterhalten[114].

Die Schulreformkommission in Algier (1944)

Zwar waren die Londoner Diskussionen dem Vizepräsidenten der Algier-Kommission bekannt[115], doch nannte Durrys Abschlußbericht vom September 1944 andere Bezugspunkte. Ausdrücklich war davon die Rede, daß man angesichts des „allgemeinen Wunsches nach einer wahren Revolution und nach einem verjüngten Vaterland" an die Einheitsschulbewegung der *Compagnons* und die Reformen Zays anknüpfen und energisch radikale Maßnahmen ergreifen müsse. Es gelte jedoch, nicht nur aus den eigenen bitteren Erfahrungen Lehren zu ziehen, sondern sich auch von Entwicklungen im Ausland inspirieren zu lassen[116]. Tatsächlich führten zur selben Zeit, im August 1944, die englischen Schulreformbestrebungen zur Annahme des seit Monaten verhandelten *Education Act*, der jedoch stärker traditionsgebundene Schwerpunkte setzte[117]. Im übrigen griff die Kommission auch Vorschläge aus dem besetzten Frankreich und von Exilgruppen in Nordafrika auf[118].

Welches Programm wurde nun in Algier entworfen, welche Rolle und welche Positionen nahm dabei das Ausschußmitglied Schmittlein ein[119]? Daß er in wesentlichen

---

[113] Die Section intellectuelle et de l'enseignement setzte sich auch mit einem konkurrierenden Reformentwurf auseinander, der in Frankreich erarbeitet worden war und Anfang 1943 zur Stellungnahme im Londoner Hauptquartier von France Libre eintraf. Dieses umfangreiche Memorandum („Bases d'un Ministère de la Vie Culturelle") wurde in einem Dutzend Einzelstudien der Section unter verschiedenen Gesichtspunkten kritisch beleuchtet (ebenda, vol. 172, fol. 261ff.; vol. 186, fol. 30ff.). Das Memorandum selbst wurde nicht ermittelt, so daß über seine Autoren nichts gesagt werden kann.

[114] MAE, Guerre 1939–45, Alger, CFLN-GPRF/631, fol. 1, Telegramm Massiglis an de Gaulle vom 7.7.1943; fol. 186, Telegramm Capitants an J.-C. Paris vom 30.8.1944.

[115] Ende 1943 wurde Cathala offenbar nach Algier entsandt, um die Erträge seiner Section in die weitere Planungsarbeit einzubringen (ebenda, fol. 41). Eine personelle Kontinuität zwischen der Londoner Studiengruppe und der Reformkommission in Algier bestand jedoch nicht. Cathala wurde zwar in den Sitzungsprotokollen als Mitglied des Capitant-Durry-Ausschusses angeführt, nahm aber an keiner Zusammenkunft teil.

[116] Zitiert nach Schneider, Neue Erziehung, S. 70; vgl. auch Knaup, Beobachtungs- und Orientierungsstufe, S. 26. Nach Miles, Recent Reforms, S. 49, wurden in der Algier-Kommission zwei Berichte über die englische Schulreform von 1944 sowie über die „progressive education" an New Yorker Grundschulen herangezogen, jedoch nur in geringem Maße berücksichtigt.

[117] Hierzu Honig, Schulreformen, S. 105ff. France Libre hatte direkten Kontakt zum britischen Erziehungsministerium, da seit Oktober 1942 eine Konferenz der alliierten Erziehungsminister in London über „educational questions affecting Allied countries of Europe and the United Kingdom both during the war period and in the post-war period" beriet; vgl. Allied Plan for Education, S. 1.

[118] Dies wurde im Abschlußbericht der Algier-Kommission ausdrücklich vermerkt.

[119] Der Abschlußbericht wird nach der in Anm. 99 angeführten Literatur wiedergegeben, die Positionen Schmittleins nach den Sitzungsprotokollen und einem undatierten Memorandum

Fragen den Gang der Beratungen mitbestimmte und dem Abschlußbericht seinen Stempel aufzudrücken verstand, zeigte sich vor allem im Bereich der höheren Schulen. Die drei Grundprinzipien der Kommission – den durch die Kriegsereignisse bewirkten Bruch der Traditionen für radikale Neuerungen zu nutzen; soziale Gerechtigkeit durch Chancengleichheit aller Schüler anzustreben; einer Orientierungsphase für alle Jugendlichen Vorrang gegenüber Selektionsgesichtspunkten einzuräumen, gleichzeitig aber auch die Rekrutierung begabter Führungskräfte wichtig zu nehmen – entsprachen im wesentlichen den von Schmittlein vertretenen Auffassungen. Daß diese sich in die für große Teile der französischen Lehrerschaft repräsentative Tradition linksrepublikanisch-aufklärerischer Prägung einreihten, bewies Schmittlein mit einem Memorandum für seine Kommissionskollegen. Die bisherige Zweiteilung des französischen Schulsystems in ein geringer geachtetes Primar- und Berufsschulwesen und ein elitebildendes Sekundarschulwesen entspreche der gesellschaftlichen Spaltung in die „große Masse des Volkes" und eine „bürgerliche Welt", hieß es darin. Zwischen beiden Systemen bestehe in der Regel keine Durchlässigkeit. Diesen Status quo aufrechtzuerhalten bedeute, die von der Schule ausgehende Ungleichheit zu konservieren. Künftig müsse es jedem französischen Kind möglich sein, seine Fähigkeiten frei zu entfalten und den ihm angemessenen Bildungsweg einzuschlagen[120]. Schmittleins Handschrift zeigte sich auch bei der grundsätzlichen Frage des Laizismus und des staatlichen Unterrichtsmonopols. Vermutlich auf sein Insistieren hin[121] wurde die im Abschlußbericht postulierte Laisierung der Staatsschule als Neutralität in Fragen der Philosophie und Weltanschauung, der Religion und Politik näher definiert[122], das künftige Schicksal der Privatschulen aber zum politischen Problem erklärt und seine Behandlung daher aufgeschoben[123].

Als der Unterausschuß für den weiterführenden Unterricht dem Plenum seinen Bericht vorlegte, plädierte insbesondere Schmittlein für eine Vereinheitlichung dieses Sektors. Er legte Grundsätze dar, die für seine später in der französischen Besatzungszone Deutschlands vertretene Schulpolitik aufschlußreich sind. Die acht Schuljahre umfassende Sekundarstufe sollte demnach in zwei gleich lange Zyklen unterteilt werden. Im ersten gelte es, den Elf- bis Vierzehnjährigen vor allem Kenntnisse in einer modernen Fremdsprache (Deutsch, Englisch oder Russisch) zu vermitteln, die alten Sprachen jedoch auszuklammern und einen Auslese- und Spezialisierungsprozeß zu ermöglichen, der nicht zu früh erfolgen dürfe. Nach einer für alle Schüler gleichen Orientierungsphase von zwei Jahren sollte die Aufspaltung in eine literarische und

---

Fortsetzung Fußnote von Seite 36

„Enseignement du 2e degré – Projet Schmittlein", in: AN, F17 13335. Die von Jürgen Fischer angesprochene „historisch wichtige Kontroverse", ob Schmittlein und seine Mitstreiter in Algier auch schon über Reformen im deutschen Schulwesen beraten haben (in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 23, Anm. 60), läßt sich aufgrund der ermittelten Dokumente nicht beenden.

120 „Projet Schmittlein". Die darin geäußerte Ansicht, daß gegenwärtig die „Faulenzer" an den höheren Schulen verblieben, während die überwältigende Mehrheit der guten Volksschüler nicht aus dem Primarbereich aufsteige, findet sich sinngemäß auch im Abschlußbericht Durrys; vgl. Schneider, Neue Erziehung, S. 71.

121 Sitzungsprotokoll der Reformkommission vom 15.3.1944.

122 Vgl. Honig, Schulreformen, S. 150.

123 Vgl. Schneider, Neue Erziehung, S. 71.

eine mathematisch-naturkundliche Abteilung erfolgen. Am Ende des ersten Zyklus war ein Abschlußzeugnis vorgesehen. Der zweite Teil würde den Schülern vorbehalten sein, die sich für höhere Bildung („un enseignement de culture") aufnahmefähig zeigten, während die übrigen auf stärker technisch-praktisch ausgerichtete Lehranstalten hinzulenken seien. Im Aufbauzyklus müßte entweder die erste Fremdsprache (literarische Sektion) oder Mathematik (naturkundliche Sektion) vertieft und in jedem Fall eine zweite moderne Sprache oder Latein erlernt werden. Während Griechisch, Physik und Chemie gänzlich aus den Schulen verbannt werden und den Universitäten vorbehalten bleiben sollten, wünschte Schmittlein den Philosophieunterricht auf die beiden letzten Klassen ausgedehnt[124]. In der Diskussion zeigte sich, daß bei konservativeren Kommissionsmitgliedern das Konzept einer allgemeinbildenden Orientierungsstufe für alle Schüler nicht nur auf praktische Einwände, sondern auch auf Skepsis grundsätzlicher Art stieß: Kann und soll denn allen Kindern derselbe Unterricht erteilt werden, lautete die kritische Frage eines Kollegen. Ihm hielt Schmittlein nachdrücklich das Gleichheitsprinzip entgegen und bestritt – ganz im Sinne Zays –, daß schon bei Elfjährigen eine Auslese getroffen und eine Spezialisierung gewählt werden könne[125]. Mit dieser Auffassung fand er letztlich eine Mehrheit. In Durrys Abschlußbericht wurde eine zweijährige Orientierungsstufe (Sexta und Quinta) postuliert, die als quasi eigenständige Phase zwischen Primar- und Sekundarbereich konzipiert war und keine Differenzierungen aufweisen, sondern allen Schülern eine gleichgeartete Allgemeinbildung vermitteln sollte. Schmittleins wiederholte Attacken auf einen zu früh einsetzenden und auf Kosten der lebenden Fremdsprachen zu intensiv betriebenen Latein- und Griechischunterricht[126] fanden im Plenum allerdings keine ungeteilte Zustimmung. Die Reformkommission votierte mehrheitlich für die Beibehaltung eines altsprachlichen Zweiges und gegen eine Reduzierung des Lateinunterrichts zugunsten des Französischen[127].

Auch zur Frage der schulischen Prüfungen nahm Schmittlein dezidiert Stellung, indem er das in Frankreich praktizierte System der Examina scharf kritisierte. Das *baccalauréat* sollte statt in zwei Etappen auf einmal abgelegt werden, entweder als Schulabschluß- oder als Universitätsaufnahmeprüfung. Er wandte sich zudem gegen die externen, den Schülern unbekannten Prüfungskommissionen und beklagte den Konkurrenzdruck, den das *concours*-Verfahren erzeugte. Dieselben Mängel konstatierte er für die Universitätsexamina. Nur für die Besetzung der höheren öffentlichen Ämter (die „grandes carrières") sei das Wettbewerbsprinzip gerechtfertigt, da der Staat das Recht habe, seine Beamten auszuwählen[128]. Diese Thesen polarisierten die Kommission, wobei Vizepräsident Durry zu denen gehörte, die Schmittlein heftig widersprachen, Erziehungskommissar Capitant zu jenen, die ihm beipflichteten. Der Abschluß-

[124] Die geschilderten Grundsätze nach dem Sitzungsprotokoll vom 29.3.1944 und dem „Projet Schmittlein", das umfassender und präziser als die im Protokoll wiedergegebene Stellungnahme Schmittleins ist.

[125] Sitzungsprotokoll vom 29.3.1944.

[126] Sitzungsprotokolle vom 5.4., 12.4., 19.4. und 26.4.1944.

[127] Sitzungsprotokolle vom 24.5. und 31.5.1944. Am Tag der Abstimmung hatte Schmittlein nicht an der Sitzung teilgenommen.

[128] Sitzungsprotokoll vom 21.6.1944. Zum baccalauréat äußerte sich Schmittlein in seinem Memorandum.

bericht forderte schließlich, das *baccalauréat* müsse entweder in seinen Anforderungen verschärft und über zwei Jahre hinweg vorbereitet oder durch ein einfaches Schulabgangszeugnis ersetzt werden.

Als diese Fragen in der zweiten Julihälfte 1944 diskutiert wurden, hatte Schmittlein seinen Posten im Stab de Gaulles bereits aufgegeben und sich zu einem militärischen Kommando gemeldet, um an der Befreiung Frankreichs teilzunehmen. Er ahnte wohl kaum, daß die Schulreformpläne, die er mitgestaltet hatte und die in der Tat nicht mehr als eine „provisorische, rohe Skizze", ein „halboffizielles Dokument" hervorbrachten[129] und „selbst in Kreisen französischer Pädagogen wenig bekannt" wurden[130], die Grundlagen weiterer Projekte dieser Art bildeten. Während Schmittlein die militärische Rückeroberung seiner späteren Heimatstadt Belfort[131] im November 1944 miterlebte, berief der inzwischen vom Erziehungskommissar im Exil zum Pariser Minister avancierte René Capitant eine neue Studienkommission, die zunächst unter Leitung des Physikers Paul Langevin, nach dessen Ableben unter Vorsitz des Pädagogen und Psychologen Henri Wallon eine gründliche Reorganisation des gesamten öffentlichen Bildungswesens erarbeiten sollte. Als deren umfassender Entwurf im Juni 1947 schließlich vorgelegt wurde und zu einer wahren „Charta der Neuen Schule Frankreichs" avancierte[132], war die „Philosophie" der Algier-Kommission zu ihrem logischen und konsequenten Schluß geführt[133].

Inzwischen stellte sich den Verantwortlichen in Paris die Aufgabe, nicht nur der eigenen Bevölkerung ein neukonzipiertes Erziehungs- und Ausbildungssystem aufzuerlegen, sondern auch die *rééducation* des besiegten deutschen Volkes, zumindest seines unter französische Besatzung geratenen Teiles, zu organisieren. Daß Capitant bei der Suche nach einer hierfür geeigneten Führungspersönlichkeit auf Schmittlein kam, überrascht nach den bisherigen Darlegungen nicht. Es galt aber, dem designierten *Directeur de l'Education Publique* Richtlinien für seine Umerziehungs- und Kulturmission in der französischen Zone an die Hand zu geben. Denn als Schmittlein im Frühjahr 1945 von seiner Ernennung erfuhr, wurde ihm bewußt, wie sehr die Kriegsjahre seine Wahrnehmung des Nachbarlandes verzerrt hatten[134]. Daß er wenige Monate später mit einem „sehr präzisen, seit 1943–44 in Algier ausgearbeiteten Aktionsprogramm" in Baden-Baden angekommen sei[135], erscheint demnach wenig wahrscheinlich. Immerhin waren unterdessen Überlegungen angestellt worden, wie die Deutschen auf den rechten demokratischen und friedfertigen Weg zurückzubringen seien.

---

[129] Miles, Recent Reforms, S. 55.

[130] Honig, Schulreformen, S. 152.

[131] Nach seiner Rückkehr aus Deutschland 1951 ließ sich Schmittlein in Belfort nieder. Diesen Wahlkreis vertrat er als gaullistischer Abgeordneter in der Pariser Nationalversammlung; hier übernahm er kommunalpolitische Ämter und gab eine Zeitung heraus. In einer alten Mühle nahe Belfort verbrachte er schließlich seine letzten Lebensjahre.

[132] Schneider, Neue Erziehung, S. 87.

[133] So Miles, Recent Reforms, S. 55.

[134] Vgl. Schmittlein, Souvenirs; gefunden in: AOFA, AC 31,1.

[135] So Robert Marquant, in: Hochschuloffiziere, S. 24. Diese These beruht auf der nicht erwiesenen Annahme, in Algier seien Schulreformpläne auch für Nachkriegsdeutschland entwickelt worden.

2. „Was tun mit Deutschland?" – „Die Deutschen umerziehen"!?

Schon bald nach dem Eintritt ihrer Nationen in den Zweiten Weltkrieg entbrannte in politischen, wissenschaftlichen und publizistischen Kreisen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten eine lebhafte, kontrovers geführte Diskussion über Sinn und Zweck, Möglichkeiten und Grenzen einer *re-education*, der „geistigen Demokratisierung" des deutschen Volkes nach dem erhofften Sieg über Hitlers Armeen[136]. Im Oktober 1942 konstituierte sich auf britische Initiative in London eine alliierte Konferenz der Erziehungsminister aus zehn zumeist von Deutschland besetzten europäischen Staaten, um über Nachkriegsprobleme im Bildungsbereich zu beraten[137]. Die Umerziehungsfrage wurde zunächst ausgeklammert; erst im August 1944 stand sie schließlich auf der Tagesordnung. Delegationsleiter des Freien Frankreich war Paul Vaucher, Geschichtsprofessor und vormals Mitglied der *Section intellectuelle et de l'enseignement* in de Gaulles Planungskommission. Er berichtete aus London, daß alle Beteiligten deutliche Vorbehalte hinsichtlich der Wirkungschancen einer Umerziehung angemeldet hätten. Sein Landsmann Vermeil habe es als Ungerechtigkeit bezeichnet, deutsche Universitäten wiederzueröffnen, solange die von Wehrmachtstruppen zerstörten Hochschulen in anderen Ländern nicht wieder funktionstüchtig seien[138].

Drei Tage nach dieser Konferenz und ihre Ergebnisse vermutlich mit berücksichtigend, verfaßte de Gaulles politischer Berater Maurice Dejean ein vertrauliches Memorandum zum „problème allemand". Besonders in angelsächsischen Kreisen, hieß es darin, sei oft von der Erziehung Deutschlands die Rede, in deren Überwachung manche einen wichtigen Faktor europäischer Sicherheit sähen. Solche Maßnahmen könnten vielleicht nützlich sein, für lange Zeit aber allenfalls ein „zusätzliches Element" der französischen Deutschlandpolitik darstellen. Keinesfalls dürften sie militärische und ökonomische Garantien ersetzen. In Wirklichkeit gehe es weniger um Erziehungsfragen als um die *rééducation* eines ganzen, von falschen Propheten und mit verlogenen Doktrinen vom rechten Wege abgebrachten Volkes, das vor allem unschädlich gemacht und in diesem Zustand gehalten werden müsse[139]. Ähnlich nüchtern-skeptisch sah zur selben Zeit Edmond Vermeil die Dinge. Im November 1944 führte er aus, daß die Umerziehung der Deutschen – verstanden als tiefgreifender Wandel ihrer Mentalität, als Heilung vom großdeutschen Wahn – ein äußerst schwieriges, jedoch lebensnotwendiges Unterfangen sei, von dem Frankreichs Schicksal abhänge. Ein solches Vorhaben erschien ihm allerdings nur in dem Maße erfolgversprechend, wie sich die Mehrheit der deutschen Bevölkerung unter dem Eindruck eines katastrophalen

[136] Hierzu Bungenstab, Umerziehung; Lange-Quassowski, Neuordnung; Tent, Mission; Pakschies, Umerziehung; Halbritter, Schulreformpolitik; Lutzebäck, Bildungspolitik; Heinemann (Hrsg.), Umerziehung und Wiederaufbau; Pronay/Wilson (Eds.), Political Re-Education.

[137] Vgl. Allied Plan for Education, S. 1f.; Pakschies, Umerziehung, S. 55f.

[138] MAE, Z/Allemagne/99, fol. 17f., Massigli an Bidault am 25.6.1945 (Das Außenministerium hatte den Botschafter in London um eine Dokumentation über die britischen Umerziehungspläne gebeten); vgl. auch Cuer, L'action culturelle, S. 15; zu Vaucher Who's Who in France, 1957/58, S. 2215.

[139] MAE, Y/Allemagne/278, fol. 19ff., Dejeans Memorandum „Le problème allemand" vom 21.8.1944.

Zusammenbruchs und einer unnachsichtigen, solidarischen Haltung der siegreichen Besatzungsmächte zur spontanen Selbstreinigung fähig zeige. „Die Umerziehung Deutschlands, die auf die freiwillige Zustimmung (adhésion) der Deutschen zu einem internationalen Verhaltenskodex (morale) abzielt, und die Übereinstimmung der Alliierten hinsichtlich dieses pädagogischen Unterfangens sind die unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg des künftigen Völkerbunds." Dabei setzte Vermeil dem „soliden Optimismus" der Angelsachsen, die ohne Selbstzweifel den Deutschen „das wahre soziale, demokratische und moralische Evangelium" zu bringen trachteten, seine pessimistisch-fatalistische Geschichtsauffassung über die „traditionelle Aggressivität Deutschlands gegenüber dem westlichen Humanismus" entgegen[140].

Angesichts solcher Skepsis bei maßgeblichen politischen und intellektuellen Mitarbeitern des Freien Frankreich überrascht es kaum, daß konkrete, umfassende Pläne zur *rééducation* der Deutschen in Kreisen der Provisorischen Regierung lange Zeit ausblieben[141]. Die von de Gaulle im Londoner Exil eingerichtete *Section intellectuelle et de l'enseignement* hatte auf die Entwicklung eines eigenen Umerziehungskonzepts gänzlich verzichtet und sich statt dessen die Option einer Übernahme alliierter Vorarbeiten offengehalten[142]. Auch in der Algier-Kommission des Jahres 1944 stand das Thema *rééducation* nicht auf der Tagesordnung. So ist es wenig erstaunlich, daß Schmittlein im Frühjahr 1945 noch keine offiziellen Richtlinien erhielt. Im Pariser Außenministerium war man zum damaligen Zeitpunkt der Ansicht, daß die in Deutschland zu verfolgende Bildungspolitik auf wenige Grundprinzipien hinauslaufe. Was hierzu in einer stark an Vermeil gemahnenden Aufzeichnung dargelegt wurde, war denn auch lakonisch: ein Satz zu den Grundschulen, zwei Sätze bezüglich der Gymnasien, drei schließlich zu den Universitäten und deutschen Auslandsinstituten. Zweck der Maßnahmen sei es, der Schuljugend das Verständnis für menschliche Freiheit und Persönlichkeit, internationale Moral und humanistischen Geist zu vermitteln[143]. Ausführlichere Vorgaben der Pariser Regierung für Schmittleins inzwischen errichtete Erziehungsbehörde in Südwestdeutschland ließen bis November 1945 auf sich warten.

Die französische Exil- und Résistancepresse griff hingegen schon während des Krieges, nicht zuletzt unter dem Eindruck der angelsächsischen Diskussion, vereinzelt die Idee einer *rééducation* des nationalsozialistischen Deutschlands auf. In der Bewertung dieser Frage spiegelten sich grundsätzliche, oft weltanschaulich fundierte Meinungsverschiedenheiten unter den gegen Vichy und die Besatzungsmacht kämpfenden Franzosen wider. So herrschte Uneinigkeit über die künftig gegen das Reich zu ergreifenden Sicherheitsmaßnahmen: ein neues, härteres „Versailles" oder – im Gegenteil – der Verzicht auf ähnlich verhängnisvolle Bestimmungen? Territoriale Aufsplitterung, Gebietsamputationen, Annexionen, Reparationen – oder nichts von alledem, sondern eine gesamteuropäische, föderative Friedenslösung? Idealtypisch und grob schematisiert, standen sich das „Dominanzkonzept" de Gaulles, das ähnlich von

[140] Vermeil, Le problème allemand, S. 75ff.; vgl. Auerbach, „Que faire", S. 290f.

[141] Aufschlußreich hierfür ist das Vorwort in Vermeil et al., Quelques aspects, S. 12f.

[142] MAE, Guerre 1939–45, Londres, CNF/186, fol. 26ff., 86, 119.

[143] MAE, Z/Allemagne/99, fol. 1f., Aufzeichnung der Nordeuropaabteilung für den Außenminister, vermutlich vom April 1945 (undatierte Durchschrift), „Problème de la rééducation dans la zone d'occupation française".

den Kommunisten vertreten wurde, und das „Integrationskonzept" der nichtkommunistischen Résistance gegenüber[144]. Die Realität war selbstverständlich komplexer, uneinheitlicher.

So schwierig sich eine gerechte Beurteilung der außergewöhnlichen, facettenreichen Persönlichkeit Charles de Gaulles erweist[145], so unzweifelhaft muß doch seine außenpolitisch-machtstaatliche Vorstellungswelt der nationalistischen Tradition, allerdings mit deutlich pragmatischen Zügen, zugeordnet werden[146]. Aus klerikal-monarchistischem Elternhause stammend, am Jesuiten-Collège und an der Militärakademie erzogen, vom Gedankengut der *Action française* Maurras' und Bainvilles beeinflußt, huldigte de Gaulle einem Frankreichbild, in dem nationale Größe und Integrität des Empire, Macht und internationaler Rang des Vaterlandes die Schlüsselkategorien darstellten[147]. Dachte er an Deutschland, so beherrschte ihn lange Zeit die Vorstellung von der „Erbfeindschaft" zwischen „Galliern und Germanen", die sich, mit unterschiedlichen Nationalcharakteren ausgestattet, in einer geostrategisch bedingten Frontstellung zueinander befanden[148]. Für ihn gab es in der historischen Entwicklung keine widerstreitenden „deux Allemagnes", sondern „la malfaisance chronique du germanisme", das „ewige Deutschland", das im nationalsozialistischen Staat seine äußerste, perfekte Ausformung gefunden habe. Es genüge daher nicht, den Nazismus auszurotten; vielmehr müßten die Deutschen an sich dauerhaft daran gehindert werden, noch einmal die Nachbarn zu überfallen und die Welt in einen Krieg zu stürzen[149]. „Plus de Reich centralisé!" lautete de Gaulles Credo, mit dem er glaubte, die „boches" an einer Rückkehr zu ihren „schlechten Instinkten" hindern zu können[150]. Wirkungsvolle territoriale Bestimmungen und materielle Reparationsleistungen, die komplementäre Forderung nach „Sicherheit und Kohle"[151], bildeten die beiden Pfeiler seiner Deutschlandpolitik als Regierungschef in den anderthalb Jahren nach der Libération. Der von anderen erörterte Aspekt, zur künftigen Sicherheit Frankreichs durch Umerziehung der Deutschen beitragen zu wollen, spielte in den persönlichen Überlegungen des Generals während der Kriegsjahre offensichtlich keine Rolle.

Auf der entgegengesetzten Seite des ideologischen Spektrums, bei Frankreichs Kommunisten, hatte sich in der Kriegszielfrage eine Position herauskristallisiert, die manchen Vorstellungen de Gaulles sehr nahe kam. Nach einer Phase selbstverschuldeter Marginalisierung und Isolation, zwischen Hitler-Stalin-Pakt und deutschem Angriff auf die Sowjetunion, waren die Kommunisten im Untergrund und Exil seit Juni

---

[144] Vgl. Loth, Die Franzosen, S. 28ff.; Ziebura, Deutsch-französische Beziehungen, S. 24ff.

[145] Vgl. z. B. De Gaulle en son siècle.

[146] Loth weist darauf hin, daß sich de Gaulles „Spielart des Nationalismus [...] vom integralen Nationalismus eines Charles Maurras dadurch [unterschied], daß sie einerseits auch transnationalen Wertbegriffen wie dem Begriff der Freiheit oder der europäischen Zivilisation verpflichtet war, und daß er andererseits durchaus ein Gespür für die Entwicklung machtpolitischer Realitäten besaß"; Die Franzosen, S. 30. Vgl. die jüngste und umfassendste Biographie von Lacouture, De Gaulle.

[147] Vgl. de Gaulles Schriften: Le fil de l'épée; Vers l'armée de métier; La France et son armée.

[148] Eine knappe, treffende Zusammenfassung seines Frankreich- und Deutschlandbildes bei Marcowitz, Grundzüge.

[149] Zitiert nach Michel, Les courants, S. 88. Vgl. auch Lipgens, Bedingungen.

[150] De Gaulle, Memoires de guerre, t. III, S. 57.

[151] So Korff, Le revirement, S. 79, im Anschluß an Willis, The French, S. 32ff.

1941 um so intensiver bemüht, sich als entschlossenste Widerstandskämpfer zu profilieren[152]. Nachsicht mit den Deutschen lehnten sie zunächst entschieden ab. Allmählich nahmen sie aber – der sowjetischen Linie entsprechend – die Unterscheidung zwischen „Hitlerfaschismus" und deutscher Bevölkerung wieder auf, nun allerdings mit dem Zusatz, die Mehrheit des Nachbarvolkes habe sich zu Komplizen der Nazigangster gemacht und sei entsprechend zu behandeln[153]. Wie viele Gaullisten standen sie einer *rééducation*, in die Sozialisten und Christdemokraten einige Hoffnung setzten, mit großer Skepsis gegenüber. In ihren vernichtenden „Bemerkungen" zum sozialistischen Projekt eines gemeinsamen Résistance-Programms bezeichnete die KPF-Führung im April 1944 eine Umerziehung als vage konzipiertes, schwierig zu realisierendes Unterfangen, dessen Wirksamkeit zu bezweifeln sei[154]. Sie setzte demgegenüber auf eine grundlegende sozioökonomische Umwälzung der deutschen Verhältnisse und propagierte im Bereich der Außenpolitik eine neue europäische Ordnung, innerhalb derer Frankreich nur im festen Bündnis mit der Sowjetunion die deutsche Gefahr bannen könne. Auch in ihrem Mißtrauen gegenüber den amerikanischen Absichten und der als Hauptsorge ausgegebenen Bewahrung der Einheit und Größe Frankreichs fanden sich Kommunisten und Gaullisten in einer bemerkenswerten Allianz[155]. Allerdings näherten sich seit Frühjahr 1942 die Mitstreiter de Gaulles und der nichtkommunistischen Résistance in wichtigen Fragen einander an, so daß angesichts der nationalen Notlage ein republikanischer Kriegsgaullismus auf breiter Grundlage entstand. Meinungsverschiedenheiten in konzeptionellen und taktischen Fragen, persönliche Querelen zwischen Widerstandsgruppen oder deren Chefs sowie zwischen ihnen und der Entourage de Gaulles in London bzw. Algier blieben allerdings bis zur Libération und darüber hinaus bestehen[156].

Hinsichtlich der deutschen Frage zeigte sich insofern ein übergreifender Konsens, als auch die Angehörigen der *mouvements* mehrheitlich eine strenge Bestrafung der für den Krieg Verantwortlichen, eine dauerhafte Besetzung des Nachbarlandes sowie die Ausschaltung seiner mächtigen Militärmaschinerie und des bedrohlichen deutschen Industriepotentials für unabdingbar hielten[157]. Ansonsten konnten die Meinungen selbst innerhalb einer politisch-weltanschaulichen „Familie" weit auseinandergehen. Im Juni 1943 wollte beispielsweise die sozialistisch geprägte *Libération (Nord)* keine Unterscheidung zwischen dem deutschen Volk und seinen Führern treffen. Sie bezeichnete die innerdeutsche Opposition als zwar mutige, aber verschwindend kleine Minderheit, proklamierte eine kollektive Verantwortlichkeit Deutschlands und forderte die Franzosen auf, Lehren aus der jüngeren Geschichte, dem trügerischen, weil

---

[152] Zur Geschichte der KPF während des Zweiten Weltkrieges vgl. Azéma/Prost/Rioux (Eds.), Le P.C.F. Die partielle Übereinstimmung zwischen Gaullisten und Kommunisten, z. B. hinsichtlich des Nationalismus, verleitet Gegner beider Lager zu Schlußfolgerungen, die oft an Verschwörungstheorien erinnern, zuletzt Giraud, De Gaulle.

[153] Zusammenfassende Darstellung bei Michel, Les courants, S. 707 f.

[154] Vgl. Michel/Mirkine-Guetzévitch, Les idées politiques, S. 218 ff., hier S. 234.

[155] Vgl. Michel, Les courants, S. 709 f.

[156] Zur Entwicklung des Verhältnisses zwischen France Libre und innerer Résistance vgl. ebenda, S. 56 ff., 93 ff., 222 ff. und 726 ff.; Moulin et le C.N.R.; zusammenfassend Knipping, „Réseaux" und „Mouvements".

[157] Vgl. Michel, Les courants, S. 412 ff.

zu nachsichtigen Waffenstillstand der Zwischenkriegszeit zu ziehen[158]. Zur selben Zeit gab die ebenfalls sozialistische Zeitung „Le Populaire" die konträre Meinung des Parteichefs Léon Blum wieder: Rachegelüste gegenüber dem deutschen Volk und Forderungen nach einer endgültigen Ausschaltung dieser Bedrohung seien zwar verständlich und gerechtfertigt, jedoch lasse sich historisch belegen, daß man Haß nicht mit Haß, Gewalt nicht mit Gewalt besiegen könne. Das einzige Mittel, Deutschland unschädlich zu machen und ein friedliches, sicheres Europa zu schaffen, bestehe darin, das Nachbarland in eine Staatengemeinschaft zu integrieren, die stark genug sein müsse, es umzuerziehen, zu disziplinieren, gegebenfalls zu bändigen[159]. Noch prägnanter läßt sich die heterogene, spannungsreiche Bandbreite des „revolutionären Humanismus", der als Hauptcharakterzug der nichtkommunistischen Résistance und wichtigstes Unterscheidungsmerkmal gegenüber den Vorstellungen der nationalistischen Rechten und Linken gelten kann[160], anhand eines Artikels veranschaulichen, der im März 1944 in „Combat" erschien. Sein Verfasser war Claude Bourdet, Repräsentant der Südzone im Zentralkomitee der vereinigten Widerstandsgruppen und später linkssozialistischer Abgeordneter in der Pariser Nationalversammlung[161]. Der revolutionäre Geist des Widerstands, hieß es da, wende sich dem künftigen Europa zu, das nicht ohne Deutschland aufzubauen sein werde. Weder humanitäre Sentimentalität noch kleinbürgerlicher Sadismus vertrügen sich mit einer solchen Einstellung. Das System von Versailles, das allein dem internationalen Kapitalismus gedient habe, sei letztlich für den Nationalsozialismus verantwortlich. Zugleich repräsentiere dieser die „letzte Inkarnation des germanischen Größenwahns, der vom zusammenbrechenden Kapitalismus ausgenützt und – wie seit eh und je – der Disziplin des preußischen Militarismus untergeordnet wurde". Es gelte nun, Deutschland „politisch wie kulturell für eine Reihe von Jahren unter Vormundschaft zu stellen". Doch müßten auch alle anderen europäischen Nationen zugunsten einer kontinentalen Föderation auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten. Allein dieser europäische Staatenbund werde das moralische Recht besitzen, „darüber zu wachen, daß in Deutschland – wie anderswo – die Kinder zur Achtung vor dem Menschen und zum Haß gegen die Unterdrückung erzogen werden"[162].

Wie sollte aber eine „neue Erziehung" im Nachkriegsdeutschland aussehen? Erste Überlegungen hierzu stellte im November 1943 Francis Gérard in Algier zur Diskussion, als er die Frage aufwarf: „Que faire de l'Allemagne?"[163] Im deutschen Bildungs-

---

[158] „Libération (Nord)", No. 135, 29.6.1943, abgedruckt in: Michel/Mirkine-Guetzévitch, Les idées politiques, S. 379f. Vgl. zu Libération (Nord) auch Lipgens, Europa-Föderationspläne, S. 180.

[159] „Le Populaire (Edition zone-sud)", Juli 1943, abgedruckt in: Michel/Mirkine-Guetzévitch, ebenda, S. 380f. Vgl. auch Blum, A l'échelle humaine, in: L'Œuvre, S. 408ff., sowie seine „Mahnung aus dem Gefängnis" vom 5.2.1943, in: Lipgens, Europa-Föderationspläne, S. 199ff.

[160] Vgl. Lipgens, Innerfranzösische Kritik; Ziebura, Deutsch-französische Beziehungen, S. 26ff.; Trouillet, Deutsch-französisches Verhältnis, S. 259.

[161] Zu Bourdets Rolle im Widerstand vgl. Hostache, Le Conseil National, S. 147f. und 216f.

[162] Wiedergegeben in: Ziebura, Idee, S. 372f.; ders., Deutsch-französische Beziehungen, S. 29f.; Lipgens, Europa-Föderationspläne, S. 237f.

[163] Gérard, Que faire; Auszüge in: Lipgens, ebenda, S. 218ff. Der 1929 in Frankreich naturalisierte Deutsche Gérard ist von Ruge-Schatz wohl zurecht mit Combat in Verbindung ge-

wesen hielt Gérard eine strenge Kontrolle für unerläßlich. Er redete, vermutlich unter dem Eindruck der innerfranzösischen Schulreformbestrebungen, der Einheitsschule das Wort, plädierte für das staatliche Unterrichtsmonopol und wollte alle Lehrkräfte, die sich als „créatures du pangermanisme" erwiesen hatten, aus dem Dienst entfernt sehen. Am Ende seiner knappen Darlegungen zum Erziehungsbereich stellte er fest, daß man fast überall die Kinder zum Objekt politischer, religiöser und weltanschaulicher Interessenkonflikte degradiert habe. Nun müsse – in Deutschland wie anderswo – die Humanität wieder zur alleinigen Bildungsgrundlage erhoben werden[164].

„Was tun mit Deutschland?" Über dieses Problem dachte im April 1945 auch Pierre Grappin nach[165]. Der junge Germanist, der kurz darauf als *chargé de mission* dem Leiter der Militärregierung in Baden-Baden zugeteilt wurde, umriß in einer Broschüre seine Vorstellungen zur Umerziehung folgendermaßen: Es handle sich um nichts Geringeres als die Formung einer neuen Generation von Menschen. Wenngleich es naiv wäre, den Deutschen von außen ein Standardmodell der Demokratie nach amerikanischem Muster verordnen zu wollen, so dürfe man doch die Hoffnung nicht aufgeben, daß das Nachbarvolk eines Tages nach demokratischer Façon leben werde. Bis dahin müsse man mit allen Mitteln die demokratische Erziehung der Jugend fördern, vertrauenswürdiges Unterrichtspersonal ausfindig machen und gleichzeitig neue Generationen von Lehrkräften heranbilden. Schließlich gelte es, den Geist der Universitäten zu verändern, indem man jene Disziplinen ausschalte, die in den Dienst nationalistischer Politik gestellt worden waren, und die Liebe zu echter Wissenschaft und Bildung wiedererwecke. Grappin baute ganz auf die deutsche Jugend; die meisten Erwachsenen über 30 Jahre gab er für ein Umerziehungsprogramm verloren. Frankreich könne während längerer Zeit wohl nur auf Minderheiten im Nachbarland setzen, denen gegebenenfalls Sondervollmachten zu übertragen seien. Schließlich betonte er, in Deutschland werde sich, mehr als anderswo, eine Demokratie nur im Zuge tiefgreifender sozialer Veränderungen entwickeln, wobei Grappin vor allem an einen langfristigen Einstellungswandel dank demokratisierter Bildungseinrichtungen dachte[166]. In dieser programmatischen Schrift finden sich wesentliche Prämissen der wenig später in Baden-Baden verfügten Bildungspolitik: der Glaube des Pädagogen an die Modellierbarkeit der Menschen[167]; die stillschweigende Annahme, eine „Demokratisierung des Denkens" werde gleichsam automatisch zur politischen Demokratie führen; die Überzeugung, Frankreich müsse, um effektiv zu sein, seine Kontrollfunktion mindestens über den Zeitraum einer Generation, also 25 bis 30 Jahre lang, ausüben; schließlich die kritische Distanz gegenüber angelsächsischen Vorstellungen. Zu ähnlichen Einschätzungen wie Grappin gelangte im übrigen auch Schmittlein als *Directeur de l'Education Publique* in der französischen Besatzungszone.

Fortsetzung Fußnote von Seite 44

bracht worden; Grundprobleme, S. 93; vgl. auch den Hinweis auf Gérards Autorenschaft in der surrealistischen Revue „L'Oeuf dur" Mitte der 20er Jahre bei Trebitsch, Le groupe „Philosophies", S. 31.

164 Vgl. Gérard, Que faire, S. 73 ff. Das Plädoyer der Widerstandsgruppen für die politische Neutralität der französischen Schulen kommt auch zum Ausdruck bei Hauriou, Vers une doctrine, S. 62.

165 Grappin, Que faire.

166 Vgl. ebenda, S. 30 f.; Auerbach, „Que faire", S. 289 und 293.

167 Darauf verweist Cheval, Education, S. 115.

Am ausführlichsten beschäftigte sich in Frankreich eine Frau mit dem Problem der Umerziehung Deutschlands: Sarah Claire Boas de Jouvenel, die sich als Autorin hinter dem Pseudonym „Ariel" verbarg[168]. Wie viele französische und angelsächsische Zeitgenossen interpretierte sie den Nationalsozialismus als „vorübergehende Erscheinung (accident provisoire) in der Dauerkrankheit der deutschen Seele". Daher genüge es nicht, diese Ideologie auszurotten; vielmehr müsse die kranke deutsche Seele „entwikkelt" und diskret gelenkt werden[169]. Wenngleich die Umerziehung im Prinzip alle Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen betreffen sollte, empfahl Ariel eine differenzierte Dosierung. Im Gegensatz zu Grappin forderte sie gerade für die deutsche Jugend – „la fleur du nazisme" – die unnachsichtigste Behandlung, beispielsweise in Arbeits- und Umerziehungslagern außerhalb des eigenen Landes[170]. Dennoch erhob die Verfasserin den Versöhnungsgedanken zum Leitmotiv ihres detaillierten Programms[171]. Auch befürwortete sie ein indirektes, taktvolles Vorgehen, um bei den Deutschen nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, von Fremden missioniert zu werden[172]. Der Vorbildfunktion ihrer Landsleute räumte „Ariel" einen hohen Stellenwert ein[173]. Nicht nur über Methoden der Umerziehung, sondern auch über die Organisationsstrukturen der künftigen Besatzungsverwaltung in Deutschland stellte die Autorin bemerkenswerte Überlegungen an. Während sie im Schulwesen des Nachbarlandes tiefe Eingriffe als notwendig erachtete, vertrat sie hinsichtlich der übrigen erziehungs- und kulturpolitischen Sektoren den Grundsatz größtmöglicher Liberalität und Flexibilität[174]. Doch ungeachtet der Versöhnungsbereitschaft und der christlich-missionarischen Elemente[175] war Ariels Programm beileibe kein reines Manifest der Nächstenliebe. Frankreichs Sicherheit stand am Anfang aller Überlegungen, Deutschland umzugestalten, die „deutsche Seele wiederzuerwecken", das „explosive Gebräu" jenseits des Rheins zu entschärfen[176]. Im Grunde hatte Madame de Jouvenel keine gute Meinung von den Deutschen, die eine Nation darstellten, bei der man a priori keine gefestigten sittlichen Grundsätze erwarten dürfe. Hier sei zunächst eine „occupation morale" vonnöten[177]. „Wollen wir den Frieden? Nun, dann gestalten wir die Deutschen um", lautete im Frühjahr 1945 „Ariels" Aufforderung an die Franzosen[178]. Auch Madame de Jouvenels Gedanken – soviel sei vorweggenommen – können in ihren Hauptprämissen und -implikationen als typisch für Motivationen und Handlungen der Kultur- und Bildungspolitiker im Nachkriegsdeutschland gelten. Versöhnungsbereitschaft aus Einsicht in die europäische Schicksalsgemeinschaft, aber auch aus Interesse an Deutschland, hochfliegender Idealismus und Einfallsreichtum, ein

[168] Ariel, Rééduquer. Zur Aufdeckung des Pseudonyms: Coston, Dictionnaire des pseudonymes. Vgl. ferner Ariel, Quelques règles (dem Sohn Bertrand gewidmet). Bertrand de Jouvenel wiederum widmete seine Memoiren dem Andenken der Mutter.
[169] Vgl. Ariel, Rééduquer, S. 106f.
[170] Vgl. ebenda, S. 109ff.
[171] Vgl. ebenda, S. 108 und 115ff.
[172] Vgl. ebenda, S. 114.
[173] Vgl. ebenda, S. 106 und 120.
[174] Vgl. ebenda, S. 115ff.
[175] Vgl. ebenda, S. 100, 113, 120, 126.
[176] Ebenda, S. 11f.
[177] Ebenda, S. 93f.
[178] Ebenda, S. 12.

Missionierungsdrang, der sich bei manchem mit dem Bewußtsein französischer Superiorität verband – diesen Elementen begegnet man beim Versuch einer Rekonstruktion der Zeitumstände auf Schritt und Tritt. Der Kontrast zur Skepsis der „Realpolitiker" ist jedenfalls frappierend.

Ebenfalls schon 1945 nahm sich die Zeitschrift „Esprit" des Themas Umerziehung an. Ihr Gründer und Herausgeber, der katholische Philosoph und Publizist Emmanuel Mounier, bestritt vehement die so oft behauptete Existenz eines „ewigen" Deutschlands, dessen nationalistischer Extremismus eine „völkische" Eigenheit, historisch unveränderlich und grundlegend verschieden von dem in anderen Staaten sei[179]. Fünf Monate nach Deutschlands Kapitulation nahm er einen Artikel mit dem Titel „L'Allemagne de nos mérites" in seine Zeitschrift auf, dessen Autor Joseph Rovan, soeben aus dem KZ Dachau freigekommen, Frankreichs Verantwortung am weiteren Schicksal des Nachbarlandes anmahnte und sich unter anderem für einen deutsch-französischen Jugendaustausch einsetzte[180]. Rovan, stellvertretender Generalsekretär der neugegründeten Volksbildungsorganisation *Peuple et Culture*, ging 1947 als Mitarbeiter Schmittleins nach Baden-Baden und verkörperte so das Bindeglied zwischen dem Bemühen der Besatzungsmacht um Deutschlands Umerziehung und dem Streben nach kultureller Erneuerung in Frankreich selbst. Diese Strömung für eine breit angelegte *culture populaire* muß als weiteres Element der Grundlagen französischer Kulturpolitik in Deutschland nach 1945 berücksichtigt werden.

3. Die französischen Jugend- und Volksbildungsbewegungen bis zur Gründung von *Peuple et Culture* (1945)

Drei Hauptströmungen

Fortschrittlich und reformerisch gesinnte Persönlichkeiten aus dem demokratischen Bürgertum, praktizierende Katholiken, die sich den sozialen Problemen ihrer Zeit öffneten, und die Organisationen der Arbeiterbewegung ergriffen an der Wende zum 20. Jahrhundert Initiativen zur Popularisierung von Wissen und Bildung. Diese drei Tendenzen beherrschten fortan das Feld der nach- bzw. außerschulischen Jugend- und Erwachsenenerziehung[181]. Auch nach der Zäsur von 1914/18 blieb der Dualismus von laizistischen und konfessionellen, zumeist katholischen Einrichtungen bestehen; im übrigen unterlag die *éducation populaire* in der Zwischenkriegszeit jedoch tiefgreifenden Wandlungsprozessen, deren Hauptcharakteristika sich knapp resümieren lassen[182]. Das Volksbildungswesen löste sich allmählich von der Vormundschaft der Schulen und Lehrer bzw. der Kirchengemeinden und des Klerus. Junge Menschen gleicher gesellschaftlicher Herkunft oder beruflicher Zugehörigkeit bildeten eigene Vereinigungen, organisierten sich als „Arbeiter- und Bauernkinder", „Rote Falken",

[179] Vgl. Grosser, Mounier; Moreau, Jugendarbeit, S. 28f.; Trouillet, Deutsch-französisches Verhältnis, S. 265f.

[180] Der im Oktober 1945 in „Esprit" erschienene Artikel ist in deutscher Übersetzung abgedruckt in: Rovan, Zwei Völker, S. 83ff.

[181] Zu den Anfängen der französischen Volksbildungsbewegung vgl. Cacérès, Histoire; Léon, Histoire.

[182] Das Folgende nach Labourie, 1920–1940, S. 5ff.

katholische bzw. christliche Arbeiterjugend (JOC), katholische Landjugend (JAC), katholische bzw. christliche Studenten (JEC) etc. Gleichzeitig führten die meisten dieser Gruppierungen in ihren Reihen das Prinzip einer nach Alters- oder Jahrgangsstufen differenzierten Erziehungsarbeit ein. Bestehende Dachverbände auf nationaler Ebene wurden durch die starke Vermehrung partikularer Initiativen gesprengt, ihrer Daseinsberechtigung beraubt, zumindest aber in ihrer Bindekraft geschwächt. Besondere Techniken, neue Medien, wie Filme in den *Ciné-clubs*, und Praktiken, wie die „aktiven Erziehungsmethoden", mit deren Hilfe das Aufsichtspersonal von „Ferienkolonien" erholungssuchender Kinder geschult wurde, fanden erstmals Anwendung in der Bildungsarbeit. Die Pfadfinderbewegung Baden-Powells stieß auch in Frankreich auf Resonanz und zunehmende Nachahmung, nicht nur in Gestalt verschiedener laizistischer und konfessionell gebundener Pfadfindergruppen, sondern auch bei den Nachwuchsorganisationen politischer Parteien, die sich an den Methoden der *Eclaireurs* und *Scouts* orientierten, sie übernahmen und nach ihren Bedürfnissen variierten[183]. Jugendherbergen als Anlaufstellen und Treffpunkte natur- und wanderbegeisterter Jugendlicher erlebten um 1930 eine Gründungswelle. Auch auf diesem Feld, auf dem nicht zuletzt deutsche Einflüsse ihre Früchte trugen[184], konkurrierten weltliche mit katholischen Verbänden, erblickten aber auch Ausnahmeerscheinungen wie das im südostfranzösischen Contadour beheimatete *Comité des auberges du Monde Nouveau* das Licht der Welt. Begründer und umschwärmter Mittelpunkt dieses Komitees war der Schriftsteller Jean Giono, dessen literarisches Werk ein Leben in Naturverbundenheit und Friedensliebe pries und nicht wenige junge Leute – unter ihnen Joseph Rovan – zu faszinieren verstand[185]. Zwischen 1933 und 1936 hatten die Schlagworte „Freizeitgestaltung für jedermann (loisir populaire)" und „Volkskultur" ihre Hochkonjunktur und drängten den Begriff der außerschulischen „Erziehung" in den Hintergrund. Schließlich schalteten sich in den 30er Jahren zahlreiche bekannte Intellektuelle und Künstler in die breitenorientierte Kulturvermittlung ein, um die Privilegien einer geistigen Elite zu durchbrechen. Insbesondere in den Reihen und im Umfeld der kommunistischen Partei entstand seit etwa 1934 eine „Neue Kulturelle Politik"[186]

Volksbildungsinitiativen und politische Volksfront schlossen voller Euphorie einen hoffnungsvollen Bund, der beiden Seiten einen freilich nur kurzen Höhenflug bescherte.

Volksfront – Volkskultur

Mit dem Wahlsieg der vereinigten Linksparteien im Jahre 1936 schien zunächst eine Ära staatlich garantierter, nutzen- wie erholungbringender Freizeitgestaltung für jeder-

---

[183] Zusammenfassende Darlegung der Ziele und Methoden der Pfadfinderbewegung bei Joubrel, Le Scoutisme, S. 8 ff.

[184] Auf deutsche Vorbilder, insbesondere im Bereich katholischer Jugendgruppen der 20er Jahre, verweisen Coutrot, Entre-deux-guerres, S. 33, sowie die Diskussionsbeiträge von Auclaire und Bjornson-Langen in: Les Cahiers de l'Animation, No. 32, S. 90 ff.

[185] Hierzu Krebs, La paix, S. 173 ff.; Gaudibert, Réflexions, S. 77 ff. Zur Faszination Gionos vgl. Rovans Diskussionsbeitrag in: Les Cahiers de l'Animation, No. 32, S. 88 f. Vgl. auch de Mendelssohn, Der Geist, S. 122 ff.

[186] Vgl. Ory, L'action culturelle, S. 20 ff.

mann, eine *temps des loisirs,* anzubrechen[187]. Die materiellen und rechtlichen Voraussetzungen schufen Vereinbarungen, in denen sich Arbeitgeber und Gewerkschaften auf die wirtschaftliche und soziale Besserstellung der Arbeiterschaft, darunter die gesetzliche Einführung des bezahlten Urlaubs und der 40stündigen Arbeitswoche, einigten. Mit Léo Lagrange hielt der erste Staatssekretär für Sport und Freizeit Einzug in ein Pariser Regierungskabinett; sogar ein *Comité interministériel des Loisirs* wurde gebildet und mit der Erarbeitung einer Gesamtkonzeption betraut. Ob sich hinter dem *Front-Populaire*-Konzept tatsächlich ein gleichermaßen kultureller wie politischer Entwurf verbarg[188], mag zwar dahingestellt bleiben. Unbestreitbar ist aber, daß Volksfront und „Volkskultur" in einem engen wechselseitigen Zusammenhang standen, kulturelle Initiativen politisch engagierter Intellektueller und Künstler seit Anfang der 30er Jahre ein für die Bildung der Linkskoalition günstiges Klima miterzeugt hatten. Die pazifistischen, dem Kommunismus nahestehenden Schriftsteller Romain Rolland und Henri Barbusse riefen zu einem Kongreß gegen Krieg und Faschismus auf, zu dem sich im August 1932 zahlreiche Größen des internationalen geistigen Lebens in Amsterdam einfanden. Ebenfalls im Umkreis der KPF entstand die *Association des écrivains et artistes révolutionnaires* sowie das erste *Maison de la Culture* in Paris. Das *Comité de vigilance des intellectuels antifascistes* konstituierte sich nach einem Aufruf des Physikers und nachmaligen Schulreformers Langevin, des einflußreichen Philosophen Alain sowie des Ethnologen, Museumsgründers und späteren sozialistischen Abgeordneten Paul Rivet. Theater, Musik, Filmwelt und Publizistik wetteiferten schließlich in der Erarbeitung „volksnaher" Werke. So ist das Jahr 1936 mit der „Konvergenz zweier Tendenzen" treffend charakterisiert worden: „einerseits der kulturellen Bestrebungen eines großen Teils der Arbeiterbewegung, andererseits des Engagements zahlreicher Intellektueller in den Gewerkschaften und linken Parteien"[189].

Welche vielfältigen Aktivitäten die neue Regierung anvisierte, zeigt ein Bericht ihres „Freizeit-Ausschusses" an den Staatspräsidenten vom Juli 1936: „[...] alles, was mit Sport, Wettkämpfen (fêtes) und anderen sportlichen Veranstaltungen zu tun hat [...]. Förderung von Konzerten und Aufführungen, Museumsführungen mit Begleitvorträgen, von Vereinigungen, die sich dem Chorgesang, der Instrumentalmusik und der Filmkunst widmen. [...] alles, was den Massentourismus (tourisme populaire) und die Jugendherbergen betrifft [...]."[190] Nach diesen Vorgaben ging Staatssekretär Lagrange ans Werk. Er förderte den Breitensport und die Popularisierung bislang elitärer Sportarten. In Zusammenarbeit mit den interessierten Verbänden verhalf er dem anwachsenden Wochenend-Exodus der Stadtbevölkerung „hinaus ins Freie" zu neuen Möglichkeiten und Dimensionen. Tourismus für jedermann, Camping- und Jugendherbergswesen erlebten einen bis dahin unbekannten Boom. „Ferienkolonien" für Kinder kamen in Mode und machten die Ausbildung von entsprechendem Aufsichtspersonal notwendig. Die hierfür errichteten *Centres d'entraînement aux méthodes d'éducation actives* wurden ebenfalls subventioniert. Auch die traditionelle Kultur in Theater, Oper und Museen, aus Literatur und Wissenschaft sollte weiten Teilen der Bevölkerung zu-

[187] So die Kapitelüberschrift bei Cacérès, Histoire, S. 87. Vgl. zu dieser Phase auch die Großbritannien und Frankreich vergleichende Studie von Cross, Vacations.

[188] Ory, ebenda.

[189] Léon, Histoire, S. 177.

[190] Zitiert nach Cacérès, Histoire, S. 97.

gänglich gemacht werden. Unkonventionelle Projekte in diesen Bereichen und neue Medien, wie das Filmwesen, erhielten staatliche Unterstützung. Neben solchen Fördermaßnahmen ergriff die Regierung Blum auch selbst die Initiative, indem sie mit Blick auf die größtmögliche Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse den Bau zweier didaktisch konzipierter Museen, des *Palais de la Découverte* und die Einrichtung des *Centre National de la Recherche Scientifique* (CNRS), in Auftrag gab. Staatlichem Dirigismus in der Kulturpolitik erteilte Lagrange jedoch eine klare Absage: „In unserem Land verträgt sich nichts weniger mit Direktiven – und seien sie noch so liberal (peu autoritaires) – als das Streben nach Kultur."[191]

Zwischen Vichy und Maquis

Die Euphorie der Linksunion hielt nicht lange an. Spätestens mit dem Sturz des zweiten Volksfrontkabinetts im Frühjahr 1938 zerstoben viele Träume einer die Massen umfassenden Bildungsexpansion, nachdem schon Monate zuvor die Etatmittel für *Sports et Loisirs* empfindlich gekürzt worden waren. Der deutsche Einmarsch und die Inauguration des autoritär-paternalistischen Vichy-Regimes im Sommer 1940 bedeuteten das Ende für die Mehrzahl jener Initiativen, die mit *culture populaire* eine linke politische Stoßrichtung verbanden. Marschall Pétain setzte auf die Erziehung der Jugend nach den Losungen des Etat Français: *Travail, Famille, Patrie.* Sport und berufliche Bildung wurden in diesem Sinne ausgerichtet, das Erziehungswesen von „intellektueller Schlacke" befreit[192]. Nicht unähnlich der Entwicklung im nationalsozialistischen Deutschland, wenn auch weniger totalitär, betrieb die Regierung Laval eine Verklärung der Jugend[193] und bemühte sich, ihre jungen Staatsbürger in Organisationen zu erfassen. Dabei stieß sie zunächst durchaus auf Kooperationsbereitschaft seitens einiger Jugendleiter, die den Einfluß ihrer Gruppen zu erhöhen suchten. Auf ihre Initiative entstanden die *Compagnons de France*, die in Schulungslagern neue pädagogische Grundlagen und Methoden entwickeln wollten, aber auch konkrete Hilfestellung in Fragen der beruflichen Qualifizierung gaben sowie im sportlichen und musischen Bereich tätig wurden[194]. Wachsende Schwierigkeiten mit Vichy-Offiziellen oder regimetreuen Jugendgruppen und Verbindungen zur Résistance führten schließlich im Januar 1944 zur erzwungenen Auflösung der *Compagnons.* Relativ unbehelligt überdauerte die – nicht nur katholische – Jugendherbergsbewegung diese Zeit, obwohl die Mehrheit der *ajistes*[195] sich offen auf die Politik Léo Lagranges berief, gegen Teile des konservativen Klerus die Gemeinschaft beider Geschlechter sowie den Laizismus in ihren Reihen verfocht und im Widerspruch zur Regierungsdoktrin eine rassistische Gesinnung ablehnte. In Ermangelung der notwendigen materiellen Mittel

[191] Zitiert nach Cacérès, ebenda, S. 101. Skeptisch gegenüber Lagranges „staatsfernem" Anspruch: Cross, Vacations, S. 611 f.

[192] Zur Kultur und Kulturpolitik im Etat Français vgl. Rioux (Dir.), La vie culturelle; Added, Le théâtre; zur Schulpolitik die Beiträge von Martin und Handourtzel, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 87 ff.

[193] So Cacérès, Histoire, S. 121; vgl. auch Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, insbesondere die Einführung von Gallaud, S. 6; zum Gesamtkomplex Giolitto, Jeunesse; Gay-Lescot, Sport; Halls, Les jeunes.

[194] Vgl. hierzu Cacérès, ebenda, S. 125 ff.; die Beiträge von Gruiziat, Dupouey, Despinette und Aubert, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 37 ff.

[195] Abgeleitet von „a.j.", der Abkürzung für „auberges de la jeunesse".

verlegten sich die nichtkonfessionellen, politisch links ausgerichteten *Camarades de la route et des Auberges françaises de la jeunesse*, wie sie sich seit 1941 in der unbesetzten Zone nannten, zunehmend auf die Abhaltung von Studienzirkeln und kulturellen Unternehmungen. Der Einfluß Jean Gionos auf einen Teil des *ajisme* war immer noch groß[196], trug aber auch ideologisch-moralische Spannungen in seine Reihen, als sich spätestens 1943 die Frage des Widerstands gegen die Deutschen und ihre französischen Helfershelfer stellte und konsequente Pazifisten entschlossenen Antifaschisten gegenüberstanden[197]. Während sich insgesamt die konfessionell geprägten Jugend- und Erwachsenenbildungsorganisationen weitaus größerer Toleranz und Förderung seitens des Etat Français erfreuen konnten als diejenigen, die sich auf linksrepublikanische Traditionen beriefen und in den Jahren der Volksfront besonders unterstützt worden waren, so scheint es doch, als habe die Entourage des greisen Marschalls zumindest bis 1942 die laizistischen Jugendgruppen, im Unterschied zu den erwachsenenorientierten, „volkskulturell" ambitionierten Vereinigungen, gewähren lassen[198]. Zum Ausdruck kam die regierungsoffizielle „exaltation quasi-permanente des vertus de la jeunesse"[199] nicht zuletzt in der Einrichtung eines Staatssekretariats für Jugendfragen, das in Vichy an die Stelle des Staatssekretariats für Sport und Freizeit trat. In dieser neuen Behörde war Jean-Charles Moreau zunächst als stellvertretender Bürochef, seit 1942 als Abteilungsleiter für die Förderung und das zu diesem Zweck eingeführte Zulassungsverfahren der Jugendverbände zuständig[200]. 1945 ging Moreau nach Baden-Baden, um in Schmittleins *Direction de l'Education Publique* die Jugendabteilung der Unterdirektion *Sports et Jeunesse* zu übernehmen.

Offizielle Organisationen des Vichy-Regimes waren die *Chantiers de la jeunesse*, Arbeitsdienstlager mit Pfadfindercharakter für Wehrpflichtige, die ebenso wie die *Ecoles des cadres*, Ausbildungsstätten für die künftige Elite der „neuen Ordnung", unmittelbar nach der militärischen Niederlage Frankreichs in der unbesetzten Zone entstanden, um die Heerscharen demobilisierter und desorientierter Jugendlicher in staatlich kontrollierbare Bahnen zu lenken. Nach der Einführung des Zwangsarbeitsdienstes für junge Franzosen in Deutschland (STO) im Frühjahr 1943 stellten die *Chantiers* das Hauptreservoir für die so Gepreßten dar. Einige ihrer Verantwortlichen gingen in den

---

[196] Giono gehörte nach dem Krieg in Frankreich zu den umstrittenen Schriftstellern. 1939 hatte ihn sein kompromißloser Pazifismus zunächst ins Gefängnis gebracht, dann kam er seinem Gestellungsbefehl doch nach. Seine ambivalente Haltung in den Jahren 1940–44 gegenüber Pétains „Nationaler Revolution" brachte ihn nach der Befreiung zunächst auf die schwarze Liste, bevor er Anfang der 50er Jahre eine gewisse Rehabilitierung erfuhr; vgl. de Mendelssohn, Der Geist, S. 122 ff.

[197] Hierzu Cacérès, Histoire, S. 129 ff.; die Beiträge von Heller-Goldenberg, Paillet, Auclaire, Rocher und Porte in: Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 67 ff.

[198] Hierauf verweist Gallaud, ebenda, S. 5 f.

[199] Ebenda, S. 6.

[200] Über Grundzüge seiner Tätigkeit im Vichy-Staatssekretariat berichtet Moreau in: Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 35 f. Auskunft gab er ferner in einem ausführlichen Interview, das eine Gruppe Freiburger Doktoranden am 9./10. 5. 1988 mit ihm führen konnte und dessen Tonbandprotokoll dem Verf. dankenswerterweise von Reinhard Grohnert zugänglich gemacht wurde. Bei dieser Gelegenheit stellte Moreau ausdrücklich einen Zusammenhang zwischen seinen Erfahrungen der Jahre 1940–44 und der Jugendpolitik der französischen Militärregierung in Deutschland nach 1945 her: „La promotion de l'idée de pluralisme" sei das Leitmotiv gewesen.

Untergrund und trugen nach Kriegsende zum neuen Aufschwung der *éducation populaire* in Frankreich bei[201]. Auch unter den *Ecoles des cadres* befand sich eine, die dem Regime zunehmend entglitt und schließlich nach der Besetzung Restfrankreichs im November 1942 zum Widerstand überging: die von Uriage in der Dauphiné[202]. Hier hatte sich auf Initiative eines aristokratischen, pétaintreuen Offiziers ein kleiner Kreis von Persönlichkeiten – unter ihnen der spätere „Le Monde"-Gründer Beuve-Méry – zusammengefunden, die aus unterschiedlichen politisch-ideologischen Lagern kamen, wobei die Strömung des sozial engagierten, teilweise kirchenkritischen Katholizismus zunächst überwog. Aus dem anfänglich regimekonformen Ziel der Uriage-Equipe, Jugendgruppenleiter auszubilden und in Schulungskursen für junge Führungskräfte einen neuen Lebensstil unter den künftigen Eliten Frankreichs zu propagieren, um so die „nationale Revolution" zu fördern, entwickelte sich mit der Zeit ein doppeltes Spiel. Unter dem Einfluß von Philosophen wie Mounier und Intellektuellen aus dem Umkreis der „Nonkonformisten der 30er Jahre"[203] fand man zu einem revolutionären Humanismus christlicher oder personalistischer Prägung und entfremdete sich auch politisch den staatlichen Doktrinen und Institutionen. Kurzlehrgänge für aktive Mitglieder katholischer Jugendgruppen, wie der Scouts, der JEC und JOC, wurden veranstaltet; aber auch längerfristige Studienzyklen, in denen mit neuartigen Lehrmethoden experimentiert wurde, gehörten zum Programm. Neben dieser offiziellen Seite entstanden Verbindungen zum Exil und begannen – als Konsequenz des Patriotismus, der von Anbeginn den *esprit d'Uriage* prägte – Vorbereitungen auf den bewaffneten Widerstand, dem sich nach der gewaltsamen Auflösung der Kaderschule Ende 1942 einige Mitglieder anschlossen. Von hier führt eine direkte Linie zur Gründung von *Peuple et Culture* (PEC) an der Jahreswende 1944/45. Die Lebenswege der Gründungsmitglieder illustrieren, in welch hohem Maße die geschilderten Hauptkomponenten einer eigenständigen *éducation populaire* in die neue Organisation einflossen und damit die Nachkriegsentwicklung prägten.

Die Gründer von *Peuple et Culture*

Der eigentliche Initiator von PEC war Joffre Dumazedier, ein Philologe, dessen *Agrégation* durch den Kriegsbeginn vereitelt wurde[204]. Während seines Studiums, in dessen Verlauf ihn vor allem die Philosophie Alains (d.i. Emile Chartier) prägte[205], schloß er sich nacheinander einer sozialistischen, einer kommunistischen, schließlich einer unabhängigen linken Studentengruppe an. So unerläßlich ihm zeitlebens die Existenz politischer Parteien für eine demokratische Staatsordnung erschien, wurden ihm doch die Grenzen ihrer Wirkungsmöglichkeiten gerade im kulturellen Sektor deutlich. Um

---

[201] Vgl. Cacérès, Histoire, S. 121 ff., ferner den Erlebnisbericht Duchaines, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 51 ff.

[202] Zum Folgenden grundlegend: Comte, Utopie combattante; zusammenfassend ders., L'esprit; Cacérès, ebenda, S. 131 ff.; Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 147 ff.; zur weltanschaulich-philosophischen Ausrichtung der ursprünglichen Uriage-Equipe: Bitoun, Les hommes; Hellman, Mounier, S. 174 ff. und 183 ff.

[203] Vgl. hierzu Loubet del Bayle, Les non-conformistes.

[204] Zum Folgenden vgl. Dumazedier, in: Entretiens avec B. Cacérès et al., S. 26 ff.

[205] Zum intellektuellen Einfluß Alains auf die akademische Jugend der Zwischenkriegszeit vgl. Sirinelli, Génération intellectuelle; zusammenfassend ders., Les khâgneux.

so mehr beeindruckte ihn die Jugendherbergsbewegung, die so sinnfällig die verbreitete antibürgerliche Gesinnung der jungen Leute zu verkörpern schien, sowohl ein inniges Verhältnis des Menschen zur Natur als auch solidarische zwischenmenschliche Beziehungen zu verwirklichen suchte und in diesem Geiste Angehörige der verschiedenen Klassen und Schichten zusammenbrachte. 1936 übernahm Dumazedier zunächst die Leitung der Jugendherberge in einem Pariser Arbeitervorort und wechselte dann an das von der Gewerkschaft CGT im selben Viertel eröffnete *Collège de travail* über. Nach Frankreichs Kapitulation im Sommer 1940 beauftragte ihn das Staatssekretariat für Jugendfragen mit der Führung eines Lagers für junge „entwurzelte" Arbeitslose, bevor er von hier nach Uriage versetzt wurde. Über den Untergrund des Vercors gelangte er 1944 in die Erziehungskommission des Befreiungskomitees für die Region Isère[206]. Nach der Vertreibung der deutschen Besatzungsmacht beauftragte ihn die wiederhergestellte demokratische Regierung mit der Oberaufsicht über die Jugend und das Volksbildungswesen im Schulbezirk Grenoble. Hier gründete Dumazedier mit einigen Gesinnungsfreunden im Dezember 1944 *Peuple et Culture*, nachdem bereits wenige Monate zuvor ein *Centre d'Education ouvrière* an das örtliche *Collège de travail* der Volksfrontära angeknüpft hatte. Der Name *Peuple et Culture* geht im übrigen auf ein ebenfalls 1936 in Grenoble gegründetes Kulturzentrum zurück[207]. Als Hauptmotiv nennt Dumazedier rückblickend sein Bestreben zur Verminderung der sozialen, klassenbedingten Ungleichheit in kulturellen Belangen[208]. In diesem Sinne sollte PEC eine „dritte Kraft" neben den gewerkschaftlichen und politischen Widerstandskräften gegen den Kapitalismus darstellen, „une force culturelle suffisamment puissante pour changer les mentalités"[209]. Die älteren Vorbilder der Volkshochschulen und Jugendherbergen standen ihm zwar vor Augen, doch war Dumazedier ehrgeizig genug, etwas Neues schaffen und eine wahre Volksbildungs*bewegung* ins Leben rufen zu wollen.

Die ersten Tätigkeiten von PEC in Grenoble und ihrer Filiale in Annecy[210] umfaßten Studienzirkel, Vorträge, Diskussionen, Filmvorführungen, Ausstellungen und Theaterinszenierungen im *Maison de la Culture*. Volksbüchereien wurden eingerichtet und Lehrgänge für angehendes Personal der Erwachsenenschulung veranstaltet. Das Arbeiterbildungszentrum der CGT schloß sich schon bald der neuen Bewegung an. In ihm hatte Bénigno Cacérès sein Betätigungsfeld gefunden, ein enger Vertrauter Dumazediers, mit dem er schon in Uriage, dann im Untergrund über neue Formen der Erwachsenenbildung diskutiert hatte[211]. Cacérès, als Sohn spanischer Einwanderer im Arbeitermilieu von Toulouse aufgewachsen, war 1942 durch Vermittlung eines linkskatholischen Geistlichen nach Uriage gekommen, wo er noch vor der deutschen Besetzung der Freien Zone mit der Anlage eines versteckten Waffenlagers betraut wurde. Nach der gewaltsamen Auflösung der *Ecole des cadres* betätigte er sich als Ausbilder im Maquis, bevor er Mitte 1944 nach Uriage zurückkehrte. Hier war unterdessen ein Ausbildungslager für Kämpfer der verschiedenen Befreiungsarmee- und Parti-

[206] Dies nach Cacérès, in: Entretiens avec B. Cacérès et al., S. 3.
[207] Vgl. Peuple et Culture (Ed.), Peuple et Culture 1945–1965, S. 9.
[208] Dumazedier, in: Entretiens avec B. Cacérès et al., S. 26.
[209] Ebenda, S. 36.
[210] Vgl. hierzu Gabriel Monnet, in: ebenda, S. 76f.
[211] Zum Folgenden vgl. Cacérès, in: ebenda, S. 1ff.

saneneinheiten eingerichtet worden. Ende desselben Jahres holte ihn Dumazedier nach Grenoble, wo Cacérès den Leiter des Arbeiterbildungszentrums Paul Lengrand kennenlernte.

Lengrands Vita wiederum weist Parallelen zu der des etwas jüngeren Dumazedier auf[212]. Am selben Pariser Elitegymnasium ausgebildet und ebenfalls von Alains Philosophie beeinflußt, dem kommunistischen Milieu, nicht aber der Partei verbunden und vom Sieg der Volksfront mitgerissen, studierte Lengrand Literatur und Sprachen, die er anschließend, nachdem der Kriegsausbruch seine *Agrégation* vereitelt hatte, als einfacher Gymnasiallehrer unterrichtete. Anders als Dumazedier, jedoch nicht atypisch für den Zeitgeist, sieht sich Lengrand rückblickend als „spekulativen Marxisten", der Balzac und Stendhal den Verfassern des kommunistischen Manifests an die Seite stellte und sich für Marx hauptsächlich als Erben Goethes (!) interessierte. Deutschland war für ihn die große Entdeckung seines Lebens, nachdem er 1927 bei einem Aufenthalt im Nachbarland den „Reichtum der deutschen Seele" kennen- und seine Philosophie, Musik und Malerei lieben gelernt hatte. Um so stärker traf ihn die nationalsozialistische Machtübernahme als „verstandes- und gefühlsmäßige Tragödie"[213]. Lengrand schloß sich nach dem militärischen Debakel und dem politischen Zusammenbruch der Dritten Republik nicht dem Widerstand an, sondern übte weiter seinen Lehrberuf aus. Der Zufall führte ihn im August 1944 ins befreite Grenoble, wo er Dumazedier traf und die Leitung des Arbeiterbildungszentrums übertragen bekam.

Die durch traumatische Erfahrungen getrübte, ambivalent gewordene Begeisterung für Deutschland verband Lengrand mit einem weiteren, dem für unseren Zusammenhang wichtigsten Mitglied von PEC, Joseph Rovan[214]. 1918 als Joseph Rosenthal in München geboren, erhielt der Sohn liberaler, akademisch gebildeter Großbürger, die früh von der jüdischen zur protestantischen Glaubensgemeinschaft übergetreten waren, seine Schulausbildung in Wien, Berlin und Paris. In die französische Hauptstadt emigrierte die Familie 1933, um nationalsozialistischer Verfolgung zu entgehen. Joseph studierte hier unter dem Einfluß Vermeils Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaft. Schon als Gymnasiast von den publizistischen Arbeiten Gionos begeistert, pilgerte er, wie viele seiner Altersgenossen, 1938 in die Provence, um den persönlichen Kontakt zum Spiritus rector der laizistischen Jugendherbergsbewegung zu knüpfen. Der protestantisch Erzogene vollzog den Übertritt zum katholischen Bekenntnis, dessen sozial engagierten Vertretern er sich seit der regelmäßigen Lektüre von Mouniers Zeitschrift „Esprit" verbunden fühlte. Schließlich erfaßte die kulturpolitische Euphorie der Volksfront auch den jungen Rovan. So eindeutig er und seine Freunde in der linkskatholischen oder anarchistisch geprägten Jugendherbergsbewegung gegen Nationalsozialismus und französischen Faschismus eingestellt waren, so unerläßlich erschien ihnen gleichzeitig „ein globaler Wandel", „eine neue Welt", die die bürgerlich-dekadente Gesellschaft der Dritten Republik ablösen sollte[215]. In dieser Verurteilung der politischen und sozialen Zustände Frankreichs trafen sich Kritiker von links und rechts, unter ihnen auch Repräsentanten der neuen Macht um den greisen Marschall Pétain, deren autoritäres Regime von konservativen Kräften als Revan-

[212] Zum Folgenden vgl. Lengrand, in: ebenda, S. 48ff.
[213] Ebenda, S. 53.
[214] Zum Folgenden vgl. Rovan, in: ebenda, S. 92ff.; Schulte, Le messager.
[215] Rovan, ebenda, S. 94.

che der katholischen Hierarchie an den Vertretern des Laizismus begrüßt wurde[216]. Die meisten konfessionellen Pfadfinder- und Jugendgruppen gingen jedoch mit der Zeit ins Lager der Résistance über, so auch *Jeune France*, eine Vereinigung zur „kulturellen Erneuerung", gebildet von Persönlichkeiten, die, wie Rovan, von der „Esprit"-Gruppe, von den katholischen *Scouts* oder aus der konfessionellen Jugendherbergsbewegung kamen[217]. In Lyon unterhielt *Jeune France* eine *Ecole des cadres*, an der Rovan nach der französischen Kapitulation in der Schulung künftiger Kulturvermittler tätig wurde. Die offizielle Schirmherrschaft durch den erzkonservativen, pétaintreuen Kardinal von Lyon ließ die Organisation nach außen unverdächtig erscheinen und ermöglichte es ihren Mitgliedern, heimliche Verbindungen zur Résistance zu knüpfen. Auch Rovan förderte Angehörige des Untergrunds und des Widerstands. Bei einem konspirativen Treffen in Paris ging er im Februar 1944 der Gestapo in die Falle, wurde eingesperrt, mißhandelt und schließlich im Juli ins Konzentrationslager Dachau verlegt, wo er unter falschem Namen bis zur Befreiung Ende April 1945 blieb[218]. Hier lernte er in Edmond Michelet einen französischen Leidensgenossen kennen, der in der Zwischenkriegszeit der katholischen Jugendbewegung angehört hatte, nach seiner Rückkehr aus Dachau 1945/46 Armeeminister de Gaulles wurde und Rovan zum Chef seines persönlichen Kabinetts berief. Auch dem Herausgeber von „Esprit" begegnete Rovan nach seiner Haftentlassung wieder. Mounier ernannte ihn zum Redaktionssekretär und erteilte ihm den Auftrag zu jenem Artikel, der im Oktober 1945 unter dem Titel „L'Allemagne de nos mérites" erschien und weithin bekannt wurde. Doch damit nicht genug: Politik und Journalismus schienen Rovans Arbeitskraft keineswegs zu erschöpfen; die Volksbildung kam als drittes Betätigungsfeld hinzu. Zwischenzeitlich hatten ehemalige Kollegen von *Jeune France*, Persönlichkeiten aus Kunst und Musik, Theater, Filmkritik und Verlagswesen, die Vereinigung *Travail et Culture* (TEC) gegründet, die in engem Einvernehmen mit kommunistischer Partei und Gewerkschaft Arbeits- und Kulturwelt einander näherzubringen suchte[219]. Sie hatten bereits zu PEC in Grenoble Kontakt aufgenommen und sich mit Dumazediers Team auf eine Assoziierung beider Gruppen geeinigt. Als Rovan aus Dachau zurückkehrte, boten ihm Freunde von TEC das Amt des Vizepräsidenten an. In dieser Eigenschaft wurde er gleichzeitig Mitglied im Führungsgremium von PEC und im Herbst 1945 Generalsekretär eines gemeinsamen Dokumentationszentrums in Paris.

Das Programm von *Peuple et Culture*

Die Prinzipien, nach denen PEC tätig zu werden gedachte, wurden 1945 formuliert und Anfang 1946 in einem „Manifest" veröffentlicht[220]. Seine Autoren beklagten zunächst die volks- und realitätsferne Bildungs- und Kulturkonzeption der Vorkriegsära, beschworen demgegenüber die katalytische Wirkung der Résistance und betonten deren klassenübergreifende, solidaritätsfördernde und gemeinschaftsbildende Funktion,

---

[216] Vgl. hierzu auch Duquesne, Les catholiques.

[217] Vgl. Rovan, ebenda, S. 95. Schulte, Le messager, S. 325, nennt diese Gruppe Les Amitiés Chrétiennes; vgl. hierzu auch Chabrol, L'ambition.

[218] Vgl. Rovan, Erzählungen.

[219] Vgl. Cacérès und Rovan, in: Entretiens avec B. Cacérès et al., S. 16ff. bzw. 97; Cacérès, Histoire, S. 154f.

[220] Peuple et Culture (Ed.), Un peuple, une culture.

die im Widerstand geschmiedete Einheit von Arbeitern, Ingenieuren, Offizieren, Intellektuellen und Künstlern[221]. Nicht nur überkommene bürgerliche Institutionen, wie die Universitäten, wurden der Kritik unterzogen, sondern auch die frühen Volksbildungsinitiativen, die als idealistische Ansätze wohlmeinender Intellektueller oder oft zu anspruchsvolle Bemühungen der gewerkschaftlichen Arbeiterbildung wenig Gnade fanden[222]. Das Hauptziel bestand nun darin, „Kultur" und „Volk" einander näher zu bringen. Doch was war damit gemeint? „Wir wollen keine aristokratische oder bürgerliche Kultur, die auf ein neues Publikum ausgedehnt wird. Volkskultur (culture populaire) kann nur die sein, die einem ganzen Volk gemeinsam ist: den Intellektuellen, den Führungskräften (cadres), der breiten Bevölkerung (masses). Sie kann nicht zugeteilt werden. Man muß sie gemeinsam erleben, um sie zu erschaffen."[223] Doch damit an definitorischen Gemeinplätzen nicht genug: „Die wahre Kultur erwächst aus dem Leben und kehrt zum Leben zurück. [...] Weder Literatur noch Wissenschaft noch das Recht (alleine) machen eine Kultur aus. Diese Bereiche steuern nur einen Teilaspekt bei." Schließlich kamen, in Abwandlung, auch Marx und Engels zu Wort: „Wahre Kultur dient nicht nur dazu, die Welt zu deuten, sondern sie zu verändern."[224]

Dreierlei setzte nach Meinung der Manifest-Autoren die Förderung einer „wahren", „lebendigen" Kultur voraus: einen bestimmten Menschentypus, adäquate Methoden zur Wissensvermittlung und Persönlichkeitsbildung sowie den Aufbau einer organisatorischen Infrastruktur. Hinsichtlich der erstgenannten Prämisse postulierten sie einen „neuen Humanismus", der zwangsläufig revolutionär sein müsse[225]. Zur Begründung dieser Forderung, die sowohl an die in Uriage als auch in Résistancekreisen entwickelten Thesen anknüpfte, wurden – teils offen deklariert, teils unausgesprochen – Bruchstücke aus dem Œuvre von Marx und Nietzsche, Ortega y Gasset und Giono zusammengesetzt: Betrachtungen über die Ära und den Aufstand der Massen bei gleichzeitiger Bejahung der Existenz von Eliten, über die Bedeutung der modernen Technik und Naturwissenschaft, von Jugend und Nonkonformismus, Sportlichkeit und Naturverbundenheit, aber auch Ordnung und Disziplin. Alle diese Phänomene zeugten nach Ansicht der PEC-Gründer von einem optimistischen Menschenbild, vom Glauben an die Menschheit. Schließlich vertraten sie – unter Berufung auf Marx und Nietzsche – die Maxime, daß Wissen und Macht, Erkenntnis und Handlung eine enge Verbindung eingehen müßten[226]. Hinsichtlich der zweiten Prämisse wurde die Einführung einer „revolutionären Technik" in die Erwachsenenbildung anvisiert[227]. Mit der herkömmlichen Schulpädagogik sei in diesem Bereich nichts anzufangen, da es nicht um die Vermittlung von Wissensstoff, sondern um die Entwicklung individueller Fähigkeiten und Anlagen gehe. Dafür müsse ein „geistiges Trainingsprogramm (entraînement mental)" erarbeitet werden. Als Zielsetzung formulierte dieser Teil des Manifests: „Es gilt, den Geschmack umzuerziehen, die herkömmlichen Ausdrucksfor-

[221] Vgl. ebenda, S. 5ff.
[222] Vgl. ebenda, S. 8f.
[223] Ebenda, S. 10.
[224] Ebenda, S. 11.
[225] Zum Folgenden vgl. ebenda, S. 13ff.
[226] Vgl ebenda, S. 17.
[227] Vgl. ebenda, S. 19ff.

men zu bekämpfen, das Gespür (sensibilité) zu entwickeln und, vor allem, in jedermann die Kreativität (pouvoir de création) freizusetzen."[228] Schließlich, befand der dritte und letzte Abschnitt, werfe das Volksbildungswesen große organisatorische Probleme auf. Unter Anknüpfung an Projekte der Volksfrontära wurden Institutionen für den Freizeitbereich, die Arbeiterschulung und das volkstümliche Kulturleben konzipiert[229]. Einrichtungen, wie sie im Ausland, in der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten und Schweden, bereits bestanden, galten als Vorbilder[230]. Am Ende ihres Grundsatzprogramms folgten die PEC-Initiatoren dem „Kommunistischen Manifest" von 1848, indem sie den revolutionären Willen zur Durchsetzung einer klassenlosen Gesellschaft und Kultur beschworen[231]. Im selben Atemzug räumten sie ein, daß ein solches Fernziel illusionslos, mit viel Geduld anzustreben sei: „Die Veränderung der Verhaltensweisen (*mœurs*) und der gesellschaftlichen Verhältnisse (*rapports sociaux*) ist möglicherweise die schwierigste aller Revolutionen."[232]

Dieses ebenso emphatisch formulierte wie eklektisch komponierte Dokument[233] spiegelt die Heterogenität der jungen Organisation wider und ist beredter Ausdruck ideologischer Ambivalenzen, die in der Zeit nach dem deutsch-französischen Waffenstillstand vom Frühsommer 1940 die Übergänge zwischen Kollaboration und Résistance fließend gestaltet hatten. Mancher Parteigänger der Pétainschen *Révolution nationale* konnte in seinem Traum vom „neuen Menschen", seiner Forderung nach neuen Erziehungsmethoden und seinen Vorstellungen von den zugrundeliegenden Prinzipien mit Postulaten des „revolutionären Humanismus" konform gehen[234]. Als gemeinsamen Nenner der PEC-Gründer wies das Manifest schließlich ihre globale Vision, den revolutionären Impetus und ihren missionarischen Eifer auf dem Weg zu einer alle Bevölkerungskreise erreichenden „Volkskultur" aus.

Wie das Jakobinertum 150 Jahre zuvor, so machte auch die von der Libération beflügelte Aufbruchsstimmung in der Volksbildungsbewegung nicht an den eigenen Landesgrenzen halt. Ihre Verkünder ergriffen die Gelegenheit eines siegreich beendeten Krieges, um ihre Ideen über den Rhein zu exportieren. Erleichtert wurde diese Möglichkeit, als Joseph Rovan Ende 1947 die PEC-Zentrale verließ, nachdem ihn ein Angehöriger der französischen Militärregierung in Freiburg für eine Tätigkeit im besetzten Südwestdeutschland gewonnen hatte[235]. Als Leiter des *Bureau de l'éducation populaire* in Schmittleins Erziehungs- und Kulturbehörde wirkte Rovan vier Jahre

[228] Ebenda, S. 22.

[229] Vgl. ebenda, S. 24f. Die Rede ist von den Clubs de loisirs populaires, wie sie 1936 von Léo Lagrange entworfen, doch nicht realisiert worden waren, von Centres d'enseignement pratique und Foyers de culture populaire.

[230] Vgl. ebenda, S. 27.

[231] Vgl. ebenda, S. 29.

[232] Ebenda, S. 30.

[233] Dies bringt auch der Fragesteller Jean-Pierre Saez in den Entretiens avec B. Cacérès et al., S. 9f. und 56f., kritisch zur Sprache.

[234] Vgl. am Beispiel einer kollaborationistischen Jugendgruppe Yagil, „Jeunesse de France".

[235] Vgl. Schulte, Le messager, S. 330. Rovan war bereits vor seiner Tätigkeit in Baden-Baden mit dem Abteilungsleiter für Jugendfragen in Schmittleins DEP, Moreau, bekannt. Dieser hatte ihn Ende 1945 in Paris aufgesucht und um seine Mitwirkung gebeten. Noch als stellvertretender Generalsekretär von PEC korrespondierte Rovan mit Moreau im Frühjahr 1947 u. a. wegen der Versorgung der französischen Zone mit PEC-Material; in: AOFA, AC 269,3 und 271,3.

lang getreu seiner Überzeugung, daß das Volksbildungswesen in Frankreich so lange nicht gedeihen könne, als das in Deutschland nicht wieder funktionstüchtig sei[236]. Wiederholt lud er in dieser Zeit die führenden Vertreter von PEC und TEC in die französische Besatzungszone ein, um Lehrgänge und Vortragskurse zur Ausbildung deutscher wie französischer Kulturvermittler abzuhalten[237]. Auf diese Weise eröffnete sich der Organisation ein „Markt", auf dem die eigenen Grundsätze zur Anwendung gebracht und erprobt werden konnten.

[236] So Cacérès über Rovan, in: Entretiens avec B. Cacérès et al., S. 15.
[237] Vgl. Rovan, in: ebenda, S. 105.

II. Konzeptionen, Kompetenzen, Konflikte 1945–1949

1. Aufbau der Besatzungsbehörden und erste Direktiven

Die erste, weitgehend militärisch geprägte, bis Ende Juli 1945 andauernde Phase französischer Besatzungsherrschaft in Deutschland begann, als am 19. März Einheiten der 1. Französischen Armee bei Scheibenhardt in der Pfalz auf deutschen Boden vordrangen[1]. Befehligt von General Jean de Lattre de Tassigny, unterstand diese Armee der operationalen Kontrolle der *Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force* (SHAEF) unter General Eisenhower; zusammen mit US-Einheiten bildete sie die von General Devers geführte 6. Armeegruppe der alliierten Westfront. Die eroberten Gebiete ließen die Franzosen zunächst vom *5e Bureau* ihrer Armee verwalten. Sobald die Truppen weiterzogen, sollte aus Paris entsandtes Personal die administrativen Aufgaben übernehmen. In der Praxis stieß dies jedoch auf Schwierigkeiten[2]. Die notwendigen Vorbereitungen hatten erst spät, seit Ende 1944, getroffen werden können. Am 18. November, eine Woche nachdem die Europäische Beratende Kommission (EAC) Frankreich offiziell zur Entsendung eines Vertreters nach London eingeladen und die britische Regierung den Franzosen Unterstützung für ihre Forderung nach einer eigenen Besatzungszone signalisiert hatte[3], ersetzte de Gaulle das *Bureau d'Etudes de l'Armistice* innerhalb seines *Etat-Major Général de la Défense Nationale* durch eine *Mission Militaire pour les Affaires Allemandes* (MMAA). Chef der bisherigen wie der reorganisierten Dienststelle war General Louis-Marie Koeltz[4]. Eine ihrer Aufgaben bestand in der Rekrutierung und Ausbildung von qualifiziertem Besatzungspersonal[5]. Zu diesem Zweck wurde innerhalb der MMAA die Abteilung *Administration Militaire Française en Allemagne* (AMFA) geschaffen, die seit Dezember 1944 vierwöchige Ausbildungslehrgänge für das erste zivile, den militärischen Dienstgraden „assimilierte" Verwaltungscorps in den eroberten deutschen Gebieten abhielt[6]. Nach Deutschlands Kapitulation im Mai 1945 wurde die AMFA-Zentralstelle aufgelöst und durch ein *Centre d'Organisation du Gouvernement Militaire en Allemagne* (COGMA) ersetzt[7].

---

[1] Vgl. Willis, The French, S. 67ff.; Henke, Aspekte, S. 171ff.

[2] AOFA, CCFA, CAC, P. 30, POL III A 1, Dienstanweisung de Lattres vom 23.5.1945, No. 160.

[3] Vgl. Sharp, Wartime Alliance, S. 104ff.

[4] MAE, Y/692, fol. 371; vgl. Henke, Aspekte, S. 177f.

[5] AOFA, CGAAA, C. 2689, 3, undatierte „Note sur les Services à organiser par la M.M.A.A.", verfaßt im Kabinett Koeltz'.

[6] MAE, Y/278, fol. 302, Koeltz an das Pariser Außenministerium am 20.12.1944. Die Verwendung „assimilierter" militärischer Ränge für das zivile Verwaltungspersonal der Militärregierung endete im Frühjahr 1946 mit der Einführung der drei Kategorien Administrateur, Attaché und Auxiliaire; vgl. die Aussage Marquants in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 108.

[7] AOFA, CGAAA, C. 2669, 5/3.

Als Bewerber für den Dienst in Deutschland kamen Offiziere, Unteroffiziere und Angehörige der Ministerialverwaltung in Betracht, die im aktiven Militärdienst standen oder mobilisiert worden waren, sowie Personen, die sich im nichtmilitärischen Bereich dienstverpflichtet hatten. Deutschkenntnisse und Allgemeinwissen in Verwaltungs- oder Rechtsfragen sollten die Anwärter ebenso vorweisen können wie Berufserfahrungen in einem der Sektoren Finanzen, Wirtschaftspolitik, Industrieproduktion, Gesetzgebung, öffentlicher Dienst, öffentliche Sicherheit, Gesundheits- oder Ernährungswesen[8]. In Kursen über fachliche und organisatorische Probleme, gestützt vor allem auf das *SHAEF Handbook on Military Government in Germany*[9], aber auch mit Vorträgen zur deutschen Geschichte und „Mentalität" wurden sie auf ihren Dienst im Nachbarland vorbereitet. So sprach beispielsweise André Siegfried, Politologe und Mitglied der *Académie Française*, über die „deutsche Psychologie", während Edmond Vermeil den Kursteilnehmern seine Analyse des NS-Regimes darlegte. Weitere Universitätsdozenten, wie Charles Morazé von *Sciences Politiques*, sowie Fachleute aus Verwaltung, Rechtsprechung, Militär und Diplomatie, darunter US-Botschafter Murphy, behandelten Aspekte der geographischen, administrativen, sozialen und ökonomischen Grundlagen des Deutschen Reiches, den geplanten Aufbau der alliierten Besatzungsbehörden und Fragen der Kriegsfolgenliquidierung[10]. Nach Angaben von General Koeltz durchliefen bis Juni 1945 1200 bis 1500 Personen diese von Eugène Hepp geleiteten Ausbildungslehrgänge[11].

In Paris wurden nach und nach die Strukturen einer zivilen Administration für Deutschland (und Österreich) geschaffen[12]. Am 15. Juni 1945 verfügte die Provisorische Regierung de Gaulle die Errichtung eines *Commandement en Chef Français en Allemagne* (CCFA)[13]. Nachdem am 13. Juli SHAEF aufgelöst worden war, geschah zwei Tage später dasselbe mit der 1. Französischen Armee. Ihr kommandierender General de Lattre, der wegen des exaltierten Stils seiner elfwöchigen, überwiegend von Lindau aus praktizierten Besatzungsherrschaft auch in Frankreich selbst auf heftige Kritik stieß, wurde nach Paris zurückbeordert und mit dem Posten des Generalstabschefs betraut. Zum französischen Oberbefehlshaber in Deutschland ernannte de Gaulle am 23. Juli einen engen Vertrauten, den Berufsoffizier General Pierre-Marie Koenig[14]. Mit der Verordnung Nr. 1 vom 28. Juli[15] trat dieser sein Amt in Deutschland an, das neben dem Oberkommando der französischen Besatzungstruppen die Leitung der französischen Kontrollratsgruppe (GFCC), des *Gouvernement Militaire*

[8] MAE, Y/278, fol. 303, undatierte, ungezeichnete „Notice au sujet de l'organisation du 2e stage de formation des personnels destinés à l'A.M.F.A.".

[9] Vgl. Henke, Aspekte, S. 178f.

[10] AOFA, CGAAA, C. 2689, 3, Vortragsprogramm der AMFA für März/April 1945.

[11] Mitgeteilt bei Willis, The French, S. 73.

[12] Vgl. zum Folgenden ebenda, S. 72ff.; Henke, Politik der Widersprüche.

[13] In: JO-RF vom 27.6.1945.

[14] Der Berufssoldat Koenig hatte sich 1940 als einer der ersten Offiziere de Gaulles Bewegung France Libre angeschlossen und war im Mai/Juni 1942 als Verteidiger von Bir Hakeim gegen Rommel berühmt geworden. 1943 wurde er Militärdelegierter des Nationalen Befreiungskomitees, das er seit März 1944 in Eisenhowers alliiertem Hauptquartier vertrat. Gleichzeitig Kommandant der Forces Françaises de l'Intérieur, wurde er schließlich Militärgouverneur des befreiten Paris. Vgl. Who's Who in France, 1957/58, S. 1306.

[15] In: JO-CCFA vom 3.9.1945.

Français de Berlin (GMFB) sowie – als „Herzstück"[16] – des *Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation* (GMZFO) mit der Zentrale in Baden-Baden umfaßte. Stellvertreter an der Spitze dieser vier Teilbereiche, Berater für ökonomische und politische Fragen, ein militärisches sowie ein vielköpfiges ziviles Kabinett standen Koenig bei der Bewältigung seines umfassenden Aufgabengebietes zur Seite[17].

Als Leiter der zivilen Militärregierung in der Besatzungszone wurde am 24. Juli mit Emile Laffon[18] ein juristisch geschulter Verwaltungsfachmann zum *Administrateur Général* ernannt, der am 1. August 1945 in Baden-Baden eintraf und sofort daranging, nach französischem Muster, aber unter Berücksichtigung bestehender deutscher Verwaltungseinheiten zentrale, regionale und kommunale Kontrollbehörden in Südwestdeutschland aufzubauen. Vier Generaldirektionen für Verwaltung, Wirtschaft und Finanzen, Abrüstungskontrolle sowie Justiz und die Direktion für Staatssicherheit entstanden als gesamtzonale, ministerienähnliche Leitungsgremien. Französische Landesbehörden (*Délégations Supérieures*) mit Gouverneuren (*Délégués Supérieurs*) an der Spitze[19] wurden in den ursprünglich fünf „Provinzen" der Zone, in Rheinland-Hessen-Nassau und Rheinhessen-Pfalz (seit 30. August 1946 zum Land Rheinland-Pfalz vereinigt)[20], Südbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern-Lindau und im Saargebiet[21] eingesetzt. Schließlich war die Militärregierung in jedem Regierungsbezirk und allen Land- und Stadtkreisen durch *Délégations de district* bzw. *Délégations de cercle* vertreten[22]. Das Chaos, das in der Aufbauphase herrschte, kam in einem Bericht Laffons für General Koenig vom 17. September 1945 zum Ausdruck[23].

In Paris bemühte sich die Regierung de Gaulle unterdessen um ein Koordinationsorgan für ihre Deutschlandpolitik, deren Grundzüge hinlänglich bekannt sind[24]: Garantie der Sicherheit Frankreichs durch Zerschlagung des preußisch-deutschen Reiches, Abspaltung bestimmter Gebiete und Umwandlung der verbleibenden in eine lockere, staatenbündische Konföderation. Bei den abzutrennenden Regionen war an das Rheinland und das Saargebiet gedacht, die ein Glacis an Frankreichs Ostgrenze

[16] Henke, Aspekte, S. 181.

[17] Vgl. die Übersichten bei Henke, Politik der Widersprüche, S. 58f.; Knipping/Le Rider (Hrsg.), Frankreichs Kulturpolitik, S. 406f.; Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 217ff.

[18] Der Minen-Ingenieur und Jurist Laffon hatte 1943/44 als Verbindungsmann zur Résistance dem Nationalen Befreiungskomitee in Algier angehört und war nach der Befreiung von Paris Verwaltungsdirektor im Innenministerium geworden. Vgl. Who's Who in France, 1957/58, S. 1329.

[19] Bereits die Interalliierte Hohe Kommission in Koblenz, die ab Januar 1924 die Verwaltung des besetzten Rheinlands übernommen hatte, war auf der Ebene der Regierungsbezirke von Délégués Supérieurs vertreten worden; vgl. Hüttenberger, Methoden, S. 108.

[20] Die französische Besatzungsverwaltung für Rheinland-Pfalz richtete sich in Koblenz ein und wurde als Délégation Générale bezeichnet. Im folgenden wird sie stillschweigend unter die Délégations Supérieures subsumiert.

[21] Das Saarland wurde Ende Dezember 1946 aus der Besatzungszone herausgelöst, einem eigenen Regime unterstellt und damit von der Militärregierung in Baden-Baden weitestgehend unabhängig.

[22] AOFA, CCFA, CAC, P. 30, POL III A 2, „Articulation générale du G.M.Z.F.O. mise à jour le 9 octobre 1945"; Willis, The French, S. 81; die in Anm. 17 genannten Übersichten, die allerdings einen etwas späteren Stand (Juni 1947) wiedergeben und daher geringfügige Abweichungen vom ursprünglichen Organisationsschema enthalten.

[23] AOFA, CCFA, CAC, P. 30, POL III A 1.

[24] Vgl. die in der Einleitung, Anm. 2, genannte Literatur.

bilden würden. Das Rheinland sollte auf unabsehbare Zeit von alliierten Truppen besetzt bleiben, einen autonomen Status erhalten und wirtschaftlich eng an die westeuropäischen Staaten angebunden werden. Die Saar war für eine politische Loslösung von Deutschland und die Integration in Frankreichs Volkswirtschaft vorgesehen. Die übrigen südwestdeutschen Länder sollten vorübergehend besetzt und währenddessen für eine Anlehnung an Westeuropa gewonnen werden. Für das Ruhrbecken schließlich forderten de Gaulle und seine Mitarbeiter die Verwaltung und industrielle Nutzung durch ein internationales Konsortium unter führender Beteiligung Frankreichs.

Am 7. Juli 1945 richtete die Provisorische Regierung ein *Comité interministériel pour les Affaires Allemandes et Autrichiennes* (CIAAA) ein, dem sechs der Minister – nicht aber der für Erziehung – und als Generalsekretär Marcel Berthelot angehörten[25]. Dieser war beauftragt, die Verbindung zwischen den französischen Oberkommandierenden in Deutschland und Österreich einerseits und den Pariser Fachministerien andererseits herzustellen, ohne daß sein eigener Kompetenzbereich klar abgegrenzt oder ihm selbst Entscheidungsgewalt zugestanden wurde. Berthelot sah seine Stellung auch dadurch erschwert, daß hinsichtlich des nach Deutschland und Österreich entsandten Personals die alleinige Zuständigkeit und Weisungsbefugnis bei den Oberbefehlshabern lag[26]. Das interministerielle Komitee reagierte am 15. Oktober zunächst mit dem Beschluß, einen eigenen, größeren Stab für die deutschen und österreichischen Angelegenheiten einzurichten[27]. Wenige Wochen später, Ende Dezember 1945, wurde es um zwei Minister erweitert, Berthelot abgelöst und sein bescheidenes Sekretariat unter dem Nachfolger René Mayer zum *Commissariat Général aux Affaires Allemandes et Autrichiennes* (CGAAA) aufgewertet[28].

Erste besatzungspolitische Direktiven

Am 19. Juli 1945, knapp zwei Wochen nach seiner Konstituierung, legte das *Comité interministériel* umfangreiche Direktiven vor, die dem wenige Tage später designierten Zonenbefehlshaber Koenig und seinem Stellvertreter Laffon als Richtschnur beim Aufbau der Militärregierung dienen sollten[29]. Im ersten, grundsätzlichen Teil wurde hinsichtlich der künftigen Grenzen Deutschlands und der Beibehaltung seiner territorialen Einheit der Vorrang sicherheitspolitischer vor ökonomischen Erwägungen po-

---

[25] JO-RF vom 25.7.1945. Zu den sieben ständigen, stimmberechtigten Mitgliedern des CIAAA konnten weitere Minister sowie die beiden Oberbefehlshaber in Deutschland und Österreich beratend hinzutreten.

[26] AOFA, CCFA, CAC, P. 12, POL I B 4, „Règlement intérieur du Secrétariat Général des Affaires Allemandes et Autrichiennes" vom 13.8.1945.

[27] MAE, Y/650, fol. 110ff. „Décisions prises par le C.I.A.A.A." am 16.10.1945.

[28] Vgl. JO-RF vom 27.12.1945. Das CIAAA wurde auf neun Mitglieder erweitert; der Erziehungsminister gehörte nach wie vor nicht dazu (Art. 3). Die potentielle Aufwertung des Generalkommissars ergibt sich aus Art. 4. Andererseits blieb das Dekret hinsichtlich der realen Entscheidungsbefugnisse des Kommissars mehrdeutig, da es auch seine Degradierung zum bloßen Übermittler der Regierungsdirektiven ermöglichte (Art. 2, 5, 6). Das CGAAA wurde später dem Außenministerium eingegliedert; vgl. JO-RF vom 23.8.1946. Zum ersten Generalkommissar vgl. Poidevin, René Mayer. Sein Nachfolger wurde im August 1946 der Unterstaatssekretär Pierre Schneiter.

[29] MAE, Y/650, fol. 4ff., „Directives pour notre action en Allemagne"; abgedruckt in: Ménudier (Dir.), L'Allemagne occupée, S. 169ff.

stuliert[30]. Diese Auffassung hatte bereits im August 1944 de Gaulles Berater Dejean vertreten[31]; sie entsprach auch der „Philosophie" des Regierungschefs selbst. Doch nach Abschluß der Potsdamer Dreimächtekonferenz erlangte der wirtschaftliche Aspekt in den Augen französischer Diplomaten größeres Gewicht, da die von den Alliierten ausgehandelten Territorial- und Reparationsbestimmungen völlig ungenügend erschienen, so daß sich „das Problem einer rationellen und systematischen Ausbeutung der französischen Zone um so schärfer stellte"[32]. Noch wurde einer eigenen Zonenpolitik angesichts der französischen Wirtschafts- und Finanzlage, der Position Frankreichs gegenüber den Verbündeten und der Beschaffenheit seines Verwaltungsgebietes in Deutschland eine Absage erteilt. Zugleich sprachen die Unzufriedenheit über die inzwischen getroffene Zonenregelung und die Sorge vor nutzlosen Belastungen aus den Direktiven[33]. Immerhin tröstete man sich damit, daß die gegenwärtig abgegrenzte Zone nicht als definitiv anzusehen sei, sondern eines Tages bis Köln und Aachen ausgedehnt werden sollte, um ein ausreichendes Sicherheitsglacis zu schaffen[34]. Nach Potsdam plädierte der Quai d'Orsay dafür, einer „progressiven Ausweitung der französischen Zone" Priorität einzuräumen, um daraus im Interesse einer besseren wirtschaftlichen Nutzung „ein kompakteres und kohärenteres Gebilde zu machen"[35]. Eine in Frankreich verbreitete Interpretation der jüngeren deutschen Geschichte war ebenfalls in die Pariser Richtlinien eingeflossen: Man müsse nicht nur das Hitlerreich, sondern ebenso das preußische Staatswesen niederreißen und gegenüber angeblich föderalistischen Kräften in Deutschland sehr mißtrauisch sein, da sich hinter ihnen Anhänger des Einheitsstaates verbergen könnten[36]. Die latente Antinomie der französischen Besatzungspolitik zwischen zentralistischen und dezentralisierenden Tendenzen[37] war den Verfassern der Direktiven im übrigen bewußt.

Auf diesen grundsätzlichen Teil folgten die französischen Vorstellungen zur Viermächtekontrolle, in deren Zusammenhang die Erwartung ausgesprochen wurde, daß die Briten bis zur erstrebten Ablösung durch französisches Personal im Rheinland eine „déprussianisation administrative et culturelle" durchführten, so wie Frankreich dies in seinem linksrheinischen Zonenteil vorhatte[38]. Im Kapitel zur Politik in der französischen Zone selbst stand unter dem Stichwort „Verwaltung und Wirtschaft" die Bestrafung der Kriegsverbrecher an erster Stelle, gefolgt von der Ausrottung des Nationalsozialismus, dem Aufbau einer demokratisch-rechtsstaatlichen, effizienten Administration und der Bildung von fünf Verwaltungsregionen. Neugründungen in Presse und Rundfunk sollten angeregt, die Schulen umgehend wieder geöffnet und mit neuen oder vor 1933 gebräuchlichen Lehrbüchern ausgestattet, die Grundschul-

[30] Ebenda, Kap. I (allg. Grundsätze), Abs. 2.
[31] MAE, Y/Allemagne/278, fol. 19ff., Dejeans Memorandum vom 21.8.1944, „Le problème allemand".
[32] MAE Y/433, 109ff., Aufzeichnung der politischen Abteilung über die französische Verwaltung in Deutschland vom 8.8.1945.
[33] „Directives", Kap. I, Abs. 4.
[34] Ebenda, Kap. II.
[35] Aufzeichnung der politischen Abteilung vom 8.8.1945.
[36] „Directives", Kap. I, Abs. 6; hierzu auch Poidevins Bemerkungen in: Die französische Deutschlandpolitik, S. 147.
[37] Vgl. hierzu Hudemann, Zentralismus.
[38] „Directives", Kap. II.

lehrer sorgfältig überprüft, die Universitäten Freiburg und Tübingen in ihrer Entwicklung beeinflußt werden[39]. Unter den abschließend formulierten politischen Besatzungszielen betraf indirekt auch den Bildungsbereich, daß die angestrebte Dezentralisierung des ehemaligen Reiches den Deutschen nicht von außen aufgezwungen erscheinen sollte. Es sei wichtig, zuverlässige Deutsche in maßgebliche Ämter einzusetzen und eine der Dezentralisierung gewogene Einstellung in der Bevölkerung zu fördern. Dabei könnten „Belohnungen" in Aussicht gestellt werden, um die Besatzungsbedingungen zu erleichtern. Schließlich, so die historische Begründung, habe die Weimarer Republik keinen Bestand gehabt, weil sie die Erwartungen und Ansprüche der Bürger, ihre Hoffnung auf Verbesserungen nicht habe erfüllen können[40].

Die umfangreichen Richtlinien des interministeriellen Ausschusses zeigen, wie gering der Stellenwert bildungs- und kulturpolitischer Aspekte für die deutschlandpolitische Gesamtkonzeption in Pariser Regierungskreisen veranschlagt wurde[41]. „Kulturelle Entpreußung" und geistige Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf die angestrebte Dezentralisierung stellten die Konkretisierung des Umerziehungsgedankens dar; die Wiederaufnahme des Schul- und Universitätsbetriebs wurde hingegen als Verwaltungsakt begriffen. Hier wirkte offensichtlich die Skepsis in der Umgebung de Gaulles gegenüber einer *rééducation* ebenso nach wie die Dominanz des traditionellen, machtstaatlichen Kategorien verhafteten Sicherheitsdenkens.

Vier Wochen nach den Pariser Direktiven informierte der *Administrateur Général* in Baden-Baden die französischen Behördenchefs in einem vertraulichen Rundschreiben über die Prinzipien der Besatzungspolitik[42]. Frankreichs Sicherheitsstreben wurde zwar ernst genommen, schien Laffon jedoch angesichts der vollständigen deutschen Niederlage an Aktualität eingebüßt zu haben. Daher konnten nun höhere Ziele angesteuert werden, „indem man die Grundlagen für ein großes administratives und politisches Werk legte". Zeit werde man hierfür genügend haben; es gelte nur, sich durch Qualität zu beweisen und so zur Bewährungsprobe des erneuerten Frankreich beizutragen. Das dialektische Verhältnis zwischen dem eigenen Wohlergehen und dem Wiederaufbau Deutschlands wurde den Besatzungsbeamten ins Gedächtnis gerufen. Frankreich müsse das vom Nationalsozialismus hinterlassene politische und moralische Vakuum ausfüllen, indem es sich den Nachbarn als Musterbeispiel einer modernen Demokratie präsentiere und dabei an jene Traditionen anknüpfe, die sich noch immer in den Spuren der Besetzung Südwestdeutschlands durch das revolutionäre und napoleonische Frankreich manifestierten. Selten ist das Nebeneinander des Werbens für die Demokratie durch das eigene Vorbild und der notwendig autoritären Okkupation in missionarischer Absicht unschuldiger formuliert und zugleich das besat-

[39] Ebenda, Abs. 5.

[40] Am selben Tag wie die „Directives" legte das interministerielle Komitee ein Memorandum zum „problème allemand" vor, das in seinen Ausführungen weitgehend den Richtlinien entsprach, jedoch noch ausführlicher historisch argumentierte. Diese Passagen erinnern an die Analysen Vermeils; in: MAE, Y/650, 11 ff.; abgedruckt in: Ménudier (Dir.), L'Allemagne occupée, S. 175 ff.

[41] Dies gegen Hudemanns Überbewertung der Richtlinien (Kulturpolitik, S. 24) und in Übereinstimmung mit Vaillants Skepsis gegenüber der Annahme, daß es „einen großangelegten und wohlüberlegten Plan der französischen Regierung gegeben hätte"; Einführung, S. 65.

[42] AOFA, CCFA, CAC, P. 30, POL III A 1, „Principes de notre action en Allemagne occupée" vom 20.8.1945; Passagen wiedergegeben in: Hudemann, Kulturpolitik, S. 25 f.

zungspolitische Dilemma deutlicher zum Ausdruck gebracht worden. In Anlehnung an die Pariser Direktiven schärfte Laffon den Abteilungsleitern in Baden-Baden und den Provinzgouverneuren ein, daß tadelloses Verhalten und strikte Disziplin, „une attitude sévère mais correcte", wichtig seien, um die Deutschen, die Schwäche verachteten, nicht gegen französische Einflüsse aufzubringen, sondern zur Kooperation zu bewegen. Auch dürfe ein Vergleich mit den anderen Zonen nicht zum Nachteil der eigenen ausfallen. Damit reagierte er offenkundig auf die laut gewordenen, intern mit Besorgnis registrierten Klagen aus der deutschen Bevölkerung über Ausschreitungen französischer Truppenangehöriger in der ersten Besatzungszeit[43]. Für das „politische Vorgehen im eigentlichen Sinn" hob der *Administrateur Général* zwei Grundsätze hervor: eine radikale Entnazifizierung, die nicht formalistisch, sondern umfassend und gerecht erfolgen müsse, und eine Dezentralisierung, die Vorsicht gegenüber separatistischen Tendenzen walten lassen solle, um nicht ein Wiederaufleben des Nationalsozialismus zu provozieren.

Mit seiner Grundsatzerklärung drei Wochen nach Dienstantritt bewies Laffon genügend Selbstbewußtsein und politischen Gestaltungswillen, um für seinen Wirkungsbereich eigene Akzente zu setzen. Die in den Persönlichkeiten ebenso wie in Kompetenzansprüchen, politischen und konzeptionellen Differenzen wurzelnden Konflikte mit General Koenig und dessen Beratern in Baden-Baden sowie mit Diplomaten des Pariser Außenministeriums ließen nicht lange auf sich warten und führten schließlich im November 1947 nach zermürbenden Querelen zum Ausscheiden Laffons[44]. Vorerst jedoch schien er die Richtung der französischen Besatzungspolitik entscheidend mitzuprägen. So nahm er de Gaulles Reise durch Südwestdeutschland im Oktober 1945[45] zum Anlaß für präzisierende Instruktionen an die *Délégués Supérieurs*, in denen er seine besatzungspolitischen Auffassungen deutlich zum Ausdruck brachte[46].

Unter Berufung auf des Generals „beschwichtigende und verständnisvolle Worte" gegenüber den Deutschen[47] verwarf Laffon eine dauerhafte „Politik des Zwangs und der Unterjochung" zugunsten eines humanen Vorgehens, sofern nur Frankreichs Interessen gesichert seien. Er ließ aber ebenfalls keinen Zweifel daran, daß die französische Besatzungsarmee noch lange Zeit auf deutschem Boden verbleiben werde; im linksrheinischen Gebiet werde die Präsenz der Franzosen wohl von Dauer sein. Was die Beziehungen zur einheimischen Bevölkerung betraf, unterschied Laffon zwischen dem von der Besatzungsmacht eingesetzten deutschen Verwaltungspersonal, das höflich zu behandeln sei, und allen anderen, denen man weiterhin mit Reserve zu begegnen habe. In der Verwaltungspraxis verlangte Laffon ein stärkeres Engagement der Gouverneure für eine „indirekte Administration", damit sich die Deutschen beizeiten an demokratische Spielregeln gewöhnen könnten. Hinsichtlich der Zulassung politi-

[43] Vgl. hierzu Henke, Politik der Widersprüche, S. 54f.

[44] Hierzu grundlegend Lattard, Zielkonflikte.

[45] Vgl. die Ansprachen, die der Regierungschef bei dieser Gelegenheit hielt, in: de Gaulle, Lettres, vol. 6, S. 91ff.

[46] MAE, Y/434, 6ff., Laffon an die Délégués Supérieurs, „Instructions faisant suite au voyage du chef du Gouvernement Provisoire de la République" vom 25.10.1945; Passagen wiedergegeben in: Hudemann, Kulturpolitik, S. 26.

[47] Vgl. de Gaulles Ansprachen in Trier, Koblenz und Freiburg vor französischen und deutschen Persönlichkeiten, in: Lettres, ebenda.

scher Parteien führte er ganz im Sinne der in Volksfront und Résistance verstärkten Umbruchstimmung aus, daß überall in Europa „neue soziale Formeln" gesucht würden und Frankreich wieder die Avantgarde der philosophischen, politischen und gesellschaftlichen Erneuerung bilden müsse. Dies verlange eine ebenso feste wie humane Politik in Deutschland. Einen Aspekt der Menschlichkeit stelle Frankreichs Beitrag zur „moralischen und politischen Umerziehung" der besetzten Bevölkerung dar. Laffons Richtlinien bezeugen die Ambivalenz, die von Anbeginn und auf allen Ebenen die französische Besatzungspolitik durchzog[48] und konstruktive Neuansätze ebenso wie repressives Vorgehen ermöglichte[49].

Die Gründung der *Direction de l'Education Publique*

Kulturpolitische Ambitionen lassen sich bereits für das kurze Kommando de Lattres und der 1. Französischen Armee feststellen. So verzeichnet das provisorische Organigramm des Pariser COGMA vom 23. Mai 1945 Abteilungen für *Propagande – Information* sowie für *Enseignement, Culte, Beaux-Arts*[50]. Die erste verfügte demnach über einen kleinen Mitarbeiterstab, der die Bereiche Presse, Verlagswesen, Kino, Theater und Rundfunk im französisch besetzten Deutschland kontrollieren sollte[51]. Sie avancierte im Laufe weniger Wochen zur *Division* bzw. *Direction* und nahm auch Verbindung zu einem „Studienkomitee für deutsch-französische Kulturbeziehungen" auf, das in Paris unter Leitung Edmond Vermeils namhafte Intellektuelle (darunter Jean Schlumberger, Gabriel Marcel, Georges Duhamel, André Siegfried, Raymond Aron, Jean-Marie Carré) vereinigte und sich dem Problem der Umerziehung des deutschen Volkes widmete[52]. Ferner bemühte sich der Abteilungsleiter von *Propagande – Information*, Oberst Charles Robert-Dumas, um die Rekrutierung eines hochrangigen Mitarbeiters, der die Funktionen eines Erziehungsministers im französisch besetzten Deutschland wahrnehmen sollte. Sein Wunschkandidat für diesen Posten war der Vergleichende Literaturwissenschaftler Carré, der 1917/18 wie Vermeil zu den sieben Gründungsmitgliedern der *Compagnons pour l'Université Nouvelle*, den Vorkämpfern der Einheitsschulbewegung, zählte[53], Ende der 20er Jahre zum Autorenkreis der „Revue d'Allemagne" gehörte[54] und nun Anfang Juni 1945 von Robert-Dumas' Absich-

[48] Aufschlußreich hierfür ist, daß de Gaulle anläßlich seiner Reise durch die Zone im Kurhaus Baden-Baden, offensichtlich vor einem rein französischen Publikum, andere Töne anschlug als in den vorhergehenden Tagen vor einem gemischten Auditorium. Nun stellte er die Besatzungszone fast ausschließlich als Ausbeutungsgebiet und Sicherheitsglacis Frankreichs dar und sprach hingegen nicht mehr von Versöhnung; in: Lettres, S. 95 ff. Mit derselben Tendenz auch ein Schreiben an General Koenig zur Besatzungspolitik vom 29.10.1945; in: ebenda, S. 106 ff.

[49] Gleichlautende Interpretation bei Hudemann, Kulturpolitik, S. 26 f.

[50] AOFA, CGAAA, C. 2669, 5/3.

[51] Eine Aufstellung von Ende Mai 1945 nennt ein Dutzend Offiziere, Unteroffiziere und Aspiranten. Mitte Juni befanden sich elf Mitarbeiter in Deutschland, 14 und sieben weibliche Hilfskräfte in Paris. Mitte Juli waren neben den in Paris verbliebenen Personen 50 für den Dienst im besetzten Deutschland vorgesehen; in: ebenda. Über die Section Enseignement, Culte, Beaux-Arts finden sich für diese Zeit noch keine Zeugnisse.

[52] MAE, Z/Allemagne/99, fol. 17 f., Massigli an Bidault am 25.6.1945, No. 1531 SC.

[53] Vgl. Schriewer (Hrsg.), Schulreform, S. 15.

[54] Vgl. Le Rider, La Revue d'Allemagne, S. 365.

ten erfuhr[55]. Offenbar war dem Propagandaoffizier nicht bekannt, daß Schmittlein seit zwei Monaten als *Directeur de l'Enseignement et des Beaux-Arts*[56] für die französische Zone designiert, wenn auch noch nicht offiziell ernannt war[57]. Die später immer wieder aufbrechenden Kompetenzkonflikte zwischen Erziehungs- und Informationsdirektion in der Militärregierung zeichneten sich damit bereits ab.

Alles in allem blieb die Propagandaabteilung in de Lattres Militärverwaltung ein kurzes Zwischenspiel mit wenigen greifbaren Resultaten[58]. Andere Aufgaben waren in diesen Monaten des völligen Zusammenbruchs vordringlich. Immerhin leiteten die französischen Militärkommandanten eine erste Entlassungswelle belasteter Lehrer, die Sicherstellung nationalsozialistischer Bücher, die zum Teil in Depots gesammelt wurden, sowie den – mäßig erfolgreichen – Schutz „herrenlos" gewordener Kunstgegenstände vor Zweckentfremdung oder Plünderung in den eigenen Reihen ein[59].

Unterdessen unternahm Schmittlein im Juni und Juli 1945 von Paris aus vorbereitende Schritte zum Aufbau seiner Dienststelle in Baden-Baden[60]. Erziehungsminister Capitant erteilte ihm hierfür eine Generalvollmacht und ebnete gegenüber der Militäradministration alle Wege. So teilte er dem Generalstabschef mit, daß er den Oberstleutnant der Reserve und *Inspecteur Général de l'Enseignement Français à l'Etranger* als Vertreter seines Ministeriums bei der Militärmission (MMAA) vorgeschlagen habe und Schmittlein in dieser Eigenschaft für alle Bereiche zuständig sein werde, die in Frankreich der *Education Nationale* unterstanden[61]: das öffentliche und private Unterrichtswesen, Leibeserziehung und Sport, Literatur und Kunst, Architektur sowie wissenschaftliche Forschung. Capitant stellte ausdrücklich fest, daß alle übrigen nach Deutschland entsandten Angehörigen seines Ministeriums in Schmittlein ihren Vor-

[55] AOFA, CGAAA, C. 2669, 5/3. Eine Stellungnahme Carrés selbst ist nicht überliefert. Zur Person vgl. Who's Who in France, 1953/54, S. 172; zu seinem 1947 erschienenen, „stark ideologisch orientierten und affektbestimmten" Buch „Les écrivains français" Leiner, Deutschlandbild, S. 204f.

[56] So die ursprüngliche Amtsbezeichnung Schmittleins und analog die seiner Behörde. Am 24.8.1945 erfolgte die Umbenennung in Directeur [bzw. Direction] de l'Education Publique; AOFA, AC 65,2, Schmittleins Bericht „Installation de la D.E.P." (undatierte Durchschrift, vermutlich von Januar 1946).

[57] Aus einem Schreiben Capitants an General Koeltz vom 26.6.1945 geht hervor, daß der Erziehungsminister bereits am 4.4. die vorgesehene Ernennung Schmittleins bekanntgegeben hatte. Im Antwortschreiben vom 7.7.1945 erklärte sich Koeltz mit Schmittleins Ernennung einverstanden; in: AOFA, AC 65,2, No. 1294 und No. 49.

[58] Die Dürftigkeit der durchgeführten Maßnahmen wird deutlich im Bericht der Direction Propagande – Information vom 7.7.1945; in: AOFA, CGAAA, C. 2669, 5/3, No. 487. Ein vernichtendes Urteil fällte rückblickend das Kabinett des Pariser Staatssekretärs für Information in einer „Note sur la situation de l'Information en Allemagne" vom 21.2.(1946); in: AN, INF 717, No. 06746 CAB-JLH. Vgl. auch Marquants Aussage in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 14.

[59] AOFA, AC 67,1, Schmittleins Bericht vom 31.1.1946, „Activité de la Direction de l'Education Publique depuis sa création", No. 1343 DGAA/EDU.

[60] Ebenda.

[61] Die Bezeichnung Ministère de l'Education Nationale wurde 1932 anstelle der bisherigen, Ministère de l'Instruction Publique, eingeführt. Die Reorganisation unter Capitant vom 20.11.1944 brachte die Einrichtung von vier großen Generaldirektionen: Enseignement; Education Physique et Sports; Arts et Lettres; Architecture. Das CNRS wurde gleichsam als fünfte Abteilung dem Erziehungsministerium angegliedert. Vgl. Crémieux-Brilhac (Dir.), L'Education Nationale, S. 329f.

gesetzten haben würden. Diesem obliege es, das notwendige Personal zu rekrutieren, in Absprache mit den Verbündeten allgemeine Richtlinien zu erarbeiten, die bildungspolitische Vertretung Frankreichs im Alliierten Kontrollrat zu führen und schließlich in Berlin wie in der französischen Zone Untersuchungs- und Überwachungsgremien ins Leben zu rufen und verantwortlich zu leiten[62]. Der Pariser Erziehungsminister legte also die Wahrnehmung seiner Belange und seiner Autorität im besetzten Deutschland vertrauensvoll und umfassend in die Hände eines Mannes, den er im Exil des Widerstands gegen Nazideutschland und Vichy-Frankreich als fachlich kompetent und politisch zuverlässig kennen- und schätzengelernt hatte. Mehr als informelle Gespräche darüber, wie Schmittlein vorgehen sollte, scheint es nicht gegeben zu haben[63], so daß der *Directeur de l'Education Publique* in dem Maße nach eigenem Gutdünken schalten und walten konnte, wie keine andere Instanz die Richtlinienkompetenz beanspruchte und damit seiner ministeriell verfügten Machtfülle Schranken setzte. Auch die Kulturdirektion des Quai d'Orsay, die den ehemaligen Auslandsdozenten und *Institut-Français*-Direktor seit 1934 kannte, erteilte ihr Plazet zu Schmittleins Ernennung[64].

Dank des persönlichen Einsatzes von Capitant und zum Teil gegen Widerstände aus dessen Ministerium konnten innerhalb von zwei Monaten fast 200 Mitarbeiter, überwiegend Germanisten, für den Dienst in Deutschland verpflichtet werden[65]. Die engsten Mitarbeiter suchte Schmittlein selbst aus: Irène Giron, seine Stellvertreterin, die er Anfang 1944 in Algier bei Diskussionen über Schulreformfragen und der Tätigkeit für *Combat* kennengelernt hatte[66], sowie den Chef seines persönlichen „Kabinetts", den Archivar Robert Marquant, der der Widerstandsgruppe *Combat* im französischen Mutterland angehört hatte, im August 1944 Bürochef eines Präfekten geworden war und nun vom Leiter der AMFA-Lehrgänge für einen Posten in Deutschland vorgeschlagen wurde[67].

Anfang August 1945, als mit dem Eintreffen Laffons in Baden-Baden der Aufbau des *Gouvernement Militaire* begann, richteten sich Schmittlein – der zunächst einem Oberst, im September dann einem General gleichgestellt wurde – und seine Mitarbeiter in zwei Hotels des Kurortes ein[68]. Die *Direction de l'Education Publique* (DEP), wie seit dem 24. August die bis September 1949 gültige Bezeichnung lautete, bildete eine von sieben Abteilungen der von Maurice Sabatier geleiteten *Direction Générale*

[62] AOFA, AC 65,2, Capitant an den Chef d'Etat-Major Général de la Défense Nationale am 26.6.1945, No. 1294 CAB.

[63] Vgl. Schmittlein, Souvenirs. Schriftliche Direktiven des Erziehungsministeriums konnten in keinem der konsultierten Archive ermittelt werden.

[64] AOFA, AC 67,1, (Santellis Bericht) „L'action culturelle française en Allemagne" vom 5.3.1949.

[65] AOFA, AC 71,2, Schmittleins Vermerk für Wiener vom 19.2.1949, No. 7422/CCSG/EDU.

[66] AN, F^{17} 13335.

[67] Mündliche Auskunft Robert Marquants vom 7.4.1989. Vgl. auch seine Angaben in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 139 und 300.

[68] Am 27.7. war eine zweiköpfige Vorhut der DEP in Baden-Baden eingetroffen; Schmittlein fand sich am 4.8. ein, seine Sektionschefs folgten im Laufe des Monats; AOFA, AC 65,2, Schmittleins Bericht „Installation de la D.E.P." vom Januar 1946. Den Hauptsitz der DEP bildete das Hotel Stephanie, in dem Schmittlein mit seinen engsten Mitarbeitern und die Sous-Direction Enseignement residierten. Die Abteilungen Sports et Jeunesse und Beaux-Arts wurden im Hotel Badischer Hof untergebracht.

des Affaires Administratives[69]. Sie umfaßte zunächst neben Schmittleins „Kabinett" die drei Sektionen *Enseignement*[70], *Sports et Jeunesse* und *Beaux-Arts*, die wiederum in verschiedene Büros unterteilt waren[71]. Der Personalbestand der DEP-Zentrale in den ersten beiden Jahren stieg zunächst auf 65 Mitarbeiter an, wurde nach und nach aber auf etwa 50 Planstellen reduziert[72].

Eine der ersten Amtshandlungen Schmittleins in Baden-Baden bestand darin, kompetente Vertreter in die anfänglich fünf *Délégations Supérieures* in Koblenz, Montabaur, Saarbrücken, Freiburg und Tübingen zu entsenden. Ausgewählt wurden hierfür qualifizierte Deutschlehrer und erfahrene Schuladministratoren – Oberschulräte oder Oberstudiendirektoren –, die den Auftrag erhielten, in allen Regierungsbezirken und Kreisen des ihnen unterstehenden Gebietes Kontrolloffiziere für das Unterrichtswesen und die schönen Künste sowie für Jugend- und Sportfragen einzusetzen[73]. Bei den Schulkontrolleuren handelte es sich fast ausschließlich um Lehrer, die zumeist aus dem Elsaß stammten[74]. Vom Pariser Generalkommissariat wurde Schmittlein in den ersten beiden Jahren ein Stellenplan von zehn Mitarbeitern pro *Délégation Supérieure*, fünf Kontrolloffizieren je Regierungsbezirk und einem Vertreter in jedem Stadt- oder Landkreis bewilligt, woraus sich theoretisch eine Gesamtstärke von 178 (1946) bzw. 160 DEP-Repräsentanten (1947) ergab. Tatsächlich jedoch lag die Zahl im selben Zeitraum bei 130–140 Bediensteten, was Schmittlein mehrfach zu Klagen über „die schwere Personalkrise" seiner Dienststelle veranlaßte[75].

Die DEP-Equipe fand bei ihrem Eintreffen in Baden-Baden eine trostlose Situation vor: „Alle Schulen geschlossen, manche bereits seit anderthalb Jahren; die Jugend den Gefahren der Straße und des Müßiggangs ausgesetzt; ein vom Nationalsozialismus verseuchter Lehrkörper; Schulbücher, die eingestampft gehörten; Gebäude, die von Truppenteilen besetzt oder zerstört waren; apathische oder handlungsunfähige Verantwortliche."[76] Die Vorstellung, schnellstmöglich die Schulen wieder zu öffnen, um

---

[69] Vgl. die in Anm. 17 genannten Übersichten. In der ersten Zeit hatte Laffon die meisten Abteilungen der (zivilen) Militärregierung unmittelbar unter sich. Nur das Wirtschafts- und Finanzressort sowie die Abrüstungskontrolle waren von Anbeginn in eigenen Direktionen zusammengefaßt; MAE, Y/433, 109ff., „Note sur l'administration française en Allemagne" der politischen Generaldirektion im Quai d'Orsay vom 8.8.1945.

[70] Am Anfang gab es also noch keine eigene Hochschulsektion, auch wenn spätere Berichte Schmittleins diesen Eindruck erwecken können, so bei Cuer, L'action culturelle, S. 9.

[71] „Annuaire téléphonique du G.M.Z.F.O." von August/September 1945; in: AOFA, sekret., vgl. Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 220; eine in der Schreibweise mancher Personennamen allerdings fehlerhafte Übersicht vom 4.8.1945, „Direction de l'Enseignement & des Beaux-Arts"; in: AOFA, AC 65,2.

[72] Diese Angaben enthält eine lange, vermutlich im Sommer 1947 von Schmittlein verfaßte Philippika an das französische Oberkommando; in: AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 7. Im selben Sinne Schmittlein an den Directeur de l'Administration Générale am 29.8.1947; in: AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, No. 8410/DGAA/EDU.

[73] AOFA, AC 65,2, Schmittleins Bericht „Installation de la D.E.P." vom Januar 1946.

[74] Abschlußbericht der Tübinger Section de l'Education Publique für 1945–1949; in: AOFA, AC 149,2; C.C.F.A./D.E.P., L'œuvre culturelle, S. 8; Marquant, La politique culturelle, S. 117.

[75] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 7, Vermerk de Varreux' für den Directeur de l'Administration Générale vom 27.12.1946, No. 7751/CC/CAC/ADM; Schmittlein an das Oberkommando (undatiert, vermutlich im Sommer 1947).

[76] So Schmittleins „Rapport sur l'activité de la D.E.P." vom 12.7.1947; in: AOFA, AC 67,1, No. 7848 DGAA/EDU.

auf diese Weise die Jugend sinnvoll zu beschäftigen und am Umhervagabundieren zu hindern, war in Frankreich zunächst durchaus umstritten. Das Schreckgespenst des „Werwolfs" vor Augen, fürchteten manche, dies gebe ehemaligen Hitlerjungen und Wehrmachtsangehörigen die Möglichkeit, sich in geschlossenen, schwer kontrollierbaren Zirkeln zu versammeln und Widerstandsnester gegen die Besatzungsmacht zu bilden[77]. Ungeachtet solcher kritischen Stimmen ging die Militärregierung daran, die lapidare Vorgabe des Pariser Regierungsausschusses vom 19. Juli in umfassende Anweisungen und konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Erste bildungs- und kulturpolitische Richtlinien

Am 23. August 1945 hielt General Koenig in Baden-Baden eine Besprechung ab, der ein aus Schmittleins Dienststelle stammender Entwurf für „allgemeine Anweisungen bezüglich des Unterrichts, der schönen Künste, der Jugend und des Sports" als Grundlage diente[78]. Dieser Text war dem Oberkommandierenden einige Tage zuvor unterbreitet worden[79]. Eine stichwortartige Tischvorlage hatte er im wesentlichen zustimmend glossiert[80]. Die Zusammenkunft in größerer Runde diente der Aussprache über strittige oder politisch heikle Themen, wie den Religionsunterricht, hinter dem sich das komplexe Problem des Verhältnisses von Staat und Kirche verbarg. In diesem Zusammenhang betonte der General, daß er keineswegs eine autoritäre Lösung, etwa den Oktroi des französischen Vorbildes, in Betracht zog, sondern deutsche wie alliierte Vorstellungen zu berücksichtigen gedachte. „Augenscheinlich kann die religionsfreie Schule (l'école laïque) in Deutschland nicht eingeführt werden. Es besteht demnach nur die Wahl zwischen der Konfessions- und der Simultanschule (l'école interconfessionnelle)"[81], lautete Koenigs Folgerung, mit der der praktizierende Katholik seine kirchenfreundliche Haltung zu erkennen gab[82]. Den ihm vorliegenden Informationen zufolge befürworteten die deutschen Protestanten eher den überkonfessionellen Unterricht, während die Katholiken mehrheitlich für die Bekenntnisschule eintraten[83]. So hatte der Bischof von Trier bereits heftig gegen die Wiedereinführung von

---

[77] Diese zeitgenössischen Befürchtungen gab Schmittlein rückblickend in seinen Souvenirs wieder.

[78] AOFA, CCFA, Cons. Pol., P. 200, C.III-4/a, „Compte-rendu de la Réunion tenue le 23 août 1945 [...] à la Résidence du Général Koenig [...] pour examiner la question de l'enseignement dans la Z.F.O.". Teilnehmer waren Koenig, sein politischer Berater Saint-Hardouin, Kabinettschef Navarre und ein Vertreter des Zivilkabinetts, außerdem Laffon, Sabatier und Schmittlein.

[79] AOFA, AC 65,2, handschriftliche Aufzeichnung vom 18.8.1945, „Entretien avec le Général Koenig – 18/8/45 – Instructions sur l'Enseignement".

[80] Ebenda, Aufzeichnung „Conférence avec le Commandant en chef – 23 août /45 – Education Publique", in der als Ziele genannt werden: „1) épuration, portée négative; 2) dénazification (programmes, manuels, etc.); 3) pénétration culturelle française". Die Gliederung der Aufzeichnung entspricht dem Aufbau der „Directives générales"; die handschriftlichen Randbemerkungen stammen von Koenig.

[81] „Compte-rendu de la Réunion tenue le 23 août 1945 [...]"; vgl. auch Cuer, L'action culturelle, S. 26.

[82] Vgl. Thierfelder, Kirchenpolitik, S. 224.

[83] Am selben Tage, dem 23.8.1945, endete die Fuldaer Bischofskonferenz, auf der u. a. die Freiheit zur Gründung katholischer Schulen und Lehrerbildungsanstalten nach dem Willen der Elternschaft gefordert wurde; vgl. Witz, Simultanschule, S. 399; Winkeler, Schulpolitik,

Simultanschulen protestiert. Die Haltung der Alliierten, so Koenig, sei noch nicht bekannt, allerdings zeichne sich auf seiten der Angelsachsen eine Bevorzugung der katholischen Position, also der Bekenntnisschulen ab[84]. Von den Sowjetrussen habe man vermutlich die Forderung nach einem bildungspolitischen Zentralorgan mit Sitz in Berlin zu erwarten.

In der anschließenden Diskussion kam Schmittlein den Forderungen des katholischen Klerus scheinbar entgegen, indem er vorschlug, Bekenntnisschulen, die im Mai 1945 noch bestanden hatten, beizubehalten und auf Antrag der Interessierten jene wiederzuzulassen, die seit 1933 abgeschafft worden waren. In jedem Einzelfall sei aber die Zustimmung der Militärregierung einzuholen. Die Regel solle jedoch die Simultanschule bilden, in der die Angehörigen aller Konfessionen auf Wunsch der Eltern Religionsunterricht, normalerweise aber obligatorische Ethikstunden („leçons de morale") erteilt bekämen. Diese Stellungnahme bestätigt nicht unbedingt die These, daß Schmittlein „im Sinne seiner Politik daran interessiert" gewesen sei, „die in Frankreich übliche konfessionsfreie Schule durchzusetzen"[85]. Sein Konzept wurde von den anderen Konferenzteilnehmern als vorläufige Leitlinie akzeptiert, allerdings mit der wesentlichen Abänderung versehen, in der Simultanschule den Religionsunterricht zum Regelfall zu deklarieren, dem gegenüber die alternativen Ethikstunden ausdrücklich zu beantragen seien. Zuvor hatte Koenigs politischer Berater Tarbé de Saint-Hardouin die Auffassung vertreten, daß das Reichskonkordat von 1933 mit dem Ende des Hitlerstaates als hinfällig zu betrachten sei[86] und die französische Besatzungsmacht juristisch jegliche Handlungsfreiheit genieße[87]. Schwierigkeiten mit dem Vatikan müßten jedoch vermieden werden. Auch Koenig zeigte sich vorsichtig: Es sei unerläßlich, eine umfassende Bestandsaufnahme durchzuführen und dabei insbesondere die katholischen und protestantischen Bischöfe, die Kultusbehörden der Länder sowie bestimmte politisch zuverlässige Persönlichkeiten anzuhören. Erst in Kenntnis der deutschen Vorstellungen und der Position der Alliierten werde er eine endgültige Entscheidung in dieser Frage fällen. Was das Unterrichtspersonal betraf, sollte angesichts des akuten Mangels an demokratischen Kräften umgehend die Gründung von Volksschullehrerseminaren betrieben und geprüft werden, inwieweit die zahlreich vorliegenden Angebote von Schweizer Pädagogen, in der französischen Zone zu unterrichten, angenommen werden könnten. Schmittlein merkte an, daß er die Rekrutierung

---

Fortsetzung Fußnote von Seite 70

S. 42f.; zur evangelischen Kirche die Beiträge von Hartweg, Heimerl, Thierfelder und Greschat, in: RA 21 (1989), 4.

[84] In Wirklichkeit waren die britischen Bildungsplaner in der Frage „Konfessions- und/oder Simultanschulen" zunächst nicht festgelegt, sondern wollten die deutschen Eltern selbst entscheiden lassen; vgl. Pakschies, Umerziehung, S. 186ff. Am 23.11.1945 beschloß das Koordinationskomitee des Kontrollrats, in der Schulstatusfrage eine vorübergehende Regelung zu treffen, wonach lokale Traditionen und Wünsche der Bevölkerung berücksichtigt werden sollten; vgl. Witz, Simultanschule, S. 396.

[85] Ruge-Schatz, Umerziehung, S. 98.

[86] Die Konkordate deutscher Länder mit dem Vatikan (z. B. das badische von 1932) wurden von Saint-Hardouin offensichtlich nicht berücksichtigt. Eine solche Differenzierung hätte in der Logik des von Frankreich verfochtenen Föderalismuskonzepts gelegen.

[87] Vgl. hierzu Ruge-Schatz, ebenda, S. 93ff.; zur herrschenden französischen Rechtsauffassung Martin, La législation française, S. 3f.; Virally, Die internationale Verwaltung, S. 96f.; Vollnhals, Reichskonkordat.

solcher Fachkräfte zwar begrüße, jedoch mit weitergehenden Plänen, Schweizer Schulen und Universitäten in Südwestdeutschland einzurichten[88], keineswegs einverstanden sei, da parteipolitische deutsche Interessen hinter diesen Vorschlägen nicht auszuschließen seien. Saint-Hardouin gab demgegenüber zu bedenken, daß Schweizer Schulen preußische Einflüsse zurückdrängen könnten. Angesichts der Uneinigkeit in dieser Frage entschied Koenig, Auskünfte und Handlungsanweisungen vom Pariser Außenministerium einzuholen[89]. Hinsichtlich der Lehrpläne zeigte sich der General erstaunt, daß im Richtlinienentwurf der DEP weder russischer Sprachunterricht noch die Behandlung der UdSSR in den Geographiestunden vorgesehen war. Er ließ sich jedoch von Schmittleins Argumenten überzeugen: Solange die definitive Grenzziehung der Sowjetunion noch nicht bekannt sei, wolle man einerseits weder Moskau noch die anderen Verbündeten vor den Kopf stoßen, andererseits den deutschen Lehrern keinen Anlaß zu feindseligen Kommentaren in dieser politisch heiklen Frage bieten. Für Russischunterricht fehlten im deutschen Südwesten alle personellen wie materiellen Voraussetzungen; seine Einführung hätte eine allzu große Neuerung dargestellt. Auch in Frankreich werde diese Sprache nur an Hochschulen gelehrt. Sollten allerdings die sowjetischen Militärbehörden in ihrer Zone den Französischunterricht gestatten, so müsse der Grundsatz der Reziprozität beachtet werden. Koenig gab sich damit zufrieden, entschied aber in einer atemberaubenden „geopolitischen" Pirouette – und ohne Widerspruch –, daß auch England vorläufig aus dem Erdkundeunterricht gestrichen werde und nur die Behandlung Frankreichs sowie jener beiden Kontinente, deren Grenzen der Krieg nicht verändert hatte, Amerika und Australien[90], im Lehrplan verbleibe. Unter vier Augen hatte der Oberbefehlshaber einige Tage zuvor prophezeit, daß eine Auslassung der Sowjetunion im Geographieunterricht wie der russischen Sprache mit Sicherheit sowohl von den französischen Kommunisten als auch von den Kremlvertretern im Kontrollrat angeprangert werden und ihn so in arge Verlegenheit bringen würde[91].

Der Verlauf der Zusammenkunft in Baden-Baden ist in verschiedener Hinsicht aufschlußreich. General Koenig schaltete sich persönlich in die endgültige Ausarbeitung bildungspolitischer Grundsätze ein und wollte dabei deutsche (vor allem kirchliche), alliierte und französische – besonders kommunistische – Empfindlichkeiten und Wünsche berücksichtigt wissen. Schmittlein seinerseits zeigte sich konziliant in der Konfessionsfrage und pragmatisch bezüglich des Russischunterrichts. Insgesamt ver-

[88] Frankreichs Botschafter in der Schweiz, Hoppenot, berichtete am 18.6. und 17.7.1945 dem Pariser Außenministerium von dem Plan Basler Professoren und Studenten, einen Beitrag zur Umerziehung der deutschen Jugend leisten zu wollen; in: MAE Z/Allemagne/99, fol. 10ff. und 23ff., No. 664 bzw. 885.

[89] Bereits am 10.8.1945 hatte die Mitteleuropa-Abteilung am Quai d'Orsay dem Generalsekretär des interministeriellen Komitees eine Stellungnahme übermittelt: Sie sei im Prinzip mit der Einrichtung von Schweizer Bildungszentren oder dem Einsatz von eidgenössischen Lehrern an süddeutschen Schulen einverstanden, melde aber Bedenken gegenüber einer Schweizer Hilfskommission für Deutschland an. In solchen Fragen sei eine enge Koordination mit den französischen Behörden unabdingbar; in: ebenda, fol. 36f., No. 34 EU.

[90] In der handschriftlichen Aufzeichnung über die Unterredung mit Koenig am 18.8.1945 und in verschiedenen Fassungen der anschließend erlassenen Instructions [auch: Directives] Générales concernant l'Enseignement, les Beaux-Arts, la Jeunesse et les Sports vom 24.8. ist – wohl irrtümlich – anstelle von „Australie" von „Australasie" die Rede.

[91] Handschriftliche Aufzeichnung vom 18.8.1945, „Entretien avec le Général Koenig".

mittelt er bei dieser Gelegenheit keineswegs den Eindruck eines missionarischen Eiferers[92].

Die Landesgouverneure bzw. Schmittleins Provinzstatthalter waren die Adressaten der von der DEP formulierten „allgemeinen Anweisungen" zur Bildungs- und Kulturpolitik, die Laffon nach der Sitzung bei Koenig am 24. August 1945 erließ[93]. Zusammen mit diesem Rundschreiben gab der *Administrateur Général* die Entscheidung bekannt, die Schulen in der französischen Zone ab 17. September 1945 wieder zu öffnen[94]. Eine Woche später erhielten die *Délégués Supérieurs* Instruktionen, wie hierbei vorzugehen sei[95]. Höflich aber bestimmt sollten die Chefs der regionalen Erziehungsabteilungen gegenüber den Militärbefehlshabern auf Räumung der Lehranstalten von Truppeneinheiten drängen und die Respektierung des Schuleigentums erreichen. Die Bevölkerung müsse sehen, daß die französische Armee jegliches Kulturgut achte[96]. Es folgten Anweisungen zur provisorischen Einsetzung von Kreisschulräten und zur sorgfältigen Auslese der Lehrer. Alle ehemaligen Angehörigen der NSDAP oder ihrer Unterorganisationen sollten zunächst automatisch aus dem Schuldienst entfernt werden, jedoch die Möglichkeit erhalten, über die zuständigen Kreisschulämter ihre sofortige Wiederzulassung zu beantragen[97]. Den zuständigen Franzosen war klar, daß ein normaler Unterricht mit dem nach Durchführung der Entlassungsbestimmungen verbleibenden Lehrpersonal nicht zu gewährleisten sein würde und daher ein Teil der Minderbelasteten, allerdings nicht im Beamtenstatus und in leitenden Funktionen, wieder eingestellt werden mußte[98]. Prestige und soziale Stellung der deutschen Lehrer sollten geachtet werden, um sie zur Zusammenarbeit zu gewinnen, wobei eine äußerlich schonungsvolle Behandlung mit entschlossenem Auftreten hinsichtlich der Unterrichtsinhalte Hand in Hand zu gehen habe. Bestimmte Ideen und Programme müßten ihnen aufgezwungen, Verstöße mit Berufsverbot geahndet werden. Schulbücher aus der NS-Zeit durften in der Regel nicht länger verwendet werden. Vorläufig sollte man entweder auf solche zurückgreifen, die im Ausland oder in Deutschland vor 1933 verlegt worden waren, oder auf den Einsatz von Büchern ganz verzichten. Die Bestimmungen zum Unterrichtsprogramm sahen lediglich Entnazifizierungsmaßnahmen, ausdrücklich jedoch keine radikalen Veränderungen gegenüber den Lehrplänen der Jahre 1938/39 vor, um die schnellstmögliche Wiederaufnahme

---

[92] René Cheval hat im Rückblick kritisch von „Missionarismus" und „aufklärerische[m] Eifer der Franzosen" gesprochen, ohne allerdings Schmittlein selbst zu nennen; Bildungspolitik, S. 198.

[93] Das von Laffon unterzeichnete Rundschreiben „Directives [bzw. Instructions] générales concernant l'Enseignement, les Beaux-Arts, la Jeunesse et les Sports" vom 24.8.1945 liegt vervielfältigt in unterschiedlichen Beständen der AOFA vor: AC 65,2 (die ursprünglich von der DEP erarbeitete Fassung); Laffon, C. 4, 12 (die nach der Unterredung mit Koenig am 23.8. revidierte Version, in der Großbritannien als Gegenstand des Erdkunde-Unterrichts gestrichen ist).

[94] Laffons „Décision" vom 24.8.1945, in: AOFA, Laffon, C. 4, 12; seine Verfügung Nr. 1, datiert auf 22.8., in: JO-CCFA vom 3.9.1945.

[95] AOFA, AC 130,3, Laffon an die Délégués Supérieurs am 2.9.1945, No. 726/DGAA/EDU.

[96] „Directives générales [...]" vom 24.8.1945.

[97] Dies bedeutete im Prinzip Einzelfallprüfung unter Vorschaltung deutscher Stellen.

[98] Laffon an die Délégués Supérieurs am 2.9.1945.

des Schulbetriebs zu ermöglichen[99]. An den Grund- und Volksschulen sollte Deutsch Hauptfach bleiben. Heimatkunde war von Elementen der NS-Ideologie zu befreien und statt dessen mit regionalspezifischen Themen zu bereichern. Volkslieder und Kanons sollten im Musikunterricht Kriegs- und NS-Lieder ersetzen. Aus dem Sportprogramm wurden Spiele mit militärischem Anstrich verbannt, aus dem Zeichen- und Werkunterricht die Konstruktion und der Modellbau von Flugzeugen oder Kriegsgerät. Geschichte war bis auf weiteres untersagt, ebenso Biologie – mit Ausnahme von Anatomie, Zoologie und Botanik – sowie „Rassenkunde". Die Bestimmungen für Geographie sind bereits erwähnt worden. Beschränkung auf das Wesentliche war in den naturkundlichen Fächern vorgesehen. Für den Religionsunterricht sollten im Prinzip die bis dahin in Kraft befindlichen Regelungen weitergelten oder auf begründeten Antrag Änderungen der nationalsozialistischen Zeit rückgängig gemacht werden. An den weiterführenden Schulen galt Analoges. Hier sollten im Deutschunterricht die Verflechtungen der deutschen mit der übrigen europäischen Geistesgeschichte, insbesondere die deutsch-französischen Kulturbeziehungen in den Vordergrund gerückt werden. Zum anderen galt es, von den Nationalsozialisten verfemten Autoren sowie Schriftstellern von lokaler Bedeutung und literarischem Rang zu ihrem Recht zu verhelfen. In den Geschichtsstunden durften nur die Antike und Kunstgeschichte behandelt werden. Im Erdkundeunterricht sollte die politische Geographie Anlaß zur Darstellung demokratischer Regierungssysteme geben. Unter den Fremdsprachen rangierte Französisch mit einer obligatorischen Unterrichtsstunde pro Schultag an erster Stelle, während Englisch in der Untersekunda der neusprachlichen Oberschulen als zweite lebende Sprache gewählt werden konnte. Die Wiederaufnahme der Entsendung französischer Schulassistenten wurde anvisiert und sollte tatsächlich bald erfolgen. Für Latein und Griechisch waren noch keine Änderungen vorgesehen.

Was an diesen Bestimmungen auffällt, aber kaum überrascht, ist das erkennbare Ziel, der französischen Kultur im Fremdsprachenunterricht Priorität einzuräumen, nachdem die nationalsozialistische Schulpolitik sie 1937/38 gegenüber dem Englischen in eine untergeordnete Position versetzt hatte[100]. Es sei jedoch daran erinnert, daß Schmittlein im Frühjahr 1944 in der Algier-Kommission dafür plädiert hatte, auch in der als Orientierungsstufe konzipierten Sexta der französischen Gymnasien obligatorisch eine lebende Fremdsprache (Deutsch, Englisch oder Russisch) einzuführen. Die Gunst der Stunde brachte in Südwestdeutschland zwar die alternativlose Verordnung des Französischen an erster Stelle mit sich. Als rein nationalistisches Manöver kann dies unter den geschilderten Voraussetzungen indessen nicht interpretiert werden. Erstaunlich erscheint zunächst der Tatbestand, daß bezüglich des Latein- und Griechischunterrichts keine Reform vorgesehen war, obwohl sich Schmittlein in Algier vehement für ein Zurückdrängen der alten Sprachen zugunsten der modernen,

[99] Ebenda.

[100] Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung verfügte am 20.3.1937 die Neuordnung des höheren Schulwesens im nationalsozialistischen Geiste und erließ am 29.1.1938 entsprechende Ausführungsbestimmungen zur Unterrichtsgestaltung; vgl. Erziehung und Unterricht, S. 23f. Auf die Rivalität zwischen französischer und englischer Sprache als mögliches Motiv für die Schulpolitik der DEP verweisen einige Diskussionsteilnehmer in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 163ff.

sogar für die völlige Verbannung des Griechischen aus dem Schulunterricht an die Universitäten eingesetzt hatte. Hinweise auf Proteste deutscher Traditionalisten gegen jegliche Beschneidung der „klassischen Bildung" gibt es für diesen frühen Zeitpunkt nicht; Vorgaben aus Paris oder Baden-Baden sind ebensowenig erkennbar. Da ausgeschlossen werden kann, daß sich innerhalb der DEP die Konzeption eines Mitarbeiters gegen die Schmittleins durchgesetzt hatte, bleibt die Erklärung, daß man radikale Einschnitte, die einer gründlichen Ausarbeitung bedurften, zunächst vermied bzw. aufschob, um den Lehrbetrieb wieder aufnehmen zu können; ferner die Vermutung, daß Schmittlein seine Aufgabe keineswegs mit Dogmatismus und missionarischem Eifer konzipierte, sondern gewillt war, vorgefundene Traditionen und Sensibilitäten zu berücksichtigen und pragmatisch vorzugehen. Schließlich mußte der Chef der *Education Publique* wohl dem Umstand Rechnung tragen, daß er mit seiner Position in Algier selbst ein Minderheitenvotum vertreten hatte. Daß schon im Sommer 1945 eine regelrechte „Zerschlagung der Humanistischen Gymnasien"[101] im deutschen Südwesten geplant war, erscheint also ausgeschlossen, wenngleich spätere Äußerungen Schmittleins – in der Defensive gegen vehemente Proteste von deutscher Seite, vor allem der katholischen Kirche, die hierbei zum Teil die Rückendeckung des Pariser Außenministeriums fand – diesen Eindruck erwecken konnten. Schließlich war die Mitwirkung der deutschen Kultusbehörden bei der Ausarbeitung endgültiger Richtlinien, die ab dem Schuljahr 1946/47 zur Anwendung kommen sollten, von der DEP ausdrücklich vorgesehen[102].

Schwierigkeiten beim Vollzug der Richtlinien Laffons ergaben sich schon unmittelbar nach ihrem Erlaß. Kaum hatten die südwestdeutschen Schulen im Herbst 1945 den Unterricht wieder aufgenommen, wurden die französischen Verwaltungschefs auf Länderebene vom *Administrateur Général* ermahnt, die einheitliche Befolgung seiner Instruktionen durchzusetzen, da es nur *eine* Schulpolitik in der Zone geben könne. „Die kulturellen Probleme erfordern umfassende und sorgfältig erarbeitete Lösungen, deren Verantwortung bei der *Direction de l'Education Publique* liegt." Lokale Experimente von Personen, die hierzu nicht beauftragt seien, könnten für die tägliche Verwaltung wohl manchmal hilfreich sein, liefen aber Gefahr, die Gesamtpolitik zu bremsen, wenn nicht gar zu verhindern, und von deutscher Seite ausgenutzt zu werden[103]. Hinter dieser von Laffon unterzeichneten Belehrung verbarg sich der Zuständigkeitsanspruch Schmittleins, dessen notorische Konflikte mit einigen Landesgouverneuren schon begannen. Präzisierungen aus Baden-Baden zu Einzelbestimmungen der Direktiven sollten eigenmächtigen Auslegungen durch die lokalen Besatzungsautoritäten ein Ende bereiten[104].

---

[101] Winkeler, Schulpolitik, S. 28.

[102] Laffon an die Délégués Supérieurs am 2.9.1945.

[103] AOFA, AC 65,2, Laffon an die Délégués Supérieurs am 8.10.1945, No. 439/DGAA/EDU.

[104] Ebenda: Religionsunterricht galt als Pflichtfach, ohne daß die Lehrer selbst ihn abzuhalten und die Schüler daran teilzunehmen hatten. Antragsberechtigt waren im Falle von Privatschulen die Anstaltsleitung, bei Konfessionsschulen die Eltern. Schulbücher durften nur mit Zustimmung der DEP benützt werden. Alle entlassenen Lehrer konnten sofort vorläufig wieder eingestellt werden. Untersuchungsergebnisse über einen Anwärter mußten nicht abgewartet werden; es genügte, wenn keine aktuelle Klage gegen ihn vorlag. Anweisungen, Lehr-

Für die Universitäten sahen die Instruktionen vom 24. August 1945 sowie ein intern mitgeteilter Beschluß Laffons zunächst nur die Öffnung der theologischen Fakultäten vor, da diese als am wenigsten nazifiziert galten[105]. Auch angehende Mediziner sollten in absehbarer Zeit ihr Studium wieder aufnehmen können, während für alle anderen Fakultäten eine Entscheidung erst nach einigen Monaten erwartet wurde. Da die Universitätsleitungen jedoch auf die schnellstmögliche umfassende Wiederbelebung drangen, erhielten die französischen Landesgouverneure bereits Anfang September Anweisungen zur Wiederaufnahme des gesamten akademischen Unterrichts. Hierauf wird später ausführlich einzugehen sein.

Der zweite Abschnitt der Richtlinien Laffons war den Aufgaben des *Beaux-Arts*-Personals gewidmet und begann mit einem Tadel an dessen Adresse. Bei seinem Hauptanliegen, dem Schutz historischer Denkmäler und Kunstschätze, sei es bisher nicht energisch genug vorgegangen. Unter den gegenwärtigen Umständen könnten solche Versäumnisse nicht länger entschuldigt werden. Allen Offizieren sei strikt untersagt, wertvolle Bücher und Bilder zu Dekorationszwecken „auszuleihen". Jedes Kulturgut sei Teil des „internationalen Kunstvermögens". Die französische Besatzungsmacht wolle jeden Eindruck vermeiden, den deutschen Okkupatoren in Frankreich, dem Einsatzstab Rosenbergs und dem skrupellosen „Kunstsammler" Göring nachzueifern[106]. Einen weiteren Tätigkeitsbereich der *Beaux-Arts*-Abteilung bildete das Bibliothekswesen. Die Bestände wissenschaftlicher und anderer Fachbüchereien sollten den Anweisungen gemäß „behutsam gesäubert", zweifelhafte Schriften nicht entfernt, sondern sekretiert werden, um sie nach Überprüfung durch eine französische Kommission entweder auf besonderen Antrag auszuleihen oder in den allgemeinen Bestand zurückzuführen[107]. Für die Säuberung der Volks- und Privatbibliotheken, Buchhandlungen, Lesestuben und ähnlicher Einrichtungen erließ Laffon im Anhang zu den Instruktionen gesonderte Bestimmungen, die die Kriterien zur Entfernung nationalsozialistischen und militaristischen Schrifttums aufführten[108]. Er betonte, daß inkriminierte Druckerzeugnisse keinesfalls vernichtet werden dürften, sondern von der Militärregierung zu sammeln und aufzubewahren seien, bevor sie nach Frankreich transportiert würden, um eine Dokumentation über den Nationalsozialismus zusammenzustellen. Als Anfang Oktober der *Administrateur Général* die Landesgouverneure anwies, die Wiedereröffnung der öffentlichen Büchereien in der französischen

---

Fortsetzung Fußnote von Seite 75

pläne und allgemeine Fragen organisatorischer Art fielen allein in den Zuständigkeitsbereich der DEP.

[105] „Directives générales [...]" vom 24.8.1945; Laffons „Décision" zur Wiedereröffnung der theologischen Fakultäten vom 24.8.1945; in: AOFA, Laffon, C. 4, 12; die entsprechende Verfügung Nr. 2, datiert auf 22.8., in: JO-CCFA vom 3.9.1945. Das Argument einer geringeren Nazifizierung der theologischen Fakultäten, das in den ersten Berichten der Universitätskuratoren und der Hochschulabteilung innerhalb der DEP angeführt wurde, auch bei Tonnelat, L'organisation, S. 163.

[106] „Directives générales [...]" vom 24.8.1945; zum deutschen Kunstraub in Frankreich Bargatzky, Hotel Majestic; Brenner, Kunstpolitik, S. 142ff.; Kurz, Kunstraub, S. 119ff.

[107] Diese Bestimmungen wurden in provisorischen Instruktionen der DEP-Hochschulabteilung zur Wiedereröffnung der Universitäten vom 4.9.1945 aufgenommen, modifiziert und erweitert; in: AOFA, AC 105,A, No. 729/DGAA/EDU. Die Säuberung und Überwachung der wissenschaftlichen Buchbestände wurde demnach ausschließlich in deutsche Hände gelegt.

[108] In: AOFA, Laffon, C. 4, 12.

Zone vorzubereiten, erklärte er, daß es über diese Direktiven hinaus keine detaillierte Liste verbotener NS-Literatur geben werde, um nicht die „psychologischen und politischen Fehler" der „Liste Otto" zu wiederholen, des von den Deutschen 1940 in Frankreich eingeführten Index[109]. Die *Beaux-Arts*-Offiziere sollten diskret die Einhaltung der französischen Richtlinien in den wieder zugänglichen Bibliotheken überprüfen[110]. Neben dieser Überwachungsfunktion bestimmten Laffons Anweisungen als konstruktive Aufgabe die Wiederbelebung des deutschen Kulturbetriebs in allen Sparten. Hierzu war eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Theater, Museen, Kunsthallen und Bibliotheken sowie ihres Personals vonnöten. Von einem aktiven französischen Beitrag zum deutschen Kulturleben war indes noch keine Rede.

Der dritte Abschnitt der Instruktionen befaßte sich mit der nach Ansicht der Autoren „heikelsten Frage", der Kontrolle des Jugend- und Sportbereichs. Hier sei größte Behutsamkeit angebracht, solange nicht Spezialisten ihre Empfehlungen ausgearbeitet hätten. Bis dahin dürfe es keine Zulassung von Jugend- oder Sportgruppen auf regionaler Ebene geben; lediglich lokale Veranstaltungen, Fußballspiele und individuelles Sporttraining seien zuzulassen. Empfohlen wurde die Hinlenkung der deutschen Jugend zur internationalen Pfadfinderbewegung. Dabei solle man sich nicht von solchen Gruppen täuschen lassen, die – wie die Angehörigen der „Jugendbewegung" oder des „Wandervogel" – zwar die Scouts imitiert, sich ihren Gesetzen und internationalen Organisationen jedoch entzogen hätten. Für konfessionelle Jugendverbände, wie die Gesellenvereine, die der französischen *Jeunesse Ouvrière Catholique* vergleichbar seien, könnten Versuche im lokalen Rahmen genehmigt werden, wobei die Kirchen an ihre Verantwortlichkeit erinnert werden müßten. Die äußerste Zurückhaltung, die in diesen Passagen zum Ausdruck kommt, wird verständlich, wenn man den Entwicklungsstand berücksichtigt, den die administrativen und politischen Planungen für den französischen Jugend- und Volksbildungsbereich erreicht hatten. Auch dies soll später ausführlich dargestellt werden. Es war jedenfalls angebracht, daß man in Baden-Baden Vorgaben aus Paris abzuwarten gedachte.

„Im allgemeinen", schlossen Laffons erste Anweisungen für die regionalen Erziehungskontrolleure, „werden Sie sich bemühen, in den Augen der deutschen Öffentlichkeit, die Sie beobachtet, als Wahrer der Kultur zu erscheinen, um ihre Wertschätzung und ihre Hochachtung zu erlangen. Auf diese Weise werden Sie wirkungsvoll an unserem schwierigen Umerziehungsauftrag mitwirken, den es nicht auf den engen Bereich der Säuberung zu beschränken gilt."[111]

---

[109] Vgl. Heller, In einem besetzten Land; kritisch hierzu Loiseaux, La littérature, S. 470ff.

[110] AOFA, Laffon, C. 4, 12, provisorische Anweisung Laffons zur Wiedereröffnung der öffentlichen Bibliotheken vom 2.10.1945, No. 387/DGAA/EDU. Als Termin der Wiedereröffnung war der 15.10.1945 vorgesehen; ein Überwachungsmodus wurde festgelegt.

[111] „Directives générales [...]" vom 24.8.1945.

2. Besatzungspolitik, Umerziehung und Schulreform

Die Demokratisierungsversuche im Unterrichtswesen erstreckten sich im wesentlichen auf drei Komplexe[112]: das Lehrpersonal, die Schulbücher sowie Struktur und Inhalt des Unterrichtsprogramms. In der Anfangsphase, vom Frühsommer 1945 bis Frühjahr 1946, hatte die Säuberung des Lehrpersonals von NS-Elementen und eine erste Umorientierung der verbliebenen oder vorläufig wieder zugelassenen Lehrkräfte in französisch konzipierten und kontrollierten, von Deutschen durchgeführten Schulungskursen Vorrang[113]. Seit Sommer 1946 rückte mit der Reorganisation der Volksschullehrerbildung in nichtuniversitärer, überkonfessioneller, internatsmäßiger Form nach dem Vorbild der französischen *Ecoles normales* – pro forma unter Berücksichtigung deutscher Traditionen[114] und Vorstellungen[115] – die Rekrutierung geeigneter und zuverlässiger Nachwuchskräfte in den Vordergrund des Bemühens[116]. Unterrichtet von sorgfältig ausgesuchtem, von der DEP ernanntem Lehrpersonal und angeleitet von französischen Lektoren, sollten die angehenden Volksschullehrer zunächst in einem vier Jahre umfassenden Zyklus auf Abiturniveau geführt werden, um dann in eine zweijährige Aufbauphase einzutreten. Für Lehrer an Bekenntnisschulen waren unter Berufung auf das Reichskonkordat eigene Ausbildungseinrichtungen vorgesehen[117]. An die übrigen weiterführenden Schulen wurden seit Januar 1946 wie bereits vor dem Kriege französische *Assistants* entsandt.

Die vorhandenen, nationalsozialistisch oder militaristisch inspirierten Schulbücher mußten aus dem Unterricht verbannt und ersetzt werden. Auf die Produktion von insgesamt 11,5 Millionen Exemplaren bis Ende 1948, davon etwa 8,5 Millionen aus dem für diese Zwecke requirierten Lehrmittelverlag Franz Burdas in Offenburg[118], war die

---

[112] Die französischen Maßnahmen sind ebenso wie deutsche Gegenargumente und Widerstände aus früheren Untersuchungen bekannt; vgl. die in der Einleitung, Anm. 51, genannte Literatur.

[113] Organisation, Themenwahl und Ablauf solcher Kurse sind dokumentiert in: AOFA, AC 124,2; 130,3; 131,2. Zur politischen Säuberung des Lehrpersonals vgl. Grohnert, Entnazifizierung, S. 129ff.

[114] In Deutschland bestanden bis 1933 verschiedene Formen außeruniversitärer Volksschullehrerbildung; einige Landesregierungen bemühten sich um eine akademische Aufwertung. Die Nationalsozialisten gründeten zunächst Hochschulen für Lehrerbildung, die sie 1941/42 in Lehrerbildungsanstalten umwandelten, nachdem 1939 Aufbaulehrgänge zur Vorbereitung auf das Hochschulstudium eingeführt worden waren; vgl. Gamm, Führung, S. 203ff.

[115] AOFA, AC 122,4, „Projet relatif à la formation professionelle des maîtres de l'enseignement primaire", das die DEP am 12.6.1946 Laffon übermittelte. Die Tübinger Landesdirektion für Kultus, Erziehung und Kunst unter Carlo Schmid hielt sich zugute, das Modell für die Neugestaltung geliefert zu haben; StAS, Wü 80, Acc. 10/1974ff, 368, Aktenvermerk der Abteilung U I vom 8.7.1946. Die Tübinger Section de l'Education Publique hingegen spielte im Rückblick die Rolle der einheimischen Schulfachleute herunter; AOFA, AC 149,2, Tätigkeitsbericht der Section für 1945–1949.

[116] Vgl. Laffons Verfügung Nr. 71 vom 8.7.1946, in: JO-CCFA vom 23.7.1946.

[117] AOFA, Laffon, C. 19, „Instructions générales relatives à la création d'établissements destinés à la formation des maîtres de l'enseignement primaire dans la z.f.o." vom 23.7.1946, No. 3204/DGAA/EDU; LAS, H 12/772, Bericht des Neustädter Oberregierungspräsidenten vom 14.9.1946 über zwei Unterredungen mit Schmittlein wegen der Einführung konfessioneller Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten am 31.8. und 13.9.1946.

[118] AOFA, AC P. 6, 7/A 10.1, Vierteljahresbericht der DEP „Situation au 1er octobre 1948";

ihre Federführung hartnäckig verteidigende DEP besonders stolz. Als Leitgedanken verkündete Schmittlein, „die demokratische deutsche Tradition zu erneuern, indem man jene Schriftsteller bevorzugt, die sich für Freiheit, Toleranz, Weltbürgertum und den Primat des Geistigen eingesetzt haben, um so den engen nationalistischen Kreis zu durchbrechen, der Deutschland seit der Romantik umgab, und ihm [Deutschland] bewußt zu machen, daß es auch nur ein Glied der menschlichen Gemeinschaft darstellt"[119]. In den Lesebüchern für die weiterführenden Schulen wollte man den jungen Deutschen neben klassischen Werken von Goethe und Schiller Lessings „Nathan", aber auch Einflüsse der Französischen Revolution auf deutsche Denker, wie Kant, Fichte, Jean Paul, Heine und Herwegh, nahebringen, um zu demonstrieren, „daß die deutsche Demokratie sehr tiefreichende Wurzeln hat". Erwartungsgemäß sollten Autoren eine Sonderstellung einnehmen, deren Werke Frankreich behandelten oder vom Nachbarland beeinflußt waren, wie Hoffmann von Fallersleben, Eichendorff und Chamisso[120]. Große Aufmerksamkeit widmete Schmittleins Equipe den Geschichtsbüchern, die neu verfaßt werden mußten, bevor an eine Wiederaufnahme des Unterrichts zu denken war. Gehässige Slogans im Stile der „Erbfeindschafts"-These sollten ebenso wie nationalistische Heroisierungen eliminiert, deutsche Entwicklungen in die Weltgeschichte eingebunden werden. Außerdem galt es, die Geistes-, Kultur- und Kunstgeschichte gegenüber der Politik- und Diplomatiegeschichte aufzuwerten. Als Autoren zog die *Education Publique* auch deutsche Pädagogen heran, die nach 1933 emigriert waren[121]. Es konnte wohl nicht ausbleiben, daß dieses Vorgehen auf deutscher Seite harte Kritik an einigen in DEP-Regie verfaßten Lese- und Geschichtsbüchern provozierte. Lokale Elternverbände und Diözesanvertreter, Abgeordnete des südwürttembergischen Landtags, sogar Zeitungen in allen Teilen Deutschlands attakkierten die mit Billigung aus Baden-Baden in Umlauf gebrachten Werke und brachten Schmittlein damit in Rechtfertigungsnöte[122]. Als die im Juni 1947 aufgebrochene Kontroverse nach über einem Jahr kein Ende zu nehmen schien, befand man schließlich im Zivilkabinett des Generals Koenig, daß sich der Erziehungsdirektor zu starrsinnig gegen die vielstimmige Kritik versteife, anstatt ein von ihm persönlich zusam-

---

Fortsetzung Fußnote von Seite 78

AOFA, CCFA, Cons. Adm., C. 477, P. 7, E-8/2, Tätigkeitsbericht der DEP für Oktober-Dezember 1948.

[119] AOFA, AC 67,1, Schmittleins „Rapport sur l'activité de la D.E.P." vom 4.7.1947, No. 7723/DGAA/EDU; ähnlich auch im gleichlautenden Bericht vom 12.7.1947, No. 7848/DGAA/EDU.

[120] Ebenda. Am 28.5.1946 hatte Schmittlein den regionalen DEP-Vertretern das obligatorische Lehrprogramm der vier oberen Gymnasialklassen in den Fächern Deutsch, (alte) Geschichte und Latein für das Sommerquartal 1946 übermittelt; in: AOFA, AC 130,1, No. 2608/DGAA/EDU.

[121] „Rapport sur l'activité de la D.E.P." vom 12.7.1947; AOFA, AC 130,1, Schmittleins Vermerk für Sabatier vom 20.9.1946, No. 4002/DGAA/EDU; Marquant, La politique culturelle, S. 121.

[122] Niederschlag dieser Vorgänge in: AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 5; durchweg ablehnende Stellungnahmen von Schulräten in Rheinhessen-Pfalz, in: LAS, H 12/262; vgl. auch Ruge-Schatz, Umerziehung, S. 119ff.; Vaillant, Bildungspolitik, S. 149ff.; Verhandlungen des Landtags für Württemberg-Hohenzollern, Protokoll der 38. Sitzung am 13.8.1948, Redebeiträge der Abg. Binder (CDU), Roser (SPD) und Leutze (DVP).

mengestelltes Lesebuch aus dem Verkehr zu ziehen und durch eine veränderte Neuauflage zu ersetzen[123].

Darüber hinaus nahm Schmittleins Behörde Strukturreformen im höheren Unterrichtswesen in Angriff, an deren Beispiel sich Hintergründe der französischen Bildungspolitik aufzeigen lassen, die auf der bisher zugänglichen Quellenbasis weitgehend unbekannt geblieben sind.

Potentielle Mitgestalter in Paris und Baden-Baden

Die Pariser Denkschrift vom November 1945

Das zunächst für die Koordination der Deutschlandplanung zuständige interministerielle Komitee in Paris (CIAAA) blieb in bildungspolitischen Fragen monatelang stumm. Es meldete sich schließlich zu Wort, nachdem die ersten Maßnahmen und Grundsatzentscheidungen der DEP bereits getroffen waren und die Schulen in Südwestdeutschland ihren Lehrbetrieb wieder aufgenommen hatten. Am 3. November 1945 legte das Generalsekretariat dem Komitee eine umfangreiche, in Abstimmung mit dem Erziehungsministerium formulierte Denkschrift zur *rééducation* vor[124], die vermutlich auf Vorarbeiten einer Anfang 1945 ins Leben gerufenen, von Vermeil geleiteten Studienkommission basierte[125]. Schmittlein und sein wichtigster Mitarbeiter der ersten Stunde, Eugène Hepp, dürften während der Vorbereitungen auf ihren Dienstantritt in Baden-Baden mit dem Expertengremium des angesehenen Sorbonne-Germanisten in Verbindung gestanden haben. Hepp, Oberschulrat und stellvertretender Direktor der Primarschulabteilung im Pariser Erziehungsministerium, war verantwortlicher Leiter der ersten Lehrgänge für das französische Verwaltungspersonal in den besetzten Gebieten (AMFA), deren Programm auch Vorträge Vermeils enthielt. Zunächst selbst als *Directeur de l'Education Publique* vorgesehen[126], begleitete er Schmittlein im August 1945 nach Baden-Baden, um als *Inspecteur Général* das südwestdeutsche Schulwesen zu beaufsichtigen. Im Frühjahr 1946 wurde ihm als Schmittleins Stellvertreter die Leitung der Erziehungssektion in der französischen Kontrollratsgruppe in Berlin übertragen[127].

Die Denkschrift des interministeriellen Komitees vom 3. November stellte fest, daß die Umerziehung zu den umfassendsten Problemen gehöre, die sich den französischen Besatzungsbehörden stellten. Es handle sich um ein langfristig zu konzipierendes Werk, das die Definition von Grundsätzen unabdingbar mache. Damit wurde der Planungsrückstand der französischen Deutschlandpolitik im Erziehungsbereich indi-

[123] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 5, handschriftliche Glosse auf einem Vermerk der Direction du cabinet für Koenigs stellvertretenden Kabinettschef vom 3.9.1948; „Fiche pour le général" derselben Abteilung vom 14.9.1948.

[124] MAE, Z/Allemagne/99, fol. 70ff., „Note sur les problèmes de rééducation dans la zone d'occupation française en Allemagne"; vgl. Hudemann, Kulturpolitik, S. 22f.; Cuer, L'action culturelle, S. 13. Das interministerielle Komitee billigte die vom Generalsekretariat vorgelegte Aufzeichnung am 7.11.1945; in: AN, F[60] 3034/2.

[125] Diese Vermutung legt eine Aktennotiz des Secrétariat des Conférences im Außenministerium für die Europaabteilung vom 21.11.1945 nahe; in: MAE, Z/Allemagne/99, fol. 103.

[126] So Victor Hells Aussage in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 72.

[127] AOFA, AC 65,2, Schmittleins Bericht, „Installation de la D.E.P." (Januar 1946). Hepp legte am 28.5.1946 seine Programmplanung als neuernannter Chef der Berliner Section de l'Education Publique vor; in: AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 145, XC 3/1[2].

rekt eingeräumt. Auch ging man in Paris implizit von einer lange dauernden Präsenz der Besatzungsmächte aus. Als Hauptziele der Umerziehung galten die Wiederbelebung des persönlichen Verantwortungsbewußtseins, „was die Wiederherstellung einer demokratischen Regierungsform in Deutschland beinhaltet", sowie die Vorbereitung einer Rückkehr Deutschlands in die Völkergemeinschaft, „indem man die neue Pädagogik auf die freiwillige Zustimmung (adhésion) der Deutschen zu einem internationalen Verhaltenskodex (morale) ausrichtet". Es handle sich insgesamt darum, „aus unseren Traditionen und unserer Kultur die Elemente eines neuen Humanismus abzuleiten, die Deutschland beherzigen müßte". Damit wurde der Vorbild- und Modellcharakter des französischen Geisteslebens für die Orientierung der Deutschen unverblümt ausgesprochen. Nie seien die Bedingungen für eine solche Aufgabe günstiger gewesen als zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Schließlich könne man hoffen, daß unter den gegebenen Umständen das deutsche Volk eigene Anstrengungen in der gewünschten Richtung unternehme, ohne die jegliches Umerziehungsprogramm zum Scheitern verurteilt sei. Auch wenn in der Denkschrift Formulierungen der französischen Stellungnahme zum Potsdamer Protokoll vom 7. August 1945 aufgegriffen wurden[128], belegen diese Passagen doch in erster Linie, daß Vermeil als Spiritus rector der Pariser Deutschlandplanung im Bildungsbereich anzusehen ist[129]. Zu den Leitprinzipien der als notwendig erachteten Unterrichtsreform zählte eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen Schülern und Lehrern auf der Basis freier Diskussion und freiwilligen Gehorsams. Im internationalen Geiste, auf universell orientiertem Wissen aufbauend, müsse die Lehrerausbildung organisiert werden. Zunächst sollten die vorhandenen Lehrkräfte in Spezialkursen mit den Grundsätzen moderner Pädagogik vertraut gemacht werden. Auch im Zusammenhang mit der Einführung neuer Schulbücher wurde schließlich betont: „Die Hauptsorge ist und muß überall die Weckung des Internationalismus (sens international) in Deutschland sein."

Diese regierungsinterne Denkschrift enthielt – soweit erkennbar – zum ersten und letzten Mal in kohärenter Weise formulierte und von Pariser Dienststellen für verbindlich erklärte Ausführungen zur Umerziehungsproblematik[130]. Im Grunde stellte sie kaum mehr als die Festschreibung der wichtigsten von Baden-Baden bereits in Angriff genommenen Prinzipien dar; in der Reichweite fiel sie hinter die von der DEP erlassenen Richtlinien zurück. Auffallend ist der – wenn auch nur als vorläufig deklarierte – Verzicht auf organisationsstrukturelle Eingriffe in das deutsche Schulwesen und die weitgehende Beschränkung auf die Förderung eines bestimmten „Geistes". Von einem visionären bildungsreformerischen Programm möchte man mit Blick auf dieses Dokument jedenfalls nicht sprechen[131]. Da die DEP aber daranging, weiter rei-

[128] Vgl. Hudemann, Kulturpolitik, S. 23.

[129] Vgl. Vermeil, Le problème allemand, S. 75ff.

[130] Stellenwert und konkrete Folgewirkungen einer Denkschrift des Dominikanerpaters und Hellenistikprofessors Festugière, ebenfalls vom November 1945, scheinen demgegenüber von nachgeordneter Bedeutung; in: MAE, Z/Allemagne/99, fol. 104ff. Um so erstaunlicher ist, daß alleine Festugières Memorandum in Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 63 und 244ff., erwähnt und dokumentiert wird, nicht jedoch die „Note" des interministeriellen Komitees.

[131] Insofern ist Hudemanns Bewertung, „daß nicht nur in der Praxis der Besatzungspolitik auf der Ebene Schmittleins, sondern auch auf der Pariser Ebene bereits in den Monaten Juli bis

chende Veränderungen der deutschen Schulorganisation in Angriff zu nehmen, erhebt sich die Frage, wie ihre Entscheidungen zustande kamen, welche Einflüsse und Steuerungsprozesse in der Bildungspolitik wirksam wurden und welche Personen oder Institutionen an der Programmformulierung beteiligt waren.

Beteiligte Persönlichkeiten und Instanzen

Daß sich General Koenig bei der Schlußredaktion wegweisender Direktiven persönlich einschaltete, ist am Beispiel der bildungspolitischen Richtlinien vom August 1945 deutlich geworden. Gelegenheiten für Schmittlein, sich mit dem Oberbefehlshaber abzustimmen, ergaben sich immer wieder. Anfang September, als sich die Maschinerie der Militärregierung in Gang zu setzen begann, berief Koenig einen *Conseil Supérieur* ein[132]. Vier Monate später nahm Schmittlein an einer Sitzung der Landesgouverneure und Generaldirektoren in Baden-Baden teil, um über Probleme aus seinem Kompetenzbereich zu berichten, die sich aus Konflikten mit den *Délégués Supérieurs* ergeben hatten. Es gelang Schmittlein bei dieser Gelegenheit nicht, eine Entscheidung zu seinen Gunsten herbeizuführen. Die Regelung der im wesentlichen administrativen Fragen überließ der General seinem zivilen Stellvertreter Laffon[133]. Auch persönliche Unterredungen zwischen Schmittlein und Koenig fanden mehrmals statt, sei es, daß der Oberbefehlshaber Vertreter der DEP zu einer Besprechung bat[134], sei es, daß Schmittlein um eine Audienz unter vier Augen nachsuchte, um Gravamina vorzutragen und grundsätzliche Weichenstellungen in der Bildungspolitik herbeizuführen[135]. Aus den vorliegenden Quellen gewinnt man den Eindruck, daß Schmittlein aufgrund seines guten, einvernehmlichen Verhältnisses zum Oberbefehlshaber[136] eine sehr einflußreiche Stellung im Militärregierungsapparat einnahm, die ihn aus den meisten Kompetenzkonflikten als Sieger hervorgehen ließ. Während Besprechungen mit Koenig und Laffon[137] nur sporadisch stattfanden, wurde Schmittlein von Maurice Sabatier, seinem unmittelbaren Vorgesetzten bis Frühjahr 1948, in Koordinationskonferenzen mit den Verwaltungschefs der unterschiedlichen Behördenebenen regelmäßig einbezogen. Traf der *Directeur Général des Affaires Administratives* mit Kollegen der Militärregierungszentrale, mit Landesgouverneuren oder Kreisdelegierten zusammen, so

---

Fortsetzung Fußnote von Seite 81

November 1945 [...] eine dezidiert reformatorische Komponente entwickelt" worden sei, infrage zu stellen; Kulturpolitik, S. 24.

[132] AOFA, AC 66,2, Schmittleins Aufzeichnung, „Questions intéressant l'Education Publique à soumettre au Conseil Supérieur" vom 7.9.1945, No. 220/DGAA/EDU.

[133] Ebenda, Sitzungsprotokoll vom 7.1.1946.

[134] AOFA, AC 68, Schmittlein an Laffon am 4.1.1947, No. 5363/DGAA/EDU.

[135] AOFA, AC 65,2, Schmittleins Aufzeichnung „Audience du Général Commandant en Chef, 21 juillet 1948".

[136] Der Werdegang beider Männer weist sowohl Parallelen als auch Schnittstellen auf. Für die Zeit bis 1945 sind diese im jeweiligen Kontext bereits angedeutet worden. Auch nach dem Ende der Besatzungszeit befanden sich Schmittlein und Koenig über Jahre hinweg in unmittelbarer politischer wie physischer Nähe zueinander.

[137] Daß Laffon in kulturpolitischen Fragen keine große Rolle spielte und in den meisten Fällen Schmittleins Vorlagen unverändert abgezeichnet haben dürfte, betonte Robert Marquant in einem Gespräch mit dem Verf. am 7.4.1989. Von Konflikten, die 1947 zwischen Schmittlein und Laffon aufbrachen, wird im Zusammenhang der Hochschulpolitik die Rede sein.

forderte er Schmittlein vorher auf, die DEP betreffende Fragen oder Anweisungen einzureichen[138].

Koordination war indessen nicht nur innerhalb der Besatzungszone selbst, sondern auch zwischen den französischen Behörden in Südwestdeutschland und Berlin notwendig. Anfänglich gingen Pariser Regierungskreise davon aus, daß die Verwaltung der Besatzungszone, des französischen Sektors in Berlin und die französische Kontrollratsgruppe nach dem Muster des Oberkommandos eine Einheit bilden werden und für jeden Sachbereich ein verantwortlicher Leiter mit Stellvertretern in Südwestdeutschland und der ehemaligen Reichshauptstadt zu bestellen sei. Gegen diese Vorstellung erhob General Koeltz, der Leiter der französischen Kontrollratsgruppe, Einspruch. Koenig ließ daraufhin die Pariser Ministerien über den Generalsekretär für Deutschlandfragen wissen, daß Berlin und die Zone separate Verwaltungseinheiten darstellten, die allerdings miteinander in Verbindung stehen müßten[139]. Regelmäßige Zusammenkünfte zwischen Vertretern beider Administrationen wurden im Spätsommer 1946 vereinbart[140]. Bei diesen Anlässen erhielt Schmittlein ebenfalls die Aufforderung, durch schriftliche Eingaben seinen Beitrag zur Tagesordnung zu leisten[141]. Abstimmungskonferenzen zwischen Baden-Baden und Berlin fanden auch im Rahmen der DEP statt. Über ihren Verlauf fertigten Schmittlein und sein Vertreter im Kontrollrat Hepp gemeinsam unterzeichnete Protokolle an[142].

Dienstliche Unterredungen des Chefs der *Education Publique* mit dem Pariser Generalkommissariat (CGAAA) waren aufgrund des sehr gespannten Verhältnisses selten. Im April 1946, wohl als Folge der Inspektionsreise einer Pariser Parlamentarierkommission durch die Zone[143], erhielt Schmittlein den Besuch des zuständigen Abteilungsleiters René Cannac, der sowohl den Mangel an Richtlinien für die Schulkontrolleure in den Landkreisen als auch die im Februar 1946 angekündigte Wiederzulassung von Konfessionsschulen kritisierte[144]. Damit begann eine tiefe gegenseitige Abneigung zwischen den beiden Männern, die sich mehrfach in heftigen Kontroversen entlud. Daß Schmittlein mit dem Generalkommissar bzw. Staatssekretär für Deutschlandfragen selbst zusammentraf, wurde nur in einem Fall aktenkundig[145]. Insgesamt

---

[138] AOFA, AC 66,2, diverse Korrespondenz. Marquants Aussage zufolge verstanden sich Schmittlein und Sabatier sehr gut.

[139] AOFA, CCFA, CAC, P. 30, POL III A 1, diverse Korrespondenz zwischen Koeltz, Koenig und Berthelot im August/September 1945.

[140] AOFA, AC 131,5, Sabatier an Schmittlein am 21.10.1946, No. 4408/DGAA/EDU; Hudemann, Zentralismus, S. 190.

[141] Sabatier an Schmittlein am 21.10.1946; ebenda, Tagesordnung der Besprechung Baden-Baden/Berlin vom 18./19.9.1946.

[142] Ebenda, Sitzungsprotokolle vom 12.1. und 12.3.1948.

[143] Vgl. Barthélemy Otts Bericht, in: J.O. de l'Assemblée Nationale Constituante 1946, No. 923, Annexe au procès-verbal de la séance du 8 avril 1946; abgedruckt in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 7f.

[144] AOFA, AC 65,2, Laffon an das Generalkommissariat am 25.4.1946, No. 2300/DGAA/EDU, und Entwurf dieses Schreibens von Schmittlein, der Cannacs Vorwürfe zurückwies. Zur Wieder- oder Neuzulassung von Konfessionsschulen in der französischen Zone, die Schmittlein im Februar 1946 den deutschen Behörden mitteilen ließ, vgl. Winkeler, Schulpolitik, S. 48; Witz, Simultanschule, S. 397.

[145] AOFA, AC 65,2, Aufzeichnung „Entretien avec M. Alain Poher" (handschriftlicher Zusatz: „24/1/49").

erscheint die Anzahl der Persönlichkeiten in Paris, die am Wirken der *Education Publique* Interesse zeigten, verschwindend gering. Neben Koryphäen der Germanistenzunft, wie Vermeil – dem „Lehrmeister fast aller [französischen] Germanisten in der Besatzungszone"[146] –, d'Harcourt, Tonnelat und Angelloz, waren dies die Abgeordneten René Capitant, Erziehungsminister der Jahre 1944/45, und Roger Gaborit, der 1948 und 1949 in offizieller Mission die Zone inspizierte und sich in der Pariser Nationalversammlung für die großzügige Entsendung französischer Lektoren und Schulassistenten einsetzte, ferner der Verwaltungschef der *Bibliothèque Nationale*, zwei Abteilungsleiter des Erziehungsministeriums, namentlich der für „Jugend und Sport" zuständige Jean Sarrailh[147], und schließlich die beiden Erziehungsspezialisten in der ersten parlamentarischen Untersuchungskommission, die Anfang 1946 unter Leitung Salomon Grumbachs die Besatzungszone bereiste, der Germanist Barthélemy Ott und der Pädagoge Henri Wallon.

Denselben Ausnahmecharakter wie Besprechungen Schmittleins mit Pariser Verantwortlichen hatten Generalversammlungen von Abgesandten aller französischen Dienststellen, die kulturpolitisch in Deutschland tätig waren. Anfang Juli 1947 trafen sich bei Koenigs politischem Berater Angehörige des Zivilkabinetts, der Erziehungs- und der Informationsdirektion in Baden-Baden, der für die alliierten Zonen zuständigen *Mission Culturelle* in Berlin und des Pariser Außenministeriums, um über „gesamtdeutsche" Aspekte und Koordinationsfragen im Kultursektor zu diskutieren[148]. Anlaß für diese außerordentliche Zusammenkunft war die erste Inspektionsreise des Deutschlandbeauftragten der Kulturdirektion am Quai d'Orsay (DGRC), Lalouette[149], dessen Mission wiederum in Zusammenhang mit der erneuten Zonenvisite einer parlamentarischen Untersuchungskommission stand[150]. Auf eine Richtlinienkompetenz verzichtete die Kulturdirektion von vornherein[151], so daß auch bei dieser Gelegenheit der politische Primat der Baden-Badener Behörden nicht in Frage stand.

Auffallend ist die vernachlässigbare Rolle, die das Pariser Erziehungsministerium als politisch richtungweisende Instanz spielte. Immerhin war es für die Auswahl des nach Deutschland entsandten Lehrpersonals zuständig; für inhaltliche Direktiven finden sich jedoch keinerlei Indizien[152]. Die Schmittlein im Frühsommer 1945 erteilte Generalvollmacht Capitants wurde auch von dessen Nachfolger im Ministeramt, dem Sozialisten Naegelen, aufrechterhalten. Als Rückendeckung für den „historischen Auftrag" der DEP und zur Bekräftigung der Ansicht, daß keinesfalls Deutschen selbst die Umerziehung ihrer Landsleute übertragen werden dürfe, konnte sich Schmittlein gegenüber konkurrierenden Konzeptionen auf ein Schreiben Naegelens an das Pariser

[146] AOFA, AC 71,2, Schmittleins Vermerk für Wiener vom 19.2.1949, No. 7422/CCSG/EDU.
[147] Ebenda.
[148] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 1/0, Aufzeichnung vom 16.7.1947.
[149] Ebenda, Lalouette an Saint-Hardouin am 21.6.1947. Bereits am 10.12.1946 hatte Louis Joxe, Kulturdirektor im Außenministerium, dem Generalkommissar Lalouettes Mission angekündigt; in: MAE, Z/Allemagne/100, fol. 212ff., No. 1829 RC.
[150] AOFA, CCFA, CAC, P. 12, POL I B 5.
[151] AOFA, AC 70,1, Schmittleins Vermerk für Gromand vom 2.11.1948, No. 5484/CCSG/EDU.
[152] Vgl. Marquants Aussage in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 26.

Generalkommissariat berufen[153]. Die Abstinenz hinsichtlich politischer Vorgaben für das Bildungswesen in der Besatzungszone ging einher mit einem weitgehenden Mangel an Koordination zwischen den Fachabteilungen des Pariser Erziehungsministeriums (namentlich dem seit Ende 1945 bestehenden Deutschlandbüro unter César Santelli[154]) sowie dem Generalkommissariat und der Kulturdirektion am Quai d'Orsay. Von Baden-Baden aus sah sich Schmittlein schließlich veranlaßt, den beiden Ministerien regelmäßige Konsultationen nahezulegen. Auch beklagte er die „Abschottung" der DEP von der Pariser Mutterbehörde durch die Zwischeninstanz des Generalkommissariats[155].

Hinsichtlich der Reformpolitik im Gymnasialbereich legen die ausgewerteten Quellen den Schluß nahe, daß Schmittlein selbst die treibende Kraft innerhalb der DEP war[156]. Der für das *Enseignement* verantwortliche Abteilungsleiter Maurice trat bei internen Dienstbesprechungen selten, sein für die weiterführenden Schulen eingesetzter Mitarbeiter offenbar nie mit eigenen Ideen hervor[157]. Nur Eugène Hepp entwickelte zu Beginn seiner Tätigkeit in Deutschland, als *Inspecteur Général* in Baden-Baden, mit programmatischen Darlegungen zur Neugestaltung der Volksschullehrerbildung eigenes Profil[158]. Ein Sonderproblem stellt der Anteil dar, den Schmittleins Stellvertreterin Irène Giron an Planung und Durchführung des Umerziehungsprogramms hatte. Die überlieferten Akten lassen diese Frage im dunkeln[159]. Robert Marquant, als Schmittleins Kabinettschef der „dritte Mann" an der Spitze der DEP und authentischer Augenzeuge, berichtet von einer perfekten Übereinstimmung zwischen dem Direktor und seiner engsten Mitarbeiterin seit der gemeinsamen Tätigkeit in Algier. Das besondere Interesse der „Diplomatin" in der DEP habe jedoch dem Hochschulbereich, insbesondere den französischen Neugründungen im Rheinland gegolten[160]: der Universität Mainz, der Dolmetscher-Hochschule in Germersheim und der Verwaltungs-Hochschule in Speyer.

Festzuhalten bleibt, daß Schmittlein – im Rahmen und in Abstimmung mit der Autorität des französischen Oberkommandierenden für die Besatzungspolitik – freie Hand bei der Entwicklung bildungspolitischer Grundsätze hatte, wie dies die General-

---

[153] AOFA, AC 65,2, Schmittleins Aufzeichnung für den Pariser Erziehungsminister und Entwurf eines Schreibens an den Generalkommissar für Deutschlandfragen, beide vom 25.6.1947; Naegelens Schreiben an das Generalkommissariat vom 24.10.1946, in: Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 251ff.

[154] AOFA, AC P. 6, 7/A 10.1, von Eugène Hepp am 15.12.1945 handschriftlich angefertigtes Organisationsschema.

[155] Aufzeichnung für den Erziehungsminister und Entwurf eines Schreibens an den Generalkommissar vom 25.6.1947. Im selben Sinne auch Seydoux an die Europaabteilung des Außenministeriums am 7.7.1947; in: AOFA, AC P.2/A.10.0, No. 413 RC.

[156] Dies betont auch Marquant, in: Hochschuloffiziere, S. 26.

[157] AOFA, AC 97,37, Protokolle dieser Besprechungen.

[158] AOFA, AC 124,2, „Le problème de la Rééducation du Personnel Enseignant" vom 4.9.1945; AC 130,3, „Instructions relatives à la rééducation du personnel allemand de l'Enseignement du 1er et du 2ème degré" vom 13.9.1945.

[159] Daß fast alle wichtigen, grundsätzlichen Schreiben zur französischen Bildungspolitik in Südwestdeutschland von Schmittlein („RS" am oberen Dokumentenrand), nur wenige hingegen von Irène Giron („IG") diktiert wurden, bedeutet keineswegs, daß Schmittleins Stellvertreterin nicht auch in anderen Fällen am Entstehungsprozeß beteiligt war.

[160] In: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 31 und 196f.

vollmacht des Erziehungsministers Capitant vom Frühsommer 1945 vorsah. Positive Anhaltspunkte dafür, wie vorzugehen sei, scheinen von keiner vorgesetzten Behörde formuliert worden zu sein. Daß andererseits Kritik aus Paris, seitens des Quai d'Orsay, an Entscheidungen der DEP nicht ausblieb, soll noch gezeigt werden. Zunächst gilt es, am Beispiel der Reform im höheren Schulwesen Südwestdeutschlands zu untersuchen, wie Entscheidungen zustande kamen und welche Auswirkungen sie hatten.

Reformen, Widerstände und besatzungspolitische Wandlungen zwischen Frühjahr 1946 und Sommer 1947

Erste Reforminitiativen der *Education Publique*

Anfang 1946 reifte in Baden-Baden der Entschluß, eine umfassende Reform der höheren Schulen mit dem Hauptziel zonenweiter Vereinheitlichung in die Wege zu leiten[161]. Ein Anstoß zur Umsetzung des Gedankens, gründlicher als bis dahin vorgesehen in bestehende Organisationsstrukturen des südwestdeutschen Bildungswesens einzugreifen, ging möglicherweise von einem besatzungspolitischen Kalkül aus, das den Franzosen ungeahnte Möglichkeiten zu eröffnen schien. Bekanntlich gehörte zu den deutschlandpolitischen Hauptforderungen, die Paris bis 1948 in Variationen geltend machte, eine Abtrennung des Rheinlandes vom ehemaligen Deutschen Reich und seine Umwandlung in ein von Frankreich und den westeuropäischen Verbündeten kontrolliertes Staatswesen[162]. Um die Jahreswende 1945/46, bestärkt durch Ausführungen de Gaulles in Baden-Baden Anfang Oktober[163], machte man sich in der Militärregierung und im Oberkommando Gedanken über eine Reorganisation der Besatzungsverwaltung, nicht zuletzt im Hinblick darauf, „das linke Rheinufer administrativ zusammenzufassen, politisch zu konsolidieren und möglichst weitgehend an Frankreich zu binden"[164]. Offenkundig stand in diesem Zusammenhang eine direkte Übernahme der staatlichen Autorität durch französisches Personal vorübergehend zur Diskussion[165]. Als Schmittlein um eine Stellungnahme für einen solchen Fall gebeten wurde, konstatierte er: „Die Übernahme (prise en mains) der deutschen Verwaltung in den linksrheinischen Gebieten durch die französische Macht wird vom Standpunkt der *Education Publique* aus keine bedeutenden Änderungen mit sich bringen. In der Tat hat die Politik der Abteilung immer diese Möglichkeit berücksichtigt und vorzubereiten getrachtet." Nach den bislang erzielten Resultaten zu urteilen, werde sich das

[161] AOFA, AC 67,1, „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 [...] à juin 1947". Zur Urheberschaft heißt es hierin: „La réforme dont nous avons décidé le principe au début de l'année 1946 [...]." Ob die Initiative tatsächlich von Schmittleins Behörde selbst oder doch von einer übergeordneten Stelle in Baden-Baden oder Paris ausging, ließ sich nicht ermitteln.

[162] AOFA, CCFA, CAC, P. 30, POL III A 2, Saint-Hardouins Aufzeichnung vom 9.2.1946; AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, Gromands Memorandum für das Generalkommissariat vom 18.9.1947, No. 4660. Vgl. auch Französische Dokumente über Deutschland, S. 6747 und 6751; zur abweichenden Haltung der französischen Sozialisten Loth, Sozialismus, S. 93; zum Gesamtkomplex Soutou, La politique française, S. 51 ff.

[163] Vgl. de Gaulle, Lettres, S. 96; zur Ansprache im Kurhaus Baden-Baden am 5.10.1945 auch Schulz, „Dismemberment", S. 307 f.; Knipping, Que faire, S. 142 ff.

[164] Hudemann, Zentralismus, S. 197.

[165] In diese Richtung deutet auch eine Aufzeichnung des stellvertretenden politischen Beraters für Koenig vom 10.1.1946; in: AOFA, CCFA, CAC, P. 30, POL III A 1; abgedruckt in: Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 141 ff.

rheinische Unterrichtswesen innerhalb eines Jahres hinsichtlich seiner Strukturen und der angewandten Methoden erheblich von denen im übrigen Deutschland unterscheiden. Die vollständige Übernahme der Staatsgewalt würde es den Franzosen sogar erlauben, die Ausführung der begonnenen Politik zu beschleunigen und in eine zweite Phase einzutreten. Dabei sei an folgende, miteinander verwobene Maßnahmen zu denken: Umerziehungskurse für das deutsche Lehrpersonal in Frankreich; die Betonung rheinländischer wie französischer Tradition, Geschichte und Literatur in den völlig neu zu verfassenden Schulbüchern; eine Verallgemeinerung des Französischunterrichts bis hin zur Zweisprachigkeit in bestimmten öffentlichen Bereichen; die Gründung neuer Hochschulen in enger Anlehnung an das französische Modell (die akademische Selbstverwaltung allerdings vorläufig eingeschränkt zugunsten der DEP) und schließlich eine allmähliche Angleichung des Schulwesens an das des westlichen Nachbarn. Größere Schwierigkeiten hielt Schmittlein bei der Durchführung solcher Reformen für ausgeschlossen. Widerstand sei weder vom Lehrpersonal noch von der Jugend, wohl aber von der Geistlichkeit des Rheinlands zu erwarten. Um eine klerikale Opposition auszuschalten, habe man jedoch mit den Konfessionsschulen einen „großartigen Trumpf" in Händen: Man brauche den Kirchenvertretern nur mit der Einführung der französischen Schulgesetze, also dem Grundsatz des Laizismus zu drohen, um sie gefügig zu machen. Intern betonte Schmittlein indessen, daß eine Infragestellung der Schulverfassung und des Religionsunterrichts für ihn nicht in Frage komme. Die Reaktion der Alliierten auf Frankreichs Handeln könne er nicht voraussehen; sie beunruhige ihn aber nicht. Ganz der Gefolgsmann de Gaulles, betonte Schmittlein die völlige Unabhängigkeit von den Verbündeten. Die DEP habe keinerlei Anweisung oder Unterstützung von ihnen erhalten, sondern alles aus eigener Kraft geschaffen. Die Einführung amerikanischer Lehrbücher in der französischen Zone habe sie gar zu verhindern gewußt. Damit sei den Alliierten jede Möglichkeit genommen, Druck auf die *Education Publique* auszuüben. Größere Bedeutung maß Schmittlein dem Eindruck bei, den eine direkte Übernahme des Rheinlands im Südteil der Zone hervorrufen würde. Zwar seien Widerstandsakte aus Solidarität nicht zu erwarten, doch müsse man sich fragen, „inwieweit nicht die Annäherung Badens und Württembergs an Frankreich durch eine scheinbare Annexion des Rheinlands in Mitleidenschaft gezogen würde". Angesichts der berechtigten Hoffnungen auf einen nachhaltigen französischen Einfluß in diesen Regionen wünschte er eine Lösung, die sie nicht in die Arme des untergegangenen Reiches zurücktreibe[166].

Schmittleins um die Jahreswende 1945/46 verfaßte Stellungnahme ist in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich. Im Gegensatz zu späteren Äußerungen erscheint sie frei von Erwägungen behördeninterner Taktik. Die DEP war demnach von Anfang an auf den Eventualfall einer direkten „Machtübernahme" in den besetzten Gebieten, zumindest den linksrheinischen, vorbereitet. Besonders im Universitätsbereich schien sich ihr die Chance eines völligen Neubeginns unter französischen Vorzeichen zu bieten[167]. Das von der Pariser Diplomatie hinsichtlich Deutschlands verfochtene Föderalismuskonzept, das im Falle des Rheinlands eine ausgesprochene Sonderentwicklung

[166] AOFA, AC 65,2, Schmittleins Aufzeichnung für Sabatier (undatierte Durchschrift, handschriftlicher Vermerk: „Fin 1945").

[167] Es sei daran erinnert, daß es im Nordteil der französischen Zone bis Frühjahr 1946 keine Hochschule gab.

implizierte, wurde von Schmittlein prinzipiell gutgeheißen[168]. Daß er jedoch die immanente Problematik dieses Konzepts erkannte, zeigt die strategisch motivierte Rücksichtnahme auf die südlichen Zonenteile. Schmittleins Optimismus im Hinblick auf die Durchsetzbarkeit der ins Auge gefaßten Maßnahmen hing mit seiner Einschätzung der deutschen Bevölkerung zusammen. Jugendliche und Lehrer, sagte er voraus, würden sich dem Willen der Besatzungsmacht unterwerfen oder resignieren, zum Teil sich willig beugen, sofern die Ernährungs- und Wirtschaftslage verbessert werden könnte. Und „der Rheinländer", der für Emotionen zugänglicher sei als für intellektuelle Argumente, werde sich durch anziehend gestaltete Frankreichaufenthalte leicht gewinnen lassen[169]. Diese Auffassung stimmte vollkommen mit den Ansichten überein, die bereits zwischen 1918 und 1925/30 die Haltung der in den besetzten Rheinlanden tonangebenden Franzosen bestimmt hatten[170].

Zu einer direkten Übernahme der Staatsgewalt durch die französische Besatzungsmacht ist es auch im nördlichen Zonenteil bekanntlich nicht gekommen. Von internationalen Faktoren, wie der Haltung der Alliierten, und innerfranzösischen Widerständen ganz abgesehen, zogen nicht einmal die maßgeblichen Kreise im Oberkommando, General Koenig und seine politischen Ratgeber, eine solche Lösung längere Zeit ernsthaft in Betracht. Sie strebten vielmehr schon bald eine Entlastung der eigenen Behörden von administrativen Aufgaben und den allmählichen Übergang zur „indirekten Verwaltung", den Rückzug auf die Kontrolle deutscher Amtsträger, an[171]. Eine Zusammenfassung der linksrheinischen Gebiete innerhalb des nördlichen Zonenteils – ohne das Saarland, aber unter Einschluß des rechtsrheinischen Hessen-Nassau – kam allerdings zustande, als Koenig, gegen Einwände Laffons, am 30. August 1946 die Bildung des Landes Rheinland-Pfalz verkündete[172].

Doch kehren wir zurück zu den höheren Schulen in der französischen Zone. Für sie war also das Prinzip einer umfassenden Reform beschlossen worden[173]. Obwohl hiervon im Arbeitsplan für 1946, den Schmittlein zu Beginn des Jahres vorlegte, noch keine Rede war[174], erhielten im März die deutschen Kultusbehörden seine Aufforderung, Vorschläge zur Reorganisation des Unterrichts und neue Lehrpläne zu unter-

---

[168] Vgl. Marquants Aussage, in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 27.

[169] Die entsprechende Passage in Schmittleins Aufzeichnung lautet: „Le Rhénan étant plus sensible aux éléments affectifs qu'aux arguments intellectuels, 'un beau voyage' en France avec visite de Paris le gagnera beaucoup plus sûrement à la cause française que de longs efforts abstraits."

[170] Vgl. Brunn, Französische Kulturpolitik, S. 220.

[171] AOFA, CCFA, CAC, P. 30, POL III A 2, Vermerk des Zivilkabinetts für den Kabinettsdirektor von Mitte Januar 1946 (undatierte Durchschrift); Koenig an den Pariser Generalkommissar am 6.3.1946, No. 1400bis/CC/CAC/Int; abgedruckt in: Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 164ff.

[172] Vgl. Koenigs Gründungserklärung und Verordnung Nr. 57 vom 30.8.1946, in: ebenda, S. 193ff.; zum Gesamtkomplex Heyen (Hrsg.), Rheinland-Pfalz; Hudemann, Entstehung; ders., Zentralismus; Küppers, Staatsaufbau, S. 34ff.; Soutou, La politique française. Laffons Einwände kamen zum Ausdruck in einem Schreiben an Koenig vom 15.4.1946; in: AOFA, CCFA, CAC, P. 30, POL III A 2; vgl. auch Hettier de Boislambert, Les fers, S. 471f.

[173] AOFA, AC 67,1, „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 [...] à juin 1947".

[174] Ebenda, Schmittleins „Plan de travail pour 1946" vom 10.1.1946, No. 1303/DGAA/EDU. Er verdeutlicht, wie bescheiden die Ziele der DEP zu dieser Zeit noch waren.

breiten[175]. Im August 1946 verkündete Schmittlein seine Entscheidung, den höheren Schulen durchweg die Bezeichnung „Gymnasium" sowie eine weitgehend einheitliche Form und Ausrichtung zu geben. In der Unterstufe war Französisch als einzige Fremdsprache zu unterrichten, bevor die Schüler sich in der Untertertia zwischen einem alt- und einem neusprachlichen Zweig entscheiden mußten. Eine weitere Gabelung sollte in der Untersekunda mit der Wahlmöglichkeit von Griechisch, Englisch oder Naturwissenschaften erfolgen. Die Unterschiede zwischen Jungen- und Mädchenschulen wurden abgeschafft[176]. Noch im August versammelte Schmittlein Vertreter der Kultusbehörden in Baden-Baden, um sich mit ihnen auf das Prinzip einer Reform des Abiturs zu „verständigen"[177]. Ende September lud er erneut die Schulreferenten der Länder ein, um ihnen die Grundsätze und Ziele der französischen Bildungspolitik zu erläutern. Wenn auch die deutschen Fachbeamten bei solchen Gelegenheiten offenbar keinen Widerspruch einzulegen wagten, so kam die Realisierung der französischen Vorstellungen aufgrund politischer Opposition doch nicht recht voran. Die DEP wies daher ihre Vertreter in den Ländern an, deutsche Einwände gegen Anordnungen der Militärregierung nicht zu dulden und für eine unverzügliche Durchsetzung der Reformmaßnahmen zu sorgen[178].

Besonders in Rheinland-Pfalz übten kirchliche und konservative Kreise massive Kritik an der vorgeschriebenen Überkonfessionalität der Volksschulen und der im September 1946 nach französischem Vorbild reformierten Lehrerbildungsanstalten[179], die nach Meinung Schmittleins wie des Pariser Erziehungsministeriums das Herzstück der *rééducation* darstellten[180]. Neben dem Widerstand der Bischöfe wirkte insbesondere der im September 1946 eingesetzte Ausschuß zur Erarbeitung einer rheinland-pfälzischen Landesverfassung dem Erziehungsdirektor entgegen. Ein Vorentwurf des Ausschußvorsitzenden, des christ-demokratischen Justizministers Süsterhenn, der wenig später auch das Kulturressort mitübernahm, sah vor: „Die öffentlichen Volksschulen sind Bekenntnis- oder Simultanschulen. Die Wahl der Schulart steht den Erziehungsberechtigten frei. Entsprechend dem Elternwillen sind die öffentlichen Volksschulen in der Regel Bekenntnisschulen, in denen Lehrer und Schüler dem gleichen Bekenntnis angehören und die gesamte Erziehung von den religiösen und sittlichen Grundsätzen dieses Bekenntnisses bestimmt wird." (Art. 32, Abs. 1)[181] Bei den französischen Deutschlandexperten wurde Süsterhenns Verfassungsentwurf unterschiedlich aufgenommen. Die politische Abteilung des Pariser Generalkommissariats

[175] AOFA, AC 149,2, Tätigkeitsbericht der Tübinger Section de l'Education Publique für 1945–1949.

[176] Ebenda, Schmittleins Anweisung an die Délégués Supérieurs vom 7.8.1946, No. 3395/DGAA/EDU; Gilmore, France's Policies, S. 95; Ruge-Schatz, Umerziehung, S. 83; Cuer, L'action culturelle, S. 20.

[177] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, Schmittleins Vermerk für Koenig vom 20.8.1947, No. 8282/DGAA/EDU; abgedruckt in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 286ff.

[178] Tätigkeitsbericht der Tübinger Section de l'Education Publique für 1945–1949.

[179] Vgl. Laffons Verfügung Nr. 71 vom 8.7.1946, in: JO-CCFA vom 23.7.1946; hierzu auch Ruge-Schatz, Besatzungsmacht; dies., Umerziehung, S. 84ff.

[180] Vgl. die Hervorhebung dieser Reformmaßnahme als „le problème le plus important de la rééducation du peuple allemand" durch Erziehungsminister Naegelen, in: Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 253; zum Gesamtkomplex Müller, Konfessionell.

[181] Abgedruckt in: Entstehung der Verfassung, S. 378; vgl. auch ebenda, S. 71ff; zur Person Süsterhenns Mathy, Das Porträt.

wollte zwar die Festschreibung der Konfessionsschule als Regelfall gestrichen sehen, äußerte sich insgesamt aber wohlwollend, da lokalen Traditionen ebenso Rechnung getragen sei wie den Bestimmungen des Reichskonkordats und einem Beschluß des Kontrollrats-Koordinierungsausschusses vom November 1945[182]. In Schmittleins Augen war dieser Text hingegen ein weiteres Indiz dafür, daß man deutscherseits die Schulreformpolitik der Besatzungsmacht zu konterkarieren suchte[183]. Seinem Unmut machte er gegenüber Laffon mit dem drastischen Vorschlag Luft, die Kultusministerien der Länder aufzulösen und ihre Kompetenzen zwischen deutschen und französischen Behörden aufzuteilen. Während Fragen der Religionsausübung sowie der schönen Künste anderen Landesministerien übertragen werden könnten, sollte die Verwaltung des Schul- und Hochschulbereichs – wie in Frankreich – den Universitätsrektoren zukommen und die politische Zuständigkeit im Erziehungssektor der DEP vorbehalten bleiben. Andernfalls werde man sich in kürzester Zeit äußerst selbstbewußten und konfliktbereiten Kultusministern gegenübersehen, deren Widerstand sich nur unter großen Schwierigkeiten und mit Zwang überwinden ließe[184]. So hellsichtig diese Vorhersage mit Blick auf die Entwicklung in Rheinland-Pfalz und Württemberg-Hohenzollern genannt werden darf, so unrealistisch war Schmittleins Versuch, sich der Ausdehnung deutscher Verantwortlichkeiten auf diese Weise entgegenzustemmen.

Im Herbst 1946 erhielten die Bewohner der französischen Zone erstmals Gelegenheit zur Wahl von Gemeinde- und Kreisräten sowie Beratenden Versammlungen, die mit der Ausarbeitung von Landesverfassungen beauftragt wurden. Gleichzeitig erfolgte eine Aufwertung der Landesexekutiven, die nun nicht mehr als „Administrations allemandes", sondern als „Gouvernements provisoires" bezeichnet wurden. Anfang Dezember übertrug ihnen General Koenig das Recht, im Rahmen alliierter Vorgaben Bestimmungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, wobei allerdings ein Entscheidungsvorbehalt der Militärregierung unberührt blieb[185]. Am Vorabend dieser Erklärung des Oberkommandierenden bestellte Schmittlein seine wichtigsten Mitarbeiter in Baden-Baden und den Landesdelegationen zu einer Dienstbesprechung ein, bei der er sie beschwor, die verfügten Reformmaßnahmen entschlossen durchzusetzen. Um den deutschen Einwänden in gewissem Maße Rechnung zu tragen, sollten in jedem Land der Zone drei bis vier humanistische Gymnasien alten Stils erhalten bleiben und einige Privatschulen, vornehmlich Priesterseminare, zusätzlichen Lateinunterricht in

[182] AOFA, CGAAA, Carton 22, C.7, Aufzeichnung der politischen Abteilung im Generalkommissariat, „L'Enseignement religieux prévu dans le projet de constitution du Land Rhéno-Palatin du 31/12/1946" vom 17.1.1947, No. 55/POL; zur provisorischen Übereinkunft des Alliierten Kontrollrats in der Konfessionsschulfrage vom 23.11.1945 Pakschies, Umerziehung, S. 187f.

[183] Scheinbar im Widerspruch hierzu stehen angebliche Äußerungen Schmittleins gegenüber dem rheinhessisch-pfälzischen Oberregierungspräsidenten vom 31.8. und 13.9.1946; LAS, H 12/772, Eichenlaubs Bericht vom 14.9.1946 an die Délégation Supérieure in Neustadt. Fraglich ist, ob der Oberregierungspräsident Schmittlein korrekt wiedergab oder nicht vielmehr das Ziel verfolgte, im Vorfeld der Verfassungsberatungen Einsprüchen der Militärregierung gegen die Schulartikel zuvorzukommen.

[184] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 4, Schmittleins Vermerk für Laffon vom 16.11.1946, No. 4770/DGAA/EDU.

[185] Vgl. Konstanzer, Weisungen, S. 206f.

den ersten drei Klassen erteilen können. Die geplante Reform des Abiturs müsse jedoch 1947 realisiert werden. Dabei gelte es, das bisherige Verfahren durch ein zweistufiges Examen abzulösen: eine schulinterne Abschlußprüfung, an die sich unter bestimmten Voraussetzungen eine gesonderte Hochschulzugangsprüfung anschließen konnte[186]. Deutscherseits setzte man dem französischen Drängen weithin dilatorisches Taktieren entgegen, obwohl die Vertreter der Kultusministerien bei der Zusammenkunft mit Schmittlein im August 1946 offenkundig ihre Zustimmung signalisiert hatten. Die Freiburger Ministerialbeamten waren jedoch die einzigen, die im Dezember einen Entwurf zur Abiturreform unterbreiteten und schließlich nach wiederholter Aufforderung und Präzisierung durch die DEP im März 1947 auch die französischen Grundsätze berücksichtigten: Trennung zwischen Schulabschluß- und Hochschulzugangsexamen, Anhebung des Prüfungsniveaus, Zentralisierung und Anonymisierung des Korrekturverfahrens[187]. Aus Tübingen wurde hingegen Widerspruch laut. Eine solche Reform, hieß es im Kultusministerium, könne nur zonenübergreifend angegangen werden, wolle man einen Massenexodus südwestdeutscher Abiturienten an Universitäten außerhalb der französischen Zone verhindern, wo nicht das verschärfte Examen galt. Von dieser Argumentation beeindruckt, machte sich die Tübinger *Section de l'Education Publique* gegenüber den Vorgesetzten in Baden-Baden zur Fürsprecherin der deutschen Einwände[188].

So sah Schmittlein an der Jahreswende 1946/47 mit Groll und Pessimismus in die Zukunft. In einem ausführlichen Bericht über die bis dahin durchgeführten Entmilitarisierungs-, Entnazifizierungs- und Demokratisierungsmaßnahmen im Bildungsbereich gelangte er zu dem Ergebnis, daß sich zwar die deutsche Jugend sowie die „milieux populaires" von der NS-Ideologie zu lösen und demokratischen Einflüssen zu öffnen begännen, Optimismus aber fehl am Platze sei, solange sich die überwiegende Mehrheit der deutschen Führungskräfte als nationalistisch geprägt und jeglicher Umerziehung feindlich gesinnt erweise. Es habe noch keine Initiative der DEP gegeben, die nicht auf eine Widerstandsfront aus kirchlichen Würdenträgern, hohen Beamten, Parteipolitikern und Publizisten gestoßen sei. „Es ist absolut sicher", schloß Schmittlein seine Ausführungen, „daß vor allem die deutsche Jugend sehr gut umerziehbar ist, sich unter ihren Erziehern aber niemand findet, der sie im demokratischen Sinn umerziehen wollte oder könnte."[189] Kurze Zeit später beklagte er vor Zuhörern in der Schweiz, „daß sich die Beziehungen zwischen den französischen Behörden und der deutschen Bevölkerung im Laufe des vergangenen Jahres in jeder Weise verschlechtert" hätten[190]. Als diese Äußerung in Paris bekannt wurde, verlangte Außenminister

[186] AOFA, AC 97,37, „Réunion des officiers d'Education Publique du 3 décembre 1946. Procès-verbal".

[187] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, Schmittleins Vermerk für Koenig vom 20.8.1947, No. 8282/DGAA/EDU.

[188] AOFA, AC 149,2, Tätigkeitsbericht der Tübinger Section de l'Education Publique für 1945–1949.

[189] AOFA, AC 67,1, „Rapport sur la Démilitarisation, la Dénazification et la Démocratisation dans la z.f.o. Questions concernant la D.E.P." vom 4.1.1947, No. 5364/DGAA/EDU.

[190] Meldung der Agentur Reuter, wiedergegeben in „Der Morgen" vom 19.2.1947; gefunden in: AOFA, AC P. 6, 7/A 10.1. Die zitierte Äußerung Schmittleins war demnach am 17.2. in Zürich gefallen.

Bidault umgehend Aufklärung über ihre Hintergründe[191]. Während man am Quai d'Orsay aus übergeordneten politischen Gründen eine Stärkung der Länderkompetenzen anvisierte, steigerte sich bei der DEP in Baden-Baden das Mißtrauen gegenüber den deutschen Kultusbehörden zeitweilig zur regelrechten Zwangsvorstellung. An den reorganisierten Lehrerbildungsanstalten beispielsweise witterten Schmittleins Mitarbeiter planmäßige Sabotage durch die gezielte „Ausschaltung" frankophiler, von der DEP eingesetzter Lehr- und Führungskräfte[192]. Hinter solchen Auseinandersetzungen verbarg sich das auf beiden Seiten erwachte Bewußtsein, daß längst ein erbittertes Ringen um Machtbefugnisse und Gestaltungsmöglichkeiten im gesellschaftspolitisch wichtigen Bildungsbereich begonnen hatte. Im Lichte dieses Kampfes müssen Schmittleins beschwörende Appelle, Anklagen und Warnungen, die er immer wieder an seine Vorgesetzten richtete, ebenso als taktisch bedingt interpretiert werden wie das letztlich erfolgreiche Hinhalte- und Verzögerungsgebaren der Länderbehörden gegenüber französischen Reformwünschen.

Besatzungspolitische Wandlungen seit der Jahreswende 1946/47

Bezugsrahmen dieses Wechselspiels war die problem- und spannungsreiche Entwicklung französischer Besatzungspolitik, die zwischen dem übergeordneten Ziel einer weitgehenden Dezentralisierung und dem tagespolitisch orientierten Streben nach straffer Kontrolle und zentralisierter Verwaltung vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet schwankte[193]. Dabei nahmen seit Anfang 1946 General Koenig, sein politischer Berater Saint-Hardouin und Verwaltungschef Laffon unterschiedliche, zum Teil unvereinbare Positionen ein. Zwar setzte die Gründung des Landes Rheinland-Pfalz einen deutlichen „Markstein im Sinne der Dezentralisierung"[194] und des Föderalismus in der Zone, doch war damit der besatzungspolitische Zielkonflikt nicht aus der Welt geschafft. Um die Jahreswende 1946/47, das anglo-amerikanische Bizonenabkommen und die bevorstehende Moskauer Außenministerkonferenz vor Augen, suchte der Quai d'Orsay die Entwicklung voranzutreiben. Nachdem Koenig Anfang Dezember den provisorischen Landesregierungen erweiterte Anordnungsbefugnisse zugestanden hatte, wies er Ende Januar seinen Stellvertreter Laffon an, im Hinblick auf Deutschlands künftige Organisation Maßnahmen mit dem Ziel zu treffen, „in der französischen Zone umgehend die Grundsätze eines weitgehend dezentralen Föderalismus zu verwirklichen, wie sie der französischen These entsprechen"[195]. Leitsatz müsse sein,

---

[191] AOFA, CCFA, Cons. Pol., P. 200, C III-4/b, Telegramm Savarys nach Baden-Baden vom 20.2.1947, No. 1055/A. Eine Antwort wurde nicht ermittelt.

[192] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, Vermerk der Unterabteilung Enseignement für Schmittlein vom 10.3.1947, No. 10970/DGAA/EDU/E. Gerade die hierin aufgezeigten Fälle lassen jedoch vermuten, daß sich hinter den personalpolitischen Winkelzügen der deutschen Schulbehörden oft eher persönliche, konfessionelle oder parteipolitische Motive als tatsächlich antifranzösische Affekte verbargen.

[193] Vgl. hierzu Hudemann, Zentralismus; Lattard, Zielkonflikte.

[194] Hudemann, ebenda, S. 201.

[195] AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, Koenig an Laffon am 30.1.1947, No. 508/CC/CAC. Vorausgegangen war dieser Instruktion eine Zusammenkunft der Commission des territoires occupés in Paris am 13.1.1947, bei der über die allgemeine Lage in der Besatzungszone sowie über die Beziehungen zwischen deutschen und französischen Behörden beraten wurde; MAE, Y/654, fol. 12.

die Länderinstitutionen derart zu gestalten, daß sie sich später reibungslos in ein föderatives Deutschland einfügten. Daher gelte es, ihnen umgehend die Kompetenzen zu übertragen, die den künftigen deutschen Staaten zugedacht waren. Die Befugnisse der späteren Bundesorgane sollten gegenwärtig von den deutschen Zonenausschüssen oder -beiräten ausgeübt werden. Bis auf weiteres müßten auch noch einige französische Besatzungsbehörden bestehenbleiben. Zu den Gebieten, auf denen die Länder schon jetzt die gesamte Verantwortung erhalten sollten und die französische Oberaufsicht zu dezentralisieren war, zählte Koenig „im Prinzip" den Bildungs- und Kulturbereich. Allerdings sah er Übergangsbestimmungen vor, die eine gewichtige Einschränkung des Grundsatzes bedeuteten: „In bestimmten Fällen, besonders hinsichtlich der Erziehung, bleibt die Entscheidungsbefugnis (le visa de contrôle) der Zentralverwaltung vorläufig aufrechterhalten [...]. Diese Ausnahme soll eine zonenweite Vereinheitlichung der allgemeinen Regeln ermöglichen, die in Berlin oder von französischen Behörden erlassen werden und zum Beispiel die Entnazifizierung und die Demokratisierung betreffen." Folgerichtig hieß es in einem besonderen Anhang, daß die DEP „im Prinzip völlig zu dezentralisieren" sei, außer bei der Einführung neuer Schulbücher und der Kulturpropaganda („propagande par les beaux-arts"). Ausnahmsweise behalte der *Directeur de l'Education Publique* die Entscheidungsbefugnis in einigen Fragen der Umerziehung und der Demokratisierung[196]. Für Schmittleins Behörde brachte diese Bestimmung zunächst den Triumph, den eigenen Aufgabenbereich von entscheidender Stelle als herausgehoben, die eigene Funktion als unverzichtbar anerkannt zu sehen. Genau betrachtet schwebte aber von nun an das Damoklesschwert einer prinzipiell den deutschen Ländern zugestandenen Souveränität im Schulwesen über ihr.

Koenigs Weisung beauftragte Laffon mit der Bildung einer Kommission aus Angehörigen der Militärregierung und des Oberkommandos, die binnen drei Wochen Vorschläge zur Reorganisation des deutschen Südwestens, insbesondere zur Anpassung der französischen Kontrollverwaltung an den vorläufigen Aufbau Deutschlands, erarbeiten sollte. Schon zwei Tage später, am 1. Februar 1947, trat ein zwölfköpfiges Gremium unter Vorsitz des *Administrateur Général* zusammen[197]. Als Grundlage dienten zwei deutschlandpolitische Memoranden, die die Pariser Regierung kurz zuvor den alliierten Mächten überreicht hatte[198]. Laffon nutzte diese Gelegenheit, um Dissonanzen mit Koenig und Saint-Hardouin anklingen zu lassen, indem er unter Berufung auf den amtierenden Pariser Deutschlandkommissar Lapie die Auffassung unterstrich,

[196] Koenig an Laffon am 30.1.1947. In der Zusammenkunft der Commission des territoires occupées hatte Unterstaatssekretär Schneiter zur Verantwortlichkeit in Erziehungsfragen ausgeführt: „[...] elle ne pourra être retirée complètement à Baden-Baden, étant donné la nécessité d'assurer la dénazification."

[197] AOFA, AC 65,2, Sitzungsprotokolle der „Commission relative à l'adaptation de l'administration française de contrôle à l'organisation provisoire de l'Allemagne" vom 1.-21.2.1947.

[198] Vgl. die Memoranden zum provisorischen Aufbau und zum künftigen Verfassungssystem Deutschlands vom 17.1.1947, in: EA, Juni 1947, S. 622ff. Sie stellten einen Kompromiß zwischen der ursprünglichen „thèse française" und den angelsächsischen Vorstellungen dar. Saint-Hardouin relativierte ihre Verbindlichkeit intern mit dem Hinweis, daß sie so lange nicht wörtlich zu nehmen seien, als sie nicht von allen Verbündeten akzeptiert würden; in: AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, „Note sur la réunion tenue à Baden-Baden le 22 février [1947] sous la présidence du Général Koenig".

daß die gesamte französische Zone unterschiedslos als Einheit zu behandeln sei[199]. Neben der eher pflichtgemäß absolvierten Ankündigung, daß die mit politischen und administrativen Aufgaben befaßten Dienststellen der Militärregierung zu dezentralisieren seien, strich er heraus, daß die französischen Wirtschafts- und Finanzbehörden zentralisiert bleiben müßten und Baden-Baden mit dem Erlaß von Direktiven an die Landesgouverneure und der Überwachung ihrer Ausführung eine wichtige Funktion behalte. Zudem werde man mit dem Zustimmungsrecht bei Gesetzentwürfen der Landesregierungen eine wirksame Kontrolle in den wichtigsten Politikbereichen, wie dem Erziehungssektor und allen mit Entnazifizierung und Demokratisierung zusammenhängenden Fragen, ausüben. Der weitere Verlauf der Aussprache zeigte, daß die Angehörigen der Militärregierung keineswegs gewillt waren, ihre Kontrollkompetenzen auch nur ansatzweise aufzugeben. Als Resümee hielt das Protokoll fest, daß die Kommission eine Dezentralisierung im eigentlichen Sinn für unmöglich hielt, eine gewisse „Dekonzentration" der französischen Verwaltung zugunsten der *Délégués Supérieurs* jedoch ins Auge zu fassen gedachte. Dabei sei für jede Behörde zu prüfen, inwieweit dies „politisch risikolos" geschehen könne. Die Notwendigkeit, den französischen Zentralinstanzen alle politisch relevanten Fragen vorzubehalten, wurde ausdrücklich betont[200].

Schmittlein, der als erstes Kommissionsmitglied aufgefordert war, seine Vorstellungen darzulegen, fand bei seinen Kollegen zunächst weitgehend Rückendeckung. Während der Vertreter des politischen Beraters mit der Ansicht alleine stand, das Schulwesen müsse Angelegenheit der deutschen Landesbehörden werden, konnte der Leiter der DEP mit der „einhelligen Auffassung" der Kommission zufrieden sein, „daß die Aufsicht über das Schulwesen der Zentralverwaltung vorbehalten bleiben müsse, diese aber nur über die Zwischeninstanz der Gouverneure auf die Landesbehörden einwirken dürfe". Von deutschen Befugnissen sprach außer dem Mitarbeiter Saint-Hardouins niemand[201]. Doch wenn Schmittlein glaubte, triumphieren zu können, so hatte er sich getäuscht. Mit der Harmonie und dem scheinbaren Konsens der ersten Zusammenkunft war es bald vorbei. Nachdem Schmittlein in der folgenden Sitzung die Diskussion mit einem Seitenhieb gegen die rheinland-pfälzische Militärregierung eröffnet hatte, mußte er sich vom Repräsentanten Koenigs sagen lassen, daß die Aufgabe der Besatzungsmacht im Neuaufbau der vom Nationalsozialismus „deformierten" Institutionen, nicht jedoch in deren Laisierung oder gar im Überstülpen französischer Einrichtungen bestehe[202]. Auf Schmittlein, der mit dem Hinweis konterte, nie eine antireligiöse Politik betrieben zu haben, jedoch die wesentlichen Prärogativen des Staates im Schulbereich nicht dem Klerus überlassen zu wollen, verfehlte der implizierte Vorwurf seine Wirkung nicht. In der darauffolgenden Sitzung meldete

[199] Am 8.1.1947 hatte Koenig Laffon aufgefordert, nach der Zusammenfassung des nördlichen Zonenteils zum Land Rheinland-Pfalz Maßnahmen zur Reorganisation der südlichen Provinzen zu erarbeiten. Daraufhin wiederholte Laffon seine Bedenken, die er nun um zusätzliche Argumente im zentralistischen Sinn ergänzte; in: AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, Laffon an Koenig am 10.1.1947, No. 379-Cab/C; AOFA, CCFA, CAC, P. 30, POL III A 2, Laffon an Koenig am 15.4.1946.

[200] AOFA, AC 65,2, Sitzungsprotokoll vom 1.2.1947.

[201] Ebenda.

[202] Ebenda, Sitzungsprotokoll vom 7.2.1947.

er sich umgehend mit der Erklärung zu Wort, daß zu keiner Zeit der Oktroi eines laizistischen Schulsystems nach französischem Vorbild beabsichtigt gewesen sei, es aber den Rechtsschutz weltanschaulich-religiöser Minderheiten zu gewährleisten gelte[203]. Damit rief er indessen den Vertreter der Tübinger *Délégation Supérieure* als weiteren Kritiker auf den Plan, der zu bedenken gab, daß in Württemberg-Hohenzollern Katholiken und Protestanten einmütig eine christliche Schule forderten, und daran die Frage knüpfte, ob es nicht wirklich demokratisch wäre, diesen Mehrheitswillen zu respektieren. Nachdem Verwaltungsdirektor Sabatier demgegenüber betont hatte, daß man die Lehrfreiheit der Konfessionen an den Schulen durchaus gewährleiste, aber auch nicht über das hinausgehen solle, was die deutschen Behörden selbst der Geistlichkeit in den Konkordaten zugestanden hatten, fuhr Schmittlein noch einmal schweres Geschütz auf. Die Bildung der Jugend dürfe nicht den deutschen Behörden überlassen werden, sonst verrate man den französischen Erziehungsauftrag. Stets seien lokale Traditionen berücksichtigt worden, doch könne kein Monopol zugunsten irgendeiner Ideologie zugelassen werden. Um seinen Worten Gewicht zu verleihen, drohte er damit, daß das Pariser Erziehungsministerium seine 1200 Mitarbeiter aus Deutschland abberufen werde, falls man eine andere Richtung einzuschlagen gedenke. Damit wurde der interne Disput vorläufig beendet. Die Kommission faßte schließlich eine Reihe von Beschlüssen, deren erste sich auf den Bildungssektor im engeren Sinne bezogen. Die DEP-Zentrale müsse im Interesse einer einheitlichen Umerziehungspolitik die Richtlinienkompetenz für das Unterrichtswesen behalten. Bei Personalentscheidungen an Schulen, Lehrerbildungsanstalten und Universitäten sei eine Übereinkunft zwischen *Gouvernement Militaire* und Landesregierung notwendig. Im letzten Punkt konnte sich Schmittlein, der seiner Dienststelle weiterhin das direkte Ernennungsrecht im Falle von Professoren, Hochschulassistenten und Direktoren an den Lehrerseminaren vorbehalten wollte, nicht durchsetzen[204]. Die Ergebnisse der Erörterungen in der Studienkommission wurden Mitte März 1947 dem Pariser Generalkommissariat mitgeteilt. Dabei räumten Schmittlein und Koenig ein, daß sie, anders als im Januar vorgesehen, in der Bildungspolitik über ein bloßes französisches Zustimmungsrecht hinausgegangen waren, um eine Fortführung des Umerziehungswerkes zu gewährleisten. Von deutscher Seite sei in dieser Hinsicht nämlich bislang keine Initiative erfolgt. Zudem lasse die Opposition der alten Eliten befürchten, daß die deutsche Jugend wieder in die alten Geleise des Nationalismus und Militarismus gelenkt werden solle[205].

Unterdessen teilte Laffon, ohne weitere Anweisungen aus Paris abzuwarten, den Landesgouverneuren die Grundlinien der Kommissionsempfehlungen mit. Diese Eigenmächtigkeit, vor allem aber der Umstand, daß er die Zentralisierungszwänge besonders hervorhob, rief einen Sturm der Entrüstung bei den politisch Verantwortlichen hervor und trug dem *Administrateur Général* unverhohlene Kritik seitens des Generalkommissariats, Saint-Hardouins und Koenigs ein[206]. Nachdem Außenminister

---

[203] Ebenda, Sitzungsprotokoll vom 8.2.1947.

[204] Ebenda.

[205] AOFA, CCFA, CAC, P. 40, POL III G 10, Koenig (Schmittlein) an das Generalkommissariat am 14.3.1947, No. 1312/CC/CAC/POL.

[206] AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, Laffons Instruktionen für Sabatier und die Délégués Supérieurs

Bidault entschieden hatte, daß die Dezentralisierung in der Zone Vorrang habe[207], erteilte die Europaabteilung des Quai d'Orsay Mitte Mai 1947, am Vorabend der Landtagswahlen und Verfassungsreferenden in Südwestdeutschland, General Koenig eine entsprechende Anweisung. Bei der fälligen Reorganisation müsse sein Augenmerk der Dezentralisierung der Besatzungsverwaltung sowie der Konsolidierung der Länder gelten. Es sei angebracht, den Landesregierungen tatsächlich größtmögliche Kompetenzen zu übertragen, sie aber unter der Aufsicht der *Délégations Supérieures* zu belassen. Auf bestimmten wirtschaftlichen Gebieten müsse im Interesse gesamtzonaler Koordination vorläufig den französischen Behörden eine Kontrolle vorbehalten bleiben. Erfahrungen der Alliierten, so verschlüsselte man am Quai d'Orsay wohl die Skepsis gegenüber der Bizonen-Fusion und ihrer Folgemaßnahmen, dürften nicht zu „Unvorsichtigkeiten" und zur Nachgiebigkeit gegenüber den Deutschen verleiten[208]. Vier Tage später erkundigte sich Laffon bei einer Dienstbesprechung im Pariser Außenministerium, ob auch das Erziehungswesen den Ländern zu übertragen sei oder ob der Militärregierung hier weiterhin eine strikte Überwachung zukomme. Die Antwort fiel unmißverständlich zugunsten der DEP aus: Diese Angelegenheit, so Bidaults Kabinettschef, sei im Sinne General Koenigs geregelt worden. „Das Erziehungswesen verbleibt unter der direkten Aufsicht der Militärregierung."[209] Dies entsprach im übrigen auch der Vorstellung Laffons[210].

Nach den Instruktionen des Quai d'Orsay vom 17. Mai, den Landtagswahlen und Verfassungsreferenden in Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden am folgenden Tag sowie der Besprechung in Paris am 21. schien der Weg frei für eine Abgrenzung der Hoheitsrechte zwischen den südwestdeutschen Landesregierungen und der Militärregierung. Anfang Juni 1947 gab die Europaabteilung des Außenministeriums dem Oberbefehlshaber „grünes Licht", flexiblere Verwaltungsstrukturen an die Stelle des bisherigen Militärregierungsapparates zu setzen und allmählich die Zuständigkeiten der deutschen Behörden zu erweitern, um von der Phase direkter Administration in die Periode einfacher Kontrolle überzugehen. Ausdrücklich wurde hervorgehoben, daß jeglicher Kritik aus den deutschen Landesparlamenten an der französischen Besatzungsmacht der Wind aus den Segeln zu nehmen sei. Offenkundig fühlte man sich in Paris nach der gescheiterten Moskauer Außenministerkonferenz, infolge der internationalen Entwicklungen, innenpolitischen Verschiebungen und der Einbindung Frankreichs in das westliche Lager[211] unter dem Druck der angelsächsi-

---

Fortsetzung Fußnote von Seite 95

vom 3.3. bzw. 26.3.1947 sowie eine berichtigende Aufzeichnung des Zivilkabinetts vom 5.4.; zur Reaktion in Paris Hudemann, Zentralismus, S. 204.

[207] Vgl. Hudemann, ebenda.

[208] AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, Telegramm der Europaabteilung an Koenig vom 17.5.1947, No. 2032.

[209] Ebenda, „Réunion du 21 mai [1947] au Ministère des Affaires Etrangères. Procès-verbal" vom 22.5.1947.

[210] AOFA, AC 65,2, Laffons „Note relative au Pouvoirs qui doivent être concédés aux Allemands des 'Länder' à la suite des élections générales" vom 20.5.1947; Schmittleins Stellungnahme vom 24.5.1947, No. 7208/DGAA/EDU.

[211] Im internationalen Rahmen seien die Stichworte Truman-Doktrin und Marshallplan genannt, innenpolitisch sei auf die Entlassung der kommunistischen Minister aus dem Kabinett des Sozialisten Ramadier verwiesen.

schen Verbündeten. Vor allem die Bereiche, die bisher in die Zuständigkeit der Baden-Badener *Direction Générale des Affaires Administratives* gefallen waren, sollten den Landesregierungen überlassen werden, mit Ausnahme des Erziehungssektors[212]. Dementsprechend war Koenigs Verordnung Nr. 95 („relative aux pouvoirs des Länder de la Z.F.O.") vom 9. Juni 1947 formuliert[213]. Dieses vorläufige Grundgesetz für Südwestdeutschland bestimmte in Artikel 4: „Jedes Vorhaben im Hinblick auf die Dekartellisierung, Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Demokratisierung, vor allem im Bereich der Erziehung, muß dem Oberkommando mitgeteilt werden, bevor der Landtag damit befaßt wird." Ohne vorherige Zustimmung der Militärregierung sollte also kein deutscher Gesetzentwurf im Bildungswesen verwirklicht werden. Was wäre aber, wenn die Deutschen gar nicht auf die Idee verfielen, schulpolitische Reformgesetze im Schulwesen in Angriff zu nehmen? Verblieb der DEP ein Initiativrecht, um die Dinge voranzutreiben?

Schmittlein, für den die Crux der Entwicklung in dieser Frage lag, teilte noch im Juni 1947 seine Besorgnis dem Außen- wie dem Erziehungsminister in Paris mit[214]. Gegenüber dem Quai d'Orsay verwies er auf die von der *Education Nationale* vertretene Auffassung, daß man die Umerziehung Deutschlands nicht den Deutschen selbst überlassen dürfe. Dies müsse auch weitergelten, nachdem den Ländern erweiterte Rechte übertragen worden waren. Er schlug eine klare Absichtserklärung der Regierung vor, sich nicht nur die Generallinie, sondern auch konkrete Maßnahmen im südwestdeutschen Unterrichtswesen vorzubehalten und hierfür der DEP ein umfassendes Initiativ- und Interventionsrecht zuzugestehen. Weder einem nationalistisch gesinnten deutschen Klerus noch den eigenen Landesgouverneuren dürfe der Zugriff auf die tragenden Säulen des Umerziehungswerkes gestattet werden. Gegenüber seinem Pariser Dienstherrn, Erziehungsminister Naegelen, klagte er in dramatischen Worten, daß mit der Konfessionsschulregelung der rheinland-pfälzischen Verfassung[215] die Prinzipienfrage der *rééducation* neu gestellt sei. Für ihn war erwiesen, daß die Deutschen, sobald man ihnen die Möglichkeit dazu einräumte, alles zunichte machten, was die DEP begonnen hatte. In diesem Sinne erschien ihm die eben getroffene Abgrenzung der Länderkompetenzen äußerst bedenklich. Mit Blick auf Artikel 4 der Verordnung Nr. 95 stellte er fest: „Dies bedeutet auf gut deutsch, daß, wenn die deutschen Behörden kein Bedürfnis verspüren, irgendwelche Gesetze zur Demokratisierung vorzulegen, wir keine Möglichkeit zum Eingreifen haben werden. Man hätte die Erziehung zu den

[212] AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, Mitteleuropaabteilung im Außenministerium an Koenig am 9.6.1947, No. 199.

[213] In: JO-CCFA vom 13.6.1947; auch abgedruckt in: Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 456f. Vgl. hierzu in unterschiedlicher Interpretation Willis, The French, S. 209f.; Konstanzer, Weisungen, S. 207ff., dessen kritische Analyse lange Zeit die Forschung geprägt hat.

[214] AOFA, AC 65,2, Schmittlein, „Eléments d'une lettre à M. le Ministre des Affaires Etrangères, Commissaire Général A.A.A." und „Note pour M. le Ministre de l'Education Nationale", beide vom 25.6.1947.

[215] Artikel 36 der am 18. Mai 1947 per Volksabstimmung angenommenen rheinland-pfälzischen Landesverfassung bestimmte, daß die Volksschullehrerbildung nach Konfessionen getrennt erfolgen sollte.

vollständig vorbehaltenen Angelegenheiten rechnen sollen."[216] Als gewiefter Taktiker legte Schmittlein dem Minister nahe, gegenüber anderen Regierungsstellen auf den enormen Beitrag seiner Behörde zur Besatzungspolitik, die annähernd 1200 nach Deutschland entsandten Lehrkräfte, zu verweisen. Es wäre fatal, wenn dieses vielköpfige, hochqualifizierte Personal nicht angemessen eingesetzt und dem verantwortlichen Ministerium keinerlei Kontrolle über die Bildungspolitik in der Zone zugestanden würde. Schließlich riet er dringend, eine direkte und regelmäßige Verbindung zur DEP wiederherzustellen, um so die „Abschottung" durch das Generalkommissariat zu durchbrechen.

Wenige Tage danach traf in Baden-Baden ein schriftliches Machtwort des Außenministers ein, das General Koenig mit einer aufschlußreichen Randglosse – „endlich eine ernsthafte Direktive" – quittierte[217]. Aus Anlaß der Verordnung Nr. 95 und unter Bezugnahme auf die im März mitgeteilten Schlußfolgerungen der Dezentralisierungskommission legte Bidault fest, daß die Militärregierung ihr Initiativ- und Mitwirkungsrecht bei Schulreformen, das Vorschlags- und Zustimmungsrecht bei der Einstellung von Lehr- und Verwaltungspersonal an Hochschulen und Lehrerbildungsanstalten sowie die Regie bei der Herausgabe neuer Schulbücher behalte. Bidault schärfte der Militärregierung allerdings gewisse „Pflichten" ein: Verantwortungsbewußtsein ebenso zu beweisen wie Fingerspitzengefühl im Umgang mit deutschen Behörden und vor allem mit dem Klerus, in dessen Belange man sich nicht einmischen solle. Die Deutschen dürften nicht das Gefühl haben, französische Methoden und Konzeptionen aufgezwungen zu bekommen. Ihr Unterrichtswesen müsse zwar demokratisiert werden, jedoch nicht nach französischem Muster. Wolle man sich überhaupt eine Erfolgschance bewahren, so gelte es, deutsche Traditionen zu berücksichtigen. Was Koenig als längst fällige „ernsthafte" Richtlinie aus Paris begrüßte, erwies sich in der besatzungspolitischen Praxis indessen als zweischneidige Waffe, wie die weitere Entwicklung zeigt.

Konflikte mit deutschen und französischen Gegenspielern

Schmittleins Anweisung vom August 1946 zur Vereinheitlichung der weiterführenden Lehranstalten („Gymnasien") fand bei den deutschen Kultusbehörden nur zögernd Beachtung. Nach mehrfacher Mahnung zu strikter Anwendung hoffte er, daß sie mit Schuljahresbeginn im Herbst 1947 endlich verwirklicht würde[218]. Bei der

---

[216] Schmittleins „Note pour M. le Ministre de l'Education Nationale" vom 25.6.1947. Zu den domaines réservés, die Koenigs Verordnung Nr. 95 der Militärregierung vorbehielt, gehörten Entschädigungs- und Wiedergutmachungsmaßnahmen, Fragen der Bevölkerungsumsiedlung und der verschleppten Personen, internationale Strafrechtsangelegenheiten, Anforderungen der Besatzungsmacht, Abrüstung auf militärischem, industriellem und wissenschaftlichem Gebiet sowie Wirtschaftsfragen, für deren Behandlung eine Koordination der Länder notwendig war (Art. 2 und 3).

[217] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, Bidault an Koenig am 4.7.1947, abgedruckt in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 282ff.; vgl. auch Cuer, L'action culturelle, S. 48f.; Vaillant, Frankreichs Kulturpolitik, S. 209f.

[218] AOFA, AC 67,1, „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 [...] à juin 1947". Bis Oktober 1946, zum ursprünglich vorgesehenen Termin, war die Vereinheitlichung nur in Rheinland-Pfalz weitgehend verwirklicht; erst im Frühjahr 1947 meldete der DEP-Chef auch für die übrigen Länder Vollzug; in: AOFA, AC 109,8, Quartalsberichte der DEP „Situation au 1er novembre 1946" etc.

zweiten Zusammenkunft der DEP-Abteilungsleiter aus Baden-Baden und den Ländern Mitte April 1947 kam nicht nur Ärger über die Langsamkeit der deutschen Dienststellen bei der Erarbeitung neuer Lehrpläne, die „augenscheinlich systematische Opposition" der Kultusbehörden und des Klerus gegen die verordnete Reform zur Sprache, sondern auch Unzufriedenheit der Zentrale mit dem Elan der eigenen Mitarbeiter in den *Délégations Supérieures*. Hinsichtlich der Abiturreform lenkten die französischen Verantwortlichen ein. Die Vorstellung zweier aufeinander folgender Prüfungen wurde zugunsten eines einzigen, jedoch auf Landesebene zu zentralisierenden und deutlich zu verschärfenden Examens aufgegeben[219]. Als Begründung machte man in Schmittleins Umgebung zwar die zu erwartenden Organisationsprobleme geltend; vermutlich hatten aber die von manchen Repräsentanten der DEP in den Ländern mitgetragenen Einwände der deutschen Behörden ihre Wirkung nicht verfehlt[220]. Angesichts der drängenden Zeit – denn schon die im Juni und Juli 1947 stattfindenden Reifeprüfungen sollten nach dem neuen Muster abgehalten werden – fand Anfang Mai eine Besprechung mit Laffon statt. Die Kontrolloffiziere an den Universitäten erhielten den Auftrag, mögliche Widerstände an den Hochschulen auszuloten und gegebenenfalls auszuräumen[221]. Eine Woche später hielt Schmittlein erneut eine dienstliche, auf die Abiturreform konzentrierte Zusammenkunft ab, bei der beschlossen wurde, den bisherigen Notenmaßstab durch eine 20-Punkte-Skala zu ersetzen. Mit einem Durchschnittsergebnis von zehn Punkten sollte der Kandidat das Abitur bestanden, jedoch keine Berechtigung zum Universitätsstudium erworben haben. Ab 13 Punkten stand ihm ein propädeutisches Jahr offen, an dessen Ende er die Hochschulaufnahmeprüfung ablegen konnte. Nur den Abiturienten, die ein Durchschnittsergebnis von mindestens 15 Punkten erzielten, sei der direkte Eintritt in die Universität zu gestatten. Die Hochschuloffiziere sollten die Meinung der deutschen Professoren zur Einrichtung eines propädeutischen Jahres erkunden. Dabei waren sich die Anwesenden einig, daß eine solche Maßnahme nur Zustimmung finden könne[222]. Tatsächlich hatten die Universitäten selbst nach ihrer Wiedereröffnung vorbereitende Kurse für Studienbewerber eingeführt, die lediglich ein kriegsbedingtes „Notabitur" vorweisen konnten und deren Wissensstand akademischen Anforderungen nicht zu genügen schien[223]. Von der DEP war dieses Programm begrüßt und seine verbindliche Festle-

[219] AOFA, AC 97,37, „Réunion des officiers d'Education Publique du 17 avril 1947. Procès-verbal".

[220] AOFA, AC 149,2, Tätigkeitsbericht der Tübinger Section de l'Education Publique für 1945–1949. Auch die Anweisungen der rheinhessisch-pfälzischen Section de l'Education Publique an das Oberregierungspräsidium in Neustadt vom 16.8.1946 ließen erkennen, daß man nicht an eine rigorose Durchsetzung der aus Baden-Baden kommenden Gymnasialreformen dachte. Es sei „selbstverständlich, daß alle Übergangsregelungen zulässig und die Lehranstalten in den kleineren Städten keinesfalls gezwungen sind, alle Abteilungen zu umfassen"; in: LAS, H 12/24, No. D 2001/AA/EDU.

[221] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, Schmittleins Vermerk für Koenig vom 20.8.1947, No. 8282/DGAA/EDU.

[222] AOFA, AC 97,37, „Réunion des officiers d'Education Publique du 9 mai 1947. Procès-verbal". Eine Ausnahme bildete die neugegründete Dolmetscher-Hochschule in Germersheim: Hier wurden im WS 1947/48 auch Abiturienten mit 13 Punkten direkt zugelassen; LAS, H 12/24, Section Education Publique in Neustadt an das Oberregierungspräsidium am 1.9.1947, No. D 4985/AA/EDU.

[223] Vgl. Munro, University, S. 214.

gung erwogen worden[224]. Gegen eine obligatorische Zusatzbildung für die überwiegende Mehrzahl der nachrückenden Abiturienten, wie sie die Franzosen nun vorsahen, sträubten sich die Hochschullehrer indessen. Zwar konnten sie die Einführung des Propädeutikums im Wintersemester 1947/48 nicht verhindern[225], in Tübingen aber eine wesentliche Abänderung erreichen[226]. Anfang Juni 1947 wurde den *Délégués Supérieurs* das reformierte Reifeprüfungsverfahren und die entsprechend geänderte Hochschulzulassung mitgeteilt[227]. Daß wenig später trotz des erwartungsgemäß einsetzenden Widerspruchs aus ministeriellen und akademischen Kreisen die ersten Abitursexamina nach dem neuen Modus stattfanden, feierten einige Mitarbeiter Schmittleins in Südwürttemberg als Erfolg[228], wohl in dem Wissen, daß es mit Koenigs Verordnung vom 9. Juni und der besatzungspolitischen Entwicklung, für die sie stand, noch schwieriger geworden war, den deutschen Landesregierungen Reformen aufzudrängen.

Die Abiturreform mit ihren französischen Zügen – „ein Vorhaben, das die althergebrachten Traditionen des Landes radikal erschütterte", wie man in der Tübinger *Section de l'Education Publique* einräumte[229] – blieb nicht der einzige Stein des Anstoßes für Schmittleins deutsche und französische Gegner. Zugleich sollte eine weitere einschneidende Maßnahme das südwestdeutsche Schulwesen verändern, zu deren Rechtfertigung sich die DEP auf die bis dahin so gering geachteten Alliierten berief. Im Spätsommer 1946 hatte eine halboffizielle Beratergruppe der US-Regierung die amerikanische Besatzungszone bereist und einen Bericht – nach ihrem Vorsitzenden Zook-Report genannt – zur Bildungs- bzw. Umerziehungspolitik vorgelegt[230]. Dieser kritisierte die Diskrepanz zwischen dem erklärten Willen der Washingtoner Nachkriegsplaner zur Demokratisierung des deutschen Volkes und der Restauration eines überkommenen Schulsystems, das den Verfassern als Ursache für die moralischen und politischen Verirrungen Deutschlands galt. Zur Abhilfe empfahl die Zook-Kommission die Einführung der differenzierten Gesamtschule nach amerikanischem Vorbild[231]. Anders als bei zahlreichen Deutschen in der US-Zone und im Exil stießen ihre Vorstellungen im State Department und in der Militärregierung (OMGUS) überwiegend auf Zustimmung, und so fanden sie Mitte März 1947 Eingang in die revi-

[224] AOFA, AC 105,A, Sauzins „Note explicative" zu den „Instructions provisoires sur la réouverture des universités" vom 4.9.1945, No. 729/DGAA/EDU.

[225] AOFA, AC 105,3, Lacants Bericht vom 17.11.1947, No. 2924/UN.

[226] AOFA, AC 109,3, Chevals und Webels Jahresbericht 1947 vom März 1948. Die darin gutgeheißene Abänderung sah freiwillige propädeutische Kurse für alle Studienanfänger vor, die denen mit einem sehr gut bestandenen Abitur als Studiensemester angerechnet werden sollten. Zu diesem Zweck wurde im Februar 1948 das Tübinger „Leibniz-Kolleg" ins Leben gerufen; vgl. Munro, ebenda, S. 215. Damit waren die Ziele der DEP, sowohl das Bildungsniveau der künftigen Studenten anzuheben als auch eine Kanalisierung des Hochschulzugangs zu erreichen, unterlaufen. Im Monatsbericht für September 1947 hatte Cheval dafür plädiert, der Universität eine gewisse Initiative in dieser Frage zu überlassen; in: AOFA, AC 109,3.

[227] AOFA, Laffon, C. 19 (EDU 1947/48), Laffon an die Délégués Supérieurs am 9.6.1947, No. 5824 ABX; zusammenfassend auch Cuer, L'action culturelle, S. 21.

[228] AOFA, AC 149,2, Tätigkeitsbericht der Tübinger Section de l'Education Publique für 1945–1949.

[229] Ebenda.

[230] Vgl. Bungenstab, Umerziehung, S. 48ff.

[231] Vgl. ebenda, S. 87ff.

dierte Fassung des Handbuchs für das amerikanische Besatzungspersonal. Da von deutscher Seite bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei ernsthafte Reformvorstöße ausgegangen waren, behielt sich OMGUS direkte Interventionen in das Unterrichtswesen vor[232]. Zur selben Zeit berieten auf amerikanische Initiative die Fachleute im Bildungsausschuß des Alliierten Kontrollrats über schulpolitische Richtlinien für die Oberbefehlshaber der vier Besatzungszonen. Am 22. April 1947 einigten sie sich auf ein zehn Forderungen umfassendes Memorandum, das deutlich die Handschrift eines amerikanisch-französischen Konsenses trug[233]. In der Präambel wurde unter Berufung auf die in Potsdam 1945 postulierte Eliminierung nationalsozialistischer und militaristischer Lehren und die Förderung demokratischer Ideen angekündigt, daß die von deutschen Behörden erwarteten Erziehungsreformen nur dann die Zustimmung der Zonenbefehlshaber finden würden, wenn sie „einen großen Schritt vorwärts" auf dem in der Denkschrift aufgezeigten Weg darstellten.

Wie bereitwillig die Baden-Badener Schulreformer ausnahmsweise auf Berliner Interzonen-Absprachen bauten[234], zeigte sich, als Schmittlein bei einer dienstlichen Zusammenkunft mit seinen Mitstreitern fünf Tage vor Verabschiedung des Memorandums hoffnungsvoll eine Durchsetzung französischer Reformpläne auf dem Wege alliierter Entscheidungen in Aussicht stellte[235]. Noch bevor die Ausschußempfehlung vom Kontrollrat angenommen und am 25. Juni 1947 zur Direktive Nr. 54 („Basic Principles for Democratization of Education in Germany") erhoben wurde[236], veranlaßte Laffon mit wenigen pragmatischen Einschränkungen ihre Umsetzung in der französischen Zone[237]. Der Zehn-Punkte-Katalog des Kontrollrats forderte: gleiche Bildungschancen für alle; allgemeine Befreiung von Unterrichtsgebühren sowie Stipendien für Bedürftige; allgemeine Schulpflicht bis zum 15. Lebensjahr (danach zumindest ergänzender Unterricht bis zum 18.); konsekutiver Aufbau des Schulwesens, also keine Überlappung zwischen Elementarschul- und Gymnasialbereich, sondern Eintritt der Schüler in den zweiten erst nach Absolvierung des ersten; Weckung staatsbürgerlicher und demokratischer Tugenden bei den Schülern; Stärkung ihrer Bereitschaft zur Völkerverständigung und Hervorhebung des Fremdsprachenunterrichts bei prinzipieller Gleichberechtigung der Sprachen; Anleitung der Schüler in Ausbildungs- und Berufsfragen; Gesundheitsfürsorge und gesundheitliche Aufklärung in den Schulen; akademische Lehrerbildung; schließlich Teilhabe der Bevölkerung an Reform, Organisation und Verwaltung des Erziehungswesens. Dieses alliierte Programm sollten die Gouverneure den deutschen Kultusbehörden „empfehlen". Einschränkend wiesen Schmittlein und Laffon allerdings darauf hin, daß die Schulpflicht

---

[232] Vgl. ebenda und S. 52f.

[233] Abschrift in: AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 2/1; auch in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 215f.; zum amerikanischen Einfluß auf die Kontrollrats-Empfehlung vgl. Bungenstab, ebenda, S. 90f. Den beträchtlichen Anteil der französischen Delegation betonten Schmittlein und Laffon in Schreiben an die Délégués Supérieurs vom 9.5.1947, in: AOFA, AC 130,3, No. 6995/DGAA/EDU, bzw. vom 16.6.1947, in: AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, No. 6115 ABX.

[234] Dies betont auch Marquant, in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 7 und 119f.

[235] AOFA, AC 97,37, „Réunion des officiers d'Education Publique du 17 avril 1947. Procès-verbal".

[236] Vgl. Bungenstab, Umerziehung, S. 184f.

[237] Laffon an die Délégués Supérieurs am 16.6.1947, No. 6115 ABX.

in der französischen Zone nicht sofort bis zum 15. Lebensjahr ausgedehnt werden könne, da es den Schulen noch an Lehrern und Räumlichkeiten mangele, außerdem der gegenwärtige Bedarf an Handwerkern den frühestmöglichen Eintritt der jungen Generation ins Berufsleben erfordere. Auch eine völlige Schulgeldfreiheit sei wegen der Defizite in den Landesbudgets nicht vorgesehen. Das Stipendienwesen müsse hingegen so ausgebaut werden, daß jeder dazu befähigte und motivierte Schüler, auch aus den „classes populaires", das Gymnasium besuchen könne. Von den Forderungen des Kontrollrats, die eine tiefgreifende Reform des deutschen Unterrichtssystems bezweckten, seien die Weckung staatsbürgerlicher und demokratischer Tugenden bei den Schülern und die Stärkung ihrer Bereitschaft zur Völkerverständigung in der französischen Zone bereits Wirklichkeit. Zu realisieren bleibe ab Herbst 1947 die Abschaffung der zeitlichen Überschneidung von Volks- und Oberschulklassen. Vorarbeiten seien mit der Vereinheitlichung der höheren Lehranstalten bereits geleistet worden. Allerdings müsse man Schmittleins Bestimmungen vom August 1946 endlich strikt anwenden. Auf jeden Fall dürfe keine neue Sexta eingerichtet und solle die gymnasiale Unterstufe in Volksschulklassen umgewandelt werden[238]. Schließlich sollten auch die Mittelschulen entweder aufgelöst oder den neusprachlichen Gymnasien angegliedert werden[239]. Auf die Forderung des Kontrollrats nach einer akademischen Ausbildung aller Pädagogen, die im Widerspruch zu den Lehrerbildungsanstalten in der französischen Zone stand, ging Schmittlein nicht ein.

Noch bevor diese grundsätzlichen Ausführungen in konkrete Maßnahmen umgemünzt werden konnten, brach ein Sturm der Entrüstung über das Hotel Stephanie herein. Immer vernehmlicher meldeten sich die französischen Landesgouverneure als Fürsprecher deutscher Kritiker zu Wort und verhalfen so dem Widerstand gegen den Reformeifer der DEP zu beträchtlicher Sprengkraft. Die ausgeprägteste bilaterale Fronde bestand in Rheinland-Pfalz, dem Land der französischen Zone, das auf der politischen Prioritätenskala der Pariser Deutschlandplaner nach wie vor an erster Stelle stand[240]. In Koblenz hatte Schmittlein nicht nur in Minister Süsterhenn seinen deutschen Hauptgegner gefunden, den er für die verfassungsmäßige Verankerung der konfessionellen Lehrerbildung sowie eine regelrechte Aufwiegelung der Schüler gegen die geplanten Reformmaßnahmen verantwortlich machte[241]; hier residierte in der Person des *Délégué Général* Hettier de Boislambert auch ein französischer Kontrahent, der aufgrund seiner engen Bindung an General de Gaulle eine einflußreiche Stellung im Militärregierungsapparat bekleidete[242]. Boislambert hatte bei einer Tagung am Quai d'Orsay Anfang 1947 eigene Ansprüche auf die Kontrolle des rheinland-pfälzischen Erziehungswesens angemeldet, jedoch bei den übrigen Teilnehmern keine Zustim-

[238] Ebenda und Schmittlein an Saint-Hardouin am 26.8.1947, No. 8371/DGAA/EDU.

[239] AOFA, AC 149,2, Tätigkeitsbericht der Tübinger Section de l'Education Publique für 1945–1949.

[240] Vgl. Hudemann, Zentralismus, S. 196 und 200.

[241] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, Schmittleins Vermerk für Koenig vom 20.8.1947, No. 8282/DGAA/EDU.

[242] Vgl. Hettier de Boislambert, Les fers. Hudemann, Zur Politik, S. 44, verweist darauf, daß Boislambert nach 1945 jahrelang stellvertretender Kabinettschef de Gaulles war.

mung gefunden[243]. Nun zögerte er nicht, den befreundeten Leiter des Koenigschen Zivilkabinetts auf die Erregung hinzuweisen, die die von Baden-Baden „aufgezwungene" Schulreform, vor allem die Reorganisation des Abiturs, an der Mainzer Universität, bei Geistlichen und führenden Politikern des Landes ausgelöst habe. Kritisiert werde in diesen Kreisen insbesondere die Orientierung am französischen Vorbild. Boislambert brachte seine Übereinstimmung mit solchen Vorwürfen unverhohlen zum Ausdruck, indem er sich über den vermeintlichen Anspruch mokierte, mit der 20-Punkte-Skala einen demokratischeren Bewertungsmaßstab als die herkömmlichen deutschen Schulnoten eingeführt zu haben. Schließlich verwies er auf Bidaults Schreiben, das der Übertragung französischer Methoden eine klare Absage erteilt hatte[244]. In Südbaden und Württemberg-Hohenzollern lagen die Dinge kaum anders. Der Tübinger *Délégué Supérieur* Widmer äußerte sich „nicht sehr zufrieden" über die von der DEP unter Berufung auf die bevorstehende Kontrollratsdirektive verordneten Reformmaßnahmen, die seinen Informationen zufolge auf eine Abschaffung des Lateinunterrichts hinausliefen. Eine solche Entwicklung wäre bei der deutschen Bevölkerung, insbesondere der katholischen Geistlichkeit, äußerst unpopulär und infolgedessen den französischen Interessen abträglich[245]. Dem südwürttembergischen Gouverneur wird man im Unterschied zu Boislambert keine eigenen Ambitionen im Erziehungswesen nachsagen können. Er vertrat in deutlicher Abgrenzung zu seinem Koblenzer Kollegen die Auffassung, daß die einzig wirksame Kontrolle der deutschen Schulen auf Kreisebene erfolge, wohingegen sich die Rolle des *Délégué Supérieur* in dieser Materie im wesentlichen auf die eines Beraters der deutschen Landesregierung beschränken solle[246]. Damit erwies er sich als loyaler Verfechter der von Paris und dem Oberkommando propagierten Dezentralisierungspolitik, die er im liberalen Sinne interpretierte; gleichzeitig trat er jedoch den Machtansprüchen Schmittleins entgegen. Argumentationshilfe erhielt Widmer von DEP-Mitarbeitern in seiner *Délégation*, die kein Hehl aus ihrer Auffassung machten, daß die von Baden-Baden verfügte Schulreform wegen der Widerstände behördlicher und kirchlicher Kreise inopportun sei[247]. Am meisten erboste Schmittlein aber die Haltung des Freiburger Gouverneurs, den er regelrechter Sabotage bezichtigte. Pène hatte die Anweisungen Laffons vom 16. Juni erst nach zwei Monaten an das badische Kultusministerium weitergeleitet, obwohl die Deutschen, durch Gerüchte hellhörig geworden, schon vorher um Aufklärung nachsuchten. Darüber hinaus bezeichnete der *Délégué Supérieur* die Kontrollratsempfehlung als nicht bindend, gar im Widerspruch zu Bidaults Richtlinien stehend[248].

---

[243] MAE, Y/654, fol. 12ff., Sitzungsprotokoll der Commission des territoires occupés vom 13.1.1947.

[244] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, Boislambert an de Varreux am [?].7.1947, No. 1062/HB.

[245] AOFA, AC P. 6, 7/A 10.1, Konsul d'Huart an Saint-Hardouin am 14.8.1947, No. 314/CP. D'Huart berichtete über eine Unterredung mit Gouverneur Widmer.

[246] Sitzungsprotokoll der Commission des territoires occupés vom 13.1.1947.

[247] Tätigkeitsbericht der Tübinger Section de l'Education Publique für 1945–1949.

[248] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, Schmittlein an Saint-Hardouin am 26.8.1947, No. 8371/DGAA/EDU.

Angesichts solch massiver Widerstände aus den Reihen des Militärregierungsapparates ist es nicht verwunderlich, daß der Proteststurm, der sich in der französischen Zone erhob, auch in Paris zu vernehmen war[249]. Erstaunlich ist eher, wie spät man dort auf die Ereignisse in Deutschland reagierte und wie wenig informiert sich die zuständigen Diplomaten des Quai d'Orsay zeigten. Erst Ende August 1947 – neun Wochen nach der Weiterleitung der Kontrollratsempfehlung an die Landesgouverneure durch Laffon und nach Abschluß der ersten Reifeprüfungen neuen Stils – telegrafierte die Europaabteilung sichtlich konsterniert an Saint-Hardouin, daß sie von der geplanten Abschaffung des Lateinunterrichts in der gymnasialen Unterstufe und von der Abiturreform erfahren habe. Die Kontrollratsdirektive sei nicht nur bei den Deutschen unpopulär, sondern werde auch am Quai d'Orsay für „inopportun" gehalten. Die Schulorganisation sei schließlich eine Angelegenheit der deutschen Landesregierungen. Außerdem werde die Direktive nur in der französischen Zone befolgt. Man bedaure, daß der eigene Delegierte im Kontrollratsausschuß der Empfehlung überhaupt zugestimmt habe. Diese dürfe auf keinen Fall weiter zur Anwendung kommen. Bezüglich der Abiturreform wies Paris darauf hin, daß die Militärregierung nur noch eng begrenzte Kompetenzen habe, ihr Vorgehen in dieser Frage daher im Widerspruch zu geltenden Regierungsrichtlinien und zu Koenigs Verordnung Nr. 95 stehe. Es zeuge von einer „ärgerlichen Neigung, in Deutschland die direkte Verwaltung durch die Besatzungsmacht fortzusetzen"[250]. Der Übermittler dieser scharfen Vorwürfe an Schmittleins und Laffons Adresse, Koenigs politischer Berater, reagierte umgehend, indem er dem Quai d'Orsay zwei ausführliche Stellungnahmen des Chefs der *Education Publique* übermittelte und dessen Argumenten Rückendeckung gegen seine Kritiker gab. Insbesondere hob Saint-Hardouin hervor, daß eine Abiturreform im Einvernehmen mit den deutschen Kultusbehörden beschlossen worden sei und nun politische Kreise die Ähnlichkeiten des neuen Prüfungsverfahrens mit dem französischen *baccalauréat* zum Vorwand ihrer Opposition nähmen[251]. Schmittlein selbst sah eine antifranzösische Kampagne nationalistischer deutscher Kreise im Gange, die von führenden Landespolitikern, wie Süsterhenn, den Bischöfen und fast der gesamten Presse unterstützt werde. Zugleich beklagte er die Desinformation der Öffentlichkeit über den wahren Charakter der Reformmaßnahmen und die hierfür mitverantwortliche Obstruktionspolitik der *Délégués Supérieurs*[252]. Den Klagen über eine angebliche Reduzierung des Lateinunterrichts hielt Schmittlein entgegen, daß diese Sprache mit Inkrafttreten der Schulreform nicht bloß an den 27 humanistischen Gymnasien, die früher auf dem Gebiet der französischen Zone existierten, sondern an allen

[249] Eine Rolle als Übermittler kirchlicher Proteste nach Paris spielte nach eigenem Bekunden der Jesuitenpater Jean du Rivau, auf dessen Intervention Bidault umgehend versucht habe, Schmittleins Behörde Grenzen zu stecken, wie Gilmore, France's Policies, S. 132, mitteilt.

[250] MAE, Z/Allemagne/101, fol. 257ff., Telegramme der Europaabteilung an Saint-Hardouin vom 22.8.1947, No. 613–14, und vom 26.8.1947, No. 625–26; letzteres abgedruckt in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 285f. Vgl. auch Cuer, Französischunterricht, S. 60; Vaillant, Frankreichs Kulturpolitik, S. 210f.

[251] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 2/1, Saint-Hardouin an die Europaabteilung am 27.8.1947, No. 557/EU, und am 29.8.1947, No. 565 EU.

[252] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, Schmittleins Vermerk für Koenig vom 20.8.1947, No. 8282/DGAA/EDU.

258 weiterführenden Schulen zum Lehrangebot gehöre[253], daß der Gesamtumfang des Lateinunterrichts also vermehrt werde und den in Frankreich übersteige. Auf die Kontrollratsdirektive zur Demokratisierung des deutschen Schulwesens eingehend, widersprach er der vom Pariser Außenministerium erhobenen Behauptung, daß die interalliierte Empfehlung nur im eigenen Besatzungsgebiet angewandt werde. Sie sei durchaus bindend und komme auch in den übrigen Zonen tatsächlich zur Geltung[254]. Diese von Saint-Hardouin unterstützte Abwehr zeigte Wirkung. Couve de Murville, politischer Abteilungsleiter am Quai d'Orsay, sah sich zu dem Eingeständnis gezwungen, daß seine Kritik an der Schulreform inhaltlich unzutreffend gewesen sei, da offenkundig der Lateinunterricht an den südwestdeutschen Gymnasien nicht verringert werde und die Zustimmung der deutschen Schulfachleute eingeholt worden sei. Er ließ es sich aber nicht nehmen, Laffon und Schmittlein auf zwei formale Versäumnisse hinzuweisen. Die Einwände aus politischen Kreisen hätten vermieden werden können, wenn die Reforminitiative den Deutschen überlassen oder nahegelegt worden wäre. Fehlinterpretationen auf deutscher Seite hätte eine bessere Kooperation zwischen der DEP und den *Délégués Supérieurs* verhindern müssen[255]. Schmittlein, der sich kein Jota von seiner Überzeugung abbringen ließ, legte schließlich dem *Administrateur Général* einen Entwurf vor, den Laffon am 20. September 1947 als Rundschreiben an die Gouverneure weitergab. Unter Hinweis auf Bidaults Richtlinien vom 4. Juli sowie Artikel 4 der Verordnung Nr. 95 sollten sie die deutschen Behörden in Kenntnis setzen, daß sich die DEP weiterhin die Herausgabe neuer Schulbücher sowie Initiativen zur Reform des Unterrichtswesens vorbehalte[256].

Während den *Administrateur Général* die sich verschärfenden – politisch komplexen, auch persönlichkeitsbedingten – Gegensätze zum Oberbefehlshaber das Amt kosteten, verstand es Schmittlein, seine guten, vertrauensvollen Beziehungen mit Koenig aufrechtzuerhalten und sich wirkungsvoller Protektion gegen Angriffe aus Paris wie aus den Landesdelegationen zu versichern. Dies bedeutete allerdings nicht, daß Schmittleins oft eigenwilliges, kompromißloses Auftreten, seine auch von manchen Franzosen als autoritär empfundenen Methoden in jedem Fall die Billigung des Oberkommandierenden oder seines Zivilkabinetts fanden. In der direkten Auseinanderset-

---

[253] Dieses Argument ignorierte den Kernpunkt der von deutscher Seite vorgebrachten Kritik: daß nur noch wenige Schüler von der Sexta an Lateinunterricht erhalten würden, nämlich an den in jedem Land bewilligten drei bis vier humanistischen Gymnasien.

[254] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, Schmittlein an Saint-Hardouin am 26.8.1947, No. 8371/DGAA/EDU. Er verwies auf die sowjetische Zone, wo die Kontrollratsdirektive am striktesten zur Anwendung komme. Tatsächlich war hier die Einheitsschule seit 1946 Gesetz; vgl. Hettwer, Bildungswesen, S. 29ff.; zu den seit Frühjahr 1947 eingeleiteten Reformmaßnahmen in der US-Zone Bungenstab, Umerziehung, S. 90ff. Bezüglich der britischen Zone gestand Schmittlein, keine genauen Informationen zu besitzen. Er führte allerdings ein ähnliches Schulreformprojekt in Hannover an und bezog sich damit wohl auf einen Plan Adolf Grimmes; vgl. Pakschies, Umerziehung, S. 191ff.

[255] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, Europaabteilung an Saint-Hardouin am 10.9.1947, No. 569 EU; abgedruckt in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 291f.; vgl. auch Cuer, Französischunterricht, S. 61; Vaillant, Frankreichs Kulturpolitik, S. 211f.

[256] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, Laffon an die Délégués Supérieurs am 20.9.1947, No. 9581 ABX. Der ursprünglich als Teil der Referenz-Nummer vorgesehene Zusatz „DGAA/EDU" unter dem Briefkopf verrät Schmittleins Urheberschaft. Vgl. auch Vaillant, Frankreichs Kulturpolitik, S. 209; Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 281.

zung mit hohen Geistlichen zeigte sich Koenig auf Schadensbegrenzung bedacht. Während Schmittlein, durch den hinhaltenden Widerstand des Klerus gegen „seine" Schulreform in Rage gebracht, immer weniger bereit war, ein Blatt vor den Mund zu nehmen, schlug der General den Weg verbindlicher Konzilianz und höflicher Sachlichkeit ein, um die Kirchenvertreter zu gewinnen[257]. Gelegentlich sah sich Koenig vor der Notwendigkeit, einen Umweg über weniger spektakuläre Machtdemonstrationen der Militärregierung zu suchen[258]. Als Schmittlein nach der Annahme der rheinland-pfälzischen Landesverfassung das Pariser Generalkommissariat einzuschalten gedachte, um eine Außerkraftsetzung des Artikels 36 zu erwirken, der eine nach Konfessionen getrennte Lehrerausbildung vorschrieb, setzte ihm Koenig deutliche Grenzen. Auch wenn manche Einwände gerechtfertigt seien, gehe es nicht an, das Ergebnis des Referendums in Frage zu stellen und eine undemokratische Haltung einzunehmen. Ebensowenig dürfe man sich antiklerikal geben und die Opposition der Bischöfe herausfordern[259]. Mit dieser Stellungnahme traf das Oberkommando die Stimmungslage am Quai d'Orsay[260].

Im Herbst 1947 versuchte Schmittlein noch, auf der Grundlage der alliierten Kontrollratsdirektive die Demokratisierung des südwestdeutschen Schulwesens nach seinen Vorstellungen entschlossen voranzutreiben. Nachdem die Mitteilung Laffons an die Landesgouverneure vom 16. Juni nur einen Proteststurm entfacht, jedoch nicht die erhofften Reformentwürfe aus den Kultusbehörden bewirkt hatte, setzte Schmittlein Mitte Oktober die Frage, wie die Überschneidung von Volksschul- und Gymnasialklassen beseitigt werden könne, auf das Programm einer DEP-internen Zusammenkunft[261]. Die Teilnehmer hielten an dem verkündeten Plan fest, die gymnasiale Unterstufe in Volksschulklassen umzuwandeln, die höhere Schule – und damit den Lateinunterricht – mit der Untertertia beginnen zu lassen und auf sechs Klassen zu verkürzen. Über die Zulassung zum weiterführenden Unterricht sollte eine Prüfung über den Stoff der Elementarklassen entscheiden, der sich begabte Schüler nach dem sechsten Schuljahr unterziehen konnten. Dies gebot nach Meinung der *Education Publique* jedoch einen anspruchsvolleren Grundschulunterricht sowie die Einführung von Französisch als obligatorischem Fach ab der fünften Klasse[262]. Durch die Erfahrungen mit der deutschen Opposition und ihren Auswirkungen gewarnt, schob Schmittlein jedoch eine endgültige Entscheidung bis zum erwarteten Eintreffen deutscher Reformentwürfe auf. Daß es ihm mittlerweile nur noch darum ging, einen Be-

[257] Beispiele hierfür aus der zweiten Jahreshälfte 1947 in: AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2.

[258] AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, Protokoll einer Zusammenkunft im Außenministerium am 21.5.1947.

[259] AOFA, CCFA, CAC, P. 40, POL III G 10, Schmittleins Entwurf eines Schreibens an das Generalkommissariat, den Laffon am 26.6.1947 Koenig zur Unterschrift vorlegte; Stellungnahme des Zivilkabinetts vom 1.7. und Koenigs vom 12.7.1947; das endgültige Schreiben Koenigs an das Generalkommissariat vom 28.7.1947 in: AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, No. 3738/CC/CAC/POL.

[260] AOFA, CGAAA, Carton 22, C.7, Antwortschreiben Bidaults an Koenig vom 28.8.1947, No. 1074/POL.

[261] AOFA, AC 97,37, „Réunion des officiers d'Education Publique du 14 octobre 1947. Procès-verbal".

[262] Im Herbst 1946 war an den südwestdeutschen Volksschulen Französischunterricht auf freiwilliger Basis ab der fünften Klasse eingeführt worden; vgl. EA, Dezember 1946, S. 307.

weis für den „guten Willen" der deutschen Seite in Händen zu haben und den „Geist" der französisch-alliierten Vorstellungen, nicht unbedingt aber alle Einzelheiten verwirklicht zu sehen, ließ er der Tübinger Kultusbehörde signalisieren[263]. Auch seine Reaktion auf ein im November 1947 vorgelegtes, erstmals kohärentes, von den französischen Vorgaben noch immer deutlich abweichendes Projekt aus Südwürttemberg ließ ein Abrücken der DEP von ursprünglichen Maximalpositionen erkennen[264]. Eine daraufhin bis Februar 1948 leicht korrigierte, von den deutschen Autoren aber wohl nicht ernsthaft verfolgte Neufassung[265] leiteten Schmittleins Mitarbeiter in Tübingen befürwortend nach Baden-Baden weiter[266].

Damit war der Höhepunkt französischer Erfolge überschritten. Aus der Perspektive der Jahresmitte 1949 stellte sich die Situation für die südwürttembergische *Section de l'Education Publique* ernüchternd dar: Aufgrund des rapiden Machtverlusts der Kontrollbehörden habe seitdem nichts mehr unternommen werden können; „und die Schulreform schlummert". Immerhin, so die zweckoptimistische Schlußwendung, sei noch nichts „unwiederbringlich verloren"[267]. Illusionsloser fällt die Bilanz im Rückblick aus deutscher Sicht aus. „Die von der französischen Militärregierung angeregte Reform des Schul- und Erziehungswesens war in Württemberg-Hohenzollern [wie in der gesamten französischen Zone] am Widerstand und an der Interesselosigkeit der am politischen Willensbildungsprozeß beteiligten Akteure gescheitert. Das schulorganisatorische Provisorium des Jahres 1945, das an das Schulwesen der Weimarer Zeit angeknüpft hatte, blieb schließlich [bis auf das Zentralabitur] unverändert erhalten."[268]

Deutschlandpolitische Entwicklungen seit Herbst 1947 und alliierte Vorbehaltsrechte im Erziehungswesen

Mit dem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947, bei der die französische Delegation auf ein kategorisches *Njet* der Sowjets zu fast allen Forderungen, insbesondere hinsichtlich der Saarfrage, gestoßen war, und angesichts der offen zutage tretenden Polarisierung zwischen Ost und West, die jenseits des Atlantiks in der Truman-Doktrin und dem Marshallplan ihren Niederschlag fand, sahen sich hellsichtigere Kräfte am Quai d'Orsay gezwungen, den Anspruch auf eine eigenständige Mittlerposition Frankreichs zwischen den Weltmächten zu überdenken. Innenpolitisch markierten die Entlassung der kommunistischen Kabinettsmitglieder aus der Regierung des Sozialisten Ramadier im Mai 1947 und die Herausbildung der *Troisième Force*, einer breiten, vom Antikommunismus getragenen Koalition, die in der Ministerpräsidentschaft des katholischen Volksrepublikaners Robert Schuman im November ihre Krönung fand, Stationen auf dem Wege Frankreichs in das westeuro-

[263] AOFA, Laffon, C. 19 (EDU 1947/48), Laffon an den Tübinger Délégué Supérieur am 27.9.1947, No. 9850 ABX.

[264] AOFA, AC 149,2, Tätigkeitsbericht der Tübinger Section de l'Education Publique für 1945–1949.

[265] Vgl. Winkeler, Schulpolitik, S. 104.

[266] Tätigkeitsbericht der Tübinger Section de l'Education Publique für 1945–1949.

[267] Ebenda.

[268] Winkeler, ebenda, S. 105 (Einschübe in Klammern von mir, S.Z.).

päisch-atlantische Lager[269]. Folgerichtig drängten Amerikaner und Briten seit Sommer 1947 auf einen Anschluß der französischen Zone an die Bizone, womit sie in der Pariser Diplomatie nicht mehr auf Ablehnung stießen. Offizielle Verhandlungen hierüber sollten allerdings erst nach einem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz Ende des Jahres aufgenommen werden[270]. In diesem Sinne forderte die politische Abteilung des Generalkommissariats Ende September General Koenig auf, Grundsätze für Verhandlungen über eine Trizonenfusion zu prüfen, die die Prinzipien der Pariser Deutschlandpolitik und die französischen Interessen am eigenen Besatzungsgebiet wahrten. Dem Fusionsgegner Koenig wurde dabei zugesichert, daß lediglich ein „gemeinsamer wirtschaftlicher Mechanismus" zur Diskussion stehe, in allen anderen Bereichen aber die Handlungsfreiheit der Oberbefehlshaber nicht tangiert würde[271]. Obwohl man sich am Quai d'Orsay klarzuwerden begann, daß im Strom der internationalen Entwicklung über den künftigen Status der französischen Zone und die Frage der Autoritätsverteilung zwischen Generalkommissariat und Oberkommando, zwischen Zivilisten und Generälen, nachzudenken und zu entscheiden war[272], wollte man auch den auf Bewahrung bisheriger Positionen pochenden Kräften im eigenen Land und in der Besatzungsverwaltung Rechnung tragen[273]. Daß sich nach Erlaß der Verordnung Nr. 95 noch bis Sommer 1948 an der „französischen Taktik, den Deutschen [...] zwar fast globale Zuständigkeiten zu übertragen, diese jedoch durch Ausführungsbestimmungen wieder weitgehend einzuschränken"[274], nichts Grundsätzliches änderte, ist seit längerem bekannt. Auch diplomatischen Kreisen in Paris blieb diese Diskrepanz nicht verborgen. Allerdings herrschte Uneinigkeit darüber, wie weit Zugeständnisse an die deutschen Landesregierungen gehen sollten[275].

Als im Dezember 1947 die Londoner Außenministerkonferenz der Vier Mächte – wie erwartet – ergebnislos abgebrochen wurde, schien dem Quai d'Orsay die Zeit gekommen, den „seidenen Vorhang" vor der eigenen Besatzungszone aufzuziehen. Noch in der britischen Hauptstadt verabredeten Marshall, Bevin und Bidault, umgehend in Berlin Gespräche zwischen Repräsentanten ihrer Militärregierungen anzuberaumen[276]. Daß die französische Seite keineswegs an eine sofortige Fusion der besetzten Gebiete, gar die Konstituierung eines westdeutschen Staatsgebildes dachte, legte Bidault in einer ausführlichen Denkschrift für General Koenig nieder. Der voraus-

[269] Bereits Mitte 1946 hatte der Quai d'Orsay Signale für eine Unterstützung der neuen amerikanisch-britischen Deutschlandpolitik ausgesandt, nachdem die Unvereinbarkeit der westlichen und sowjetischen Positionen deutlich geworden war. Generalsekretär Chauvel machte gleichzeitig aber deutlich, daß an eine offen antisowjetische Kooperation in der Besatzungspolitik so lange nicht zu denken sei, wie Kommunisten in der Pariser Regierung saßen; vgl. Graml, Die Alliierten, S. 167.

[270] Vgl. ebenda, S. 192f.

[271] AOFA, AC 65,2, politische Abteilung des Generalkommissariats (Debré) an Koenig am 26.9.1947, No. 1156/POL.

[272] Aufschlußreich hierfür sind drei Aufzeichnungen des Generalkommissariats zur Frage einer Strukturreform der Militärregierung vom September 1947 und ein Memorandum des Oberkommandos vom 18.9.1947, No. 4660; in: AOFA, CGAAA, P. 13, B 4.

[273] Zur öffentlichen Meinung in Frankreich vgl. Loth, Die Franzosen.

[274] Konstanzer, Weisungen, S. 204.

[275] AOFA, CGAAA, P. 6, A 9, Vermerk der politischen Abteilung des Generalkommissariats, „Pouvoirs des gouvernements allemands de la Z.F.O." vom 2.11.1947, No. 1489/POL.

[276] Vgl. Graml, Die Alliierten, S. 197.

sichtlich endgültige Abbruch einer vierseitigen Einigung über Deutschland weise jeder der Besatzungsmächte selbst die Verantwortung für die Definition ihrer künftigen Linie zu. Für Frankreich hätten sich die allgemeinen Ziele in der Deutschlandpolitik nicht geändert. Seine Position sei getragen vom tief empfundenen Gefühl des französischen Volkes, daß Deutschland aufgrund seiner industriellen Überlegenheit früher oder später erneut eine Gefahr für Frankreich werden könne. Doch trotz dieser innenpolitisch motivierten Referenz an die Stimmungslage der Nation und der – nicht zuletzt für den Gaullisten Koenig bestimmten – Betonung außenpolitischer Kontinuität ließen sich die von der französischen Diplomatie geschlossenen Kompromisse nicht verbergen. Wenn Bidault die „Bildung eines weitgehend dezentralisierten Deutschlands" hervorhob, so war dies von der ursprünglich verfochtenen Auffassung schon weit entfernt. Dem Sicherheitsbedürfnis Frankreichs sollte nicht nur durch einen alliierten Abrüstungspakt, sondern auch durch „reelle Garantien" Rechnung getragen werden. Dazu zählte Bidault die zeitlich unbegrenzte Besetzung der Rheinprovinzen – aber nicht mehr deren Abtrennung von Deutschland –, eine völlige oder teilweise Beschränkung bestimmter Industriezweige, die internationale Kontrolle des Ruhrgebiets und eine multilateral vereinbarte Verteilung seiner Kohle- und Koksvorkommen, zumindest teilweise eine Wiedergutmachung der von Deutschland verursachten Kriegsschäden, schließlich den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft im Rahmen der Bedürfnisse und Möglichkeiten ganz Europas. Die Herausbildung zweier sich feindlich gegenüberstehender Machtblöcke – „zwischen denen Frankreich nicht unentschieden geblieben ist" – sei für Frankreich gefährlich, weil sie Deutschland zur umworbenen Schachfigur beider Kontrahenten mache. Ließen sich die Besiegten von gestern ins westliche Lager ziehen, könnten sie erneut zur Vormacht des Kontinents werden. Ein vom Osten beherrschtes Deutschland hingegen wäre die größte Gefahr, die Frankreich jemals gekannt hätte. Diese erschreckende Alternative gelte es mit allen Mitteln auszuschließen. Daher müsse zunächst die Bildung einer deutschen Zentralregierung in Ost oder West so lange wie möglich hinausgezögert werden, da sie unweigerlich das Nachziehen der anderen Seite zur Folge haben würde. Eine Initiative zur Teilstaatsgründung dürfe keinesfalls von den westlichen Verbündeten ausgehen, sondern sei höchstens als Reaktion auf sowjetisches Vorgehen denkbar. Zur Frage einer Fusion der eigenen mit der angelsächsischen Bizone bemerkte Bidault, daß einem solchen Schritt ein Grundsatzabkommen vorausgehen müsse, wenn Frankreich sich die Möglichkeit unabhängigen und mitbestimmenden Handelns offenhalten wolle. Dabei sei ein dreiseitiges Einvernehmen über Deutschlands künftige Organisation und die internationale Verwaltung der Ruhr zu erzielen. Unter dieser Prämisse gelte es, zunächst die deutschen Länder zu konsolidieren – auch die gegenwärtig bestehenden Grenzen zu revidieren –, und ihnen die wirtschaftliche und politische Integration in das westliche Europa als Ziel vor Augen zu führen. In diesem Gesamtrahmen, kündigte der Außenminister an, sollten sich die Berliner Verhandlungen vollziehen. Dabei werde Koenig möglicherweise feststellen, daß seine Gesprächspartner andere Absichten als er verfolgten. Keinesfalls dürfe er aber durch technische Vereinbarungen politische Entscheidungen der Regierung präjudizieren. Paris könne nicht daran gelegen sein, die französische Zone ohne Wenn und Aber der Bizone anzuschließen. Frankreich habe zwar Interesse an einer wirtschaftspolitischen Harmonisierung der westlichen Besatzungsgebiete. Zu berücksichtigen seien jedoch die unterschiedliche Zonenorganisa-

tion, das Problem, wie durch amerikanische Hilfslieferungen negative Verschiebungen in Frankreichs Handelsbilanz mit der eigenen Zone ausgeglichen werden könnten, und die Frage, wie eine gleichberechtigte Verhandlungsposition der französischen Delegation sicherzustellen sei[277].

Bidaults Instruktionen für Koenig machten langwierige Verhandlungen mit den amerikanischen und britischen Zonenbefehlshabern unausweichlich. Allzusehr hielt der auch in seiner eigenen Partei, bei den Volksrepublikanern (MRP), bereits umstrittene Außenminister an den Prämissen und Forderungen der gaullistischen Deutschlandpolitik fest, nunmehr allerdings in erster Linie aus taktischen Gründen gegenüber den Alliierten[278]. Die französische Haltung, die wegen ihrer komplexen Motive zwar nuanciert zu bewerten ist, unbestreitbar aber auch beinhaltete, das Einschwenken auf den angelsächsischen Kurs so teuer wie möglich zu verkaufen, trug nicht unwesentlich dazu bei, daß sich die Londoner Verhandlungen über die Zukunft Westdeutschlands, die durch Vertreter der Benelux-Staaten zur Sechsmächtekonferenz erweitert wurden, von Februar bis Juni 1948 hinzogen[279].

Für die Besatzungspolitik im eigentlichen Sinne erhielt Koenig noch im Januar die Anweisung aus Paris, daß die Anfangsphase der direkten Verwaltung Südwestdeutschlands durch die französische Militärregierung endgültig zu beenden sei[280]. Erstmals war in diesem Zusammenhang auch die Rede davon, daß eine Ausbeutung der Zone im Interesse des Wiederaufbaus in Frankreich nicht mehr in Frage komme. Statt dessen gelte es, „die Zukunft vorzubereiten", einen Wandel nicht nur in Verwaltung und Politik, sondern auch im Wirtschaftsleben herbeizuführen. Vorgesehen seien eine Verringerung der Besatzungskosten und ein erneuter Personalabbau in der Militärregierung. Dies werde die Anpassung der Verwaltung an ihre neue Rolle, die nur noch Überwachungsaufgaben vorsehe, und die Konsultation deutscher Stellen beschleunigen. Die Deutschen sollten mit Würde und Vertrauen, als Gleichberechtigte behandelt, überzeugt und nicht mehr gezwungen werden. Schließlich gelte es, den Meinungsaustausch mit deutschen Politikern und Beamten aus allen westlichen Zonen zu intensivieren, sie zu Begegnungen mit französischen Kollegen, auch in Frankreich selbst, zu ermutigen. Insbesondere auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet solle es zu deutsch-französischen Kontakten kommen. Bei jeder Gelegenheit müsse den Deutschen begreiflich gemacht werden, daß ihnen eine ehrenvolle Rolle in einem geeinten und solidarischen Europa zugedacht sei. Staatssekretär Schneiter übermittelte Koenig getreulich die ihm von Außenminister Bidault vorgegebenen Grundsätze, ging allerdings hierüber hinaus, indem er präzisierte, daß mit der Verordnung Nr. 95 ein ausreichender gesetzlicher Rahmen für den Übergang zur ausschließlichen Kontrolle vorhanden sei. Sie müsse nunmehr „im liberalsten Sinne" angewandt werden. Als ein-

[277] AOFA, CGAAA, P. 6, A 9, Bidault an Koenig am 4.1.1948.

[278] Vgl. Schreiner, Bidault, S. 169f.

[279] Vgl. Graml, Die Alliierten, S. 198ff.; Krieger, Clay, S. 350ff.; nuancierend: Fritsch-Bournazel, Mourir, S. 174ff.

[280] Zum Folgenden AOFA, CGAAA, P. 6, A 9, Mitteleuropaabteilung des Außenministeriums (gez. Bidault) an den Staatssekretär für Deutschlandfragen am 15.1.1948, No. 5/EU; politische Abteilung des Staatssekretariats (gez. Schneiter) an Koenig am 23.1.1948, No. 1750/POL; letzteres abgedruckt in: Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 551ff.; vgl. auch Cuer, L'action culturelle, S. 49f.

zigen Bereich, in dem der französischen Militärregierung ein Initiativrecht vorbehalten bleibe, nannte er das Erziehungswesen: „Aufgrund der besonderen Verantwortung, die uns in dieser Hinsicht zufällt, und der Bedeutung des Problems, das die demokratische Erziehung der jungen Deutschen aufwirft, ist es legitim, daß die französischen Behörden weiterhin die Rolle der treibenden Kraft (un rôle d'impulsion) übernehmen." Allerdings müßten sie sich auch hier auf klar umrissene Aufgaben beschränken und Bidaults Richtlinie vom Juni 1947[281] „im liberalen Sinne" interpretieren. Eine Reform im Erziehungswesen könne nur von Dauer sein, wenn sie von den Deutschen selbst in Angriff genommen werde. Der Eindruck, französische Kultur solle die deutsche verdrängen oder eine Französisierung der Unterrichtsmethoden erfolgen, sei unbedingt zu vermeiden. Zu diesem Problemkomplex, kündigte Schneiter an, müsse demnächst eine gesonderte Erörterung stattfinden. Koenig teilte diese Meinung und drängte seinerseits den Staatssekretär, die vorgesehene Zusammenkunft schnellstens anzusetzen, da soeben in einem erneuten Vorstoß des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und des Koblenzer *Délégué Général* die weitreichenden französischen Ambitionen im Schulsektor, ihre fragwürdige Rechtsgrundlage sowie mangelndes politisches Feingefühl und überschießender Dogmatismus attackiert worden waren[282].

Tatsächlich schien den Pariser Verantwortlichen in den ersten Tagen des Jahres 1948, zwischen der gescheiterten, vorläufig letzten Viermächtekonferenz und den zukunftsweisenden Sechsmächteverhandlungen in London, die Neugestaltung der französischen Besatzungspolitik vordringlich. Der Staatssekretär für Deutschlandfragen begab sich persönlich in die Zone und verkündete bei einem feierlichen Empfang durch den badischen Staatspräsidenten Wohleb in Freiburg die Grundsätze der künftigen bilateralen Beziehungen. Den anwesenden „Vertreter[n] der jungen badischen Demokratie" legte Schneiter nahe, daß es nun auf sie ankomme, „die Möglichkeit einer Zukunft der Arbeit, des Wohlergehens und des Friedens wiederzufinden". Frankreich sei entschlossen, „den deutschen Landesbehörden zu gestatten, ohne irgendwelchen Zwang sämtliche Machtbefugnisse auszuüben, die ihnen durch die Verordnung Nr. 95 des Oberbefehlshabers gewährt wurden", und „in dieser Richtung den größten Liberalismus an den Tag zu legen", sofern sich die Deutschen des in sie gesetzten Vertrauens würdig erwiesen. Die Kontrolle der Militärregierung werde „sich hauptsächlich auf zwei Punkte erstrecken": ein Wiederaufleben des Nationalsozialismus zu verhindern und eine kontinuierliche Demokratisierung zu gewährleisten. Zwei Einschränkungen ihrer Souveränitätsrechte enthielt Schneiter den Deutschen nicht vor: „Auf ökonomischem Gebiet hat Frankreich die Verantwortung für die Handelsbilanz der französischen Besatzungszone, und diese erfordert, daß die wirtschaftliche Koordination letzten Endes in den Händen der Besatzungsbehörden bleibt." Außerdem: „Was die Demokratisierung des Unterrichtswesens anbelangt, müssen die französischen Dienststellen, indem sie die speziellen Schwierigkeiten auf diesem Gebiet be-

[281] Schneiter nannte als Referenz ein Schreiben des Außenministers vom 20.6.1947, No. 842. Vermutlich handelt es sich, zumindest inhaltlich, um die Instruktionen, die Bidault am 4.7.1947 Koenig übermittelte.

[282] AOFA, AC 65,2, Altmeier an Boislambert am 4.12.1947; Boislambert an Koenigs Zivilkabinett am 2.1.1948, No. 1729/S.G.; Koenig an das Staatssekretariat am 21.1.1948, No. 444/CC/CAC/POL.

rücksichtigen, eine gewisse Antriebsrolle behalten. Aber auch da ist es selbstverständlich, daß ein andauernder Fortschritt nur dann erzielt werden kann, wenn Sie Ihre Unterrichtsmethoden zu erneuern und Ihren Erziehern einen neuen Geist einzuflößen verstehen."[283]

Zur selben Zeit, als der Staatssekretär mit diesen Worten den badischen Honoratioren ins Gewissen redete, konferierte sein Generalsekretär Debré mit führenden Vertretern der Militärregierung in Baden-Baden. Von Verwaltungsdirektor Sabatier bzw. dem Chef der *Education Publique* erbat er ein Memorandum und einen Entwurf für Pariser Direktiven zum Erziehungswesen[284]. Aus diesem Anlaß entstand Schmittleins programmatische Denkschrift zur „rééducation du peuple allemand"[285], auf deren Inhalt später ausführlich einzugehen sein wird. Im Richtlinienentwurf hob er hervor, daß die Demokratisierung Deutschlands eines der Hauptziele der Besatzungspolitik darstelle, der Erziehung in allen Aspekten eine überragende Bedeutung zukomme und deshalb sämtliche Kontroll- und Initiativrechte der DEP zu wahren seien. Insbesondere die Elitenbildung (Schulung der künftigen Lehrer, Professoren, Verwaltungsbeamten etc.), die Organisation der Lehranstalten und Universitäten, der Jugendgruppen und des Volksbildungswesens sowie des gesamten intellektuellen Lebens sollten letztlich dem Pariser Staatssekretariat vorbehalten sein. Es gehe nicht allein um die Ablösung deutscher Behörden durch französische, sondern darum, sie auf den neuen Weg der Demokratie zu führen und im Falle eines Fehltritts selbst energisch einzugreifen. Auch diesen Anlaß ließ Schmittlein nicht vorübergehen, ohne den Verantwortlichen in Paris eine Entmachtung der *Délégués Supérieurs* nahezulegen. Das Umerziehungswerk könne nur mit größter Disziplin auf allen Ebenen erfolgreich fortgeführt werden[286].

Die Betriebsamkeit, die das Staatssekretariat für Deutschlandfragen um die Jahreswende 1947/48 an den Tag legte, stand in Zusammenhang mit einer seit Monaten geplanten Reform der französischen Besatzungsverwaltung. Nachdem noch im Frühjahr 1947 Laffon und die ihm unterstehenden Dienststellen der Militärregierung eine wirkliche Dezentralisierung verhindert hatten, richteten die Planer in Paris nach der Moskauer Außenministerkonferenz ihr Augenmerk verstärkt auf dieses Ziel. Im Herbst standen drei Reformprojekte einander gegenüber[287]. Im Frühjahr 1948 fielen schließlich in Paris die Würfel über die Prinzipien einer Reorganisation von Oberkommando und Militärregierung, die bis Juni abgeschlossen sein sollte[288]. Nach dem

[283] AOFA, AC 68, zweisprachige Broschüre mit den Reden Schneiters und Wohlebs in Freiburg am 25.1.1948.

[284] AOFA, AC 65,2, Sabatiers Vermerk für Schmittlein vom 21.1.1948, No. 2661/DG.

[285] AOFA, AC 67,1, Schmittleins Denkschrift „La rééducation du peuple allemand" vom 27.1.1948, No. 10711/DGAA/EDU; abgedruckt in: Vaillant (Ed.), Dénazification, S. 139ff., übersetzt in: ders. (Hrsg.), Französische Kulturpolitik, S. 161ff.

[286] AOFA, AC 65,2, Schmittleins „Projet de directives à présenter à la signature de M. le Secrétaire d'Etat A.A.A." vom 31.1.1948, No. 10829/DGAA/EDU. Am 6.2. leitete Sabatier Schmittleins Bericht und Direktivenentwurf uneingeschränkt befürwortend an Koenigs Zivilkabinett weiter; in: AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, No. 2733/DG.

[287] AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, Memorandum des Oberkommandos vom 18.9.1947, No. 4660, sowie weitere Projekte und Stellungnahmen zum selben Problemkomplex.

[288] Im Schreiben an Koenig vom 23.1.1948, No. 1750/POL, kündigte Schneiter an, daß am 4.2. das interministerielle Komitee über die Reorganisation der Besatzungsverwaltung entschei-

Ausscheiden Laffons, der im November 1947 aus den anhaltenden Querelen mit General Koenig, dessen gaullistischen Mitarbeitern und dem Quai d'Orsay die Konsequenzen zog und zurücktrat[289], wurde sein Amt nicht neu besetzt, sondern statt dessen ein Generalsekretariat beim Oberkommandierenden eingerichtet. Ergänzend fanden seitdem vierzehntägliche Dienstbesprechungen der Abteilungsleiter aus Baden-Baden und Berlin statt[290]. Die zwischen April und Juli 1948 angeordnete Reorganisation der französischen Militärregierung in Deutschland führte insgesamt zur Straffung und Vereinheitlichung der Abteilungen unter ausschließlicher Leitung Koenigs, der den lange monierten Dualismus von (militärischem) Oberkommando und (ziviler) Militärregierung zu seinen Gunsten entschied[291]. Die vormals in Berlin residierenden Behörden wurden mehrheitlich aus der ehemaligen Reichshauptstadt abgezogen und mit den Dienststellen in Baden-Baden unter der Bezeichnung *Divisions* oder *Services* (statt bisher *Directions Générales* und *Directions*) fusioniert. Sieben dieser *Divisions* (darunter Schmittleins *Education Publique*) waren Koenigs Generalsekretär Gromand zugeordnet; drei weitere (die Abteilungen für politische Angelegenheiten, Information und Staatssicherheit), außerdem der Generalinspekteur für Entwaffnung, die *Administration Générale*, das Zivil- und Militärkabinett sowie die Landesgouverneure unterstanden unmittelbar dem Oberbefehlshaber. Als oberster Truppenkommandant sowie als Leiter der französischen Kontrollratsgruppe ließ sich Koenig wie bisher von den Generälen Guillaume und Noiret vertreten. *Conseiller Politique* blieb Tarbé de Saint-Hardouin; Maurice Sabatier avancierte zum *Conseiller des Affaires Administratives*; ein dritter Berater für Wirtschafts- und Finanzfragen vervollständigte Koenigs engsten Mitarbeiterstab[292].

Auch die DEP erfuhr wie die übrigen Ressorts der Militärregierung eine behördeninterne Umgestaltung, die allerdings die Mehrzahl des Personals in den angestammten Arbeitsbereichen beließ[293]. An die Stelle der bisherigen vier Unterdirektionen traten drei Abteilungen. Der *Service du Contrôle* (mit dem späteren Zusatz: *de l'Enseignement Allemand*) bestand aus sechs Büros für die unterschiedlichen Unterrichtsniveaus von der Grundschule bis zur Universität, für Forschungseinrichtungen und für Sportverei-

---

Fortsetzung Fußnote von Seite 112

den werde. Vom 23. bis 28.2. und am 24.3. fanden im Pariser Staatssekretariat Konferenzen mit Vertretern aus Baden-Baden über dieselbe Frage statt; AOFA, CGAAA, P. 6, A 9.

[289] Zu den Hintergründen vgl. Lattard, Zielkonflikte; zu Laffons Absetzung am 15.11.1947 Willis, The French, S. 89ff.

[290] AOFA, AC 131,5, „P.-V. de la Réunion générale inter G.M.-G.F.C.C. tenue à Baden-Baden le 27[17?]-12-47 sous la présidence de M. le Général d'Armée Koenig, C.C.F.A." vom 18.[28.?]12.47, S.G.C. No. 850.

[291] Problematisch erscheint allerdings die von Willis, The French, S. 90, vertretene, auf zeitgenössischen Besorgnissen beruhende Interpretation, daß diese Reorganisation die Vormachtstellung des Militärs (als Institution) gegenüber den Zivilisten endgültig festschrieben habe.

[292] Schneiters Verfügung vom 4.4.1948, in: JO-RF vom 11.4.1948; Koenigs „Décision" No. 419 am darauffolgenden Tag; in: MAE, Y/654, fol. 162. Vgl. auch Willis, ebenda, S. 265f.; Henke, Politik der Widersprüche, S. 60ff. Am 3.5.1948 definierte Koenig in seiner „Décision" No. 507 die Aufgaben seiner Berater; am 9.7.1948 erließ er eine „Instruction sur l'organisation et le fonctionnement du C.C.F.A.", No. 843; beide in: AOFA, AC 68.

[293] AOFA, AC 65,2, fünf „Notes de Service" Schmittleins vom 12.6.1948, Nos. 2576–2580/CCSG/EDU.

nigungen[294]. Der *Service de l'Action Culturelle* umfaßte fünf Büros: *Edition et Livre, Expansion Artistique, Diffusion de la Langue Française, Action Pédagogique*[295] und *Culture Populaire*. Der *Service de l'Enseignement Français* wurde zwar als „vorläufig angegliedert" bezeichnet, blieb jedoch auf Dauer im Rahmen der DEP bzw. ihrer Nachfolgebehörde bestehen[296]. Diese Mitte Juni 1948 in Kraft tretende Neustrukturierung kam nicht nur einer funktionalen Aufgabenteilung entgegen, sondern versprach angesichts der deutschlandpolitischen Entwicklungen auch eine wirksame Wahrung von Teilkompetenzen: „Falls morgen die Kontrollabteilung einer interalliierten Einrichtung unterstellt wird, muß die Kulturpolitik und im weiteren auch das französische Unterrichtswesen hiervon unabhängig sein"[297], lautete die Überlegung der DEP. Zu Abteilungsleitern ernannte Schmittlein den bisherigen Chef der Tübinger *Education Publique*, Jean Graff (*Service du Contrôle*), seine eigene Stellvertreterin, Irène Giron (*Service de l'Action Culturelle*), und den vormaligen Leiter des Unterrichtswesens, François Maurice (*Service de l'Enseignement Français*). Die Verantwortlichen der aufgelösten Hochschul- und Forschungs- sowie der Kunstabteilung, Louis Sauzin bzw. Michel François, holte Schmittlein als Sonderbeauftragte in sein „Kabinett"; den bisherigen Chef des Sport- und Jugendbereichs, Henri Moinard, entsandte er als Generalsekretär der *Education Publique* nach Berlin. Eugène Hepp, DEP-Vertreter in der französischen Kontrollratsgruppe, war inzwischen nach Baden-Baden zurückgekehrt und hatte die vakant gewordene Leitung der *Direction de l'Information* übernommen.

Die Reorganisation der französischen Besatzungsverwaltung in Deutschland brachte zwar die Konsolidierung des Oberkommandos – mit deutlich verringertem Personalbestand[298] – sowie die Stärkung der Position Koenigs, wurde aber durch eine gewisse Aufwertung der Pariser Deutschlandabteilung „ausbalanciert". Das Generalkommissariat (CGAAA) war im August 1946 dem direkten Zugriff des Regierungschefs entzogen und dem Außenministerium angegliedert worden, seine Leitung von René Mayer an den Unterstaatssekretär des Quai d'Orsay Pierre Schneiter übergegan-

[294] Später wurde die weitgehend fiktiv gewordene Kontrolle des Gymnasial- und Hochschulwesens in einem Büro zusammengefaßt, ebenso die Überwachung der Volks- und Berufsschulen sowie der Lehrerbildungsanstalten. Der Forschungskontrolle und der Aufsicht über den Sportbereich hingegen blieben jeweils eigene Unterabteilungen erhalten; AOFA, sekret., „Annuaire téléphonique du G.M.Z.F.O.", Stand: 15.5.1949.

[295] Diese Unterabteilung kommt ebenda nicht mehr vor. Statt dessen wird nun die Unterabteilung Lettres angeführt, der die Betreuung der literarischen Zeitschrift „Das Goldene Tor" und der pädagogischen Zeitschrift „Schola" oblag.

[296] Ebenda und das „Annuaire téléphonique" des Hochkommissariats, Stand: 15.3.1951; letzteres abgedruckt in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 223.

[297] AOFA, AC 68, „Compte-rendu de la réunion des contrôleurs de l'Education Publique, tenue à Coblence les 5, 6, 7 juillet 1948".

[298] Im Herbst 1947 wurde das Personal des Generalkommissariats in Paris und in der Militärregierung von ca. 21 000 auf etwa 14 000 Beschäftigte reduziert. Das reorganisierte Oberkommando sollte nur noch 9000 Mitarbeiter umfassen; AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, Aufzeichnung Nr. 3 der Personalabteilung im Generalkommissariat vom 23.9.1947; „Rapport sur l'organisation des Services Civils de Gouvernement, d'Administration et de Contrôle en Allemagne" vom 17.3.1948, mit „Annexe No. 5: Tableau recapitulatif". Koenig konnte jedoch eine etwas höhere Zahl durchsetzen. Am 19.5.1948 legte Ministerpräsident Schuman die Personalstärke mit Wirkung vom 1.7. auf knapp 9800 fest, 377 in Paris, 9388 in Deutschland; MAE, Y/654, fol. 152.

gen[299]. In den Regierungen Blum und Ramadier (Dezember 1946 bis November 1947) wurden die Sozialisten Pierre-Olivier Lapie und Alain Savary mit dem Generalsekretariat betraut[300]. Bei den Überlegungen zur Strukturreform der Militärregierung seit Sommer 1947 spielte auch das Bemühen eine Rolle, die eindeutige Weisungsbefugnis des Generalkommissariats gegenüber dem Oberbefehlshaber zu erwirken[301]. Ende November 1947, mit der Regierungsbildung der *Troisième Force* unter Ministerpräsident Schuman, avancierte das am Quai d'Orsay angesiedelte Generalkommissariat zum eigenständigen Staatssekretariat (SEAAA), dessen Leitung erneut Pierre Schneiter übernahm; der Gaullist Michel Debré wurde mit den Aufgaben des Generalsekretärs betraut[302]. Parallel zur Reorganisation der französischen Besatzungsverwaltung im Frühjahr 1948 erweiterte ein Dekret des Regierungschefs die Kompetenzen des Staatssekretärs, der als einziger ermächtigt wurde, dem Oberbefehlshaber in Deutschland Direktiven zur Arbeit der Besatzungsbehörden zu erteilen oder zu übermitteln. Damit war Schneiters Dienststelle nicht mehr auf eine Transmissionsfunktion beschränkt, sondern konnte im organisatorisch-fachlichen Bereich selbst weisunggebend aktiv werden. Zu den ihm unterstellten Organen zählten nun auch Einrichtungen oder Stäbe, die unmittelbar von Pariser Ministerien nach Deutschland entsandt worden waren[303]. Vor einer solchen Ausdehnung hatte Koenigs politischer Berater Saint-Hardouin den Quai d'Orsay ausdrücklich gewarnt[304]. Auch die Kulturdirektion des Außenministeriums erkundigte sich besorgt, ob Schumans Verordnung ihre dienstlichen Beziehungen zum Staatssekretariat auf eine neue Grundlage stelle. Die abwiegelnde Erklärung der Mitteleuropaabteilung erwies sich bald als zu optimistisch und mußte der Erkenntnis weichen, daß die Tendenz zu einem „äußerst heiklen Dualismus" zwischen Staatssekretariat und Außenministerium sowie zum Mangel an gegenseitiger Information sehr wohl bestand[305].

Ein besonderer Streitpunkt erwuchs aus dem Vorhaben des Generalsekretärs Debré, im Zuge der Reform der Besatzungsverwaltung dem Oberbefehlshaber einen ausschließlich für Kulturfragen zuständigen Berater an die Seite zu stellen. Mit diesem

---

[299] Vgl. Dekret Nr. 46–1836 vom 20.8.1946, in: JO-RF vom 23.8.1946; MAE, Y/653, fol. 141, Glückwunschschreiben Monicaults zur Ernennung Schneiters vom 29.7.1946; Martin, Législation française, S. 6; Henke, Aspekte, S. 182.

[300] Die wechselvolle Entwicklung des Generalkommissariats bzw. Staatssekretariats für Deutschlandfragen ist bisher noch nicht in allen Einzelheiten bekannt. Rainer Hudemann bereitet eine Edition der einschlägigen Akten vor.

[301] AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, Stellungnahmen des Generalkommissariats zum Memorandum des Oberkommandos vom 18.9.1947.

[302] Ebenda, Aufstellung vom 31.12.1947 und Debrés „Note sur l'administration et la politique françaises en Allemagne" vom 2.2.1948, in der Debré seine Ernennung eine „ziemlich zufällige Entscheidung" nannte. Er bekleide nur übergangsweise diesen Posten, der gar keine „reale administrative Existenz" besitze. Zudem betrachte er sich nicht als Fachmann für Deutschlandfragen. Vgl. auch Poidevin, Schuman, S. 161.

[303] Schumans Dekret No. 48.658 vom 12.4.1948, in: JO-RF vom 13.4.1948.

[304] MAE, Y/654, fol. 157, Saint-Hardouin an das Außenministerium am 8.4.1948, No. 217.

[305] Ebenda, fol. 150, Mitteleuropaabteilung an die DGRC am 30.4.1948, No. 607; fol. 205, Debré an den Direktor der Europaabteilung am 22.7.1948, No. 381/SG. Auch Staatssekretär Schneiter monierte, daß er nicht schnell genug über Vorgänge in Deutschland informiert werde; ebenda, fol. 168.

Plan stieß er im Außenministerium auf Skepsis[306], in der Umgebung Koenigs auf unverhohlene Ablehnung. Debré plädierte dafür, London und Washington umgehend wissen zu lassen, daß nun auch die Franzosen deutschlandpolitische Veränderungen für unausweichlich hielten und einer gemeinsamen Organisation der drei westlichen Zonen zustimmten. Für ein solches Einschwenken auf die angelsächsische Linie müsse Paris allerdings Vorbedingungen stellen, um das französische Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen und die politische Stabilität Westdeutschlands zu gewährleisten. Hierzu gehöre ein gemeinsames kulturelles Aktionsprogramm, das Schulen, Universitäten, Jugendgruppen, Presse, Rundfunk u.a.m. umfassen solle und zu dessen Umsetzung eine Kommission aus französischen, angelsächsischen und deutschen Professoren gebildet werden könne. Demnach hätte die einseitige Bevormundung der Deutschen durch die jeweilige Besatzungsmacht in absehbarer Zeit einer vierseitigen Kooperation im Kulturbereich weichen müssen. Daß es Debré jedoch in erster Linie darum ging, Frankreichs Einflußsphäre auszudehnen, zeigte sich im resümierenden Teil seiner Ausführungen, in dem er die Pariser Deutschlandpolitik stichwortartig auf wenige Postulate reduzierte. „Unsere Interessen wahren: Reparationen, Restitutionen, Abrüstung. Die Leitung oder genaue Überwachung einiger wirtschaftlicher Großbetriebe übernehmen [...]. Im kulturellen Bereich Stellung beziehen (*Prendre quelques positions culturelles*): Hier haben wir zweifellos die besten Möglichkeiten, da wir nicht nur in unserer Zone, sondern auch in den angelsächsischen, insbesondere der amerikanischen Zone aktiv werden können."[307] In einem persönlichen Brief an Koenig unterstrich Debré erneut, welch große Bedeutung er dem Kultursektor beimaß und wie sehr ihn das Problem beschäftigte, Frankreichs Einflußchancen zu verbessern, solange die politischen und finanziellen Voraussetzungen bestanden und das Besatzungsregime in Deutschland fortexistierte. Er regte die Einrichtung einer *Commission des Affaires Culturelles Allemandes* in Baden-Baden oder Paris an, der vier bis fünf der renommiertesten französischen Germanistikprofessoren und ein bis zwei deutschlanderfahrene Spitzenbeamte angehören sollten. Von einer deutschen Beteiligung oder Mitsprache war bei dieser Gelegenheit nicht mehr die Rede[308]. Offenbar zielte Debrés Vorhaben nicht zuletzt darauf, das bildungspolitische Entscheidungszentrum nach Paris zurückzuverlagern[309]. Den zuständigen Abteilungsleiter im Staatssekretariat Cannac beauftragte er mit der Ausarbeitung von Instruktionen für das Oberkommando, die mit einer „sehr klaren, sehr kohärenten" Linie zum Modell für die anderen Besatzungszonen werden sollte. Auf keinen Fall dürften Maßnahmen ergriffen werden, die dem föderalistischen Prinzip, besonders der Länderhoheit in Erziehungsfragen zuwiderliefen. Indirekte, diskrete Einflußnahme sei in diesem Bereich autoritären Eingrif-

[306] Ebenda, fol. 68ff., Vermerk der Mitteleuropaabteilung vom 24.1.1948: Ein Kulturberater beim Oberkommandierenden sei überflüssig; die entsprechenden Aufgaben könne der politische Berater mitübernehmen.

[307] AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, Debrés „Note sur l'administration et la politique françaises en Allemagne" vom 2.2.1948 (Hervorhebung im Original).

[308] MAE, Y/654, fol. 79ff., Debré an Koenig am 9.2.1948.

[309] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 7, Debrés „Avant-projet de décret au sujet d'une éventuelle commission pour les affaires culturelles allemandes", das er am 23.2.1948 Koenig übermittelte.

fen vorzuziehen. Allerdings durften weder französische Entscheidungsbefugnisse noch gesamtzonale Konzeptionen infrage gestellt werden[310].

Zu dieser Zeit waren Schmittleins programmatische Denkschrift („La rééducation du peuple allemand") und sein Entwurf für bildungspolitische Direktiven im Pariser Staatssekretariat eingegangen. General Koenig ließ bei dieser Gelegenheit erkennen, daß er im großen und ganzen hinter den Ausführungen seines Mitarbeiters stand und sie bei der Regelung des Initiativrechts der Militärregierung im Erziehungswesen berücksichtigt wissen wollte. Andererseits gab er zu verstehen, daß er die Empörung des rheinischen Klerus über Schmittleins Schulpolitik durchaus ernst nahm. Debrés Vorschlag zur Einberufung einer Kommission, die das weitere Vorgehen in diesem heiklen Bereich untersuchen sollte, stimmte er zu[311]. Bei anderer Gelegenheit ließ der Oberbefehlshaber jedoch keinen Zweifel an seiner Entschlossenheit, die eigene Entscheidungsgewalt durch ein solches Gremium nicht beeinträchtigen zu lassen[312]. Als schließlich am 3. Mai 1948 unter Vorsitz Vermeils eine beratende Kulturkommission in Paris zusammentrat, empfand Schmittlein die Haltung des Staatssekretariats als klares Mißtrauensvotum gegen seine Politik[313]. Besonders empörte ihn ein Exposé Cannacs, das seine Vorstellungen völlig unberücksichtigt ließ, vielmehr alle kritischen Einwände gegen die schulpolitischen Maßnahmen der DEP zustimmend aufgriff[314]. Die Abiturreform bezeichnete Cannac ohne Umschweife als komplette Übertragung des *baccalauréat*, die besser rückgängig gemacht werden sollte. Anstelle der in französischer Regie herausgegebenen Schulbücher hätte man im Staatssekretariat die Einrichtung gemischter Redaktionskommissionen vorgezogen. Für eine Ernennung von Universitätsprofessoren und Dozenten an den Lehrerseminaren durch die Militärregierung fehle seit der Verordnung Nr. 95 vom Juni 1947 jegliche Rechtsgrundlage. Insgesamt mißbilligte das Exposé das autoritäre Vorgehen der französischen Behörden und die unzureichende Berücksichtigung deutscher Vorstellungen.

Während Schmittlein Cannacs Vorstoß mit einer Intrige gegen die Person seines

---

[310] AOFA, CGAAA, Carton 22, C.7, Debrés Vermerk für Cannac vom 10.3.1948.

[311] AOFA, Laffon, C. 4, 12, Koenig an das Staatssekretariat am 8.3.1948, No. 1519/CC/CAC/POL; AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, „Fiche pour le Général" der politischen Abteilung in Koenigs Zivilkabinett vom 24.2.1948: Der deutsche Widerstand gegen die Schulreformen sei nicht in jedem Fall nationalistisch inspiriert, sondern beruhe zum Teil auf ernsten religiösen Motiven.

[312] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 7, Koenig an Debré am 19.3.1948, No. 1799/CC/CAC/POL; im gleichen Sinn Schmittleins Aufzeichnung für den Abgeordneten Gaborit vom 21.3.1948; in: AOFA, AC 65,2, No. 828/DGAA/EDU.

[313] AOFA, AC 65,2, Schmittleins „Memorandum sur la situation de l'Education Publique en zone" vom 13.7.1948, No. 3374/CCSG/EDU. Sitzungsprotokolle der Kulturkommission wurden nicht ermittelt; lediglich ankündigende Hinweise auf die Sitzung am 3.5. und eine Zusammenkunft nach dem 27.5.; in: MAE, Rel. Cult., Enseign. 1948–59/34, Debré an Roger Seydoux am 28.4.1948, No. 10485; Debré an Baillou am 27.5.1948, No. 10876/INTER/EDU.

[314] AOFA, AC 65,2, Schmittlein an Sauzin am 4.5.1948, No. 1765/CCSG/EDU; beiliegend Cannacs Exposé mit Schmittleins Randbemerkungen. Auch Debrés Schreiben an Baillou vom 27.5.1948 enthielt Auszüge aus dem Brief einer „hochgestellten französischen Persönlichkeit", in dem auf die nachteiligen Folgen einer den Lateinunterricht deutlich reduzierenden Schulreform hingewiesen wurde.

Widersachers zu diskreditieren suchte[315], scheinen dessen Überlegungen auch bei den konsultierten Deutschlandspezialisten keine günstige Aufnahme gefunden zu haben. Namentlich Vermeil soll sich gegen eine Gleichberechtigung der Deutschen zum damaligen Zeitpunkt ausgesprochen und betont haben, daß Frankreich eine positive Mission zu erfüllen habe, die keinesfalls deutschen Pädagogen und Politikern überlassen werden dürfe[316]. Diese Einschätzung lag durchaus auf einer Linie mit programmatischen Ausführungen, die Vermeil 1947 veröffentlichte und zwei Jahre später unverändert wieder abdrucken ließ[317].

Doch arbeitete die gesamtpolitische Entwicklung in Europa gegen Schmittleins und Vermeils Position. Die wichtigsten Etappen jener gefährlichen Mächtepolarisierung im Kalten Krieg, die während des ersten Halbjahres 1948 weiter voranschritt und um die Jahresmitte einen ersten Kulminationspunkt erlebte, sind bekannt und brauchen nur stichwortartig in Erinnerung gerufen zu werden. Dazu gehören der Schock, den im Westen die Regierungsübernahme der tschechoslowakischen Kommunisten auslöste; das endgültige Auseinanderbrechen des Alliierten Kontrollrates sowie der Kommandantura in Berlin; der Abschluß des Brüsseler Verteidigungspaktes zwischen Großbritannien, Frankreich und den Benelux-Staaten, der sich erstmals gegen die Sowjetunion richtete; die Ingangsetzung des auf dem Marshall-Plan beruhenden *European Recovery Program*, das rund eine Milliarde Dollar nach Frankreich fließen ließ und auch die drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands bedachte; zunehmende sowjetische Schikanen gegen Berlin und schließlich der Beginn einer regelrechten Blockade der ehemaligen Reichshauptstadt. Dieses dramatische Kalendarium von Februar bis Juni 1948 illustriert die explosive Lage, in der die beiden Teile Deutschlands immer stärker zu Schachfiguren der Großmächte wurden und Frankreich sich endgültig zum Einlenken gegenüber den westlichen Verbündeten gezwungen sah. Dies führte Anfang Juni zu einem gemeinsam unterzeichneten Kommuniqué der sechs Mächte[318] in London, das die zweite Phase ihrer Verhandlungen über Deutschland beendete. Darin erklärten die Delegationsleiter, „daß es bei Berücksichtigung der augenblicklichen Lage notwendig [sei], dem deutschen Volk Gelegenheit zu geben, die gemeinsame Grundlage für eine freie und demokratische Regierungsform zu schaffen, um dadurch die Wiedererrichtung der deutschen Einheit zu ermöglichen". Zu diesem Zweck sollten in den deutschen Ländern politische Institutionen und Organisationen gebildet werden und ihre Ministerpräsidenten Vollmacht erhalten, eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen[319].

---

[315] Schmittlein qualifizierte den Agrégé d'allemand als wenig kompetenten Gymnasiallehrer, der keinerlei Bevollmächtigung durch das Pariser Erziehungsministerium vorweisen könne, sondern über das Staatssekretariat für Information auf seinen Posten gekommen sei, zudem von einem kommunistischen und zwei mit dem Kommunismus sympathisierenden Deutschen (u. a. Manès Sperber) gelenkt werde; AOFA, AC 68, Schmittleins Denkschrift „Structure de la zone" vom 30.1.1948, No. 10.800/DGAA/EDU; AOFA, AC 65,2, Schmittleins „Memorandum sur la situation de l'Education Publique en zone" vom 13.7.1948, No.3374/CCSG/EDU.

[316] „Memorandum sur la situation de l'Education Publique en zone".

[317] Vgl. Vermeil, Les Alliés.

[318] Dies waren die Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und die Benelux-Länder.

[319] Pressekommuniqué der Londoner Sechsmächtekonferenz vom 7.6.1948, in: FRUS 1948, II, S. 313ff.; EA 1948, S. 1437.

Zwar konnte Frankreich in langwierigen Verhandlungen Konzessionen in der Saarfrage und die Errichtung einer internationalen Ruhrbehörde durchsetzen sowie die Fusion seines Besatzungsgebiets mit der Bizone noch einmal abwenden – immerhin wurde mit der wenig später erfolgenden Währungsreform und dem Beitritt der französischen Zone zur Bank Deutscher Länder ein einheitliches Finanzgebiet geschaffen –, doch war mit den Londoner Empfehlungen ein großer Teil der lange hartnäckig verfochtenen „französischen These" definitiv desavouiert[320]. In Frankreich schlugen deshalb die innenpolitischen Wellen hoch, übten insbesondere kommunistische und gaullistische Politiker und Publizisten vehemente Kritik am „erzwungenen" Kurswechsel und verstärkte sich in der Öffentlichkeit insgesamt jenes für die ersten Nachkriegsjahre charakteristische „Gefühlsgemisch aus Apathie und Aversion gegenüber Deutschland"[321]. Nach Ansicht des Staatssekretariats für Deutschlandfragen, der Europaabteilung am Quai d'Orsay und Robert Schumans, der im Juli 1948 das Außenministeramt übernahm[322], erforderte die neue Lage aber eine umfassende Revision der Pariser Deutschlandpolitik. In diesem Sinne äußerte sich am 5. Juli auch Michel Debré bei der letzten Sitzung der von ihm angeregten Kulturkommission. Unter Hinweis auf die Entschlossenheit der Amerikaner und Briten, Erziehungsfragen ausnahmslos den Deutschen selbst zu überlassen, forderte er Schmittlein auf, einen neuen Aktionsplan für seine Abteilung zu erarbeiten. Dieser erhob umgehend Protest und erhielt hierbei nach eigener Aussage Unterstützung von Vermeil[323].

In London hatten sich die sechs Verhandlungspartner unter anderem darauf verständigt, „daß die Befugnisse der [künftigen westdeutschen] Bundesregierung sich auf die in der Verfassung ausdrücklich genannten beschränken müssen und keinesfalls Erziehungs-, Kultur- und Religionsfragen, die Kommunalverwaltung und das öffentliche Gesundheitswesen umfassen dürfen"[324], daß diese Bereiche also in die Kompetenz der Landesregierungen fallen würden. Eine solche Bestimmung entsprach der Auffassung der französischen Diplomatie, wie sie in Bidaults Memorandum für die Alliierten vom 17. Januar 1947 zum Ausdruck gebracht worden war. Des weiteren kamen die Konferenzteilnehmer zu der Ansicht, daß „die Militärgouverneure eine besondere Verantwortung haben, die Bundesregierung und die Landesregierungen hinsichtlich der Demokratisierung des politischen Lebens, der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Erziehung zu überwachen, zu beraten und zu unterstützen. Dies bedeutet keinerlei Einschränkung der gesetzgebenden, vollziehenden und rechtsprechenden Kompe-

[320] Vgl. Willis, The French, S. 54. Berichte der amerikanischen Verhandlungsdelegation zeigen, daß Bidaults Haltung in London stark von innenpolitischen Erwägungen bestimmt wurde, die des politischen Abteilungsleiters Couve de Murville in geringerem Umfang. Auch spiegeln sie die erregten innerfranzösischen Debatten bis zur Annahme der Londoner Empfehlungen in der Pariser Nationalversammlung wider; vgl. FRUS 1948, II, S. 169, 234, 280f., 295f., 317, 321ff.

[321] Ziebura, Deutsch-französische Beziehungen, S. 45.

[322] Vgl. Poidevin, Neuorientierung, S. 129ff.; ders., Schuman, S. 188ff.

[323] Schmittleins „Memorandum sur la situation de l'Education Publique en zone" vom 13.7.1948, No. 3374/CCSG/EDU; vgl. hierzu Vaillant, Frankreichs Kulturpolitik, S. 213.

[324] Instruktion der alliierten Regierungen für die Militärbefehlshaber zur künftigen westdeutschen Verfassung, beschlossen auf der Londoner Konferenz am 11.5.1948; in: FRUS 1948, II, S. 240.

tenz, die diesen Regierungen in den genannten Bereichen zugestanden wird"[325]. Doch wie konnte die „besondere Verantwortung" der alliierten Mächte für Deutschlands Demokratisierung durch Überwachung, Beratung und Beistand konkret wahrgenommen werden?

Schmittlein griff die nach seiner Ansicht „ziemlich unglückliche Formulierung" auf und erklärte, daß sie für das französische Oberkommando keineswegs die Aufgabe der bisher verfolgten Politik bedeute[326]. Obwohl die Militärregierung kein unmittelbares Initiativrecht im fraglichen Bereich mehr habe, stünden ihr mit den verbleibenden Funktionen („observer, conseiller, assister") und dem Vetorecht nach Art. 4 der Verordnung Nr. 95 noch genügend Mittel zur Verfügung, um ihre wesentlichen Interessen zu wahren. Schmittlein hielt allerdings eine Präzisierung des Londoner Kommuniqués in diesem Punkt für unabdingbar und plädierte daher für eine energische Intervention des Pariser Erziehungsministeriums im Kabinett oder gegenüber dem Quai d'Orsay. Immerhin, gab er zu bedenken, wäre Deutschlands Demokratisierung radikal gefährdet, wenn man diese Aufgabe der gegenwärtigen Generation nationalistisch eingestellter Deutscher anvertraute, ohne gleichzeitig denen, die wirklich für eine freiheitliche Entwicklung einträten, Hilfe zu leisten. Ein strikt anzuwendendes Vetorecht müsse garantiert sein, um „reaktionäre" Gesetze zu verhindern, die das von den Franzosen Aufgebaute zerstören wollten. Als Ideallösung betrachtete er die Streichung des relativierenden Zusatzes in der Londoner Empfehlung („Dies bedeutet keinerlei Einschränkung...") und statt dessen die Festlegung, daß im Falle deutscher Passivität die Militärbefehlshaber auf dem Verordnungswege die Initiative ergreifen könnten. Verweigerten die Londoner Konferenzpartner solche Konzessionen, müsse französischerseits die Überwachung der Deutschen in der Weise verschärft werden, daß man ihre hohen Amtsträger im gewünschten Sinne zu beeinflussen suche. Diese letzte Überlegung hatte Schmittlein bereits in seinem programmatischen Bericht über die Umerziehung des deutschen Volkes vom Januar 1948 geäußert, als er den Autoritätsverfall der französischen Besatzungsmacht einräumen mußte[327]. Doch inzwischen hatte sich das Klima in den Beziehungen zur deutschen Bevölkerung entscheidend verändert, und dies ließ sich weder in Baden-Baden noch in Paris länger ignorieren. Schon im Oktober 1947 teilte Koenigs Berater Saint-Hardouin dem Quai d'Orsay seine Beunruhigung über die offenkundige Entwicklung eines „Widerstandsgeistes" vor allem in der deutschen Jugend mit[328]. Im Juni 1948 mußte er konstatieren, daß sich die Lage nicht entspannt, sondern noch verschärft hatte. Die Erhitzung der Gemüter zeige sich immer offener, und in den drei Westzonen breite sich der deutsche Nationalismus rapide aus. Dabei hielten sich Groll und Ehrgeiz etwa die Waage. Zwar hätten die Bewohner der französischen Zone ihrer Besatzungsmacht noch nie wohl-

[325] Instruktion der alliierten Regierungen für die Militärbefehlshaber zu den Befugnissen der westdeutschen Regierungen und der Militärgouverneure, beschlossen auf der Londoner Konferenz am 19.5.1948; in: ebenda, S. 260ff.

[326] Dies und das Folgende in Schmittleins „Memorandum sur la situation de l'Education Publique en zone" vom 13.7.1948.

[327] AOFA, AC 67,1, Schmittleins Denkschrift „La rééducation du peuple allemand" vom 27.1.1948, No. 10711/DGAA/EDU; abgedruckt in: Vaillant (Ed.), Dénazification, S. 139ff., übersetzt in: ders. (Hrsg.), Französische Kulturpolitik, S. 161ff.

[328] AOFA, CGAAA, P. 6, A 9, Saint-Hardouin an die Europaabteilung am 5.6.1948, No. 347/EU, darin eingangs der Hinweis auf sein Schreiben vom 27.10.1947.

wollend gegenübergestanden, doch stoße man zum ersten Mal seit 1945 auf eine generelle, konzertierte „Verhärtung", eine in allen Ländern der Zone und sämtlichen sozialen Schichten anzutreffende Ablehnung der französischen Verwaltung[329].

In der Tat schlug der Baden-Badener Militärregierung in diesem Jahr 1948 „eine Welle von Protesten entgegen, die in der Geschichte der alliierten Besetzung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ohne Beispiel ist. Landesregierungen und Parlamente leisteten gemeinsam Widerstand gegen die Besatzungsmacht"[330]. Als Anlaß für Rücktrittsdrohungen einzelner Minister oder ganzer Regierungen, für kämpferische Erklärungen in den Landtagen und regelrechte parlamentarische Boykottmaßnahmen, wie die Einstellung der Beratungen, dienten wirtschaftliche Zwangsbestimmungen (Demontagen, Holzeinschläge, Restitutionen) ebenso wie die offensichtliche Beschneidung verfassungsmäßiger Kompetenzen und Rechte der deutschen Institutionen. Viele Landespolitiker wollten nicht länger als „Verantwortungskulisse" für unpopuläre französische Entscheidungen dienen[331]. Aber auch in der Bevölkerung selbst gärte es. Streiks flackerten auf. Zusammen mit den Arbeitgebern demonstrierten Beschäftigte unterschiedlicher Branchen gegen Versorgungsengpässe, für die sie alleine die Militärregierung verantwortlich machten. Die deutschen Behörden trugen nach Meinung des Oberkommandos durch „geduldige Sabotage" und offene Kollaborationsverweigerung, die Presseorgane durch Aufwiegelung der Leser das Ihre zur Krisenlage bei[332]. Doch war man in der Umgebung Koenigs inzwischen auch zu objektiver Ursachenanalyse und Selbstkritik bereit. So stand für den erfahrenen Diplomaten Saint-Hardouin außer Frage, „daß der wesentliche und unmittelbare Grund für die allgemeine Verhärtung der Gemüter in der französischen Zone in der allzu offenkundigen Diskrepanz zu suchen ist, die seit Monaten zwischen unseren Zusagen und unserem Handeln besteht"[333]. Bereits im Januar 1948 habe man den Deutschen beispielsweise eine Verringerung der Produktionsentnahmen und Requisitionen versprochen, aber nichts sei geschehen. Die französische Eintreibungspraxis vermittle noch immer den Eindruck völliger Anarchie und Improvisation. Ebensowenig habe sich die Wohnungssituation entspannt, da das Besatzungspersonal trotz gegenteiliger Ankündigungen nicht verringert, sondern durch Truppenverlegungen vom Saargebiet in die Pfalz und von Berlin nach Baden-Baden noch vermehrt worden sei. Die Unzufriedenheit der einheimischen Bevölkerung, so Saint-Hardouin, werde noch geschürt durch das Verhalten mancher Besatzungsvertreter in den Ländern. Um sich bei den Deutschen „anzubiedern", schlügen sie sich scheinbar auf deren Seite und schöben alle Verantwortung für schmerzlich empfundene Maßnahmen auf die Zentralbehörden in Baden-Baden. Dabei spielten neben wirtschaftlich-materiellen Nöten auch politisch-psychologische Faktoren für die selbstbewußte Widerstandshaltung der Deutschen eine Rolle. Ihnen werde zunehmend klar, daß sie zu einer entscheidenden Figur auf dem internationalen Schachbrett geworden und West wie Ost auf sie angewiesen seien, daß

[329] Ebenda.

[330] Henke, Politik der Widersprüche, S. 49; vgl. zum Folgenden ebenda, ff.; Konstanzer, Entstehung, S. 65 ff.

[331] Die entsprechende Äußerung eines südwürttembergischen Abgeordneten nach Konstanzer, ebenda, S. 71.

[332] Saint-Hardouin an die Europaabteilung am 5.6.1948.

[333] Dies und das Folgende ebenda.

ihnen daher der Wiedereintritt in die europäische Völkerfamilie bald gewährt werden müsse. Hinzu komme, daß sie die französische Besatzungspraxis mit Entwicklungen in der angelsächsischen Bizone verglichen und über das Pariser Zögern in der Frage einer Trizonenfusion enttäuscht seien. Auch ein wahltaktisch motiviertes Schielen auf Erfolge nationalistischer, gegen die jeweilige Okkupationsmacht gerichteter Politik in benachbarten deutschen Ländern müsse schließlich bei der Ursachenforschung in Rechnung gestellt werden. „Die Unzufriedenheit", lautete Saint-Hardouins Resümee, „nährt sich also sowohl aus Erwägungen der hohen Politik als auch aus ganz alltäglichen Sorgen, was die Verbreitung in allen Klassen und Kreisen erklärt." Was die Deutschen 1945 noch als unausweichlich hingenommen hätten, erscheine ihnen 1948 unerträglich. Wenn die Franzosen weiterhin das Ziel verfolgten, Deutschlands geistige Demokratisierung zu bewerkstelligen, die kommunistische Propaganda einzudämmen und bei der künftigen Organisation Europas die Führungsrolle zu übernehmen – „in einem Wort, unsere Sicherheit im weitesten Sinne zu gewährleisten" –, dann dürfe jetzt keine Zeit mehr vergeudet werden. Mit seiner schonungslosen Analyse französischer Fehler und Versäumnisse rannte der Botschafter am Quai d'Orsay offene Türen ein. Die zuständige Europaabteilung fühlte sich in ihrer Annahme bestätigt, daß zahlreiche unmittelbare Krisenursachen der eigenen Besatzungsverwaltung anzulasten seien. Dies schien um so bedauerlicher, als deren Verhalten der neuen deutschlandpolitischen Linie der Pariser Regierung widersprach[334].

Im Staatsekretariat für deutsche Angelegenheiten gingen die Meinungen offenbar auseinander. Für seine politische Abteilung lag die Hauptverantwortung für die gespannte Lage bei den Deutschen[335]. Andere Akzente setzte hingegen Generalsekretär Debré, der eindringlich für die sofortige, gründliche Umgestaltung der seines Erachtens unfähigen, von mittelmäßigen Führungskräften geleiteten und fehlorganisierten Militärverwaltung in Deutschland plädierte. Analog zu seiner deutschlandpolitischen Zieldefinition – militärische Sicherheit Frankreichs durch die Entwaffnung des ehemaligen Reiches; politische Garantien durch entsprechende Mitgestaltung des künftigen deutschen Staatswesens; wirtschaftliche Vorteile für Frankreich; Förderung einer liberalen Geisteshaltung und Einfluß der französischen Kultur im Nachbarland – hielt er die Zusammenfassung aller Militärregierungsbehörden in vier Sektionen (für Entwaffnung, Politik, Wirtschaft und Kultur) mit jeweils einem dem Oberbefehlshaber unmittelbar unterstellten Berater an der Spitze für die optimale Verwaltungseinteilung. Debré räumte unumwunden ein, daß er mit seinen Vorschlägen gerade bei Koenig auf entschiedene Ablehnung stieß. Die Entwicklung der vergangenen Monate, so der Generalsekretär zur Begründung seiner Initiative, habe den Eindruck aufkommen lassen, als sei das Gewicht des administrativen Apparates in Baden-Baden hauptverantwortlich für Frankreichs widerstrebende Haltung und seine Bremserrolle gegenüber einer gemeinsamen westlichen Deutschlandpolitik. Von diesem Verdikt nahm Debré den ökonomischen und den kulturellen Sektor allerdings aus. In dieser Hinsicht sei bisher hervorragende Arbeit geleistet worden[336].

[334] AOFA, CGAAA, P. 6, A 9, Europaabteilung an das Staatssekretariat am 16.6.1948, No. 705.
[335] Ebenda, politische Abteilung des Staatssekretariats an die Europaabteilung am 2.7.1948, No. 2467/POL.
[336] MAE, Y/654, 213ff., Aufzeichnung Debrés vom 5.8.1948.

Angesichts der einschneidenden deutschlandpolitischen Entwicklung, die mit der Übergabe der „Londoner Empfehlungen" an die westdeutschen Ministerpräsidenten durch die drei Zonenbefehlshaber am 1. Juli in Frankfurt ihren vorläufigen Höhepunkt fand[337], und unter dem Eindruck des hartnäckigen Insistierens der südwestdeutschen Landesregierungen[338] kamen auch die Verantwortlichen in der französischen Zone nicht länger umhin, besatzungspolitische Konsequenzen aus der neuen Situation zu ziehen. Ein halbes Jahr nach den entsprechenden Anweisungen aus Paris bequemte sich General Koenig schließlich Mitte Juli 1948 zu einem Runderlaß an die Gouverneure, in dem er hoheitsvoll verkündete, er habe nun die Übertragung erweiterter Freiheiten und Rechte an die deutschen Institutionen beschlossen[339]. Die beträchtliche Verzögerung, mit der das Oberkommando sich anschickte, die wiederholten Direktiven des Pariser Staatssekretariats[340] endlich umzusetzen, ließ Koenigs selbstbewußte, auf Autonomie bedachte Haltung unerschüttert. Eine Abschrift seines Runderlasses, die er dem Staatssekretariat informationshalber zukommen ließ, kommentierte er mit den Worten: „Diese Maßnahmen stellen eine erste Etappe auf dem Weg der Übertragung von Regierungsverantwortung auf die Deutschen dar."[341] Obwohl die Verordnung Nr. 95 vom Juni 1947 mit ihren Vorbehaltsregelungen („domaines réservés") ausdrücklich als „Charta der Besatzung" in Kraft blieb[342], erhielten nun die Landesparlamente größere Diskussionsfreiheit und die deutschen Organe insgesamt durch die Reduktion französischer Kontrollrechte einen erweiterten legislatorischen Handlungsspielraum[343]. Hinsichtlich der administrativen Praxis mußten deutsche Juristen im Herbst 1948 allerdings feststellen: „Die Einwirkung der französischen Militärregierung auf die deutsche Verwaltung ist im ganzen immer noch so stark und geht so sehr in die Einzelheiten, daß vorläufig auch hier noch von direkter Verwaltung gesprochen werden muß."[344] Als Carlo Schmid sich im Dezember bei US-Botschafter Murphy über die ständige Einmischung der Besatzungsmächte in alle Belange des deutschen Lebens beklagte[345], griff der prominente SPD-Rechtspolitiker und südwürttembergische Justizminister zweifellos auf persönliche Erfahrungen mit französischen Administratoren zurück.

Im Erziehungssektor, so war den deutschen Behörden von vornherein klargemacht

---

[337] In den „Frankfurter Dokumenten" wurde den Ministerpräsidenten die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung mit dem Ziel der Bildung eines föderativen Staates sowie eine Neugliederung der Länder aufgetragen und der baldige Erlaß eines alliierten Besatzungsstatuts angekündigt; vgl. Der Parlamentarische Rat, Bd. I, S. 22ff.; Eschenburg, Jahre der Besatzung, S. 459ff.

[338] Vgl. Konstanzer, Weisungen, S. 209.

[339] AOFA, CGAAA, P. 6, A 9, Koenig an die Délégués Supérieurs am 15.7.1948, No. 3936/CC/CAC/POL. Ein nahezu endgültiger Entwurf dieses Instruktionsschreibens war den Abteilungsleitern der Militärregierung in der ersten Junihälfte zur Kenntnis- und Stellungnahme vorgelegt worden. Schmittlein kommentierte ihn in einer Aufzeichnung vom 18.6.1948; in: AOFA, AC 65,2, No. 2712/CCSG/EDU.

[340] AOFA, AC 66,2, Schneiter an Koenig am 30.4.1948, No. 2184/POL.

[341] AOFA, CGAAA, P. 6, A 9, Koenig an das Staatssekretariat am 20.7.1948, No. 3989/CC/CAC/POL.

[342] Koenig an die Délégués Supérieurs am 15.7.1948; Konstanzer, Weisungen, S. 222ff.

[343] Vgl. Konstanzer, ebenda; von Schmoller, Befugnisse, S. 3f.

[344] Maier/von Schmoller, Besatzungsregime, S. 35.

[345] Vgl. Murphy an Hickerson am 18.12.1948, in: FRUS 1948, II, S. 663.

worden, behielt sich die französische Seite weiteste Rechte vor. „Da die Umerziehung der Jugend eines der Hauptziele unserer Besatzung bleibt", betonte Koenigs Zivilkabinett gegenüber den Landesgouverneuren, „können den französischen Behörden ihre Zuständigkeiten in diesem Bereich kaum entzogen werden."[346] Die Kontrolle der Lehrpläne und Schulbücher sowie ein konkurrierendes Initiativrecht in der Schulgesetzgebung müßten der Militärregierung, wenngleich in vereinfachter Form, auch künftig zustehen. Ihr Plazet zur Ernennung von „besonders wichtigen" deutschen Beamten, zu denen noch die Hochschullehrer sowie Direktoren und Studienräte an den Lehrerseminaren, aber nicht mehr die Verwaltungsbediensteten der Universitäten gezählt wurden, blieb ebenfalls bestehen. Eine entsprechende Mitteilung erhielten die deutschen Landesregierungen durch die *Délégués Supérieurs*[347]. Bemerkenswert an dieser besatzungspolitischen Weisung – jedoch kaum überraschend – ist der Umstand, daß General Koenig der von Schmittlein vehement vertretenen Forderung nach Beibehaltung eines konkurrierenden legislatorischen Initiativrechts der Militärregierung in Schulfragen gegen den Geist der „Londoner Empfehlungen", denen Nationalversammlung und Regierung in Paris schließlich widerstrebend ihre Zustimmung erteilt hatten[348], zur Geltung verhalf. Allerdings braucht hierfür keine oppositionelle „Verschwörung" der beiden Gaullisten gegen die Politik des Kabinetts Schuman angenommen zu werden, denn die zurückliegenden Debatten hatten gezeigt, daß die überwältigende Mehrheit der französischen Parlamentarier so lange die Beibehaltung einer eigenständigen, streng zu überwachenden Besatzungszone wünschte, wie keine anderweitigen Sicherheitsgarantien gewährleistet schienen. So hielt der den *Radicaux* angehörende Abgeordnete Roger Gaborit, dem Schmittlein seine Vorstellungen bereits in anderem Zusammenhang eindringlich dargelegt hatte[349], in der Nationalversammlung der Regierung vor, daß die Überwachung des deutschen Erziehungswesens als Mittel zur „Entgermanisierung" und damit zur Demokratisierung des Nachbarlandes nicht hinreichend ausgeschöpft worden sei[350]. Der Leiter der DEP betonte zudem, daß noch kein parlamentarisches Gremium das bisher geltende Prinzip, die *rééducation* nicht den Deutschen selbst zu überlassen, in Frage gestellt habe[351].

Dennoch war den Verantwortlichen in Baden-Baden offenkundig bewußt, daß sie ein aussichtsloses Rückzugsgefecht austrugen. Schmittlein, der selbst einräumen

[346] Dies und das Folgende in Koenigs Schreiben an die Délégués Supérieurs vom 15.7.1948; vgl. auch Cuer, L'action culturelle, S. 50.

[347] Vgl. Konstanzer, ebenda.

[348] Zu dem heftig umstrittenen, schließlich nur mit knapper Mehrheit gefaßten Parlamentsbeschluß vom 17.6.1948 vgl. Willis, The French, S. 55 ff.; Ziebura, Deutsch-französische Beziehungen, S. 46 f. Am 19.6. teilte Frankreichs Botschafter in den USA Außenminister Marshall die formelle Anerkennung der Londoner Beschlüsse durch die Pariser Regierung mit; in: FRUS 1948, II, S. 337.

[349] AOFA, AC 65,2, Schmittleins Aufzeichnung für Gaborit vom 21.3.1948, No. 828/DGAA/EDU, die vermutlich der Vorbereitung des Abgeordneten auf seine Inspektionsreise in die französische Zone diente.

[350] So Gaborit in der Parlamentsdebatte am 12.6.1948, zitiert nach Willis, The French, S. 59.

[351] AOFA, AC 65,2, Schmittleins „Memorandum sur la situation de l'Education Publique en zone" vom 13.7.1948, No. 3374/CCSG/EDU. Er nannte ausdrücklich die parlamentarischen Untersuchungskommissionen, die im Frühjahr 1946 und im Sommer 1947 der Besatzungszone eine Visite abgestattet hatten, sowie die Erörterungen im Auswärtigen Ausschuß der Nationalversammlung vom Januar 1948.

mußte, daß der Militärregierung nach den Londoner Beschlüssen kein unmittelbares Initiativrecht in Schulfragen mehr zustand[352], verschanzte sich zwar hinter dem Argument, daß besatzungsrechtlich so lange alles beim alten bleibe, wie das Abkommen nicht in Kraft getreten sei, noch kein Besatzungsstatut also die Kompetenzen zwischen deutschen Regierungen und alliierten Behörden definitiv abgrenze. Zugleich verkündete er intern aber sein neues Credo, daß man künftig fast ausschließlich auf die eigene Überzeugungskraft setzen müsse. Daher gelte es, sofort eine Strategie zu entwickeln, um die verantwortlichen deutschen Politiker, aber auch die Bevölkerung für die wohlbegründeten Absichten der Franzosen zu gewinnen. Die entsprechenden Maßnahmen dürften keinesfalls von außen aufgezwungen erscheinen, sondern müßten immer als deutsche Initiativen ausgegeben werden. Daher sei es wichtig, enge Kontakte zu einheimischen Schulfachleuten herzustellen und sie zu den französischen Vorstellungen zu bekehren[353].

Zwar hatte Schmittlein in seinem Memorandum zur Umerziehung des deutschen Volkes vom Januar 1948 beklagt, daß eine fruchtbare Einflußnahme der DEP-Verantwortlichen auf die deutschen Kultusbeamten durch die französischen Provinzstatthalter vereitelt werde, doch war dies vor allem ein taktisches, gegen die Gouverneure gerichtetes Argument gewesen. Seine Schlußfolgerung lautete damals, daß das Erziehungswesen zumindest in den Grundsatzentscheidungen zur Demokratisierung ein der französischen Zuständigkeit vorbehaltener Bereich bleiben müsse. Unter dem Eindruck der realpolitischen Entwicklungen brach sich nun aber auch in der DEP die Einsicht Bahn, daß künftig „nur noch Kontrolle und Überzeugung uns erlauben werden, auf die deutschen hohen Beamten persönlich einzuwirken, um so die reaktionären und nationalistischen Einflüsse auszugleichen, denen sie täglich ausgesetzt sind"[354]. In diesem Sinne ergriff Schmittlein umgehend die Initiative, indem er vor die Öffentlichkeit trat. Bei einer mehr als vierstündigen Pressekonferenz versuchte er die anwesenden Journalisten und Landespolitiker zu überzeugen, daß die französische Militärregierung – gemäß der Haager Landkriegsordnung – in Schul- und Erziehungsfragen nicht länger als Besatzungsmacht, „sondern gewissermaßen als Vormund und als 'bon père de famille'" aufzutreten gedenke, „dem es aufgegeben sei, mit dem ihm anvertrauten Pfand [sic] zu wuchern"[355]. Er verwies darauf, daß seinerzeit die Kultusminister den Grundsätzen der in Angriff genommenen Schulreformen zugestimmt hätten, es sich also nicht um einen „französischen Befehl" gehandelt habe. Andererseits gab sich der „gütige Familienvater" durchaus kämpferisch und machte kein Hehl aus seinem Verlangen, bestimmte Grundsätze im Unterrichtswesen verwirklicht zu sehen. Der dem Konferenzmarathon beiwohnende Minister Süsterhenn sah sein Urteil bestätigt, daß Schmittlein sich „der Einführung bzw. Durchsetzung katholischen bzw. christlichen Gedankengutes auf dem Gebiete des Schulwesens in der französischen Zone grundsätzlich widersetzen" werde. „Eine persönliche Vermutung", die sich ihm

[352] Ebenda.

[353] Ebenda, Schmittleins Entwurf eines Runderlasses zur Erziehungspolitik, den Koenig an die Délégués Supérieurs zu senden gedachte, mit handschriftlichem Datumsvermerk „4/10/48".

[354] AOFA, AC 66,2, Irène Giron an Sabatier am 4.9.1948, No. 4680/CCSG/EDU.

[355] Aktenvermerk des rheinland-pfälzischen Kultusministers Süsterhenn über Schmittleins Pressekonferenz am 24.9.1948, in: Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 668ff., hier S. 669.

aufdrängte, „war die, daß der General entweder Freimaurer ist oder zumindest solcher Weltanschauung nahesteht."[356] In Teilen der Öffentlichkeit löste ein Zeitungsbericht über Schmittleins Darlegungen heftige, überwiegend negative Reaktionen aus[357].

In der unmittelbaren Umgebung Koenigs prägte sich unterdessen die Bereitschaft zur Selbstbeschränkung in der Schulfrage stärker aus. Mitte August 1948 trat eine Studienkommission der Militärregierung zusammen, die sich als Folge der Londoner Absprachen mit den künftigen Zuständigkeitsregelungen zwischen westdeutscher Bundesregierung und Länderbehörden sowie den verbleibenden alliierten Kontrollgremien befaßte. Schmittlein wurde aufgefordert, einen Entwurf für Richtlinien zur Bildungspolitik zu erarbeiten, die der französische Oberkommandierende den Landesgouverneuren erteilen wollte. Der vorgelegte Text wurde von Koenigs Generalsekretär Gromand zunächst fast wörtlich übernommen, jedoch um eine Passage ergänzt, die der besonders diffizilen Situation in Rheinland-Pfalz Rechnung tragen sollte[358]. In diesem neugegründeten Land war am 18. Mai 1947 in einem Referendum nicht nur über die gesamte Verfassung, sondern zusätzlich getrennt über ihre Schulartikel entschieden worden. Dabei hatten in den Landesteilen am Rhein und in Hessen-Nassau etwa zwei Drittel der Stimmberechtigten der konstitutionellen Verankerung des konfessionellen Unterrichtswesens zugestimmt, in Rheinhessen und der Pfalz hingegen zwei Drittel den Bekenntnisschulen und der konfessionell getrennten Lehrerausbildung eine Absage erteilt. Dies ergab insgesamt eine hauchdünne Mehrheit für die entsprechenden Verfassungsartikel[359]. Schmittlein nahm das knappe Votum noch im Herbst 1948 zum Anlaß, sich gegen einen Oktroi des Bekenntnisschulwesens durch die Landesregierung, insbesondere konfessioneller Lehrerseminare, in Rheinhessen und der Pfalz zu stemmen. Am Gesamtergebnis der Volksabstimmung konnte er allerdings nicht vorbeigehen. Immerhin hoffte er auf gesetzgeberische Korrekturen des Koblenzer Landtags, die allen Glaubensrichtungen und Weltanschauungen ihre Freiheitsrechte sicherten[360]. In diesen Überlegungen mochte ihm Gromand, dem das Ergebnis einer demokratischen Abstimmung unanfechtbar erschien, nicht folgen. Er verwies zudem auf Elsaß-Lothringen, wo die Konfessionsschule ebenfalls den Regelfall darstellte, so daß sich schon aus diesem Grunde eine Mißachtung der Landesverfassung durch die Besatzungsmacht verbiete[361].

Besonders heikel erschien Gromand die innenpolitische Entwicklung in Rheinland-Pfalz selbst. Hier war im April 1948 die Allparteienkoalition, auf die sich die CDU-geführte Regierung Altmeier gestützt hatte, auseinandergebrochen und der „Burgfriede" zwischen den christdemokratischen Befürwortern des Bekenntnisschulwesens und sei-

[356] Ebenda, S. 671. Zur Frage der Freimaurerei vgl. Chevals Bemerkung in: Knipping/Le Rider (Hrsg.), Frankreichs Kulturpolitik, S. 401.

[357] AOFA, CGAAA, Carton 22, C.7, Wiedergabe eines Artikels in der „Trierischen Volkszeitung" vom 27.9.1948 und der Leserreaktionen durch die Dokumentationsabteilung im Pariser Staatssekretariat am 19.10.1948, Document No. 3620.

[358] Ebenda, Gromand an einen nicht näher bezeichneten Minister am 10.1.1949, beiliegend Schmittleins Entwurf für Koenigs Runderlaß zur Erziehungspolitik vom 4.10.1948 und Gromands eigene, undatierte Fassung.

[359] Vgl. Müller, Konfessionell, S. 332.

[360] Schmittleins Entwurf für Koenigs Runderlaß vom 4.10.1948.

[361] Gromand an den Minister am 10.1.1949.

nen liberalen, sozialdemokratischen und kommunistischen Gegnern gefährdet[362]. Die Christdemokraten entschlossen sich, „auf Elternwunsch" die in der Landesverfassung vorgesehene Umwandlung von Simultan- in Bekenntnisschulen in Angriff zu nehmen. Im katholischen Klerus fanden sie rückhaltlose Unterstützung, während die evangelische Kirche in der Pfalz für die Beibehaltung der dort traditionsgemäß verankerten christlichen Gemeinschaftsschule plädierte. Bestärkt fühlten sich Ministerpräsident Altmeier und Kultusminister Süsterhenn nach einem informellen Besuch des französischen Außenministers Schuman Anfang Oktober 1948 in Koblenz, bei dem der katholische Volksrepublikaner mit Kirchen-, Partei- und Gewerkschaftsvertretern Probleme der Deutschlandpolitik besprach und die Hoffnung auf baldige Erleichterungen und Fortschritte weckte. Den Kontakt zu sozialdemokratischen Politikern, aber auch zu den Repräsentanten der eigenen Militärregierung hatte Schuman dabei peinlichst vermieden[363]. Als die Koblenzer SPD-Fraktion Widerstand gegen eine forcierte Konfessionalisierung des Unterrichtswesens ankündigte und eine Kabinettskrise wegen dieser Frage in Kauf zu nehmen schien, war für Koenigs Generalsekretär der Punkt erreicht, an dem eine Intervention der Militärregierung nur zusätzliche Verbitterung und Konflikte schaffen konnte. Er überzeugte daher den Oberkommandierenden, vom ursprünglichen Vorhaben einer bildungspolitischen Direktive an die Gouverneure Abstand zu nehmen. Einem besorgten Minister in Paris teilte Gromand mit, daß man dennoch Wege zu finden trachte, das begonnene Werk der Demokratisierung zu schützen[364]. Dem Erziehungsministerium scheint diese Versicherung jedoch nicht ausgereicht zu haben. Noch Ende Februar 1949 mußte es sich vom Generalsekretariat für deutsche Angelegenheiten[365] auf eine entsprechende Anfrage belehren lassen, daß ein Veto der Militärregierung gegen den rheinland-pfälzischen Verfassungsartikel 36 unmöglich sei, allenfalls eine deutsche Initiative seine Abänderung herbeiführen könne. „Es handelt sich in der Tat um einen Bereich, in dem wir den Deutschen unsere Vorstellungen nicht aufzwingen können."[366] Auch wenn es der DEP bis zu diesem Zeitpunkt gelungen war, auf besatzungsrechtlicher Grundlage den Status quo der Überkonfessionalität an den Lehrerbildungsanstalten zu wahren, mußte Schmittlein im Frühjahr 1949 resigniert erkennen, daß dieses Bollwerk französischer Umerziehungspolitik nicht mehr lange halten würde[367]. Deshalb galt es in seinen Augen um so mehr, Sicherungen für die Zeit nach Inkrafttreten des Besatzungsstatuts zu ersinnen, die verhinderten, daß deutsche „Reaktionäre" und „Nationalisten" alles Erreichte zunichte machten.

[362] Vgl. Müller, ebenda, S. 336f.
[363] Vgl. Poidevin, Schuman, S. 209.
[364] Gromand an den Minister am 10.1.1949.
[365] Zwischenzeitlich war das Staatssekretariat (SEAAA) wieder zum Generalkommissariat (CGAAA) reorganisiert worden.
[366] AOFA, CGAAA, Carton 22, C.7, politische Abteilung des Generalkommissariats an das Pariser Erziehungsministerium am 26.2.1949.
[367] Ebenda, Schmittleins Aufzeichnung für Koenig vom 1.4.1949, No. 08477/CCSG/EDU: Er habe aus sicherer Quelle erfahren, daß der rheinland-pfälzische Kultusminister Süsterhenn die Konfessionalisierung der Lehrerbildungsanstalten einführen wolle.

Alliierte Vorbehaltsrechte und gemischte Bildungskommissionen

Im November 1948 reisten Schmittlein und seine Stellvertreterin Irène Giron auf Einladung des Kulturberaters beim britischen Zonenkommandanten, Robert Birley, nach London, um an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, bei der insbesondere die Repräsentanten der kleineren, neutralen europäischen Staaten über eine stärkere Mitwirkung beim kulturellen Wiederaufbau Deutschlands diskutieren wollten. Nach dieser erweiterten Runde sprachen die beiden Franzosen mit ihren britischen und amerikanischen Amtskollegen über die Frage eines Besatzungsstatuts für den künftigen westdeutschen Bundesstaat, dessen Erarbeitung den Ministerpräsidenten der Länder am 1. Juli angekündigt worden war[368]. Mitte August hatte eine Arbeitsgruppe der drei westlichen Okkupationsmächte in Berlin ihre Beratungen über das Besatzungsstatut aufgenommen[369].

Beim trilateralen Meinungsaustausch der Bildungs- und Kulturfachleute, dem ersten dieser Art[370], wurden die Grenzen eines Konsenses alsbald deutlich. Während Schmittlein und der amerikanische *Educational Advisor* Alonzo Grace darin übereinstimmten, daß nur die Verankerung alliierter Kontrollbefugnisse im Besatzungsstatut eine Demokratisierung Deutschlands gewährleisten könne – wobei sich Grace allerdings pessimistisch hinsichtlich der Realisierungschancen solcher Überwachungsrechte zeigte –, äußerte Birley die Überzeugung, daß seine Vorgesetzten einer Schulaufsicht durch die Besatzungsmächte keinesfalls zustimmen würden und das Erziehungswesen im künftigen Besatzungsstatut nicht zu erwähnen gedachten[371]. Für Schmittlein hingegen war die Übertragung größerer Verantwortung auf die Deutschen eingestandenermaßen ein unentbehrliches Mittel zum Zweck ihrer Demokratisierung[372]. Als Triumph konnte er empfinden, daß diese im Statuten-Entwurf der Berliner Arbeitsgruppe unter den Hauptbesatzungszielen festgeschrieben und als solches Mitte Dezember 1948 von den drei Militärgouverneuren übernommen wurde[373]. Schmittlein, der sich dies als eigenes Verdienst anrechnete, sah darin eine Basis für das weitere Handeln im Bildungsbereich[374]. Er hielt es ferner für notwendig, den Besatzungsmächten ein Vetorecht für den Fall einzuräumen, daß die Demokratisierung der Deutschen gefährdet schien. Mit der Mehrheit seiner angelsächsischen Amtskollegen wähnte sich der Franzose über das Feststellungskriterium einig, daß die künftigen deutschen Schulgesetze im Sinne des alliierten Ausschuß-Memorandums vom 22.

[368] AOFA, Laffon, C. 4, 12, Schmittleins Aufzeichnung für Koenig vom 26.11.1948, No. 5883/CCSG/EDU; abgedruckt in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 300ff.

[369] Vgl. FRUS 1948, II, S. 597ff.; 1949, III, S. 1ff. Die französische Militärregierung war in der Arbeitsgruppe durch Maurice Sabatier vertreten.

[370] Anfang Oktober 1947 hatte in Stuttgart auf amerikanische Initiative eine Zusammenkunft alliierter Schulfachleute stattgefunden, an der auch ein sowjetischer und ein französischer Vertreter (Jean Graff, der Leiter der Tübinger Section de l'Education Publique), jedoch keine Repräsentanten der DEP aus Baden-Baden oder Berlin teilnahmen; AOFA, AC 66,2, No. 6419 SAA/EDU, Graffs Bericht vom 11.10.1947.

[371] Schmittleins Aufzeichnung für Koenig vom 26.11.1948.

[372] AOFA, CGAAA, Carton 22, C.7, Schmittleins Bericht über eine Zusammenkunft mit Birley, Grace und deren Stellvertretern in Mainz am 7.12.1948.

[373] Vgl. FRUS 1948, II, S. 618 und 654.

[374] AOFA, AC 66,2, Schmittleins Randglossen auf einem Exemplar des Besatzungsstatut-Entwurfs der Militärgouverneure vom 17.12.1948.

April 1947 „einen großen Schritt vorwärts in Richtung auf die Demokratie" bedeuten mußten und nicht hinter die Bestimmungen der Kontrollratsdirektive Nr. 54, die „Basic Principles", zurückfallen durften[375]. Als General Koenig ihm Ende Dezember 1948 den Entwurf der Militärgouverneure für ein Besatzungsstatut zur Stellungnahme vorlegen ließ, zeigte er sich schockiert über den Verzicht auf jegliche alliierten Kontroll- und Vetorechte im deutschen Unterrichtswesen. Zur Bekräftigung seiner gegenteiligen Position hob Schmittlein hervor, daß das französische Erziehungsministerium, aber auch die Untersuchungskommissionen des Pariser Parlaments mehrfach die Einbeziehung dieses Bereichs in die *domaines réservés* der Besatzungsmächte gefordert hätten. Die unter Anknüpfung an die Londoner Sechsmächte-Beschlüsse im Statuten-Entwurf eingeräumte „besondere Verantwortung, die Bundesregierung und Landesregierungen im Hinblick auf die Demokratisierung [...] der Erziehung des deutschen Volkes zu beobachten, zu beraten und zu unterstützen"[376], nannte er „lächerlich", da kein effizientes Handlungsinstrumentarium mehr vorhanden sein werde. „Katastrophal" mutete ihn die vorgesehene Besatzungskostenregelung an, die es den Deutschen leicht machen werde, künftig alle von den Franzosen eingeführten Neuerungen im Bildungsbereich (Lehrerseminare, Verwaltungshochschule Speyer, Dolmetscherinstitut Germersheim) oder auch die Beschäftigung französischer Schulassistenten auf finanziellem Wege auszutrocknen[377].

Schmittleins Stellungnahme wäre kaum erwähnenswert, hätte sie nicht ihre Kreise gezogen. General Koenig, der noch immer die Wahrung alliierter Einspruchsrechte über die den Deutschen zu gewährenden Souveränitätsrechte stellte[378], griff die Gravamina seines Mitarbeiters bereitwillig auf und richtete Ende Januar 1949 ein entsprechendes Plädoyer an den Quai d'Orsay. Um zu verhindern, daß die französischen Vorstellungen von den Deutschen konterkariert werden könnten, sollte der Erziehungsbereich unter den *domaines réservés* der Besatzungsmächte aufgeführt werden. Zwar könne wohl der entsprechende Artikel im Statuten-Entwurf nicht mehr geändert werden; ein interpretierender Notenwechsel zwischen den Militärbefehlshabern stelle jedoch, so Koenig, eine ausreichende Rechtsgrundlage für eine dreiseitige Verordnung dar. Im Presse- und Rundfunkwesen wolle man ebenso vorgehen[379]. Auch in Paris wurde Schmittleins Einspruch nicht sogleich zurückgewiesen, sondern zur Sondierung bei den Verbündeten an Botschafter Massigli in London weitergeleitet. Seit 17. Januar 1949 tagten im Foreign Office Vertreter der drei westlichen Besatzungsmächte,

---

[375] In Schmittleins Bericht über die Zusammenkunft am 7.12.1948 ist von „Einigkeit" unter den anwesenden sieben Kulturräten und Erziehungsdirektoren die Rede. Angesichts der ansonsten offen eingeräumten Kontroversen zwischen Schmittlein und Birley steht allerdings zu vermuten, daß es sich hierbei allenfalls um einen unverbindlichen Scheinkonsens handelte.

[376] Art. VI, § 19 des Besatzungsstatut-Entwurfs vom 17.12.1948; in: FRUS 1948, II, S. 659.

[377] Schmittleins Randglossen zum Besatzungsstatut-Entwurf der Militärgouverneure. – Die Besatzungskosten sollten direkt an die „domaines réservés" der Alliierten gekoppelt werden.

[378] Dies geht einerseits aus einer Gegenüberstellung der strittigen Passagen des Gouverneur-Entwurfs vom 17.12.1948 hervor, in: FRUS 1948, II, S. 651f.; andererseits aus einem Telegramm Clays an das Washingtoner Kriegsministerium vom 1.11.1948, in: ebenda, S. 626. Vgl. hierzu auch Krieger, Clay, S. 435ff.

[379] AOFA, AC 66,2, Koenigs Telegramm an das Außenministerium vom 26.1.1949, No. 29/CC/CAC.

um sich auf ein Besatzungsstatut für Deutschland zu einigen[380]. Der französische Delegationsleiter dämpfte allerdings die Erwartungen in Baden-Baden mit dem Hinweis, daß Koenigs Vorschläge beim gegenwärtigen Verhandlungsstand schwer einzubringen seien, zumal die Aufnahme des Unterrichtswesens in die Vorbehaltsrechte der Alliierten als ein gänzlich neues Ansinnen bei Frankreichs Partnern auf entschiedene Ablehnung stoßen würde. Auch eine dreiseitige Verordnung hielt Massigli für wenig aussichtsreich. Falls Koenig dennoch Neuverhandlungen wünsche, möge er umgehend einen Textentwurf vorlegen. Schließlich suchte der Botschafter eine konkrete Sorge der DEP zu mindern, indem er auf die im Entwurf enthaltene Möglichkeit der Besatzungsmächte verwies, die Entlassung eines jeden deutschen Amtsträgers – also auch Lehrers und Professors – zu fordern, der die Ausübung ihrer Befugnisse zu behindern trachte[381]. Massiglis Pessimismus hinsichtlich einer dreiseitigen Verordnung zur Unterrichtskontrolle in Deutschland wurde in Paris nicht durchweg geteilt. Dem Generalkommissariat lagen bereits Anfang Februar mehrere Entwürfe hierzu vor. Seiner politischen Abteilung schien es notwendig, „in London bei unseren Alliierten eine prinzipielle Übereinstimmung hinsichtlich der Verordnung (die noch vor dem Statut in Kraft treten müßte) zu erzielen"[382]. Schmittleins Versicherung, daß er sich der Zustimmung nicht nur seiner britischen und amerikanischen Amtskollegen, sondern auch der entscheidenden angelsächsischen Fachgremien, der *Councils of Education*, sicher sei, wurde vom Generalkommissariat als Argument aufgegriffen.

Wenig später ließ Koenig den Quai d'Orsay die Grundsätze der geplanten Verordnung wissen. Um den Alliierten die Ausübung ihrer „besonderen Verantwortung zur Beobachtung" zu ermöglichen, müßten die deutschen Behörden angehalten werden, ihnen jederzeit freien Zutritt zu allen Universitätsgremien und Erziehungseinrichtungen zu gewährleisten. „Beratung" und „Beistand" durch die Besatzungsmächte sollten im Rahmen gemischter, deutsch-alliierter Kommissionen ausgeübt werden, deren Funktion es sei, Maßnahmen zur Demokratisierung des Unterrichtswesens zu erarbeiten oder anzuregen sowie die kulturellen und intellektuellen Beziehungen Deutschlands zu anderen Nationen zu fördern. „Ihre Stellungnahme könnte entscheidenden Einfluß auf die Anwendung des alliierten Vetorechts bei Texten im Erziehungsbereich mit deutlich antidemokratischem Charakter haben."[383] En passant setzte Koenig also ein fortdauerndes Einspruchsrecht auch in Bildungsfragen voraus, eine Haltung, die

[380] Vgl. FRUS 1949, III, S. 1ff.

[381] AOFA, AC 66,2, Massiglis Telegramm an Koenig vom 29.1.1949, No. 91, das Saint-Hardouin am 31.1. Schmittlein übermittelte. Die von Massigli zuletzt genannte Bestimmung war in Art. IV, § 11 des Gouverneurs-Entwurfs enthalten; vgl. FRUS 1948, II, S. 657.

[382] MAE, Z/Allemagne/104, fol. 5f., Aufzeichnung der politischen Abteilung des Generalkommissariats vom 2.2.1949, No. 159/POL; ebenda, fol. 7ff., Entwürfe der politischen Abteilung vom selben Tag, der Abteilung für innere und kulturelle Fragen (Cannac) vom 1.2. und Schmittleins, undatiert.

[383] AOFA, Laffon, C. 4, 12, Koenigs Telegramm an das Außenministerium, am 18.2.1949 von Generalsekretär Gromand an die DEP zur Kenntnisnahme weitergeleitet, No. 355/CC/CAC/DOC. Ähnlich Saint-Hardouin an die Europaabteilung am 10.3.1949, der den DEP-Entwurf und insbesondere das vorgesehene „droit d'entrée dans tous les établissements d'enseignement" unterstützte; in: MAE, Rel. Cult., Enseign. 1948–59/34, No. 317/RC.

im Kreise seiner alliierten Kollegen, insbesondere bei General Clay, beträchtliche Verärgerung auslöste[384].

Im Generalkommissariat befürwortete man die Einrichtung gemischter Erziehungskommissionen – vermutlich als weitaus realistischere und weniger konfliktträchtige Alternative zur Aufnahme des Erziehungswesens als *domaine réservé* in das Besatzungsstatut –, gab aber zu bedenken, daß auch in diesem Falle mit deutschem wie alliiertem Widerspruch zu rechnen sei. Um dem entgegenzuwirken, wollte man den Kommissionen Unabhängigkeit von den Besatzungsbehörden einräumen[385]. Sollten die Verbündeten schließlich einer gemeinsamen Verordnung zur Einrichtung gemischter Kommissionen zustimmen, so konnte dies nach Ansicht des Generalkommissars Poher „eine neue Phase unserer gesamten Kultur- und Erziehungspolitik in Deutschland" einleiten[386]. Bevor man jedoch in Verhandlungen darüber eintrete, sei intern die gewünschte Zusammensetzung der Kommissionen zu klären. Die im Entwurf des Oberkommandos vorgesehene zweiseitige Struktur – deutsch-angelsächsische bzw. deutsch-französische Ausschüsse je nach Besatzungszone – widerspreche dem kürzlich in London getroffenen Beschluß, die Demokratisierung des deutschen Erziehungswesens in einen Katalog von Bereichen gemeinsamen, d. h. dreiseitigen Interesses der Alliierten aufzunehmen. Man stehe französischerseits vor dem Dilemma, die Autonomie der eigenen Politik wahren, gleichzeitig aber bei Entscheidungen der Angelsachsen mitreden zu wollen[387]. Auch sah man im Generalkommissariat das Gewicht des Zeitfaktors. Eine Verordnung der drei Militärbefehlshaber mußte vor Inkrafttreten des Besatzungsstatuts erlassen werden, da sie später nur noch im Bereich ihrer Vorbehaltsrechte, zu dem das Erziehungswesen nicht gehören würde, gesetzgeberisch tätig werden konnten. Im Interesse einer schnellen Einigung mit den Verbündeten schlug das Generalkommissariat daher einen möglichst einfach und kurz gehaltenen Verordnungstext sowie den Verzicht auf allzu weitgehende Kontrollrechte der Alliierten vor[388].

Über diese Probleme verhandelte Schmittlein am 12. März 1949 mit Vertretern des Generalkommissariats und der Europaabteilung am Quai d'Orsay. Dabei mußte er feststellen, daß er mit seiner Forderung nach zweiseitig besetzten Erziehungskommissionen isoliert war. Die Ministerialbeamten wollten seinem Argument nicht folgen, daß die Franzosen bei einer durchgängig deutsch-französisch-angelsächsischen Zusammensetzung nicht einmal mehr in der eigenen Zone uneingeschränkte Entscheidungsbefugnis haben würden. Demgegenüber räumten sie der eigenen Präsenz in den

---

[384] Vgl. die entsprechenden Klagen des amerikanischen Oberbefehlshabers gegenüber Frankreichs Außenminister Schuman am 20.3.1949, über die der US-Botschafter in Paris, Caffery, dem Secretary of State am 22.3. berichtete; in: FRUS 1949, III, S. 115; Krieger, Clay, S. 446ff.

[385] MAE, Z/Allemagne/104, fol. 46, Telegramm des Generalkommissariats an das Oberkommando vom 3.3.1949, No. 32/POL.

[386] Ebenda, fol. 49f., Pohers Telegramm an das Oberkommando vom 9.3.1949, No. 39/POL.

[387] Ebenda. Der von Poher auf den 8.2.1949 datierte „Beschluß" der alliierten Unterhändler in London war in Wirklichkeit nicht mehr als ein unverbindliches Arbeitspapier der US-Delegation, das ein französisches Memorandum modifizierend aufgriff, von Clay, Riddleberger und Acheson jedoch verworfen wurde; vgl. FRUS 1949, III, S. 34ff. und 46.

[388] MAE, Z/Allemagne/104, fol. 53, Telegramm des Generalkommissariats an das Oberkommando vom 10.3.1949, No. 40/POL.

bisher britisch-amerikanisch verwalteten Gebieten Westdeutschlands Priorität ein, zumal es die französische Delegation in London gewesen sei, die eine Behandlung des Erziehungswesens als Angelegenheit von dreiseitigem Interesse gefordert und durchgesetzt hatte. Außerdem würde man in diesem Bereich ohnehin nur noch beratende Funktionen ausüben können und deshalb ganz auf die eigene Überzeugungskraft setzen müssen[389]. Das letzte Argument machte auch Schmittlein für seine Position geltend. Aus seiner Skepsis gegenüber der britischen *Education Branch* machte Schmittlein kein Hehl. Ihren Leiter Birley hielt er lediglich für eine „Fassade", hinter der Geheimdienstleute die Fäden zögen mit dem Ziel, an die Stelle der regierungsamtlichen Behörden private britische Organisationen wie die *German Educational Reconstruction*-Gruppe (GER) oder solche neutraler Staaten zu setzen. Deren Vorgehen weise schon jetzt eindeutig politische Züge auf[390]. Schließlich warnte Schmittlein vor offener Uneinigkeit unter alliierten Kommissionsmitgliedern, die das Prestige der Besatzungsmächte in den Augen der Deutschen weiter mindern würde[391]. Da in dieser Frage keine Einigung zu erzielen war – immerhin wich Schmittlein vor der gegnerischen Übermacht nicht zurück –, mußte sich der Außenminister persönlich einschalten. Schuman entschied im Sinne seiner Behörde, daß eine dreiseitige Zusammensetzung der gemischten Erziehungskommissionen anzustreben sei[392]. Wenige Tage später brachte er gegenüber dem amerikanischen Militärgouverneur Clay zum Ausdruck, daß Erziehungsfragen zu den Befugnissen der deutschen Länder gehörten, denen die französische Regierung höchste Bedeutung beimesse. Zugleich fragte Schuman seinen Gesprächspartner nach der Möglichkeit, Verfassungsänderungen von deutscher Seite in diesem Bereich anders als durch einstimmigen Beschluß der Alliierten zu verhindern. Clays vager Hinweis auf Bestimmungen des künftigen bundesdeutschen Grundgesetzes und das Recht der alliierten Vertreter, Abänderungen der Landesverfassungen, die damit nicht in Einklang standen, zu „mißbilligen", schien den französischen Außenminister zu überzeugen[393]. Insbesondere dem Leiter der Europaabteilung am Quai d'Orsay, J.-C. Paris, gingen die von Schmittlein für die gemischten Kommissionen vorgesehenen Interventionsrechte viel zu weit. Statt dessen sollte seines Erachtens an eine konstante Zusammenarbeit zwischen Besatzungsvertretern und deutschen Pädagogen appelliert und auf Maßnahmen verzichtet werden, die der Souveränität der Landesbehörden zuwiderliefen[394]. Die Europaabteilung, die den offenen

[389] Ebenda, fol. 68 ff., Aufzeichnung der Mitteleuropaabteilung vom 12.3.1949; Vermerk der politischen Abteilung im Generalkommissariat vom selben Tag, No. 382/POL.

[390] Als politisch motiviert wertete Schmittlein die Praxis der GER, deutsche Staatsangehörige aus der französischen Zone ohne Rücksprache mit der zuständigen Militärregierung zu Aufenthalten nach Großbritannien einzuladen; AOFA, AC 61,3, Schmittlein an den Leiter der GER vom 21.3.1949, No. 8121/CCSG/EDU. Vgl. zur GER-Gruppe Pakschies, Umerziehung, S. 80 ff.; zu Birley und zur Education Branch ebenda, S. 234 ff.

[391] AOFA, AC 66,2, Schmittleins Aufzeichnung für den Generalkommissar vom 14.3.1949.

[392] MAE, Z/Allemagne/104, fol. 71, Europaabteilung an das Oberkommando am 14.3.1949; fol. 79, Pohers Telegramm gleichen Inhalts an das Oberkommando vom selben Tag, No. 42/POL.

[393] Vgl. Cafferys Bericht über die Unterredung zwischen Schuman und Clay am 20.3.1949 vom 22.3.; in: FRUS 1949, III, S. 115 ff.

[394] MAE, Z/Allemagne/104, fol. 155 ff., J.-C. Paris' Entwurf eines Schreibens an das General-

Kurswechsel in der französischen Deutschlandpolitik unter Robert Schuman entscheidend vorbereitet und gegen Widerstände auch der politischen Direktion unter Couve de Murville mitgetragen hatte[395], begrüßte folgerichtig den endgültigen Text des Besatzungsstatuts, auf den sich die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs am 8. April 1949 in Washington einigten[396], als Fortschritt gegenüber jenem Entwurf, der, basierend auf den Vorarbeiten der Militärgouverneure, eine Woche zuvor von den alliierten Unterhändlern in London verabschiedet worden war[397]. Hierin hatten die Vorrechte der Besatzungsmächte gegenüber den Befugnissen der Deutschen noch eindeutig im Vordergrund gestanden[398]. Im Besatzungsstatut hingegen kündigten die westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges ihren weitgehenden Rückzug auf Aufsichtstätigkeiten an.

Angesichts dieser Situation setzte Schmittlein auf ein konzertiertes Vorgehen der Militärgouverneure, bevor sie, wie in Washington beschlossen[399], durch zivile Hochkommissare abgelöst würden. Eine Gelegenheit, entsprechende Initiativen zu erkunden, schien sich am 20. April 1949 bei einer erneuten Zusammenkunft mit seinen Amtskollegen Birley und Grace in Bad Nauheim zu ergeben[400]. Selbst der britische *Educational Advisor*, berichtete Schmittlein, zeigte sich nun vom Text des Besatzungsstatuts entsetzt. Und Alonzo Grace äußerte, trotz gegenteiliger Zusicherungen seines Militärgouverneurs Clay, tiefe Beunruhigung wegen der möglicherweise bevorstehenden Reduzierung seines Mitarbeiterstabes, nachdem Erziehungsfragen im Kommuniqué der Außenminister keine Erwähnung mehr gefunden hatten. Der angelsächsischen Anregung, Memorandum und Direktive des Alliierten Kontrollrats von April/Juni 1947, die „Basic Principles", wiederaufleben zu lassen, hielt Schmittlein indessen juristische Bedenken entgegen, die sich vor allem auf den vierseitigen Charakter der damaligen Vereinbarung bezogen. Der Franzose wiederum fand für das Baden-Badener Modell gemischter Erziehungskommissionen nicht die gewünschte Resonanz bei seinen Kollegen. Den amerikanischen Vertreter, der den vom französischen Oberkommando vorgesehenen Verzicht auf dreiseitige Gremien ausdrücklich bedauerte, konnte Schmittlein nur mit einer verschleiernden Halbwahrheit auf seine Seite ziehen[401]. Der britische Abgesandte hingegen wünschte lediglich eine zentrale Kommission für ganz Westdeutschland, also keine Ausschüsse auf Länderebene, und stieß damit auf den Widerspruch seiner beiden Gesprächspartner. So endete diese

Fortsetzung Fußnote von Seite 132

kommissariat vom 18.3.1949, das offenbar nicht abgeschickt wurde; der inkriminierte Verordnungsentwurf des Oberkommandos, in AOFA, AC 66,2.

395 MAE, Z/Allemagne/82; vgl. Poidevin, Neuorientierung, S. 130 und 134.

396 Vgl. FRUS 1949, III, S. 179ff.

397 Vgl. ebenda, S. 62ff.

398 AOFA, AC 66,2, Aufzeichnung der Europaabteilung im Außenministerium vom 9.4.1949.

399 Vgl. FRUS 1949, III, S. 178.

400 Zum Folgenden AOFA, CGAAA, C. 59, I.1, Schmittleins Bericht über die Zusammenkunft vom 29.4.1949, No. 9161/CCSG/EDU.

401 Schmittlein behauptete, die Franzosen hätten nichts gegen ein dreiseitiges Gremium – auf Bundesebene – einzuwenden, verschwieg aber offensichtlich, daß er auf Länderebene ausschließlich an bilaterale Kommissionen dachte. Im übrigen nahm er die Argumentation des Quai d'Orsay auf, daß es die französische Seite in London gewesen sei, auf deren Drängen Erziehungsfragen zur Angelegenheit gemeinsamen, dreiseitigen Interesses erklärt worden waren; ebenda.

Fachkonferenz der Kulturabteilungsleiter ohne Resultat. In seinem Bericht malte Schmittlein – notabene – das Menetekel des britischen Zentralismus an die Wand und warnte vor den angeblich sichtbar gewordenen Bestrebungen des Foreign Office, des *British Council* und privater Organisationen, französischer Kulturexpansion in der britischen Zone entgegenzutreten. Wahrscheinlich, so sein Verdacht, hatten lobende Artikel über Frankreichs Kulturpolitik in amerikanischen und britischen Publikationen die angelsächsischen Offiziellen derart aufgeschreckt, daß sie diesen Bereich vorsichtshalber aus dem Besatzungsstatut ausklammerten. Schmittleins dramatisierendes Argument griff Koenigs politischer Berater auf, als er dem Pariser Außenministerium seine Version einer drohenden Entwicklung darlegte. Aus dem Bericht des Erziehungsdirektors müsse gefolgert werden, daß Amerikaner und Engländer ihre kulturpolitischen Bemühungen in Deutschland intensivieren wollten und es für Frankreich geboten sei, sich nicht von den Konkurrenten überflügeln zu lassen[402]. Tatsächlich hatte die französische Bildungs- und Kulturpolitik in Südwestdeutschland verschiedentlich lobende Kommentare seitens alliierter Beobachter und Publizisten hervorgerufen. Von einem tieferen Verständnis der Franzosen für ihr Nachbarvolk, sogar von der Vorbildlichkeit ihres Handelns war darin die Rede[403]. Es kam schließlich nicht von ungefähr, daß der neu ernannte amerikanische Hochkommissar McCloy Mitte Juli 1949 Schmittlein und Madame Giron nach Bad Nauheim einlud, um sich aus erster Hand über die französische Umerziehungspolitik zu informieren, und sich anschließend gegenüber seinem eigenen Kulturberater beeindruckt äußerte[404]. Doch aus solcher Anerkennung Neidkomplexe der verbündeten Militärregierungen abzuleiten und Verschwörungstheorien zu entwerfen, zeugte von wenig Realitätssinn, war wohl auch in Schmittleins Kalkül vor allem auf die Mobilisierung antibritischer Affekte und die Unterstützung für die eigenen Forderungen durch Baden-Baden und Paris berechnet.

Zwei Monate vor der Begegnung mit Hochkommissar McCloy traf Schmittlein sich erneut mit Grace und Birley, um noch einmal die Konsequenzen des Besatzungsstatuts für die künftige alliierte Bildungspolitik zu beraten[405]. Während sich der französische mit dem amerikanischen Kulturabteilungsleiter in Übereinstimmung fand, schien mit dem Vertreter Londons eine gemeinsame Basis gänzlich verspielt. Birley zog die Legitimation jeglicher kulturpolitischen Aktivität auf besatzungsbehördlicher Grundlage in Zweifel und ließ durchblicken, daß die britische Regierung keinerlei Mittel für bildungspolitische Initiativen des künftigen Hochkommissariats zur Verfügung stellen werde. Von Grace hingegen übernahm Schmittlein den Vorschlag einer Démarche beim Militärgouverneur, um eine Klärung der die Erziehung betreffenden

[402] Ebenda, Saint-Hardouin an die Europaabteilung am 4.5.1949, No. 514/EU; abgedruckt in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 306ff.

[403] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 67, C/3/4–1, Bericht des britischen Universitätsoffiziers in Köln über einen Informationsbesuch in Mainz vom 2.6.1947, No. 808/EDN; ebenda, P. 144, XC 2/1, Frankreichs Botschafter in Washington, Henri Bonnet, an die Europaabteilung am 5.11.47, No. 2229/EU; MAE, Z/Allemagne/103, fol. 119ff., „Memorandum from Percy W. Bidwell for Committee on Studies. On trip to Paris and the French zone of occupation in Germany, April 19–30, 1948" vom 20.5.1948; nur leicht modifiziert: Bidwell, Reeducation.

[404] AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, P. XC 24, XC 2–8, Schmittleins Bericht über das Zusammentreffen vom 15.7.1949, No. 10781/CCSG/EDU.

[405] Zum Folgenden AOFA, CGAAA, C. 59, I.1, Schmittleins Bericht über das Treffen in Bad Nauheim am 14.5.1949 vom 20.5., No. 9747/CCSG/EDU.

Fragen in ihrem Sinne herbeizuführen. Der amerikanische *Educational Advisor* hatte wenige Wochen zuvor einen umfangreichen Bericht verfaßt. Wie bereits in einem ausführlichen Memorandum für Clay vom November 1948[406] beschwor Grace die amerikanischen Politiker, Umerziehung und kulturelle Neuorientierung Deutschlands nicht aufzugeben. Um ein solches Werk zu vollenden, benötige man mehr als nur zwei bis drei Jahre. Ausdrücklich betonte er die Bedeutung der Lehrerbildung und die Tatsache, daß hierbei die eigene Behörde weit hinter den Sowjets und Franzosen zurückgeblieben sei. Dem „immensen Programm" der französischen Kulturarbeit zollte er uneingeschränkte Bewunderung[407].

Einen Tag nach der Nauheimer Zusammenkunft, am 15. Mai, räumte Lucius D. Clay dem designierten Hochkommissar McCloy das Feld[408]. Grace und die meisten seiner Mitarbeiter folgten dem General nur wenig später in die USA[409]. Auch für Schmittlein wurde die Zeit knapp, wollte er in der Frage der gemischten Erziehungskommissionen das Steuer noch herumreißen. Als ziviler Nachfolger Koenigs wurde am 19. Mai der politische Emissär Robert Schumans beim Oberkommando und Vorkriegs-Botschafter in Berlin, André François-Poncet, zum französischen Hochkommissar nominiert[410]. Doch die beiden Gaullisten der ersten Stunde waren entschlossen, bis zuletzt das Heft in der Hand zu behalten. Am 31. Mai übergab Schmittlein, gemäß der Absprache mit Grace in Bad Nauheim, dem noch amtierenden Oberbefehlshaber[411] eine Denkschrift, in der er die Leitlinien eines künftigen deutschen Erziehungswesens darlegte. Bemerkenswert erscheint seine „tiefe Überzeugung, daß das deutsche Volk aufgrund seines Zivilisationsgrades und seiner Zugehörigkeit zur westlichen Gemeinschaft ebenso fähig ist wie die anderen Nationen, ein demokratisches Ideal zu entwickeln". Wenn sich die Deutschen in jüngster Zeit auf einen Sonderweg begeben und einem „Ideal der Gewalt und der Herrschsucht" verschrieben hätten, so gebe es dafür keine andere Erklärung als den Sieg gewisser romantisch-nationalistischer Geistesströmungen, die von einem Schul- und Erziehungssystem systematisch propagiert worden seien, in dem heroische Taten, Vergötterung des Staates, blinde Autoritätshörigkeit sowie die eigene rassische und völkische Überlegenheit als unan-

---

[406] AOFA, Carton 22, C.7, Schmittleins Bericht über die internationale Kulturkonferenz in London am 18.-20.11.1948 vom 26.11., No. 5883/CCSG/EDU: Grace habe ausgeführt, daß eine Demokratisierung in Deutschland nicht mehr möglich sein werde, wenn nicht bestimmte Befugnisse der Militärregierungen im Erziehungsbereich in das Besatzungsstatut aufgenommen würden. Er übernehme gegenüber Clay die Garantie, daß solche Rechte nicht wirklich angewandt würden; aber die Drohung müsse den Deutschen vor Augen stehen, sonst handelten sie nach eigenem Gutdünken.

[407] AOFA, Laffon, C. 4, 12, Graces Bericht über „die unerläßlichen Grundelemente einer Umerziehung Deutschlands" vom April 1949, dessen Übersetzung Irène Giron am 3.5.1949 Gromand übermittelte, No. 9287/CCSG/EDU. Der ursprüngliche Adressat des Berichts war möglicherweise ein privater Expertenausschuß in USA; vgl. Tent, Education Branch, S. 84.

[408] Vgl. FRUS 1949, III, S. 268.

[409] Vgl. Tent, ebenda.

[410] Vgl. FRUS 1949, ebenda. François-Poncet befand sich seit November 1948 als Sonderbeauftragter Schumans bei Koenig; vgl. Poidevin, Schuman, S. 210. So nahm er z. B. an einer Zusammenkunft der drei westlichen Militärgouverneure mit einer Abordnung des Parlamentarischen Rates am 16.12.1948 in Frankfurt teil; vgl. FRUS 1948, II, S. 641.

[411] Am 21.9.1949, mit Adenauers Regierungsantritt und dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts, nahmen die Alliierten Hohen Kommissare formell ihre Tätigkeit auf.

tastbare Dogmen gegolten hätten. Eine gründliche Demokratisierung des deutschen Erziehungswesens sei das hauptsächliche, wenn nicht einzige Mittel, dem Nachbarvolk bei der Wiedereingliederung in die Gemeinschaft der freien Nationen zu helfen. Schmittlein schlug die Einrichtung eines ständigen Kultur- und Erziehungsausschusses im Rahmen der Alliierten Hohen Kommission vor, wobei jedoch die drei Besatzungsmächte die uneingeschränkte Zuständigkeit in ihrer bisherigen Zone behalten sollten. Jede deutsche Maßnahme im Erziehungswesen sollte künftig der Zustimmung durch den alliierten Ausschuß oder die auf Landesebene ansässige Besatzungsbehörde bedürfen[412].

Wie ernst Schmittlein diesen bereits unrealistischen Vorschlag meinte, sei dahingestellt. Daß bei den alliierten Regierungen der feste Vorsatz bestand, die laufenden Besatzungskosten für die Bundesrepublik zu vermindern und schon deshalb ihren Verwaltungsapparat zu verkleinern[413], daß ferner ein Gesetz der Pariser Regierung vom April 1949 angekündigt hatte, das kulturpolitische Budget des künftigen Hochkommissars in französischer Währung aufzubringen[414] und nicht mehr den Deutschen als Besatzungslasten anzurechnen, Personal- und Mitteleinsparungen also unausweichlich waren, mußte ihm bekannt sein. Tatsächlich kündigte schon wenige Tage nach Schmittleins Niederschrift ein Rundschreiben des Generalsekretärs im Oberkommando allen Abteilungsleitern in Baden-Baden den Besuch des Pariser Generalkommissars an, der die nächsten Personalkürzungen besprechen wollte[415]. Schließlich bestimmte die am 20. Juni 1949 von den drei Außenministern in Paris unterzeichnete Charta der Alliierten Hohen Kommission, daß im Interesse eines einheitlichen Vorgehens die Etats der Besatzungskosten in den einzelnen Zonen dem Alliierten Rat als gemeinsamem obersten Organ „zur Prüfung und Genehmigung und zur Aufnahme in einen Gesamthaushalt der Besatzungsbehörden vorzulegen" seien (Art. V, Abs. 3). Infolgedessen bedurfte künftig die in deutscher Währung erfolgende Teilfinanzierung der französischen Kulturpolitik der Zustimmung durch die angelsächsischen Verbündeten. Die Charta sah zwar nicht das von Schmittlein gewünschte Erziehungskomitee, jedoch (in Art. III, Abs. 4c/5) einen der politischen Kommission nachgeordneten Unterausschuß für Informations- und Kulturangelegenheiten vor[416]. Schmittleins Aufzeichnung für General Koenig verfolgte indes vor allem den Zweck, eine Argumentationshilfe hinsichtlich der angestrebten gemischten Kommissionen zu liefern. Bereits Mitte April, zwischen Unterzeichnung des Besatzungsstatuts und Verkündung des Grundgesetzes und vor dem ersten Treffen der drei Kulturabteilungsleiter, hatte der Erziehungsdirektor seinen Oberbefehlshaber zu einem Alleingang gedrängt, da sich die internationalen Verhandlungen unabsehbar lange hinzögen[417] und möglicherweise

[412] AOFA, AC 66,2, „Statut de l'Education dans la prochaine organisation alliée", No. 9934/CCSG/EDU.

[413] Vgl. Benz, Besatzungsherrschaft, S. 237. Außenminister Schuman hatte bei seinen Gesprächen mit den angelsächsischen Amtskollegen in Washington am 6.4.1949 für sehr kleine Besatzungsbehörden auf Landesebene plädiert; vgl. FRUS 1949, III, S. 169.

[414] Vgl. Gilmore, France's Policies, S. 222.

[415] AOFA, AC 66,2, Gromand an die Abteilungsleiter am 9.6.1949.

[416] Vgl. von Schmoller, Befugnisse, S. 26ff.

[417] Weder in den unveröffentlichten französischen noch in den veröffentlichten amerikanischen Akten fand sich ein Hinweis, daß tatsächlich auf höchster Ebene über gemischte Erziehungs-

scheiterten. Noch sei der Zeitpunkt günstig für ein solches Vorgehen und sogar eine positive Resonanz auf deutscher Seite denkbar[418]. Nach Schmittleins erfolglosen Diskussionen in Bad Nauheim war Koenig in der Tat zum Handeln entschlossen, um durch einseitige Verordnung gemischte Erziehungskommissionen in der französischen Zone einzurichten. Auch die Antwort des Pariser Deutschlandkommissariats fiel zustimmend aus[419].

Entsprechend der Weisung aus Paris umfaßte dann die Verordnung Nr. 226, die Koenig wenige Tage vor seinem Abschied von Deutschland am 4. August 1949 erließ, nur vier kurze Artikel[420]. In jedem Land der bisherigen französischen Zone sollte eine Erziehungkommission aus höchstens zehn Mitgliedern zusammentreten, die je zur Hälfte von der Besatzungsmacht und der deutschen Landesregierung zu bestellen waren. Ihre Aufgabe bestand darin, die Landesbehörden in allen die Demokratisierung des Unterrichtswesens und die Verbreitung demokratischer Grundsätze in der Jugend betreffenden Fragen zu beraten und zu unterstützen. Darüber hinaus konnten die Kommissionen Maßnahmen prüfen und vorschlagen, die einer kulturellen und intellektuellen Kontaktaufnahme dienlich waren. Anfang 1950 nahmen die gemischten Ausschüsse in Südwestdeutschland ihre Arbeit auf[421]. Schmittleins Interesse an den solcherart gestalteten Gremien dürfte indes nur noch gering gewesen sein. In ihrem Rahmen ließen sich seine Intentionen nicht verwirklichen. Nun mußte sich vielmehr erweisen, inwieweit die Überzeugungskraft der französischen Reformpädagogen auch ohne besatzungspolitische Machtmittel Früchte trug.

Gymnasialreformen als Bindeglied zwischen Umerziehung, Demokratisierung und Elitenaustausch

Zu untersuchen bleibt, wie Schmittleins Behörde die Notwendigkeit der schulpolitischen Reformmaßnahmen begründete, mit welcher Konzeption und welchen Argumenten sie ihren Kritikern und Opponenten entgegentrat, welche pädagogischen und weltanschaulichen Motive und Intentionen sich hinter ihrem hartnäckigen Eifer verbargen. Für keinen anderen Teilbereich der französischen Bildungspolitik hat sich ein ähnliches Mißverständnis über die vorherrschende Grundorientierung als meinungsbildend durchgesetzt wie gerade für die scheinbar gut erforschten Schulreformbestrebungen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 136

kommissionen verhandelt wurde. Zuvor hätten die Differenzen zwischen Paris und Baden-Baden über die Ausgestaltung einer dreiseitigen Verordnung zur Einführung solcher Kommissionen ausgeräumt werden müssen.

[418] AOFA, AC 66,2, Schmittleins Aufzeichnung für Koenig vom 15.4.1949, No. 8858/CCSG/EDU.

[419] Ebenda, politische und Kulturabteilung des Generalkommissariats an das Oberkommando (Cab./DEP) am 12.7.1949, No. 1117/POL.

[420] In: JO-CCFA 1949, No. 293; auch abgedruckt in: Aktuelle Probleme, S. 5.

[421] Vgl. Aktuelle Probleme, S. 6; Sitzungsprotokolle der gemischten Kommission in Württemberg-Hohenzollern bis Ende Januar 1952, in: AOFA, Wurtemberg, C. 3564, 88. Nach der Bildung des Bundeslandes Baden-Württemberg im Frühjahr 1952 vollzogen die Ausschüsse in Freiburg und Tübingen ihre Vereinigung; vgl. Aktuelle Probleme, S. 7.

„Die Grundlage für die geplanten Veränderungen im deutschen System richtete sich ganz selbstverständlich nach den Vorstellungen der DEP von Frankreichs eigenem Erziehungssystem: die klassische humanistische Tradition, dergestalt unterrichtet, daß geistige Individualität und sittliches Verantwortungsbewußtsein (a sense of morality) als Ergebnis einer nachdrücklichen Staatsbürgerkunde gestärkt würden."[422] Diese Einschätzung trifft zwar grundsätzlich den Sachverhalt, geht jedoch implizit von einem statischen Begriff des französischen Erziehungssystems bzw. von ausschließlich traditionsverhafteten Vorstellungen innerhalb der DEP aus. Ein anderes Urteil über die Baden-Badener Behörde scheint hingegen die Hintergründe ihres Vorgehens gänzlich zu verkennen. „Von einer Reformbegeisterung" sei „hier nichts zu spüren" gewesen, denn das „Dilemma der französischen Bildungsoffiziere" habe darin bestanden, „daß sie auf die Besatzungszone das französische Schulsystem übertragen wollten, und zwar in der Form, die es zu Beginn des 20. Jahrhunderts erhalten hatte"[423]. Folgt man dieser Interpretation, so ließen die ersten Instruktionen der DEP „erkennen, daß die beabsichtigte Schulreform mehr formaler als inhaltlicher Natur war", da es „in Fragen der inhaltlichen Gestaltung des Unterrichts [...] zwischen Militärregierung und deutscher Kultusverwaltung mehr Gemeinsamkeiten [gab], als im ersten Augenblick erkennbar gewesen sein mag"[424]. Die Kontrollrats-Direktive Nr. 54 vom Juni 1947 habe die französischen Demokratisierungsforderungen bei weitem übertroffen; sie könne noch heute als Vorbild an Fortschrittlichkeit angesehen werden[425]. Während die „Basic Principles" von der amerikanischen Militärregierung zeitweilig als Druckmittel gegenüber den deutschen Kultusbehörden eingesetzt wurden, treffe „für die französische Zone beinahe das Gegenteil zu"[426]. Eine fehlinterpretierte Äußerung Schmittleins gilt schließlich als Beleg für die These, er habe im Grunde eine vergleichbar elitär-konservative Gymnasialkonzeption verfochten wie seine reformfeindlichen deutschen Gegenspieler[427]. Daß indessen sein Stellvertreter im Erziehungsausschuß des Kontrollrats Hepp das Memorandum vom April 1947 nicht nur mittrug, sondern mitgestaltete, daß Schmittlein bzw. Laffon noch vor Verabschiedung der daraus abgeleiteten Direktive ihre Bestimmungen, wenngleich mit pragmatisch motivierten Einschränkungen, an die Landesgouverneure weiterleitete, daß schließlich die DEP-Funktionäre bei ihren internen Dienstbesprechungen über Schulreformen ganz selbstver-

[422] Gilmore, ebenda, S. 90.

[423] Ruge-Schatz, Umerziehung, S. 79; zurückhaltender dies., Grundprobleme, S. 110. Wie weitgehend sich die Implikationen dieser Beurteilung durchgesetzt haben, zeigt sich z. B. in der Überblicksdarstellung von Benz, Potsdam 1945, S. 186.

[424] Ruge-Schatz, Umerziehung, S. 80f.

[425] An dieser Stelle wird besonders deutlich, daß die Autorin durch die bewußte, engagierte Verknüpfung der Untersuchung „mit der bildungspolitischen Aufbruchstimmung [ihrer] Studentenzeit" (ebenda, Vorbemerkung), in Verbindung mit einer offensichtlich undifferenzierten Einschätzung „gaullistischer" Politik als eo ipso konservativ, auf eine falsche Fährte gelangt ist. Ähnliche Vorbehalte scheint auch Hudemann, Französische Besatzungszone, S. 238f., im Sinn zu haben.

[426] Ruge-Schatz, Umerziehung, S. 86f.

[427] Ebenda, S. 87. Die Verf. stützt sich auf ein bei Gilmore, ebenda, S. 111, auszugsweise zitiertes Dokument. Bei dem Schlagabtausch zwischen CGAAA und DEP stand nicht die Anwendung der Kontrollratsdirektive Nr. 54, sondern die Frage einer Hochschulzulassung ohne Abitur zur Diskussion; AOFA, AC 70,1, Savary (Cannac) an Laffon am 24.5.1947, No. 6363/INTER/EDU, und Schmittleins Stellungnahme vom 12.6.1947, No. 7457/DGAA/EDU.

ständlich auf der Basis der interalliierten Übereinkunft berieten und sie gegenüber ihren Opponenten als Legitimationshilfe heranzogen[428], ist oben dargestellt worden. Auch wurde bereits angedeutet, daß Schmittlein aufgrund seiner Mitarbeit an den Schulreformempfehlungen der Algier-Kommission 1944 die Nachfolgeplanungen der Langevin-Wallon-Gruppe vermutlich mit Interesse und Sympathie verfolgte. Zunächst sind die Ergebnisse dieses Studienausschusses zu skizzieren[429].

Im November 1944 hatte Erziehungsminister Capitant zur Fortführung der in Algier erzielten Resultate neuerlich eine Untersuchungskommission mit der Erarbeitung eines umfassenden Reformplans für das französische Bildungswesen beauftragt. Zu ihrem Vorsitzenden wurde der renommierte Physiker Paul Langevin, Professor am Collège de France und Präsident der *Groupe français d'Education nouvelle*, nach seinem Tod im Dezember 1946 sein Stellvertreter Henri Wallon, Professor für Psychologie am *Collège de France* und Vorsitzender der *Société française de pédagogie*, bestellt. Beide gehörten zeitweilig der kommunistischen Partei an. Wallon war einer der beiden Erziehungsspezialisten, die mit dem von Salomon Grumbach geleiteten parlamentarischen Untersuchungsausschuß Anfang 1946 die französische Zone besuchten[430]. Die Langevin-Wallon-Kommission setzte sich aus Lehrern aller Unterrichtsstufen, Professoren und Vertretern der Schulverwaltung im Erziehungsministerium zusammen. Am 19. Juni 1947, fast zeitgleich mit dem Erlaß der alliierten Kontrollratsdirektive zur Demokratisierung des deutschen Unterrichtswesens, wurde dem Nachfolger Capitants, Erziehungsminister Naegelen, der ausgearbeitete Reformplan vorgelegt[431]. Den Ausgangspunkt bildete die Feststellung, daß Bildungssystem und gesamtgesellschaftliche Entwicklung im zeitgenössischen Frankreich sich deutlich voneinander entfernt hatten, zwischen Lehranstalten und moderner Realität die Berührungspunkte fehlten; daß andererseits ein Mangel sowohl an wissenschaftlich abgesicherter Lehrmethodik als auch an staatsbürgerlichen Bildungsinhalten offenkundig sei. Dies begründete in den Augen der Kommission „die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Reform unserer Unterrichtseinrichtungen; wenn sie auch in der Vergangenheit ihre Aufgaben erfolgreich erfüllt haben, so müssen sie sich doch, wollen sie sich auf der Höhe eines wohlverdienten Ansehens halten, umgestalten und dem gegenwärtigen Stand von Wirtschaft und Gesellschaft anpassen"[432]. Indem er die Verdienste und das Prestige des überkommenen Bildungswesens ausdrücklich anerkannte, wies der Langevin-Wallon-Plan den verantwortlichen Politikern eine evolutionäre, keine revolutionäre Perspektive; zugleich sprach er sich jedoch für entschiedene Neuerungen aus.

Unter den allgemeinen Grundsätzen künftiger Schulorganisation forderte die Kommission an erster Stelle „Gerechtigkeit", die Verwirklichung sowohl echter Chancengleichheit als auch eines konsequenten Leistungsprinzips. Sodann trat sie für eine

[428] AOFA, AC 131,5, Protokoll der vorbereitenden Kommissionen für die Dienstbesprechungen zwischen Berliner und Baden-Badener Militärregierungsbehörden vom 23.9.1947, No. 8814/DGAA/EDU; AOFA, AC 97,37, Protokoll der Besprechung von DEP-Funktionären am 14.10.1947. Marquant, La politique culturelle, S. 118ff., hat als erster die gesellschaftspolitisch fortschrittlichen Intentionen Schmittleins betont.

[429] Vgl. zum Folgenden Schriewer (Hrsg.), Schulreform, S. 38ff.

[430] Vgl. Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 7f.

[431] Vgl. Schriewer (Hrsg.), ebenda, S. 309.

[432] Zitiert nach ebenda, S. 40.

Aufwertung manueller Ausbildung und Tätigkeit ein, postulierte kind- und jugendadäquate Institutionen, eine intensive Orientierung, Beratung und Anleitung der Schüler – und zwar im Interesse sowohl der individuellen Fähigkeiten als auch des „gesellschaftlichen Bedarfs" an geistigem Potential –, die globale Förderung breiter Allgemeinbildung und persönlicher Entfaltung, kombiniert mit ergänzender Spezialisierung, und schließlich die Möglichkeit jedes Staatsbürgers zur ständigen Weiterbildung. Die Schule sollte Kunst und Kultur vergangener Epochen weitervermitteln „und dabei gleichzeitig aktiv wirksame Anregerin des Fortschritts und der Modernisierung sein"[433]. Aus diesen allgemeinen Grundsätzen folgerte die Gruppe um Langevin und Wallon, daß eine Abstufung der Bildungseinrichtungen notwendig sei, die sich ausschließlich nach Entwicklungsphasen und Begabungen der Schüler, nicht aber nach ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Schichten richten dürfe. Die Schulpflicht sei um vier Jahre zu verlängern und mindestens teilweise bis zum 18. Lebensjahr auszudehnen. Für die Altersgruppe der Elf- bis 15jährigen war eine breite Phase der Orientierung und Beobachtung vorgesehen, nach der die Entscheidung und Festlegung der Schüler zwischen theoretischer und berufsfachlicher Spezialisierung getroffen werden sollte. Die Hochschulen sollten nur denjenigen offenstehen, die ihre Befähigung zum Studium unter Beweis gestellt hatten. Um materielle Gesichtspunkte zu minimieren, dürften weder Schulgeld noch Studiengebühren erhoben werden und müsse eine neue Stipendienregelung den Lebensunterhalt jedes Studenten sicherstellen. Auf den allgemeinen Teil folgten ausführliche Darlegungen zur Struktur- und Organisationsreform aller Stufen des Unterrichtssystems, zur Neuordnung der Lehrerbildung, der Lehr- und Stundenpläne, Unterrichtsmethoden, Schulabschlüsse und Prüfungen, schließlich zu Fragen der sittlichen und staatsbürgerlichen Erziehung und der allgemeinen Volksbildung[434].

Diese „Charta der Neuen Schule Frankreichs"[435], die den Algier-Plan der Capitant-Durry-Kommission konsequent zu Ende führte[436] und mit dem Kontrollratsmemorandum zur Demokratisierung des deutschen Erziehungswesens durchaus harmonierte, spiegelt die von Résistance, Libération und politisch linkem Grundkonsens geprägte Aufbruchstimmung im Frankreich der Jahre 1944 bis 1946/47 wider, die in der Regierungskoalition von Kommunisten, Sozialisten und Volksrepublikanern ihren Niederschlag fand. Doch als Wallon die Beratungsergebnisse der Studienkommission schließlich vorlegen konnte, war der *tripartisme* zerbrochen, die Einbindung der KPF in die Regierungsverantwortung gelöst, die Systemopposition des vordem einheitsstiftenden Gaullismus manifest, wurde Frankreich gleichzeitig von einer schweren Wirtschaftskrise und sozialen Kämpfen heimgesucht wie vom Kalten Krieg erfaßt. Diese Situation ließ das Schicksal des weitreichenden, gesellschaftspolitisch ebenso folgenschweren wie kostspieligen Schulreformplans, ein stillschweigendes Begräbnis, bereits ahnen[437].

---

[433] Zitiert nach ebenda, S. 43.
[434] Vgl. ebenda, S. 48ff.
[435] Schneider, Neue Erziehung, S. 87.
[436] Miles, Recent Reforms, S. 55.
[437] Zum Schicksal dieses Projekts sowie der weiteren Schulreformpläne der Vierten Republik vgl. Schneider, Neue Erziehung; Honig, Schulreformen; Knaup, Beobachtungs- und Orientierungsstufe.

Für die Verantwortlichen der DEP in Baden-Baden blieben die Grundgedanken der Langevin-Wallon-Kommission wie die der interalliierten Übereinkunft von April/Juni 1947 bis zum Ende der direkten Besatzungsherrschaft Richtschnur ihrer Bemühungen. In einer gemäß der Absprache mit seinem amerikanischen Amtskollegen Grace dem französischen Zonenbefehlshaber vorgelegten Denkschrift vom 31. Mai 1949 entwickelte Schmittlein im Hinblick auf die bevorstehenden besatzungspolitischen Veränderungen quasi bilanzierend die Prinzipien, an denen sich die Demokratisierung des deutschen Schulwesens orientieren sollte[438]. Das Gerüst dieser Grundsätze stellte die Kontrollratsdirektive Nr. 54 dar, deren Bestimmungen weitgehend aufgegriffen und mit präzisierenden Zusätzen versehen wurden. Hatte zum Beispiel die alliierte Weisung reichlich vage und ohne nähere Bestimmung von den Schulen die Erziehung „zu staatsbürgerlicher Verantwortung und einem demokratischen Lebensstil" sowie die Förderung von „Verständnis und Respekt für andere Nationen" gefordert[439], so hieß es bei Schmittlein: „Der Unterricht muß im wesentlichen der Jugend ein demokratisches Lebensideal anbieten, d. h. gegründet auf Objektivität im Urteil, Freiheitsliebe, Toleranz gegenüber anderen Meinungen, Sinn für persönliche Verantwortung wie für die internationale Gemeinschaft." Und: „Die Lehrpläne und Lehrbücher müssen alle Errungenschaften des menschlichen Geistes auf dem Gebiet der Literatur, der Philosophie, der Künste und der Wissenschaften ins rechte Licht rücken; der Unterricht wird mit dem Ziel erteilt werden, die Einheit der *civilisation* zu unterstreichen, das Individuum zu bereichern und den Staatsbürger heranzubilden." Wo die Kontrollratsdirektive lediglich den modernen Fremdsprachenunterricht betont hatte, der das Verständnis der Schüler für andere Völker wecken sollte[440], da fügte Schmittlein hinzu: „Es wird ihnen [den Schülern] jede Möglichkeit eröffnet werden müssen, fremde Länder zu besuchen, an internationalen Begegnungen teilzuhaben und das Leben und die Kultur anderer Nationen kennenzulernen." Während die „Basic Principles" zur Zielsetzung des Unterrichts geschwiegen hatten, schrieb Schmittlein: „Der gesamte Unterricht wird sich als Hauptziel die Entwicklung des kritischen Geistes und der Urteilsbildung des Schülers stecken müssen, weniger den allumfassenden Wissenserwerb, der sich auf die Autorität des Lehrers stützt." Dies stand in Einklang mit den Reformvorstellungen des Langevin-Wallon-Plans, die mit Hilfe „aktiver" Lehrmethoden die Eigenständigkeit der Schüler zu fördern gedachten[441].

Neu gegenüber dem interalliierten Text war auch ein Programmpunkt, dessen erster Teil zwar im Sinne eines traditionell-elitären Verständnisses interpretiert werden konnte, in seiner Betonung des „klassenneutralen" Leistungsprinzips aber dem Langevin-Wallon-Plan entsprach: „Der Zugang zur höheren Bildung ist den Begabtesten vorzubehalten, die auf eine Weise auszuwählen sind, die sowohl Willkür als auch die Verstetigung bestimmter Klassen- und Kastenprivilegien ausschließt." In dieser Perspektive konkretisierte Schmittlein die Forderung der Kontrollratsdirektive nach einer Gesamtschule (dem „comprehensive educational system"), in dem Elementar- und Sekundarstufe nicht mehr zwei einander überschneidende Schultypen unterschiedli-

[438] AOFA, AC 66,2, Schmittleins Memorandum „Statut de l'Education dans la prochaine organisation alliée", No. 9934/CCSG/EDU.
[439] Punkte 6 und 7 der Basic Principles; vgl. Bungenstab, Umerziehung, S. 184.
[440] Punkt 6; vgl. ebenda.
[441] Vgl. Schriewer (Hrsg.), Schulreform, S. 59f.

cher Qualität darstellen, sondern von allen Schülern nacheinander, wenn auch in differenzierter Form, durchlaufen werden sollten[442]. Schließlich war Schmittlein bemüht, die ihm besonders am Herzen liegenden Früchte französischer Erziehungspolitik über die absehbare Zäsur des Jahres 1949 hinaus zu sichern. In dieser Absicht fügte er dem interalliierten Postulat eines kostenlosen Unterrichts die Präzisierung an, daß sich dieser Grundsatz auch auf eine internatsmäßige Unterbringung der Schüler beziehen müsse. Damit hatte er zweifellos die Aufnahme von Kindern mittelloser Eltern an den Lehrerbildungsanstalten im Visier[443]. Außerdem sollte das propädeutische Jahr zwischen Abitur und Hochschulzugang festgeschrieben werden, um die Allgemeinbildung der angehenden Studenten zu vertiefen und ihnen eigenständiges wissenschaftliches Arbeiten nahezubringen[444]. Wie das Beharren auf leistungsbezogener Exklusivität des höheren Unterrichts konnte auch diese Maxime dem überkommenen, hierarchisch-elitär geprägten Bildungswesen der Dritten Republik entstammen, zumal Schmittlein bei einer Mitarbeiterbesprechung im Mai 1947 seine offenkundig traditionsverhaftete Vorstellung von propädeutischer Bildung, die Orientierung an der französischen *hypo-khâgne*, zu erkennen gegeben hatte[445]. Doch befürwortete auch der Langevin-Wallon-Plan eine prä-universitäre Unterrichtsstufe, um dem Studium seinen „eigentlichen Hochschulcharakter wiederzuverleihen"[446]. Allerdings sollte nach dem Willen der Pariser Reformer das künftige Propädeutikum neben der theoretisch-wissenschaftlichen Vorbereitung eine erste berufsspezifische Orientierung und Fühlungnahme für alle angehenden Studenten ermöglichen[447]. Dieses moderne Moment kam in einem weiteren, ebenfalls von der Kontrollratsdirektive abweichenden Programmpunkt Schmittleins zum Ausdruck: „Jede Person, die ein Amt im öffentlichen Dienst anstrebt, und besonders alle diejenigen, die, gleich auf welcher Stufe, unterrichten sollen, werden nicht nur die notwendigen Qualifikationen, sondern auch ein Praktikum in einer speziellen Berufsbildungseinrichtung nachweisen müssen." Dies entsprach allerdings nicht nur den Vorstellungen des Langevin-Wallon-Plans zum Propädeutikum im allgemeinen wie zur Lehrerbildung im besonderen[448], sondern wäre darüber hinaus geeignet gewesen, die Neuerungen, an denen Schmittleins Behörde besonders lag, für verbindlich zu erklären: die Lehrerbildungsanstalten, die Verwaltungshochschule in Speyer und das Dolmetscherinstitut in Germersheim, die

[442] Schmittleins Denkschrift vom 31.5.1949.

[443] Die kostenlose Unterbringung und Verpflegung der künftigen Volksschullehrer in den Lehrerseminaren war von Anfang an ein teils offener, teils latenter Streitpunkt zwischen den deutschen Landesbehörden (vor allem den Finanzministerien) und der DEP, wie aus dem Tätigkeitsbericht der Tübinger Section de l'Education Publique für 1945–1949 hervorgeht; in: AOFA, AC 149,2. Vgl. auch Winkeler, Schulpolitik, S. 23; Ruge-Schatz, Umerziehung, S. 116.

[444] AOFA, AC 67,1, Schmittleins „Rapport sur l'activité de la D.E.P." vom 4.7.1947, No. 7723/DGAA/EDU.

[445] AOFA, AC 97,37, Protokoll einer Dienstbesprechung der Erziehungskontrolleure aus Baden-Baden und der Landesdelegationen am 9.5.1947; zu Begriff, Wesen, sozialer und politischer Funktion dieser Vorbereitungsklassen für die Grandes Ecoles in der Zwischenkriegszeit Sirinelli, Génération intellectuelle.

[446] Zitiert nach Schriewer (Hrsg.), Schulreform, S. 53.

[447] Vgl. ebenda, S. 54.

[448] Vgl. ebenda.

der Heranbildung neuer, demokratisch erzogener und politisch-moralisch zuverlässiger Eliten dienen sollten[449].

Einige Forderungen der „Basic Principles" griff Schmittleins Denkschrift vom Mai 1949 nicht auf. Das Postulat einer akademischen Ausbildung aller Lehrkräfte ignorierte sie wohl ganz bewußt, da es die nach französischem Vorbild reformierten Lehrerbildungsanstalten hätte obsolet werden lassen. In dieser Hinsicht befand sich der Erziehungsdirektor nicht nur im Widerspruch zur Langevin-Wallon-Kommission, die für angehende Volksschullehrer nach Absolvierung der *Ecole normale* ein zweijähriges Hochschulstudium vorsah[450], sondern auch im Gegensatz zu deutschen Reformvorstellungen, die die Einrichtung von Pädagogischen Instituten an den Universitäten befürworteten. Vor- und Nachteile solcher wie entgegengesetzter Entwürfe aus den Landesbehörden oder interessierten deutschen Pädagogenkreisen waren vor Laffons Verfügung vom 8. Juli 1946 in der DEP diskutiert worden. Dabei hatte man französischerseits zwar die fachlichen Vorzüge der akademischen Variante, also von Pädagogischen Instituten im Hochschulrang, gesehen, aber einer leichteren Kontrolle der Internatszöglinge in politisch-moralischer Hinsicht und einer sofortigen Rekrutierung der angehenden Volksschullehrer „aus dem Volke" Priorität eingeräumt[451]. Hinzu kam das Mißtrauen gegenüber den deutschen Universitäten, jenen „Hauptbrutstätten des nationalistischen Pangermanismus", denen man keinesfalls die Ausbildung der künftigen Volksschullehrer anvertrauen wollte[452]. Statt dessen sollten bereits im Beruf stehende Lehrkräfte und Schuladministratoren in Fortbildungskursen an der im September 1948 eröffneten Pädagogischen Akademie in Calw mit den Grundsätzen der „Neuen Pädagogik" Frankreichs und der Schweiz vertraut gemacht werden[453].

Angesichts der Opposition deutscher Schul- und Kirchenvertreter sowie ihnen nahestehender politischer Kreise sah sich Schmittleins Equipe seit Spätsommer 1946 unter stetem Rechtfertigungszwang. Um ihren Kritikern entgegenzutreten, setzte sie mehrere Mittel ein: die direkte Erwiderung auf schriftliche Proteste[454] oder die mittelbare Zurückweisung vorgebrachter Argumente auf dem Umweg über die *Délégués Supérieurs*; den Gang an die Öffentlichkeit, z. B. in Form von Pressekonferenzen[455] oder

---

[449] Vgl. Schmittleins Bericht über die Umerziehung des deutschen Volkes vom 27.1.1948; abgedruckt in: Vaillant (Hrsg.), Französische Kulturpolitik, hier S. 171. AOFA, AC 149,2, Tätigkeitsbericht der Tübinger Section de l'Education Publique für 1945–1949: Die Lehrerbildungsanstalten waren demnach „la pièce maîtresse de l'action de l'Education Publique dans le Land"; AOFA, AC 122,4, undatiertes Memorandum der DEP, „Projet relatif à la formation professionnelle des maîtres de l'enseignement primaire", das am 12.6.1946 Laffon zuging.

[450] Vgl. Schriewer (Hrsg.), ebenda, S. 56.

[451] „Projet relatif à la formation professionnelle des maîtres de l'enseignement primaire". Daß die neuen Lehrerbildungsanstalten nicht zuletzt das „Monopol" der classe bourgeoise auf den Volksschullehrerberuf brechen sollten, betonte Schmittlein im „Rapport sur l'activité de la D.E.P." vom 4.7.1947.

[452] Vermeil, Les alliés, S. 607 und 613.

[453] AOFA, AC 65,2, Jean Graffs „Rapport sur la nécessité du maintien du service de l'Education Publique" vom 13.2.1948, No. 7267/SAA/EDU; AOFA, AC 149,2, Tätigkeitsbericht der Tübinger Section de l'Education Publique für 1945–1949: zur Pädagogischen Akademie Calw.

[454] Vgl. Schmittleins Briefwechsel mit dem Mainzer Bischof Stohr im Oktober/November 1946, in: Ruge-Schatz, Besatzungsmacht.

[455] Vgl. Süsterhenns Aktenvermerk über Schmittleins Pressekonferenz am 24.9.1948, in: Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 668ff.

Pressemitteilungen[456]; schließlich die mehr oder weniger gelenkte Argumentation sympathisierender Deutscher in eigens dafür geschaffenen Publikationsorganen, insbesondere in „Schola", einer „Monatsschrift für Erziehung und Bildung", die seit September 1946 in dem für die DEP arbeitenden Lehrmittel-Verlag in Offenburg erschien[457]. Bereits in ihrem zweiten Heft vom Oktober, als die vereinheitlichende Reorganisation der südwestdeutschen Gymnasien Schmittleins Anordnung gemäß in Kraft treten sollte, legte Paul Oestreich, ein „entschiedener Schulreformer", der der Weimarer Sozialdemokratie nahegestanden hatte[458], den Lesern die Frage vor: „Sind verschiedene höhere Schultypen noch notwendig und sinnvoll?"[459] Sein Plädoyer für die „elastische Einheitsschule" leistete der DEP Schützenhilfe. In derselben Ausgabe befürwortete ein anderer Autor die „Philosophische Propädeutik an Höheren Schulen"[460], und ein anonym wiedergegebener „Leserbrief aus dem Ausland" nahm ebenfalls im Sinne Schmittleins Stellung „zur Frage des Lateinunterrichts"[461]. Ende 1946 befürwortete die sozialistische Pädagogin, vormalige Schuladministratorin und Weimarer Reichstagsabgeordnete Anna Siemsen[462] ähnlich wie Paul Oestreich, wenn auch mit pragmatischen Vorbehalten, die Einheitsschule[463]. 1947 wurde die Zeitschrift vollends zur Tribüne der schulpolitischen Auseinandersetzungen, auf der die Vorstellungen der Baden-Badener Erziehungsbehörde direkt wie mittelbar ausgiebig artikuliert wurden, in Leserzuschriften jedoch auch Gegenpositionen zu Wort kamen.

Sieht man einmal von taktisch motivierten, äußerlich-formalen oder die Machtverhältnisse des Besatzungsregimes hervorkehrenden Argumenten der DEP ab, mit denen sie Opponenten und Kritikern ihrer Schulreformmaßnahmen – zumeist nichtöffentlich, auf dem Behördenwege – entgegentrat[464], so lassen sich in ihren Begründungen drei Motive unterscheiden, die aufs engste miteinander verbunden waren: ein pädagogisches, ein umerziehungs- und damit deutschlandpolitisches sowie ein gesell-

[456] Beispiele hierfür in Schola 1947.

[457] Im Telefonverzeichnis der DEP vom 15.5.1949 firmierten „Schola" und Alfred Döblins Zeitschrift „Das Goldene Tor" als Bestandteile des Bureau des Lettres im Service de l'action culturelle der französischen Kulturbehörde; in: AOFA, sekret. Vgl. hierzu auch Steil-Beuerle, Erinnerungen, S. 198. Manns, Höchst persönliche Erinnerungen, S. 194, verweist darauf, daß „Schola" von der DEP sowohl inspiriert als auch finanziert wurde.

[458] Vgl. Wittwer, Sozialdemokratische Schulpolitik, S. 27; zum Gesamtkomplex Neuner, Bund.

[459] In: Schola, H. 2/1946, S. 121ff.

[460] Adam B. Gottron, in: ebenda, S. 115ff. Mit der im Oktober 1946 in Kraft tretenden Reorganisation der Gymnasien wurde auch ein zweistündiger Philosophieunterricht in der Oberprima eingeführt; vgl. Albert, Reform, S. 19.

[461] In: Schola, H. 2/1946, S. 133ff..

[462] Vgl. Wittwer, ebenda.

[463] In: Schola, H. 3–4/1946, S. 203ff.

[464] Berufung auf die Souveränität des Kontrollrats und die Verbindlichkeit seiner Direktive Nr. 54, auf ähnliche Schulreformpläne der Verbündeten und auf Richtlinien aus Paris; Hinweis auf französisches Entgegenkommen gegenüber Vorstellungen der Kirchen und analoge Reformprojekte deutscher Kreise, auf die „nur entfernte Ähnlichkeit" der vorgesehenen Reformmaßnahmen mit dem französischen Schulsystem; Einstufung der deutschen Gegner als verstockte Nationalisten, deren Widerstand nicht hingenommen werden dürfe, oder als fehlinformierte Skeptiker, die durch geduldige Aufklärungsarbeit noch zu gewinnen seien; AOFA, Laffon, C. 19 (EDU 1947/48), Laffon an die Tübinger Délégation Supérieure am 1.10.1947, No. 9985 ABX; AOFA, AC 130,3, Schmittlein an die Tübinger Délégation Supérieure am 4.7.1947, No. 7722/DGAA/EDU.

schaftspolitisches[465]. Das pädagogische Motiv enthielt beileibe kein widerspruchsfreies und konsequent radikalreformerisches Konzept, da die DEP spätestens seit Sommer 1947 die infolge der besatzungspolitischen Entwicklung geschwundenen Durchsetzungschancen in Rechnung stellte und sich gezwungen sah, Gegenargumente von deutscher Seite ernsthaft zu berücksichtigen, sofern sie dem „Geist" der französischen Richtlinien Rechenschaft zu tragen schienen[466]. Einige Elemente, die Schmittlein schon in Algier als notwendig für ein reformiertes französisches Bildungswesen angesehen hatte, gehörten jedoch unverändert zum Credo der DEP: die Verlängerung des Orientierungs- und Ausleseprozesses für den weiterführenden Unterricht bis mindestens zum zwölften Lebensjahr; das Zurückdrängen der alten Sprachen (der „civilisations mortes") zugunsten einer modernen Fremdsprache (einer „lebendigen Kultur") in den ersten Gymnasialklassen; die formale Vereinheitlichung der Oberschultypen bei gleichzeitiger Flexibilisierung im Innern durch vielfältigere Möglichkeiten der Fächerwahl und -kombination an jedem Gymnasium; schließlich die Entlastung der Lehrpläne durch den Verzicht auf „enzyklopädische", zusammenhanglose Wissensanhäufung, wozu die verordnete Reduktion des Mathematik- und Naturkundeunterrichts in den sprachlich-literarischen Zweigen beitragen sollte[467].

Hier setzte nun das umerziehungspolitische Motiv ein. „Die Unterrichtsmethoden, nach denen in deutschen Schulen auch heute [1948] noch unterrichtet wird", so Schmittleins Verdikt, „sind schlechthin barbarisch. Sie gründen sich einzig und allein auf das Autoritätsprinzip und den Grundsatz des 'Magister dixit'. [...] In der Grundschule, im Gymnasium, in der Universität und in den Volkshochschulen scheint es um ein einziges Ziel, nämlich den Erwerb von enzyklopädischem Wissen, zu gehen. Die überfrachteten Lehrpläne sind nur durch 'Pauken' und strengste Spezialisierung zu erfüllen, durch eine Vielzahl von Stunden des passiven Wissenserwerbs zum Nachteil der aktiven Aneignung von Wissen. Es gibt fast keine Übungen, die eigenes Nachdenken und persönliche Arbeit erfordern. Das sind die wesentlichen Merkmale aller deutschen Bildungseinrichtungen."[468] Seine Schlußfolgerung war ebenso unmißverständlich wie karikierend: „Diese Methoden haben dazu geführt, daß aus dem deutschen Lehrbetrieb eine riesige Kaserne wurde, in der eine Unmenge von Feldwebeln für Ordnung und Disziplin sorgen, in der aber kaum Geisteskultur anzutreffen ist. [...] Wir stehen heute vor einem Bau, den es um jeden Preis niederzureißen gilt,

[465] Daß Schmittleins Reformkonzept möglicherweise eine „soziale Komponente" enthalten habe, wird erstmals explizit angesprochen in Beiträgen von Vaillant, Marquant und Küppers, in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 168ff.; allerdings verlief die Diskussion hierüber im Sande.

[466] AOFA, Laffon, C. 19 (EDU 1947/48), Laffon (Schmittlein) an die Tübinger Délégation Supérieure am 27.9.1947, No. 9850 ABX.

[467] Vgl. Schmittleins Schreiben an Bischof Stohr vom 18.11.1946, in: Ruge-Schatz, Besatzungsmacht, S. 130ff.; Albert, Reform, S. 17ff.; Laffons Schreiben an die Tübinger Délégation Supérieure vom 1.10.1947, in: AOFA, Laffon, C. 19 (EDU 1947/48), No. 9985 ABX; Tätigkeitsbericht der Tübinger Section de l'Education Publique für 1945–1949, in: AOFA, AC 149,2.

[468] AOFA, AC 67,1, Schmittleins Denkschrift „La rééducation du peuple allemand" vom 27.1.1948, No. 10711/DGAA/EDU; abgedruckt in: Vaillant (Hrsg.), Französische Kulturpolitik, S. 161ff., hier S. 169.

wenn die deutsche Jugend wieder frei atmen soll."[469] Wie die Unterrichtsmethoden mußten nach Ansicht der DEP auch die Lehrbücher an den deutschen Schulen ausgetauscht werden. „Denn die deutsche Wissenschaft hat schon vor 80 Jahren damit begonnen, unter dem Einfluß der nationalistischen Sichtweise, der sie sich verpflichtet fühlte, eine Art Deformation zu erleiden und sich häufig zu offenkundigen Unwahrheiten, manchmal gar zu Ungeheuerlichkeiten, mindestens jedoch zu tendenziösen Verdrehungen der Tatsachen hinreißen zu lassen."[470] Für die Umerziehung der jungen Deutschen zur Demokratie galt daher Schmittleins kategorischer Imperativ: „Die Jugend von diesem Pflichtkanon (carcan) an Fächern zu befreien, der ihr Urteilsvermögen abtötet, von jenen Wagnerschen Alpträumen, die ihre Phantasie vergiften; ihr beibringen, daß der Nationalismus ihr von einer Koalition (conjonction) aus romantischen Schriftstellern und preußischen Militärs künstlich eingeredet wurde; ihr zeigen, daß die Philosophie des 'Übermenschen' und die Verherrlichung heldischer Tugenden in die Katastrophe führen müssen, also nichts als eine Philosophie des Pessimismus darstellen, die notwendigerweise Totalitarismus und Diktatur hervorbringt [...]; ihr als Gegenstück zu dieser finsteren Philosophie den Optimismus des Humanismus vorführen, der sich im wesentlichen auf den Glauben an den Fortschritt der Menschheit und die Vervollkommnungsfähigkeit des Menschen gründet [...]."[471] Der letzte Satz umriß gleichzeitig Schmittleins eigene Lebensphilosophie, die er bei anderer Gelegenheit näher erläuterte: „Wenn ich von der *civilisation* spreche, meine ich damit Demokratie", wobei dieser Begriff keineswegs im politischen Sinn aufzufassen sei: „Wir verstehen unter Demokratie die Summe der Güter, die der menschliche Geist im Laufe seiner langen Kulturgeschichte (civilisation) hervorgebracht und bewahrt hat. Die europäische *civilisation* kann nur demokratisch sein, denn sie beinhaltet ebenso die antike Weisheit wie das Christentum, die Errungenschaften der Revolution wie all jene, die der moderne Geist gemacht hat und noch machen wird. Und zu den schönsten Errungenschaften zählen Gerechtigkeitssinn (respect de la justice), Freiheitsliebe, Toleranz und kritischer Geist. Wenn wir Europäer nun alle das Glück haben, von diesen Tugenden durchdrungen zu sein und ihnen noch den Glauben an den Fortschritt der Menschheit hinzuzufügen – was bedeuten dann noch die politischen Formen der Demokratie?"[472]

Die Verkettung von Romantik, Nationalismus und Imperialimus, die schließlich im nationalsozialistischen Wahn kulminiert habe, durchzog gleichermaßen die Analysen Schmittleins und Vermeils. Wie bereits in seinen Vorkriegsschriften identifizierte der prominente Sorbonne-Professor als Hauptstrang im Wurzelwerk des Hitler-Regimes „den rassistischen Pangermanismus, der schon vor 1914 auftauchte und zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden war"[473]. Von dieser „völkischen" Perspektivverengung mußte nun das deutsche Geistesleben befreit werden. Den Gymnasiasten sollten zu diesem Zweck die Errungenschaften der *civilisation française*, bedeutende Texte der Weltliteratur sowie die Werke jener deutschen Autoren nahegebracht werden, die zu

[469] Vgl. ebenda, S. 170.
[470] Vgl. ebenda, S. 173.
[471] Schmittlein, Briser les chaînes.
[472] Schmittleins Rede anläßlich der internationalen Historikertreffen in Speyer im März 1949, in: Schulze, „Mainzer Paradoxon", S. 44ff., hier S. 46.
[473] Vermeil, Les Alliés, S. 603.

den geistigen Strömungen Europas, zu Aufklärung, Toleranz und Freiheitsliebe beigetragen hatten[474]. Zugleich erweisen sich Vermeils ideengeschichtliche Studien als aufschlußreich für das Verhältnis der DEP zu den Kirchen, das gerade im Schulbereich ein heikles Sonderproblem darstellte. So gesehen, gründete die Ablehnung von Bekenntnisschulen und konfessionell getrennten Lehrerseminaren als Regeleinrichtungen keineswegs ausschließlich in der Absicht der Baden-Badener Kulturoffiziere, den französischen Laizismus in Südwestdeutschland zu oktroyieren[475]. „Die Konfessionsschule, ob lutherischer oder katholischer Ausrichtung," schrieb Vermeil 1947, „hat in Deutschland die Trennung der christlichen Glaubensgemeinschaften festgeschrieben (consacré). Vor allem hat sie das Schicksal des Christentums mit dem des Nationalismus verknüpft. [...] Dieses Land wird ohne Rückkehr zum Christentum nicht zum Humanismus zurückfinden, jedoch zu einem freien, natürlichen (spontané) Christentum, nicht einem, das den Volksmassen mittels der Konfessionschule aufgezwungen wird. Könnten nicht die angelsächsischen und französischen Traditionen [...] den Deutschen dabei helfen, ihr nach unserer Ansicht überholtes System, ohne dessen Umgestaltung, wie wir fürchten, keine wirkliche Unterrichtsreform jenseits des Rheins möglich sein wird, geschmeidiger zu gestalten und zu erweitern?"[476] Seine Ausführungen schloß Vermeil mit den bedeutungsschweren Sätzen: „Die deutsche Schule muß auf allen drei Stufen von jeder konfessionellen Bevormundung frei sein. Andernfalls wird sie die erwünschte Geisteshaltung (culture) nicht hervorbringen."[477] Damit nahm er Bezug auf eigene Darlegungen aus der Vorkriegszeit, mit denen er eine enge, bis in die Gegenwart anhaltende Verknüpfung des „romantischen Nationalismus" und des Alldeutschtums („pangermanisme") mit den preußisch-deutschen Spielarten von Religion und Philosophie nachzuweisen versucht hatte[478]. Der hartnäckige Widerstand, den ein Teil der hohen Geistlichkeit von Anbeginn gegen die Schulreformpläne der DEP leistete, bestätigte Schmittlein in dieser Überzeugung und schien ihm vermutlich dazu angetan, seine Gegenattacken auf einen nationalistischen, zur Sabotage der französischen Politik entschlossenen Klerus auch in den Augen kirchenfreundlicher Offiziere der Militärregierung berechtigt erscheinen zu lassen. Von einem vorwiegend auf christlich-antiken Traditionen beruhenden Humanismus-Begriff sah der Erziehungsdirektor sich herausgefordert[479]. Zunächst müsse der Geschmack der künftigen deutschen Elite an den klassischen Fächern neu entwickelt werden, indem den Schülern aller weiterführenden Lehranstalten, nicht nur der Gymnasien alten Typs, die Teilnahme am neugestalteten Lateinunterricht ermöglicht

[474] AOFA, AC 142,2, „Rapport sur la démilitarisation, la dénazification et la démocratisation dans la Z.F.O. Questions concernant la D.E.P." vom 4.1.1947, No. 5364/DGAA/EDU; Schmittleins Bericht über die Umerziehung des deutschen Volkes, in: Vaillant (Hrsg.), Französische Kulturpolitik, hier S. 177; Albert, Reform, S. 19.

[475] Dies gegen Ruge-Schatz, Umerziehung, S. 98; Winkeler, Schulpolitik, S. 26.

[476] Vermeil, Les alliés, S. 620. Vgl. hierzu Gruson, La référence religieuse.

[477] Vermeil, ebenda, S. 622.

[478] Vgl. Vermeil, Doctrinaires (Neuaufl. 1948), S. 24ff.

[479] AOFA, Laffon, C. 19 (EDU 1947/48), Laffon (Schmittlein) an die Tübinger Délégation Supérieure am 1.10.1947, No. 9985 ABX; Schmittleins Schreiben an Bischof Stohr vom 18.11.1946, in: Ruge-Schatz, Besatzungsmacht, S. 130ff.; Albert, Reform, S. 23.

werde[480]. An den reformierten Oberschulen sollte durch die Verknüpfung antiker und aufklärerisch-moderner Traditionen wahre humanistische Bildung vermittelt, jedoch nicht mehr, wie bisher, „eine soziale Auslese im Hinblick auf die praktische Ausbildung für eine freiberufliche Karriere" vorgenommen werden[481]. Einer utilitaristischen Ausrichtung des höheren Schulwesens wurde also eine klare Absage erteilt[482].

An dieser Stelle wird das dritte, gesellschaftspolitische Motiv der DEP sichtbar. Nach dem Erlaß der Kontrollratsdirektive Nr. 54 – deren inhaltliche Verbindlichkeit er ausdrücklich betonte – fühlte Schmittlein sich offenbar ermutigt, einen kämpferischen Ton anzuschlagen und den Akzent deutlicher auf das Prinzip „sozialer Gerechtigkeit" zu setzen. Es gehe darum, ließ er den Tübinger *Délégué Supérieur* wissen, der ihm einen Beschwerdekatalog deutscher Reformkritiker übermittelt und ihn zur Konzilianz gemahnt hatte, „der Inbesitznahme der weiterführenden Schulen, der Hochschulen und der freien Berufe durch die deutsche Bourgeoisie ein Ende zu bereiten"[483]. Zwar könne dem – vom Pariser Generalkommissariat vorgetragenen – Ansinnen nicht stattgegeben werden, schon heute die Universitäten für Arbeiter- und Bauernkinder *ohne Abitur* zu öffnen[484], da ein solches Vorgehen zu keinem positiven Ergebnis, sondern nur ins andere Extrem führen würde, doch verstehe sich von selbst, daß jeder Begabte ohne Rücksicht auf die materielle Lage seiner Eltern die Möglichkeit haben müsse, in führende Positionen des Staates und der Gesellschaft aufzusteigen[485]. So hielt Schmittlein die in Deutschland bestehende Begabtenprüfung im Falle von Hochschulbewerbern ohne Gymnasialabschluß für eine exzellente Einrichtung, die keinesfalls dem Abitur nachgeordnet werden dürfe, sondern weitestgehende Verbreitung verdient habe, da sie „eine wahrhaft demokratische Rekrutierung" von Studienanfängern erlaube[486]. Auch bedauerte er, daß die deutschen Landesbehörden mit ihrem Widerstand gegen die Schulgeldfreiheit an den Gymnasien – „ohne die keine

[480] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, Schmittlein an Saint-Hardouin am 26.8.1947, No. 8371/DGAA/EDU.

[481] Schmittlein an Stohr am 18.11.1946.

[482] So auch in Jean Graffs „Rapport sur la nécessité du maintien du service de l'Education Publique" vom 13.2.1948; in: AOFA, AC 65,2, No. 7267/SAA/EDU.

[483] Laffon (Schmittlein) an die Tübinger Délégation Supérieure am 1.10.1947. AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, Schmittleins undatierter Entwurf eines Antwortschreibens an den Trierer Erzbischof Bornewasser (zwischen Oktober 1947 und Januar 1948): Das vorherige Schulsystem habe zu 95% Kinder aus den besitzenden Schichten an die Universitäten geführt und ihnen so ein Monopol auf die freien Berufe und das intellektuelle Leben in Deutschland verschafft.

[484] Im Schreiben an Laffon vom 24.5.1947, No. 6363/INTER/EDU, hatte Savary (Cannac) dafür plädiert, allen begabten Jugendlichen aus der Arbeiter- und Bauernschaft auch ohne höhere Schulbildung und Abitur das Studium zu ermöglichen, um so eine neue, demokratische Führungsschicht zu gewinnen. Sie könnten einen heilsamen Einfluß auf ihre Kommilitonen ausüben und allein durch ihre Anwesenheit das Klima an den Universitäten verändern. Hierauf antwortete Schmittlein mit der ablehnenden Stellungnahme vom 12.6.1947, No. 7457/DGAA/EDU; in: AOFA, AC 70,1; abweichende Interpretation bei Gilmore, France's Policies, S. 111; Ruge-Schatz, Umerziehung, S. 87.

[485] Laffon (Schmittlein) an die Tübinger Délégation Supérieure am 1.10.1947. Ähnlich äußerte sich Schmittlein bei der Dienstbesprechung mit DEP-Funktionären am 14.10.1947; AOFA, AC 97,37, Sitzungsprotokoll.

[486] AOFA, AC 60,3, Schmittlein an die Tübinger Délégation Supérieure am 17.1.1948, No. 10552/DGAA/EDU.

wirkliche Basisrekrutierung aus dem Volk möglich ist" – Erfolg gehabt hatten[487]. Es kann also keine Rede davon sein, daß Schmittlein rundweg abgelehnt habe, „der Arbeiter- und Bauernjugend die Universitäten zu öffnen"[488]. Vielmehr sollte das „recrutement de classe" durch ein „recrutement d'élite", die Fortschreibung schichtspezifischer Privilegien durch die Heranbildung einer echten Leistungselite ersetzt werden[489]. Daher galt es, so Schmittlein Ende 1946 vor Mitarbeitern, „die wahllose Zulassung (admission inconsidérée) zu den höheren Schulen zu bremsen, da sie Akademikerarbeitslosigkeit (chômage intellectuel) produziert, gleichzeitig jedoch einigen begabten Kindern aus den arbeitenden Klassen den Zugang zu den weiterführenden Schulen zu gestatten"[490]. Hier wird deutlich, daß sich hinter den Vorstellungen der französischen Germanisten eine faschismustheoretische Konzeption, ein bestimmtes Deutungsmuster des Nationalsozialismus verbarg. Vermeil interpretierte ihn als Spielart eines „vulgären Pangermanismus, der den an der Niederlage [von 1918/19], der Inflation und der Arbeitslosigkeit verzweifelnden Massen verständlich gemacht wurde und der geeignet war, den zugleich wahnsinnigsten und kindischsten Weltherrschaftstraum aller Zeiten zu fördern"[491]. In idealtypischer Reinheit äußerte sich die doppelte Ambition der französischen Schulreformer, sowohl die Lehre aus der jüngsten deutschen Geschichte zu ziehen und einen Beitrag zur künftigen Sicherheit Frankreichs zu leisten als auch dem linksrepublikanischen Prinzip „klassenneutraler" Chancengleichheit und konsequenter Leistungsorientierung im Schulwesen zum Durchbruch zu verhelfen, in der rückblickenden Begründung der Tübinger *Section de l'Education Publique* für die Abiturreform: „Diese Reform beabsichtigte die Aufrichtung einer Barriere am Eingang der Universität, um die baldige Entstehung eines intellektuellen Proletariats, einer Masse von Inhabern wertloser Diplome zu verhindern, die bereit gewesen wären, sich jeglicher extremistischen Bewegung anzuschließen. Man durfte nicht vergessen, daß der Nationalsozialismus seine Anhänger zum großen Teil unter den unzähligen arbeitslosen Intellektuellen gefunden hatte, die jeden Umsturz befürworteten, der ihnen die Existenzsicherung versprach. Andererseits hatte diese Abiturreform auch ein demokratisches Ziel: Man wollte eine Prüfung einführen, die Leistung bewertete und kein Abschlußzeugnis darstellte, das den Söhnen der besseren Familien vorbehalten war und am Ende mehr oder weniger ernsthaften Lernens automatisch vergeben wurde."[492]

---

[487] AOFA, AC 67,1, Schmittleins „Rapport sur l'activité de la D.E.P." vom 4.7.1947, No. 7723/DGAA/EDU.

[488] Ruge-Schatz, Grundprobleme, S. 99.

[489] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, Schmittlein an Saint-Hardouin, No. 8371/DGAA/EDU, 26.8.1947.

[490] AOFA, AC 97,37, Protokoll einer Dienstbesprechung führender DEP-Funktionäre in Baden-Baden am 3.12.1946.

[491] Vermeil, Les alliés, S. 604. Die Furcht vor einem Heer arbeitsloser, proletarisierter Intellektueller, die wie am Ende der Weimarer Republik ein gefährliches Reservoir für Faschismus und Anarchie bilden könnten, kam auch DEP-intern zum Ausdruck; AOFA, AC 97,37, Protokoll der DEP-Besprechung vom 14.10.1947.

[492] AOFA, AC 149,2, Tätigkeitsbericht der Tübinger Section de l'Education Publique für 1945–1949. Im gleichen Sinne äußerte sich Schmittlein gegenüber Bischof Stohr am 18.11.1946; in: Ruge-Schatz, Besatzungsmacht, S. 130.

Neben solchen grundsätzlichen Erwägungen ließen aber auch pragmatische Gesichtspunkte die Einführung eines strengen Numerus clausus an den Universitäten Tübingen, Freiburg und Mainz geboten erscheinen. Es galt schon deshalb, den enormen Zustrom studierwilliger junger Leute einzudämmen – etwa 90 000 zusätzliche Immatrikulationsbegehren prognostizierte die DEP im Mai 1947 für die Gesamtheit der deutschen Hochschulen –, um den Lehrbetrieb in geordneten Bahnen aufrechterhalten zu können[493] und die eigenen Kontrollkapazitäten nicht zu überfordern. Andererseits untersagte Schmittleins Behörde – zumindest in der Gründungsphase ihres Renommierprojekts, der Mainzer Universität – die Immatrikulation außerhalb der eigenen Zone und verfestigte auf diese Weise selbst den Druck auf die südwestdeutschen Hochschulen[494].

Nach zweieinhalbjähriger Tätigkeit als *Directeur de l'Education Publique* war Schmittlein zu der Schlußfolgerung gelangt, daß sich die deutsche Bevölkerung „in zwei annähernd gleich große, dem Alter der Betroffenen entsprechende Teile" aufspalte. Da seien zum einen alle diejenigen, die man zur Jugend zählen konnte, die jungen Kriegsheimkehrer eingeschlossen. Sie machten auf ihn „einen aufrichtigen und gutwilligen Eindruck" und schienen ihm auf der „Suche nach der Wahrheit" zu sein. Ihnen stünden jene gegenüber, die älter als 30 Jahre waren, sich bereits im Leben eingerichtet hatten, deren geistiger Entwicklungsprozeß abgeschlossen und deren Lebensunterhalt gesichert sei. Sie müßten als „unbelehrbar" gelten. Zwar gebe es in beiden Kategorien Ausnahmen, die aber nicht ins Gewicht fielen[495]. Die Antworten, die Pierre Grappin bereits 1945 auf die Frage „Que faire de l'Allemagne?" für den Umerziehungssektor gegeben hatte, fanden bei Schmittlein weitgehende Zustimmung. Insgesamt sah sich der Erziehungsdirektor aufgrund seiner Erfahrungen in der Überzeugung bestätigt, „daß die deutsche Jugend zu gewinnen" sei, wobei er allerdings drei Altersgruppen unterschied, die es differenziert zu behandeln gelte[496]. Daß die Umorientierungsaufgabe keinesfalls Deutschen selbst übertragen werden dürfe, sondern der DEP vorbehalten bleiben müsse, betonte er mit Vehemenz. Nicht einmal politisch absolut Zuverlässige seien hierfür verwendbar, da sie als Emigranten, Juden oder Angehörige früherer Oppositionsparteien bei der deutschen Bevölkerung auf unüberwindliches Mißtrauen stoßen und sich zudem der feindseligen oder eigennützigen Haltung der deutschen Eliten gegenübersehen würden. Daß möglicherweise noch größere Ablehnung den Angehörigen einer fremden Besatzungsmacht entgegenschlagen konnte, ließ Schmittlein geflissentlich außer acht. Ihnen traute er die größere Durchsetzungskraft zu. Exildeutsche, so seine These, könne man höchstens vereinzelt und

[493] AOFA, AC 97,37, Protokoll der DEP-Besprechung vom 9.5.1947. Der für die Hochschulen zuständige Abteilungsleiter Sauzin argumentierte am 28.5.1948 gegenüber dem Pariser Generalkommissariat, eine Abiturreform sei unumgänglich gewesen, um die Überfüllung der Universitäten zu verhindern; andere Modalitäten eines Numerus clausus wären nicht befriedigender gewesen; in: AOFA, AC 65,2, No. 1604/DGAA/EDU/URS.

[494] LAS, H 12/24, Militärregierung Neustadt an das hessisch-pfälzische Oberregierungspräsidium am 4.2.1946; vgl. die Übersicht über die deutschen Universitäten, in: EA, Dezember 1946, S. 307 ff.

[495] AOFA, AC 67,1, Schmittleins Denkschrift „La rééducation du peuple allemand" vom 27.1.1948, No. 10711/DGAA/EDU; vgl. Vaillant (Hrsg.), Französische Kulturpolitik, hier S. 164.

[496] Vgl. ebenda, S. 164 ff., das Zitat S. 168.

indirekt, als Fachleute und Ratgeber heranziehen, keinesfalls aber in einer aktiven Rolle einsetzen[497].

Dieselbe Meinung vertrat auch Vermeil, der seine anfängliche Skepsis hinsichtlich der Chancen einer *rééducation* abgelegt, sich in die Umerziehungsdiskussion eingeschaltet und ihr manchen interessanten Gesichtspunkt hinzugefügt hatte. Nun konstatierte er, daß weniger Hitler selbst als die Unterwürfigkeit ihm gegenüber das wahre Problem darstelle, das es zu bewältigen gelte. Eine solche Schwäche hätten fast alle Nachbarn des NS-Staates auf die eine oder andere Weise gezeigt, z. B. mit der Appeasement-Politik. Hinter diesem Phänomen verberge sich eine wahre „tragédie mondiale", so daß man sagen könne, „indem wir Deutschland umerziehen, erziehen wir uns selbst um". Letztlich habe Deutschland vor aller Augen eine universale Krankheit durchlebt, die im völligen Mangel an politischer Reife, Zivilcourage und Verständnis für das friedliche Zusammenleben der Menschheit, im Mißbrauch unterwürfiger Geister und in übersteigertem Militarismus bestehe[498]. Vermeil zog daraus die Folgerung, daß der Begriff *rééducation* möglichst weit zu fassen sei und nicht nur den Wiederaufbau Deutschlands, sondern den Kampf gegen einen „europäischen Nihilismus" und die Wiederherstellung eines mannhaften, gesunden Humanismus umfassen müsse[499]. Unter dieser Prämisse konnte seine Ausgangsthese eine wahrhaft europäische Perspektive gewinnen: „Deutschland umerziehen heißt vor allem, auf dem Gebiet einer als universal betrachteten Kultur normale Beziehungen zwischen dieser Nation und ihren Nachbarn wiederherzustellen und dann aufrechtzuerhalten."[500] So gefährlich ihm für ein solches Unterfangen die deutsche und europäische Teilung entlang der Elbe erschien, sah er darin doch eine Chance, Frankreichs Führungsrolle wenigstens auf kulturellem Gebiet zu behaupten: „Es besteht kein Zweifel, daß Frankreich, zwischen der Sowjetunion und den Angelsachsen stehend, in dieser Frage [der Umerziehung] eine herausragende Rolle zu spielen hat – eine Rolle, die seiner schöpferischen Kraft (génie) und seinen vornehmsten Traditionen entspricht."[501]

[497] Vgl. ebenda, S. 179.
[498] Vermeil, Les alliés, S. 602.
[499] Ebenda, S. 621.
[500] Ebenda, S. 599.
[501] Vermeil, in: Les Langues Modernes, No. 2 (März 1946), S. 89, zitiert nach Jean Graffs „Rapport sur la nécessité du maintien du service de l'Education Publique" vom 13.2.1948; in: AOFA, AC 65,2, No. 7267/SAA/EDU. Vermeils Einschätzung der Elbe als einer jahrhundertealten „Kulturgrenze in Deutschland" betont Auerbach, „Que faire", S. 291.

3. Umerziehung und Völkerverständigung. Die Metamorphose der Abteilung für Jugend- und Volksbildung

Jugend- und Volksbildungspolitik im Frankreich der ersten Nachkriegsjahre

Daß Schmittleins *Direction de l'Education Publique* von Anbeginn eine Abteilung *Sports et Jeunesse* umfaßte[1], war keineswegs so selbstverständlich, wie es zunächst erscheinen mag. Die Volksfrontregierung des Ministerpräsidenten Blum hatte mit Léo Lagrange den ersten Staatssekretär für Sport und Freizeitgestaltung in der Geschichte Frankreichs ernannt. 1940, nach dem Einmarsch der deutschen Truppen und der Machtübernahme des greisen Marschalls Pétain, annullierte dessen Regierung auch diese Errungenschaft des ungeliebten Linksbündnisses und errichtete statt dessen – ebenfalls als Novum – ein *Secrétariat d'Etat* [seit Dezember 1943: *Commissariat*] *à la Jeunesse*[2]. Als die französische Exilregierung in Algier erste Schritte zur Vorbereitung einer demokratischen „Jugendpolitik" unternahm, sahen sich ihre Verantwortlichen – zunächst der sozialistische Innenkommissar André Philip, dann der linksgaullistische Erziehungskommissar René Capitant[3] – veranlaßt, die gegensätzlichen Erbteile aufzugreifen und miteinander zu verknüpfen[4]. Obwohl der vom Vichy-Regime in verdächtiger Nähe zum nationalsozialistischen Jugendkult überhöhte Begriff *jeunesse* in Résistance-Kreisen vielfach Unbehagen hervorrief, gelang es Capitant auch nach seiner Übersiedlung in das befreite Paris, eine völlige Liquidierung des pétainistischen Jugendkommissariats und die Aufteilung seiner Kompetenzen unter den reinen Schulfachleuten im Erziehungsministerium zu verhindern. Im Zuge einer administrativen Reorganisation und dank eines personalpolitischen „Geniestreichs"[5] ließ er schließlich die scheinbar unversöhnlichen Traditionslinien „1936" und „1940/42"[6] konvergieren. Im September 1944 ernannte der Minister den renommierten Schriftsteller und Publizisten Jean Guéhenno zum *Directeur de la Culture Populaire et des Mouvements de Jeunesse* und stellte ihm André Basdevant, einen langjährigen Bekannten Capitants, zur Seite. Während Guéhenno als Vertreter einer nichtkommunistischen, humanistischen Linken den „Geist der Volksfront" verkörperte und das Vertrauen der mehrheitlich republikanisch-laizistischen Lehrerschaft genoß, repräsentierte seine rechte Hand als Generalsekretär des 1940 gegründeten Pfadfinderdachverbands jene französischen Jugendorganisationen, die in erster Linie pädagogische Ziele

[1] AOFA, sekret., erste Ausgabe des „Annuaire téléphonique du G.M.Z.F.O." von August/September 1945; abgedruckt in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 220.

[2] Hierauf verweist Michel Dupouey im Gespräch mit Patrick Gallaud, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 33. Vgl. auch die „Indications chronologiques", ebenda, S. 167ff.

[3] Die Zuständigkeit ging inoffiziell am 1.12.1943, offiziell (durch Verordnung) am 5.2.1944 vom einen auf den anderen Kommissar über; vgl. Tétard, L'histoire, S. 87f.

[4] Vgl. ebenda, S. 85ff.

[5] J.-P. Martin, Introduction [zu Kap. 2], S. 76.

[6] Im Laufe des Jahres 1942 trat auch in der Jugendpolitik Vichys eine Verschärfung des autoritären Kurses ein, sichtbar beginnend mit der Auflösung der Eclaireurs israélites und der Bewegung Jeune France im März; vgl. Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 167ff. und passim.

verfolgten und hierin von Vichy geduldet, teilweise gefördert worden waren[7]. Auch für die staatliche Behandlung der *mouvements de jeunesse* kam es 1944/45 zu einem Kompromiß, der hinsichtlich des pétainistischen Erbes die Spreu der ideologisch mißliebigen Elemente vom Weizen der pragmatisch-innovativen zu trennen suchte[8]. Durch Rehabilitierung und Förderung der prononciert laizistischen, in der Regel linken Gruppen, darunter insbesondere der Interessenverbände des Lehrpersonals, und die Wiederzulassung politischer Nachwuchsorganisationen aus demselben Spektrum sollte das Parallelogramm der gesellschaftlichen Kräfte neu ausgerichtet, die Privilegierung konfessioneller und konservativer Gruppierungen im kurzlebigen Etat Français kompensiert werden. Andererseits wurden die zwischen 1940 und 1944 eingeführten rechtlichen Reglements mehrheitlich beibehalten, insbesondere die Prozedur des *agrément*, der behördlichen Genehmigung, der sich jede Jugendorganisation unterwerfen mußte, wenn sie in den Genuß staatlicher Unterstützung kommen wollte[9]. Die vorhandenen Ressourcen an institutioneller Infrastruktur, Ausrüstung und (potentiellen) Führungskräften sollten ebenfalls über den Regimewechsel hinweg genutzt werden; personelle Säuberungen, Statutenänderungen oder Umbenennungen im Bereich der *mouvements* scheinen sich in engen Grenzen gehalten zu haben.

Daß trotz der allgemeinen Tendenz zur wohlfahrtsstaatlichen *planification* die jugend- und volksbildungspolitische Rollendefinition der französischen Republik in den ersten Nachkriegsjahren vage blieb und die tatsächlichen Handlungsspielräume der zuständigen Ministerialabteilung sich schon bald als eingeschränkt erwiesen, ist nicht verwunderlich, wenn man deren organisationsinterne Entwicklung zwischen 1944 und 1949 Revue passieren läßt[10]. Wiederholte Akzentverschiebungen brachten Unsicherheiten und gegenläufige oder schwankende Prioritäten zum Ausdruck. Jean Guéhenno, der charismatische Hoffnungsträger an der Spitze der *Direction de la Culture populaire et des Mouvements de jeunesse*, dessen Runderlasse in ihrer geistvollen Diktion auf eine erfrischend unbürokratische Amtsführung schließen lassen[11], resignierte frühzeitig und trat bereits im Juli 1945 zurück[12]. Ihm folgte ein ehemaliger Mitarbeiter Jean Zays, des Erziehungsministers von 1936, Albert Châtelet, der zwar als Präsident des laizistischen Pfadfinderverbands (*Eclaireurs de France*) auch mit der außerschulischen Jugendarbeit vertraut war, sich als Dekan der naturwissenschaftlichen Fakultät in Paris und einstiger Rektor in Lille jedoch vor allem der akademischen Gemeinschaft zugehörig fühlte. Frühzeitig seinen Rückzug ankündigend, schied auch Châtelet bereits nach zwölfmonatiger Amtszeit im Juli 1946 aus der ministeriellen Jugend- und Volksbildungsdirektion aus. Wie sein Vorgänger scheint er in den übrigen

[7] Vgl. Tétard, ebenda, S. 91 ff.; Deleris, Jean Guéhenno; Gespräch J.-P. Martins mit André Basdevant, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 115 ff.

[8] Das Folgende nach J.-P. Martin, Introduction [zu Kap. 2], S. 76.

[9] Vgl. hierzu auch den Runderlaß des Pariser Erziehungsministers vom 15.7.1945, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 332 ff.

[10] Das Folgende nach den Beiträgen des Kap. 2, den Organigrammen und den „Repères chronologiques", in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 75 ff., 321 ff. und 355 ff.

[11] Vgl. Guéhennos Rundschreiben vom 13.11.1944, in: ebenda, S. 328 ff.

[12] Zu den Gründen vgl. Tétard, ebenda, S. 92; Guéhennos bilanzierende Rückschau in „Le Figaro" vom 2.5.1952 und 5./6.5. 1962; abgedruckt in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 340 f.

Abteilungen der *Education Nationale* nicht überall auf Kooperationsbereitschaft gestoßen zu sein[13].

Unterdessen war an der Spitze des Ministeriums ebenfalls ein Wechsel eingetreten. Capitant hatte bei der Kabinettsumbildung nach den ersten Parlamentswahlen im November 1945 seinen Posten zugunsten Paul Giacobbis räumen müssen. Doch die Amtszeit dieses den *Radicaux* angehörenden Politikers blieb ephemer; sie endete mit de Gaulles Rückzug aus der Regierungsverantwortung bereits zwei Monate später. Mit der Bildung des ersten rein tripartistischen Kabinetts Félix Gouin, Ende Januar 1946, hielt dann der Sozialist Marcel-Edmond Naegelen Einzug in der rue de Grenelle, um dort unter wechselnden Regierungschefs, von einer kurzen Unterbrechung abgesehen, bis Mitte 1948 auszuharren. Zu Beginn der Ministerpräsidentschaft des katholischen Volksrepublikaners Bidault, Ende Juni 1946, richtete Naegelen in seinem Hause ein Unterstaatssekretariat für Jugend- und Sportfragen ein, dessen Leitung er der „sehr laizistischen"[14] Andrée Viénot übertrug. Mit ihr kamen ein Reihe ehemaliger Mitarbeiter des Volksfront-Staatssekretärs Lagrange in die Behörde. Doch trotz dieser scheinbaren Aufwertung des außerschulischen Erziehungsbereichs im Schoße der *Education Nationale* brach eine schwierige Zeit für die Jugend- und Volksbildungsadministratoren an. Von massiven Personaleinsparungen und -säuberungen[15] heimgesucht und von Annexionsgelüsten der benachbarten Generaldirektion für Leibeserziehung und Sport in ihrer Eigenständigkeit bedroht, geriet ihre Stellung ins Wanken. Im November 1946 wurde tatsächlich die Angliederung der Jugend- und Volksbildungsabteilung an die höherrangige Sportverwaltung und eine Fusion ihrer Inspektorenposten beschlossen. Auch als der sozialistische Ministerpräsident Ramadier Ende Januar 1947 erstmals ein Ministerium für Jugend, Kunst und Literatur einrichtete und damit den Rahmen der *Education Nationale* zu sprengen wagte, bestand diese Liaison unter einem neuen Hausherrn weiter[16]. An die Spitze der Volksbildungsabteilung trat der noch von Andrée Viénot im Erziehungsressort eingesetzte Etienne Bécart, ebenfalls ein früherer Mitarbeiter Lagranges und langjähriges Mitglied der streng laizistischen *Ligue Française de l'Enseignement*[17]. Erst im April regelte ein Dekret die Kompetenzen der neuen Ministerialbehörde.

Anfang Mai 1947 brach mit der Entlassung der kommunistischen Kabinettsmitglie-

---

[13] Auf Konflikte zwischen Angehörigen der Unterrichtsabteilungen und den Protagonisten einer noch kaum etablierten „Volksbildung" verweist Tétard, ebenda, S. 92f., 97 und 99.

[14] Tétard, ebenda, S. 93.

[15] Die beiden ministeriellen Gremien, die an der Jahreswende 1945/1946 und Mitte 1947 über einen massiven Stellenabbau im öffentlichen Dienst – also über „rollende Köpfe" – zu entscheiden hatten, trugen ebenso makabere wie treffende Bezeichnungen: Commission de la Hache und Commission de la Guillotine; vgl. „Repères chronologiques", in: ebenda, S. 359 und 362.

[16] Das ebenda, S. 323, abgebildete Organigramm des Jugend-, Kunst- und Literaturministeriums verzeichnet eine Direction Générale de l'Education Physique et des Sports und eine eigenständige Direction des Mouvements de Jeunesse et de l'Education Populaire. Dem Briefkopf eines Schreibens von Inspecteur Général Acolas an Santelli vom 12.11.1947 zufolge bestand aber innerhalb der Direction Générale de la Jeunesse et des Sports die Direction [des Mouvements de Jeunesse et] de l'Education Populaire; in: MEN, F 17bis, 2006, No. D.E.P. 1727/I.G.

[17] Vgl. Tétard, ebenda, S. 93.

der die seit Januar 1946 regierende Dreiparteienkoalition auseinander. Eine augenblicklich einsetzende Streikwelle verlieh der schwelenden Krise in Wirtschaft und Gesellschaft eine neue, gefährliche Dimension, zumal sich die innenpolitischen Erschütterungen und Eruptionen mit der konfliktträchtigen Zuspitzung der internationalen Lage verbanden. In dieser angespannten Konstellation des Sommers 1947 beschloß die Pariser Regierung erneut einschneidende Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst, die auch den Jugend- und Sportsektor hart betrafen. Noch im November, unmittelbar vor dem Sturz des Ministerpräsidenten Ramadier, wurde die Auflösung des ephemeren Jugend-, Kunst- und Literaturministeriums und die Rückverlegung seiner Zuständigkeiten in das Erziehungsressort beschlossen. Unter dem nachfolgenden Regierungschef, dem Volksrepublikaner Robert Schuman, dessen erste Amtszeit die Ära der „dritten Kraft" eröffnete – jener verfassungstreuen Minderheitskoalition, die sich der Systemopposition von Kommunisten und gaullistischer Sammlungsbewegung (RPF) entgegenstemmte[18] –, ernannte Erziehungsminister Naegelen André Morice von den *Radicaux* zum Unterstaatssekretär für das technische Unterrichtswesen, dem auch die Jugendabteilung zugeordnet wurde[19]. Im September 1948 avancierte Morice zum *Secrétaire d'Etat à l'Enseignement Technique, à la Jeunesse et aux Sports*, und drei Monate später wurde erneut eine Fusion der beiden letztgenannten Bereiche zu einer gemeinsamen Generaldirektion unter Leitung des seit Anfang 1946 amtierenden Sportchefs Gaston Roux vollzogen. Damit konnte es an der Jahreswende 1948/49 scheinen, als sei die staatliche Politik gegenüber Jugend- und Erwachsenenbildungsorganisationen endgültig zum Anhängsel einer vorrangig förderungswürdigen „Körperertüchtigung" degradiert worden. In Wahrheit freilich handelte es sich, von schwerwiegenden Budget- und Personalproblemen abgesehen, um eine vorübergehende, wenngleich tiefgreifende Verunsicherung in der konzeptionellen Planung, die erst allmählich, auf weiteren Umwegen über gelegentliche Sackgassen, überwunden werden konnte[20].

Dieses „halbe Scheitern"[21] ursprünglich vorhandener Ambitionen im französischen Staatsapparat ist nicht von vornherein als Verhängnis für die Klientel behördlicher Fürsorge zu werten. Geselligkeit suchende Jugendliche und fortbildungsbeflissene Erwachsene konnten über ihre Organisationen auf andere Weise versuchen, ein Wort in eigener Sache mitzureden. Bereits in Algier hatte das Nationale Befreiungskomitee der Generäle Giraud und de Gaulle Anfang Juli 1943 einen *Conseil provisoire de la jeunesse* ins Leben gerufen, der über die Zulassungsanträge bestehender und neugegründeter Jugendgruppierungen entscheiden sollte, dessen Zusammensetzung aber erst ein Jahr später festgelegt wurde. Demnach entsandten die unterschiedlichen Richtungen der Pfadfinderbewegung fünf Vertreter, der Dachverband der laizistischen außerschulischen Bildungseinrichtungen drei, der katholische Jugendverband zwei, dessen protestantisches Pendant einen und die mächtigste Interessengemeinschaft der Lehrer zwei

[18] Vgl. Rioux, Quatrième République, S. 210ff.; Rémond, Notre siècle, S. 407ff.

[19] Über diese Phase der behördengeschichtlichen Entwicklung (November 1947-September 1948) herrscht Unklarheit; vgl. das Organigramm in den Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 324.

[20] Zum Entwicklungsstand Mitte der 60er Jahre vgl. Crémieux-Brilhac (Dir.), L'Education Nationale, S. 258ff., 350ff., 464ff. und 635ff.

[21] J.-P. Martin, Introduction [zu Kap. 2], S. 77.

Abgeordnete in das Gremium[22]. Wenig später erreichte auch der Dachverband der aus der Résistance hervorgegangenen Nachwuchsorganisationen (FUJP[23]) als einziger Zusammenschluß mit offen politischem Anspruch die Beteiligung ex officio seiner Führungskräfte am *Conseil*. Als im November 1944 schließlich die *Assemblée Consultative* in erweiterter Form zusammentrat, erhielten ausschließlich die FUJP das Recht, Delegierte als Jugendvertreter in dieses Vorparlament zu entsenden[24]. Der *Conseil* erteilte insgesamt 52 Jugendorganisationen das *agrément*, 15 löste er wegen kollaborationistischer Verfehlungen oder mangelnder „moralischer Zuverlässigkeit" auf[25]. Hiervon abgesehen stellte die Anwendung erzieherischer Methoden das wichtigste Kriterium für die Zulassung einer antragstellenden Gruppierung dar. Zum Leidwesen der militanten Laizisten bewirkten jedoch Interventionen von interessierter Seite, daß nicht nur rein pädagogisch orientierte Verbände, sondern auch parteipolitisch und konfessionell inspirierte Nachwuchsorganisationen mit erzieherischen Ambitionen die offizielle Genehmigung erhalten und so in den Genuß staatlicher Subventionen und anderer Hilfsmaßnahmen gelangen konnten. Immerhin setzte sich auf diese Weise das pluralistische Prinzip in der staatlichen Jugendförderungspolitik endgültig durch, nachdem schon im Vichy-Regime der traditionelle Neutralismus der Behörden gegenüber weltanschaulich gebundenen Kräften sowie die apolitische Haltung vieler *mouvements de jeunesse* durchbrochen worden waren[26].

Mehr noch als die Institution des Jugendrats erwies sich eine quasi-korporative pressure group als einflußreichster Gesprächs- und Verhandlungspartner der Jugend- und Volksbildungsdirektion: die *Union Patriotique des Organisations de Jeunesse* (UPOJ), ein breites Bündnis politischer und unpolitischer, konfessioneller und laizistischer Jugendgruppen, das sich Ende Dezember 1944 konstituierte und nach anfänglichen Rivalitäten auch die im FUJP-Verband zusammengeschlossenen Organisationen aufnahm, nachdem dieser seine Auflösung vollzogen hatte. Die aus etwa 45 Vereinigungen bestehende UPOJ wurde von den Ministerialbeamten zweiwöchentlich zu Besprechungen eingeladen, bei denen die Vorstellungen der Jugendvertreter oftmals direkten Eingang in den behördlichen Entscheidungsprozeß fanden[27]. Auf dieser Plattform vermochten die höchst unterschiedlichen Partner für eine gewisse Zeit fruchtbar zusammenzuarbeiten: ehemalige Widerständler und von Vichy geduldete Institutionen, laizistische und konfessionelle Gruppen mit ausschließlich erzieherischen Ambitionen und politische Nachwuchsorganisationen. Eingebettet in die gesamtgesellschaftliche Konstellation und mit beeinflußt von in-

[22] Vgl. Tétard, ebenda, S. 87f.; „Repères chronologiques", in: ebenda, S. 356. Ein Gesetz vom 18.5.1946 fusionierte den Conseil de la Jeunesse mit dem ebenfalls in Algier gegründeten Conseil des Sports zum Conseil de l'Education populaire et des Sports, einem schwerfälligen, aus über 50 Personen bestehenden Gremium, das erst im Juli 1947 zusammentrat und 1948 schließlich Wirkung zu entfalten begann; vgl. Tétard, ebenda, S. 95.

[23] Forces Unies des Jeunesses Patriotiques.

[24] Vgl. Tétard, ebenda, S. 84.

[25] Vgl. ebenda, S. 95.

[26] Vgl. hierzu Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, insbesondere Coutrot, Approche générale, und das Gespräch Gallauds mit den Zeitzeugen Dupouey und Moreau, ebenda, S. 33ff.

[27] Vgl. Tétard, ebenda, S. 94f.

ternationalen Entwicklungen, wurde allerdings auch die UPOJ 1947/48 durch ideologische Gegensätze paralysiert[28].

Beleuchtet man die wichtigsten Kategorien dieses breiten organisatorischen Spektrums im einzelnen, so läßt sich eine summarische Diagnose stellen. Die Pfadfinderbewegung[29] hatte 1940 bis 1944 angesichts der latenten Bedrohung durch eine einheitliche Staatsjugendorganisation des Etat Français bzw. unter deutscher Fremdherrschaft ihre traditionelle Zersplitterung weitgehend überwunden und zu einer vorher nicht gekannten Einheit und institutionellen Stärke gefunden. Außerdem waren ihre Führungskräfte zeitweilig zu halboffiziellen Gesprächspartnern des Staatssekretariats für Jugendfragen avanciert, hatten auf diese Weise Erfahrung im Umgang mit den Behörden gesammelt und insbesondere von der Hochkonjunktur profitiert, in der sich die *pédagogie scoute* und das Prinzip des Dienstes in und an der Gemeinschaft auch bei anderen von Vichy geförderten Jugendorganisationen befanden. Dieser Hintergrund ließ die Pfadfindergruppen auch nach der Libération zu einem einflußreichen, dynamischen Element, vielfach zur treibenden Kraft innerhalb der vereinigten Jugendverbände werden. Auch der bald wiederaufflammende Grundsatzstreit um weltanschauliche Neutralität oder konfessionelle Bindung, jene *querelle laïque*, die seit 1947 erneut den gesamten öffentlichen Bildungsbereich erschütterte[30], vermochte die mühsam errungene Solidarität der Pfadfinder, die Verteidigung einer übergreifenden *identité scoute*, vorerst nicht ernsthaft in Frage zu stellen. Allerdings blieb die Betonung einer eigenen Identität von äußeren Anfechtungen nicht verschont. So sprach der einflußreiche Philosoph und Publizist Mounier schon Ende 1944 kritisch-abfällig vom „scouticisme"[31]. Attacken von anderer, vornehmlich kommunistischer Seite auf die nur zurückhaltend modernisierten, geschweige denn demokratisierten Verhaltensformen und Binnenstrukturen des Pfadfindertums ließen in den folgenden Jahren nicht auf sich warten.

Wesentlich anders stellt sich die Situation des *ajisme*, der französischen Jugendherbergsbewegung, dar[32]. Später als in Deutschland und unter anderen Vorzeichen, in den pazifistischen, internationalistischen Milieus der 30er Jahre entstanden, von der Volksfrontregierung in starkem Maße gefördert, hatten die *ajistes* dem Druck Vichys auf ihre Weise Tribut zollen müssen. An die Stelle der bis dahin auch im Jugendherbergswesen virulenten Scheidewand zwischen Laizismus und Konfessionalität[33] war 1940 in der Südzone Frankreichs[34] die Arbeitsteilung zwischen zwei fachlich speziali-

---

[28] Vgl. ebenda, S. 90. Nur die französischen Jungsozialisten waren bereits im Januar 1946 aus dem Verband der UPOJ ausgeschert.

[29] Vgl. zum Folgenden Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, Kap. 3, S. 137ff., insbesondere J.-P. Martins Introduction; ausführlicher zu den Jahren 1940–44 die Beiträge von Gruiziat, Duchaine und Tétard in: Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 37ff., 71ff. und 107ff.

[30] Hierzu Prost, Histoire, S. 475ff.

[31] Mouniers Artikel trug den vielsagenden Titel „La jeunesse comme mythe et la jeunesse comme réalité", in: Esprit, Dezember 1944, S. 143ff.

[32] Vgl. hierzu die Beiträge von Heller-Goldenberg und Auclaire, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 167ff.; ausführlicher zu den Jahren 1940–44 die Beiträge von Heller-Goldenberg und Paillet et al., in: Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 67ff.

[33] Vor dem Krieg hatte Marc Sangniers katholischer Ligue Française des Auberges de Jeunesse (LFAJ) das Centre Laïque des Auberges de Jeunesse (CLAJ) gegenübergestanden.

[34] Im besetzten Frankreich bestanden die LFAJ und das CLAJ zunächst weiter. Die laizistische

sierten Organisationen getreten[35]. Da im Unterschied zu den weitgehend apolitisch auftretenden Pfadfinderverbänden ein Großteil der *ajistes* sich auch als engagiert politische Bewegung verstand, hielt die vorübergehende, im wesentlichen erzwungene Einheit der Kriegs- und Besatzungszeit nicht lange an. Kurz nach der Befreiung 1944 brachen die alten Gegensätze zwischen laizistisch und konfessionell gebundenen Jugendherbergsfreunden wieder auf und verbanden sich mit weiteren Konflikten. Insbesondere der konkurrierende Anspruch der kommunistischen Partei, selbst Organisationen mit analoger Zielsetzung aufzubauen und zu fördern, machte den bestehenden Institutionen zu schaffen. Der Nachkriegs-*ajisme* entwickelte sich in Kürze zu einer Spielwiese rivalisierender Gruppierungen des breitgefächerten linken und linksextremen Lagers, deren Kämpfe auch durch Befriedungsinterventionen der *Direction des Mouvements de Jeunesse* unter Guéhenno und Châtelet nicht beendet werden konnten. So fällt die Bilanz hinsichtlich der einstmals hoffnungsvollen Bewegung am Ende der ersten Nachkriegszeit negativ aus. Die Jugendherbergen selbst hatten einen schwerwiegenden Funktionswandel durchgemacht: „Sie ermöglichen billige Ferien [...], sind aber nicht mehr die kulturellen Stätten wie vor 1944."[36] Die Bewegung selbst war zur Institution erstarrt[37].

Ein drittes Element im Spektrum der Jugendverbände läßt sich in aller Kürze durch zwei komplementäre Phänomene umreißen[38]. In frappierendem Gegensatz zu den 20er und 30er Jahren, als die Gründung von Jugendorganisationen in Frankreich eine Blütezeit erlebte, brachte die Aufbruchseuphorie nach 1944 kaum neue *mouvements de jeunesse* hervor[39]. Die aus der Vorkriegszeit bekannten Bewegungen, neben *scoutisme* und *ajisme* die milieuspezifischen Vereinigungen des Katholizismus (JAC, JEC, JOC), bestimmten weiterhin das Feld. Andererseits erlebten auch politische Nachwuchsgruppierungen, insbesondere sozialistische und kommunistische, eine erneute, allerdings nur vorübergehende Konjunktur[40].

Fortsetzung Fußnote von Seite 157

Organisation wurde von Kollaborateuren in deutschem Sold übernommen, die katholische Ligue, deren Mitglieder zum Teil in die Résistance gingen, am 7.10.1943 aufgelöst. Einer Verhaftungs- und Deportationsaktion im März 1944 fielen auch die meisten Führungskräfte des ajisme zum Opfer; vgl. Heller-Goldenberg, La querelle, S. 167.

[35] Die Auberges Françaises de la Jeunesse kümmerten sich rein technisch um die Führung und Verwaltung der Jugendherbergen; die Camarades de la Route betreuten ihre Gäste und widmeten sich überwiegend pädagogisch-kulturellen Aktivitäten; vgl. ebenda.

[36] Ebenda, S. 171.

[37] Vgl. J.-P. Martin, Introduction [zum 3. Kap.], S. 140.

[38] Vgl. ders., Introduction [zum 4. Kap.], S. 197.

[39] Eine Ausnahme stellten die Francs et Franches Camarades dar, die mit ihrer Ambition jedoch frühzeitig scheiterten. Die von André Philip 1944 ins Leben gerufene République des Jeunes war nicht mehr als ein Dachverband für die zu gründenden Jugendhäuser. Aus Anhängern der Jugendherbergs-, der Pfadfinder- und der Naturfreundebewegung konstituierte sich Anfang 1945 die Union Nationale des Camps de Montagne. Vgl. hierzu die Beiträge von Paquin, Malesset und Hugouvieux, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 231ff.

[40] Vgl. Joussellin/Moreau, Jugend, wo politische Nachwuchsorganisationen kaum thematisiert werden. Zum „Auftreten und der Entwicklung der politischen Jugendverbände, der sozialistischen und der kommunistischen Jugend sowie anderer Bewegungen, die sich später wieder aufgelöst haben", heißt es lapidar: „Die Entfaltung der politischen Jugend war am stärksten zwischen den beiden Weltkriegen"; ebenda, S. 54.

Während im Bereich der Jugendorganisationen offenkundig ein „Alterungsprozeß"[41] stattgefunden hatte und die Zufuhr frischer Kräfte weitgehend ausblieb, wuchsen auf dem Feld der Volksbildung bereits seit 1944 drei neue Organisationen heran: *Peuple et Culture, Travail et Culture* sowie *Tourisme et Travail*[42]. Auch wenn deren Bezeichnungen auf eine solide Verankerung im Milieu der Arbeiterbewegung zu verweisen scheinen, war der institutionelle Einfluß von Parteien und Gewerkschaften auf den Entstehungsprozeß von PEC, TEC und TET eher symbolisch. Immerhin bestand im „ökumenischen" Klima der Libération zunächst eine hohe Affinität und ausgeprägte Kooperationsbereitschaft zwischen Aktivisten der Volksbildungsbewegungen, politisch und gewerkschaftlich engagierten Vertretern der Arbeiterschaft und Staatsbediensteten der erneuerten Republik, die vielfach aus den Reihen der Linken kamen. Die gleichzeitige Zugehörigkeit zu zwei oder drei dieser Funktionsebenen war im übrigen keine Seltenheit. Insgesamt aber, wenngleich in unterschiedlichem Maße, setzte sich die etatistische Komponente gegen die parteipolitische und syndikalistische in den Reihen der genannten Organisationen durch[43]. Zugleich wurden diese seit 1946 von den aufbrechenden ideologischen Gegensätzen erfaßt. Eine Konsequenz lag in der zunehmenden Auflockerung der ursprünglich engen Bindung zwischen PEC und TEC, die auf diese Weise zu einer Arbeitsteilung fanden: PEC widmete sich vor allem der Entwicklung pädagogischer Methoden und Fragen der Ausbildung; TEC rückte künstlerische und musische Aktivitäten in den Vordergrund[44]. Hinter dieser fachlich komplementären Abgrenzung standen handfeste politisch-ideologische Differenzen. Während TEC innerhalb kürzester Zeit in den Bannkreis von kommunistischer Partei und Gewerkschaft integriert wurde[45], führten analoge Einbindungsversuche PEC zeitweilig an den Rand einer Zerreißprobe. Zwar hatten schon in der Gründungsequipe beider Organisationen Vertreter einer humanistischen Auffassung neben denen einer kommunistischen gestanden[46]; doch der ursprüngliche Grundkonsens parteipolitischer Neutralität war zunächst erhalten geblieben. Diese Basis sahen etliche Mitglieder erschüttert, als die beiden Hauptinitiatoren von PEC, Dumazedier und Cacérès, 1945/46 vorübergehend der KPF beitraten[47]. So unwiderstehlich erschien auch ihnen der „Zug der Geschichte", den sie im Kommunismus verkörpert sahen, daß sich in ihren Augen eine Vereinigung von parteipolitischem Mandat und Engagement in der Volksbildungsbewegung zwingend ergab[48]. Die hieraus erwachsenden Spannungen, Konflikte und Rivalitäten unter den Führungsmitgliedern von PEC, die Ende 1947 Joseph Rovans zeitweiligen Rückzug und seine Abwanderung

[41] Vgl. Henri Lebachelier, Contribution à l'étude du vieillissement des mouvements de jeunesse, in: Esprit, Oktober 1945, zitiert nach J.-P. Martin, Introduction [zu Kap. 3], S. 140.

[42] Vgl. die Beiträge zu PEC, TEC und TET von Rovan, Hénon und Malherbe in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 209ff.

[43] Vgl. J.-P. Martin, Introduction [zu Kap. 4], ebenda, S. 200ff.

[44] Vgl. hierzu auch Cacérès, in: Entretiens avec B. Cacérès et al., S. 19.

[45] Vgl. Rovan, in: ebenda, S. 99.

[46] Vgl. Cacérès, ebenda, S. 16f.: Das Motto der ersten lautete: „Il faut changer l'homme pour changer la société"; das der zweiten: „Si vous ne changez pas d'abord la société, vous ne ferez rien".

[47] Vgl. Rovan, ebenda, S. 100.

[48] Vgl. Lengrand, in: ebenda, S. 60; Cacérès, ebenda, S. 18; Dumazedier, in: ebenda, S. 38f.

nach Baden-Baden, in Schmittleins DEP, veranlaßten[49], kulminierten schließlich 1948 in einem Eklat, der nicht nur eine Austrittswelle kommunistischer Mitglieder auslöste, sondern auch dazu führte, daß die Organisation sich nunmehr statuarisch parteipolitische Abstinenz verordnete und betonte, daß PEC ausschließlich „für die Transformation der Gesellschaft im kulturellen Bereich" kämpfe[50]. In diesem Zusammenhang verdient Erwähnung, daß PEC in den Jahren 1945/46 mit der Langevin-Wallon-Kommission zur Reform des Erziehungswesens in Verbindung stand und dem entsprechenden Unterausschuß Vorschläge für eine künftige *éducation populaire* unterbreitete. Die Ziele beider Institutionen lagen auf einer Linie. Dem Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit und für eine demokratisch-egalitäre Umgestaltung der Gesellschaft verschrieben sich die Bildungsreformer um Langevin/Wallon ebenso wie die Aktivisten von PEC. Allerdings bauten die ersten vornehmlich auf die Funktion des öffentlichen Unterrichtswesens und auf eine erweiterte Aufgabendefinition des schulischen Lehrpersonals, weniger hingegen auf die Mitwirkung privatrechtlicher Bewegungen[51].

Beim Versuch, den Sektor der außerschulischen Jugend- und Volksbildungsarbeit in einen größeren politisch-kulturellen Kontext einzuordnen, begegnet eine Konstellation, die ein französischer Zeithistoriker folgendermaßen zusammenfaßt: „Zweifellos sind die Jahre 1944–1947 in starkem Maße durchzogen vom Verlangen nach Einstimmigkeit und von einem reformerischen Schwung, die (beide) eine Gemeinschaft, ein wiederaufgerichtetes Volk, die befreiten Massen betreffen. Und doch wissen alle, die aus der Résistance hervorgegangen sind und nun die Geschicke des Landes in die Hand nehmen, daß sie nur eine Minderheit darstellen. Gestern (waren sie) eine Elite der Aufopferung, morgen (werden sie) eine Elite der Vortrefflichkeit (sein), um die Beschränkungen zu überwinden und die Hoffnung dauerhaft zu verankern. Um diesen nationalen Einsatz geht es, denken sie, und die *éducation populaire* kann sich dieser Zwangsvorstellung nicht entziehen."[52] Gleichzeitig unterspülte von Anbeginn eine gegenläufige Strömung den scheinbar weitverbreiteten Konsens über die letzten Ziele. In teilweise kritisch gewendeter Anknüpfung an Entwicklungen der Zwischenkriegszeit und deren Kulminationspunkt „1936" traten die vorherrschenden soziokulturellen Milieus nach der Befreiung vom Joch paternalistisch-klerikaler Gängelung durch den Etat Français erneut in einen Wettstreit, da der *esprit de la Résistance* eine Verquickung kultureller und genuin politischer Aktivitäten weiter gefördert hatte und die nunmehr unstrittige Wiederaufnahme des republikanischen Erbes grundsätzliche Differenzen nur kurzfristig zu überdecken vermochte[53]. So wirkten die Ausläufer der Volksfrontära und des Widerstands der Jahre 1940 bis 1944 in doppelter, ambivalenter Weise: das Kulturelle verklärend und überhöhend, ihre Repräsentanten jedoch

[49] Vgl. Rovan, ebenda, S. 100ff.; ferner seinen Bericht in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 209ff.

[50] Ders., in: Entretiens avec B. Cacérès et al., S. 102.

[51] Vgl. Magnan/Magnan, L'éducation populaire. Im endgültigen Text des Langevin-Wallon-Plans zur Bildungsreform waren lediglich 44 Zeilen von insgesamt 48 Seiten der éducation populaire gewidmet; vgl. ebenda, S. 285.

[52] Rioux, La flamme, S. 11.

[53] Vgl. Bruno Jungs Introduction, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 19ff., hier S. 22ff.

letztlich polarisierend. „Die Idee einer kulturellen Macht an sich bahnt sich im Nachkriegsfrankreich ihren Weg und eröffnet den Wettstreit zwischen antagonistischen Kulturen."[54] Dabei waren es insbesondere drei geistig-politische Kräfte und Strömungen, die sich in diesem Konkurrenzkampf gegenüberstanden: Katholizismus, Laizismus und Kommunismus.

Betrachtet man zunächst die gesellschaftspolitisch aktiven Elemente im katholischen Segment der französischen Nachkriegsgesellschaft, so tritt eine widerspruchsvolle Entwicklung klar zutage. Die personalistische Lebensphilosophie aus dem Umfeld der „Esprit"-Equipe Mouniers[55] und der Kaderschule in Uriage, die auf neugegründete, kulturpolitisch einflußreiche Institutionen wie die Tageszeitung „Le Monde", die Volksbildungsbewegung PEC oder den Verlag der „Editions du Seuil" ausstrahlte, kann als Paradebeispiel gelten[56]. Insgesamt jedoch befanden sich die Gruppierungen innerhalb des Katholizismus, die sich den kommunistischen oder sozialistischen Weggefährten aus der Résistance verbunden und den laizistisch-republikanischen Traditionen verpflichtet fühlten, von Anbeginn in der Minderheit gegenüber jenen gemäßigt fortschrittlichen, zugleich staatstragenden Kräften, die in der neugegründeten christdemokratischen Partei der Volksrepublikaner, dem MRP, ihre Vertretung sahen[57]. Als kritisch für die weitere Entwicklung der katholischen Glaubensgemeinschaft erwies sich jedoch vor allem das Nebeneinander zweier unterschiedlicher Führungsgruppen: einer aus dem Krieg hervorgegangenen, stärker weltlich orientierten, in Politik und Gesellschaft verankerten Elite und der überkommenen Hierarchie der Kirchenoberen, „die letztlich in ihren Überzeugungen oder Vorrechten wenig, in ihrer Autorität hingegen durchaus erschüttert war"[58]. Von der anarchischen Seite der Libération abgestoßen, mißtrauisch gegenüber dem reformerischen Elan und der ihn begleitenden revolutionären Phraseologie, besorgt über den wachsenden Einfluß des Kommunismus auch im eigenen Land, enttäuscht schließlich über die schrittweise Annullierung des vom Vichy-Regime geförderten Klerikalismus und der forcierten Rückkehr zum Laizismus, konnten sich zahlreiche Kirchenmänner mit den politischen Grundtendenzen der Vierten Republik zunächst nicht abfinden[59]. Immerhin kam es zu einer gewissen Aussöhnung innerhalb des MRP, als die Volksrepublikaner im Mai 1946 erheblich dazu beitrugen, den sozialistisch-kommunistischen Verfassungsentwurf im Referendum scheitern zu lassen, und sich als Bollwerk gegen eine „Volksdemokratie" empfahlen[60]. Auch die Haltung des MRP in der Schulfrage, sein Plädoyer für einen eigenen Sektor privater, in der Regel konfessioneller Anstalten mit Anrecht auf staatliche Förderung, trug zur inneren Konsolidierung der katholischen Führungsgruppen bei.

---

[54] Ebenda, S. 23.

[55] Vgl. hierzu Mounier, Qu'est-ce que le personnalisme?; ders., Œuvres, t. 3.

[56] Vgl. Fouilloux, Le catholicisme, S. 29f. Den Einfluß des Personalismus verkörperte bei „Le Monde" ihr Gründungsherausgeber Hubert Beuve-Méry, der zuvor zur Uriage-Equipe gehört hatte; bei PEC insbesondere Joseph Rovan, den Mounier 1945 zum Redaktionssekretär des „Esprit" ernannte; bei den „Editions du Seuil" ihr Direktor Paul Flamand.

[57] Vgl. Fouilloux, ebenda, S. 33f.; J.-P. Martin, L'univers laïque, S. 39.

[58] Fouilloux, ebenda, S. 34ff. (das Zitat S. 34).

[59] Vgl. ebenda, S. 32f.

[60] Vgl. ebenda, S. 34f.

Unter den Befürwortern eines konsequenten Laizismus herrschte unmittelbar nach der Wiedereinsetzung der republikanischen Institutionen und der schrittweisen Aufhebung des pétainistischen Klerikalismus im Bildungsbereich Kampfesstimmung[61]. Noch im algerischen Exil hatte die traditionsreiche *Ligue Française de l'Enseignement* für die Rückkehr zur strikten Neutralität im öffentlichen Erziehungswesen plädiert. Einen vom zuständigen Kommissar und späteren Minister Capitant befürworteten Pluralismus verschiedener „geistiger Richtungen", bei dem die Vertreter laizistischer Interessenverbände auf eine Ebene mit konfessionell, politisch und weltanschaulich gebundenen Organisationen gestellt werden sollten, lehnte die *Ligue*, die sich nun als *Confédération des Œuvres Laïques* bezeichnete, ebenso wie die Volksschullehrer-Gewerkschaft *(Syndicat National des Instituteurs)* kategorisch ab. Nach ihrer Auffassung durften nur Gruppierungen, die sich konsequent jedem kirchlichen bzw. konfessionellen Einfluß entzogen, Anspruch auf offizielle Anerkennung und materielle Unterstützung seitens staatlicher Stellen haben. Eine anfänglich vorhandene Dialog- und Konzessionsbereitschaft zwischen Anhängern des Laizismus und des Konfessionalismus zerbrach bald an der Intransigenz beider Seiten. Zwar gelang es den laizistischen Interessenverbänden dank der politischen Unterstützung durch das seit Januar 1946 sozialistisch geführte Erziehungsministerium, auf dem Feld der außerschulischen Bildungsarbeit eine übermächtige Stellung zurückzuerobern. Hinsichtlich der reinen Jugendorganisationen ließen sich ihre Ambitionen hingegen nicht verwirklichen. Das Vorhaben der Staatssekretärin Viénot, allen konfessionellen und politischen Nachwuchsgruppierungen die ministeriellen Subventionen zu streichen, scheiterte im Parlament; ihr Nachfolger, Jugendminister Bourdan, kehrte zur Linie Capitants zurück, indem er alle *mouvements de jeunesse* a priori gleich behandelte, sofern sie offenkundig und kontrollierbar pädagogische Ziele verfolgten.

Im Bannkreis der kommunistischen Partei, die zwischen 1944 und Anfang 1947 die politisch dominierende Kraft in Frankreich darstellte und stärker noch als der Katholizismus vom Klima der Libération profitierte, hegte man Reserven gegenüber einer *culture populaire*, die dem eigenen Alleinvertretungsanspruch zuwiderlief[62]. Zwar beteiligten sich Mitglieder der KPF an Planungen und Aktivitäten der Volksbildungsbewegung, sei es bei PEC, TEC oder TET, sei es im Rahmen der Langevin-Wallon-Kommission zur Reform des Unterrichtswesens. Doch blieb das Interesse der Parteiorganisation an einer nicht marxistisch definierten „Volkskultur" gering, wenngleich einige Mitglieder ihre geistige Unabhängigkeit gegenüber starren Parteidoktrinen bewahrten. Im letzten erwies sich der Zugriff des orthodoxen Kommunismus auf den Volksbildungssektor trotz massiver „Kolonialisierungsversuche" weniger erfolgreich als in anderen Bereichen von soziokultureller Relevanz[63].

---

[61] Das Folgende nach J.-P. Martin, L'univers laïque.

[62] Das Folgende nach Lazar, Le PCF.

[63] J.-P. Martin, Introduction [zu Kap. 4], S. 201 ff. Er nennt in diesem Zusammenhang zwei letztlich erfolglose „Hegemonialanwandlungen" der kommunistischen Partei: Sie habe auf dem Umweg über die Union Nationale des Intellectuels (Präsident: Louis Aragon) ihren Einfluß bei TEC noch weiter auszubauen versucht und mit Hilfe der Nachwuchsorganisation UJRF die République des Jeunes, den Verband der Jugendhäuser, dominieren wollen.

Förderung und Kontrolle der südwestdeutschen Jugendgruppen und Volksbildungseinrichtungen

Bis zur Reorganisation der Militärregierung im Frühjahr 1948 bildete die *Sous-Direction des Sports et de la Jeunesse* unter Leitung des *Agrégé d'allemand* Henri Moinard neben der Unterrichtsabteilung und der Abteilung für schöne Künste die dritte Säule in Schmittleins DEP[64]. Da Moinard selbst sich insbesondere der Überwachung des Sportsektors widmete, war die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung bald eine Domäne, die der Chef des *Bureau de la Jeunesse*, Jean-Charles Moreau, weitgehend eigenständig, zumeist in direkter Verbindung mit Schmittlein bzw. Irène Giron, bestellte[65]. Die selbstbewußte Autonomie des Jugendbüros gegenüber dem unmittelbar vorgesetzten Abteilungsleiter scheint freilich zu Spannungen geführt zu haben, die sich seit Sommer 1948, unter veränderten organisationsinternen Bedingungen, in heftigen, persönlich gefärbten Konflikten zwischen ihren Protagonisten entluden[66]. Moreau, der 1940 bis 1944 in Vichy zunächst stellvertretender Bürochef, dann Abteilungsleiter im Staatssekretariat bzw. Kommissariat für Jugendfragen gewesen und nach der Libération ins Pariser Erziehungsministerium übernommen worden war, kam im September 1945 wie viele seiner Kollegen auf eher zufälligem Wege nach Baden-Baden[67].

Jugendpolitik

Die Jugend- und Sportsektion innerhalb der *Délégation Supérieure* wurde in Freiburg von Jacques Deshayes, einem ehemaligen katholischen Priester, der zum Marxismus konvertiert war, in Tübingen vom sozialistisch orientierten *Agrégé d'allemand* Henri Humblot, in Koblenz von Pierre Schwartz und in Neustadt/Weinstraße (seit Ende 1946 allerdings nur noch in untergeordneter Position) von H. Wustner geleitet[68]. Um ihnen eine zielgerichtete Tätigkeit zu ermöglichen, mußte die DEP-Zentrale schnellstens jugendpolitische Richtlinien erarbeiten und den konzeptionslosen Zustand der ersten Wochen beenden. So legte Moreaus *Bureau de la Jeunesse* am 29. September 1945 vier Texte vor, auf deren Basis die Wiedergründung demokratisch ausgerichteter

---

[64] Vgl. Moreau, Jugendarbeit, S. 27; Humblot, Kontrolle, S. 45. Nach einer mündlichen Auskunft Jean Moreaus vom 16.3.1992 hatte Moinard während des Krieges der Jugendbehörde in einem Kolonialgebiet Französisch-Westafrikas vorgestanden, sich dort den amerikanischen Truppen angeschlossen und in ihren Reihen an der Befreiung seines Heimatlandes teilgenommen.

[65] So Moreau gegenüber dem Verf. am 16.3.1992. Geneviève Carrez, Moreaus Mitarbeiterin im Bureau de la Jeunesse seit April 1947, sieht die Konstellation im Rückblick ebenso, wie sie dem Verf. am 10.3.1992 mündlich mitteilte. Marquant schilderte in einem Gespräch mit dem Verf. am 7.4.1989 Moinard als eher farblose Persönlichkeit; der eigentliche „Kopf" der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildungspolitik sei Moreau gewesen.

[66] AOFA, AC 69,2, Aktenvermerk Moinards für Schmittlein vom 20.8.1948; AOFA, AC 69,3, Aktenvermerk Moreaus für Schmittlein vom 27.1.1949. Beide Kontrahenten warfen sich gegenseitig Intrigen vor.

[67] Diese Begebenheiten schilderte Moreau in einem Interview, das eine Gruppe Freiburger Doktoranden am 9./10.5.1988 in Dôle mit ihm führen konnte und dessen Tonbandprotokoll dem Verf. von Reinhard Grohnert zugänglich gemacht wurde.

[68] Zu Deshayes vgl. Schulte, Le messager, S. 330; zu Humblot, Kontrolle; zu Schwartz und Wustner wurden keine Angaben ermittelt.

Jugendverbände in der französischen Zone genehmigt werden sollte: Entwürfe einer von General Koenig zu unterzeichnenden Verordnung und einer ergänzenden, von Laffon zu signierenden Verfügung, eines Runderlasses des *Administrateur Général* mit Anwendungsrichtlinien für die Landesgouverneure, schließlich ein ebenfalls internes *Exposé des motifs*, das den vorgesetzten Dienststellen die Intentionen der Jugendabteilung erläuterte[69]. Deren vordringliches Ziel war es demnach[70], das durch den Zusammenbruch des Nationalsozialismus und seines totalitären Anspruchs entstandene Vakuum in der außerschulischen und außerfamiliären Jugenderziehung aufzufüllen, und zwar durch eine Ausdehnung der „Einflüsse verschiedener geistiger Strömungen, die eine Art demokratischer Front gegen den Nazismus gebildet haben". Solche Einflußnahme sollte nach dem Prinzip eines eingeschränkten Pluralismus vonstatten gehen, das Moreau als Abteilungsleiter im Staatssekretariat der Vichy-Regierung beim *agrément* französischer Jugendorganisationen erfolgreich angewandt hatte, um die befürchtete Gleichschaltung zur pétainistischen Staatsjugend zu verhindern[71]. Durch scheinbar neutrale Sammlungsbewegungen, hinter denen sich nur allzu leicht nationalistische, militaristische oder nazistische Elemente verbergen konnten[72], werde man die deutsche Jugend nicht mehr gewinnen, argumentierte das *Exposé des motifs*. Vielmehr müßten die verschiedenen politisch-weltanschaulichen und religiösen Strömungen, die demokratische Grundsätze respektierten, in aller Offenheit ihre Tätigkeit entfalten können. Zugleich sorgte man sich französischerseits um die eigenen Kontrollrechte und Lenkungsmöglichkeiten. Nur eine begrenzte Anzahl der wichtigsten *familles spirituelles* sollte auf regionaler Ebene klar identifizierbare, hierarchisch gegliederte Nachwuchsorganisationen bilden dürfen. Damit würde zum einen die Aufsicht über die Jugendgruppen den Gouverneuren obliegen, die besser als eine übergeordnete Instanz den landesspezifischen Bedingungen Rechnung zu tragen vermochten. Zum anderen gedachte man auf diese Weise sowohl etwaigen Zentralisierungstendenzen als auch der Entstehung zahlloser, schwer überwachbarer Lokalinitiativen einen Riegel vorzuschieben. Die Prinzipien von (beschränktem) Pluralismus und hierarchischem Aufbau kamen dem französischen Bestreben entgegen, die auf diesem Gebiet dominierende Position der Kirchen auszubalancieren und den laizistischen Grundsatz zu stärken. Da man weder den organisatorischen Vorsprung der konfessionellen Jugendbetreuung noch die althergebrachten Autoritätsbeziehungen zwischen Kirchenoberen und religiösen Nachwuchsgruppierungen antasten wollte, galt es, die in weit geringerem Maße institutionell gefestigten weltlichen Kräfte ihrerseits zur Gründung von Jugendverbänden zu ermutigen. Man dachte im *Bureau de la Jeunesse* insbesondere an die Jugendherbergsbewegung und die Gewerkschaften, deren Nachwuchsorganisationen als „Mittel zur Umerziehung der Jugend und der kulturellen Wiederan-

[69] AOFA, AC 69,1, „Exposé des motifs" vom 29.9.1945, No. 119/EDU/Sp.J.; Laffons „Circulaire d'application" an die Délégués Supérieurs vom 14.12.1945, No. 461/EDU/J.Sp.; Koenigs Verordnung No. 25 und Laffons Verfügung No. 28 vom 13.12.1945, in: JO-CCFA vom 11.1.1946.

[70] Das Folgende nach dem „Exposé des motifs" vom 29.9.1945.

[71] Tonbandprotokoll des Interviews mit Moreau am 9.5.1988, S. 1ff. Moreaus Selbstdarstellung wird bestätigt durch Aussagen der Zeitzeugen Dupouey und Auclair in: Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 33f. bzw. 76.

[72] Daß diese Befürchtung bestand, bestätigte Moreau im Interview; Tonbandprotokoll, S. 8.

näherung, schließlich als Hauptelemente einer notwendigen Ausbalancierung der Strömungen" betrachtet wurden.

Als das französische Oberkommando Mitte Dezember 1945 die Wiederherstellung des allgemeinen Vereinsrechts verkündete und die Konstituierung politischer Parteien demokratischer und antinationalsozialistischer Richtung in der französischen Zone genehmigte[73], wurden auch Jugendverbände offiziell zugelassen[74]. Diese mußten aus wenigstens zehn minderjährigen Mitgliedern bestehen und sich ausschließlich ihrer körperlichen, sportlichen, moralischen, sozialen, künstlerischen oder beruflichen Ausbildung widmen, durften also keine parteipolitischen Ziele verfolgen. Ferner war ihnen gestattet, Ferienlager oder -siedlungen, Jugendherbergen, -heime oder -anstalten sowie Sporteinrichtungen für Minderjährige zu gründen und zu betreiben. Die Landesgouverneure erhielten am 14. Dezember Ausführungsbestimmungen, die weitere aufschlußreiche Argumente anführten[75]. Um trotz des scheinbar liberalen Zulassungsmodus eine funktionierende Beaufsichtigung zu gewährleisten, müsse die Zahl der zugelassenen Jugendgruppen gering gehalten werden, indem man sie auf die Repräsentation der wichtigsten weltanschaulichen, politischen, konfessionellen und berufsständischen Richtungen beschränke, auch wenn eine solche Selektion in der offiziellen Verfügung nicht erwähnt sei. Als unerwünscht wurden reine Jugendsportverbände sowie Wander-, Bergsteiger- und Campingvereine bezeichnet. Eine allzu offensichtliche Einmischung oder Bevormundung durch die Besatzungsmacht gelte es allerdings zu vermeiden, da Jugendverbände ihrem Wesen nach patriotisch ausgerichtet seien. Gruppierungen unter direkter französischer Leitung und mit hauptsächlich „kollaborationistischer" Zielsetzung gründen zu wollen, wäre daher chancenlos. Angesichts der Bedeutung umfassender Kenntnisse über die Gesamtlage auf diesem Gebiet und im Interesse eines zoneneinheitlichen Vorgehens ersuchte Laffon die Gouverneure, jegliche Zulassung von Jugendverbänden zuvor mit der DEP in Baden-Baden abzustimmen. Ebenfalls unter politischen Gesichtspunkten empfahl der Runderlaß, schnellstmöglich ein Gleichgewicht zwischen konfessionellen und nichtkonfessionellen Gruppen herzustellen und Organisationen, die sich der Allgemeinbildung im demokratischen Sinne widmeten, Unterstützung zukommen zu lassen, um den Unwägbarkeiten parteipolitischer Initiativen gegenzusteuern. „Die Erfahrung zeigt nämlich", hieß es in diesem Zusammenhang, „daß ein Übergewicht der Parteien im Umfeld der Jugend bedauerliche Folgen haben kann und daß eine rein politische Strategie (action) Gefahr läuft, die Heranwachsenden mehr zu verbilden als zu erziehen." Jugendherbergen, Vereinigungen junger Gewerkschafter und Volkshochschulen wurden demgegenüber als förderungswürdige Beispiele hervorgehoben. Dies entsprach der laizistisch-republikanischen Tradition der französischen Volksbildungsbewegungen; und das Mißtrauen gegen die bestehenden kirchlichen Jugendgruppen verstärkte noch dieselbe

[73] Vgl. Koenigs Verordnungen No. 22 (Wiederherstellung des Vereinsrechts) und 23 (Gründung politischer Parteien) vom 12. bzw. 13.12.1945, in: JO-CCFA vom 21.12.1945.

[74] Vgl. Koenigs Verordnung No. 25 und Laffons Verfügung No. 28 vom 13.12.1945, in: ebenda. Die Gründung von Sportvereinen wurde am 4.2.1946 genehmigt, und zwar durch Koenigs Verordnung No. 33 und Laffons Verfügung No. 40, in: JO-CCFA vom 14.2.1946. Vgl. hierzu demnächst die Saarbrücker Dissertation von Stefanie Woite.

[75] AOFA, AC 69,1, Laffons „Circulaire d'application" an die Délégués Supérieurs vom 14.12.1945, No. 461/EDU/J.Sp.

Tendenz. Der deutsche Klerus sei mehrheitlich nationalistisch eingestellt; zudem stehe für ihn, anders als in Frankreich, die Gemeindeseelsorge und nicht soziale Betätigung im Vordergrund. Wenn von einem Verbot kirchlicher Nachwuchsorganisationen dennoch Abstand zu nehmen sei, so aufgrund der Erfahrungen im Frankreich Vichys und der deutschen Okkupation, wo Verbote nur gegenteilige Wirkung gezeitigt hätten. Statt dessen seien zuverlässige Überwachung, internationale Einbindung und demokratische Einflußnahme anzustreben. Pfadfindergruppen sollten vorläufig nicht zugelassen werden, da sie mit der gegenwärtigen Geisteshaltung der jungen Deutschen nicht vereinbar seien und ihre Verhaltensformen zu stark an die der Hitlerjugend erinnerten[76]. Das Gesamtziel der französischen Jugendpolitik müsse es sein, so das Resümee des Rundschreibens, schnellstmöglich den Einfluß geistiger Strömungen geltend zu machen, die imstande waren, nationalsozialistisches Gedankengut zu verdrängen und zu ersetzen. Unter Rückgriff auf die Gesetzgebung der Weimarer Republik könnten die städtischen Jugendämter gestärkt und kommunale Jugendausschüsse wiederbelebt werden. „Diese Politik hat direkte Rückwirkungen auf die allgemeine Politik, denn die deutsche Jugend ist Deutschlands Zukunft."

Auch im außerschulischen Erziehungssektor definierten die Verantwortlichen der Militärregierung bis ins Jahr 1948 hinein ihre politische Linie weitgehend im Alleingang, ohne wirkliche Abstimmung mit den Verbündeten. Zwar traf Moinard zwischen der Vorlage der vier Textentwürfe durch das *Bureau de la Jeunesse* Ende September und ihrer endgültigen Ausfertigung Mitte Dezember 1945 mit Amtskollegen in der britischen und amerikanischen Militärverwaltung zusammen, um sich über deren jugendpolitische Maßnahmen zu informieren[77]. Doch diese Unterredungen bestärkten den Franzosen nur in seiner Überzeugung, daß die Laffon unterbreiteten Richtlinien zur Behandlung der Nachwuchsgruppierungen dem Besatzungsregime in der französischen Zone angemessen waren. Es scheint, als habe der *Sous-Directeur* nachdrücklicher als das ihm unterstehende *Bureau de la Jeunesse* die Notwendigkeit einer starken Hand gegenüber den einheimischen Jugendlichen betonen wollen. Die Bildung ihrer Organisationen sei soweit wie möglich zu beeinflussen; die entsprechende Gesetzgebung müsse der Militärregierung ausreichende Handlungsspielräume gewähren. Man werde seitens der französischen Behörden noch lange Zeit nicht darauf verzichten können, die deutsche Jugend zu „verwalten"; denn die im Runderlaß für die Gouverneure angesprochenen Jugendämter seien zu bürokratisch, um eine politische Aufsicht auszuüben. Im Vergleich zu den angelsächsischen Verbündeten sah Moinard die französischen Verantwortlichen materiell und institutionell zwar im Hintertreffen, hinsichtlich des Problembewußtseins jedoch eher überlegen, nicht zuletzt wegen ihrer tieferen Einsichten in die Bedeutung der Hitlerjugend im Dritten Reich und der *mouvements de jeunesse* für die Résistance. Die OMGUS-Offiziere hätten sich demgegenüber schlecht informiert und orientierungslos gezeigt. Sie handelten nach Moinards Eindruck auf der Grundlage eines „ziemlich oberflächlichen Empirismus" und fühlten sich als aufgeklärte Demokraten offenbar den nationalsozialistisch geprägten, „barbarischen" Deutschen moralisch überlegen. Mit den englischen Militäradministratoren

[76] In einem später von Henri Humblot verfaßten Dokument wurde außerdem auf die Herkunft der ersten Anhänger Baden-Powells aus dem Burenkrieg verwiesen; AOFA, AC 264,1, Tätigkeitsbericht der Tübinger Section Jeunesse et Sports für 1945–1949 vom 22.7.1949.

[77] Ebenda, Moinards Bericht für Laffon vom 31.10.1945, No. 250/EDU/Sp.J.

hingegen wußte sich der *Sports et Jeunesse*-Chef weitgehend einig in der Überzeugung, daß eine strikte Überwachung der deutschen Jugend unabdingbar sei.

Seit der Jahreswende 1945/46 konnten südwestdeutsche Nachwuchsorganisationen unterschiedlicher Ausrichtung ihre Zulassung beim zuständigen Landesgouverneur beantragen. Gemäß der von Laffon bzw. vom *Bureau de la Jeunesse*[78] vorgegebenen Linie sollten die regionalen Jugend- und Sportoffiziere die Entwicklung durch persönliche Kontakte diskret beeinflussen. Tatsächlich versprachen im Südteil der französischen Zone solche Steuerungsimpulse Früchte zu tragen, wie eine erste Bilanz vom April 1946 verhieß. So schrieb man es in Baden-Baden Humblots und Deshayes' werbenden Plädoyers für gemeinsame jugendpolitische Aktionen der Linksparteien und anderer Organisationen derselben Couleur zu, daß „die demokratischen Kräfte" in Württemberg und Baden zur Einsicht gelangt waren und die Gründung von Volkshochschulen, Jugendzeitungen und Jugendverbänden einvernehmlich in Angriff genommen hatten[79]. Andererseits wurde den Verantwortlichen von *Sports et Jeunesse* schnell bewußt, daß sie sich in einer Zwickmühle befanden: Sie konnten einerseits dem unaufhaltsamen Strom nur wenige Schleusentore öffnen und mußten andererseits mit unzulänglichen Mitteln und ohne klare Richtungsvorgaben versuchen, seinen Lauf in engen Seitenarmen zu kanalisieren[80].

In den ersten fünf Monaten nach Erlaß der Gesetze durch Koenig und Laffon gingen 22 Zulassungsanträge bei den regionalen Jugend- und Sportabteilungen ein. Bis 1. Juni 1946 erhielten zwölf ihre Autorisierung[81]. Unter den konfessionellen Jugendgruppen waren die Katholiken bereits in allen Landesteilen der Zone, die Protestanten nur in Südwürttemberg vertreten. Eine selbständige Gewerkschaftsjugend hatte sich ebenso wie eine Sektion der Naturfreunde in Baden und der Pfalz konstituiert. In Württemberg-Hohenzollern war – trotz der Vorbehalte Baden-Badens gegen entsprechende Gruppierungen – der Schwäbische Albverein zugelassen worden, der jedoch nicht der Kontrolle der DEP, sondern der allgemeinen Überwachung durch die *Sûreté* unterstand[82]. Unter den politischen Nachwuchsverbänden beherrschte, mit regionalen Unterschieden, die Arbeiterbewegung das Feld. So durften an der Saar sozialistische „Falken" und Mitglieder der überparteilichen, kommunistisch dominierten Freien Demokratischen Jugend (FDJ) tätig werden, während in der Pfalz nur die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) zugelassen war. In Südwürttemberg koalierte überwiegend sozialistisch und kommunistisch gesinnter Nachwuchs im Bund Junger Schwaben; in Südbaden gab es, wie im Saargebiet, eine Freie Jugend. An der Tübinger Universität hatte ein parteipolitisch neutraler Bund Freier Studenten seine offizielle Zulassung erwirkt.

---

[78] Moreau betonte rückblickend die engen und freundschaftlichen Dienstbeziehungen, die er zu Jean Ripert, einem Mitarbeiter Laffons, in Fragen der Jugendpolitik unterhalten habe; Tonbandprotokoll des Interviews am 9.5.1988, S. 30f.

[79] AOFA, AC 265,1, Monatsbericht des Bureau de la Jeunesse für April 1946 vom 26.4.1946.

[80] Ebenda, Moreaus Quartalsbericht für August-Oktober 1946 vom 5.11.1946.

[81] AOFA, AC 69,1, undatierte, ungezeichnete Übersicht „Mouvements de jeunesse autorisés au 1er juin 1946".

[82] Der Schwäbische Albverein galt nicht als „mouvement de jeunesse", dessen Mitgliedschaft mehrheitlich minderjährig sein mußte, sondern als „mouvement de jeunes", dessen Angehörige überwiegend aus 20- bis 30jährigen bestand; AOFA, CGAAA, P. 44, F 13, Office Militaire de Sécurité/Division Militaire/Elément Français, „Etude sur la jeunesse allemande de la ZFO" (undatiert, vermutlich von September/Oktober 1949).

Auch er unterstand nicht der Kontrolle des Jugend- und Sportoffiziers Humblot, sondern der des Universitätskurators und der *Sûreté*.

Im Laufe der folgenden zwölf Monate, bis Juni 1947, veränderte sich die Grundkonstellation der zugelassenen Jugendverbände nicht. Allerdings nahm ihre Mitgliederstärke eine Entwicklung, die man bei *Sports et Jeunesse* mit Unbehagen verfolgt haben dürfte[83]. Mit über 120 000 Mitgliedern dominierten nämlich die mehr als 1000 lokalen Jugendgruppen des Katholizismus bei weitem[84], wobei zum Leidwesen der französischen Verantwortlichen das deutsche Pendant zum *jocisme*, die organisierte katholische Arbeiterjugend, marginal blieb. Der protestantische Nachwuchs, der sich zonenweit in 450 Gemeindegliederungen sammelte, brachte es demgegenüber nur auf 35 000 Aktive[85], war damit jedoch deutlich stärker als die politischen Jugendvereinigungen, die fast ausschließlich dem linken Spektrum entstammten. Unter ihnen lagen die „Falken" mit 200 Ortsvereinen und 15 000 Mitgliedern vor der Freien Jugend, die es in 50 Kommunen (außerhalb Württemberg-Hohenzollerns) auf 10 000 Angehörige brachte. Bei den partei- und konfessionsunabhängigen Gruppierungen wiesen die in 200 lokalen Sektionen organisierten Naturfreunde dieselbe Mitgliederzahl (13 000 in der gesamten Zone) auf wie die Gewerkschaftsjugend, die als eigenständiger Jugendverband (im Sinne der Verordnung Nr. 25) fast ausschließlich in Rheinland-Pfalz existierte. Ebenfalls regional beschränkt, auch quantitativ unbedeutend blieben der Schwäbische Albverein (18 Ortsgruppen, 700 Mitglieder) und der Bund Junger Schwaben in Südwürttemberg (15 Sektionen, 800 Angehörige), der Jugendbund Greif in Südbaden sowie vier Studentenvereinigungen in Freiburg und Tübingen. Zu diesem Zeitpunkt hatte man im *Bureau de la Jeunesse* mit Besorgnis registriert, daß die Verschärfung der ideologischen Gegensätze auf internationaler wie gesamtdeutscher Ebene auch auf die Haltung der politischen Nachwuchsverbände in der eigenen Zone durchzuschlagen begann. Der trotz französischer Widerstände wachsende Einfluß der Organisationszentralen auf die länderweit organisierte Jugend spielte hierbei keine geringe Rolle. Insbesondere zwischen den Vereinigungen des sozialistischen und kommunistischen Nachwuchses verschlechterten sich seit Frühjahr 1947 die Beziehungen merklich[86]. Dieser Umstand konnte nicht ohne Folgen für die Anziehungs- und Ausstrahlungskraft der politischen Jugendverbände bleiben. „Man muß übrigens sagen", bemerkten im Rückblick kritische Beobachter am Quai d'Orsay, „daß es den Parteien wohl nicht gelungen ist, die richtige Sprache und die geeigneten Methoden zu finden, um Herz und Verstand einer enttäuschten, skeptischen Jugend anzusprechen, die den politischen Führungskräften mit größtem Desinteresse gegenübersteht, da sie nach ihrer Ansicht in der Vergangenheit versagt haben."[87]

Zur selben Auffassung war auch Schmittlein gelangt, dessen Verdikt allerdings

[83] AOFA, AC 67,1, „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 (date de sa création) à juin 1947", Teilstatistik der Sous-Direction Sports et Jeunesse, Bureau de la Jeunesse.

[84] Das Saargebiet ist hierbei mit einbezogen.

[85] Zum prozentualen Bevölkerungsanteil von Katholiken und Protestanten in den Ländern der französischen Zone vgl. Thierfelder, Kirchenpolitik, S. 225.

[86] AOFA, AC 265,1, Monatsbericht des Bureau de la Jeunesse für April 1947.

[87] MAE/CGAAA, La Documentation Française. Notes et Etudes documentaires, No. 1163, „L'Education publique en Z.F.O.", 13.7.1949, S. 10; gefunden in: AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 24, XC 2–8.

weite Teile der bestehenden Eliten einschloß und im größeren Zusammenhang leidvoller Erfahrungen mit den Gegnern französischer Erziehungspolitik gesehen werden muß. Obwohl er sich wenig um die außerschulischen und nichtuniversitären Handlungsfelder seiner Behörde kümmerte, stärkten er und vor allem Irène Giron der Jugend- und Sportsektion den Rücken, indem sie ihre Bedeutung für das Umerziehungswerk gegenüber höheren Dienststellen hervorhoben[88]. Im Juli 1947, auf dem Höhepunkt des Widerstands einheimischer Honoratioren gegen die Schulreformprojekte der DEP, zog Schmittlein jedoch eine von Ernüchterung geprägte Zwischenbilanz der „action sur la jeunesse"[89]. Zwar gelte es nach wie vor, das beträchtliche Potential der Kirchen, Parteien und Gewerkschaften zu nutzen, doch mache man sich in der DEP wenig Illusionen über die zu erwartende Mitwirkung. Diese Institutionen sähen nur auf die eigene Zukunft und die eigenen Interessen. Dabei sei von Gewerkschaftsseite noch mit dem größten Verständnis zu rechnen, und auch im konfessionellen Bereich gebe es einige Versuche, sich von klerikaler Gängelung zu befreien[90]. Insgesamt aber stellte Schmittlein mit Blick auf die neuentstandenen Jugendgruppen fest: „Hier wie überall ist der Mangel an Führungskräften am schlimmsten; und alles, was die Kirchen oder politischen Parteien hervorbringen, ist verkalkt."[91]

Es gehörte von Anbeginn zu den deklarierten Zielen von *Jeunesse et Sports*, bei der demokratischen Reorganisation und Umorientierung des südwestdeutschen Nachwuchses nicht allein Kirchenoberen und Parteivertretern das Feld zu überlassen. Beispielsweise förderte Moreaus Equipe seit Herbst 1945 die Inspektion und schnellstmögliche Restitution der im Dritten Reich, vor allem während des Krieges oft zweckentfremdeten Jugendherbergen, um einem konfessions- und parteiübergreifenden, international ausgerichteten Pendant des *ajisme* zu neuem Leben zu verhelfen. In keinem Tätigkeitsbericht des *Bureau de la Jeunesse* fehlte der Hinweis auf die steigende Zahl der wiederhergerichteten Jugendherbergen. Um die Jahreswende 1946/47 waren demnach 70 dieser Einrichtungen – von 178 inspizierten – ihrer ursprünglichen Bestimmung übergeben worden[92]. Bis Sommer 1949 nahmen zonenweit 80 Jugendherbergen den Betrieb wieder auf, in Baden außerdem etwa 20 Jugendheime[93]. Aus französischer Sicht waren diese Einrichtungen vor allem als Begegnungsstätten für Jugendliche verschiedener Länder von Interesse. Aus demselben Motiv wurde auch die Wiederbelebung der Volkshochschulen seit Anfang 1946 von *Jeunesse et Sports* nach Kräften gefördert. Sie sollten das Fundament einer demokratischen *culture populaire* in deutscher Eigenregie, jedoch mit französischer Nachhilfe legen. Die rapide Aus-

[88] Tonbandprotokoll des Interviews mit Moreau am 10.5.1988, S. 54; ders., Jugendarbeit, S. 27; Rovan, Relations, S. 685; Marquant, La politique culturelle, S. 122; ders., Diskussionbeitrag, in: Heinemann (Hrsg.) Hochschuloffiziere, S. 26.

[89] AOFA, AC 67,1, Schmittleins „Rapport[s] sur l'activité de la D.E.P." vom 4.7.1947, No. 7723/DGAA/EDU, und vom 12.7.1947, No. 7848/DGAA/EDU.

[90] Ebenda, No. 7723/DGAA/EDU.

[91] Ebenda, No. 7848/DGAA/EDU.

[92] Ebenda, „Rapport sur la Démilitarisation, la Dénazification et la Démocratisation dans la Z.F.O. – Questions concernant la D.E.P." vom 4.1.1947, No. 5364/DGAA/EDU; „Réalisations de la DEP du 1er janvier au 28 mai 1946 selon le Plan de Travail pour l'année 1946" vom 7.6.1946, No. 2597/DGAA/EDU.

[93] AOFA, CCFA, Cons. Adm., C. 477, P. 7, E-8/2, Tätigkeitsbericht der DEP für das 2. Quartal 1949 vom 12.8.1949, No. 11114/CCSG/EDU.

breitung dieser Erwachsenenbildungsinstitutionen war durchaus verheißungsvoll: Bis Mai 1946 nahmen die ersten fünf den Lehrbetrieb auf[94]; am Ende des Jahres waren es bereits 29[95], im Juni 1947 48[96], im Sommer 1949 schließlich etwa 70, die von knapp 30 Jugendbildungswerken und zwei Volkshochschulheimen ergänzt wurden[97]. Allerdings reduzierte die Währungsreform im Juni 1948 den Zulauf zu ihren Kursen erheblich und schränkte so ihre Wirkungsmöglichkeiten vorübergehend deutlich ein[98]. Auf jene Jugendherbergen, die als Tagungsstätten für die Wiederaufnahme des deutsch-französischen Dialogs eine wichtige Rolle spielten, und auf die Volkshochschulen als bevorzugte Foyers französischer Einflußnahme im Erwachsenenbildungsbereich wird noch ausführlicher zurückzukommen sein.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang eine Form jugendpolitischer Einzelinitiativen zu erwähnen, mit der französische Verantwortliche zunächst auf eigene Faust zur Umorientierung besonders schwieriger Fälle unter deutschen Jugendlichen beitragen wollten. Vorreiter war hierbei der Tübinger Jugend- und Sportoffizier Humblot, der Ende März 1946 auf Vermittlung des südwürttembergischen Verwaltungschefs Carlo Schmid den nächtlichen Besuch eines ehemaligen hochrangigen HJ-Führers erhielt. Heinrich Hartmann, einst Hauptabteilungsleiter im Kulturamt der Reichsjugendführung, der sich nun um die gesellschaftliche Wiedereingliederung des vielköpfigen Heeres entwurzelter, umhervagabundierender Jugendlicher sorgte, schlug dem Franzosen die Einrichtung freiwilliger Arbeitslager vor, in denen er mit Gleichgesinnten unter Aufsicht der französischen und deutschen Behörden, jedoch in eigener Regie umorientierungswillige Heranwachsende dazu anleiten wollte, am Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken und sich auf ein Leben unter neuen Bedingungen vorzubereiten[99]. Diesem ersten Gespräch, über dessen Kernpunkte Humblot Gouverneur Widmer informierte, folgten weitere quasi-konspirative Treffen des Tübinger *Jeunesse et Sports*-Verantwortlichen mit Hartmann und anderen ehemaligen HJ-Führern, auch außerhalb der französischen Zone. Eine Lösung kam allerdings nicht schnell in Sicht, denn die politische Situation der Jahre 1946/47 ließ den führenden Besatzungsoffizieren ein Unterfangen der vorgeschlagenen Art inopportun und voreilig erscheinen. Auch Schmittlein hatte dem Rechnung zu tragen, als er im Februar 1946 seine Übereinstimmung mit dem Trierer Bischof bekundete, der die Verwahrung von Minderjährigen in Strafgefangenenlagern als außerordentlich demoralisierend bezeichnete und ihre Umorientierung innerhalb des Familienverbandes befürwortete. Eine humanitäre Geste gegenüber der deutschen Jugend schien ihm angebracht. Ehemalige HJ-Führer, schränkte Schmittlein mit Rücksicht auf die alliierte Beschlußlage ein, könnten hier-

[94] „Réalisations de la DEP du 1er janvier au 28 mai 1946 [...]" vom 7.6.1946.

[95] „Rapport sur la Démilitarisation, la Dénazification et la Démocratisation dans la Z.F.O. [...]" vom 4.1.1947.

[96] „Rapport sur l'activité de la D.E.P." vom 12.7.1947.

[97] Tätigkeitsbericht der DEP für das 2. Quartal 1949 vom 12.8.1949.

[98] MAE/CGAAA, La Documentation Française, „L'Education publique en Z.F.O.", S. 8.

[99] Vgl. Humblot, Kontrolle, S. 55ff.; „Der Spiegel" vom 2.4.1949, S. 3ff.; AOFA, AC 69,1, Humblots undatierte Aufzeichnung für Widmer, in der er dem Gouverneur von der nächtlichen Unterredung mit Hartmann berichtete; AC 69,2, Humblots Brief an einen nicht genannten „ancien chef de la Jeunesse Hitlérienne" [Hartmann] vom 15.9.1947.

von ausgenommen werden[100]. Doch selbst mit diesem „entschärften" Vorschlag waren die nachsichtigen Erzieher der DEP ihren Landsleuten voraus. Auch der von Humblot nach einiger Bedenkzeit lancierte Gegenvorschlag, deutsche Jugendliche im Rahmen freiwilliger Sühnetätigkeit zum Wiederaufbau in Frankreich selbst einzusetzen, scheiterte, wie ähnliche Initiativen, am Veto aus Paris[101]. Erst Anfang 1948 erhielt er schließlich die Erlaubnis, den Hartmann-Plan zu realisieren. Am 1. März nahm daraufhin im Schwarzwaldort Bad Teinach ein Lager für ehemalige HJ-Führer 21 Freiwillige auf, die in achtwöchiger Arbeit eine zerstörte Straße wieder verkehrstüchtig machten. In der Endphase ihres Aufenthalts standen außerdem Diskussionen mit deutschen und französischen Persönlichkeiten, darunter Tübingens Justizminister Carlo Schmid, auf dem Programm. Dieser erste Arbeitseinsatz fand allerdings ein unvorhergesehenes Nachspiel, als die jungen Leute, vermutlich auf Betreiben alarmierter einheimischer Kommunisten und sich düpiert fühlender *Sûreté*-Agenten, noch in Teinach verhaftet, vorübergehend interniert und – ergebnislos – nach Belastungsmaterial durchsucht wurden.

Zur selben Zeit hatte im französisch besetzten Baden ein ähnliches Experiment begonnen. Auf dem Höllhof, einer ehemaligen Forstschule bei Offenburg, die zum *Maison d'éducation démocratique* deklariert wurde, konnten sich 1947 etwa 50 Jugendliche aus politisch belasteten Familien freiwillig einer „Abgeschiedenheits- und Reflexionskur" unterziehen und so auf die geistigen Erfordernisse der neuen Zeit vorbereiten[102]. Initiator und Förderer dieses idealistischen Projekts eines als zwanglos und selbstverwaltet konzipierten „moralischen Sanatoriums" war der Offenburger Kreisdelegierte Pierre Robert, der vor dem Krieg als Journalist gearbeitet und sich nach der deutschen Besetzung dem aktiven Widerstand angeschlossen hatte. Für die Umwandlung des Höllhofs in ein Umerziehungsheim fand er die Unterstützung des Freiburger Jugend- und Sportoffiziers Deshayes[103]. Vorausgegangen war auch dieser Initiative die Anregung ehemaliger HJ-Führer, die mit dem Tübinger Zirkel um Heinrich Hartmann in Verbindung standen[104]. Nach dem Inkrafttreten einer Jugendamnestie in der französischen Zone Anfang Mai 1947 nahm jedoch das Interesse der angesprochenen Klien-

[100] AOFA, AC 69,1, Schmittleins Aufzeichnung für den Directeur de l'Intérieur et des Cultes vom 12.2.1946, No. 1546/DGAA/EDU.

[101] Bis Frühjahr 1948 wurden deutsche Initiativen zur Beteiligung an Wiederaufbauarbeiten in Frankreich (z. B. in Oradour) von französischer Regierungsseite als unerwünscht zurückgewiesen. Am 25.3.1948 konnte Staatssekretär Schneiter dem Wiederaufbauminister jedoch mitteilen, der Regierungschef sei derselben Meinung wie er (Schneiter), daß die prinzipiell ablehnende Haltung der Einzelfallprüfung weichen solle; MAE, Z/Allemagne, 82, fol. 196ff., 248f., 272f. und 294f., Aufzeichnung der Mitteleuropaabteilung für den Generalsekretär vom 13.12.1947; Saint-Hardouin an die Europaabteilung am 16.2.1948, No. 70/EU; Schneiter an den Ministerpräsidenten am 11.3.1948; Schneiter an den Minister für Wiederaufbau und Städtebau am 25.3.1948, No. 2024/POL.

[102] AOFA, AC 347,1, „Bulletin d'Information" der Freiburger Délégation Supérieure/Section Information vom 15.6.1947. Die Zahlenangabe für 1947 nach einer Bilanz der „Activités du Bureau de la Culture Populaire" vom 15.10.1948; in: AOFA, AC 69,2.

[103] Die Angaben zu Robert nach Unterlagen in: AOFA, Baden, R 2–051; Hinweis auf freundschaftliche Beziehungen zwischen Robert und Deshayes in einer undatierten Aufzeichnung Moreaus für Schmittlein von Januar 1949; in: AOFA, AC 347,1.

[104] AOFA, AC 347,1, Humblot an Widmer am 12.1.1949, No. 3723/SAA/J&S/HH/HZ.

tel rapide ab[105], da nun dem einstigen NS-Nachwuchs hinsichtlich seiner gesellschaftlichen und beruflichen Rehabilitierung für diese „sanfte" Form der politischen Bewährung keine Notwendigkeit mehr vorzuliegen schien. In der Baden-Badener DEP beschloß man daher, die sich auf dem Höllhof bietenden Möglichkeiten für umfassendere Pläne zu nutzen. Anfang Juli 1947 teilte Laffon dem Freiburger Gouverneur Pène mit, daß die einstige Forstschule in ein *Centre permanent de rencontres des cadres des organisations allemandes de jeunesse et de culture populaire* umgewandelt werden solle. Die bisherige Nutzung als Umerziehungsheim für notorische Nationalsozialisten könne ebenfalls aufrechterhalten bleiben[106].

Ende 1949 wurde der Höllhof schließlich in eine Vereinigung umgewandelt. Auf der Gründungsversammlung am 30. Dezember verabschiedeten ihre Mitglieder eine Satzung, in deren Vorwort es hieß: „Die Vereinigung Der Höllhof bezweckt die Zusammenfassung der Männer und Frauen jeder Nationalität, die den Willen haben, sich mit den Problemen unserer Zeit zu befassen, ihre Meinung darüber in aller Freiheit auszudrücken und diese Stellungnahmen mit Personen anderer Nationalitäten zu erörtern. [Es] soll auf eine die allgemeine Lage befruchtende und beruhigende Entwicklung hingearbeitet werden. Vor allem sollen hierdurch die bei den Völkern bestehenden Unkenntnisse und Irrtümer über die Nachbarn beseitigt werden." Im § 1 betonte die Vereinigung ausdrücklich, „daß ihre Tätigkeit eine Fortsetzung und Erweiterung dessen darstellt, was in den Jahren 1948 und 1949 von einer Gruppe von Menschen in dem bei Offenburg gelegenen Schwarzwaldhaus Höllhof erarbeitet worden ist"[107].

Doch kehren wir nach diesem Exkurs zu den südwestdeutschen Jugend- und Volksbildungsorganisationen zurück. Die Gesamtentwicklung bis zum Ende der direkten Besatzungsära im Spätsommer 1949 lief den ursprünglich formulierten Ziel- und Wunschvorstellungen der *Sports et Jeunesse*-Equipe hinsichtlich einer ungefähren Balance zwischen konfessionellen und weltlichen Gruppen zuwider. Zwischen beiden Kategorien klaffte die Schere immer weiter auseinander. Während die jungen Katholiken den größten Zuwachs verzeichneten und die protestantische Jugend ihre Position zumindest halten, wenn nicht ausbauen konnte, hatten die laizistischen Organisationen, wie die überparteilich linken Naturfreunde und die „Falken", bestenfalls eine Stagnation oder, wie FDJ und Gewerkschaftsjugend (als eigenständige Vereinigung), einen deutlichen Rückgang ihrer Mitgliederzahlen zu verbuchen[108]. Der reine Partei-

[105] Ebenda, Daty an DEP/Sports et Jeunesse am 29.7.1947, No. 1289/Cab/DAA.

[106] AOFA, AC 69,2, Schmittlein an Laffon am 30.6.1947, No. 7675/DGAA/EDU/JSP/3910; Laffon an den Freiburger Délégué Supérieur am 3.7.1947, No. 6716-ABX/DGAA/EDU/JSP/3911.

[107] AOFA, Baden, R 2–051.

[108] Die Zahlenangaben differieren für diesen Zeitpunkt teilweise beträchtlich. Hinsichtlich der katholischen Jugend nennt der Quartalsbericht der DEP vom 12.8.1949 130000 Mitglieder; die Dokumentation des MAE/CGAAA, „L'Education publique en Z.F.O.", vom 13.7.1949 175000 (S. 9); Moreaus Tätigkeitsbericht vom 9.12.1948 200000 („effectif théorique"); in: AOFA, AC 264,3. Nach denselben Quellen hatten die protestantische Jugend 30000/50000/5000 Angehörige; die Falken 10000/15000/20000; die FDJ 4000/5000/?; die Gewerkschaftsjugend 8000 (wobei allerdings die 7000 Mitglieder starke Sektion in Rheinland-Pfalz Ende 1948 als eigenständige Jugendorganisation aufgelöst worden war)/?/5000; die Naturfreunde 9000/?(über 15000)/20000.

nachwuchs, der nicht in das Ressort der DEP fiel, ist hierbei nicht berücksichtigt. Auch die Hoffnungen mancher *Jeunesse et Sports*-Verantwortlichen, über die Restitution der südwestdeutschen Jugendherbergen eine dem französischen *ajisme* der 30er Jahre vergleichbare, politisch inspirierte Bewegung anzustoßen, erfüllten sich nicht[109]. Allerdings war zur gleichen Zeit in Frankreich eine analoge Entwicklung eingetreten, indem der vormals jugendbewegte *ajisme* der Volksfrontära zur pragmatisch-touristischen Institution ohne weitergehende Ambitionen zu erstarren begann. Derselbe Befund gilt für die Feststellung des badischen *Jeunesse et Sports*-Chefs Deshayes, daß die Jugendlichen selbst nur eine untergeordnete Rolle in den Nachwuchsorganisationen spielten[110].

Vom Ergebnis des Jahres 1949 her betrachtet, konnten die französischen Steuerungsversuche im Bereich der Jugendorganisationen nur wenig bewirken. Ursächlich hierfür waren sowohl besatzungsrechtliche und -politische Entwicklungen als auch organisationsinterne Bedingungen und Probleme. Die zunächst allumfassend scheinenden Kontroll- und Lenkungsmöglichkeiten des *Bureau de la Jeunesse* und der auf Länderebene verantwortlichen Jugend- und Sportoffiziere gegenüber den deutschen Nachwuchsverbänden unterlagen zunehmend Einschränkungen und wurden schließlich zwischen Frühjahr und Herbst 1948 weitestgehend reduziert[111]. Zum Dorn im Auge der Verantwortlichen des *Bureau de la Jeunesse* entwickelte sich sowohl die bürokratische Engstirnigkeit der lokalen Überwachungsmechanismen als auch die politische Borniertheit eines doktrinär verfochtenen Provinzföderalismus. Die französische Besatzungspolitik, hieß es Mitte 1947 in einem Monatsbericht der Baden-Badener Jugend- und Sportabteilung, schwanke zwischen übertriebenem Dirigismus vor allem auf Kreisebene, wo die Kontrollformalitäten oft lächerlich und kontraproduktiv seien, und einem eklatanten Mangel an Initiativen von großem Format, wie sich bei der inkonsequenten Zulassung von Veranstaltungen mit länderübergreifender oder internationaler Beteiligung zeige. „Solche Umschwünge erschweren uns die Beibehaltung der pluralistischen Politik und der objektiven Haltung, die absolut unerläßlich für ein positives Einwirken auf die Jugendbewegungen ist."[112]

Verhehlten also die Verantwortlichen des Jugend- und Volksbildungssektors in Baden-Baden keineswegs ihre Unzufriedenheit mit der französischen Besatzungspraxis, so sahen sich ihre regionalen Vertreter im täglichen Kontakt mit jungen Deutschen unmittelbar von den Auswirkungen dieser Politik betroffen. Ein kritischer, manchmal unbequemer Geist, dessen engagiertes Handeln nicht bei allen maßgeblichen Instan-

---

[109] AOFA, AC 264,1, Tätigkeitsbilanz der Tübinger Section Jeunesse et Sports für 1945–1949 vom 22.7.1949.

[110] Jacques Deshayes, Le problème de la jeunesse allemande (Vortrag in der Pariser Handelshochschule 1948), in: Vaillant (Ed.), Dénazification, S. 157ff., hier S. 160; übersetzt in: ders. (Hrsg.), Französische Kulturpolitik, S. 187ff., hier S. 193.

[111] Vgl. Koenigs Verordnung Nr. 179 und Verfügung Nr. 90 vom 4.10.1948, in: JO-CCFA vom 8. bzw. 12.10.1948. Das Zulassungsverfahren für Jugendverbände wurde dahingehend abgewandelt, daß eine Gründungserklärung nur noch beim Bürgermeisteramt abzugeben und von dort an die Militärregierung weiterzuleiten war. Erfolgte binnen 20 Tagen kein französisches Veto, erlangte die Vereinsgründung nach deutschem Recht Gültigkeit.

[112] AOFA, AC 265,1, Monatsbericht der Sous-Direction Sports et Jeunesse für Juli 1947 vom 9.8.1947.

zen auf Zustimmung stieß, der aber als brillanter Kopf galt[113] und seine Einsichten über die deutsche Jugend in Mouniers Zeitschrift „Esprit" einem französischen Publikum darlegen konnte[114], war Tübingens *Jeunesse et Sports*-Chef Henri Humblot. Am 1. Juni 1948, in einer Phase, als sich der längst in Gang befindliche Kurswechsel in der französischen Deutschland- und Besatzungspolitik nicht länger camouflieren ließ, legte er eine umfassende Zwischenbilanz vor, die schonungslos mit den Widersprüchen, Lebenslügen und Defiziten der von den eigenen Landsleuten verfochtenen Grundsätze abrechnete[115]. Vor allem prangerte Humblot Frankreichs Politik der wirtschaftlichen Ausbeutung seiner Zone an, die die Bemühungen um eine „kulturelle und demokratische Durchdringung" verschiedentlich desavouiert habe. „Eines nicht mehr fernen Tages wird die Geschichte darüber urteilen müssen, ob im Werk der französischen Verwaltung im besetzten Deutschland der positive oder der negative Aspekt überwiegt. Die Stunde der Entscheidung hat geschlagen. [...] Es muß klar sein, ob der kulturelle und erzieherische Einfluß die Rolle einer spanischen Wand spielen soll, hinter der eine Politik der unmittelbaren Ausbeutung und Sicherheit betrieben werden kann, ohne allzuviel Protest hervorzurufen, oder ob vielmehr die wirtschaftliche Ausbeutung und die militärischen Sicherheitsgarantien hinter den langfristigen Aufgaben politischer und kultureller Erziehung ins zweite Glied zurücktreten."[116] Nach einem historischen Rückblick auf die Situation der deutschen Jugend im NS-Staat und nach dessen Zusammenbruch 1945 analysierte er ihre Entwicklung in den vergangenen drei Jahren unter französischer Oberaufsicht und resümierte die aktuelle Einstellung der jungen Generation folgendermaßen: „Wir befinden uns gegenwärtig in einer dritten Phase, die, grob gesagt, die der völligen Enttäuschung und des Verlusts der wenigen verbliebenen Illusionen ist. Die Gründe hierfür sind die Besatzungspolitik und die Entwicklung der Weltpolitik." Hinsichtlich der französischen Okkupationsverwaltung konstatierte Humblot den Widerspruch zwischen offiziell verkündeten Friedenslosungen und der Verherrlichung eigener militärischer „Heldentaten", zwischen stolzen Freiheitsparolen und täglich praktizierter Willkür. Mit Blick auf die internationale Lage verwies er auf die Fortsetzung einer kalten Machtpolitik und die Spannungen zwischen West und Ost, um die Anzeichen von Verzweiflung und Zynismus in der deutschen Jugend zu erklären.

Hinsichtlich der Resultate und Defizite der französischen Bemühungen im Jugend- und Erwachsenenbildungsbereich fiel Humblots Urteil ebenso nüchtern wie abwägend aus. Von Jugend*bewegungen* könne man nicht mehr sprechen, eher von Nachwuchs*organisationen*, denen es noch nicht gelungen sei, einen eigenen Lebensstil zu entwickeln[117]. Fast ausschließlich von erwachsenen Parteigängern politischer, weltanschaulicher oder konfessioneller Richtungen geleitet, neigten die Jugendgruppen nach

[113] Tonbandprotokoll des Interviews mit Moreau am 9.5.1988, S. 20.

[114] Humblot, La jeunesse allemande.

[115] AOFA, AC 69,2, (Humblots) „Rapport sur les services de l'administration militaire française chargés des questions de la jeunesse, des sports et de la culture populaire" vom 1.6.1948.

[116] Damit nahm Humblot die später in der Forschung diskutierten Thesen, etwa Eschenburgs Wort von der „Ausbeutungskolonie" oder die Kontroverse um den Stellenwert von Kulturpolitik und wirtschaftlicher Ausbeutung der französischen Zone, vorweg.

[117] Zur gleichzeitig in Frankreich geführten Diskussion um die gegensätzlichen Konzepte „Bewegung" und „Institution" im Zusammenhang mit der organisierten Jugend vgl. J.-P. Martins Einleitung zu Kap. 4, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57/58, S. 203 f.

Humblots Ansicht dazu, unter dem Deckmantel einer illusorischen Demokratie autoritäre Herrschaftsformen auszuüben. Unter Hinweis auf die beträchtlichen materiellen Probleme und bürokratischen Hemmnisse, denen sich die Nachwuchsorganisationen gegenübersahen, stellte Tübingens Jugendoffizier fest: „[...] im allgemeinen wecken sie überhaupt kein Interesse bei der Mehrheit der Jugendlichen, die sich in gleichgültiger oder mißtrauischer, wenn nicht gar feindlicher Stellung abseits halten."[118] Andererseits habe in den zurückliegenden Monaten gerade die mangelnde Resonanz bei der Jugend ein Umdenken der Führungskräfte mit bewirkt, die sich um neue, angemessenere Erziehungskonzepte und -methoden bemühten. Hierbei sei der Einfluß ausländischer Partnerinstitutionen, mit denen Begegnungen stattgefunden hatten und Austauschbeziehungen in Gang gekommen waren, nicht gering zu veranschlagen. Wenn man schließlich berücksichtige, daß die Ideen der Jugend*bewegung* weltweit obsolet geworden und auch anderswo noch keine Ersatzformeln gefunden worden seien, so dürfe man in bezug auf die Deutschen die Hoffnung nicht vorschnell aufgeben. Größere Erwartungen setzte Humblot in den Erwachsenenbildungssektor, insbesondere in die Volkshochschulen, die angesichts der Anforderungen der Nachkriegszeit, anknüpfend an Weimarer Traditionen und dank französischer Unterstützung, ein schnelles Wiederaufblühen erlebten. Schon jetzt verfüge die französische Zone über eine viel größere Zahl an Volksbildungseinrichtungen als in der Weimarer Republik. Zwar lasse deren Lehrangebot wie manches andere noch zu wünschen übrig, fehlten engagierte Helfer und Erzieher, fühle sich hauptsächlich die Altersgruppe der 25- bis 35jährigen und nur die städtische Bevölkerung vom Volkshochschulprogramm angesprochen, während die ganz Jungen und die Landbewohner erst noch erreicht werden müßten. Doch immerhin: „[...] so wie sie sind, stellen [die Volkshochschulen] ein erstrangiges Mittel dar, und die erzielten Ergebnisse sind bereits beachtlich." Ein Mangel blieb freilich in Humblots Augen noch zu beseitigen: die Ernennung ausschließlich französischer Volkshochschullektoren und die Bereitstellung lediglich französischen Lektürematerials. Dies habe der einheimischen Bevölkerung oft den Eindruck einer „orientation unilatéralement française" vermittelt. Ähnliches gelte im übrigen für die gesamte von den Franzosen in ihrer Zone betriebene Kulturpolitik. Es sei wünschenswert, wenigstens an einigen größeren Volkshochschulen auch Lehrkräfte aus Drittländern anzustellen.

Anschließend formulierte Humblot grundsätzliche Thesen zur künftigen Jugend- und Volksbildungspolitik. Die erste betraf die „Wirkungslosigkeit der negativen Kontrolle und der Willkür". Hierbei ging es um größtmögliche Freizügigkeit und Liberalität, die Beseitigung jeglicher Willkürherrschaft und quasi-kolonialer Bevormundung, geduldige und einfallsreiche Überzeugungsarbeit statt autoritärem Dirigismus sowie um eine großzügige Jugendamnestie. Zweitens forderte er, schikanöses Überwachungsgebaren zugunsten diskreter Anregungs- und Beratungstätigkeit aufzugeben und damit möglichst eine unabhängige Einrichtung – „eine Art Französisches Jugendinstitut" –, auf keinen Fall jedoch Angehörige der Militärregierung zu betrauen. Drittens sei eine enge Koordination zwischen Kultur-, Informations- und politischen Behörden vonnöten. Viertens müsse eine Ausdehnung der französischen Jugend- und

[118] Im selben Sinne äußerte sich auch Deshayes in seinem Pariser Vortrag von 1948; vgl. Vaillant (Ed.), Dénazification, S. 160; ders. (Hrsg.), Französische Kulturpolitik, S. 193.

Volksbildungsarbeit über die engen Grenzen der eigenen Besatzungszone hinaus zur Regel werden. Fünftens gelte es, den Grundformen der Autorität, nämlich Familie und Schule, wieder zu ihrem Recht zu verhelfen. Ohne die Festigung dieser beiden Institutionen drohe der dominierende Einfluß von „sekundären" und Massenorganisationen. Sechstens schließlich müsse jegliche Verfehlung französischer Individuen oder Behörden strengstens geahndet werden, da Korruptionsfälle und Übergriffe der Besatzungsmacht, selbst wenn sie die Ausnahme geblieben seien, sich wie ein Lauffeuer unter den Deutschen verbreitet und das Gesamtbild nachhaltig geprägt hätten. Aus diesen Thesen leitete Humblot eine Anzahl konkreter Vorschläge ab. In seiner Schlußfolgerung erörterte er die Chancen für Frankreichs Position, indem er verschiedene Segmente innerhalb der deutschen Jugend unterschied[119]. Etwa ein Fünfzehntel, schätzte er, müsse als unbelehrbar angesehen werden; dieser Anteil steige noch infolge der Besatzungspolitik und der internationalen Lage. In umgekehrter Analogie hierzu schmelze das kleine Grüppchen derer dahin, die von Anbeginn aus persönlicher Überzeugung für Demokratie und Völkerverständigung eingetreten seien. Ebenfalls auf ein Fünfzehntel taxierte Humblot diejenigen, die von den Franzosen überzeugt worden seien und von ihnen etwas erwarteten. Ein Zehntel der Jugend sah er endgültig im politischen Fahrwasser des sowjetischen oder amerikanischen Einflusses. Die große Masse derer, die sich weder aktiv noch haßerfüllt zeigten, sondern unentschlossen und abwartend verhielten, drohe sich den Unbelehrbaren anzunähern. Daher müsse dieser passiven Mehrheit mit konstruktiver Politik ein Beispiel gegeben, neuer Mut und Vertrauen eingeflößt werden. Obrigkeitsdenken, mangelnde Kritikfähigkeit und fehlender Unternehmungsgeist ließen sich freilich nicht von heute auf morgen beseitigen; daher sei französischer Einsatz noch eine Zeitlang gefordert. „Es wäre gefährlich, schon jetzt die Anweisungen zur indirekten Verwaltung buchstabengetreu anzuwenden und sich auf die Überwachung dessen zu beschränken, was die Deutschen auf die Beine stellen: Man liefe Gefahr, kaum etwas kontrollieren zu müssen, und das käme darauf hinaus, alles beim alten zu belassen oder Vergangenes wieder erstehen zu lassen [...]." Diese Befürchtung erinnert an Schmittleins Hauptargument für die Beibehaltung eines französischen Initiativrechts im Unterrichtswesen: Überließe man alleine den Deutschen die Bildungspolitik, würde man auf die erwünschten Schulreformen lange warten können[120].

Eine ungezeichnete Abschrift des Berichts kam Koenigs Verwaltungsberater Sabatier zur Kenntnis, der sie mit der Bitte um Stellungnahme an Schmittlein weiterleitete. Der beantwortete die Aufforderung kurz und bündig, indem er feststellte: „Der fragliche Bericht entspricht im ganzen ziemlich genau allen Vorstellungen der Abteilung [DEP]. [...] Kleine Irrtümer im Detail sind kaum der Rede wert und beeinträchtigen nicht den Gesamteindruck. Bemerkenswert ist, daß der Verfasser auf eine Arbeits-

[119] Bei der folgenden Einschätzung stützte sich Humblot wahrscheinlich auf Untersuchungsergebnisse der Schmittlein direkt unterstellten Section d'Enquêtes Pédagogiques; AOFA, AC 60,3 und 107,1. Im Herbst 1946 wurden 12 000 Jugendliche und Studenten mit Hilfe psycho- und soziometrischer Tests befragt, um den Einfluß der NS-Propaganda zu ermitteln und geeignete Gegenmittel zu ersinnen; AOFA, AC 109,8, Quartalsbericht der DEP „Situation au 1er novembre 1946".

[120] Ähnlich argumentierte 1948 auch Deshayes; vgl. Vaillant (Ed.), Dénazification, S. 159; ders. (Hrsg.), Französische Kulturpolitik, S. 191.

teilung zwischen Kontrolltätigkeit und Kulturpolitik hinweist, die im Zuge der Strukturreform meiner Behörde in die Tat umgesetzt wurde." Seine Zustimmung relativierte er nur im Hinblick auf Humblots Forderung nach einer offiziellen Unschuldserklärung für alle nach dem 1. Januar 1925 geborenen Deutschen. Schmittlein wandte sich zwar gegen die „ungeschickte Formulierung" des Vorschlags, die zwangsläufig ältere Jahrgänge gegen die Besatzungsmacht aufbringen mußte, billigte jedoch ausdrücklich den dahinter stehenden Gedanken. Bemerkenswert an dem Vorgang ist allerdings, daß ihm offenkundig nicht bekannt war, wer diesen Bericht verfaßt hatte. „Es ist offensichtlich, daß der Verfasser unter den Personen zu suchen ist, die sehr regelmäßigen Kontakt zur *Education Publique* pflegen [...]."[121] Diese frappierende Ahnungslosigkeit[122] spricht einerseits für eine „spontane" persönliche Stellungnahme Schmittleins[123], die ohne Rücksprache mit den Jugend- und Volksbildungsspezialisten seiner Behörde erfolgt sein dürfte, andererseits dafür, daß der Erziehungsdirektor, der sich selbst kaum um diesen Bereich kümmerte, über die bei *Sports et Jeunesse* vertretenen Grundsätze genau informiert war und den Verantwortlichen, bei allem Pluralismus der Ansätze, uneingeschränkt den Rücken stärkte. Festzuhalten ist insbesondere, daß Schmittlein Humblots kritischen Äußerungen über die französische Besatzungspraxis, einschließlich des Vorwurfs nationaler Einseitigkeit in der Kulturpolitik, und über das problematische Beziehungsgeflecht zwischen wirtschaftlicher Ausplünderung und repressiver Gängelung einerseits, politischen und kulturellen Demokratisierungsbemühungen andererseits nicht widersprach. Dabei war schon zu diesem Zeitpunkt das Verhältnis zwischen Schmittlein und dem Tübinger *Jeunesse et Sports*-Verantwortlichen aufgrund verschiedener Vorfälle keineswegs ungetrübt, auch wenn die beiden Männer sich vermutlich kaum persönlich kannten und dienstlich in den wenigsten Fällen direkt miteinander in Verbindung standen.

Humblot und mehrere seiner Mitarbeiter verließen im Spätsommer 1949 offenbar recht kurzfristig ihren bisherigen Wirkungsbereich Südwürttemberg-Hohenzollern[124], nicht ohne zuvor in einer Abschlußbilanz en passant mit den Zentralinstanzen der Militärregierung abgerechnet zu haben[125]. Aufschlußreich sind vor allem jene Passagen des Berichts, in denen Humblot die Beziehungen der *Délégation Supérieure* zu den einheimischen Behörden in Tübingen charakterisierte. Sie wurden offenkundig nicht zuletzt in der Absicht formuliert, die Übereinstimmung des eigenen Handelns mit der

[121] AOFA, AC 69,2, Schmittleins Aufzeichnung für Sabatier vom 22.6.1948, No. 2795/CCSG/EDU.

[122] Humblots Urheberschaft ist trotz fehlender Verfasserangabe auf der Durchschrift eindeutig: Der Briefkopf lautet „Service des Affaires Administratives/Section Jeunesse & Sports/No. [fehlt] SAA/J&S/HH[= Henri Humblot]/JH". Allerdings lag Schmittlein offenbar ein anderes Abschriftexemplar des Berichts vor.

[123] Daß Schmittlein selbst die Aufzeichnung diktierte, bezeugen seine Initialen am linken oberen Rand des Dokuments.

[124] Dies geht indirekt hervor aus einem „Rapport sur les Rencontres Internationales de jeunesse et de culture populaire en ZFO et dans les zones alliées pendant l'été 1949" (undatierte Vorlage ohne Verfasserangabe, vermutlich von Moreau oder Geneviève Carrez im Herbst 1949 verfaßt); in: AOFA, AC 265,1.

[125] AOFA, AC 264,1, Tätigkeitsbilanz der Tübinger Section Jeunesse et Sports für 1945–1949 vom 22.7.1949; ferner Humblot, Kontrolle, wo von der Baden-Badener DEP lediglich Moinard lobend charakterisiert, Schmittlein äußerst distanziert und Moreau überhaupt nicht erwähnt wird.

Pluralismusdoktrin Baden-Badens zu betonen und nachträgliche Vorwürfe zu entkräften, man habe sich vor den Karren ehrgeiziger deutscher Landespolitiker spannen lassen. Während in der vorkonstitutionellen Anfangsphase von Herbst 1945 bis Frühjahr 1947 zwischen dem Vorsitzenden des Staatssekretariats und Leiter des Kultusressorts, dem frankreichkundigen Sozialdemokraten Carlo Schmid, und seinem erziehungspolitischen Mitarbeiter Roser auf der einen Seite und den Verantwortlichen von *Jeunesse et Sports* auf der anderen weitgehende Übereinstimmung in den volkspädagogischen Zielen bestanden habe, sei dieser Grundkonsens in der verfassungsmäßigen Ära unter den christdemokratischen Ministerpräsidenten Bock bzw. Müller und ihrem ebenfalls katholisch-konservativen Kultusminister Sauer einer Polarisierung gewichen. Und doch, ließ der Rechenschaftsbericht der Tübinger *Jeunesse et Sports*-Equipe erkennen, war die französische Taktik gegenüber den einheimischen Behörden unverändert vom machtpolitischen Grundsatz des divide et impera bestimmt gewesen. In beiden Phasen habe man Einseitigkeiten des Tübinger Kultusressorts zu neutralisieren und durch Unterstützung oppositioneller oder benachteiligter Kräfte einen funktionierenden Pluralismus zu wahren gesucht. Gegen den Sozialdemokraten Roser, der ein staatliches Monopol im Jugend- und Erwachsenenbildungssektor anzustreben schien, förderten die französischen Kontrolloffiziere sowohl konfessionelle Nachwuchsgruppierungen als auch eine marxistische, mit der Landesdirektion in Fehde liegende Jugendzeitschrift. Als unter dem christdemokratischen Kultusminister Sauer hingegen die dominierenden katholischen Organisationen noch weiter bevorzugt wurden, half *Jeunesse et Sports* vor allem protestantischen Verbänden und Einrichtungen der Erwachsenenbildung[126].

Volksbildungspolitik

Als Anfang 1946 die ersten Volkshochschulen in der französischen Zone eröffnet wurden, reifte in der DEP der Plan, auch an diese Bildungsstätten, wie an die höheren Schulen, Universitäten und Lehrerseminare, französische Lehrkräfte zu entsenden. Die *Sous-Direction des Sports et de la Jeunesse*, deren Vertreter in den Landesdelegationen allein zuständig für Gründung und Kontrolle der Volkshochschulen waren[127], arbeitete Richtlinien aus, die im August 1946 den Gouverneuren zugingen. Die französischen Lektoren sollten demnach nicht nur Sprachunterricht erteilen, sondern auch die Rolle eines Vermittlers übernehmen, der die Volkshochschule der Außenwelt öffnete, indem er sie mit französischem und ausländischem Informations- und Dokumentationsmaterial versorgte. Ferner hatten sie als Vertreter der regionalen Jugend- und Sportbehörde in der Militärregierung zu wirken, den einheimischen Kursteilnehmern deren Absichten zu erläutern und die französischen Behörden über das Echo ihrer Vorstellungen bei den Deutschen zu informieren. Dieser komplexe Auftrag erforderte eine sorgfältige Rekrutierung; akademische Ausbildung und pädagogische Befähigung zum Fremdsprachenunterricht reichten als Kriterien nicht aus, persönliche Qualitäten mußten ebenso vorhanden sein. Die Kandidaten sollten sich für geistige Strömungen oder Organisationen

[126] Tätigkeitsbilanz der Tübinger Section Jeunesse et Sports für 1945–1949.

[127] AOFA, AC 69,1, Laffon (Schmittlein) an die Délégués Supérieurs am 19.4.1946, No. 2247/DGAA/EDU.

in Frankreich und anderen Staaten interessieren, die zur Erneuerung des intellektuellen Klimas in Deutschland beitragen konnten[128].

Dieses erste, die Einsetzung französischer Volkshochschullektoren ankündigende Schreiben Laffons an die *Délégués Supérieurs* war entweder nicht in allen Bestimmungen mit der notwendigen Präzision formuliert worden, oder die praktische Umsetzung seiner Vorgaben durch die Gouverneure entsprach den Vorstellungen Baden-Badens nur zum Teil. Drei Monate später schien der DEP jedenfalls eine schriftliche „Nachbesserung" notwendig. Die Volkshochschulen, betonte sie, seien zwar lokale deutsche Initiativen auf privatrechtlicher Basis und sollten von französischer Seite auch keineswegs zentralisiert oder in eine Hierarchie eingebunden werden. Da sie jedoch ein wichtiges Element im Gesamtplan zur außerschulischen Jugendbildung darstellten, halte die DEP eine einheitliche Behandlung für unerläßlich. Hierzu gehöre unter anderem, daß die französischen Lektoren nicht etwa als Angehörige der Militärregierung betrachtet werden dürften, auch wenn sie entsprechende Vergünstigungen genössen und den *Jeunesse et Sports*-Offizieren unterstünden. Den Behörden des *Gouvernement Militaire* sei es untersagt, sie mit Aufgaben zu betrauen, die ihrem eigentlichen Auftrag zuwiderliefen. Die Lehrkräfte dürften auf keinen Fall bei Polizeimaßnahmen eingesetzt werden. Auch sei ihnen nicht gestattet, Uniform zu tragen. Da es andererseits zu ihren Aufgaben gehöre, enge Kontakte zu den Kursteilnehmern zu pflegen und diesen bei jeder sich bietenden Gelegenheit die *civilisation française* nahezubringen, müßten sie mit den einschlägigen Abteilungen der Militärregierung in Verbindung stehen, um über ihre kulturpolitischen Vorhaben informiert zu sein[129]. Doch auch nach dieser Klarstellung aus Baden-Baden blieb die Position der französischen Volkshochschullektoren gegenüber der Verwaltungshierarchie prekär. Wie Schmittlein dem notorisch unbefriedigenden Zustand im Sommer 1947 schließlich abzuhelfen suchte, wird weiter unten zu schildern sein.

Als Zielgruppe des Volkshochschulprogramms sah man in der DEP die große Mehrheit der 18- bis 30jährigen aus allen sozialen Schichten. Hinsichtlich der Lehrinhalte und Unterrichtsmethoden verbot sich zwar ein dirigistisches Vorgehen; da man aber an den Volkshochschulen als Medium der Umerziehung großes Interesse hegte, mußten ihre Organisation und Ausrichtung erst gründlich durchdacht werden[130]. Wahrscheinlich hatte Moreau den ihm gut bekannten Leiter des Dokumentationszentrums von PEC und TEC, Joseph Rovan, um Informationsmaterial oder direkt um einen eigenen konzeptionellen Beitrag gebeten[131]. Rovan war jedenfalls dabei, als sich in der zweiten Oktoberhälfte 1946 in Freiburg etwa 30 deutsche Volkshochschul- und Jugendherbergsleiter mit Moreau, Deshayes und weiteren Mitgliedern von PEC/TEC sowie des französischen Jugendherbergsverbandes trafen, um eine Woche lang über Fragen der Jugend- und Volksbildung zu diskutieren und gemeinsame Exkursionen

[128] AOFA, AC 269,3, Laffon an die Délégués Supérieurs am 19.8.1946, No. 3560/DGAA/EDU.

[129] Ebenda, Laffon (Schmittlein) an die Délégués Supérieurs am 13.11.1946, No. 4715/DGAA/EDU/JSp/1713.

[130] AOFA, AC 69,1, Laffons (Schmittleins) „Instructions provisoires sur les Volkshochschulen" für die Délégués Supérieurs vom 1.10.1946, No. 4124/DGAA/EDU/J.SP/1393.

[131] Die beiden Männer kannten sich seit Ende 1945, nachdem Moreau durch den „Esprit"-Artikel auf Rovan aufmerksam geworden war und ihn in Paris aufgesucht hatte; mündliche Auskunft Moreaus vom 16.3.1992.

zu unternehmen[132]. Die soeben an die südwestdeutschen Volkshochschulen entsandten französischen Lektoren waren nicht beteiligt. Der Stellenwert dieser Zusammenkunft lag für den Chef des *Bureau de la Jeunesse* auf der Hand: Die Volkshochschulen seien wichtige Stätten der Umerziehung, der Erarbeitung einer neuen, demokratischen Kultur, des französischen Einflusses sowie der sozialen und internationalen Durchmischung („brassage"). Damit sei die Phase der Zusammenarbeit zwischen französischen und deutschen Volksbildungsinstitutionen, die auch Teilnehmern aus anderen Ländern offenstehe, eingeläutet. Nun müßten Tagungen in Frankreich folgen, bei denen unter Regie des Pariser Erziehungsministeriums die Volkshochschullektoren, und zwar nicht nur Germanisten, sondern auch Aktive aus dem Bereich der *culture populaire*, auf ihren Einsatz in Deutschland vorbereitet würden. In der französischen Besatzungszone sollten die deutschen Volkshochschulleiter zusammenkommen, um den Aufbau ihrer Institutionen zu beraten. Schließlich sollte eine fachliche Kooperation zwischen ihnen und den kompetenten französischen Organisationen zustande kommen, um die Einrichtung spezieller Film- und Theaterkurse an den deutschen Volkshochschulen vorzubereiten[133].

Zu diesem Zeitpunkt hatten 25 Volkshochschulen in der französischen Zone ihre Lehrtätigkeit aufgenommen und sich etwa 12 000 Hörer für Kurse eingeschrieben[134]. An jede Einrichtung wurde ein französischer Lektor entsandt; einige größere Städte erhielten zwei Lehrkräfte. Insgesamt standen 29 Posten zur Verfügung[135]. Bei den recht verheißungsvollen Anfängen des Volkshochschulwesens zeigten sich beträchtliche regionale Unterschiede. So lag am 1. Februar 1947 Württemberg-Hohenzollern mit elf funktionierenden, fünf im Aufbau befindlichen und drei geplanten Einrichtungen an der Spitze vor Südbaden mit zehn dienstbereiten und drei im Werden begriffenen sowie der Pfalz, wo fünf Volkshochschulen den Lehrbetrieb aufgenommen hatten und eine weitere gerade entstand. Schlußlichter waren das Rheinland, wo die ersten drei Institutionen eben erst gegründet und zwei weitere projektiert wurden, sowie das Saargebiet mit einer funktionstüchtigen und zwei im Aufbau befindlichen Volkshochschulen. Aus Baden wurden etwa 7000 Kursteilnehmer gemeldet, aus Württemberg 5000, aus der Pfalz rund 3000[136].

Die meisten französischen Volkshochschullektoren waren fortgeschrittene Studenten oder frischgebackene Hochschulabsolventen insbesondere der Germanistik, die nach einem kurzen Einführungslehrgang bei Baden-Baden und der Teilnahme an den studentischen Sommerferienkursen in Freiburg und Tübingen ziemlich unvorbereitet auf ihren Posten entsandt wurden[137]. Um ihnen Gelegenheit zu geben, Erfahrungen

---

[132] AOFA, AC 271,3, undatiertes Protokoll einer „Tagung der Vertreter deutscher und französischer Volkshochschulen, Kulturorganisationen und Jugendherbergsverbände in Freiburg i.Br. (15.-22.10.1946)"; die Zahlenangaben nach dem „Rapport sur les séjours de jeunes français en z.f.o. pendant l'été de 1946" vom 19.10.1946, No. 4497/DGAA/EDU/JSP/1585; in: AOFA, AC 69,1.

[133] „Rapport sur les séjours de jeunes français en z.f.o. pendant l'été de 1946".

[134] Ebenda.

[135] AOFA, AC 69,1, Moinard an Schmittlein am 24.9.1946.

[136] AOFA, AC 109,8, Quartalsbericht der DEP „Situation au 1er février 1947".

[137] Moinard an Schmittlein am 24.9.1946; ferner Tonbandprotokoll des Interviews, das eine Freiburger Doktoranden-Gruppe am 26.9.1989 mit dem ehemaligen Volkshochschullektor

und Eindrücke der ersten Monate auszutauschen, sich mit Vorgesetzten und Fachleuten zu besprechen, vor allem aber um sie im Hinblick auf ihre Tätigkeit mit angemessenen Lehrmethoden vertraut zu machen, organisierte das *Bureau de la Jeunesse* zusammen mit PEC und TEC eine fünftägige Zusammenkunft, die Ende April 1947 in einer Jugendherberge am Titisee stattfand[138]. Sowohl der Terminplan als auch die Kernpunkte des Programms für diesen Lehrgang waren von den Pariser Volksbildungsspezialisten erstellt und über ihren Generalsekretär Rovan dem Verantwortlichen in Baden-Baden vorgeschlagen worden[139].

In den Film als künstlerisches Medium der Massenerziehung setzten die französischen Fachleute besondere Erwartungen. So besaß das *Bureau de la Jeunesse* in Albert Tanguy einen eigenen Mitarbeiter für diesen Bereich. Zeitgleich mit dem Tätigkeitsbeginn der französischen Volkshochschullektoren im Oktober 1946 vereinbarte Tanguy mit der *Section Cinéma* in der Baden-Badener Informationsdirektion regelmäßige Filmvorführungen an den Volkshochschulen, um zunächst ein aufnahmebereites Publikum heranzubilden, bevor in einem nächsten Schritt wahre *ciné-clubs* gegründet werden sollten. Doch von Anbeginn erwies sich die Durchführung dieses Vorhabens als problematisch[140]. Schon die Bereitstellung anspruchsvoller Filme ließ zu wünschen übrig[141]. Erst 1949 konnten die Haupthemmnisse für den Aufschwung französischer Filmklubs an den südwestdeutschen Volkshochschulen beseitigt werden. Durch Lieferverträge sicherten sich die Spezialisten der Militärregierung etwa 20 französische Streifen zu Vorzugskonditionen; zudem erreichten sie Erleichterungen beim Bezug angelsächsischer Filmproduktionen für die eigene Zone. Im Januar 1949 trafen sich über 80 Cineasten aus ganz Deutschland bei einer Fortbildungsveranstaltung am Titisee, die den Sachverstand der einheimischen Filmklubverantwortlichen hinsichtlich französischer Werke schärfen sollte[142]. Während man in Baden-Baden als Ergebnis dieser Fachtagung eine unmittelbare Stärkung der verbliebenen zwölf *ciné-clubs* verzeichnete, da sie nun bei ihren halbmonatlichen Vorführungen insgesamt zwischen 100 und 250 Zuschauer anlockten[143], konstatierte der südwürttembergische Jugend- und Sportoffizier Humblot nüchtern den Mißerfolg des Unternehmens, dem er erst seit Sommer 1949 gewisse Erfolgschancen einräumte[144].

Auch die Hoffnungen, die das *Bureau de la Jeunesse* zunächst in die französischen

---

Fortsetzung Fußnote von Seite 180

Henri Auger führte. Auch diese Abschrift wurde dem Verf. von Reinhard Grohnert zur Verfügung gestellt.

[138] AOFA, AC 271,3, Bericht über die „Session des lecteurs d'université populaire à Titisee" am 21.-25.4.1947, der die Referate und Diskussionen knapp zusammenfaßt.

[139] Ebenda, Moreau an Rovan am 14.3.1947, No. 2712/EDU/JSP.

[140] AOFA, AC 69,2, Aufzeichnung Tanguys für Grimaud vom 21.2.1947. Zu diesem Zeitpunkt hätten die Filmvorführungen bereits anlaufen sollen; nun verschob man den Beginn auf Mitte März.

[141] AOFA, AC 265,1, Monatsbericht des Bureau de la Jeunesse für Juli 1947.

[142] AOFA, AC 69,3, Tanguys Bilanz „Trois ans d'action culturelle par le film" vom 29.8.1949, No. 2038/EDU/CP.

[143] AOFA, AC 265,1, Quartalsbericht des Bureau de la culture populaire (vormals Bureau de la Jeunesse) für Januar-März 1949.

[144] AOFA, AC 264,1, Tätigkeitsbilanz der Tübinger Section Jeunesse et Sports für 1945–1949 vom 22.7.1949.

Volkshochschullektoren gesetzt hatte, erfüllten sich nicht im gewünschten Maße. Die Anzahl der verfügbaren Kräfte konnte aufgrund budgetärer Sparzwänge nicht mit der Vermehrung der Volkshochschulen Schritt halten. Im Juni 1947 protestierte Moreau bei Schmittlein, daß die Militärregierung gegenüber dem Pariser Generalkommissariat einen Bedarf von lediglich 30 solcher Stellen geltend gemacht hatte; seines Erachtens mußte man künftig etwa 50 Lektoren einsetzen[145]. Dies entsprach ungefähr der Anzahl der zur selben Zeit existierenden Volkshochschulen[146]. Am Ende der direkten Besatzungszeit, im Juli 1949, kam jedoch nur noch auf jede zweite der rund 80 Erwachsenenbildungsstätten in der Zone ein französischer Lektor[147]. Aber auch in qualitativer Hinsicht blieben Mängel. Schmittlein selbst äußerte sich illusionslos über Unterfangen wie den Lehrgang am Titisee. Mehr schlecht als recht von französischen Instruktoren in die Methoden der Volksbildung eingeführt, sprängen die jungen, miserabel entlohnten Franzosen für hauptamtliche Kräfte ein, die von der ersten parlamentarischen Enquêtekommission Anfang 1946 versprochen, jedoch nie bewilligt worden seien[148]. Auch Tübingens Jugend- und Sportoffizier verwies auf die unattraktive Bezahlung als Grund für das Ausbleiben hochqualifizierter Bewerber und die Dominanz von Examenskandidaten, die ihren Deutschlandaufenthalt vor allem als prüfungsfördernde Vergünstigung sahen. Da es sich zumeist um Anwärter auf die begehrten, schwierigen Auslesewettbewerbe für die Eliteinstitutionen des französischen Bildungswesens handelte, seien viele verständlicherweise mehr am eigenen Fortkommen als an ihrem Auftrag in der Volkshochschule interessiert. Abgesehen hiervon verzeichnete Humblot jedoch sehr unterschiedliche, persönlichkeitsbedingte Resultate auf den Lektoratsposten[149].

Schließlich gingen auch am Volksbildungsbereich in der französischen Zone die Entwicklungen der Besatzungs- und Deutschlandpolitik sowie der internationalen Konstellationen nicht spurlos vorüber. Als im Oktober 1948 erneut ein Lehrgang für die 33 Volkshochschullektoren in der französischen Zone stattfand, verdeutlichte die Zusammensetzung der Veranstalter- und Instruktorenseite das gewandelte Klima[150]. Betrachtet man die zahlenmäßige Beteiligung und das Gewicht der Beiträge als Gradmesser, so war der Stern der politisch linken Pariser Volksbildungsspezialisten von PEC und TEC unverkennbar gesunken, statt dessen die Konjunktur deutscher Fachleute, aber auch die Präsenz der Verantwortlichen aus DEP und *Jeunesse et Sports* deutlich gestiegen. Die Themenwahl scheint ebenfalls aufschlußreich. So hatte man der

[145] AOFA, AC 269,3, Moreau an Schmittlein am 20.6.1947, No. 3850/EDU/JSP. Er bezog sich auf Koenigs (Laffons) Schreiben an das Generalkommissariat vom 6.6.1947, das vorliegt in: AC 66,1, No. 5765-ABX.

[146] AOFA, AC 67,1, Schmittleins „Rapport sur l'activité de la D.E.P." vom 12.7.1947, No. 7848/DGAA/EDU.

[147] MAE/C[G]AAA, La Documentation Française. Notes et Etudes documentaires, No. 1163, „L'Education publique en Z.F.O.", 13.7.1949, S. 4; gefunden in: AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 24, XC 2–8.

[148] AOFA, AC 67,1, Schmittleins „Rapport sur l'activité de la D.E.P." vom 4.7.1947, No. 7723/DGAA/EDU.

[149] Tätigkeitsbilanz der Tübinger Section Jeunesse et Sports für 1945–1949.

[150] AOFA, AC 69,2, undatierter „Rapport sur le stage de lecteurs d'université populaire du 14 au 17 octobre 1948 au Naegel[e]haus (Wurtemb.), du 17 au 29 octobre 1948 au Volkshochschulheim Inzigkofen".

Darstellung unterschiedlicher pädagogischer Methoden und kultureller Ausdrucksformen sowie einer besseren Anpassung des *entraînement mental* an deutsche Gegebenheiten einen überragenden Platz eingeräumt. Auch kamen die Lektoren selbst von vornherein ausführlicher zu Wort. Die Interpretation geht wohl nicht fehl, daß mit dieser Akzentuierung gegenüber der „Theorielastigkeit" des Vorjahres (bei der Tagung am Titisee) nun ein „ideologiefreier" Pragmatismus triumphieren sollte. Bezeichnenderweise referierten die vier PEC-/TEC-Vertreter ausschließlich über streng fachgebundene Themen, während grundsätzliche Darlegungen, beispielsweise zu den Charakteristika einer eigenständigen Arbeiterkultur oder den politischen Zielen der Volksbildung, deutschen Teilnehmern vorbehalten blieben.

Im Januar 1949 veranstaltete schließlich der Freiburger Jugend- und Sportoffizier Deshayes einen „Studientag" für die badischen Volkshochschullektoren, dessen Ergebnisse er in einer Anweisung zusammenfaßte[151]. Die gegenwärtigen Entwicklungen in Deutschland, führte er zunächst aus, insbesondere das baldige Inkrafttreten eines Besatzungsstatuts und die nahende Verabschiedung des Grundgesetzes, brächten es mit sich, daß demnächst nur noch Institutionen Bestand haben würden, die auf deutsche Initiativen zurückgingen. Alles, was dann zu Recht oder Unrecht mit dem Makel des „paternalisme français" behaftet sei, drohe schlichtweg unterzugehen. Daher müßten alle Einrichtungen, an denen Frankreich gelegen sei – und hierzu gehörten die Volkshochschulen in besonderem Maße –, sofort völlig autonom gegenüber der Militärregierung erscheinen. Die als „geheim" deklarierte Instruktion ist in ihrem Tenor ebenso aufschlußreich wie paradigmatisch für die in der Schlußphase der direkten Besatzungszeit vorherrschende Linie innerhalb der DEP.

Die Organisation übernationaler Begegnungen

Pläne für eine erste, zunächst allerdings als Ausnahmefall angesehene Zusammenführung südwestdeutscher und französischer Jugendlicher reiften in Baden-Baden frühzeitig heran. Bereits im Januar 1946 erhielt die Jugend- und Sportabteilung der DEP von Laffon „grünes Licht" für ihr Projekt, in größerem Umfang junge Franzosen zu einem Sommeraufenthalt in die Besatzungszone einzuladen. Umgehend wurden die Unterbringungs- und Verpflegungsmöglichkeiten unter die Lupe genommen und andere organisatorische Fragen geprüft[152]. Zugleich wandte sich die DEP an die Jugend- und Volksbildungsabteilung des Pariser Erziehungsministeriums und an die Generalsekretäre der *Union Patriotique des Organisations de Jeunesse* (UPOJ), um sie über die Grundsätze der eigenen Tätigkeit zu informieren und ihre Mitwirkung herbeizuführen. Natürlich, räumte man in Baden-Baden ein, könnten sich die Franzosen, denen die nationalsozialistische Barabarei noch gegenwärtig sei, keine gleichberechtigten, direkten Beziehungen zwischen deutschen und französischen Jugendorganisationen vorstellen. Doch die jungen Deutschen brauchten demokratische Leitbilder. Deshalb

[151] AOFA, AC 69,3, Deshayes' „Instruction concernant l'activité des lecteurs de français dans les universités populaires allemandes du Pays de Bade (Secret)" vom 24.1.1949, No. 10404/SPJ/D, die allen Volkshochschullektoren und Kreisdelegierten in Südbaden sowie dem Direktor des Freiburger Institut Français, Schmittlein und einigen Abteilungsleitern der DEP zuging.

[152] AOFA, AC 69,1, Moreaus „Rapport sur les séjours de jeunes français en z.f.o. pendant l'été de 1946" vom 19.10.1946, No. 4497/DGAA/EDU/JSP/1585.

sei die Militärregierung sehr daran interessiert, die französischen Nachwuchsverbände auf diesbezügliche Fragen aufmerksam zu machen und ihr Interesse zu wecken. Die DEP bot an, nähere Auskünfte über die bislang in Südwestdeutschland gesammelten Erfahrungen zu erteilen, und schlug ferner vor, in der französischen Zone eine Ausstellung über „Die Jugend Frankreichs und der Welt" zu organisieren[153].

Zusagen für die Teilnahme an Ferienaufenthalten kamen von den Jungsozialisten, der kommunistisch dominierten *Union de la Jeunesse Républicaine de la France* (UJRF), den Jugendherbergsfreunden und konfessionellen Nachwuchsgruppierungen. Ihre Delegationen, insgesamt über 1000 Jugendliche, wurden während zweiwöchiger Aufenthalte im August und September 1946 auf 17 Orte in der französischen Zone, einschließlich des Saargebiets, verteilt und mit einem unterschiedlich dichten Programm aus Vorträgen und Exkursionen „unterhalten". Kontakte zu einheimischen Jugendlichen sollten bei dieser Gelegenheit nicht generell hergestellt werden; allerdings durften einige Gruppierungen, deren Führungskräfte den Jugend- und Sportoffizieren besonders kompetent und zuverlässig erschienen, mit deutschen Organisationen derselben Ausrichtung zusammentreffen. So begegneten junge französische Sozialisten „Falken" aus der Pfalz; Angehörige der UJRF und der Freien Jugend kamen am Titisee zusammen; katholischer Nachwuchs aus Baden und dem Rheinland lernte Mitglieder der *Jeunesse Ouvrière Catholique* (JOC) kennen. Insgesamt jedoch, so das kritische Fazit der Jugend- und Sportoffiziere, litten die Treffen auf dieser Ebene an mangelhafter Vorbereitung der Gruppen auf ihren Deutschlandbesuch und an der altersbedingten Unreife ihrer Mitglieder. Aber wenn diese Form der Begegnungen auch am wenigsten Früchte zu tragen verspreche, sei es immerhin gelungen, die französischen Jugendlichen über die Verhältnisse in der Besatzungszone und die Probleme ihrer Verwaltung zu informieren[154]. Im Klartext bedeutete die verklausulierte Kritik, daß die französischen Gäste, die zumeist kein Deutsch sprachen, angereist waren, um in der französischen Besatzungszone ihre Ferien zu verbringen, ohne weitergehende Ambitionen zu verfolgen. Wer wollte den Jugendlichen dies ernstlich verdenken?

Auf der Ebene der Gruppenleiter kam es im Sommer und Herbst 1946 ebenfalls zu deutsch-französischen Kontakten. Auch diesbezüglich waren die Verantwortlichen in Baden-Baden mit dem Engagement und Verhalten ihrer Landsleute nur eingeschränkt zufrieden. Begegnungen führender Jungsozialisten in Neustadt und Tübingen verliefen zwar erfreulich; doch anschließend äußerten die französischen Teilnehmer in öffentlichen Berichten Kritik an der Besatzungspolitik des eigenen Landes[155]. Mit den rechtsrheinischen Genossen hingegen hatte der SFIO-Nachwuchs offenbar schnell Freundschaft geschlossen. Einige Deutsche, darunter der 45jährige Stellvertreter Kurt Schumachers, Erich Ollenhauer, der bis 1933 die Sozialistische Arbeiterjugend geleitet hatte, wurden als Folge der Treffen in der französischen Zone zum internationalen

[153] Ebenda, Laffon (J&Sp) an die Jugend- und Volksbildungsabteilung des Pariser Erziehungsministeriums und an die Generalsekretäre der UPOJ am 12.2.1946, No. 1539/DGAA/EDU.

[154] In einer später abgefaßten Bilanz, „Les rencontres de jeunesse organisées par la D.E.P." vom 12.2.1948, hieß es: „Des conférences, excursions dirigées, devaient distinguer ces camps des séjours purement touristiques en leur donnant une valeur éducative"; in: AOFA, AC 69,2, No. 32/DGAA/EDU.

[155] Moreaus „Rapport sur les séjours de jeunes français en z.f.o. pendant l'été de 1946" vom 19.10.1946.

Kongreß der Jungsozialisten eingeladen, der im September und Oktober 1946 in Paris stattfand. In der DEP befürwortete man die Einreiseanträge nach Frankreich mit dem Argument, daß die jungen Sozialdemokraten besser als die älteren auf Gespräche mit französischen Partnern vorbereitet gewesen seien. Eine Weiterentwicklung solcher Beziehungen werde gewiß einen günstigen Einfluß auf die öffentliche Meinung in Deutschland ausüben[156]. In Tübingen kamen Anfang Oktober 1946 die Anführer protestantischer Nachwuchsvereine aus Frankreich und ganz Deutschland zusammen. Angesichts des gespannten Verhältnisses zwischen Militärregierung und evangelischer Kirche maß man dieser Begegnung in der DEP besondere Bedeutung bei. Daß auch diese Zusammenkunft in harmonischer Atmosphäre verlief, bezeugt der Entschluß der Teilnehmer, sich in den Weihnachtsferien erneut zu treffen und für Frühjahr 1947 eine weitere Sitzung zu vereinbaren, zu der auch der Schweizer Theologe Karl Barth und andere prominente Protestanten eingeladen werden sollten[157]. Der Dachverband der katholischen Jugend Frankreichs (ACJF) hatte zunächst ebenfalls Begegnungen mit Gruppenleitern aus dem Nachbarland vorgesehen, gab dieses Vorhaben jedoch mit der Begründung wieder auf, die deutschen Glaubensbrüder nicht dem Verdacht der Kollaboration aussetzen zu wollen[158]. Solche Bedenken wurden von der katholischen Arbeiterjugend (JOC) nicht geteilt. Sie entsandte im Sommer 1946 einige ihrer Führungskräfte in die Pfalz. Dem Neustädter *Jeunesse et Sports*-Chef Wustner kam diese Initiative sehr gelegen, betrachtete er doch die einheimischen Jungkatholiken, die bei weitem die stärkste Nachwuchsgruppierung darstellten, mit erheblichem Mißtrauen. Man bemühte sich französischerseits, den Aufbau einer der JOC vergleichbaren Organisation auch in Rheinhessen und der Pfalz zu begünstigen, um wenigstens die katholische Arbeiterjugend dem Zugriff eines Klerus zu entziehen, der sich nicht eben frankophil zeigte und sich zunehmend der amerikanischen Besatzungsmacht zuwandte. Die Wiederbelebung der Kolpingsvereine wertete Wustner als ein gegen französische Ambitionen gerichtetes Manöver. Auch habe der Speyrer Domvikar einem betont antifranzösisch eingestellten Mann die Leitung der katholischen Jugend übertragen. Insofern betrachtete der *Jeunesse et Sports*-Offizier die Schützenhilfe der JOC-Delegation als hilfreich[159]. Verweigerung, wenngleich aus anderen Gründen als der katholische Jugenddachverband, übten schließlich auch die kommunistischen Führungskader der UJRF, die Kontakte zu Gruppenleitern der Freien Demokratischen Jugend mit dem Argument ablehnten, daß diese nicht ausschließlich aus Jungkommunisten bestand[160].

Außer den Jugendorganisationen und ihren Verantwortlichen wurden von der DEP im Sommer 1946 französische Studenten zu Ferienkursen der Universitäten Tübingen und Freiburg eingeladen. Entsprechende Pläne nahmen seit der Jahreswende 1945/46

[156] AOFA, AC 69,1, Schmittlein (J&Sp) an Laffon am 26.8.1946, No. 3676/DGAA/EDU/J.Sp.; zum Verhältnis der SPD zu Frankreich und zur französischen Besatzungsmacht Kusch, Wiedergründung; Wolfrum, Deutsche Sozialdemokratie.

[157] AOFA, AC 69,1, Moreaus Bericht für Schmittlein vom 8.10.1946, No. 1502/EDU/JSP.

[158] Moreaus „Rapport sur les séjours de jeunes français en z.f.o. pendant l'été de 1946" vom 19.10.1946.

[159] AOFA, AC 263,1, Quartalsbericht der Neustädter Sous-Section Jeunesse et Sports für August-Oktober 1946 vom 7.11.1946, No. 2271/AA/EDU/JS/I^{h}.

[160] Moreaus „Rapport sur les séjours de jeunes français en z.f.o. pendant l'été de 1946" vom 19.10.1946.

konkrete Gestalt an[161]. Als Hauptgrund für den sichtbaren Erfolg dieser Begegnungen bezeichneten die französischen Verantwortlichen den Umstand, daß die universitären Veranstaltungen keinerlei Raum für propagandistische Betätigung ließen und sich ein freier Meinungsaustausch im Rahmen der gemischt-nationalen Arbeitsgemeinschaften zwanglos entfalten konnte. Erwartungsgemäß wurden solche Dialoge nicht durchweg konfliktfrei geführt[162]. Im Vergleich zu Freiburg, wo im August und September 1946 für zwei aufeinanderfolgende Gruppen von insgesamt etwa 150 französischen Studenten jeweils drei Wochen lang Vorlesungen über badische Geschichte und Geographie, deutsche Philosophie, Literatur und Kunstgeschichte sowie Sprachkurse angeboten[163], Gespräche mit deutschen Kommilitonen jedoch eher am Rande organisiert wurden, erreichten in Südwürttemberg auf Initiative des Tübinger *Jeunesse et Sports*-Offiziers[164] die studentischen Begegnungen eine quantitativ größere Dimension und eine qualitativ höhere Stufe[165]. Humblots Beharrlichkeit und die Rückendeckung durch Gouverneur Widmer und den Hochschulkurator Cheval bewirkten, daß knapp 300 Franzosen zusammen mit etwa 200 Deutschen (nicht nur aus der französischen Zone) sowie zwei bis drei Dutzend Engländern und Studierenden anderer Nationalitäten sechs Wochen gemeinsam verbringen konnten; zunächst bei dreiwöchigen Ferienkursen in Tübingen, anschließend bei einem zwanglosen Aufenthalt im Schwarzwaldort Bad Teinach. Professoren und andere Persönlichkeiten verstärkten die Delegation aus Frankreich. Der pädagogische Teil des Programms umfaßte sowohl das Studium der jeweils anderen Sprache als auch die Behandlung literarischer, künstlerischer und allgemeinbildender Themen. Dies geschah in Vorträgen, Diskussionen und intensiver Gruppenarbeit, aber auch in Form von Besichtigungen, Exkursionen und musischen Darbietungen[166]. Der Jahresabschlußbericht des Universitätskurators sprach ausdrücklich vom Aspekt der Völkerverständigung, der neben einer Verbesserung der Deutschkenntnisse bei den französischen und britischen Teilnehmern zur Zielsetzung der studenti-

---

[161] Dies bezeugt Chevals „Rapport général" über die Universität Tübingen vom 1.2.1946, in: AOFA, AC 109,3; ferner die Tatsache, daß Vermeil in Paris zum selben Zeitpunkt ebenfalls informiert war; AN, AJ 16/6957, Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Conseil de l'Université vom 4.2.1946.

[162] Moreaus „Rapport sur les séjours de jeunes français en z.f.o. pendant l'été de 1946" vom 19.10.1946.

[163] AOFA, AC 69,1, Übersicht „Ferienkurse für französische Studenten an der Universität Freiburg i.Br.". Der erste Kurs fand vom 14. bis 31.8., der zweite vom 1. bis 20.9.1946 statt.

[164] Vgl. Humblot, Kontrolle, S. 52ff.

[165] Geplant war ursprünglich der Aufenthalt von 350 französischen Studenten in Tübingen und 150 in Freiburg; AOFA, AC 67,1, „Realisations de la D.E.P. du 1er janvier au 28 mai 1946 [...]" vom 7.6.1946, No. 2597/DGAA/EDU. Im Quartalsbericht der DEP vom 1.11.1946 ist nur noch von 420 Franzosen die Rede; in: AC 109,8. Nach dem „Rapport sur les séjours de jeunes français en z.f.o. pendant l'été de 1946" vom 19.10.1946 nahmen in Tübingen außerdem 150 deutsche und 20 englische Studenten teil; in: AOFA, AC 69,1; in Schmittleins Bilanz vom Juni 1947 ist von insgesamt 216 Deutschen und 20 Engländern die Rede. Eine später verfaßte Bilanz, „Les rencontres de jeunesse organisées par la D.E.P." vom 12.2.1948, spricht von insgesamt 620 Teilnehmern; in: AOFA, AC 69,2, No. 32/DGAA/EDU.

[166] UAT, 117c/377, französischsprachiges Programm der „Cours de vacances de l'Université de Tübingen, été 1946". Hierin ist von etwa 200 französischen und 50 deutschen Studenten die Rede.

schen Begegnungen gehört habe[167]. Deren Hauptinitiator und -promotor Humblot räumte nachträglich zwar ein, daß sie improvisiert verlaufen und insgesamt recht oberflächlich geblieben seien, betonte aber ihren unschätzbaren „Entspannungseffekt"[168]. In Baden-Baden wurde besonders hervorgehoben, daß die Beteiligung deutscher Studenten aus der britischen und amerikanischen Zone dort eine positive Werbewirkung erzielt und mißgünstige Prognosen wettgemacht habe[169]. In der Tat organisierten schon im darauffolgenden Jahr einige Universitäten in den anderen Besatzungsgebieten nach dem Vorbild Tübingens und Freiburgs ebenfalls internationale Sommerferienkurse[170].

1947 sollten die im Vorjahr angeknüpften Kontakte wiederaufgenommen, ausgeweitet und vertieft werden. Denn, so die prinzipienkonforme Begründung des *Bureau de la Jeunesse*, die Gefahr, daß die deutschen Jugendverbände erneut in jenes nationalistische Fahrwasser gerieten, in dem sich schon die Jugendbewegung vor 1933 selbst in ihren konfessionellen Strömungen bewegt habe, sei noch keineswegs gebannt. Die Hinwendung zur Außenwelt sollte dem südwestdeutschen Nachwuchs und seinen Betreuern nicht nur die Augen über die Wirklichkeit in der Welt öffnen, sondern auch die fachlichen und methodischen Entwicklungen der internationalen Jugendarbeit zwischen 1933 und 1945 nahebringen[171]. Hierin lag unausgesprochen die Aufforderung an die französischen *mouvements de jeunesse*, ihre Ideen, Prinzipien und Handlungsformen peu à peu über den Rhein zu exportieren.

Den vielversprechenden Auftakt für eine systematisierte Fühlungnahme auf bilateraler Ebene bildete im Frühling die mehrwöchige Informationsreise einer zehnköpfigen Delegation aus Vertretern der wichtigsten, in der UPOJ zusammengeschlossenen Jugendverbände Frankreichs durch alle vier Besatzungszonen[172]. Doch im ganzen gesehen, erwies sich das Jahr 1947 im Bereich der Jugendkontakte in mehrfacher Hinsicht als kritische Etappe. Die Anzahl der Jugendlichen, die auf Vermittlung bzw. unter Aufsicht der DEP an grenzüberschreitenden Begegnungen teilnahmen, belief sich immerhin auf 2700. Französischerseits zeigten hierbei vor allem Angehörige der Jugendherbergsbewegung, der christlichen Arbeiter- und Studentenverbände, der *Camarades de la Liberté*, einer im Untergrund entstandenen, der UPOJ angeschlossenen und von einem langjährigen Bekannten Moreaus geleiteten Jugendorganisation[173], sowie

[167] AOFA, AC 109,3, Chevals Bericht über die Universität Tübingen (Ende 1946).

[168] AOFA, AC 264,1, Tätigkeitsbilanz der Tübinger Section Jeunesse et Sports für 1945–1949 vom 22.7.1949.

[169] Moreaus „Rapport sur les séjours de jeunes français en z.f.o. pendant l'été de 1946" vom 19.10.1946.

[170] Vgl. Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 251ff.

[171] AOFA, AC 69,2, „Les rencontres de jeunesse organisées par la D.E.P." vom 12.2.1948, No. 32/DGAA/EDU.

[172] AOFA, AC 109,8, Quartalsbericht der DEP „Situation au 1er mai 1947".

[173] Vgl. Moreau, Jugendarbeit, S. 33. Der Vorsitzende der Camarades de la Liberté war Michel Dupouey, der als Bürochef im Staatsekretariat für Jugendfragen des Vichy-Regimes 1940–1942 Moreaus direkter Vorgesetzter war, bevor dieser ihn als Abteilungsleiter ablöste; vgl. das Interview Gallauds mit Dupouey und Moreau, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 33ff.

des sozialistischen Nachwuchses reges Interesse[174]. Auch kamen in Württemberg erstmals französische Auszubildende verschiedener Industrie- und Handwerksbranchen bei Fabrik- und Berufschulvisiten mit deutschen Kollegen zusammen. Zwar hatte dieses Experiment nur begrenzt eine „kulturelle" Zielsetzung, da es dem französischen Nachwuchs in erster Linie Einblicke in das fremde Berufs- und Ausbildungssystem, jedoch keine intensiveren Kontakte zur schwäbischen Arbeiterjugend ermöglichte. Doch wollte die Tübinger *Section de l'Education Publique* den erzieherischen Wert des Unternehmens nicht zu gering veranschlagt wissen, da es zur Überwindung einiger Fehleinschätzungen beigetragen habe[175]. Ihr Leiter Jean Graff regte auch eine Fachtagung für Fremdsprachenpädagogen an, zu der im September 1947 70 deutsche Französischlehrer und 17 französische Deutschlehrer nach Tübingen kamen. Obwohl die beiden Gruppen nicht gemeinsam untergebracht werden konnten, bilanzierte die *Education Publique* immerhin die Wiederherstellung von Austauschbeziehungen im kleinen Rahmen. In welche Richtung diese freilich vorrangig praktiziert wurde, stand außer Frage: Die französischen Lehrer, berichtete Graff, hätten die deutschen Kollegen mit der Vorführung ihrer direkten Unterrichtsmethode und der in Frankreich gängigen Art der Texterläuterung sehr beeindruckt[176]. Unter demselben Blickwinkel betonte das *Bureau de la Jeunesse* die große Bedeutung der Zusammenführung angehender Volksschullehrer aus Frankreich mit Zöglingen der reorganisierten Lehrerbildungsanstalten in Baden und im Rheinland[177].

Da andere Gruppierungen noch immer die Kontaktaufnahme zu deutschen Kollegen verweigerten, betonte das ephemere Pariser Jugendministerium, daß es gute Gründe für die *mouvements de jeunesse* gebe, die entsprechenden deutschen Kreise zu „durchdringen". Hinter solchen Begegnungen verberge sich keineswegs eine Fraternisierungspolitik, sondern es gehe darum, die vom Nationalsozialismus deformierten Geister in den freien Gedankenaustausch zurückzuführen[178]. Auch Moreau in Baden-Baden mußte einräumen, daß auf französischer Seite das Interesse an bilateralen Treffen nicht die ursprünglichen Erwartungen erfüllt habe und die Zerstrittenheit der Gruppierungen lähmend und kontraproduktiv gewesen sei. Unter den aus Frankreich kommenden Teilnehmern wiederum entdeckten die Jugend- und Sportoffiziere nicht wenige, deren fachliche Eignung zu wünschen übrig ließ: Germanistikstudenten, deren Deutschkenntnisse unzureichend waren, oder Angehörige von Jugendvereinen, die sich nach dem Empfinden der französischen Organisatoren dem Zusammentreffen mit gleichaltrigen Deutschen nicht gewachsen zeigten[179]. Hierfür machte *Jeunesse*

---

[174] Quartalsbericht der DEP „Situation au 1er mai 1947"; „Les rencontres de jeunesse organisées par la D.E.P." vom 12.2.1948.

[175] AOFA, AC 149,2, Tätigkeitsbilanz der Tübinger Section de l'Education Publique für 1945–1949.

[176] Ebenda.

[177] „Les rencontres de jeunesse organisées par la D.E.P." vom 12.2.1948.

[178] MEN, F 17bis, 2006, Acolas an Santelli am 12.11.1947, No. D.E.P. 1721/I.G., beiliegend Entwurf „Les rencontres de jeunesse et les contacts culturels organisés par la Sous-Direction des Sports et de la Jeunesse à Baden-Baden".

[179] Ebenda, Moreaus Bericht über die Jugendbegegnungen und kulturellen Kontakte des Sommers 1947, den Schmittlein am 15.10.1947 Santelli nach Paris schickte; No. 5169/EDU/SpJ.

et Sports eine mangelhafte Vorbereitung durch die französischen Nachwuchsgruppierungen verantwortlich[180].

Auch hinsichtlich der Studententreffen im Sommer 1947 fiel die Bilanz aus der Sicht des *Bureau de la Jeunesse* nur teilweise positiv aus. Während man für Freiburg aufgrund der perfekten organisatorischen Rahmenbedingungen einen vollen Erfolg verbuchte, hatte das neue „Tübinger Modell", das die Veranstaltungen nicht mehr in Form zentraler Vorlesungen organisierte, sondern die teilnehmenden Studenten auf fachlich spezialisierte Arbeitsgruppen an verschiedenen Orten des Landes verteilte, Vor- wie Nachteile mit sich gebracht[181]. Dennoch sollte es Schule machen. Die „Württembergischen Universitätswochen 1947" standen von Anbeginn unter einem ungünstigen Stern, von dessen Ausstrahlung die beteiligten Studenten[182] allerdings wenig verspürt haben dürften. Was sie vermutlich ebenso wie die französischen Verantwortlichen in Tübingen und Baden-Baden mit Enttäuschung vermerkten, war die geringe Zahl von Teilnehmern aus anderen Staaten[183]. Zu diesem Manko hatte die spät veranlaßte und auf unsicheren Wegen vorgenommene Ausschreibung der Sommerferienkurse an europäischen und nordamerikanischen Universitäten wohl nicht unerheblich beigetragen[184]. So erwiesen sich die ursprünglichen Pläne der DEP, insgesamt 450 französische, ebenso viele deutsche und 300 Studenten aus anderen Staaten an den Hochschulen der französischen Zone zusammenzuführen[185], hinsichtlich der letzten Gruppe als unrealistisch. Zwar erreichte man die anfänglich vorgesehene Gesamtzahl von 1200 Teilnehmern; das nach dem Aufbau der Dolmetscherhochschule erhöhte Plansoll wurde jedoch um 100 Personen, vor allem aus Drittländern, unterschritten[186].

An den von französischer Seite mit besonderem Interesse verfolgten Neugründungen im Rheinland, der Universität Mainz und der Dolmetscherhochschule in Germersheim, fanden 1947 erstmals internationale Studententreffen statt. Beträchtliche organisatorische Probleme, die einerseits mit der großen Teilnehmerzahl in Mainz zusammenhingen, andererseits aber auch auf Animositäten zwischen der DEP in Baden-Baden und der Koblenzer *Délégation Générale* unter Gouverneur Boislambert sowie auf landesspezifischen Strukturschwächen[187] beruhten, ließen den kulturpolitischen

[180] AOFA, AC 264,1, Tätigkeitsbilanz der Tübinger Section Jeunesse et Sports für 1945–1949 vom 22.7.1949; Moreaus Bericht über die Jugendbegegnungen und kulturellen Kontakte des Sommers 1947.

[181] Moreaus Bericht über die Jugendbegegnungen und kulturellen Kontakte des Sommers 1947.

[182] UAT, 117c/377, Humblot an Cheval am 1.7.1947, No. 1575/SAA/J&Sp/SB, „Liste des étudiants allemands invités au centre de Tübingen pour le séjour universitaire".

[183] Moreaus Bericht über die Jugendbegegnungen und kulturellen Kontakte des Sommers 1947; Tätigkeitsbilanz der Tübinger Section Jeunesse et Sports für 1945–1949.

[184] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 67, C/3/4/1c, Rundschreiben Charmasses an die französischen Botschafter in diversen europäischen Staaten und in den USA vom 19.5.1947, Nos. 2992–3001. Hierin war lediglich von den Sommerferienkursen in Tübingen und Freiburg, nicht von Mainz und Germersheim, die Rede. Aus der Schweiz konnten höchstens 20, aus den übrigen neun Ländern jeweils zehn Kandidaten entsandt werden.

[185] AOFA, AC 67,1, „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 [...] à juin 1947".

[186] AOFA, AC 109,8, Quartalsbericht der DEP „Situation au 1er août 1947". Hierin wurden insgesamt 525 Deutsche, ebenso viele Franzosen und 258 Personen aus dem übrigen Ausland avisiert.

[187] Hierzu zählten vor allem die unzureichende Koordination zwischen dem rheinländischen

Ertrag der Begegnungen allerdings geringer als erhofft ausfallen[188]. Andererseits zeichnete sich die neugegründete Universität in Mainz durch ein Spezifikum aus. Auf ihrem Campus hatte die private französische Organisation CIMADE, ein protestantisches Hilfswerk zugunsten Vertriebener und Verfolgter[189], eine Filiale errichtet, die sich dank ihrer Versöhnungsinitiativen schnell zum Anziehungspunkt entwickelte[190]. Im Sommer 1947 veranstaltete CIMADE im Rahmen der internationalen Studentenbegegnungen eine Feierstunde in der Johannes-Gutenberg-Universität, die vom Ökumenischen Rat der protestantischen Kirchen mitgetragen wurde und als deren Schirmherr der Mainzer *Jeunesse et Sports*-Offizier auftrat[191]. Im darauffolgenden Jahr organisierte das Hilfswerk ein internationales Arbeitslager, in dem ausländische Studenten ihren deutschen Kommilitonen beim Wiederaufbau halfen[192]. Außerdem vermittelte CIMADE deutschen Jugendlichen Aufenthalte in französischen Familien[193]. Diese exponierte Stellung verdankte das Hilfswerk der Förderung durch den prominenten französischen Theologen Marc Boegner, der zu den Wegbereitern einer Verständigung zwischen deutschen und französischen Protestanten zählte, und dem CIMADE-Mitglied Georges Casalis, der auf Vermittlung Boegners zunächst dem französischen Militärgeistlichen Marcel Sturm ins Hauptquartier Koenigs nach Baden-Baden folgte, bevor er von Februar 1946 bis Mai 1950 als Seelsorger der Besatzungstruppe in Berlin wirkte[194].

Der Chef des *Bureau de la Jeunesse* zog ungeachtet aller Schwierigkeiten auf französischer Seite hinsichtlich der deutschen Teilnehmer ein zuversichtliches Fazit aus den Begegnungen des Jahres 1947. Es sei nun erwiesen, daß in der deutschen Jugend Führungsgruppen bestünden, die im Kontakt mit der französischen Geisteswelt eine klarere Sicht auf ihre eigenen Probleme und die der internationalen Ordnung suchten[195]. Moreaus Vorgesetzter Schmittlein hingegen hatte noch im Juli vor allzu großer Euphorie gewarnt. Es gelte, die bilateralen Jugendkontakte weiterzuentwickeln, ohne hiervon mehr zu erwarten als den Abbau bestimmter Vorurteile und das Erwachen einer gewissen Neugier gegenüber dem Nachbarland. Eine wirkliche Prägung der jungen Deutschen könne nur durch längere Aufenthalte in Frankreich selbst erzielt wer-

---

Fortsetzung Fußnote von Seite 189

Regierungssitz und dem hessisch-pfälzischen Landesteil, die Geringschätzung der Koblenzer Militärregierung für die Jugend- und Sportabteilung sowie die Überforderung des auf sich allein gestellten Kontrolloffiziers in Mainz.

[188] MEN, F 17bis, 2006, Moreaus Bericht über die Jugendbegegnungen und kulturellen Kontakte des Sommers 1947.

[189] Vgl. hierzu Heimerl, Eglises évangéliques, S. 599. CIMADE wurde 1939 in Paris gegründet, um Elsässern und Lothringern zu helfen, die nach Südwestfrankreich evakuiert worden waren. Später unterstützte CIMADE hauptsächlich die Opfer der Rassengesetze Vichys.

[190] MAE/C[G]AAA, La Documentation Française: Notes et Etudes documentaires, No. 1163, „L'Education publique en Z.F.O.", 13.7.49; gefunden in: AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 24, XC 2–8.

[191] AOFA, AC 69,2, „Les rencontres de jeunesse organisées par la D.E.P." vom 12.2.1948, No. 32/DGAA/EDU.

[192] AOFA, AC P. 6, 7/A 10.1, Quartalsbericht der DEP „Situation au 1er octobre 1948".

[193] Ebenda, „Rapport sur les rencontres culturelles de l'été 1948 en Z.F.O." vom 5.11.1948, No. 1169/EDU/CP.

[194] Vgl. Hartweg/Heimerl, L'Allemagne protestante.

[195] „Les rencontres de jeunesse organisées par la D.E.P." vom 12.2.1948.

den[196]. In diesem Sinne setzte sich der Erziehungsdirektor wiederholt für Erleichterungen bei der Einreise deutscher Jugendlicher nach Frankreich ein, auch für internationale Ferienkurse auf französischem Boden mit starker deutscher Beteiligung[197].

Doch so entschlossen Schmittlein auch den Einfluß französischer Kreise auf die deutsche Jugend befürwortete – die strikte Überwachung solcher Kontakte durfte keinesfalls ausgeschaltet werden. So wies der umfangreiche „Bericht über die Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung in der französischen Zone", den die DEP um die Jahreswende 1946/47 vorlegte, zwar darauf hin, daß die französische Kontrollratsgruppe die Entwicklung zonenübergreifender und internationaler Beziehungen der deutschen Jugend vorgeschlagen habe, präzisierte aber, daß entsprechende Unternehmungen der strengen Kontrolle durch die alliierten Militärregierungen unterworfen bleiben müßten, wenn sie nicht ins Unwägbare abgleiten sollten[198]. Ein Paradebeispiel für diese Einstellung ist das Schicksal einer Initiative des badischen Staatspräsidenten Wohleb, der Ende Juni 1947 mit einem Schreiben nach Paris das Zusammentreffen deutscher und französischer Jungkatholiken beim ersten internationalen Jugendkongreß in München zustande zu bringen suchte[199]. Adressat des Briefes war der Präsident des *Comité Catholique des Amitiés Françaises*, Monsignore Beaupin, der Wohleb mit einiger Verzögerung antwortete, daß er über sein begrüßenswertes, jedoch politisch heikles Ansinnen erst mit den zuständigen Persönlichkeiten beraten müsse. Inzwischen könne sich Wohleb an den katholischen Feldgeistlichen der französischen Besatzungstruppe, Picard de la Vacquerie, wenden[200]. Beaupins Antwortschreiben wurde wohl vom Sicherheitsdienst der Freiburger *Délégation Supérieure* abgefangen. Jedenfalls gelangte es dem Jugend- und Sportoffizier Deshayes zur Kenntnis, der sich daraufhin mit der Bitte um Aufklärung über die Rolle des Militärseelsorgers in einer Angelegenheit, die ausschließlich Sache des *Gouvernement Militaire* sei, an die DEP in Baden-Baden wandte[201]. Schmittlein versicherte, daß selbstverständlich allein die Militärregierung zuständig sei und auch Picard dies wisse. Beaupins Unkenntnis der Zusammenhänge sei bedauerlich, wenn auch nicht weiter zu beanstanden, da es sich um einen Privatbrief gehandelt habe. Deshayes müsse selbst wissen, ob er es für angebracht halte, Wohleb auf die Nutzlosigkeit solcher direkten Fühlungnahmen hinzuweisen[202]. Da sich die geistlichen Würdenträger in diesem Falle ohne erkennbare Gegenwehr dem Kontrollanspruch der DEP beugten und der Vorsitzende des Pariser *Comité Catholique* den badischen Staatspräsidenten acht bis zehn Wochen nach Wohlebs Initiative wissen ließ, daß er sich mit einer solchen Anregung an die

[196] AOFA, AC 67,1, Schmittleins „Rapport[s] sur l'activité de la D.E.P." vom 4.7.1947, No. 7723/DGAA/EDU, und vom 12.7.1947, No. 7848/DGAA/EDU.

[197] AOFA, AC 69,2, Schmittlein an Saint-Hardouin am 15.11.1948, No. 5705/CCSG/EDU; ders. an François-Poncet am 28.12.1948, No. 6548/CCSG/EDU; Koenig an das Generalkommissariat am 16.12.1948, No. 20003-ABX, beiliegend der Bericht über die internationalen Begegnungen des Sommers 1948 in der französischen Zone.

[198] AOFA, AC 67,1, „Rapport sur la Démilitarisation, la Dénazification et la Démocratisation dans la Z.F.O. – Questions concernant la D.E.P." vom 4.1.1947, No. 5364/DGAA/EDU.

[199] Diese Initiative wird auch erwähnt bei Gollasch, Wohlebs Außenpolitik, S. 204.

[200] AOFA, AC 69,2, Beaupin an Wohleb am 11.8.1947. Wohlebs Schreiben datierte vom 30.6. Zu Beaupin und dem Comité catholique vgl. Grange, Les catholiques français.

[201] AOFA, AC 69,2, Deshayes an DEP/Sports et Jeunesse am 22.8.1947, No. 4200/SPJ.

[202] Ebenda, Schmittlein an Deshayes am 4.9.1947, No. 8473/DGAA/EDU.

Militärregierung wenden müsse[203], ging das Kalkül der Erziehungsabteilung auf, „die Sache zu verzögern, bis der Anlaß verstrichen ist"[204].

Welche Befürchtungen die DEP hegte, sobald sich deutsche Persönlichkeiten oder Organisationen unmittelbar an ausländische Partner wandten, ließ eine Aufzeichnung vom April 1948 erkennen. Unter fachkundiger Leitung versprächen bilaterale Treffen erfreuliche Ergebnisse; andernfalls bestehe die Gefahr, daß völlig unvorbereitete französische Teilnehmer auf deutsche Gesprächspartner stießen, die sie mit Forderungen oder Argumenten überfahren könnten. Als Beispiel führte man ein Zusammentreffen von MRP-Nachwuchs und Angehörigen der CDU-Jugend an[205]. Baden-Baden mißtraute aber nicht nur den Deutschen, sondern auch den Verbündeten. Als die Tübinger *Délégation Supérieure* um die Jahreswende 1947/48 den Wunsch vorbrachte, die bisherige Prozedur bei der Einladung deutscher Jugendlicher zu Veranstaltungen in anderen Besatzungszonen möge erleichtert und vereinfacht werden, bestanden Schmittlein und sein Berliner Vertreter Hepp auf der Sicherung ihrer Kontrollmöglichkeiten, um zu verhindern, daß alliierte Organisationen unter Umgehung der DEP junge Leute aus der französischen Zone zu sich einlüden[206]. Der Vorstoß der württembergischen Militärregierung kam indes nicht von ungefähr, sondern spiegelte die Umbruchsituation wider, in der sich Frankreichs Besatzungspolitik und die französische Haltung gegenüber der deutschen Jugend befanden. 1947 waren die gesteigerten Ambitionen der *Sous-Direction des Sports et de la Jeunesse* bei der Veranstaltung internationaler Begegnungen zwar auf Grenzen gestoßen, hatten aber dem Initiativ- und Kontrollanspruch der DEP-Spitze Rechnung getragen. Nun bahnten sich jedoch Entwicklungen an, die binnen Jahresfrist die bisherigen Handlungsmuster weitgehend umstürzten.

An der Jahreswende 1947/48 wurden die Erfahrungen der zurückliegenden Sommertreffen von drei Seiten einer kritischen Analyse unterzogen: von den Jugend- und Sportbehörden Baden-Badens und der Landesdelegationen, den Pariser Dienststellen (Generalkommissariat, akademischer Auslandsdienst, Erziehungsministerium) und Jugendverbänden sowie den Teilnehmern der grenzüberschreitenden Veranstaltungen selbst. Als Ergebnis dieser mehrfachen Bestandsaufnahmen kam die DEP dem allgemein geäußerten Wunsch nach, den regionalen Militärregierungsbehörden weitgehende Autonomie in konzeptioneller, administrativer und finanzieller Hinsicht zuzugestehen. Ungeachtet dieser grundsätzlichen Vereinbarung, die von den Verantwortlichen an Ort und Stelle als Erleichterung begrüßt wurde, und trotz der frühzeitig begonnenen Planungsarbeiten für die Treffen im Sommer 1948 geriet deren Vorbereitung vorübergehend ins Stocken, als sich die Tübinger *Délégation Supérieure* mit einem einsamen Beschluß zur Regelung materieller Organisationsfragen in Gegensatz

[203] Ebenda, Aktenvermerk eines Mitarbeiters für den Direktor der Innen- und Kultusabteilung in der Baden-Badener Militärregierung vom 10.9.1947 mit handschriftlicher Anmerkung Sabatiers vom 11.9.

[204] Gollasch, ebenda.

[205] AOFA, AC 69,2, Aufzeichnung Schmittleins oder Girons, „Contrôle des organisations de jeunesse ne rentrant pas dans le cadre de l'ordonnance 25" vom 15.4.1948.

[206] AOFA, AC 131,5, Schmittlein und Hepp, „Procès-verbal des entretiens particuliers relatifs aux questions posées par l'Education Publique à la Conférence Berlin-Zone du 12 janvier 1948" (in der Vorlage irrtümlich „1947") vom 12.1.1948, No. 10.400/DGAA/EDU.

zur Baden-Badener DEP brachte und schließlich das Pariser Staatssekretariat eingeschaltet werden mußte. Auch in Rheinland-Pfalz schien die notorische Schwerfälligkeit der innerbehördlichen Planungs- und Entscheidungsabläufe im Militärregierungsapparat eine termingerechte Planerfüllung zu gefährden. Einzig in Freiburg wurden die organisatorischen Präliminarien bis Ende April weitgehend abgeschlossen[207]. Schließlich drohte die Währungsreform hinsichtlich der deutschen Beteiligung in letzter Minute einen Strich durch die Rechnung der Veranstalter zu machen.

Allen Widrigkeiten zum Trotz konnten in den Sommermonaten des Jahres 1948 erneut zahlreiche übernationale Begegnungen in Südwestdeutschland stattfinden. Hierbei erwiesen die französischen Verantwortlichen der gesamtdeutschen Jugend ein bemerkenswertes Entgegenkommen. Für die von der Währungsreform Betroffenen stellte die Militärregierung etwa 100 000 DM an Subventionen bereit[208], und in einer aufsehenerregenden Aktion, die General Koenig persönlich veranlaßte, wurden 120 Berliner aus der durch die sowjetische Blockade abgeschnürten Stadt zu Treffen in die französische Zone eingeflogen[209]. Daß die jungen Leute von der Spree in so großer Zahl und zu Vorzugskonditionen an den Veranstaltungen teilnehmen konnten, erregte offenbar bei manchen Einheimischen Neidgefühle[210]. Tatsächlich stellten in Baden auf deutscher Seite Jugendliche, die nicht aus der französischen Besatzungszone stammten, die Mehrheit der Mitwirkenden[211]. Das Ausland – ohne Frankreich – war wiederum schwach vertreten. Von insgesamt etwa 2500 Personen (Schüler und Studenten, Lehrer und Professoren, Angehörige und Führungskräfte von Nachwuchsorganisationen), die an den zahlreichen *rencontres* beteiligt waren, kamen kaum mehr als 100 aus einem Drittstaat[212]. Hinsichtlich des französischen Nachwuchses registrierten die *Jeunesse et Sports*-Verantwortlichen erneut und einhellig erhebliche Defizite, die sie gerade im Vergleich mit den deutschen Partnern als nachteilig empfanden. In der Regel erschienen die Franzosen wegen ihres geringeren Alters oder der zugrundegelegten Auswahlkriterien als die Unterlegenen. (Bei den Studenten handelte sich zumeist um angehende Germanisten, die ihre Sprachkenntnisse verbessern wollten, während

---

[207] AOFA, AC 264,3, Deshayes' Bericht über die Jugendtreffen in Baden während der Sommerferien 1948 vom 30.9.1948, No. 9733/D; AOFA, AC P. 6/7A 10.1, „Rapport sur les rencontres culturelles de l'été 1948 en Z.F.O." vom 5.11.1948, No. 1169/EDU/CP.

[208] „Rapport sur les rencontres culturelles de l'été 1948 en Z.F.O." vom 5.11.1948.

[209] Ebenda. Der Berliner Jugend- und Sportoffizier hatte im Februar 1948 an den vorbereitenden Besprechungen für die Sommerbegegnungen in Baden-Baden teilgenommen; AOFA, AC 61,2, Monatsbericht der Erziehungs- und Kulturabteilung in der französischen Kontrollratsgruppe vom 1.3.1948, No. 4839/EDU.

[210] AOFA, AC 264,1, Tätigkeitsbilanz der Tübinger Section Jeunesse et Sports für 1945–1949.

[211] Deshayes' Bericht über die Jugendtreffen in Baden während der Sommerferien 1948 vom 30.9.1948.

[212] Die Gesamtzahl 2500 nennen der „Rapport sur les rencontres culturelles de l'été 1948 en Z.F.O." vom 5.11.1948; in: AOFA, AC P. 6, 7/A 10.1, und der Quartalsbericht der DEP „Situation au 1er juillet 1948"; in: AOFA, AC 109,8. Im Quartalsbericht „Situation au 1er octobre 1948" ist von 1200 Teilnehmern bei den Studententreffen und 800 anderen Jugendlichen die Rede; in: AC P. 6, 7/A 10.1. Den Anteil der ausländischen Teilnehmer (ohne Franzosen) beziffert der letztgenannte Bericht auf 200 Studenten, der erste nur auf insgesamt 87 (hiervon 60 in Baden). Doch allein in Baden verzeichnete Deshayes' Bericht vom 30.9.1948 95 ausländische Teilnehmer von insgesamt 770.

ihre deutschen Kommilitonen aus den verschiedensten Fachgebieten kamen[213].) Diese Erkenntnis veranlaßte die DEP zu der Mahnung an die Pariser Adresse, daß Germanistikstudenten nicht unbedingt die brauchbarsten Repräsentanten der französischen Jugend gegenüber ihren deutschen Altersgenossen seien; wichtiger erscheine „die moralische, intellektuelle und sogar körperliche Eignung"[214].

In ihrer Organisationsform unterschieden sich diese Treffen deutlich von denen der beiden Vorjahre[215]. So wurde das bei den „Württembergischen Universitätswochen 1947" erprobte Modell der thematisch spezialisierten, gemeinsam untergebrachten Arbeitsgemeinschaften, die an verschiedenen Orten des Landes tagten, nun auf die Begegnungen von Studenten, Lehrern und Zöglingen der Lehrerbildungsanstalten in der gesamten Zone ausgedehnt. Außerdem engagierte die DEP eine Reihe französischer Vortragsredner und Künstlerensembles, die umherreisten und den verschiedenen Workshops ihren Besuch abstatteten. Die oberste Verantwortung für die Veranstaltungen lag bei den regionalen *Jeunesse et Sports*-Behörden; sie koordinierten die organisatorischen Dienstleistungen anderer Abteilungen, wobei Kompetenzstreitigkeiten, insbesondere mit den *Sections de l'Education Publique*, die unmittelbar für die Schüler- und Lehrertreffen zuständig waren, nicht ausblieben[216]. Vorbereitung, Durchführung und Resultate der *rencontres* fielen je nach Region unterschiedlich aus. So erwiesen sich aus französischer Sicht bei den badischen Studententreffen zwar die Sitzungsleiter als glänzend ausgewählt; doch in den Diskussionen der Arbeitsgemeinschaften ergab sich oft eine beträchtliche Diskrepanz zwischen den hochgespannten Ansprüchen und der Qualifikation oder Motivation der französischen Teilnehmer. In Rheinland-Pfalz hingegen brachten die großen räumlichen Distanzen zwischen den Workshops, die Randlage des Regierungssitzes Koblenz und die notorische Unterbesetzung bei *Jeunesse et Sports* erhebliche organisatorische Probleme mit sich. Zudem bereute man nachträglich, die Gruppenleitung ausschließlich deutschen Professoren aus Mainz und Germersheim übertragen zu haben, da diese ungeachtet der besonderen Situation einen allzu akademischen Unterrichtsstil pflegten. Doch trotz allem äußerte Moreau sich zufrieden über die studentischen Zusammenkünfte. Weder ihre praktischen Ergebnisse noch ihr „Propagandaeffekt" außerhalb der eigenen Zone seien zu unterschätzen[217].

Hinsichtlich der nichtstudentischen Begegnungen ließ sich aber die insgesamt ernüchternde Bilanz kaum beschönigen. So beklagten die Verantwortlichen in Baden-Baden, Tübingen und Freiburg das offenkundig geringe Interesse der französischen Jugendorganisationen, von denen einige von vornherein abgewinkt, andere bereits vereinbarte Treffen mit deutschen Partnern kurzfristig abgesagt hatten, die verbleibenden

---

[213] „Rapport sur les rencontres culturelles de l'été 1948 en Z.F.O." vom 5.11.1948.

[214] AOFA, AC 69,2, Begleitschreiben Koenigs (oder Schmittleins) zum „Rapport sur les rencontres culturelles de l'été 1948 en Z.F.O.", das am 16.12.1948 dem Generalkommissariat zuging, No. 2003-ABX.

[215] Das Folgende nach dem „Rapport sur les rencontres culturelles de l'été 1948 en Z.F.O." vom 5.11.1948.

[216] Ebenda; ferner AOFA, AC 149,2, Tätigkeitsbilanz der Tübinger Section de l'Education Publique für 1945–1949.

[217] „Rapport sur les rencontres culturelles de l'été 1948 en Z.F.O." vom 5.11.1948.

bei der Zusammenstellung ihrer Delegationen wenig Sorgfalt walten ließen[218]. Aktivposten im grenzüberschreitenden Engagement stellten vor allem die Verbände des katholischen Nachwuchses, der Pfadfinder und der Jugendherbergsbewegung dar[219]. Angehörige des *Mouvement Laïque des Auberges de Jeunesse* übernahmen die Betreuung einer internationalen Begegnungsstätte am Kniebis, die im März 1948 ihre Tore öffnete und vor allem den jüngsten Pfadfindern und Jugendherbergsfreunden deutscher und französischer Nationalität einen Aufenthaltsort in der Natur, für Sport und Spiele, aber auch für Diskussionen bot[220]. (In einer Jugendherberge am Kniebis waren schon einmal junge Deutsche und Franzosen aufeinander getroffen, um „Gegenwartsfragen von größter Bedeutung" zu besprechen: Ende August 1931 trafen 14 französische Studenten und Dozenten des Weltstudentenwerks anläßlich einer Deutschlandreise mit einer Gruppe des Sohlbergkreises um Otto Abetz zusammen und debattierten über ein Referat zum Thema „deutsche Jugendbewegung und Volkstum"[221].) Bei den fachlichen oder beruflichen Gruppierungen ragten zwei Zusammenkünfte unter der Regie der DEP wegen ihres intellektuellen Zuschnitts heraus: das erste Speyrer Historikertreffen im August 1948, bei dem Teilnehmer aus mehreren westeuropäischen Staaten über eine Revision der Schulgeschichtsbücher berieten, sowie eine von der „Esprit"-Equipe Mouniers im württembergischen Nägelehaus veranstaltete Tagung zum Thema „Personalismus".

Wie stark sich die Wandlungen im besatzungs- und deutschlandpolitischen Klima auch auf die Ambitionen der französischen Jugend- und Volksbildungsspezialisten auswirkten, bezeugen die Schlußfolgerungen, die man in Baden-Baden und den Landesdelegationen aus den übernationalen Begegnungen des Jahres 1948 zog. Von Euphorie, Missionierungsgeist und nationaler Selbstgewißheit war nicht mehr viel zu spüren. „Es wäre lächerlich," so Jacques Deshayes im September, „zu glauben, daß durch die Organisation dieser Lager, durch die Anwesenheit von 770 jungen Leuten in Baden während einiger Ferientage, der Weltfriede künftig gesichert oder auch nur die Demokratisierung Deutschlands in Gang gebracht sei. Die Demokratisierung Deutschlands wird durch eine Reform der Wirtschaftsstrukturen und durch eine günstige Konjunktur der internationalen Politik erreicht werden – zwei Dinge, auf die wir auf unserer bescheidenen Ebene keinerlei Einfluß haben."[222] In dasselbe Horn stieß sein Tübinger Kollege Humblot[223]. Und auch Moreau war zu der Einsicht gelangt, „daß insgesamt die Qualität, der Tiefgang und die Ernsthaftigkeit des französisch-deutschen Dialogs in gewisser Weise unter dem allgemeinen politischen Klima gelitten haben, besonders unter der relativen Zweitrangigkeit dieses Dialogs im Konzert der großen Staaten"[224]. Man mußte eine neue Formel finden, um den Anschluß an die Großmächte nicht zu verpassen. Wie dieses künftige Modell auszusehen hatte, dar-

[218] Ebenda; ferner Tätigkeitsbilanz der Tübinger Section Jeunesse et Sports für 1945–1949; in: AOFA, AC 264,1.

[219] AOFA, AC 109,8, Quartalsbericht der DEP „Situation au 1er juillet 1948"; AOFA, CCFA, Cons. Adm., C. 477, P. 7, E-8/2, Tätigkeitsbericht der DEP für Oktober-Dezember 1948.

[220] Tätigkeitsbilanz der Tübinger Section Jeunesse et Sports für 1945–1949.

[221] Vgl. „Sohlbergkreis" II (Dezember 1931), S. 11ff.

[222] AOFA, AC 264,3, Deshayes' Bericht über die Jugendtreffen in Baden während der Sommerferien 1948 vom 30.9.1948, No. 9733/D.

[223] Tätigkeitsbilanz der Tübinger Section Jeunesse et Sports für 1945–1949.

[224] „Rapport sur les rencontres culturelles de l'été 1948 en Z.F.O." vom 5.11.1948.

über wurden sich die Jugend- und Volksbildungsspezialisten sehr schnell im Grundsatz einig. Die Militärregierung mußte die offizielle, allzu sichtbare Planung und Leitung der internationalen Begegnungen vorbehaltlos an private Organisationen abtreten. Den *Jeunesse et Sports*-Behörden sollte in erster Linie die Aufgabe verbleiben, bei der Kontaktaufnahme deutscher mit ausländischen Vereinigungen behilflich zu sein; eigene Einflußnahme und Steuerungsmanöver sollten in den Hintergrund treten. Daß eine solchermaßen neudefinierte Rollenverteilung die allgemeine Kontrollfunktion des *Gouvernement Militaire* erschweren werde, sah man in Baden-Baden zwar mit gemischten Gefühlen, hielt dies aber für unvermeidlich. Darüber hinaus galt es, grenzüberschreitende Treffen in verstärktem Maße auch auf französischem Boden durchzuführen und junge Deutsche in größerer Zahl hieran teilnehmen zu lassen[225].

Dem Vorschlag zur Gründung privater Vereinigungen folgten alsbald praktische Schritte. In Tübingen schlossen sich vormals aktive Teilnehmer der württembergischen Treffen zum Internationalen Bund für Kultur- und Sozialarbeit (IB) zusammen, der im Januar 1949 seine offizielle Zulassung erhielt. In Freiburg kam es zum Aufbau des Instituts für internationale Begegnungen. Beide Einrichtungen hatten ihre Ansprechpartner in Frankreich – *L'Association des anciens participants aux rencontres en Allemagne* bzw. ... *du Pays de Bade* – und verfügten über eigene Publikationsorgane zur Aufrechterhaltung der gegenseitigen Verbindung sowie zur Information der Öffentlichkeit über ihre Aktivitäten. „Teinach" nannte sich die Zeitschrift des württembergischen IB, „Treffen – Rencontre" die des badischen Instituts[226]. Die im Sommer 1949 stattfindenden internationalen Begegnungen in Südwürttemberg und Südbaden wurden bereits vom Internationalen Bund bzw. vom Freiburger Institut und der jeweiligen *Délégation Supérieure* gemeinsam durchgeführt, wobei Planung, Konzeption, Teilnehmerauswahl und Durchführung bei den beiden einheimischen, privatrechtlichen Institutionen lagen[227]. Die DEP stellte insgesamt 227 000 DM an Subventionen zur Verfügung: 60 000 DM wurden dem Freiburger Institut für die Organisation der badischen Treffen überwiesen, 75 000 dem Tübinger IB für die Zusammenkünfte in Südwürttemberg; 92 000 DM gingen nach Rheinland-Pfalz, wo der AStA der Johannes-Gutenberg-Universität für die Mainzer und Germersheimer Studententreffen, der Landesjugendring und das Speyrer *Centre permanent d'action pédagogique et culturelle* als Tagungsstätte u. a. der Historikerkongresse die Empfänger der Zuwendung aus Baden-Baden waren[228]. Als französischer Partner für die Organisatoren der rheinland-pfälzischen Begegnungen trat das im Herbst 1948 ins Leben gerufene *Comité Français d'Echanges avec l'Allemagne Nouvelle* auf, als dessen Gründungspräsidenten Emmanuel Mounier, Edmond Vermeil, Rémy Roure, David Rousset und Henri Brunschvig fir-

[225] Diese Forderungen wurden übereinstimmend in den drei zuletzt zitierten Berichten erhoben.

[226] Tätigkeitsbilanz der Tübinger Section Jeunesse et Sports für 1945–1949; Deshayes' Bericht über die Jugendtreffen in Baden während der Sommerferien 1948 vom 30.9.1948.

[227] AOFA, Laffon, C. 4, 12, Programm der „Internationalen Jugendtreffen in Württemberg – Sommer 1949"; AOFA, AC 265,1, „Rapport sur les rencontres internationales de jeunesse et de culture populaire en Z.F.O. et dans les zones alliées pendant l'été 1949" (undatierte Vorlage ohne Verfasserangabe).

[228] AOFA, AC 69,3, Aufzeichnung Moreaus für Schmittlein und Giron vom 28.6.1949, No. 1460/CCSG/EDU/CP.

mierten und dessen Generalsekretär Alfred Grosser hieß[229]. Die Zusammenkünfte der Jugendlichen, Studenten und Fachspezialisten in der französischen Zone selbst verliefen nach dem 1948 erprobten Muster. Auch die Probleme, vor die sich die nun im Hintergrund agierenden französischen Verantwortlichen gestellt sahen, blieben im Prinzip dieselben[230].

Ende Januar 1949 traf Moreau sich mit britischen und amerikanischen Jugendoffizieren in Düsseldorf zu einem Informations- und Meinungsaustausch angesichts der bevorstehenden Umwälzungen im politischen Status Westdeutschlands. Aus seinem Bericht wird deutlich, daß in der Frage künftiger alliierter Kontrollmöglichkeiten die französische und angelsächsische Position nach fruchtlosen Diskussionen unvereinbar blieben. Während man französischerseits darauf drang, ein Vetorecht der Besatzungsmächte gegen die Einsetzung unerwünschter Führungskräfte an der Spitze von Jugendorganisationen zu verankern, lehnten Engländer und Amerikaner dies als nicht realisierbar ab. Einigkeit erzielten die Gesprächspartner darüber, daß eine Ausdehnung der jeweiligen kulturellen Aktivitäten sowie des internationalen Jugendaustauschs wünschenswert sei. Allerdings, so Moreaus Schlußfolgerung, müßten hierfür noch präzise Vorschläge ausgearbeitet werden, damit die französische Position sich gegenüber der britischen behaupte[231]. Einen wichtigen Schritt in diese Richtung konnten die Franzosen schon kurze Zeit später unternehmen. Seit einiger Zeit unterhielt Moreaus Abteilung Kontakte zum Jugendhof im westfälischen Vlotho, der unter Leitung Klaus von Bismarcks stand[232]. Ende November 1948 hatte Rovan an einer Studienwoche in Vlotho über „Aktuelle Probleme unserer Zeit" teilgenommen[233]. Bei dieser Gelegenheit boten die deutschen Organisatoren den Franzosen an, auf dem Jugendhof eine deutsch-französische Begegnung zu veranstalten. Nachdem der britische Kontrolloffizier Spicer sein Plazet gegeben hatte, lud Rovan nach Paris zu einer Vorbesprechung ein. Ende März 1949 kam schließlich das anvisierte Treffen, von Moreau als wichtigstes dieser Art seit 1945 apostrophiert, zustande[234]. Es vereinte etwa 40 Führungskräfte deutscher und französischer Jugend- und Kulturorganisationen zum einwöchigen Erfahrungsaustausch. Über seinen Verlauf äußerte Moreau sich euphorisch[235]. Die Vorträge der französischen Referenten hätten sich selbst bei brisanten Themen durch ein erstaunliches Bemühen um Objektivität ausgezeichnet. Dabei sei deutlich geworden, daß alle französischen Anwesenden für die Probleme, die sich aus den wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen Frankreichs ergäben, Lösungen im Sinne sozialer Gerechtigkeit befürworteten und ihren eigenen Vereinigungen eine be-

[229] „Rapport sur les rencontres internationales [...] pendant l'été 1949". Zum Comité Français d'Echanges liegt eine Aufzeichnung des Kulturattachés Lusset über die zweite Zusammenkunft am 29.10.1948 vom 1.11.1948 vor; in: AOFA, AC P. 2, 3/A.10.0.

[230] „Rapport sur les rencontres internationales [...] pendant l'été 1949".

[231] AOFA, AC 69,3, Moreaus Bericht über das Treffen der alliierten Jugendoffiziere in Düsseldorf am 30./31.1.1949 vom 3.2.1949, No. 185/CCSG/EDU/CP.

[232] Vgl. von Bismarck, Aufbruch, S. 177ff., der allerdings keine näheren Aufschlüsse über die Kontakte zu den französischen Verantwortlichen gibt.

[233] AOFA, AC 69,2, Rovans Bericht über die Studienwoche in Vlotho vom 25.11. bis 1.12.1948.

[234] Dies und das Folgende nach Moreaus „Rapport sur la rencontre des dirigeants des organisations de jeunesse françaises et allemandes au Jugendhof Vlotho (du 20 au 27 mars 1949)" vom 1.4.1949; in: AOFA, AC 69,3.

[235] „Rapport sur les rencontres internationales [...] pendant l'été 1949".

deutende Rolle hierbei zuschrieben. Ein solcher Konsens habe nicht nur hinsichtlich der Analyse innerfranzösischer Verhältnisse geherrscht, sondern auch im Hinblick auf die internationale Politik. Doch hätten die Referenten und Diskutanten betont, daß diese verblüffende Übereinstimmung keineswegs den Milieus oder politischen Parteien entspreche, denen sie angehörten oder nahestanden. „In dieser Form", konstatierte Moreau befriedigt, „machte die einhellige, klare, der universalistischen französischen Tradition entsprechende Haltung auf die Deutschen großen Eindruck, die immer der Versuchung ausgesetzt sind, sich ihrer Verantwortung zu entziehen und dem Schlimmsten zu fügen."[236]

Auch im Berliner Grunewald trafen im Sommer 1949 deutsche und französische Studenten aus Anlaß der internationalen Ferienkurse der Freien Universität zusammen. Unter den 80 ausländischen Teilnehmern befanden sich acht aus Frankreich. Die Einschätzung dieser Begegnungen durch den Vertreter der französischen Militärregierung bestätigt weitgehend die von Moreau aus Vlotho berichteten Eindrücke. Einerseits hätten die französischen Studenten größtes Interesse bei ihren deutschen Kommilitonen erweckt; andererseits sei deren Haltung von Ambiguität gekennzeichnet gewesen. Die in den Vorjahren zu beobachtende Verschlossenheit sei einer eher neugierig-inquisitorischen, von Mißtrauen gegenüber den französischen Intentionen geprägten Einstellung gewichen. Dahinter verberge sich latente Feindseligkeit und die Überzeugung, daß Frankreich nicht aufrichtig zur Verständigung bereit sei. So fiel seine Bilanz der deutsch-französischen Studentenbegegnung in Berlin zwiespältig aus. Inhaltlich habe die Veranstaltung wenig ergeben; doch immerhin sei ein Gedankenaustausch zustande gekommen. Die Meinungsverschiedenheiten im deutsch-französischen Dialog hätten überwogen; aber es habe sich um ein offenes und rationales Zwiegespräch und kein gefühlsbeladenes, auf Ignoranz und Verdrängen gegründetes Stimmengewirr gehandelt[237].

Hatte man bis 1948 in erster Linie darauf gesetzt, den deutschen Nachwuchsorganisationen auf einheimischem Boden unter Kontrolle der DEP Besuche verwandter Gruppen aus Frankreich zu verschaffen und sie von deren Einfluß „durchdringen" zu lassen, so konnten südwestdeutsche Staatsbürger seit Mitte 1948 in wachsender Zahl selbst die Grenze überschreiten und Franzosen in ihrer Heimat treffen. Die beiden Handlungsmuster *pénétration/infiltration* und *échanges/réciprocité* bestanden allerdings eine Zeitlang nebeneinander fort. Mit dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts der Bundesrepublik Deutschland und der Ablösung der alliierten Militärregierungen durch die Hohen Kommissare im September 1949 endete offiziell auch die Kontrollaufgabe der DEP – die nun in *Direction Générale des Affaires Culturelles* (DGAC) umbenannt wurde – bzw. ihres *Bureau de la Culture Populaire* gegenüber den südwestdeutschen Jugend- und Erwachsenenbildungsorganisationen. Die Fusion der Moreau-Equipe mit der Sportabteilung zum *Service des Rencontres Internationales* war in dieser Hinsicht symptomatisch. Die grundlegend veränderte Situation wurde nicht von allen Verantwortlichen der DGAC und im französischen Besatzungsapparat in gleicher Weise interpretiert. Schmittlein zeigte Ende 1949 gegenüber Hochkommissar Fran-

[236] Moreaus „Rapport sur la rencontre [...] au Jugendhof Vlotho [...]" vom 1.4.1949.

[237] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 1/1, Gilbert Gehrings undatierter „Rapport sur les rencontres internationales de jeunesse de l'été 1949".

çois-Poncet zwar Einsicht in die Notwendigkeit der Entwicklung, aber auch Entschlossenheit, die kleinste Chance indirekter Einflußnahme weiterhin zu nützen[238]. Andere sahen die Entwicklung viel schwärzer. Eine im Herbst 1949 von der französischen Sektion des Militärischen Sicherheitsamts vorgelegte „Studie über die deutsche Jugend in der französischen Zone" kam zu einem aufschlußreichen Ergebnis, in dem die ansonsten von Schmittlein hinlänglich bekannte Mischung aus Optimismus und Skepsis, Realismus und Wunschdenken, Stolz auf das Erreichte und historisch untermauertem Beharren auf unablässiger Wachsamkeit ihren Niederschlag gefunden zu haben schien. „Die deutsche Jugend weiß, daß sie eine Reserve neuer Energien darstellt, doch sie weigert sich, den alten Generationen zu vertrauen oder sich mit der Besatzungsmacht und den Parteien zu kompromittieren. [...] Die Methoden, die angewandt wurden, um sie wiederzubeleben, haben zwar ihre Neugier auf immer vielfältigere Kontakte zum Ausland geweckt, doch die Auswirkungen dieser Fühlungnahmen scheinen durch die nationalistischen Rückfälle infolge der HJ-Erziehung ernsthaft gefährdet. [...] Aufgrund der Kräfte, die in ihr schlummern, und der Ungewißheit ihres Weges muß sie ständig überwacht und auf Schritt und Tritt begleitet werden: [...] Hin- und hergerissen zwischen dem Lockruf eines totalitären Nationalismus im Osten und dem der friedliebenden Demokratien im Westen, wohin wird sich diese Jugend wenden, wer wird den Sieg davontragen ...?"[239]

Unter einem völlig anderen Blickwinkel, optimistisch nach vorne gerichtet und die Chancen der neuen Situation auslotend, analysierte Rovan im April 1949 „Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland"[240]. In welcher Richtung, überlegte er, sollte sie sich künftig entwickeln? Schon bisher habe man sich nicht darauf beschränken dürfen, ausschließlich Eliten anzusprechen, sondern versuchen müssen, die Masse der Bevölkerung zu erreichen und daher einen erweiterten Kulturbegriff zu definieren und anzuwenden. So seien beispielsweise mehr als 10 000 Menschen bei verschiedenen internationalen Begegnungen zusammengebracht worden. Wenn auch die französische Deutschlandpolitik im allgemeinen und die Schulreformen der DEP im besonderen nicht die einhellige Zustimmung der Deutschen gefunden hatten, so erweise sich wenigstens die Kulturpolitik insofern als erfolgreich, als sie den Franzosen Einfluß auf die führenden Kreise breiter Schichten in Deutschland verschafft habe. Hierfür spreche auch die Tatsache, daß Briten und Amerikaner französische Maßnahmen, wie die Entsendung von Lektoren an nichtuniversitäre Einrichtungen, imitierten. Um den großen Anstrengungen der angelsächsischen Partner Paroli zu bieten, so Rovan, müßten die Vorstellungen einiger französischer Dienststellen modernisiert werden. Es gelte, neue Milieus zu erschließen und deren Bedürfnisse kennenzulernen. Die *ciné-clubs* und andere Formen der Volksbildung, aber auch Institutionen wie das Pfadfindertum sollten stärker eingesetzt werden. Jetzt dürfe vor allem nicht an Personal und Geldmitteln gespart, sondern müsse großzügig geplant werden. Die resignierende An-

[238] AOFA, AC 40,1, Schmittleins Aufzeichnung für François-Poncet vom 5.12.1949, No. 511/HC/DC.

[239] AOFA, CGAAA, P. 44, F 13, Office Militaire de Sécurité/Division Militaire/Elément Français, „Etude sur la jeunesse allemande de la ZFO" (undatiert, vermutlich von September/Oktober 1949), S. 47.

[240] AOFA, AC 65,2, Rovans Denkschrift „Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland" vom 27.4.1949.

sicht zahlreicher Verantwortlicher, keinen Einfluß mehr auf die Entwicklung zu haben, beruhe auf einem Irrtum. Zwar gehe die Ära der direkten Kontrolle zu Ende; doch die Kulturpolitik im eigentlichen Sinne müsse und könne weiter gestärkt werden, wenn man das neue Deutschland, auf das man beim Aufbau Europas zwangsläufig angewiesen sei, nicht sich selbst oder den Einflüssen Dritter überlassen wolle.

4. Auf der Suche nach demokratischen Hochschuleliten

In engem Zusammenhang mit den Reformvorstellungen im Gymnasialbereich standen die Überlegungen der DEP zur Wiederbelebung des südwestdeutschen Hochschulwesens[1]. Dennoch nahm sich die französische Haltung gegenüber den Universitäten von Anbeginn deutlich anders aus als die in Baden-Baden dekretierte Schulpolitik. Daß mit den alten Eliten in Deutschland kein demokratischer Staat zu machen war, stand für Schmittlein fest. Solange es viel zu wenige einheimische Führungskräfte gab, denen man die deutsche Jugend anvertrauen konnte, solange zwischen den Jungen und den Alten, „Arrivierten", die die Schalthebel in Händen hielten, eine tiefe Kluft bestand, mußten französische Erzieher einspringen. Schmittleins Urteil war auch in diesem Falle unerbittlich: Auf Lehrer und Professoren, Leiter von Jugendorganisationen, Ministerial- und Verwaltungsbeamte, Bischöfe und Parteiführer treffe gleichermaßen das Verdikt zu, daß selbst die Besten nichts taugten. Daher habe seine Behörde sich zuallererst der Bildung neuer Eliten gewidmet[2]. Doch während man in Baden-Baden wenig zimperlich war, wenn Eingriffe in das südwestdeutsche Schulwesen, die Entfernung unzuverlässig erscheinender Lehrkräfte, Durchforstung der Fächer nach nationalistischen Unterrichtsstoffen, Einführung neuer Lehrmethoden und Verlagerung inhaltlicher Prioritäten auf der Tagesordnung standen, wurde den französischen Verantwortlichen schnell klar, daß sich die Situation an den Universitäten wesentlich heikler und komplexer darstellte, die gesellschaftliche wie moralische Position der Hochschulen radikale Interventionen ungleich schwieriger gestaltete. Die in Amt und Würden befindlichen Professoren und Dozenten schienen „schwer ersetzbar". Zudem räumte man in Paris ein, daß das NS-Regime weniger Druck auf das akademische als auf das schulische Lehrpersonal ausgeübt hatte und daher die Anzahl der politisch Belasteten an den Universitäten im Verhältnis geringer war[3]. So mußte Schmittlein mit großem Bedauern zugestehen, daß die DEP sich nicht in gleicher Weise den Universitäten wie den Schulen der französischen Zone widmen konnte[4]. „Die deutschen Universitäten sind Zitadellen, die, obgleich sie sich nicht gerade heldenhaft gegen den Nationalsozialismus gewehrt haben, uns heute gerne ihre demokra-

[1] Im folgenden werden die Begriffe „Universität" und „Hochschule" aus sprachlich-stilistischen Gründen abwechselnd und synonym gebraucht.

[2] AOFA, AC 67,1, Schmittleins „Rapport sur l'activité de la D.E.P." vom 4.7.1947, No. 7723/DGAA/EDU.

[3] MAE/CGAAA, La Documentation Française. Notes et études documentaires, No. 1163, „L'Education publique en Z.F.O.", 13.7.1949, S. 4; gefunden in: AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 24, XC 2–8.

[4] Schmittleins „Rapport sur l'activité de la D.E.P." vom 4.7.1947.

tische Struktur entgegenhalten, um unsere Eingriffe abzuwenden."[5] Doch nicht nur die Abwehrhaltung deutscher Professoren und Hochschuladministratoren verhinderte eine gründliche Umstrukturierung, wie eine nähere Betrachtung ergibt.

Von der militärischen Besetzung zur Wiedereröffnung der Universitäten Tübingen und Freiburg

Erste Initiativen zur Kontrolle der Forschung

Zunächst zeigte sich das im deutschen Südwesten einrückende Militär, die Erste Französische Armee, an den beiden bestehenden Universitäten interessiert. Am 22. Mai 1945, vier Wochen nach der Übergabe Tübingens und wenige Tage, nachdem die schwäbische Alma mater selbst einen neuen Rektor eingesetzt, ihre Professorenschaft von den profiliertesten Vertretern des Nationalsozialismus gesäubert und die Rückkehr zur Autonomie gegenüber staatlicher Aufsicht und zur kollegialen Verwaltung anstelle des Führerprinzips beschlossen hatte[6], legte ein französischer Leutnant der noch in Stuttgart residierenden Militärregierung für Württemberg[7] einen kurzen Untersuchungsbericht vor, in dem die ersten Sondierungen des Tübinger Stadtkommandanten im unmittelbaren Umkreis der Universität einen insgesamt optimistischen Niederschlag fanden[8]. Auch in Freiburg übernahm anfänglich ein Offizier der regionalen Besatzungstruppen die direkte Überwachung der Hochschule[9].

Auf der übergeordneten Ebene, im Generalstab des Oberkommandos, bestand in der *Section T* eine *Mission Scientifique* mit Sitz in Offenburg, deren Chef im Sommer 1945 eine Untersuchung über die südbadische Universität durchführen ließ. Für die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät wurde ein der deutschen Sprache kundiger Mitarbeiter des Pariser Forschungszentrums (CNRS) beauftragt, sich zu einer dreiwöchigen Visite nach Freiburg zu begeben, um den Zustand der Hochschulgebäude in der kriegsgeschädigten Stadt zu inspizieren und Informationsgespräche mit Professoren und Assistenten zu führen. Sein Abschlußbericht gibt einige interessante Aufschlüsse[10]. Demnach stand zu dieser Zeit, im Juli/August 1945, die Alternative zur Diskussion, entweder beide südwestdeutschen Universitäten voraussichtlich im Frühjahr 1946 wiederzueröffnen oder lediglich in Tübingen den Lehrbetrieb erneut aufnehmen zu lassen und die Freiburger Institute an den Neckar zu überführen[11]. Die letzte Erwägung ging offensichtlich nicht nur auf den unterschiedlichen Erhaltungs-

[5] Ebenda, Schmittleins „Rapport sur l'activité de la D.E.P." vom 12.7.1947, No. 7848/DGAA/EDU.

[6] Vgl. Munro, University, S. 183ff.; Wiedergeburt des Geistes, S. 47ff.; zu den analogen Vorgängen in Freiburg Ott, Heidegger und die Universität, S. 97f.

[7] Zu den Auseinandersetzungen zwischen Amerikanern und Franzosen um die Besetzung und Verwaltung Stuttgarts vgl. Nüske, Württemberg-Hohenzollern, I, S. 188ff.

[8] AOFA, AC 109,4, „Compte-rendu d'enquête sur l'Université de Tübingen" des Lieutenant Westphal vom 22.5.1945. Schmid, Erinnerungen, S. 226, berichtet über eine Unterredung mit dem französischen Offizier.

[9] AOFA, AC 105,3, handschriftlicher Bericht (vermutlich Sauzins) über die Universität Freiburg, abgefaßt am 25.7.1945 in Paris. Vgl. auch Ott, ebenda, S. 104.

[10] AOFA, AC 105,3, Jean Lecomtes Untersuchungsbericht vom 18.8.1945 über seine Visite in Freiburg vom 25.7. bis 15.8.; hierzu auch Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 255ff.

[11] Von einer dritten Möglichkeit, nämlich die Universitäten vorläufig gar nicht wiederzueröffnen, war an dieser Stelle nicht die Rede.

zustand beider Städte zurück[12], sondern auch auf den Wunsch interessierter Kreise in Paris, wissenschaftliches Material und insbesondere Forschungslabors aus dem grenznahen Freiburg nach Frankreich abzutransportieren. Diese Pläne hielt der Vertreter des CNRS aufgrund seiner Recherchen aus verschiedenen Gründen weder für realisierbar noch für lohnend. Demgegenüber plädierte er dafür, eine naturwissenschaftliche Fachzeitschrift ins Leben zu rufen, in der die südwestdeutschen Gelehrten ihre bisher unveröffentlichten Forschungsergebnisse darlegen sollten. Auf diesem Kanal könne französischer Einfluß ausgeübt sowie umgekehrt direkter Erkenntnisgewinn für Frankreichs Wissenschaft und Industrie aus dem Besatzungsgebiet gezogen werden.

Da ein akademischer Transfer von Freiburg nach Tübingen auch in der Baden-Badener Militärregierung auf Ablehnung stieß[13], wurde dieses Vorhaben fallengelassen[14], eine Nutzung deutscher Forschungseinrichtungen im Interesse Frankreichs jedoch weiterhin anvisiert. An den einschlägigen Plänen war unter anderem das *Bureau des Recherches Techniques* in der für Fragen der Industrieproduktion zuständigen Abteilung der Pariser Militärmission (MMAA) beteiligt, dessen Leiter sich in der zweiten Augusthälfte sowohl mit der Offenburger Generalstabssektion T/*Mission Scientifique* als auch mit Schmittlein in Verbindung setzte. Dabei gab der Erziehungsdirektor offenbar sein Einverständnis zu dem Pariser Projekt, die Tübinger Universitätsinstitute für angewandte Naturwissenschaften in *Centres d'Etudes Scientifiques et Techniques Français* umzuwandeln und dem CNRS die Auswahl der leitenden französischen Professoren zu überlassen[15]. Einen skizzenhaften Entwurf zur künftigen Organisation und Funktionsweise der Universitäten Tübingen und Freiburg, insbesondere ihrer naturwissenschaftlichen Abteilungen, legte schließlich Ende September 1945 die *Mission Scientifique* vor. Er bezeugt ihre Entschlossenheit, Wissenschaft und Forschung in der Besatzungszone weitgehend dem eigenen Hochschulsystem anzugleichen oder einzugliedern und den französischen Interessen unterzuordnen. Das CNRS und die Pariser Abteilung für Industrieproduktion sollten nicht nur durch Delegierte die Aufsicht über die Labors übernehmen, sondern gegebenfalls auch die deutschen Direktoren zu angewandter, wirtschaftlich verwertbarer Forschung verpflichten. Fortgeschrittenen französischen Studenten sollten Regierungsstipendien Aufenthalte an deutschen Universitäten und so den Erwerb neuer Kenntnisse ermöglichen. Nebenher waren Auskünfte über die „Geisteshaltung" ihrer deutschen Kommilitonen zu erwarten. Dem französischen Vorbild entsprechend, stellte man sich die Universitätsrektoren künftig als Verantwortliche für das gesamte regionale Unterrichtswesen vor, die direkt dem Erziehungsminister, in diesem Falle Schmittlein und der Hochschulabteilung in der Pariser *Education Nationale,* unterstehen würden. Die zur Aufsicht dele-

[12] Während Freiburg insbesondere gegen Kriegsende stark zerstört worden war, hatte Tübingen nur unerhebliche Bombentreffer und keine Beschädigungen an Universitätsgebäuden zu beklagen.

[13] AOFA, AC 60,4, Aufzeichnung aus Sabatiers Mitarbeiterstab, „Note explicative. Réponse à la note de M. le Directeur Général" vom 16.8.1945, No. 352/DGAA/CAB; Laffon an die Freiburger Militärregierung am 24.8.1945, No. 475/DGAA/EDU.

[14] AOFA, AC 130,3, Aufzeichnung der Mission Scientifique, „Projet d'organisation et de fonctionnement des universités situées dans la zone française d'occupation" vom 25.9.1945, No. 400/MS. Hierin wurde dem zeitweilig erwogenen Fusionsplan, z. T. unter Rückgriff auf Argumente der Militärregierung, eine Absage erteilt.

[15] AOFA, AC 106,2, Audibert an den Direktor des CNRS am 28.8.1945.

gierten französischen Professoren sollten ausschließlich dem CNRS zugeordnet sein[16]. Solchen weitreichenden Plänen war jedoch keine Zukunft beschieden. Abgesehen von einigen Laborgeräten der Universität, die zu Beginn der Besatzungszeit konfisziert und nach Frankreich abtransportiert wurden[17], blieben die Tübinger Naturwissenschaftler von okkupationsbedingten Beeinträchtigungen weitgehend verschont.

Besonderes Augenmerk richtete die *Mission Scientifique* auf den Biochemiker und Nobelpreisträger Adolf Butenandt, der sich 1945 – wie seine Kollegen der Biologie, Chemie und Physik – infolge der kriegsbedingten Evakuierung der Kaiser-Wilhelm-Institute aus Berlin-Dahlem in der Abgeschiedenheit der südwürttembergischen Provinz und damit in der französischen Besatzungszone wiederfand[18]. Zwar hielt sie ihn „ganz sicher" für einen Nazi und Profiteur des vergangenen Regimes; doch da Engländer und Amerikaner angeblich keinen Wert auf seine Dienste legten[19] und er selbst eine Übersiedlung nach Frankreich ablehnte, schien es den wissenschaftlich ausgebildeten Generalstäblern am sinnvollsten, die in alle Winde verstreuten Arbeitsmaterialien seiner Forschergruppe zusammensuchen zu lassen und ihm einen Lehrstuhl an der Universität Tübingen sowie eine stattliche Subvention des CNRS zu offerieren[20]. An eine Nutzbarmachung des in die französische Zone verschlagenen, nun „beschäftigungslosen" Wissenschaftlerpotentials dachte man zur selben Zeit auch in der Umgebung General Koenigs. Die renommierten Physiker und Chemiker der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, regte der Oberbefehlshaber in einem Schreiben an den Pariser Generalstabschef an, sollten, aller moralischen und materiellen Hindernisse ungeachtet, für eine Auswanderung nach Frankreich gewonnen werden, wo sie einen wichtigen Beitrag zur wehrtechnisch relevanten Forschung leisten könnten[21]. Mit dieser Aufforderung rannte Koenig in Paris längst geöffnete Türen ein. Bereits seit einiger Zeit machten französische Geheimagenten unter dem Deckmantel militärischer Sicherheitsbelange deutsche Forscher und Konstrukteure ausfindig, um sie teils durch großzügige Lockangebote, teils auch durch Zwang für französische Dienste in Frankreich oder in der Besatzungszone anzuheuern. Verstrickungen dieses Personenkreises in das nationalsozialistische Herrschaftssystem wurden kaum als hinderlich betrachtet[22]. In den Augen der übrigen Siegermächte, die auf ihrer „Jagd nach den deutschen Wissenschaftlern"[23] keineswegs anders vorgingen, verstärkten die Erfolge der Pariser „Werber" das von Anbeginn auf gegenseitigem Mißtrauen basierende Konkurrenzver-

[16] Mission Scientifique, „Projet d'organisation ..." vom 25.9.1945.
[17] AOFA, AC 109,3, Bericht des Universitätskurators Cheval vom 1.2.1946.
[18] Vgl. hierzu Munro, University, S. 205; Stamm, Staat und Selbstverwaltung, S. 85; Albrecht/Hermann, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, S. 401; Heinemann, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, S. 409f.
[19] Vgl. Bower, Verschwörung, S. 157ff. Butenandts Name wird in der ganzen Untersuchung, die auf umfangreichem Archivmaterial aus beiden Staaten basiert, nicht genannt. Vgl. auch Gimbel, German Scientists, S. 441ff.
[20] Mission Scientifique, „Projet d'organisation ..." vom 25.9.1945. Butenandt wurde 1946 auf eine ordentliche Professur für physiologische Chemie an der Universität Tübingen berufen. Vgl. auch Heinemann, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, S. 410.
[21] AOFA, AC 107,3, Koenig an den Chef d'Etat-Major de la Défense Nationale am 26.9.1945.
[22] Vgl. Bower, ebenda, S. 175ff.
[23] Vgl. Bar-Zohar, La chasse.

hältnis[24]. In seinem Monatsbericht für Juli 1946 wies der französische Verbindungsoffizier zur Tübinger Universität darauf hin, daß bereits mehrere Abordnungen ausländischer, namentlich amerikanischer Wissenschaftler an den Neckar gekommen seien, um Kontakte zu Forschern aufzunehmen. Er riet zur Vorsicht bei der Erteilung von Genehmigungen für solche Visiten, die keineswegs uneigennützige Ziele verfolgten[25]. Auf diese Entwicklung hatte den Germanisten Cheval vermutlich sein Kollege Fouché aufmerksam gemacht, ein ausgebildeter Pharmazeut, der als Kontrolloffizier für die naturwissenschaftlichen Institute im April 1946 an die schwäbische Hochschule delegiert worden war[26] und Aufnahme in Butenandts Forscherteam gefunden hatte. Mit Fouchés Entsendung reagierte die französische Militärregierung auf den Erlaß des Kontrollratsgesetzes Nr. 25, das die Regelung und Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung zum Gegenstand hatte[27]. Der Oberkommandierende selbst demonstrierte Interesse an dieser Materie, als er sich bei einem aufsehenerregenden Besuch in Tübingen im Juni 1946 durch die Labors des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biochemie führen und von Butenandt die neuesten Untersuchungsergebnisse vortragen ließ[28]. Mit dieser Visite folgte Koenig nicht nur den Bestimmungen des alliierten Gesetzes[29]. Im Hintergrund stand auch der in Baden-Baden gehegte Plan, das renommierte Institut von Tübingen an die soeben eingeweihte Universität in Mainz zu verlegen[30]. Zwar schlug dieses Vorhaben fehl, doch gelang es Schmittlein, „seiner" Hochschulneugründung den Aufbau eines modernen Instituts für angewandte Physik und den – allerdings bis 1949 verzögerten – Transfer des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie vom württembergischen Tailfingen nach Mainz zu sichern[31].

Hiervon abgesehen, blieb die Überwachung der naturwissenschaftlichen Laboratorien den Wirkungsmöglichkeiten der DEP weitgehend entzogen. Zwar unterstanden ihrer Hochschulabteilung theoretisch die universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, wie die zehn ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute und 33 wei-

---

[24] Eine quellengestützte Darstellung der französischen Anwerbung deutscher Wissenschaftler dürfte sich momentan schwierig gestalten, da die Dokumente vermutlich als sicherheitsrelevant gelten und damit einer Sperrfrist von 60 Jahren unterliegen. Auch die einschlägigen amerikanischen Akten stehen der Forschung noch nicht zur Verfügung; vgl. Heinemann, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, S. 408 und 413; Fischers Hinweis auf ein Dossier der Forschungskommission im Militärarchiv Vincennes, in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 114. Am ausführlichsten bisher: Osietzki, Wissenschaftsorganisation, S. 165 ff.

[25] AOFA, AC 109,3.

[26] Ebenda, Chevals Monatsbericht für April 1946.

[27] Kontrollratsgesetz Nr. 25, „Control of Scientific Research", vom 29.4.1946, in: Documents on Germany under Occupation, S. 131 ff.

[28] AOFA, AC 60,3, Chevals Monatsbericht für Juni 1946.

[29] Das Kontrollratsgesetz Nr. 25 bestimmte in Art. IV, Ziff. 2: „Im Rahmen der Bestimmungen dieses Gesetzes kann der zuständige Zonenbefehlshaber alle Maßnahmen – mit Einschluß von Inspektionen – treffen und alle Anordnungen erlassen, die er zur Gewährleistung einer wirksamen Überwachung eines Forschungsinstitutes für notwendig erachtet."

[30] Darauf deutet ein Memorandum Butenandts vom 3.6.1946 hin, in dem er die „Gründe gegen eine Verlagerung des K.W.I. für Biochemie von Tübingen nach Mainz" darlegte; in: AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 3a. Vgl. hierzu Osietzki, ebenda, S. 179. Butenandt wurde später auch von der im Aufbau befindlichen Universität des Saarlandes umworben, wie Cheval berichtet; in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 117.

[31] AOFA, AC 109,8, Quartalsbericht der DEP „Situation au 1er août 1947".

tere Labors, die nicht für industrielle oder anwendungsbezogene Zwecke arbeiteten[32]; doch im Falle der zweiten Kategorie mußten sich Schmittleins Mitarbeiter ihre Aufsichtsrechte mit den Spezialisten des CNRS in der alliierten *Field Intelligence Agency, Technical* (FIAT) teilen, deren Kapazität an sachverständigem Personal dem Zwei-Mann-Büro in Baden-Baden weit überlegen war[33]. Kontrollbesuche konnten nicht zuletzt infolge der eingeschränkten Transportmöglichkeiten nur sporadisch stattfinden. Bis Mai 1947 waren gerade 14 Laboratorien vom zuständigen Mitarbeiter der DEP inspiziert worden[34]; danach scheinen keine weiteren Kontrollbesuche stattgefunden zu haben. Aufrufe in Frankreich mit dem Ziel, Stipendiaten und Praktikanten an die naturwissenschaftlichen Institute der Besatzungszone zu locken, um dort die Zahl der wachsamen Augen zu vervielfältigen, blieben ohne nachhaltige Resonanz. Zudem fanden nur vereinzelte Reisen französischer Wissenschaftler zur Kontaktaufnahme mit südwestdeutschen Kollegen statt. Die Verbindungen der DEP zu den Emissären des CNRS ließen ebenfalls zu wünschen übrig, so daß es den deutschen Forschern leichtfallen mußte, sich einer effektiven Kontrolle zu entziehen[35]. Auch an den naturwissenschaftlichen Instituten der Universitäten gestaltete sich die Kontrollfunktion der DEP eher theoretisch. Sie konnte einerseits ihr Veto gegen Personalvorschläge der Hochschuleinrichtungen geltend machen, zum Beispiel unerwünschte Berufungen verhindern, andererseits ihre Universitätsoffiziere auf die Forschungstätigkeit der Laboratorien „ansetzen"[36]. Obwohl – oder vielleicht gerade weil – die DEP in Belangen der Forschungskontrolle praktisch wenig ausrichten konnte, kam es gelegentlich zu Reibereien mit anderen Behörden der Militärregierung, wie der *Inspection Générale du Désarmement* in Baden-Baden[37]. Gegen Ende 1948, als infolge der deutschlandpolitischen Entwicklung ihre Kontrollmöglichkeiten auch de iure schwanden, sann Schmittleins Equipe auf einen Ausweg, um die Naturwissenschaftler in der französischen Zone künftig nicht völlig unbeaufsichtigt zu lassen, und drängte daher die Landesregierungen zur Einrichtung von Forschungsausschüssen[38]. Während in Tübingen Anfang März 1949 ein solches Gremium tatsächlich zusammentrat, legten die Kabi-

[32] AOFA, AC 131,5, undatierte Aufzeichnung, „Compte-rendu d'application de la loi 25" (vermutlich vom Forschungskontrolloffizier der DEP, Rouillier, um die Jahreswende 1946/47 verfaßt). Nach der „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 (date de sa création) à juin 1947" umfaßten die 43 von der DEP zu kontrollierenden Forschungseinrichtungen zusammen 233 Wissenschaftler und 172 Mitarbeiter im technischen und Verwaltungsbereich; in: AOFA, AC 67,1.

[33] AOFA, AC 67,1, „Réalisations de la DEP du 1er janvier au 28 mai 1946 [...]" vom 7.6.1946, No. 2597/DGAA/EDU: Die Forschungskontrolle befinde sich aufgrund der Kompetenzkonflikte mit FIAT noch sehr im Rückstand. Nach Chevals und Falkenburgers Aussage hatten die Universitätskuratoren mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen nicht das geringste zu tun; in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 114f. und 179f.

[34] AOFA, AC 109,8, Quartalsbericht der DEP „Situation au 1er mai 1947".

[35] „Compte-rendu d'application de la loi 25".

[36] Ebenda.

[37] AOFA, AC 65,2, Aufzeichnung des Zivilkabinetts vom 8.5.1948, No. 2926/CC/CAC/ECO/CD; Protokoll einer am 11.8.1948 in Baden-Baden abgehaltenen Konferenz vom 20.8.1948, No. 4418/CC/CAC/CD; MAE, Europe 1949–55/Allemagne/455, fol. 25ff., Schreiben Prof. Forestiers an Sauvagnargues vom 9.2.1953; AN, 70 AJ/31, Administrateur Lutz' „Note d'information sur les 'stagiaires scientifiques' de l'Office Militaire de Sécurité" vom 7.12.1953.

[38] AOFA, CCFA, Cons. Adm., C. 477, P. 7, E-8/2, Tätigkeitsbericht der DEP für Oktober-Dezember 1948.

nette in Freiburg und Koblenz zu diesem Zeitpunkt erst Entwürfe vor, die immerhin die Billigung des französischen Oberkommandos fanden. Den Plan zur Gründung eines Forschungsrats, der gleichzeitig von der Max-Planck-Gesellschaft und anderen wissenschaftlichen Akademien in der Bizone lanciert wurde, lehnte die DEP wegen seiner angeblich mangelhaften Rechtsgrundlage ab[39].

Die Wiedereröffnung der Universitäten Tübingen und Freiburg

Nach den bisherigen Ausführungen kann der Eindruck entstehen, als sei die Wiedereröffnung der südwestdeutschen Universitäten von Anfang an beschlossene Sache gewesen. Doch wie im Falle der Schulen meldeten sich in Frankreich Stimmen zu Wort, die vor den Risiken eines solchen Schrittes warnten und abzuwarten rieten, bis politisch zuverlässiges Lehrpersonal vorhanden sei. Eine vier- bis fünfjährige Karenzzeit schien einigen durchaus angebracht, um zu verhindern, daß die deutschen Hochschulen sich zu einem gefährlichen Herd nationalistischer, revanchistischer Umtriebe entwickelten. Andere wiederum, so auch die Mitarbeiter der DEP, waren gegenteiliger Auffassung und bauten darauf, die studentische Jugend nicht der Untätigkeit zu überlassen, sondern ihr eine sinnvolle Beschäftigung und zugleich die Aneignung geistiger Grundlagen für eine demokratisch-humanistische Neubesinnung zu ermöglichen[40].

Mit der Einrichtung in Baden-Baden ging die Militärregierung umgehend an die Erarbeitung bildungs- und kulturpolitischer Richtlinien. Für die Universitäten sahen die am 24. August 1945 von Laffon unterzeichneten Instruktionen und eine am selben Tag intern mitgeteilte *Décision* zunächst nur die Öffnung der theologischen Fakultäten vor, die als am wenigsten „nazifiziert" galten[41]. Im Falle Tübingens handelte es sich dabei um die offizielle Genehmigung eines bereits vollzogenen Schrittes, nachdem am 20. August für knapp 400 Theologiestudenten der Lehrbetrieb eines ungewöhnlichen Herbstsemesters begonnen hatte[42]. In Freiburg erfolgte die Öffnung der Katholisch-Theologischen Fakultät am 17. September[43]. Auch angehende Mediziner sollten in absehbarer Zeit ihr Studium wieder aufnehmen können, während für alle anderen Fakultäten, so die Prognose der Instruktionen, eine Entscheidung noch Monate dauern werde. Da die Universitätsleitungen jedoch auf die schnellstmögliche um-

---

[39] Ebenda, Tätigkeitsbericht der DEP für Januar-März 1949.

[40] Beide Auffassungen sind wiedergegeben in der „Synthèse générale sur les universités de la zone française" des Laffon-Mitarbeiters Fritz vom April 1947; in: AOFA, AC 70,1. Vgl. auch Chevals und Grappins Diskussionsbeiträge in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 67.

[41] AOFA, Laffon, C. 4, 12, „Directives [in einigen Abschriften: „Instructions"] générales concernant l'Enseignement, les Beaux-Arts, la Jeunesse et les Sports" vom 24.8.1945; Laffons „Décision" zur Wiedereröffnung der theologischen Fakultäten vom selben Tag; die entsprechende Verfügung Nr. 2 vom 22.8., in: JO-CCFA vom 3.9.1945. Das Argument einer geringeren Nazifizierung der theologischen Fakultäten, das in den ersten Berichten der Universitätskuratoren und der DEP-Hochschulabteilung auftaucht, wurde aufgegriffen von Tonnelat, L'organisation, S. 163.

[42] Vgl. Wiedergeburt des Geistes, S. 118ff. Bereits in einem Schreiben des Dekans der Evangelisch-Theologischen Fakultät an die übrigen Dekane vom 13.8.1945 wurde die grundsätzliche Genehmigung der Militärregierung zur Wiedereröffnung der beiden theologischen Fakultäten erwähnt; in: ebenda, S. 120.

[43] Vgl. ebenda, S. 118.

fassende Wiederbelebung drängten[44] und auch die DEP die akademische Jugend lieber in den Hörsälen als „auf der Straße" sah, erhielten die französischen Landesgouverneure Anfang September vorläufige Anweisungen zur Wiederaufnahme des gesamten akademischen Unterrichts[45]. Verfaßt hatte diese Direktiven Louis Sauzin, der als Germanistikprofessor an der Universität Rennes gewirkt hatte, bevor er die Leitung der Unterabteilung *Enseignement Supérieur* in der DEP übernahm[46].

An erster Stelle wurde die Rückkehr der beiden Universitäten zum Kollegialprinzip festgestellt und damit ein Fait accompli anerkannt, das die Senate Tübingens und Freiburgs aus eigener Initiative geschaffen hatten[47]. Insgesamt sollten die Hochschulen zu ihrer korporativen Verfassung und ihren traditionellen Freiheiten aus der Zeit vor 1933 zurückkehren dürfen. Auch die Mitwirkung der kirchlichen Autoritäten bei der Besetzung von theologischen Professuren wurde wie selbstverständlich berücksichtigt und zugestanden. Die letzte Entscheidung bei Berufungen, Einstellungen und Beförderungen von Angehörigen des Lehrkörpers und des Verwaltungspersonals sowie bei der Zulassung von Studenten behielt sich die Militärregierung allerdings selbst vor. Die Lehrfreiheit wurde als völlig wiederhergestellt deklariert; das Programm der Unterrichtsveranstaltungen mußte freilich zwei Monate vor Semesterbeginn den französischen Stellen zur Begutachtung vorgelegt werden. Für diese Maßnahme, die einem in Frankreich gepflegten Brauch entsprach, beanspruchte Sauzin ausdrücklich nur vorläufige Geltung; er begründete sie intern nicht etwa mit Mißtrauen gegenüber den deutschen Berufskollegen, sondern mit der Wahrung französischer Autorität[48]. Auch das Verbot von Studentenvereinigungen, außer rein musischen, vertrat er weder überzeugend noch besonders engagiert[49], so daß man ihn hier eher als Ausführenden denn als Initiator betrachten kann.

Zur unmittelbaren Überwachung der Universitäten entsandte Schmittlein zwei junge Germanisten (*Agrégés*) nach Tübingen und Freiburg, die im Dienstrang von Verbindungsoffizieren den *Délégations Supérieures* angehörten, den Hochschulmitgliedern

---

[44] AOFA, AC 105,3, Sauzins Bericht vom 1.9.1945. Demnach drängte Freiburgs Universitätsspitze mit Blick auf Heidelberg, wo am 18.8. die medizinische Fakultät feierlich eröffnet worden war, auf die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs. Auch verwies man zur Rechtfertigung eines solchen Schrittes auf Angehörige des Freiburger Lehrkörpers, die dem Widerstand gegen das NS-Regime angehört hatten.

[45] AOFA, AC 105, A, „Instructions provisoires sur la réouverture des universités. Annexe aux instructions concernant la réouverture des écoles allemandes" vom 4.9.1945, No. 729/DGAA/EDU; vgl. Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 241f.

[46] Sauzins Abteilung war zunächst Bestandteil der von François Maurice geleiteten Unterdirektion Enseignement. Im Laufe des Jahres 1946 wurde die Hochschulabteilung selbst zur Unterdirektion aufgewertet und Sauzin damit Maurice gleichgestellt; AOFA, sekret., „Annuaire téléphonique du G.M.Z.F.O.", Stand: 25.12.1945; AOFA, AC 68, Aufzeichnung Marquants vom 23.12.1946, No. 5273/DGAA/EDU.

[47] AOFA, AC 105,A, Sauzins undatierte „Note explicative", die zweifellos den „Instructions provisoires sur la réouverture des universités" vom 4.9.1945 beigefügt war.

[48] Ebenda. Sauzin verwies darauf, daß die französischen Universitäten bereits sechs Monate vor Beginn des Studienjahres ihr Lehrprogramm dem Pariser Ministerium vorlegen mußten.

[49] Als lapidare Begründung für das Verbot studentischer Vereinigungen verwies Sauzins Aufzeichnung auf „le rôle joué par les Universités de 1806 à 1813". Jede Studentenverbindung sei potentiell „un dangereux foyer de fermentation".

jedoch lieber als zivile Kuratoren gegenübertraten[50]. Bezeichnend ist im übrigen die Art und Weise ihrer Rekrutierung. Der bei seiner Ankunft am Neckar Mitte Juli 1945 kaum 27jährige René Cheval[51], der vor dem Kriege als Lektor an der Universität Gießen, dann an einem Lyoner Gymnasium unterrichtet hatte, war vom Pariser Germanistikprofessor Tonnelat, einem akademischen Lehrer und Freund Schmittleins, angeschrieben und zur Übernahme eines Postens in der französischen Zone ermuntert worden[52]. Chevals im Oktober nach Südbaden delegierter Kollege Jacques Lacant, ein 30jähriger Absolvent der *Ecole Normale Supérieure*[53], hatte von seinem früheren Universitätsmentor Vermeil einen ähnlich lautenden Brief erhalten[54]. Beide Germanisten stellten sich daraufhin dem *Directeur de l'Education Publique* in Baden-Baden vor und wurden von ihm ohne viel Federlesens, d. h. ohne nennenswerte Instruktionen an ihren Einsatzort geschickt. Erst später fanden wöchentliche Besprechungen im Hotel Stephanie statt, bei denen die Kuratoren von Schmittlein und seinen engsten Mitarbeitern nähere Anweisungen erhielten[55]. Theoretisch sahen sich Cheval und Lacant mit einem Aufgabenbereich von beträchtlicher Komplexität und Brisanz konfrontiert. Ihre im Grunde nur ansatzweise zu bewältigende Kontrollfunktion sollte sich auf die Entnazifizierung des Hochschulpersonals, die Berufung der Professoren, Dozenten und Assistenten, die Zulassung der Studenten, die Arbeit des AStA, die inhaltliche Ausrichtung des akademischen Unterrichts, d. h. der Lehrpläne und gegebenenfalls einzelner Lehrveranstaltungen, und schließlich auf Veröffentlichungsmanuskripte von Universitätsangehörigen erstrecken[56]. Realiter lagen die meisten Einzelentscheidungen in Berufungs- und Zulassungsverfahren von Anbeginn bei den deutschen Universitätsgremien, die sich freilich nach den französischen Vorgaben zu richten hatten. Nur in Grenzfällen oder stichenprobenweise schalteten sich die Kontrolloffiziere bei der Neuaufnahme von Studenten ein. Vor der Besetzung einer freiwerdenden Professur wurden sie formell zwar konsultiert, doch ließen sie die deutschen Stellen „im allgemeinen gewähren und begnügte[n] sich mit Detailkorrekturen"[57]. Hinter diesem Laisser-faire verbarg sich neben der ernsthaften Bereitschaft zu Aussöhnung und Verständigung mit der deutschen Gelehrtenrepublik und dem Respekt vor hiesigen Uni-

[50] Während der Tübinger Hochschuloffizier dem Kabinett des Gouverneurs angehörte, war sein Freiburger Kollege der Verwaltungsabteilung der Délégation Supérieure zugeordnet. Zur Terminologie „Kurator"/„Curateur"-„Officier de liaison" vgl. die rückblickende Diskussion der Betroffenen in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 84ff.

[51] Zur Person vgl. Who's Who in France, 1984/85; ferner Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 136f. und 298.

[52] Vgl. Chevals Aussage, in: ebenda, S. 12. Tonnelat kannte den jungen Deutschlehrer von einem Aufenthalt in Lyon während des Krieges.

[53] Zur Person vgl. Who's Who in France, 1989/90; ferner Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 136 und 299f.

[54] Vgl. Lacants Aussage, in: ebenda, S. 13.

[55] Vgl. die Aussagen Chevals, Lacants und Falkenburgers, in: ebenda, S. 6.

[56] Vgl. Gilmore, France's Policies, S. 113; Willis, The French, S. 173; Munro, University, S. 200.

[57] Cheval, Bildungspolitik, S. 195. Vgl. auch die gleichlautenden Aussagen der ehemaligen Kuratoren, in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 55f., 145f., 148 und 151; sowie in: Knipping/Le Rider (Hrsg.), Frankreichs Kulturpolitik, S. 31, 250 und 259. Chevals Tätigkeitsberichte bestätigen diese Aussagen; personalpolitische Vorschläge des Tübinger Staatssekretariats scheinen fast ausnahmslos befürwortend nach Baden-Baden weitergeleitet worden zu sein.

versitätstraditionen nicht zuletzt die pragmatische Einsicht in die Grenzen der eigenen Handlungskapazität, die sich mit dem eklatanten Mangel an genauen, durch umfassende Richtlinien untermauerten Vorstellungen über den zugewiesenen Aufgabenbereich verband[58]. Von den im Herbst 1946 ernannten Stellvertretern der Kuratoren[59] wurde in erster Linie erwartet, daß sie Verhalten und „Mentalität" der deutschen Studenten und Professoren beobachteten und hierüber laufend Bericht erstatteten. Unterstützung fanden André Banuls, ab Herbst 1947 Philippe Webel in Tübingen und Paul Falkenburger in Freiburg bei dieser Aufgabe vor allem in den französischen Lektoren, die seit Januar 1946 in die Besatzungszone entsandt wurden, aber auch bei französischen Studenten, die ein oder zwei Auslandssemester in Süddeutschland verbringen durften[60]. Die Ergebnisse solcher mehr oder weniger gezielt erfolgenden Sondierungen teilten die Kontrolloffiziere in ihren Monats- und Jahresabschlußberichten mit[61].

Während Sauzin mit einer wohlwollenden Einstellung zur deutschen Universität in die Besatzungszone gekommen war und die Versöhnung ihrer alten, wiederherzustellenden Rechte mit den Aufsichtspflichten der Besatzungsmacht zum Leitmotiv seiner Ausführungen erhob[62], schien es dem Zivilkabinett Koenigs angebracht, die Überwachungsfunktionen stärker hervorzuheben. In der Umgebung des Oberkommandierenden schlug man nach Lektüre der vorläufigen Anweisungen Sauzins nicht nur Korrekturen an einigen ungeschickten oder mißverständlichen Formulierungen vor, die wohl auf das Konto administrativer und politischer Unerfahrenheit des Autors zu verbuchen waren, sondern bemängelte auch, daß das Recht der Militärregierung zur Absetzung von Professoren, deren Tätigkeit den Vorstellungen der Alliierten zuwiderlief, keine Erwähnung gefunden hatte[63]. Einen solchen Passus suchte Sauzin unter Hinweis auf die Wiedereinführung des Kollegialprinzips abzuwehren. Er machte geltend,

---

[58] Schon die Untersuchungskommission der französischen Nationalversammlung, die im Frühjahr 1946 die Zone bereiste, äußerte in ihrem Bericht Erstaunen über die „lächerlich unzureichende Zahl" der Hochschul-Kontrolloffiziere; gefunden in: AOFA, CCFA, CAC, P. 12, POL I B 5. Auch Cheval beklagte im Monatsbericht für Juli 1946 die Unzulänglichkeit der Situation; in: AOFA, AC 109,3.

[59] Vgl. die Angaben Banuls' und Falkenburgers zu ihrer Ernennung als Adjoints der Kuratoren Cheval und Lacant, in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 136f.; zu Webel die Aussage Chevals, ebenda, S. 147; ferner Falkenburger, Souvenir.

[60] AOFA, AC 109,8, Quartalsbericht der DEP „Situation au 1er novembre 1946". 20 französische Studenten hatten die Erlaubnis erhalten, das Wintersemester in Tübingen zu studieren. Insgesamt waren es zum selben Zeitpunkt 40 an den drei Universitäten der französischen Zone; ebenda, „Situation au 1er février 1947".

[61] Besonders ausführlich z. B. im Jahresbericht Chevals und Webels für 1947 vom März 1948; in: AOFA, AC 60,3. Einen stichwortartigen Stimmungsbericht (Einstellung der Studenten zu Themen wie „Krieg", „Nationalsozialismus", „Zukunft", „Frankreich"), der auf Beobachtungen der seit Januar 1946 eingesetzten französischen Lektoren beruhte, gab Cheval im Monatsbericht für März 1946; in: AOFA, AC 109,3.

[62] AOFA, AC 105,A, Sauzins undatierte „Note explicative" (zu den „Instructions provisoires" vom 4.9.1945).

[63] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 3 a, „Note d'information" des Zivilkabinetts vom 28.9.1945 über eine Unterredung mit Maurice und Sauzin; „Note pour M. le Colonel Navarre, Directeur du Cabinet," des Zivilkabinetts vom 17.9.1945. Die von Koenig geteilten Beanstandungen führten schließlich zur Neufassung der entsprechenden Passagen in Laffons Berichtigungsschreiben an die Délégués Supérieurs vom 27.10.1945, No. 591/DGAA/EDU.

daß die Universitätsleitungen sich andernfalls düpiert fühlen und ihren guten Willen nicht honoriert sehen würden[64]. Es gelang ihm schließlich, die Aufmerksamkeit der Mitarbeiter Koenigs von Sanktionsmöglichkeiten gegenüber der Professorenschaft weg- und auf allgemeine beamtenrechtliche Bestimmungen hinzulenken. Übrig blieb von dem Versuch, potentiell unbotmäßigen Dozenten mit dem Damoklesschwert der Absetzung zu drohen, Laffons präzisierende Ausführung an die Adresse der Landesgouverneure, daß Berufungen ausschließlich nach Zustimmung der DEP erfolgen durften. Größte Wachsamkeit sei in dieser Frage angebracht, da man deutscherseits wohl gelegentlich vollendete Tatsachen zu schaffen gedenke[65].

Solchen Mißtrauens ungeachtet, verfügte Laffon am 7. Oktober 1945 die Wiederaufnahme des akademischen Lehrbetriebs[66]. Während in Tübingen am 15. Oktober mit einem Festakt der gesamte Unterricht beginnen konnte[67], erwies sich in Freiburg zunächst nur die Einweihung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät als möglich. Geistes- und Naturwissenschaftler sowie Mediziner in der kriegsgeschädigten Stadt konnten erst Ende November bzw. Anfang Dezember 1945 ihre Tore den Studenten öffnen[68].

Zwischen Fundamentalkritik und Verteidigung der bestehenden Universitäten

Schmittlein wurde lange Zeit nicht müde, in grundsätzlichen Ausführungen auf das retardierende Moment hinzuweisen, das die „alten, verknöcherten, allerdings ehrbaren" und nicht absetzbaren Professoren im Austauschprozeß der deutschen Eliten darstellten[69], und grollend die schnellstmögliche Entfernung jener „Hohepriester des deutschen Nationalismus" herbeizuwünschen, „die noch immer unerschütterlich auf ihren Lehrstühlen thronen und behaupten, nie Nationalsozialisten gewesen zu sein, obwohl sie am Nationalsozialismus immer nur den Sozialismus abgelehnt haben"[70]. Besonders ärgerte ihn die hartnäckige Opposition gegen französische Vorstellungen bei Gelehrten, deren politisch unbelastete Vergangenheit ihnen gestattete, der Besatzungsmacht die Stirn zu bieten[71]. Anfang 1946 beklagte er – in einem Begründungszusammenhang, dessen Implikationen noch zu erörtern sind – die „moralische Unzulänglichkeit der Universitäten Tübingen und Freiburg", von der sich nach sechsmona-

[64] „Note d'information" des Zivilkabinetts vom 28.9.1945; ferner AOFA, AC 105,A, Maurice (Sauzin) an den Direktor der Innenabteilung vom 28.9.1945, No. 388/EDU/E.

[65] AOFA, AC 65,2, Laffon an die Délégués Supérieurs, „Rappel des directives générales du 24 août [...]" vom 8.10.1945, No. 439/DGAA/EDU; ferner sein Berichtigungsschreiben vom 27.10.1945.

[66] Vgl. Arrêtés No. 12 und 13 vom 7.10.1945, in: JO-CCFA vom 30.10.1945.

[67] Vgl. Wiedergeburt des Geistes, S. 130ff.

[68] AOFA, AC 105,3, Freiburgs Gouverneur Schwartz (bzw. Universitätskurator Lacant) an die DEP am 21.11.1945, No. 899/EDU; hierzu auch Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 65f. und 255ff.

[69] AOFA, AC 67,1, „Rapport sur l'activité de la D.E.P." vom 12.7.1947, No. 7848/DGAA/EDU.

[70] AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, P. XC 24, XC 2–8, Schmittleins Denkschrift „La rééducation du peuple allemand" vom 27.1.1948, No. 10711/DGAA/EDU; abgedruckt in: Vaillant (Ed.), La dénazification, S. 139ff., hier S. 146; ders. (Hrsg.), Französische Kulturpolitik, S. 161ff., hier S. 172.

[71] AOFA, AC 67,1, „Rapport sur l'activité de la D.E.P." vom 4.7.1947, No. 7723/DGAA/EDU.

tigen Erfahrungen auch die größten Optimisten hätten überzeugen lassen müssen[72]. Seiner Behörde könne die Umerziehung der künftigen deutschen Eliten in Verwaltung und freien Berufen nicht gleichgültig sein. Bei einem solchen Vorhaben sei jedoch mit Unterstützung durch die alten Universitäten, wo man bisher auf unüberwindbare Widerstände stoße, nicht zu rechnen. Die Hauptursache sah Schmittlein in der nationalistischen Einstellung der meisten Professoren, während die wenigen „gesunden" Glieder des Lehrkörpers schon deshalb „kaum brauchbar" für das Umerziehungswerk seien, weil sie sich in eine apolitische Haltung geflüchtet und in den Elfenbeinturm ihrer Wissenschaft zurückgezogen hätten oder aus Korpsgeist selbst stark belastete Kollegen deckten. Die hierarchischen Strukturen, das auf Vereinzelung angelegte Studiensystem und die starren, persönliche Abhängigkeiten fördernden Karrieremuster an den deutschen Hochschulen machte er für geistige Enge und charakterliche Biegsamkeit, für die Unterwürfigkeit vieler Professoren gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern verantwortlich. „Die traditionelle deutsche Universität", lautete Schmittleins kategorisches Verdikt, „ist zum Anachronismus in der modernen Welt geworden. Sie stellt einen wahren Fremdkörper inmitten des Volkes dar." Die bis 1933/34 erfolgreich verteidigte Rechtsautonomie, die die Universitäten nach der Gleichschaltung im Dritten Reich jetzt zurückforderten, habe einerseits ihre Angehörigen immer weiter vom Volk entfernt und für jeglichen belebenden Einfluß unzugänglich gemacht, andererseits nach Hitlers Machtübernahme die Nazifizierung der Geister keineswegs verhindert. So betrachte heute jeder fortschrittlich denkende Mensch die alte Universität als ein „Fossil". Für Schmittlein lautete die Folgerung aus diesem Befund, daß eine Erneuerung der Universitäten Tübingen und Freiburg ihre vorherige Schließung („suppression") beinhalte[73].

Dem Doyen der französischen Germanistenzunft und einflußreichen Pariser Deutschlandexperten Vermeil muß Schmittlein mit diesem unerbittlichen Urteil aus der Seele gesprochen haben. „Deutschlands Umgestaltung", lautete dessen Credo, „hängt zum großen Teil von den Universitäten ab. Wenn hier einiger Pessimismus angebracht ist, muß man wissen, warum, und darf sich keinen falschen Hoffnungen hingeben." Die Begründung lag für Vermeil auf der Hand. Die Geschichte der deutschen Hochschulen stelle „eine der Hauptepisoden in der Verpreußung Deutschlands" dar. Die meisten deutschen Professoren bildeten eine „besondere Kaste", die sich aus sich selbst heraus rekrutiere und aus wahren „Gelehrtendynastien" bestehe, vergleichbar den Junker- und Industriellendynastien. Da hier, anders als in Frankreich, kein direkter Aufstieg vom Gymnasiallehrer zum Professor möglich sei, habe sich die Demokratisierung des akademischen Lehrkörpers auch in der Weimarer Republik nicht durchgesetzt. Schließlich machte Vermeil, der Calvinist vom Genfer See, die überwiegend lutherische Erziehung der deutschen Professoren für ihre Neigung verantwortlich, zwischen Wissenschaft und Politik streng zu trennen und als treue Staatsdiener sich jedem Regime zu unterwerfen oder – wie in Weimar – der nationalistischen „Reaktion" anzuschließen, sofern nur die bestehende Elite begünstigt werde. Auch nach der zwangsläufig unvollständigen „dénazification épurative" der südwestdeutschen Uni-

[72] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 3b, Schmittleins Memorandum „Réouverture de l'Université de Mayence. Exposé des motifs" vom 25.2.1946, No. 1644/DGAA/EDU; abgedruckt in: Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 151 ff.

[73] Ebenda.

versitäten sehe man sich einer Professorenkaste gegenüber, die „von der Ideologie des altpreußischen, unitaristischen und militaristischen Deutschlands durchdrungen" sei[74].

Soweit stimmten die holzschnittartigen Analysen Schmittleins und Vermeils im Grundsatz überein. Besonders in Situationen, in denen der Erziehungsdirektor gegenüber konkurrierenden Instanzen der Besatzungsverwaltung auf ungeschmälerten Kontroll- und Interventionsbefugnissen bestand, vertrat er seine Auffassung mit Vehemenz. In der täglichen Praxis jedoch nahm sich die Hochschulpolitik der DEP wesentlich konzilianter aus, als dies aufgrund solcher Verlautbarungen zu erwarten gewesen wäre. Abgesehen vom Zwang zu interalliierten Rücksichtnahmen, bieten sich mehrere interne Faktoren als Erklärung an. Ein resignativ-pessimistischer Zug ließ Schmittlein an der Möglichkeit einer Umerziehung bei den über 30jährigen Deutschen und am raschen Erfolg einer geistigen Klimaveränderung an den alten Universitäten zweifeln. Im Interesse der deutschen Jugend aber, in die er große Hoffnungen und einiges Vertrauen setzte, sollte der akademische Lehrbetrieb möglichst unbeeinträchtigt weitergehen. Schmittleins engste hochschulpolitische Mitarbeiter, Abteilungsleiter Sauzin und seine jungen Germanistenkollegen Cheval und Lacant, vertraten eine eher moderate, verständnisvolle Linie, plädierten für ein vorsichtiges, behutsames Vorgehen, das deutsche Universitätstraditionen zu wahren und radikale Eingriffe zu vermeiden trachtete. In diesem Sinne waren ihre Berichte für Schmittlein abgefaßt und prägte sich dessen Bild von der hochschulpolitischen Entwicklung. Demgegenüber sahen sich Freiburg und Tübingen – und mit ihnen die für ihre Überwachung zuständigen Kuratoren – schon bald in der Schußlinie deutscher wie französischer Kritiker, die stärker als Sauzins Equipe die fortbestehende Universität in Frage stellten und radikalere Maßnahmen zu ihrer Veränderung, zumindest aber ihre Ausschaltung als Gefahrenpotential forderten. Der Chor solcher Stimmen fand zeitweilig erhebliche Resonanz auch in ausländischen Presseorganen. Zur Abwehr derartiger Angriffe, die letztlich auf die DEP und die von ihr eingeschlagene politische Linie zurückfielen, sah sich ihr energischer Direktor auf den Plan gerufen. In solchen Fällen ergriff der Ankläger selbst Partei für die von unerwünschter Seite geschmähten Universitäten.

Unter Berücksichtigung dieser komplizierten Gemengelage an Intentionen, Motiven und Machtkalkül findet das bei oberflächlicher Betrachtung diffus und widersprüchlich wirkende Gesamtbild der französischen Universitätspolitik seine Auflösung in klarere Konturen. An einem Beispiel sei dies demonstriert. Freiburgs Kurator Lacant wurde im November 1945 beauftragt, dem badischen Gouverneur Schmittleins Antwort auf eine kritische Anfrage zu übermitteln. Unter Hinweis auf die Bedeutung der Universität als Ausbildungsstätte der angehenden deutschen Herrschaftselite sollte Lacant das Vorrecht der Militärregierung verteidigen, in Ausnahmefällen selbst Ernennungen im akademischen Lehrpersonal vorzunehmen. In Freiburg, ließ Schmittlein dem Gouverneur ausrichten, gebe es einige Professoren, die zwar nachweislich keine Nationalsozialisten waren und daher moralisches Ansehen genossen, gleichwohl als „wenig vertrauenerweckend" gelten könnten. Da man deutscherseits bei Berufungen zudem auf Kosten politischer Integrität die wissenschaftliche Qualifikation und das akademische Kooptationsrecht überbetone, erschien es der DEP angebracht, in

[74] Vermeil, Les Alliés, S. 614ff.

zwei oder drei herausragenden Berufungsfällen ein Exempel zu statuieren, sofern auf dem Wege des Überzeugens nichts zu erreichen sei[75]. Diese Argumentation, die im Kern Schmittleins Ausführungen über die „moralische Unzulänglichkeit" der althergebrachten Universitäten vorwegnahm, richtete sich einerseits gegen die Bastion der „preußisch-protestantischen" Professorenschaft, andererseits auch gegen sich abzeichnende Widerstände seitens der *Délégation Supérieure*[76]. Zwei Monate später, ebenfalls in einem Aktenvermerk für den Freiburger Gouverneur, schlug Lacant freilich andere Töne an, nahm er die Studentenschaft gegen Angriffe von außen in Schutz, verwies er auf deutsche Gegner der Universität und deren oftmals eigennützige Denunziationen. Man müsse illusionslos, jedoch nicht hoffnungslos sein, da die wiedereröffnete Alma mater zwar Gefahren berge, aber auch die Chance eines langsamen Einstellungswandels eröffne[77]. Zwar dürfte hier der Hochschuloffizier ohne Rücksprache mit Baden-Baden Stellung bezogen haben, doch entsprach diese Argumentation auch den Auffassungen seiner Vorgesetzten in der DEP. In diesem Fall sollte eine Infragestellung des eigenen Vorgehens, der Wiedereröffnung der Universität, durch Kritiker abgewehrt werden, die offenkundig weitergehenden Reformvorstellungen anhingen. Daher mußte die Funktion einer großmütigen, nur diskret lenkenden Hochschulpolitik für die künftige Sicherheit Frankreichs in Erinnerung gerufen werden. Dies schloß indes nicht aus, daß sich der Freiburger Kurator wegen seiner nachsichtigen Haltung und seines großen Vertrauens in einige Autoritäten der badischen Universität gelegentlich Vorwürfe aus Baden-Baden einhandelte, zumal wenn alliierte Hochschulkontrolleure in Berlin oder parlamentarische Emissäre aus Paris auf die „Laxheit" der französischen Entnazifizierungspraxis aufmerksam wurden und kritisch auf angebliche Versäumnisse hinwiesen[78].

Zur selben Zeit faßte Lacants Tübinger Kollege die Eindrücke der ersten Monate seiner Kontrolltätigkeit in einem ausführlichen Bericht zusammen. Cheval machte aus der Enttäuschung anfänglicher Hoffnungen kein Hehl und zeigte sich als einer jener desillusionierten Optimisten, auf die Schmittlein sich wenig später berief, um die „moralische Unzulänglichkeit" der bestehenden Universitäten zu beklagen. Drei Momente führte der Hochschuloffizier für diese Entwicklung an. Die Professorenschaft denke in ihrer Mehrheit deutschnational und stehe Frankreich reserviert gegenüber. Sie verschanze sich hinter ihrer Forschungstätigkeit, um so schnell wie möglich „zur Tagesordnung" überzugehen. Von ihr sei kein konstruktiver Beitrag zur Umerziehung

[75] AOFA, AC 105,A, Lacants Aufzeichnung für Gouverneur Schwartz vom 9.11.1945, No. 766/EDU; abgedruckt in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 259. Auf dieses Dokument angesprochen, erklärte Lacant, daß er lediglich die Stellungnahme Schmittleins wiederzugeben hatte; in: ebenda, S. 90.

[76] AOFA, AC 68, verschiedene Hinweise auf Kompetenzkonflikte zwischen Schmittlein bzw. dem Schulkontrolleur in Baden und der Freiburger Délégation Supérieure seit September 1945.

[77] AOFA, AC 105,3, Lacants Aufzeichnung für Schwartz vom (?).1.1946, No. 1527/EDU. Der Anlaß für diese Stellungnahme ließ sich nicht ermitteln.

[78] Dies erklärte Lacant in einer Diskussionsrunde beim Kolloquium des Freiburger Frankreich-Zentrums zur „Präsenz Frankreichs in Deutschland nach 1945" am 8.5.1991; ähnlich in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 8 und 88. Aufschlußreich erscheint sein Bemühen, auf einen anderen Posten im Ausland versetzt zu werden, das er am 23.9.1947 mit einem Bewerbungsschreiben an die DGRC (Joxe) kundtat; in: MAE, Rel. Cult., 1945–47/45. Vgl. die entgegengesetzte Einschätzung Lacants bei Grohnert, Entnazifizierung, S. 140.

der Jugend im Sinne demokratisch-humanistischer Ideale zu erwarten. In Opposition zu dieser „Majorität der Lauen und Schwachen" befand sich nach Cheval eine „kleine Minderheit radikaler Anti-Nazis", die zwar als Gegengewicht zu den reaktionären Elementen, aber keineswegs als verläßliche Partner der Militärregierung anzusehen seien und nicht in Schlüsselstellungen gebracht werden dürften, da sie doch nur persönliche Ressentiments pflegten. Am interessantesten schien dem französischen Germanisten eine dritte Gruppe in der Tübinger Professorenschaft, vorwiegend jüngere Gelehrte, die dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstanden und nach neuen – christlichen, humanistischen, demokratischen – Werten suchten. Diese Fraktion könne auf die Förderung durch den provisorischen Regierungschef und Landesdirektor für Kultus, Erziehung und Kunst Südwürttembergs, den musisch interessierten und literarisch gebildeten Juristen und SPD-Politiker Carlo Schmid, zählen[79]. Als „geistige Führer" der Studentenschaft, als professorale „Stars" außerhalb dieser drei Gruppierungen benannte Cheval schließlich den vor kurzem nach Tübingen berufenen Religionsphilosophen Romano Guardini, den katholischen Theologen Theodor Steinbüchel und dessen protestantischen Amtskollegen Helmut Thielicke. (Thielicke hatte allerdings bereits zu diesem Zeitpunkt das größte Mißtrauen des jungen Franzosen erregt und mußte sich eine Überwachung seiner Vorlesungen gefallen lassen.) Zählte der Kurator die Haltung der Professorenschaft zu den Ursachen der unerfreulichen Entwicklung, so stellten in seinen Augen die 3300 Studenten nur einen begünstigenden Faktor dar. 80 Prozent von ihnen bildeten eine amorphe Masse lernbegieriger, apolitischer, Frankreich indifferent gegenüberstehender Nachwuchsakademiker; zehn Prozent seien als Demokraten, neun von hundert hingegen als Verteidiger der militärischen Macht Deutschlands und ein Prozent schließlich als überzeugte Nazis anzusehen. Um die studentische Jugend für Frankreich und die Demokratie zu gewinnen, müßten Maßnahmen zur Sicherung ihrer materiellen Lebensumstände und zur Auffrischung des geistigen Klimas ergriffen werden. Ohne die alten, „chauvinistischen und kriegerischen" Korporationen wiederzubeleben, gelte es, eine „mittlere Lösung" für das Problem studentischer Vereinigungen und Organisationsformen zu finden. Von der Wiederaufnahme des politischen Lebens erhoffte Cheval einen günstigen Einfluß auf die Mehrzahl der Studierenden, da sie zur Stellungnahme in existentiellen Fragen der Gegenwart gezwungen würden.

Schließlich machte der Hochschuloffizier die Haltung der Besatzungsmacht für die Entwicklung an der württembergischen Universität mitverantwortlich. Die gewalttätigen Übergriffe der Truppen in den ersten Wochen der Okkupation, stellte er schonungslos fest, wirkten noch immer nach und trübten das Bild französischer „belle humanité". Auch das von manchen mit der Gestapo verglichene Polizei- und Spitzelsystem der *Sûreté* trage nicht zur Sympathie für Frankreich bei[80]. Insgesamt müsse die

[79] Zur überragenden Rolle Carlo Schmids vgl. Eschenburg, Aus den Anfängen; Konstanzer, Entstehung, S. 20ff.; Munro, University, S. 197ff.; Wiedergeburt des Geistes, S. 85ff.; die Beiträge von Eschenburg, Schmid, Auerbach und Hirscher in: Knipping/Le Rider (Hrsg.), Frankreichs Kulturpolitik, S. 293ff.; Hirscher, Carlo Schmid, S. 8ff.; Auerbach, Die politischen Anfänge.

[80] Den fatalen Eindruck, den das Auftreten der Staatssicherheitsdienste und des Militärs in und außerhalb der Universität hervorrief, betonten Cheval und Falkenburger noch rückblickend in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 149f. und 152.

beengte Stadt von einem beträchtlichen Teil des Besatzungspersonals entlastet werden, um für Entspannung zu sorgen. Andererseits konnte Cheval darauf verweisen, daß auf geistig-intellektueller Ebene bereits fruchtbare Kontakte zwischen Franzosen und Deutschen geknüpft worden waren. In dieser Richtung, so seine Folgerung, sollten die Bemühungen weitergehen. „Frankreich muß sich entschließen, seine geistigen Erzeugnisse zu exportieren, in welcher Form auch immer." Zeitschriften und andere kulturelle Druckerzeugnisse, Theaterstücke und Filme, Vorträge französischer Gelehrter sollten die Deutschen mit allen Aspekten des geistigen Lebens im Nachbarland vertraut machen. Mit politischem Scharfblick schloß der junge Germanist seinen umfangreichen Bericht vom 1. Februar 1946: „Das Hochschulproblem ist nicht unabhängig von anderen Problemen, die sich aus der französischen Besatzung ergeben. Man sollte keine Scheingefechte austragen. Frankreich muß sich in positiver Weise hervortun. Der Nationalsozialismus ist tot, aber sein Sturz hat eine große Leere hinterlassen. Davon, wie Frankreich dieses Vakuum zu füllen versteht, hängt der Erfolg der Besatzungspolitik ab."[81]

Schmittlein selbst wollte nicht zulassen, daß andere Instanzen ihn mit kritischen Einwänden gegen die Universitäten gleichsam überboten. Zu gezielten Vorwürfen aus der Umgebung Laffons gegen Tübingen um eine Stellungnahme gebeten, ergriff er – fast zeitgleich mit seinen eigenen, im Zusammenhang der Mainzer Neugründung vorgetragenen Attacken auf die „moralisch unzureichenden" und „anachronistischen" Hochschulen – Partei für die an den Pranger gestellte Universität[82]. Deren Existenz schien kurz nach ihrer Wiedereröffnung bereits gefährdet, da unter Franzosen Stimmen laut wurden, die in Anbetracht des „mauvais esprit" bei Professoren und Studenten unverhohlen von einer Schließung der schwäbischen Universität sprachen[83]. Solche Erwägungen kursierten um die Jahreswende 1945/46 als Gerücht in den höchsten Gremien der Pariser Sorbonne und drangen an die Ohren Vermeils[84]. Noch als sich der prominente Germanist im Juni 1946 in die französische Zone begab, um auch vor einer Tübinger Zuhörerschaft über die Humanität im Werke Goethes zu sprechen[85], warnte ihn ein Mitarbeiter Laffons in Baden-Baden vor dem „Hexenkessel", der ihn in

[81] AOFA, AC 109,3, Chevals „Rapport général sur l'Université [Tübingen]" vom 1.2.1946.

[82] AOFA, AC 107,1, Schmittleins Aufzeichnung für Laffon vom 19.2.1946, No. 1598/DGAA/EDU, in der er zu (nicht ermittelten) Vorwürfen Stellung bezog.

[83] In Tübingen scheinen solche Überlegungen nicht in ihrer vollen Tragweite bekanntgeworden zu sein, obwohl am 14.12.1945 der Chef der Sûreté einem Mitglied des Staatssekretariats „seine ernste Besorgnis über die Haltung der Tübinger Studentenschaft in politischer Hinsicht ausgedrückt" und betont hatte, „er habe keine speziellen Fälle im Auge, wenn er auch über einzelne Vorgänge sowie über das Bestehen einzelner sehr reaktionärer Zirkel informiert sei. Er fürchte, wenn es so weiterginge, zum Eingreifen gezwungen zu sein, was er gern vermeiden würde"; zitiert in: Munro, University, S. 226.

[84] AOFA, AC 107,1, Brief (vermutlich des Vorsitzenden der Pädagogischen Studienkommission im Pariser Erziehungsministerium, Zink) an Irène Giron vom 5.1.(?)1946 (handschriftlich korrigiert: „février?"): Vermeil lasse Madame Giron angesichts der Gerüchte um die Schließung der Universität Tübingen, von der in der letzten Ratssitzung der Sorbonne die Rede gewesen sei, bei nächster Gelegenheit um eine Unterredung bitten. Möglicherweise handelte es sich um die Sitzung des Conseil de l'Université am 4.2.1946, von der ein Protokollauszug in AN, AJ 16/6957 überliefert ist.

[85] AOFA, AC 60,3, Chevals Monatsbericht für Juni 1946.

der württembergischen Universitätsstadt erwarte[86]. Meldungen gleichen Sinnes waren in französischen, schweizerischen und britischen Zeitungen erschienen, so daß sich die DEP genötigt sah, solchen Schreckensvisionen intern entgegenzutreten[87]. Im Laufe des Sommersemesters 1946 brach dann nach Meinung des Tübinger Hochschuloffiziers eine „neue Ära" in den Beziehungen zwischen der Universität und der Militärregierung an. Der erste Nachkriegsrektor, ein als deutschnational eingeschätzter, sich den Franzosen gegenüber spröde zeigender Germanist, hatte – nicht ohne Einwirkung Chevals – auf eine erneute Kandidatur verzichtet und dem katholischen Theologen Steinbüchel im Rektoramt Platz gemacht. Die Wahl dieses rheinischen Vertreters christlicher Humanität erschien dem Kurator als vielversprechender Einschnitt[88]. Aber auch die französische Politik begann günstige Effekte zu zeigen. Gastvorträge prominenter Gelehrter aus Frankreich, der Besuch General Koenigs und die Ankündigung erster Ferienkurse signalisierten den Tübingern verstärktes Interesse und wirkten dem gegenteiligen Eindruck entgegen, den die Eröffnungsfeierlichkeiten in Mainz und Schmittleins an die Öffentlichkeit gedrungene Äußerungen über die „fossilierte" Tübinger Universität verbreitet hatten[89].

Während Cheval fortan in seinen Monats- und Jahresabschlußberichten beharrlich optimistische Töne anschlug und nicht müde wurde, das wiedergewonnene Renommee der „nouvelle université" hervorzuheben, das er in der moralischen Integrität einiger jüngerer Professoren und dem wissenschaftlichen Gewicht prominenter Neuberufungen verkörpert sah, wollte die externe Kritik nicht verstummen. Einige besonders heftige Attacken der sozialistischen „Basler Arbeiterzeitung" gegen die Freiburger Universität nahm Schmittlein schließlich im Frühjahr 1947 zum Anlaß einer grundsätzlichen Stellungnahme[90]. So wie Cheval jene „kleine Minderheit radikaler Anti-Nazis" unter den Tübinger Hochschullehrern nicht als verläßliche Partner der Militärregierung ansah, weil sie angeblich „doch nur persönliche Ressentiments pflegten", qualifizierte auch der Erziehungsdirektor die Breitseiten aus der Schweiz als Teil einer „Kampagne", die die wahren Zustände bewußt entstelle und deren aus Freiburg stammende Urheber zudem bekannt seien. Namentlich ein führendes Mitglied der badischen Sozialdemokratie, das sich um eine Professur betrogen fühle und nun einen persönlichen Rachefeldzug gegen die Universität führe, meinte Schmittlein als Anstif-

[86] AOFA, AC 109,3, Schmittleins (von Sauzin verfaßte) Aufzeichnung für Laffon vom 2.7.1946, No. 2964/DGAA/EDU. Daß es wahrscheinlich Pierre Grappin war, der Vermeil vor der Situation in Tübingen warnte, legt Sauzins Aufzeichnung über einen Besuch Grappins am 19.6.1946 nahe. Darin zitiert Sauzin seinen Gesprächspartner mit den Worten: „Ein Hexenkessel... A mon avis, il vaudrait mieux fermer Tübingen. Et j'ai envie de le faire. Nous perdons notre temps et notre peine"; in: AOFA, AC 70,1.

[87] Schmittleins (Sauzins) Aufzeichnung für Laffon vom 2.7.1946. Hierin war namentlich von sehr negativen Berichten über die südwestdeutschen Universitäten in „Combat", der „Gazette de Lausanne" sowie im „Manchester Guardian" die Rede.

[88] AOFA, AC 109,3, Chevals Monatsbericht für März 1946 sowie ein undatierter Bericht (von Ende 1946).

[89] AOFA, AC 60,3, Chevals Monatsbericht für Juni 1946.

[90] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 67, C/3/4–1, Laffon (Schmittlein) an CGAAA (undatierte Durchschrift, Eingangsstempel des politischen Beraters in Berlin: 27.5.1947). Anlaß waren Berichte der „Basler Arbeiterzeitung" über die Universität Freiburg vom 17.7.1946 und 1.3.1947, die Frankreichs Botschafter in der Schweiz, Hoppenot, dem Quai d'Orsay übermittelt hatte.

ter dieser Machinationen identifizieren zu können. Fast alle öffentlich angegriffenen Gelehrten nahm er unzweideutig gegen die vorgebrachten Anschuldigungen in Schutz. Nur in einem Fall sah er sich vor ein Dilemma gestellt: dem des Historikers Gerhard Ritter.

Ritter und Thielicke – die *bêtes noires* unter den Professoren

Der lutherische Protestant Ritter, ein frankophober „Hohenzollern- und Bismarck-Verehrer", wie Schmittlein ihn charakterisierte[91], wurde schnell zum Intimgegner und Lieblingsfeind des Erziehungsdirektors, der sich indessen gegen Unterstützung von unerwünschter Seite verwahrte. So wies er zur Abwehr der Attacken in der Basler Zeitung ausdrücklich auf Ritters Beteiligung am Widerstand des 20. Juli 1944, seine Verbindungen zu Goerdeler und anderen Verschwörern hin. „An dem Tag, an dem Herr Ritter, der übrigens Hesse und kein Norddeutscher ist[92], den Ruf an eine Universität außerhalb unserer Zone annimmt, werden wir ihn ohne Bedauern ziehen lassen. Solange er jedoch keinen Streit mit der Militärregierung sucht – und davor wird er sich wohl hüten –, können und dürfen wir ihm nichts anhaben."[93] Ein gewisses Bedauern über die geschickte Anpassung des Historikers, die ihn vorläufig unangreifbar machte, war Schmittlein deutlich anzumerken. Im vorangegangenen Semester hatte Ritter eine Vorlesung über die Ursprünge des Nationalsozialismus gehalten und sich dabei vornehmlich auf Vermeils Untersuchungen über die „Doctrinaires de la Révolution allemande" gestützt. Er bemühte sich also um ein Arrangement mit der Besatzungsmacht, die subtil vorgehen mußte, aber auch keine Gelegenheit auslassen wollte, um ihn „ohne Aufsehen" loszuwerden[94].

Auseinandersetzungen zwischen Ritter und den Franzosen in Freiburg hatte es zu diesem Zeitpunkt bereits gegeben. Im Dezember 1946 zog sich der Geschichtsprofessor den Zorn des badischen *Sûreté*-Chefs zu, als dem ein abgefangener Brief die Tatsache enthüllte, daß sich Ritter ohne französische Genehmigung zu einer Vortragsreise in die britische Zone begeben hatte[95]. Auch die Vorlesung über die Ursprünge des Nationalsozialismus verlief nicht ohne Konflikte. Nachdem Ritter dieses Vorhaben anfänglich hatte aufschieben müssen, regte sich im Herbst 1946 Widerstand auf deutscher Seite, als bekannt wurde, daß sein Kolleg nun genehmigt sei. Der Pfarrer, kommunistische Staatsrat und Landtagsabgeordnete Erwin Eckert protestierte beim *Délégué Supérieur* im Namen der badischen Linksparteien dagegen, daß ein „Bismarckianer, Nationalist und Reaktionär" dieses Thema vor den Studenten behandle. Mit dem Universitätskurator einigte man sich schließlich darauf, daß der Professor sein Vortragsmanuskript zuvor überprüfen lassen müsse. Als Ritter sich darüber hinwegzuset-

---

[91] Ebenda.

[92] Im Artikel der Basler Zeitung vom 1.3.1947 war Ritter – mit Blick auf die Ressentiments der mehrheitlich katholischen Badener gegen die angeblich dominierende „preußische" Fraktion an der Freiburger Universität – als „Norddeutscher" bezeichnet worden. Vgl. hierzu Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft, S. 217 f.

[93] Laffon (Schmittlein) an CGAAA (Eingang in Berlin: 27.5.1947); vgl. auch die Bemerkungen bei Blänsdorf, Gerhard Ritter, S. 2.

[94] Laffon (Schmittlein) an CGAAA (Eingang in Berlin: 27.5.1947).

[95] AOFA, AC 60,4, Sauzins Aufzeichnung für Schmittlein vom 17.12.1946.

zen versuchte, wurde ihm die Suspension der Vorlesung angedroht[96]. Der konservative Gelehrte gewann den Eindruck, daß in Freiburg „dem Wirken eines nationalen deutschen Historikers bestimmte Grenzen gezogen" waren und er einen Weggang ins Auge fassen müsse[97]. Wachsam geworden, wollten sich die Hochschulkontrolleure der DEP nun nicht mehr allein auf die Vorzensur seines Manuskripts verlassen, sondern beauftragten französische Studenten, Ritters Ausführungen im Hörsaal zu protokollieren. Auch wenn ihre Berichte uneingeschränkt positiv ausfielen und zu keinerlei Vorbehalten Anlaß gaben[98], konnte Schmittlein seine Abneigung gegen Ritter nie überwinden. Noch im Herbst 1948 betrachtete man in der DEP seine mögliche Wahl zum Rektor der Freiburger Universität als „Katastrophe"[99].

Den Höhepunkt des Konflikts bildete eine persönliche Unterredung der Kontrahenten im Juni 1949, die im Zusammenhang mit der geplanten Neugründung des deutschen Historikerverbands und der Aufnahme deutscher Vertreter in die internationale Historikerorganisation stand[100]. Im Juni 1947 waren das Büro und ein Rumpfausschuß des *Comité International des Sciences Historiques* (CISH) in Royaumont bei Paris zusammengekommen, um den ersten internationalen Nachkriegskongreß der Geschichtswissenschaftler vorzubereiten. Unter dem Schweizer Interimspräsidenten Hans Nabholz und dem vorläufigen Generalsekretär Charles Morazé aus Paris beschloß der Rumpfausschuß, die Fachkollegen der ehemaligen Kriegsgegnerstaaten, anders als nach dem Ersten Weltkrieg, nicht aus dem Weltverband auszuschließen. Zur Hauptversammlung im April 1948 in Paris wurden Deutsche und Japaner zwar noch nicht eingeladen, doch verstand man in deutschen Historikerkreisen Berichte über die Zusammenkunft als Signal, um über die baldige Entsendung einer eigenen Delegation nachzudenken. Diese Überlegungen trugen dazu bei, daß es im Oktober 1948 bei einer Versammlung führender Geschichtswissenschaftler in München zum Gründungsaufruf für den Verband der Historiker Deutschlands kam, an dem auch Gerhard Ritter beteiligt war[101]. Die endgültige Neukonstituierung erfolgte im September 1949 beim ersten deutschen Historikertag nach dem Krieg. Daß hier der kommissarisch präsidierende Ritter „fast einstimmig zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt" wurde[102], konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß seine Person auch unter Fachkollegen umstritten war und die von ihm betriebene Verbandsgründung nicht ohne Widerspruch

[96] Ebenda, Sauzins Aufzeichnung für Schmittlein vom 10.12.1946; Schwabe/Reichardt (Hrsg.), Gerhard Ritter, S. 408; zu Eckert ebenda, S. 414.

[97] Ritter an Rassow im Februar 1947, zitiert nach Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft, S. 163.

[98] AOFA, AC 60,4, Lacants Aufzeichnung für Daty vom 14.3.1947, No. 1308/UN; AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 67, C/3/4–1, Laffon (Schmittlein) an CGAAA (Eingang in Berlin: 27.5.1947). Lacant und Schmittlein beriefen sich nicht auf die Vorzensur des Ritterschen Manuskripts, sondern auf Informationen französischer Studenten, die sich anerkennend über die Vorlesung geäußert hatten.

[99] AOFA, AC 60,4, Sauzins Aufzeichnung für Schmittlein vom 16.9.1948.

[100] Vgl. zum Folgenden Erdmann, Ökumene, S. 261ff.

[101] Vgl den Gründungsaufruf, in: HZ 169 (1949), S. 226f.; hierzu Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft, S. 160ff. Seine Ausführungen widersprechen Erdmanns Aussage, es habe sich im Oktober 1948 um einen „spontan" gefaßten Entschluß gehandelt; in: Ökumene, S. 275.

[102] Erdmann, ebenda.

blieb[103]. Dessenungeachtet wandte sich Ende April 1949 der Präsident des französischen Nationalkomitees im CISH, Robert Fawtier, an Ritter[104]. Der Sorbonne-Mediävist hatte im internationalen Historikerverband durchgesetzt, daß zu einem für Spätsommer 1950 in Paris geplanten Kongreß deutsche Teilnehmer „mit absolut tadelloser Vergangenheit" einzeln, nicht als Gruppe eingeladen werden sollten. Fawtier forderte Ritter nun auf, eine Vorschlagsliste mit Namen vorzulegen. Als Schmittlein hiervon erfuhr, sah er sich zum Eingreifen veranlaßt. Er hielt dem Freiburger Historiker entgegen, daß er als Vorsitzender eines offiziell noch nicht existierenden, in der französischen Zone jedenfalls nicht zugelassenen Verbandes keinesfalls befugt sei, die erbetene Namensliste zu erstellen und zu verbreiten[105]. Am 15. Juni wurde Ritter ins Hotel Stephanie nach Baden-Baden bestellt, um eine dreistündige Generalabrechnung über sich ergehen zu lassen[106]. Die nach Ritters Worten „in sehr höflicher und liebenswürdiger Form" geführte Unterredung hinterließ bei dem Geschichtsprofessor eine „tiefe, um nicht zu sagen lähmende Depression", als ihm bewußt wurde, welch negativen Eindruck sein Werk bei einem „geschichtskundigen, wissenschaftlich gebildeten Franzosen in hoher verantwortlicher Stellung" hervorgerufen hatte[107]. Insbesondere zwei Schriften erregten Schmittleins heftiges Mißfallen, ein „Feldpostbrief" an Freiburger Studenten aus dem Jahre 1942 („Zur politischen Psychologie des modernen Frankreich") und ein publizierter Vortrag von 1937 über den „Oberrhein in der deutschen Geschichte". Im Verfasser dieser Arbeiten sah der Leiter der DEP einen „leidenschaftliche[n] Hasser Frankreichs, der aus nationalistischer Selbstüberhebung und reinem Ressentiment schreibt und redet", dessen öffentliches Ansehen in Deutschland im wesentlichen darauf beruhte, „daß [er] einer nationalistischen Reaktion [...] den Rücken steife", und der sich in dieser reaktionären Haltung „geistesverwandt, mit einem französischen Nationalisten" (Fawtier) getroffen habe, um das Internationale Historikertreffen in Paris entsprechend zu beeinflussen[108]. Von Ritter eingeschaltet, bat Fawtier den führenden französischen Historiker der internationalen Beziehungen, Pierre Renouvin, um ein Gutachten zu den inkriminierten Schriften des Freiburger Kollegen. Renouvin bescheinigte Ritter zwar, Nationalist zu sein, doch wollte er die beiden Texte nicht als ausreichende Begründung ansehen, um ihren Verfasser von der Teilnahme am Pariser Kongreß auszuschließen[109].

Schmittlein beharrte indessen auf seiner ablehnenden Haltung und veranlaßte im

[103] Vgl. Schulze, ebenda, S. 164ff., 180 und 278; Schumann, Gerhard Ritter, passim.

[104] Vgl. Schulze, ebenda, S. 179; Erdmann, ebenda, S. 276; Schumann, ebenda, S. 405; zu Fawtier: Erdmann, ebenda, S. 260 und 268.

[105] Vgl. Schulze, ebenda, S. 168; Erdmann, ebenda; Schumann, ebenda, S. 406.

[106] Ritter berichtete seinen Vorstandskollegen im Historikerverband ausführlich über diese Auseinandersetzung mit Schmittlein; vgl. Schulze, ebenda, S. 169; Ritters Schreiben an die Vorstandskollegen vom 9.5.1949, in: Schulze, „Mainzer Paradoxon", S. 48f.

[107] Dies und das Folgende in einem nicht abgesandten Schreiben Ritters an Schmittlein vom 16.6.1949, in dem er zur Unterredung vom Vortag nochmals Stellung bezog; in: Schwabe/Reichardt (Hrsg.), Gerhard Ritter, S. 452ff. Eine Aufzeichnung der DEP über diese Unterredung wurde nicht ermittelt.

[108] Ebenda. Daß Ritters Wahrnehmung der Einschätzung Schmittleins im Kern zutraf, bezeugt Bérards Schreiben an Frankreichs Botschafter in der Schweiz vom 7.10.1949; in: MAE, Europe 1949–55/Allemagne/447, fol. 111ff., No. 364/HC/CAB.

[109] Vgl. Auszüge aus Renouvins Stellungnahme bei Erdmann, ebenda, S. 276.

Oktober 1949 den stellvertretenden Hochkommissar Bérard, über Frankreichs Botschafter in der Schweiz den in Zürich lehrenden CISH-Präsidenten Nabholz dafür zu tadeln, daß er angeblich die beim Münchner Historikertag versammelten deutschen Fachkollegen zum internationalen Kongreß eingeladen hatte[110]. Nach Schmittleins Ansicht bedurfte eine solche Geste der Genehmigung durch die alliierten Hochkommissare, die Deutschlands auswärtige Beziehungen überwachten. Zudem müsse die Teilnahme deutscher Historiker an einer Tagung im Ausland unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen erfolgen, um „Zwischenfälle" auszuschließen. Dem Erziehungsdirektor ging es darum, das spätestens seit Gründung der Bundesrepublik fiktiv gewordene Mitspracherecht in kulturpolitisch relevanten Fragen aufrechtzuerhalten. Wie realitätsfremd er dabei argumentierte, zeigt das Beharren darauf, daß seine Behörde die Teilnahme deutscher Historiker am internationalen Kongreß zu prüfen habe, da dieser in Paris stattfinde. Damit sprach er implizit ebenso dem CISH die Selbständigkeit ab, wie er es mit Blick auf die UNESCO tat. Die in Paris ansässige Bildungs- und Kulturkommission der Vereinten Nationen, führte das von Bérard unterzeichnete Schreiben aus, werde in Deutschland lediglich durch Vermittlung der französischen Stellen tätig und trage so der Tatsache Rechnung, daß noch immer die Alliierten die Verantwortung für Deutschlands auswärtige Beziehungen auf allen Gebieten ausübten. Schmittlein bestand darauf, daß die Zukunft der deutsch-französischen Kulturbeziehungen vom Verhalten der deutschen Historiker abhänge und Ausreisegenehmigungen nur nach strenger Überprüfung erteilt werden dürften, um unerwünschte Vorkommnisse zu vermeiden. Ausschließlich die kulturpolitischen Behörden der Alliierten seien zu einer solchen Auslese imstande[111].

Schmittleins deutliche Parteinahme gegen eine bestimmte deutsche Historikerrichtung hatte ihr Korrelativ darin, daß Persönlichkeiten in ihm einen Fürsprecher fanden, die sich vom „Ritter-Club" an den Rand gedrängt sahen, weil sie konkurrierende Interpretationen vertraten und sich eher der süddeutsch-katholisch-antiborussischen Tradition oder einer universalhistorisch ausgerichteten Geschichtsschreibung verpflichtet fühlten[112]. Kontakte ergaben sich bei den seit August 1948 in Speyer stattfindenden internationalen Tagungen zur Revision der Schulgeschichtsbücher, die von der DEP mitorganisiert wurden[113]. Der sich dort herausbildende, von Ritter zunächst beargwöhnte *esprit de Spire* begünstigte schließlich die auch von Schmittlein geförderte Gründung des Instituts für Europäische Geschichte an der Universität Mainz 1950[114]. An dessen Wiege standen insbesondere zwei Paten: der Freisinger Historiker

[110] Bérard an Frankreichs Botschafter in der Schweiz am 7.10.1949. Tatsächlich hatte Nabholz im Oktober 1948 die Gründung des deutschen Historikerverbandes ermutigt; am Historikertag im September 1949 nahm er zeitweilig teil; vgl. Erdmann, ebenda, S. 275.

[111] Bérard an Frankreichs Botschafter in der Schweiz am 7.10.1949.

[112] Vgl. Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft, S. 164f., 173f., 180f., 211ff., 266ff. und 278. Der Ausdruck „Ritter-Club" in einem Schreiben Wilhelm Wührs vom 13.2.1950, zitiert ebenda, S. 278.

[113] Vgl. Schüddekopf, Schulgeschichtsbuchrevision, S. 92; Schulze, ebenda, S. 268 und 273ff. Solche Treffen zwischen Historikern aus Westdeutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Österreich, der Schweiz und den USA fanden im August 1948, Juni 1949, Oktober 1949, Juni 1950 und Mai 1951 in Speyer statt; vgl. die Berichte in: GWU 1 (1950), S. 52f.; 2 (1951), S. 301f.

[114] Vgl. hierzu Schulze, „Mainzer Paradoxon"; Defrance, Die Franzosen.

Wilhelm Wühr und der Bonner Mediävist Fritz Kern. Wühr, der in den 20er Jahren dem katholischen Jugendbund „Neudeutschland" angehört hatte, scharte 1947 einen „Arbeitskreis christlicher Historiker" um sich, der betont überkonfessionell auftrat und sich nicht nur im Gegensatz zum „liberalen Historikerverband" (Wühr), sondern auch zur katholischen Görres-Gesellschaft wähnte[115]. Zu den Teilnehmern der frühen „Arbeitskreis"-Tagungen gehörten einige Mainzer Professoren: neben den Historikern Schieffer, Büttner und Petry der akademische Homo novus Karl Holzamer, der wie Wühr in der katholischen Jugendbewegung der Zwischenkriegszeit aktiv gewesen war und 1946 eine Professur für Philosophie, Psychologie und Pädagogik an der neugegründeten Johannes-Gutenberg-Universität erhielt[116]. Seit August 1948 ergaben sich enge Kontakte des „Arbeitskreises" zu den internationalen Historikertagungen in Speyer, die ebenfalls von einem christlich-abendländischen Geist geprägt waren[117]; und schon bald wurde Wühr mit der Realisierung der dort entwickelten Vorschläge zur Schulbuchrevision beauftragt[118]. Der eigentliche Urheber des Mainzer Instituts war jedoch Fritz Kern. Auf seine universalgeschichtlichen Bemühungen – er begründete das Handbuch „Historia Mundi" – ging die Leitidee der neuen Einrichtung zurück, „der übernationalen und überkonfessionellen Zusammenarbeit von Historikern im Sinne des werdenden Europas zu dienen"[119]. Kern, der am Ende der Weimarer Republik einem deutsch-französischen Ausschuß für Verständigung und Kooperation zwischen Geschichtswissenschaftlern und -lehrern beider Staaten angehört und dabei den katholischen Intellektuellen Jean de Pange kennengelernt hatte[120], bewies im Dritten Reich Zivilcourage und mußte schließlich im Frühjahr 1945 in die Schweiz fliehen. In Speyer lernte er 1948/49 Schmittlein kennen, der ihn um Vorschläge zur „Entgiftung" der deutschen Schulgeschichtsbücher bat[121], und Wilhelm Wühr, dem er die Leitung einer fachdidaktischen Abteilung im geplanten Institut für Europäische Geschichte antrug. Weder Kern noch Wühr erlebten allerdings die Entwicklung ihres Mainzer Kindes. Der eine starb drei Wochen vor, der andere wenige Tage nach Eröffnung der zunächst privaten Stiftung, die seit 1951 eine vom Neuzeithistoriker Martin Göhring geleitete universalgeschichtliche Sektion und eine Abteilung für abendländi-

[115] Vgl. Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft, S. 278.

[116] Zu den Aktivitäten des späteren ZDF-Intendanten Holzamer bei den „Älteren Neudeutschen" und der Zeitschrift „Kreuzfahrt" (seit 1925), als Herausgeber der Monatsschrift „Stimmen der Jugend" (1929–1931) und Mitglied des Reichsjugendausschusses der Zentrumspartei 1930–1933 vgl. Kindt (Hrsg.), Deutsche Jugendbewegung, S. 702, 716, 1771; Henrich, Bünde, S. 176, 184, 197, 200, 204, 206. Holzamer war außerdem als Übersetzer Maritains hervorgetreten und hatte zwischen 1929 und 1931 eine Assistentenstelle an der Universität Bonn innegehabt; vgl. Kürschners Deutscher Gelehrtenkalender 1950.

[117] Vgl. Grégoires Nachruf auf Kern.

[118] Vgl. Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft, S. 266f.

[119] Aus einem Schreiben Kerns vom 19.2.1949, zitiert ebenda, S. 275; vgl. auch ebenda, S. 39, 164f., 212 und 274ff.

[120] Vgl. ebenda, S. 276; du Réau, Jean de Pange, S. 248f.; L'Huillier, Dialogues, S. 112f.

[121] In einer Aufzeichnung für das Generalkommissariat vom 27.10.1949 charakterisierte Schmittlein Kern als „Allemand assez rigide", der sich aber durch seine Bemühungen um die Beilegung des deutsch-französischen Problems auf dem Feld der Geschichtswissenschaft verdient gemacht habe; in: AOFA, CGAAA, C. 59, I.1, No. 00188/HC/DC.

sche Religionsgeschichte unter dem Kirchenhistoriker Joseph Lortz umfaßte[122]. In dem katholischen Reformationsspezialisten sah Schmittlein – der seine *Agrégation* 1932 mit einer Klausur über Martin Luther bestanden hatte – „den einzigen großen modernen Kirchen- und Reformationshistoriker"[123].

Mit dem dritten Speyerer Historikertreffen im Oktober 1949, bei dem französische Deutschlandspezialisten mit deutschen Kollegen sowie Fachleuten aus Belgien, der Schweiz und Nordamerika über „Europa und de[n] Nationalismus" diskutierten[124], schien für Hochkommissar François-Poncet das Eis gebrochen und eine deutsche Teilnahme am internationalen Historikerkongreß in Paris erleichtert[125]. Schmittlein erhielt allerdings seine Vorbehalte gegen den deutschen Verbandspräsidenten Ritter aufrecht. Noch im März 1950 opponierte er – vergeblich – gegen dessen Einladung zu einer in den Niederlanden stattfindenden Fachtagung über den Zweiten Weltkrieg[126]. Auch daß Ritter im Spätsommer desselben Jahres die – auf acht Personen geschrumpfte und in frostiger Atmosphäre empfangene – deutsche Historikerdelegation in Paris anführte, konnte er nicht mehr verhindern[127].

War es in Freiburg der lutherische Historiker, der die Gegnerschaft des Erziehungsdirektors auf sich zog, so schuf sich in Tübingen der protestantische Theologe Thielicke im dortigen Hochschuloffizier einen zeitweiligen Widersacher. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß Cheval nur das aus französischer Sicht gebotene Minimum an Sanktionsmaßnahmen gegen den Theologen einleitete, ihn gegen schärfere Attacken anderer Instanzen aber in Schutz nahm. Thielicke erschien bald nach seiner Ankunft in Tübingen in der Rolle des Enfant terrible, das gegenüber der Besatzungsmacht kein Blatt vor den Mund nahm. Seine öffentliche Vorlesung im Rahmen des „Dies universitatis" über die „religiöse Krise des Abendlandes", die im Wintersemester 1945/46 großen Zulauf fand, löste beim Kurator Beunruhigung aus, und zwar nicht nur, wie Thielicke rückblickend meint, wegen der „magische[n] und dionysische[n] Geladenheit der Atmosphäre", die die Ausführungen des Theologen in der „große[n] Versammlung junger Männer" hervorriefen[128], sondern auch wegen ihrer inhaltlichen Gestaltung. Insbesondere Thielickes Entgegnung auf einen Tübinger Vortrag seines Basler Kollegen Karl Barth im November 1945, in dem dieser die Frage einer deutschen Kollektivschuld aufgeworfen und bejaht hatte, sorgte für erhebliches Aufsehen. Obwohl Thielicke angeblich sein „Temperament zu zügeln bemüht war und betont ruhig sprach, war die allgemeine Erregung so groß, daß jede polemische Pointe [!] einen [ihm] nicht willkommenen Szenenapplaus auslöste, der die anwesenden Vertreter der Besatzungsmacht mit äußerstem Ärger, auch mit einer Art Panik er-

[122] Vgl. Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft, S. 275 f.; Lautenschläger, Joseph Lortz, S. 404 ff.

[123] Schmittleins Aufzeichnung für das CGAAA vom 27.10.1949; vgl. auch die Bibliographie Lortz' bei Lautenschläger, ebenda, S. 518 ff.

[124] Vgl. Europa und der Nationalismus.

[125] AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, P. XC 24, XC 2–4, François-Poncet an die Kulturdirektion im Außenministerium am 28.10.1949, No. 1056/RC.

[126] Ebenda, XC 2–7, Telegramm Bérards an das Außenministerium am 7.3.1950, No. 896.

[127] Vgl. Schumann, Gerhard Ritter, S. 406 ff.; Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft, S. 179 ff., Erdmann, Ökumene, S. 277 ff.

[128] Thielicke, Zu Gast, S. 231 f. Vgl. auch Wiedergeburt des Geistes, S. 155.

füllte"[129]. Unter dem Vorwurf, die Deutschen ungerechtfertigt in Schutz zu nehmen und statt dessen die Alliierten zu attackieren, wurde Thielickes Dies-Vorlesung vorübergehend verboten[130].

Die entstandene Unruhe in der Universitätsstadt hatte entscheidenden Anteil an der hartnäckigen Kritik ausländischer Beobachter und dem damit im Zusammenhang stehenden Gerücht einer Schließung der Hochschule. An der Praxis der DEP, gegenüber außenstehenden Kritikern der südwestdeutschen Universitäten sich schützend vor diese zu stellen, änderte sich allerdings nichts. Vorwurfsvollen Äußerungen französischer Diplomaten in der Schweiz hielt Schmittlein im April 1946 das entwaffnende Argument entgegen, daß die Kontroverse zwischen Thielicke und Barth um die Schuldfrage ein „exzellenter" Vorgang sei, da sie bei den Deutschen die „Lust an der freien Diskussion" wiederbelebe. Zudem sei Thielicke beileibe kein Nazi, sondern „im Gegenteil einer der entschlossensten Widerständler unter den führenden Protestanten" gewesen. Man hob in der DEP hervor, daß weder die Tübinger noch die Freiburger Universität jemals antifranzösische oder antidemokratische Kundgebungen erlebt hätten. Die Haltung ihrer Studenten sei bisher korrekt gewesen[131]. Auch als Ende 1946 ein Schreiben des Pariser Generalkommissariats in Baden-Baden eintraf, in dem die schwere Anschuldigung gegen Thielicke erhoben wurde, er habe in einer öffentlichen Vorlesung die nationalsozialistische Machtübernahme gerechtfertigt, wiegelte Schmittlein erneut mit dem Hinweis auf Thielickes Oppositionshaltung im Dritten Reich ab. Der Theologe habe gegenüber Cheval ehrenwörtlich alle Vorwürfe als unzutreffend zurückgewiesen und bereits in einer früheren Unterredung mit dem Hochschuloffizier Zurückhaltung in der öffentlichen Diskussion „allzu brennender" tagespolitischer Fragen versprochen[132]. Diese Zusage hinderte Thielicke freilich nicht, sich in der Karfreitagspredigt 1947 erneut und auf besonders spektakuläre Weise seine Unzufriedenheit mit der alliierten Besatzungspolitik „vom Herzen" zu reden[133]. Diese Ausführungen hinterließen beim Tübinger Universitätskurator einen höchst ungünstigen Eindruck[134]; aber auch die Reaktion seiner deutschen Landsleute – in etwa sechshundert Zuschriften – mußte Thielicke zu denken geben. „Ein kleiner Teil dankte, weil [er] die Gewissen wieder frei gemacht hätte für eine wirkliche Buße. Ein weiterer kleiner Teil schalt [ihn] einen Konjunkturritter, der auf den Wellen eines aufkommenden Nationalismus zu schwimmen versuche und sein kirchliches Amt verrate. Ein

[129] Thielicke, ebenda, S. 232.

[130] Vgl. ebenda, S. 234. Im „Rapport général sur l'Université" vom 1.2.1946 äußerte Cheval: „Quant à Monsieur THIELICKE, il est doué d'un grand talent oratoire et l'on se presse à ses cours. Professeur de théologie protestante, suspendu par les nazis, il semblerait que l'on pût compter sur lui. Mais il n'en est rien. Les étudiants de Tübingen lui ont donné le surnom de 'Kirchen-Goebbels' et il le mérite à bien des titres. Il cherche trop le sensationnel et l'ironie, pour ne pas être amené de temps à autre à des écarts de language au plus haut point désagréables. Aussi ses cours sont-ils l'objet d'un contrôle particulièrement minutieux"; in: AOFA, AC 109,3. Zum Spitznamen „Kirchen-Goebbels" vgl. Thielicke, Begegnungen, S. 172.

[131] AOFA, AC 107,1, Schmittleins Aufzeichnung für Saint-Hardouin vom 16.4.1946.

[132] AOFA, Laffon, C. 19, EDU 1947/48, Laffon (DEP) an das Generalkommissariat am 2.1.1947, No. 41-ABX.

[133] Thielicke, Begegnungen, S. 49; vgl. auch ders., Zu Gast, S. 247ff. Die Predigt fand in Stuttgart statt und bezog sich nicht nur auf die französische Besatzungspolitik.

[134] AOFA, AC 60,3, Widmers Kabinettschef de Mangoux (Cheval) an die DEP am 9.5.1947, No. 2670/CAB/UNI/RC.

weiterer Teil dankte [ihm] in einer Weise, die [ihn] wiederum erschrecken ließ: Er begriff [Thielickes] eigene Gewissensnot nicht und er übersah [seine] geistlichen Motive. Er hörte nur ein kämpferisches Wort gegen die Alliierten heraus."[135] Für Cheval stand jedenfalls fest, es in dem protestantischen Theologen mit einem jener „Reaktionäre" zu tun zu haben, „die man ohne weiteres als gefährlich bezeichnen kann"[136].

Zum Jahresende 1946 hatte der französische Kurator seine Erfahrungen in eine Reflexion über die Frage gekleidet, wie sich die durch die Säuberungen entstandenen Lücken auffüllen ließen und welche Rückversicherungen es bei der Rekrutierung neuer Dozenten gebe. Angesichts der unumgänglichen Entlassungen im akademischen Lehrkörper habe sich der Besatzungsmacht anfänglich die Option eröffnet, „spektakuläre Ernennungen" von Persönlichkeiten zu betreiben, die sich wegen ihres politischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus ausgezeichnet hatten. Diese Möglichkeit wies Cheval jedoch zurück. Die sogenannten Widerständler seien nämlich oftmals nur aus patriotischen und nationalistischen Motiven in Opposition zum Regime gegangen. Nun verkündeten sie lauthals die Schuld der großen Masse, während sie die eigenen Hände in Unschuld wüschen und daraus die Rechtfertigung für ihre überzogene Kritik an den Besatzungsmächten zögen[137]. Das Mißtrauen der französischen Hochschulkontrolleure gegenüber politisch motivierten Oppositionskreisen im NS-Regime kam hierin deutlich zum Ausdruck. Zwar traf Chevals Verdikt ausdrücklich die nationalkonservativen Verschwörer des 20. Juli 1944, Angehörige der Bekennenden Kirche sowie den Münsteraner Bischof Graf von Galen, dessen entschiedenes Auftreten gegenüber der englischen Besatzungsmacht Kontroversen ausgelöst hatte[138]. Im Grunde aber richtete sich die Skepsis der Erziehungskontrolleure gegen jeden parteipolitisch gefärbten Antifaschismus, auch gegen den des linken Spektrums[139]. Der Nationalsozialismus, resümierte Cheval, wobei er sich der Zustimmung Sauzins und Schmittleins sicher sein durfte, müsse nicht auf dem Feld der Politik, sondern auf geistiger Ebene bekämpft und besiegt werden. Diese Einstellung prägte sein Handeln in entscheidendem Maße; sie war es auch, die ihn einerseits mit dem in die Tagespolitik hineinwirkenden Theologen in Konflikt brachte, andererseits zum gefragten Partner zahlreicher Wissenschaftler machte, die sich angesichts mannigfacher Mangelerscheinungen hilfesuchend an ihn wandten[140]. So entwickelte sich gerade in der schwäbischen Gelehrtenrepublik ein insgesamtes entspanntes, zum Teil sogar vertrauliches Verhältnis zwischen Deutschen und Franzosen, deren intellektu-

[135] Thielicke, Begegnungen, S. 49.

[136] AOFA, AC 109,3, Chevals Monatsbericht für September 1947. Im Rückblick stellte er die Konstellation freilich anders dar; vgl. Cheval, Vergangenheit und Zukunft, S. 256; ders., in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 153 f. Vgl. Chevals insgesamt wohlwollende Charakterisierung bei Thielicke, Zu Gast, S. 231 f.

[137] AOFA, AC 109,3, undatierter Bericht Chevals (von Ende 1946).

[138] Vgl. hierzu Löfflers Einleitung, in: von Galen, Akten, S. LXXIV ff., und die Dokumente ebenda, S. 1102 ff.; Schulz, Nationalpatriotismus; ders., Widerstand; die einschlägigen Beiträge in: Schmädeke/Steinbach (Hrsg.), Widerstand, insbesondere S. 24 ff., 151 ff. und 227 ff.

[139] Es sei an Schmittleins Stellungnahme zu den polemischen Artikeln der „Basler Arbeiterzeitung" gegen die Universität Freiburg erinnert; in: AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 67, C/3/4–1, Laffon (Schmittlein) an CGAAA (Eingang in Berlin: 27.5.1947). Insofern kann die apodiktische Qualifizierung Schmittleins als „zur politischen Linken in Frankreich" gehörend in diesem Zusammenhang irreführen; so Blänsdorf, Gerhard Ritter, S. 2.

[140] Beispiele hierfür in: AOFA, AC 107,1; vgl. auch Wiedergeburt des Geistes, S. 93.

elle und weltanschauliche Affinitäten in weiten Bereichen spürbar sind. Daß andererseits mancher deutsche Professor, Dekan oder Rektor sich ungern von einem noch nicht 30jährigen Franzosen bevormunden lassen wollte[141], bleibt hiervon freilich unberührt.

Auch Schmittlein hat keinen anderen in der französischen Besatzungszone ansässigen Universitätslehrer mit derselben Konsequenz von seinem Wirken abzuhalten versucht wie den Historiker Gerhard Ritter. Den Freiburger Philosophen Martin Heidegger, der wegen seines Verhaltens als Rektor in den Anfangsjahren des Dritten Reiches 1946 Lehrverbot erhielt und in Pension geschickt[142], nach langwierigen Querelen schließlich emeritiert wurde, behandelte die Militärregierung mit Konzilianz, da er den Intellektuellen in ihren Reihen – so auch Schmittlein – als Mann von „außerordentlichem Wert" galt. Von einer zunächst angeordneten Beschlagnahme seiner beachtlichen Privatbibliothek, auf die man an der neugegründeten Mainzer Universität ein begehrliches Auge warf, sah die DEP schließlich ab[143]. Auch konnte die Tübinger Universitätsleitung im November 1945, als über die Neubesetzung des Lehrstuhls für systematische Philosophie zu entscheiden war, eine Äußerung Chevals ins Feld führen, daß „die französische Militärregierung es begrüßen würde", wenn Heidegger nach Tübingen berufen werden sollte. Auf die Gegenfrage des Rektors, „ob dies als Befehl oder lediglich als eine Anregung aufzufassen sei, erklärte [Cheval], es sei nur eine Anregung; selbstverständlich sei die Fakultät in ihren Berufungswünschen vollkommen frei". Die Militärregierung habe nur zum Ausdruck gebracht, daß sie im Falle eines entsprechenden Berufungsvorschlags der Ernennung Heideggers „keinerlei Schwierigkeiten bereiten wolle"[144].

Laffons Sondierungsauftrag im Frühjahr 1947

Nachdem Tübingen seit Ende 1945 ins Schußfeld französischer und ausländischer Kritiker geraten war, sogar negative Schlagzeilen in der internationalen Presse erhalten hatte, kulminierten im Laufe der folgenden zwölf Monate die hochschulpolitischen Konflikte in der französischen Zone derart, daß schließlich die verantwortlichen Kontrolleure der DEP ihre grundsätzliche Linie ernsthaft in Frage gestellt sahen. Der

[141] AOFA, AC 70,1, Anhang zu einem ungezeichneten „Rapport sur le voyage d'une Mission scientifique française en Zone française d'Allemagne (25 mai-1er juin 1948)", verfaßt in Paris am 20.7.1949 [sic], in dem dieser Sachverhalt hinsichtlich der Universität Freiburg erwähnt wird.

[142] Dem Ausschuß zur „politischen Reinigung" an der Freiburger Universität gehörten u. a. Ritter, von Dietze und Lampe an. Während Lampe ein erbitterter Heidegger-Gegner war, erhielt der Philosoph von Ritter Unterstützung. Vgl. Ott, Heidegger und die Universität, S. 104ff.; Schwabe/Reichardt (Hrsg.), Gerhard Ritter, S. 407ff.; Grohnert, Entnazifizierung, S. 136ff.

[143] AOFA, AC 60,4, Schmittlein an Schöningh am 10.9.1947, No. 8575. Der Münchner Verleger hatte sich für Heidegger eingesetzt und insbesondere das Schicksal seiner Privatbibliothek angesprochen. Vgl. Ott, ebenda, S. 115ff. Die DEP bat offenbar Georg Lukács um eine Stellungnahme zu Heideggers Werk; AOFA, AC 332,6, Lukács' Manuskript „Heidegger redévivus (texte inédit, décembre 1947)"; undatierte (nach April 1948 entstandene) Aufzeichnung Lukács' über ein Gespräch mit Heidegger. Vgl. hierzu Goldmann, Lukács und Heidegger.

[144] Aktenvermerk des Tübinger Rektoramtes über eine „Besprechung mit Capitaine Cheval am 6. November 1945", in: Wiedergeburt des Geistes, S. 97.

Zufall wollte es, daß sich Ende 1946 nahezu gleichzeitig in allen drei Universitätsstädten Zwischenfälle ereigneten, die Laffon veranlaßten, eine gründliche Untersuchung des Hochschulwesens anzuordnen. Dem Tübinger Theologen Thielicke warfen Pariser Kreise eine Rechtfertigung der nationalsozialistischen Machtübernahme vor; in Freiburg sorgte die Wiederaufnahme der Verhandlung gegen den Erzberger-Mörder Tillessen für Aufruhr; und in Mainz, wo kurz zuvor die Universität neu begründet worden war, ohrfeigte ein Besatzungsoffizier den Rektor[145]. Mit der Enquête beauftragte der *Administrateur Général* nicht allein die DEP, da er von Schmittleins Dienststelle offenbar keine rückhaltlose Aufklärung der Affären erwartete, sondern auch einen Vertreter seines Kabinetts. Mit differierenden Gutachten rechnete er von vornherein[146]. Zwischen Anfang Januar und Ende März 1947 begaben sich daraufhin Sauzin und als Repräsentant Laffons ein *Administrateur* aus der Innendirektion namens Fritz nach Mainz, Freiburg und Tübingen, um Licht in das Dunkel wechselseitiger Vorwürfe und Verdächtigungen zu bringen und damit – wie Sauzin es formulierte – „der Wahrheit und gleichzeitig der französischen Sache zu dienen"[147]. Sie begnügten sich nicht mit der Befragung leitender Universitätsangehöriger und der französischen Hochschuloffiziere, sondern wandten sich auch an Mitarbeiter der *Délégations Supérieures* sowie an deutsche Politiker und Beamte, um deren Einschätzung zu erkunden[148]. Wie Laffon erwartet hatte, konnten sich die beiden Untersuchungsbeauftragten am Ende nur zum kleineren Teil auf eine gemeinsame Beurteilung einigen.

Im Hinblick auf die Freiburger Universität gelang es Sauzin, seine insgesamt sehr wohlwollende Situationsanalyse weitestgehend durchzusetzen[149]. Die badische Hochschule bemühe sich, ihre Traditionen mit den Erfordernissen der französischen Politik in Einklang zu bringen, sei jedoch von deutschen Kritikern „eilfertig heruntergemacht" worden. Nicht nur hier sah Sauzin Kommunisten und Sozialdemokraten am subversiven Werk; er argwöhnte, daß sie einen gesamtdeutschen Generalangriff auf die Universitäten begönnen. Zwar müsse man einräumen, daß der Anteil von Arbeiter- und Bauernkindern an der Freiburger Studentenschaft minimal sei, vier Fünftel aus besitz- und bildungsbürgerlichen Familien stammten, sich auch mehr ehemalige Wehrmachtsoffiziere unter den Studierenden befänden als in Mainz. Doch letztlich sei der Aussage des Rektors von Dietze zuzustimmen, daß die Geisteshaltung der Hochschüler keine besorgniserregende Entwicklung zeige. Zwar treffe zu, daß sich

[145] Der Vorwurf des Generalkommissariats, Thielicke habe in einer öffentlichen Vorlesung Ende Oktober 1946 die NS-Machtübernahme gerechtfertigt, kam zur Sprache im Antwortschreiben Laffons (Schmittleins) an das CGAAA vom 2.1.1947; in: AOFA, Laffon, C. 19, EDU 1947/48, No. 41-ABX. Zum Tillessen-Prozeß Ende November 1946 vgl. Weinacht, Land Baden, S. 213 ff; zur Auseinandersetzung in Mainz den Untersuchungsbericht Sauzin-Fritz vom 5.4.1947 (Kap. I: Université de Mayence); in: AOFA, AC 70,1.

[146] AOFA, AC 70,1, Laffons Vermerk für Schmittlein vom 26.12.1946, No. 9481-Cab/C; Schmittlein an Laffon am 4.1.1947, No. 5359/DGAA/EDU.

[147] AOFA, AC 70,1, Sauzins und Fritz' Begleitschreiben zum Abschlußbericht ihrer Untersuchung an Laffon vom 5.4.1947.

[148] Ebenda. Die Polemik der früheren Universitätskuratoren, insbesondere Falkenburgers gegen eine (unkritische) Berücksichtigung des Sauzin-Fritz-Berichts bzw. der darin kolportierten Gerüchte erscheint in manchem zwar verständlich, insgesamt aber überzogen; in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 94.

[149] AOFA, AC 70,1, Abschlußbericht Sauzin-Fritz, „II. Université de Fribourg".

unter den Mitgliedern der Philosophischen wie der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät noch immer eine Gruppe „verknöcherter" Professoren („burgraves") befinde, die von der DEP wegen ihrer deutschnationalen, wenig europäisch orientierten oder demokratisch geprägten Einstellung mit großem Mißtrauen beobachtet würden. Allerdings verhielten sich diese „alten Füchse" so schlau, daß ihnen nicht beizukommen sei. Demgegenüber könne man den universitären Gremien bescheinigen, daß sie der Besatzungsmacht ehrliches Entgegenkommen bezeugt hätten. Schließlich werde, so Sauzin, das „Geschrei" der Linksparteien wegen der angeblich zu nachsichtigen Säuberung des Lehrkörpers durch die Statistiken eindeutig widerlegt. Mehr als zwei Drittel der gegenwärtig im akademischen Unterricht Tätigen seien keine NSDAP-Mitglieder gewesen. Auch gebe es Bestrebungen, die weit übertrieben dargestellte „Verpreußung" des Freiburger Dozentenkollegiums durch eine gewisse „Badifizierung" weiter abzubauen. „Die Partie in Freiburg", lautete Sauzins abschließendes Urteil, „ist langwierig und heikel. Unsere Chancen stehen beileibe nicht schlecht. Aber eine Brüskierung, ein gewaltsames Vorgehen würde sie unwiderruflich gefährden."[150] Damit hatte der Germanistikprofessor, der den deutschen Berufskollegen mit großem Verständnis und Wohlwollen begegnete, seine Befürwortung einer die Universitätstraditionen wiederbelebenden, nur vorsichtig korrigierenden Aufsichtsrolle der Franzosen deutlich zum Ausdruck gebracht[151].

Im Falle Tübingens schieden sich die Geister der beiden Gutachter indessen so sehr, daß erst auf Laffons nachdrücklichen Wunsch ein knappes, scheinbar gemeinsam verantwortetes Resümee im Abschlußbericht zustande kam[152]. Während Sauzin in metaphorischer Prosa die friedlich-provinzielle, vergangenheitsorientierte Abgeschiedenheit Tübingens vor Augen führte und hervorhob, daß hier mehrere günstige Faktoren[153] Kritik an der Universität von deutscher Seite nicht hätten aufkommen lassen, schließlich die gütige Missionstätigkeit der Besatzungsmacht beschwor, schlug Fritz weitaus kritischere Töne an. Seine Sondierungen in der schwäbischen Universitätsstadt hatten ihn zu einem vernichtenden Verdikt über die Unzulänglichkeiten der Entnazifizierung, das mangelnde Stehvermögen des allzu jungen, unerfahrenen Hochschuloffiziers sowie die angeblich verhängnisvolle Rolle des Staatsrats Carlo Schmid

[150] Ebenda.

[151] Eine vermutliche Textinterpolation von fremder Hand verändert den Tenor der Ausführungen nicht wesentlich. Der durch eine handschriftliche Klammer gekennzeichnete Einschub dürfte von Fritz stammen und widerspricht einer Erklärung von Dietzes, daß die Freiburger Universität nie wirklich nazistisch gewesen sei.

[152] AOFA, AC 70,1, ungezeichneter Vermerk (eines DEP-Mitarbeiters) für Schmittlein vom 1.4.1947, einen Anruf Laffons betreffend. Der gemeinsam verantwortete Teil über Tübingen im Bericht Sauzin-Fritz umfaßt nur knapp zwei Seiten (während Mainz über zwölf, Freiburg fast sechs Seiten gewidmet sind); er stammt von Sauzin, wie der Vergleich mit einem Entwurf bezeugt, dessen Stil nur Sauzin als Verfasser in Frage kommen läßt; AOFA, AC 109,3, ungezeichnete Niederschrift, „III. Université de Tübingen".

[153] Als solche benannte Sauzin die hervorragende Kontrolltätigkeit der Equipe Chevals und dessen harmonische Kooperation mit dem Gouverneur; die Entspannungseffekte der internationalen Sommerferienkurse; die Tatsache, daß Carlo Schmid als Repräsentant jener Partei (SPD), die anderswo die Universitäten attackiere, eine Professur innehabe und Regierungschef sei; die weise Amtsführung des Rektors Steinbüchel, der nicht zuletzt auf einen Wink Chevals in dieses Amt gelangt sei; ebenda.

und seiner Mitarbeiter gebracht[154]. Die Fronten verliefen eindeutig. Vertraute Fritz ausschließlich Kritikern und Gegnern des Tübinger Modells, das auf der Kooperation von deutscher Verwaltung, Gouverneur, Universitätsrektorat und Hochschuloffizier beruhte, so schlüpfte Sauzin in die Rolle des Verteidigers, der alle Vorwürfe gegen Personen und Institutionen zurückwies.

Hätte Fritz' „synthèse générale"[155], ein mit dialektischer Verve formuliertes Sondervotum, die entscheidenden Instanzen in Baden-Baden und Paris zu beeindrucken verstanden[156], wäre Schmittlein wohl nur ein personelles Revirement und ein scharfer Kurswechsel im Universitätsbereich, wenn nicht sogar der Rücktritt übriggeblieben. Es gelang ihm jedoch, die Kritik des Laffon-Mitarbeiters zu entschärfen, indem er sie als Differenzen über die geeigneten Methoden verharmloste und durch Teilintegration für die eigenen, gemäßigteren Auffassungen geschickt instrumentalisierte. In der Tat ließen sich Übereinstimmungen beider Konzeptionen durchaus feststellen. Daß in die von Sauzin und Fritz gemeinsam verantwortete „Conclusion" des abschließenden Untersuchungsberichts kritische, reformorientierte Töne einflossen, dürfte also Schmittleins vermittelnder Intervention zuzuschreiben sein. Die Zulassungsmodi für die Studenten sowie die Berufungspraxis der Professoren bedürften dringend weiterer Demokratisierung, hieß es da. „Bürgermonopol" und „Kastenwesen" seien, wie in Mainz begonnen, aufzubrechen. „Wir wollen das Rekrutierungssystem abschaffen: keine im Treibhaus gezüchteten Professoren mehr, keine Dr. habil. mehr, die unter ein und demselben Chef groß geworden sind. Wir wollen zumindest für die Geisteswissenschaften und für einen Teil der Naturwissenschaften ein dem französischen entsprechendes System schaffen. Die Hochschuldozenten müßten unter den besten Lehrkräften, auch unter denen der weiterführenden Schulen rekrutiert werden und müßten mehr Lebensbezug haben." Dies setze zunächst, wie von der DEP in Gang gebracht, Reformen des gymnasialen Unterrichts, der Hochschulzulassung sowie der Lehrerbildung voraus. Die Staatsexamina müßten reorganisiert und die Doktorprüfungen neu bewertet werden. Dies sei aber keine Frage von Monaten oder wenigen Jahren, sondern erfordere genaue Untersuchungen und viel Überzeugungsarbeit, damit die Deutschen solche Maßnahmen akzeptierten und ihnen Dauer verliehen[157]. An anderer Stelle führte Schmittlein im gleichen Sinne aus, daß in Tübingen und Freiburg keine antisemitischen Lehren oder geopolitischen Theorien mehr verbreitet würden, zudem Namen wie Steinbüchel und Guardini an der württembergischen oder Pringsheim an der badischen Landesuniversität für vielversprechende Programme stünden.

---

[154] Ebenda sowie Anhang zum gemeinsamen Abschlußbericht, „Rapport sur l'Université de Tübingen", mit handschriftlichem Vermerk „1e rapport Fritz", der die in Tübingen über Carlo Schmid im Umlauf befindlichen Gerüchte wiedergab.

[155] Ebenda, Anhang zum gemeinsamen Abschlußbericht, „Synthèse générale sur les universités de la zone française", mit handschriftlichem Vermerk „1e rapport Fritz-1/4/47", ausführlich wiedergegeben in: Zauner, Demokratischer Neubeginn, S. 342f.

[156] Kurz zuvor hatte aber DGRC-Chef Joxe Schmittlein für seine diskrete, entschlossene Untersuchung der Vorfälle in Mainz ausdrücklich gelobt und nochmals die alleinige Zuständigkeit der DEP betont; MAE, Rel. Cult. 1945–47/45, Joxe an Saint-Hardouin am 21.1.1947, No. 61 RC éo.

[157] AOFA, AC 70,1, Abschlußbericht Sauzin-Fritz, „IV. Conclusion".

Insgesamt aber werde der Lehrkörper dieser beiden Hochschulen erst in etwa 20 Jahren zufriedenstellend sein, d. h. den französischen Vorstellungen entsprechen[158].

Die Haltung der DEP: Beispiele und Grundzüge

Symptomatisch für die Tatsache, daß die beiden südwestdeutschen Universitäten im *Directeur de l'Education Publique* immer dann einen effektiven Protektor fanden, wenn konkurrierende Instanzen innerhalb der Besatzungsverwaltung Sanktionsmaßnahmen gegen Professoren oder Studenten erwogen, scheint Schmittleins Stellungnahme anläßlich eines innerdeutschen Konflikts um die südbadische Landesverfassung im Frühjahr 1947. Am 26. März, wenige Tage nachdem die provisorische Landesregierung in Freiburg ihren Verfassungsentwurf vorgelegt hatte[159], wandte sich die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät in einem – nachträglich als persönlich bezeichneten – Schreiben an den badischen Staatspräsidenten Wohleb[160], um „vor der Öffentlichkeit auszusprechen, welche Erwartungen und Hoffnungen sie mit der Einführung einer neuen demokratischen Verfassung verknüpft und welche Sorgen sie angesichts der bisherigen verfassungspolitischen Entwicklung in anderen deutschen Ländern bewegen". Die Freiburger Juristen sahen demnach „mit ernster und ständig wachsender Sorge, daß zwischen dem Bekenntnis zum Rechtsstaatsgedanken, wie es besonders in den Grundrechtsproklamationen der neuen Verfassungen zum Ausdruck kommt, und seiner praktischen Verwirklichung ein tiefer und bisher nicht überbrückter Zwiespalt klafft". Dies lag ihres Erachtens daran, daß erstens eine Reihe von Grundrechten „in der gegenwärtigen außerordentlichen und beispiellosen Notlage praktisch unanwendbar geworden" seien; zweitens die traditionellen Grundrechtsformeln „zum großen Teil der sozialen Wirklichkeit von heute nicht mehr gerecht" würden; drittens schließlich das übergeordnete Besatzungsrecht „über die wichtigsten Grundrechte und rechtsstaatlichen Garantien hinweg[gehe]". Als Resultat dieser Sachlage ergab sich für sie, „daß die Verfassungen einen von der heutigen Wirklichkeit weit entfernten früheren Normalzustand vortäuschen und die große Gefahr heraufbeschwören, daß die lediglich auf dem Papier stehenden Grundrechte zum Gespött werden und den Rechtsstaatsgedanken in der Volksmeinung erneut diskreditieren". Von Wohleb dem Verfassungsausschuß der Beratenden Landesversammlung mitgeteilt, erfuhr die lokale Presse und damit auch die französische Militärregierung in Freiburg von dieser kritischen Stellungnahme[161]. Der stellvertretende Universitätskurator Falkenburger verlangte daraufhin vom Prorektor der Universität und einem Vertreter der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät Aufklärung. Auch zum Staatspräsiden-

[158] AOFA, AC 67,1, Schmittleins „Rapport sur l'activité de la D.E.P." vom 12.7.1947, No. 7848/DGAA/EDU.

[159] Vgl. Pfetsch, Verfassung, S. 127 f.

[160] AOFA, AC 105,2, Kopie des Schreibens, die Lacant von Pringsheim, einem der Initiatoren, am 12.5.1947 im Anschluß an eine Unterredung überreicht worden war. Sie enthielt Markierungen von Pringsheims Hand, auf die sich seine erläuternden Interpretationen im Begleitschreiben an Lacant bezogen.

[161] Ebenda, französische Paraphrase zweier Artikel im „Badner Tagblatt" vom 16.4.1947 und in „Unser Tag" vom 19.4.1947.

ten selbst begab er sich, um Näheres in Erfahrung zu bringen[162]. Die Äußerungen Wohlebs und der Professoren stellten den badischen Gouverneur Pène jedoch keineswegs zufrieden. Ihm erschien die Stellungnahme der Freiburger Juristen vor allem als Kritik an der französischen Haltung. Wenn er auch eine Schließung der Fakultät – die wenige Monate zuvor von der kommunistischen Fraktion in der badischen Landesversammlung aus Anlaß des Tillessen-Prozesses gefordert worden war – nicht für notwendig hielt, so war er andererseits nicht gewillt, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Pène forderte die Universitätsleitung auf, ihm binnen acht Tagen alle gegen die Rechtsverletzungen des NS-Regimes gerichteten Stellungnahmen der Juristenfakultät aus der Zeit des Dritten Reiches zu übermitteln. Sollte sich seine Annahme bestätigen, daß solche Eingaben nie erfolgt seien, wollte er die sofortige Entlassung aller Rechtsprofessoren in Erwägung ziehen[163].

In Baden-Baden betrachtete man die Angelegenheit wesentlich gelassener. Schmittlein führte verschiedene Argumente zugunsten der Freiburger Rechtswissenschaftler ins Feld[164]. Nach seinem Eindruck hatte das Schreiben an Wohleb weder eine öffentliche Agitation noch einen Angriff auf die Militärregierung beabsichtigt. Die Kritik sei so höflich formuliert, daß eine Bestrafung nur unter Mißachtung jener demokratischen Prinzipien möglich wäre, die man den Deutschen nahezubringen suche. Als Hauptmotiv für die Einlassung der Freiburger Juristen vermutete Schmittlein – wie auch Staatspräsident Wohleb[165] – deren Empörung darüber, in der Verfassungsfrage nicht konsultiert worden zu sein. Im Gegensatz zum badischen Gouverneur setzte sich der Erziehungsdirektor mit dem Inhalt des juristischen Gutachtens auseinander. Er hielt das Plädoyer für eine Anpassung des Länderverfassungsrechts an die neuen Gegebenheiten der Nachkriegszeit durchaus für bedenkenswert. Insgesamt jedoch schien ihm die Argumentation auf schwachen Beinen zu stehen, da sie die vollständige Souveränitätsübernahme der Alliierten in Deutschland unberücksichtigt gelassen habe. Pènes willkürliches Vorgehen fand hingegen Schmittleins ausdrückliche Mißbilligung, da es die gegenwärtige Fakultät, die von den Franzosen zugelassen worden war, mit der vor 1945 bestehenden in eins setzte und damit zum Vergleich zwischen NS- und Besatzungsregime herausforderte. Er verwies namentlich auf ihre dem Widerstand gegen Hitler zugehörigen Mitglieder, auf die geringe Anzahl ehemaliger „Parteigenossen" in ihren Reihen und auf die Person des Initiators der inkriminierten Eingabe, des Professors für Römisches Recht Fritz Pringsheim. Dieser hatte aus „rassischen" Gründen das nationalsozialistische Deutschland verlassen müssen und eine Professur in Oxford angenommen[166]. Von der DEP eingeladen, war er für ein Semester nach Freiburg zurückgekehrt und sofort zum Dekan gewählt worden, was Schmittlein als freundliche Geste auch der Besatzungsmacht gegenüber deutete. Pringsheims demokratische Gesinnung stehe jedenfalls außer Zweifel. Schon im Hinblick auf die mögliche Resonanz der Affäre in Großbritannien wäre es besser

[162] Ebenda, ungezeichnete Notizen (Falkenburgers) über Unterredungen mit Prorektor Gentner und Professor Eucken am 26.4. und mit Staatspräsident Wohleb am 27.4.1947.

[163] Ebenda, Pène an die DEP am 5.5.1947, No. 750/CAB/DAA.

[164] Zum Folgenden ebenda, Schmittlein an den Innendirektor am 16.5.1947, No. 7114/DGAA/EDU.

[165] Ebenda, Falkenburgers Aufzeichnung über seine Unterredung mit Wohleb am 27.4.1947.

[166] Vgl. Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration, Bd. II/2, S. 929.

gewesen, ihm vertraulich den französischen Standpunkt zu erläutern. So wies Schmittlein die von Pène vorgeschlagene Maßnahme als verfehlt zurück und empfahl statt dessen, die Vorstellungen der Freiburger Juristen in der Presse diskutieren zu lassen, um bei dieser Gelegenheit die Schwächen ihrer Argumentation aufzudekken. Laffon teilte im wesentlichen Schmittleins Auffassung und riet dem badischen *Délégué Supérieur* von Sanktionen ab[167].

Eine ähnliche Konstellation ergab sich in einem weiteren Fall an der Freiburger Universität. Auf einer Vollversammlung Anfang Juli 1948 verabschiedete die Studentenschaft eine Resolution an den badischen Landtag, in der die Art und Weise, wie die Währungsreformen in beiden Teilen Deutschlands durchgeführt worden waren, kritisiert und tiefe Besorgnis über ihre Folgeerscheinungen zum Ausdruck gebracht wurde. Diese Initiative veranlaßte Koenigs politischen Berater zu einem Schreiben an den Quai d'Orsay, um das Augenmerk der Pariser Außenpolitiker auf die „Gemütsverfassung" zu lenken, „die gegenwärtig an den deutschen Universitäten herrscht"[168]. Wenige Wochen zuvor hatte Saint-Hardouin die Diplomaten der Europaabteilung eindringlich auf das in der deutschen Bevölkerung spürbare Oppositionsgebaren („raidissement"), die zunehmende „Erregung der Gemüter", den wachsenden „deutschen Nationalismus" hingewiesen und dafür neben der internationalen Entwicklung die französische Besatzungspraxis verantwortlich gemacht[169]. Vor diesem Hintergrund schien sich der Studentenprotest gegen die Währungsreform in Saint-Hardouins düsteres Bild einzufügen. Schmittlein hingegen wollte diese Interpretation nicht gelten lassen; sie erschien ihm als unzulässige Verallgemeinerung eines Einzelfalls, der in der studentischen Furcht vor sozialer Not seinen Anlaß habe und ein berechtiges Anliegen vertrete. Daß die Freiburger Resolution in dieser politischen, den Statuten des AStA zuwiderlaufenden Form verabschiedet werden konnte, war ihm Indiz für eine Malaise in den eigenen Reihen. „Die Lehre, die es daraus zu ziehen gilt, ist die, daß in Freiburg keine hinreichende Verbindung zwischen den Studenten und den Franzosen besteht oder daß die mit der Beratung der Universität beauftragten Franzosen ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind." Diese unverblümte Kritik an den badischen Militärregierungsbehörden schloß offenkundig den Universitätskurator und seinen Stellvertreter ein und bekräftigt den Eindruck einer im Vergleich zu Tübingen weniger reibungslos verlaufenden Kooperation zwischen den Freiburger Hochschulkontrolleuren und der Baden-Badener DEP. Im Sinne seiner ebenso grundsätzlichen wie taktisch motivierten Darlegungen zur „rééducation du peuple allemand" vom Januar 1948 entwarf Schmittlein das Bild einer Schlachtordnung, in der die nationalistischen Vertreter der deutschen Eliten, unterstützt oder zumindest begünstigt von den französischen Provinzstatthaltern, eine Front gegen die gutgesinnten Jugendlichen und die sie fördernde DEP bildeten. „Die deutsche Jugend steht uns nicht ablehnend gegenüber, ganz im Gegenteil; aber wir sprechen nicht oder nur zu wenig mit ihr. Überall da, wo wir mit ihr in Berührung kommen, sind die Ergebnisse großartig. Warum will man sie also unbedingt von uns abschirmen, sie in die Arme ihrer schlechten Führer zurück-

[167] AOFA, AC 105,2, Laffon an die Freiburger Délégation Supérieure am 28.5.1947, No. 6087/DGAA/INT/3. Sect.

[168] AOFA, AC 60,4, Saint-Hardouin an die Europaabteilung am 15.7.1948.

[169] AOFA, CGAAA, P. 6, A 9, Saint-Hardouin an die Europaabteilung am 5.6.1948, No. 347 EU.

treiben? Einmal mehr ist das Freiburger Beispiel aufschlußreich: in Freiburg sind wir mit der Professorenschaft überhaupt nicht zufrieden, (hier) führen sich die Franzosen am schlechtesten auf und erreicht deshalb der deutsche Nationalismus eine hohe Blüte."[170]

Will man die Haltung der DEP gegenüber den Universitäten Freiburg und Tübingen zusammenfassend auf einen Nenner bringen, so treten vier Momente hervor. (1) Die diskrete Überwachung der akademischen Gemeinschaft, die Beobachtung der Studenten und Professoren, sollte mögliche Veränderungen ihrer Einstellungen („mentalité") und ihres Verhaltens erfassen. Die Ergebnisse solcher Sondierungen teilte Cheval in seinen Monats- und Jahresabschlußberichten der vorgesetzten Behörde in Baden-Baden mit. Diesem Zweck dienten seit dem Wintersemester 1946/47 auch die für alle Studenten verbindlichen psychologischen (gelegentlich „psycho-technisch" oder „psycho-sozial" genannten) Tests, die von einer eigens eingerichteten *Section d'Enquêtes Pédagogiques* in der DEP durchgeführt wurden[171]. Darüber hinaus sollte im Prinzip der akademische Nachwuchs aus Lethargie und Abstinenz in politischen Fragen herausgeführt und für ein Engagement in den noch zu schaffenden demokratischen Institutionen gewonnen werden. Gleichzeitig aber – und dies kennzeichnet die Ambivalenz der französischen Haltung gegenüber der deutschen Jugend – fürchtete man, ihre Aktivitäten könnten den Zielen der französischen Deutschlandpolitik zuwiderlaufen[172].

(2) Zu dem Versuch der Hochschulkontrolleure, Personalentscheidungen innerhalb des akademischen Lehrkörpers in ihrem Sinne zu beeinflussen, zählte die in Tübingen besonders nachdrücklich eingenommene und durch die Umstände begünstigte Haltung der örtlichen Militärregierung, die deutschen Stellen, vor allem den unermüdlichen Carlo Schmid, im Werben um renommierte Forscher und Gelehrte tatkräftig zu unterstützen[173]. Angesichts einiger glänzender Neuberufungen[174] und der Beförde-

[170] AOFA, AC 60,4, Schmittlein an Saint-Hardouin (Klévanski) am 29.7.1948, No. 3741/CCSG/EDU.

[171] AOFA, AC 60,3, Schmittlein an die Tübinger Délégation Supérieure am 9.7.1946, No. 3025/DGAA/EDU; Dokumente zur Arbeit dieser Abteilung unter Leitung Bernard Lahys in: AOFA, AC 107,1. Am 25.9.1945 hatte das Pariser Comité Interministériel die geplante Gründung eines „Service de contrôle de l'opinion" in der französischen Zone begrüßt; AOFA, AC 68, Protokoll der CIAAA-Sitzung vom 30.9.1945. Lahys Arbeitsgruppe, zu der Elisabeth Noelle zählte, residierte zunächst (Ende 1945) in Tübingen, dann (1946) in Meersburg, schließlich (seit 1947) in Konstanz. Als „Institut für psychologische und soziometrische Forschungen" firmierend, bildete sie den Kern des späteren Allensbacher Instituts für Demoskopie.

[172] Auf diesen Zwiespalt verweisen Cheval und Banuls, in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 146f.

[173] Cheval selbst betonte im Rückblick, daß es in erster Linie Carlo Schmid gewesen sei, der solche prestigeträchtigen Berufungen betrieb; allerdings habe Schmid meistens vorher mit ihm darüber gesprochen; vgl. ebenda, S. 158.

[174] Es handelte sich insbesondere um die Naturwissenschaftler Adolf Butenandt und Alfred Kühn, den Mediziner Ernst Kretschmer, die Theologen Helmut Thielicke und Romano Guardini sowie Eduard Spranger (Kulturphilosophie und Pädagogik), Helmuth von Glasenapp (Indologie und Religionswissenschaft), Kurt Bittel (Vorgeschichte und Archäologie), Friedrich Beißner (Germanistik) und Ernst Gamillscheg (Romanistik); vgl. Wiedergeburt des Geistes, S. 89.

rung jüngerer Wissenschaftler, die der Kurator protegierte[175], rühmte Cheval „seine" Universität Ende 1946 als „eine der wichtigsten und sicherlich die brillanteste" Deutschlands. Dies sei dadurch erleichtert worden, daß die Militärregierung sich mit solchen Professoren umgebe, die dem Humanismus in der heranwachsenden deutschen Elite neue Anziehungskraft verleihen könnten[176]. Deutlicher ließ sich die Einstellung des jungen Germanisten zu der seiner Kontrolle unterstehenden Hochschule kaum zum Ausdruck bringen[177]. Im Bemühen, der Universität ihre angesehenen Gelehrten zu erhalten, fand Cheval bei Schmittlein insbesondere dann Unterstützung, wenn die Abwanderung eines von der DEP umworbenen Tübinger Professors in eine andere Besatzungszone und damit der Verlust eines potentiellen „Werbeträgers" französischer Kulturpolitik zu drohen schien[178].

(3) Das zumindest intern eingestandene Ziel der DEP war von Anbeginn, „Französisch in den Rang der ersten lebenden Pflichtfremdsprache zu erheben"[179]. An den Universitäten Freiburg und Tübingen wurde seit Herbst 1946 der Nachweis französischer Sprachkenntnisse bei der Meldung zu den Staatsexamina verlangt. Gegenüber den angelsächsischen Partnern im Kontrollrat bestritten die Vertreter der DEP allerdings entschieden, eine verbindliche Weisung in diesem Sinne erteilt zu haben. Die Universitätsleitungen selbst hätten diese Anforderung auf einen mündlich geäußerten „Wunsch" der Franzosen beschlossen[180] – was am Sachverhalt freilich wenig änderte. Die Entsendung französischer Lektoren seit Januar 1946 zunächst nach Tübingen und Freiburg, dann auch nach Mainz[181] bezeugt ein weiteres Moment französischen Bemühens, der eigenen Sprache und Kultur größere Verbreitung in Deutschland zu si-

---

[175] Dies betraf z. B. den evang. Theologen Otto Michel und den Philosophen Wilhelm Weischedel; AOFA, AC 109,3, Chevals Monatsbericht für März 1946; zu Weischedel Wiedergeburt des Geistes, S. 198; zu Michel dessen Autobiographie, Anpassung, S. 101.

[176] AOFA, AC 109,3, undatierter Bericht Chevals (von Ende 1946). Ferner AOFA, AC 60,3, Jahresbericht Chevals und Webels für 1947 vom März 1948; vgl. Chevals rückblickende Betrachtungen, in: Knipping/Le Rider (Hrsg.), Frankreichs Kulturpolitik, S. 247ff.; ders., Bildungspolitik.

[177] Vgl. auch Thielicke, Zu Gast, S. 231: Cheval sei „nicht ohne Ehrgeiz um den Aufstieg 'seiner' Universität bemüht" gewesen.

[178] So äußerte Schmittlein in einem Schreiben an den Romanisten Gamillscheg vom 17.9.1947 seine Befriedigung darüber, daß dieser der Tübinger Universität erhalten bleibe; in: AOFA, AC 60,3, No. 8704/DGAA/EDU. Auch im Falle Guardinis, der einen Ruf nach München erhielt, wurde Schmittlein im Herbst 1947 von Cheval und Webel eingeschaltet; ebenda, Tübinger Délégation Supérieure an die DEP am 2.9.1947, No. 3103/CAB/UNI/PW; Chevals Monatsbericht für September 1947; in: AOFA, AC 109,3. Schmittlein wandte sich daraufhin an Saint-Hardouin, dessen Stellvertreter Charmasse dem französischen Generalkonsul in München am 12.11.1947 mitteilte, daß man in Baden-Baden sehr am Verbleib Guardinis in Tübingen interessiert sei, da er nach Schmittleins Ansicht als wichtiger Werbeträger französischer Kultur anzusehen sei; in: AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 2/2. Vgl. auch Michel, Anpassung, S. 100.

[179] AOFA, AC 70,1, Sauzins Aufzeichnung „au sujet du français obligatoire à la Staatsprüfung" vom 6.1.1947.

[180] Ebenda und die hierauf basierende Aufzeichnung Schmittleins für Hepp vom 21.1.1947, No. 5561/DGAA/EDU; EA, Dezember 1946, S. 307ff.

[181] AOFA, Laffon, C. 19, EDU 1945/46, Koenig (Laffon) an die Kulturdirektion des Außenministeriums am 26.2.1946, No. 1659/DGAA/EDU; AOFA, AC 67,1, „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 [...] à juin 1947".

chern[182]. Der wenig später folgende Einsatz solcher Lehrkräfte an Universitäten in den alliierten Zonen und Berlin[183] veranlaßte den Leiter der Kulturdirektion am Quai d'Orsay, Louis Joxe, Ende 1946 zu grundsätzlichen Ausführungen über die herausragende Bedeutung ihrer Tätigkeit. Der „ideale" Lektor müsse sich über seine Mission und deren Tragweite im klaren sein und soviel Einfühlungsvermögen besitzen, daß er hinter allen Unsicherheiten, Komplexen und Hoffnungen der deutschen Jugend die Elemente entdecke, an denen eine erfolgversprechende Erziehungsarbeit ansetzen könne[184].

(4) Schließlich verfolgte die DEP in Übereinstimmung mit dem Pariser Erziehungsministerium schon früh die Absicht, ausgewählte deutsche Studenten im direkten Kontakt mit Gleichaltrigen französischen Einflüssen auszusetzen[185]. Die Federführung bei diesen Treffen, die in den folgenden Jahren in erweitertem Umfang wiederholt wurden, lag in den Händen der Abteilung *Jeunesse et Sports*, die ihre Zuständigkeit gegenüber den Universitätskuratoren und anderen „konkurrierenden" Instanzen energisch verteidigte. Um rein akademische, allerdings regional begrenzte Aktionen, bei denen die Hochschulsektion der DEP vermittelte, handelte es sich hingegen bei der Aufnahme von 100 Freiburger Studenten an der Universität Basel seit Wintersemester 1947/48[186] und bei Einladungen französischer und anderer ausländischer Gastprofessoren nach Freiburg seit Anfang 1947[187]. Daß Tübinger und Mainzer Studenten Offerten aus der Schweiz nicht im gewünschten Maße nachkommen konnten, lag in diesem Fall an bürokratischen Hemmnissen,

---

[182] Vgl. hierzu auch Cuer, Französischunterricht. Die Zahl der französischen Lektoren an den drei Universitäten in der französischen Zone betrug 17 im Sommersemester 1947, 18 im Wintersemester 1948; „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 [...] à juin 1947"; AOFA, CCFA, Cons. Adm., C. 477, P. 7, E-8/2, Tätigkeitsbericht der DEP für Oktober-Dezember 1948.

[183] Als erste Universitäten außerhalb der französischen Zone erhielten Köln, Marburg und Göttingen im Sommersemester 1946 französische Lektoren; im folgenden Wintersemester kamen weitere Universitäten in der Bizone hinzu; AOFA, AC P. 11, 14/A5-A6, Aufzeichnung Lussets vom 9.9.1946.

[184] MAE, Z/Allemagne/100, fol. 216 ff., Joxe an den akademischen Auslandsdienst (ONUEF) am 30.12.1946, No. 3421 RC.

[185] Die Zielsetzung der ersten Ferienkurse beschreibt eine undatierte „Note sur le séjour d'étudiants français dans le Wurtemberg (Zone française)" des Pariser Erziehungsministeriums; in: AN, 70 AJ/32; Dauer und Teilnehmerzahlen nannte Laffon dem Direktor des ONUEF am 7.6.1946, No. 2725/DGAA/EDU/J.Sp., in: ebenda; ferner AOFA, AC 109,3, Chevals undatierter Bericht (von Ende 1946). Daß dieses Unternehmen frühzeitig geplant wurde, beweist eine Äußerung Chevals im „Rapport général" vom 1.2.1946, in: ebenda; sowie die Tatsache, daß Vermeil zum selben Zeitpunkt ebenfalls informiert war; AN, AJ 16/6957, Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Pariser Universitätsrats vom 4.2.1946. Ein französischsprachiges Programm der Tübinger Sommerferienkurse 1946 in: UAT, 117c/377. Vgl. auch Humblot, Kontrolle, S. 51 ff.

[186] AOFA, AC 70,1, Sauzins Aufzeichnung für Laffon vom 22.10.1947; zur sog. „Markgräfler Aktion" die Erinnerungen Lacants und Falkenburgers, in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 75 f.

[187] Dies betraf z. B. die Juristen Pringsheim (Oxford), Wolff (London), Redslob (Straßburg) und Walser (Basel); AOFA, AC 70,1, Untersuchungsbericht Sauzin-Fritz vom April 1947, „II. Université de Fribourg".

die sich aus der Schwerfälligkeit des Militärregierungsapparates bei der Erteilung der notwendigen Visa ergaben[188].

Einem umfassenden, gleichberechtigten deutsch-französischen Akademikeraustausch blieb zunächst die Zustimmung aus Paris versagt. Beide hierfür zuständige Dienststellen im Außenministerium, Kulturdirektion (DGRC) und Mitteleuropaabteilung, hielten mit Rücksicht auf die Stimmung in der französischen Öffentlichkeit bis ins Jahr 1947 entsprechende Vorstöße deutscher Universitäten und der DEP für verfrüht[189]. Seit Herbst 1947 läßt sich jedoch ein vorsichtiger Einstellungswandel unter den Beamten des Quai d'Orsay nachweisen. Im Februar 1948 faßte man im Generalkommissariat, nach wiederholten Anfragen auch aus den Reihen der französischen Besatzungsbehörden, die Zulassung von je einem Dutzend deutscher Studenten an den französischen Universitäten – außer im Ostteil des Landes – ins Auge. Einen Monat später plädierten Kulturdirektion und Mitteleuropaabteilung dezidiert für einen bilateralen Studentenaustausch auf möglichst breiter Basis[190]. Im Juni schließlich zeigte sich die DGRC davon überzeugt, „daß unsere Kulturpolitik nur Früchte tragen kann, wenn die Austauschbeziehungen zunehmend einen reziproken Charakter annehmen". Daher gelte es nun, „zuverlässige" deutsche Intellektuelle zu Informations- und Vortragsreisen nach Frankreich einzuladen[191]. Als im Herbst 1948 die ersten deutschen Studenten an französischen Universitäten zugelassen wurden, kam die Realisierung der Öffnungspolitik jedoch nur mühsam in Gang[192]. Auf dem Wege zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern galt es noch manchen Stein beiseite zu räumen. Immerhin wird aus den Quartalsberichten der DEP seit der zweiten Jahreshälfte 1948 deutlich, daß sich die französischen Erziehungskontrolleure im Universitätsbereich den veränderten Grundlagen alliierter Deutschlandpolitik weitaus bereitwilliger anzupassen gedachten als an den Schulen[193]. Nicht nur aus resignativem Realismus, mangels effektiver Interventionsbefugnisse, sondern auch aus ehrlicher Überzeugung setzte man in der DEP nun gänzlich auf „internationalen Austausch", auf erleichterte Bedingungen für Aufenthalte deutscher Studenten in Frankreich, der Schweiz und den USA sowie auf die Bewilligung über-

[188] Sauzins Aufzeichnung für Laffon vom 22.10.1947; daraufhin Laffon (Sabatier) an den Direktor der Sûreté am 4.11.1947, No. 9404/DGAA/EDU/URS.

[189] MAE, Z/Allemagne/99, fol. 176, 179, Vermerk der DGRC für die Europaabteilung vom 17.4.1946, No. 1088 RC; Antwort der Mitteleuropaabteilung vom 25.4.1946, No. 514 EU; ebenda, vol. 101, fol. 64ff., DGRC an CGAAA am 29.4.1947, No. 478 RC.

[190] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 145, XC 2/4, DGRC an Saint-Hardouin am 24.9.1947, No. 599/RC éo; AOFA, CGAAA, Carton 22, C.7, Vermerk der politischen Abteilung im Generalkommissariat vom 14.2.1948, No. 1888/POL; MAE, Z/Allemagne/102, fol. 323f., Vermerk der DGRC für die Europaabteilung vom 27.3.1948, No. 496/RC/1.aa; Antwort der Mitteleuropaabteilung vom 31.3.1948, No. 439 EU.

[191] MAE, Z/Allemagne/103, fol. 82 und 85, Vermerk der DGRC für die politische Generaldirektion vom 18.6.1948, No. 78; zustimmende Antwort der Mitteleuropaabteilung vom 21.6.1948, No. 863; im gleichen Sinne äußerte sich die DGRC gegenüber dem akademischen Auslandsdienst schon am 19.5.1948, in: MAE, Rel. Cult., Ech. cult. 1948–55/21, No. 1537/RC/1.AA.

[192] AOFA, AC 40,1, Schmittleins Aufzeichnung für François-Poncet vom 5.12.1949, No. 511/HC/DC: Bis Ende 1948 hatten sich sechs Hochschüler einschreiben können, im März 1949 waren es 36, bis September stieg ihre Zahl auf 212.

[193] Berichte in: AOFA, AC 109,8; AC P. 6, 7/A 10.1; CCFA, Cons. Adm., C. 477, P. 7, E-8/2.

zonaler Kontakte[194]. Hiervon abgesehen, blieb Schmittleins Einstellung bis zum Schluß von Ambivalenz geprägt. Sah er Anfang 1949 immerhin Anzeichen einer positiven Entwicklung an den Universitäten Tübingen und Freiburg, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft[195], so hatte er kurz zuvor, an der Jahreswende, noch einmal düster zu bedenken gegeben: „In dem Moment, wo die allgemeine politische Entwicklung den deutschen Behörden erweiterte Verantwortung überträgt, wollen diese sie nicht auf das akademische Lehrpersonal anwenden. Es scheint daher notwendig, daß die Militärregierung schnellstmöglich Maßnahmen ergreift, um eine Renazifizierung der Universitäten zu verhindern."[196]

Hochschulpolitik im Rheinland

Die Neugründung der Mainzer Universität

Während die beiden bestehenden Universitäten des deutschen Südwestens mit gewissen besatzungsbedingten Einschränkungen zu ihrer traditionellen Verfassung zurückkehrten und von den französischen Kuratoren sowie dem Leiter der Hochschulabteilung in Baden-Baden mit grundsätzlichem Wohlwollen beaufsichtigt wurden, richtete sich Schmittleins Interesse in erster Linie auf die Schaffung einer Alternative zu diesen Stätten deutscher Gelehrsamkeit, die er zugleich als Hochburgen des „pangermanisme" beargwöhnte. Bei ersten Gesprächen des designierten *Directeur de l'Education Publique* mit Erziehungsminister Capitant im Frühsommer 1945 entwickelte Schmittlein den Plan, auf französisch besetztem linksrheinischem Gebiet eine Universität zu gründen. Dabei schwebte ihm zunächst das grenznahe, auf alte Universitätstraditionen verweisende Trier vor[197]. Bonn gehörte zur britischen Zone; zudem hatte seine Universität den Lehrbetrieb noch nicht wieder aufgenommen. Frankfurt lag in Trümmern, und das ebenfalls amerikanisch besetzte Heidelberg mußte – wie das kriegsgeschädigte Freiburg im Südteil der französischen Zone – einen strengen Numerus clausus einführen. Studenten aus der vormals preußischen Rheinprovinz, aus Rheinhessen und der Pfalz im elsässischen Straßburg zuzulassen, erschien Schmittlein verfrüht. So skizzierte er Mitte September das Projekt, in Trier ein alle Fakultäten umfassendes *Centre d'Etudes allemand* zu errichten, für das etwa 100 Lehrkräfte, an erster Stelle habilitierte Wissenschaftler[198], zu rekrutieren seien, deren Besoldung den deutschen Behörden im Nordteil der Zone obliegen werde. Daneben sollte für französi-

[194] AOFA, CCFA, Cons. Adm., C. 477, P. 7, E-8/2, Tätigkeitsbericht der DEP für Januar-März 1949.

[195] Ebenda.

[196] Ebenda, Tätigkeitsbericht für Oktober-Dezember 1948.

[197] AOFA, AC 107,3, Schmittleins Aufzeichnung für Sabatier vom 2.7.1947, No. 7705/DGAA/EDU. Angeblich hatten Schmittlein und Irène Giron bereits in Algier 1943/44 über Pläne zur Wiedergründung der Universität Mainz nach dem Krieg gesprochen; vgl. Steil-Beuerle, Erinnerungen, S. 197. Daß Giron großes Interesse an der Gründung neuer Hochschulen im Rheinland hegte, bezeugt Marquant, in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 31 und 197. Grappin berichtet, General de Lattre de Tassigny habe vor Journalisten bereits im Frühjahr 1945 eine Universitätsgründung im Rheinland angekündigt; in: ebenda, S. 15.

[198] Diese Präzisierung ist insofern nicht unwesentlich, als wenig später bei der Auswahl der Professoren für die neugegründete Universität Mainz die Habilitation der Bewerber ausdrücklich keine Rolle spielen, sondern hinter charakterlichen und weltanschaulichen Qualitäten zurückstehen sollte.

sche und deutsche Interessenten ein *Institut Français* entstehen, an dem ausgewählte französische Dozenten – etwa 15 ständige Mitarbeiter sowie wechselnde Gastreferenten von Universitäten in Frankreich – die Studenten mit französischen Forschungsmethoden vertraut machen würden. In Kürze, so Schmittlein optimistisch, könne sowohl der literaturkundliche Unterricht als auch der naturwissenschaftliche Lehrbetrieb aufgenommen werden. Die erforderlichen Räumlichkeiten gewönne man durch Requisition des bischöflichen Priesterseminars in Trier[199]. Zwei Monate später erreichte den Gouverneur für die Rheinprovinz und Hessen-Nassau, Hettier de Boislambert, ein Anruf Laffons, der sich nach den Möglichkeiten einer Universitätsgründung in der Moselstadt erkundigte. Boislambert verwies auf die enormen materiellen Probleme und formulierte eine klare, militärisch-knappe Alternative: „entweder (kann man) in Trier eine Fliegerstaffel stationiert lassen oder eine Universität aufbauen". Entschließe man sich zur Verlegung der französischen Fliegereinheit, könnten in die freiwerdenden Gebäude zunächst Geisteswissenschaftler, Juristen und Theologen einziehen, deren Materialbedarf geringer als derjenige der Naturwissenschaftler sei[200]. Von einer Requisition des Priesterseminars war beim Gouverneur nicht die Rede. Wenige Tage später, Mitte Dezember, erhielt Boislamberts Behörde aus Baden-Baden die Anweisung, in den Haushaltsplan der deutschen Landesverwaltung zwei Millionen Mark für die Gründung einer Universität in Trier aufnehmen zu lassen, da ein solches Vorhaben im Jahre 1946 realisierbar erschien[201].

Schmittlein war in dieser Planungsphase auf Diskretion bedacht. Vor Abschluß der Sondierungen sollte nichts an die deutsche Öffentlichkeit dringen. Noch Ende Dezember 1945 schien er auf Trier als Standort einer künftigen Universität festgelegt und zeigte er sich von der bereits ins Spiel gebrachten Alternative Mainz nicht überzeugt, da dort die materielle Lage ungeklärt sei. Ein Pädagogisches Institut und ein Priesterseminar, gab er zu bedenken, reichten als Kern der geplanten Universität nicht aus. In jedem Fall aber sollte das Projekt einer Neugründung schnellstmöglich Konturen gewinnen und die Eröffnung der ersten Fakultät noch vor Pfingsten 1946 stattfinden. Dabei müsse bescheiden begonnen und allmählich aufgebaut werden. Laffons Befürchtung, Engländer oder Amerikaner könnten den Franzosen durch eine eigene Hochschulneugründung Konkurrenz machen oder gar zuvorkommen, wies Schmittlein als unbegründet zurück[202]. Es ließ sich allerdings nicht verhindern, daß drei Monate später die Pläne der DEP im Erziehungskomitee des Alliierten Kontrollrats zur Sprache kamen und die Vertreter der amerikanischen und britischen Delegation ihren französischen Kollegen, einen jungen, interimistisch amtierenden *Agrégé*, mit kriti-

[199] AOFA, AC 70,1, Schmittleins Aufzeichnung vom 18.9.1945.

[200] AOFA, AC 107,3, Boislambert an Laffon am 3.12.1945, No. 494/CAB.

[201] AOFA, AC 70,1, Laffon (Sabatier) an die Koblenzer Délégation Supérieure am 14.12.1945, No. 1141/DGAA/EDU.

[202] AOFA, AC 60,5, Schmittleins Aufzeichnung für Laffon vom 21.12.1945, No. 1199/DGAA/EDU; Steil-Beuerle, ebenda, S. 198 und 202: Schmittlein habe sie auf eine Informationsreise nach Berlin geschickt, um eventuelle Schul- und Hochschulpläne der Alliierten zu erkunden. Nach ihrer Rückkehr und ihrem Bericht habe er seine Entschlossenheit geäußert, die Eröffnung der Mainzer Universität schnellstmöglich voranzutreiben, „denn auch die anderen schlafen nicht".

schen Fragen in Bedrängnis brachten[203]. Inzwischen hatten sich für Mainz wie für Trier „Lobbys" aus Vertretern der neueingesetzten Stadtverwaltungen und bildungsbürgerlichen Honoratioren zusammengefunden, die seit Spätsommer 1945 nachdrücklich für die Wiederbelebung ihrer seit 150 Jahren geschlossenen Universitäten warben[204].

Beim erfolgreichen Einsatz für den Standort Mainz spielten auf deutscher Seite vor allem zwei Persönlichkeiten eine Rolle. Der Landrat von Bernkastel, Walter Hummelsheim, hatte sich als Häftling in den Konzentrationslagern Buchenwald und Dachau unter französischen Mitgefangenen Freunde geschaffen, von denen er kurz nach Kriegsende ins befreite Frankreich eingeladen wurde, um aus den Händen de Gaulles eine Ehrung zu empfangen[205]. Im Spätsommer 1945 traf Hummelsheim in Mainz ein, um dem französischen Kreiskommandanten, der selbst zum aktiven Förderer des Hochschulprojekts wurde, und den deutschen Behörden seine Vermittlerdienste in Baden-Baden und Paris anzubieten. Schon bald erwies er sich als „der beste Propagandist der Idee [einer] Universität [in] Mainz"[206]. Ferner ist Josef Schmid als treibende Kraft anzusehen, ein aus Freiburg gebürtiger promovierter Geograph, der als Hauptschriftleiter beim Herder-Verlag tätig gewesen war und sich bei Kriegsende in der Schweiz aufgehalten hatte[207]. Von deutschen Emigranten in der Eidgenossenschaft mit französischen Staatsbürgern bekannt gemacht, wandte sich Schmid im November 1945 mit einem Richtlinienentwurf „für die Gründung einer wissenschaftlichen Akademie in Rheinpfalz und Rheinhessen" an Schmittlein. Darin befürwortete er zunächst das von Kriegsschäden weitgehend verschont gebliebene Speyer als Standort einer Hochschule. Mitte Dezember vom Leiter der DEP mit Sondierungen in Mainz beauftragt, ließ er sich jedoch von den dortigen Gesprächspartnern nachhaltig beeindrucken[208]. Hinzu kam, daß der Mainzer Kreiskommandant auf eine am Stadtrand ge-

[203] AOFA, AC 131,5, Péchoux an Schmittlein am 30.3.46, No. 335.

[204] Vgl. Die Wiedereröffnung der Mainzer Universität, S. 21 ff.; Steil-Beuerle, Erinnerungen; Mathy, Neue Dokumente; ders., Hochschulen. Die von Ruge-Schatz, Grundprobleme, S. 103, geäußerte Erwartung, die französischen Akten würden darüber Aufschluß geben können, „wie der Entscheidungsprozeß, die Universität Mainz wiederzueröffnen, innerhalb der Militärregierung in Baden-Baden und der Regierung in Paris verlaufen ist", hat sich nicht im erhofften Maße erfüllt. Die französische Aktenüberlieferung weist in dieser Hinsicht erhebliche Lücken auf. Auch Marquant weiß nur wenig über den Gründungsprozeß der Mainzer Universität zu berichten; diese Angelegenheit sei von Schmittlein und Irène Giron persönlich behandelt worden; in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 92.

[205] Hierzu und zum Folgenden vgl. Steil-Beuerle, ebenda, S. 203; Die Wiedereröffnung der Mainzer Universität, S. 69 f. (Interview Kleinmann) und S. 78 (Ausführungen Kraus).

[206] Aussage Kleinmann, ebenda, S. 70. Angeblich konnte Hummelsheim bei de Gaulle persönlich die Entscheidung für Mainz erreichen. Seine guten Beziehungen zu französischen Regierungskreisen lassen sich an der Namensliste der Gesprächspartner ablesen, die Hummelsheim während einer einwöchigen Parisreise im Oktober 1948 traf. Höhepunkt dieser Visite war eine Unterredung mit Außenminister Schuman, über die der Landrat eine Aufzeichnung anfertigte; in: Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 692 ff.

[207] Vgl. hierzu Ruge-Schatz, Grundprobleme, S. 104; Die Wiedereröffnung der Mainzer Universität, S. 94 f. (Ausführungen Reatz).

[208] Vermutlich erhielt Schmid bei dieser Gelegenheit auch die verbindliche Zusage des rheinhessisch-pfälzischen Oberregierungspräsidenten, ihm das Rektoramt zu übertragen. Hierauf deutet der ansonsten durchweg fehlerhafte Bericht eines Oberregierungsrats in der Neustädter Unterrichts- und Kultusabteilung vom 11.2.1946 hin; in: LAS, H 12/772. Tatsächlich

legene, äußerlich fast intakte Flakkaserne hinweisen konnte, die unter den widrigen Nachkriegsbedingungen günstigste bauliche Voraussetzungen für eine Universitätsgründung zu bieten schien. Unter kräftiger Mithilfe von Schmittleins Schwager, dem späteren Verwaltungsdirektor, Kurator und Universitätskanzler Fritz Eichholz, der sich als Rechtsanwalt und Notar in Mainz niedergelassen hatte[209] und gewisse „souvenirs politiques" der Franzosen[210] – vor allem wohl Erinnerungen an frühere Besatzungszeiten – zu bestärken wußte, setzte sich schließlich der Mainzer „Freundeskreis" gegen rivalisierende „Cliquen"[211] in Baden-Baden durch. Er erreichte um die Jahreswende 1945/46 eine positive Entscheidung General Koenigs, die Anfang Januar den Mainzer Stadtbehörden offiziell mitgeteilt wurde[212].

Ausschlaggebend für Koenigs Entscheidung war letztlich die Rheinlandpolitik der Besatzungsmacht. Auf die Auseinandersetzungen und Konflikte zwischen Paris und Baden sowie zwischen Oberkommando und Militärregierung um die Frage „Zentralismus oder Dezentralisierung in der französischen Zone"[213] ist bereits hingewiesen worden. Um den Jahreswechsel 1945/46 spielten entsprechende Erwägungen eine Rolle. In der Umgebung des Oberbefehlshabers reiften Projekte heran, „das linke Rheinufer administrativ zusammenzufassen, politisch zu konsolidieren und möglichst weitgehend an Frankreich zu binden"[214]. Saint-Hardouin entwarf im Januar 1946 beispielsweise folgendes Szenario: „Der gesamte Nordteil unserer Besatzungszone würde unter der Bezeichnung 'Militärregierung der Rheinlande' eine Einheit bilden. Deren Hauptstadt wäre Mainz. Obwohl der Zerstörungsgrad der Stadt die Einrichtung einer Militärregierung in Mainz nicht gerade erleichtern wird, erscheint es absolut unumgänglich, diesen Ort zum Sitz der Militärregierung zu küren. Denn die Rolle, die Mainz als geistige, geistliche und – in gewissem Maße – politische Hauptstadt der

---

Fortsetzung Fußnote von Seite 238

wurde Schmid von Oberregierungspräsident Eichenlaub am 28.3.1946 (rückwirkend zum 1.3.) zum ordentlichen Professor und (rückwirkend zum 2.3.) zum Rektor berufen, nachdem Schmittlein in den Erlassen No. 1820 und 1821/DGAA/EDU vom 28.2. bzw. 1.3.1946 zugestimmt hatte; in: LAS, H 12/262. Zum Drängen der DEP gegenüber der Freiburger Universität, Schmid zu habilitieren, vgl. Grohnert, Entnazifizierung, S. 140.

[209] Eichholz' Berufung zum Verwaltungsdirektor (rückwirkend zum 1.3.) erfolgte am 28.3.1946 durch Eichenlaub, nachdem Schmittlein im Erlaß No. 1883/DGAA/EDU vom 22.3. zugestimmt hatte; in: ebenda. Auf persönliche Vorlieben Schmittleins für Mainz verweist Eichholz, in: Die Wiedereröffnung der Mainzer Universität, S. 63.

[210] In einem ungezeichneten Vermerk (Schmittleins oder eines Mitarbeiters) vom 5.9.1946 wurden vier Gründe für die Entscheidung zugunsten von Mainz angeführt: die geographische Lage; „souvenirs politiques"; die Existenz einer theologischen Hochschule; das Vorhandensein der weitgehend intakten Flakkaserne; in: AOFA, AC 67,2, No. 3803/DGAA/EDU.

[211] So die Formulierungen des ehemaligen Mainzer Kreiskommandanten Kleinmann, in: Die Wiedereröffnung der Mainzer Universität, S. 70.

[212] Vgl. die Mitteilung des Délégué Supérieur für Rheinhessen, Jacobsen, an den Mainzer Regierungspräsidenten vom 7.1.1946, in: Mathy, Neue Dokumente, S. 218; zwei Eingaben des Mainzer Oberbürgermeisters an das Neustädter Oberregierungspräsidium vom 11. und 20.12.1945, die Ansprüche seiner Stadt auf die Universitätsgründung zu unterstützen; in: LAS, H 12/262.

[213] Vgl. hierzu Hudemann, Zentralismus.

[214] Ebenda, S. 197.

Rheinlande gespielt hat, war stets entscheidend."[215] Diesen letzten Satz übernahm Koenig fast wörtlich in ein langes Memorandum, das er am 6. März 1946 für Unterstaatssekretär Schneiter am Quai d'Orsay verfaßte[216]. War Mainz von Anbeginn dazu ausersehen, Regierungssitz und geistig-kultureller Mittelpunkt der einheitlich zu verwaltenden „pays rhénans" zu werden[217], so konnte in französischer Sicht eine Universitätsneugründung im Nordteil der Zone nur an diesem Ort stattfinden.

Bevor am 22. Mai 1946 die Johannes-Gutenberg-Universität feierlich eingeweiht wurde, waren ihre Statuten zu erarbeiten, die Mitglieder des Lehrkörpers zu berufen, das Verwaltungspersonal zu rekrutieren und unter etwa 12000 Bewerbern die ersten 2300 Mainzer Studenten auszuwählen[218]. Hierbei mußte sich erweisen, ob und inwieweit die Neugründung tatsächlich eine Alternative zu bestehenden deutschen Hochschulen sein konnte. Die am 27. Februar 1946 verkündeten Statuten der nach etwa 150 Jahren wiederbegründeten Universität hatte der designierte Rektor Schmid in Abstimmung mit der Militärregierung in Baden-Baden formuliert[219]; sie gingen im wesentlichen auf seine „Richtlinien" zurück[220] und galten Schmittlein hinfort als bevorzugte Referenz, um den im Unterschied zu Tübingen und Freiburg völlig „anderen Geist" der Mainzer Gründung zu rühmen[221]. „Das Studienprogramm", hieß es in der Präambel, „soll nach Möglichkeit die Fortführung bester Tradition mit der Erfüllung der neuen Anforderungen an den Unterricht vereinen. – Die neue Hochschule soll eine 'Universitas' im klassischen Sinne des Wortes sein, die ohne Beschränkung auf das Fachwissen die Kenntnisse vertieft und lehrt, die Zusammenhänge betont, die die großen Probleme und Lebensaufgaben verbinden, und alle ihre Kräfte für den sozialen Fortschritt, für die menschlichen Freiheiten und für die Verbesserung der Lebensbedingungen einsetzt. – Die neue Hochschule setzt sich als wichtigstes Ziel, Menschen zu bilden. Sie wird ihre Ehre darein setzen, die Anlagen des Charakters ebenso wie die intellektuellen Fähigkeiten zu entwickeln, indem sie die Wertschätzung der Freiheit, die Achtung vor dem Geistigen, Verständnis und Mitgefühl für die Mitmenschen und alle sittlichen Werte vermittelt, ohne welche das Fachwissen der Sache der Menschheit nicht wahrhaft zu dienen vermag. – In Forschung und Lehre soll die neue Universität die Kenntnis und das Verständnis für die geistigen und kulturellen Errungenschaften der anderen Länder, die gegenseitige Achtung der Völker voreinander und das Gefühl für die Verbundenheit der Menschheit weiter fortbilden. – In ihrem engeren Raume soll sie alle Kräfte sammeln, die an der Entwicklung einer bodenständigen rheinischen Kultur mitarbeiten und die Verbesserung der materiellen Grundlagen ih-

[215] Vermerk des politischen Beraters für Koenig vom 10.1.1946, in: Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 141ff., hier S. 142.

[216] Vgl. ebenda, S. 165ff., hier S. 167.

[217] Zur Frage, warum dennoch Koblenz bis 1951 Regierungssitz des neugeschaffenen Landes Rheinland-Pfalz wurde, vgl. Graß, Koblenz.

[218] AOFA, AC 70,1, Schmittleins Aufzeichnung für Laffon vom 18.7.1946, No. 3140/DGAA/EDU.

[219] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 3b, „Réouverture de l'Université de Mayence. Constitution, compétences, organisation" (undatiert, ungezeichnet). Von Laffon am 28.2.1946 unterzeichnet, wurden die Statuten der Universität Mainz erst im JO-CCFA vom 14.2.1947 veröffentlicht; abgedruckt in: Die Wiedereröffnung der Universität Mainz, S. 105ff.

[220] Vgl. Ruge-Schatz, Grundprobleme, S. 104.

[221] AOFA, AC 67,1, Tätigkeitsbericht der DEP vom 12.7.1947, No. 7848/DGAA/EDU.

res kleinen Heimatlandes fördern." Die Affinität zu den Prinzipien von Humanismus und Aufklärung war offenkundig. Die Mainzer Universität sollte ein Neubeginn sein, aber auch die Kontinuität der Traditionen wahren, Fachwissen ebenso wie Allgemeinbildung im Sinne umfassender Persönlichkeitsentwicklung vermitteln, schließlich die Einbindung der Wissenschaft in das gesellschaftliche Leben im Dienste sozialen und materiellen Fortschritts gewährleisten. Dies waren hehre Ziele, dem Humboldtschen Universitätsideal vergleichbar; ihre Verwirklichung blieb jedoch problematisch.

Aufschlußreicher als die offiziell verkündeten Statuten, deren Präambel dem Grundsätzlichen verhaftet blieb und die sich ansonsten organisatorischen Fragen widmeten, sind zwei interne Denkschriften der DEP. In knappen „Considérations sur le statut de l'Université Rhénane" vom 25. Februar 1946[222] formulierte Schmittlein oder sein Mitarbeiter Sauzin unter ausdrücklicher Berufung auf Karl Jaspers[223] das Ziel, „einer neuartigen Lösung zu[zu]stimmen: [...] vor allem darauf ab[zu]zielen, sie [die Rheinische Universität] zu einer *école d'humanités* zu machen". Die rheinische Bevölkerung sollte nicht nur wissenschaftliche Spezialisten, sondern auch Führungskräfte mit umfassender Bildung erhalten. Zur Struktur der künftigen Hochschule führte das Memorandum aus, daß die beiden theologischen Fakultäten die in Deutschland traditionelle Verfassung beibehalten könnten, zumal sich diese kaum von der an französischen Universitäten unterscheide. „Rühren wir nicht an die Angelegenheiten der Kirchen", lautete die Empfehlung, „führen wir die Satzung der Straßburger Fakultäten im Rheinland ein, eine Satzung, mit der sich die französischen Kirchenbehörden sehr gut abfinden."[224] Die als selbstverständlich angesehene enge Anlehnung der rheinischen Universität an das Hochschulsystem in Frankreich bestimmte auch die weiteren Überlegungen. In der Rechtswissenschaftlichen Fakultät sollten inhaltliche Akzentverschiebungen erfolgen, römisches Recht behandelt und Vergleiche mit der französischen Jurisprudenz angestellt werden, in die Examensordnung französische Bestimmungen Eingang finden. Für die Medizinerausbildung wurde ein Kompromiß zwischen den herkömmlichen deutschen, eher praxisorientierten, und den in Frankreich bevorzugten, stärker theoretischen Lehrmethoden anvisiert. Ähnlich wie bei den Juristen sollten die Abschlußexamina und akademischen Titel der angehenden Geistes- und Naturwissenschaftler zwar ihre bisherige Form beibehalten, in der inhaltlichen Ausrichtung, den Anforderungen wie der Organisation jedoch nach dem französischen Vorbild gestaltet werden. Hinsichtlich der Ernennung der ersten Professoren erstrebte die DEP eine Verbindung des hergebrachten Kooptationsrechts mit den

[222] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 3b, No. 1645/DGAA/EDU (gez. Schmittlein). Ob diese „Betrachtungen" tatsächlich vom DEP-Chef selbst oder weitgehend von Abteilungsleiter Sauzin formuliert wurden (worauf eine Stilanalyse eher hindeutet), kann nicht mit letzter Sicherheit entschieden werden.

[223] Schmittlein bezog sich dabei auf eine Nachricht von Jaspers, die ihm am 17.12. von einem aus Heidelberg zurückkehrenden Leutnant Ephraim überbracht worden sei. Vgl. auch Jaspers, Hoffnung, S. 31 ff.

[224] Im Elsaß und in Lothringen bestand im Gegensatz zum übrigen Frankreich keine strikte Trennung zwischen kirchlichen und staatlichen Belangen. Die theologischen Fakultäten in Straßburg wurden wie die „weltlichen" Fakultäten von der Regierung getragen; vgl. Sauzin, Wesen, S. 531. Die geplante Anlehnung der Universität Mainz an die elsässische Hochschule zeigt sich in der Bezeichnung „Université Rhénane", die in Frankreich für die Straßburger Universität gebräuchlich war; vgl. Schriewer, Die französischen Universitäten, S. 99.

„autoritären Notwendigkeiten" einer Neugründung und orientierte sich auch hier am französischen Präzedenzfall: der Eingliederung der Straßburger Universität im Jahre 1919, als die Pariser Regierung den verbliebenen elsässischen Dozenten die Auswahl ihrer künftigen Kollegen nicht allein überließ. Dementsprechend sollte die Militärregierung etwa drei Viertel der neuen Professuren an der rheinischen Universität aus eigener Machtbefugnis besetzen.

Zusammen mit den „Considérations" legte Schmittlein ein ausführliches „Exposé des motifs" zur Wiedereröffnung der Mainzer Universität vor, das seine Einschätzung der hochschulpolitischen Lage in Deutschland enthielt[225]. Bemerkenswert daran ist, daß er die Dringlichkeit des Aufbaus höherer Bildungseinrichtungen im Nordteil der Besatzungszone mit der „moralischen Unzulänglichkeit der Universitäten Tübingen und Freiburg" begründete. Dieser Argumentationszusammenhang relativiert nämlich das kategorische Verdikt über die geschmähten Universitäten. Die Folgerung aus seinem negativen Befund – ihre Erneuerung impliziere notwendigerweise die Schließung – schränkte der Realist denn auch umgehend ein: „Diese Maßnahme würde gegenwärtig so viele Schwierigkeiten mit sich bringen, daß wir vor einem solch radikalen Vorgehen zurückschrecken. Zweckmäßiger scheint es, vor der Zerstörung erst aufzubauen." Dementsprechend sah sein Lösungsvorschlag zunächst die Gründung neuer Universitäten auf neuartiger Grundlage vor. Ihr Lehrpersonal müsse unter den „gesunden, volksverbundenen Elementen" rekrutiert werden, zum Beispiel nach französischem Vorbild[226] unter den qualifiziertesten Gymnasiallehrern. Auch sollten aus Prinzip, nicht aus kurzfristigen taktischen Erwägungen, ausländische Bewerber berücksichtigt werden, um frischen Wind in Deutschlands geistiges Leben zu bringen. Die überragende Bedeutung, die man auf französischer Seite dem nördlichen Zonenteil beimaß, schlug sich in der Absicht nieder, die neuzugründende Universität in den linksrheinischen Provinzen weitgehend nach dem Vorbild des französischen Hochschulsystems zu modellieren[227]. Doch sollte auf deutsche Gepflogenheiten und Empfindlichkeiten, so bei akademischen Titeln, und einflußreiche Kräfte, wie die Kirchen, Rücksicht genommen werden, um die Erfolgschancen nicht von vornherein zu gefährden.

Mit seiner scharfen Attacke gegen Tübingen und Freiburg ging es Schmittlein insbesondere um eine stichhaltige Begründung dafür, daß die Rheinische Universität vor allem personalpolitisch neue Wege gehen sollte. Was er selbst nur indirekt aussprach, schrieben die Mainzer Statuten fest: „Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Umstände und die Bedeutung (im positiven wie negativen Sinne), die seit 1935 politische Erwägungen bei der Habilitierung der Professoren gespielt haben, mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, einen akademischen Lehrkörper zu schaffen, der aus den gesunden

[225] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 3b, Schmittleins Memorandum „Réouverture de l'Université de Mayence. Exposé des motifs" vom 25.2.1946, No. 1644/DGAA/EDU; abgedruckt in: Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 151ff.; vgl. auch Düwell, Nationale Interessen, S. 244ff.

[226] Vgl. Sauzin, Wesen, S. 534f.

[227] Offen eingeräumt hatte Schmittlein die geplante enge Anlehnung der neuzugründenden Universitäten an das französische Modell bereits in der Aufzeichnung für Sabatier von Ende 1945, in der er Stellung nahm zur erwogenen Übernahme der deutschen Verwaltung durch die französischen Besatzungsbehörden; in: AOFA, AC 65,2.

Kräften des deutschen Volkes hervorgeht, kann die Habilitation an einer deutschen Universität als erforderliche oder ausreichende Qualifikation nicht angesehen werden. Die Bewerber müssen gute wissenschaftliche und pädagogische Befähigung nachweisen, praktische, nach Möglichkeit im höheren Schuldienst erworbene Lehrerfahrung besitzen, die sie zu Lehrern und Führern der Jugend geeignet machen."[228] Auf deutscher Seite dürfte die scharfe Wendung gegen die Habilitation als einziges Berufungskriterium nicht einmal im Mainzer Umfeld auf einhellige Zustimmung gestoßen sein. Edgar Glässer, der Chefberater für Kunst und Wissenschaft in der Kultusbehörde des rheinhessisch-pfälzischen Oberregierungspräsidiums, der kurze Zeit später als Romanistikprofessor nach Mainz berufen wurde, teilte beispielsweise am Tag nach der Verabschiedung der Mainzer Statuten einem Interessenten mit, „daß die Bewerbung um eine Dozentur [an der Universität Mainz] zur gegebenen Zeit auf dem Wege der Habilitation möglich sein" werde[229]. Schmittlein und Hepp hingegen suchten auf alliierter Ebene nach Verbündeten für ihre Vorstellung, daß wenigstens ein Teil der deutschen Professoren aus politisch zuverlässigen und fachlich qualifizierten Gymnasiallehrern rekrutiert werden sollte. Sie dachten an eine gesamtdeutsche „Eignungsliste", die den Vier Mächten die Möglichkeit einräumte, als undemokratisch erkannte Bewerber für eine Professur von vornherein auszuschließen. Eine Lösung dieses Problems erschien den beiden Franzosen um so dringlicher, als sie einige amtierende Lehrstuhlinhaber mit einer Absenkung der Höchstaltersgrenze demnächst abzulösen gedachten[230].

An der Universität Mainz verlief der Ausleseprozeß unter mehr als 1500 Kandidaten für etwa 150 Professuren, Dozenten- und Assistentenstellen[231] in der Weise, daß Gründungsrektor Schmid zunächst mit einigen Helfern, später mit dem jeweiligen Kleinen Fakultätsrat eine Vorauswahl unter den Kandidaten traf und dann die entsprechenden Bewerbungsunterlagen nach Baden-Baden schickte, wo sie von Schmittlein persönlich überprüft und gewichtet wurden. Dem Rektor blieb es anschließend überlassen, seine Berufungsvorschläge zu formulieren und statutengemäß dem Oberregierungspräsidenten von Rheinhessen-Pfalz und dem Leiter der DEP zur definitiven Billigung vorzulegen[232]. Die Resultate dieses Auswahlverfahrens wurden von mehre-

---

[228] Statuten der Universität Mainz vom 27.2.1946, Ziff. 11, in: Die Wiedereröffnung der Universität Mainz, S. 105ff., hier S. 109. Es sei daran erinnert, daß Schmittlein in seiner Aufzeichnung zur Gründung einer Universität in Trier vom 18.9.1945 die Einstellung habilitierter Wissenschaftler ausdrücklich vorgesehen hatte; in: AOFA, AC 70,1. Die scharfe Wendung gegen die Habilitation dürfte mit auf den (nicht habilitierten) Gründungsrektor Schmid zurückgegangen sein; vgl. zu den Auseinandersetzungen um seine Habilitierung an der Freiburger Universität Grohnert, Entnazifizierung, S. 140.

[229] LAS, H 12/262, Glässer an Dr. Karl Müller am 28.2.1946.

[230] AOFA, AC 131,5, von Hepp und Schmittlein unterzeichnetes Protokoll der vorbereitenden Kommissionen für die Dienstbesprechungen Berliner und Baden-Badener Militärregierungsbehörden vom 23.9.1947, No. 8814/DGAA/EDU.

[231] AOFA, AC 70,1, Untersuchungsbericht Sauzin-Fritz vom April 1947. Vermutlich konnten zahlreiche Bewerbungen wegen fehlender Voraussetzungen schnell ausgeschieden werden, denn angeblich war es schwierig, genügend geeignete Kandidaten zu finden; vgl. Gilmore, France's Policies, S. 118.

[232] Ursprünglich war vorgesehen, daß die DEP alle Bewerbungsunterlagen zentral sammle und eine „Eignungsliste" der Kandidaten erstelle, aus der dann der Universitätsrektor im Einvernehmen mit dem Oberregierungspräsidenten seine Auswahl treffen sollte; AOFA, Laffon, C. 19, EDU 1945/46, Laffon an die Pfälzer Délégation Supérieure am 11.4.1946, No. 2164/

ren Seiten kritisiert. Während sich mancher veritable Professor über nicht habilitierte Kollegen in Mainz mokiert haben soll[233], monierten deutsche Parteipolitiker[234] ebenso wie französische Kritiker in der Militärregierung, daß die einheimische Bevölkerung und ihre politische Führung bei den Stellenbesetzungen nicht konsultiert und die einmalige Chance, mit einer echten „Landesuniversität" einen Beitrag zur „Entnationalisierung" der höheren Bildung zu leisten, vertan worden sei. Statt dessen würden Wissenschaftler aus allen Himmelsrichtungen Deutschlands, vor allem aus dem Osten, einige auch von der geschlossenen Gießener Universität geholt. Schließlich befänden sich unter den Neubestallten ehemalige NSDAP-Mitglieder[235]. Die vorrangige Einstellung von Rheinhessen und Pfälzern oder wenigstens von Süddeutschen war in der Tat für die DEP und ihre deutschen Vertrauensleute kein ausschlaggebendes Kriterium, „Verpreußung" keine Frage der landsmannschaftlichen Zugehörigkeit. Gegenüber einer schematischen Identifizierung des Geburtsorts oder der zeitweiligen Wirkungsstätte eines Bewerbers mit seiner politisch-weltanschaulichen Gesinnung setzte sich ein maßvoller Pragmatismus durch. Auch das Problem der ehemaligen „Parteigenossen" im Lehrkörper wurde von Schmittlein heruntergespielt. Mit 23 Prozent sei ihre Zahl in Mainz deutlich niedriger als in Freiburg (35 Prozent) und Tübingen (40 Prozent), zumal sich unter dieser „Handvoll" kein militanter Nationalsozialist, nicht einmal ein bloß Verdächtiger befinde. Zudem stünden ihnen sechs Benachteiligte oder Verfolgte des NS-Regimes, zwei „notorisch Frankophile" sowie etwa zehn im Ausland geborene Wissenschaftler zur Seite[236]. Es ist nicht zu übersehen, daß für die DEP eine konsequente, prinzipienfeste Selektion der Kandidaten nach dem als formalistisch empfundenen Kriterium der Mitgliedschaft in einer NS-Organisation keine Priorität besaß[237].

Alles in allem darf den Mainzer Universitätspionieren das redliche Bemühen be-

---

Fortsetzung Fußnote von Seite 243

DGAA/EDU. Im nachhinein berichtete Schmittlein, daß er persönlich die von Rektor Schmid vorgelegten (d.h. wohl: bereits vorsortierten) Unterlagen überprüft habe; AOFA, AC 70,1, Aufzeichnung Schmittleins für Laffon vom 5.11.1946, No. 1640/DGAA/EDU. Ferner LAS, H 12/262, Schmids Schreiben an den Oberregierungspräsidenten vom 11.6.1946; vgl. auch die Erinnerungen des ersten gewählten Mainzer Rektors Reatz, in: Die Wiedereröffnung der Mainzer Universität, S. 89ff., hier S. 95f.

[233] Untersuchungsbericht Sauzin-Fritz vom April 1947; vgl. Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 264ff.

[234] Die SPD in Pfalz-Hessen forderte am 30.4.1946 in einer Eingabe beim Neustädter Oberregierungspräsidium u. a. „Beratende Mitwirkung von Vertretern der antinationalsozialistischen politischen Parteien bei der Berufung von Hochschullehrern, der Zulassung von Studierenden und der Vergebung von Freiplätzen an Studierende". Rektor Schmid nahm dazu gegenüber dem Oberregierungspräsidenten am 11.6.1946 abschlägig Stellung, indem er auf die überparteiliche Bildungsaufgabe der Hochschule, ihre Satzungen und die Zuständigkeiten der Militärregierung verwies; in: LAS, H 12/262.

[235] Untersuchungsbericht Sauzin-Fritz und Fritz' „Synthèse générale sur les universités de la Zone Française" vom 1.4.1947. Vgl. zu den Personalia der ersten Mainzer Professoren und Dozenten Kürschners Deutscher Gelehrtenkalender 1950 bzw. 1940/41, wo allerdings nicht alle Lehrkräfte verzeichnet sind.

[236] AOFA, AC 109,4, Schmittleins Aufzeichnung für Laffon vom 3.1.1947, No. 5342/DGAA/EDU. Daß die im Ausland Geborenen vor 1945 mehrheitlich in Deutschland tätig gewesen waren, überging Schmittlein.

[237] Vgl. hierzu auch die Andeutungen bei Manns, Höchst persönliche Erinnerungen, S. 93ff.

scheinigt werden, ihre in den Hochschulstatuten formulierten programmatischen Erklärungen einzulösen. Diese enthielten keineswegs radikale reformerische Ziele, sondern wollten lediglich „die Fortführung bester Tradition mit der Erfüllung der neuen Anforderungen an den Unterricht vereinen". Schmittleins DEP wiederum konzentrierte sich im Hinblick auf politisch-strategische Erwägungen auf den mehr oder weniger diskreten Einbau französischer Elemente und die Pflege eines bestimmten Geistes, ohne an strukturelle Umwälzungen zu denken. Die noch in den Memoranden vom Februar 1946 angekündigte Orientierung der Lehrmethoden, Prüfungsbestimmungen und Rekrutierungsmodalitäten am französischen Hochschulmodell hatte unter den gegebenen besatzungspolitischen Umständen keine Realisierungschance, so daß sich die Mainzer Universität, von punktuellen Neuansätzen abgesehen, schnell zu einer „normalen" deutschen Hochschule entwickelte. Ihre Leitungsgremien pflegten freilich hervorzuheben, daß „sich das studentische Leben an der Johannes-Gutenberg-Universität von den Daseinsformen der meisten anderen deutschen Universitäten der Gegenwart" in „mannigfacher Weise" unterschied[238]. Allerdings scheint der Hinweis auf eine ungewöhnliche Zusammensetzung ihrer Studenten- und Dozentenschaft wenig stichhaltig[239]. Die collegeartige Anlage der Campus-Universität mit Unterbringung einiger 100 Studierender in Wohnheimen auf dem Hochschulgelände fand indessen weithin Beachtung.

Hinter den Kulissen, zeitweilig auch coram publico entbrannten bald nach der Universitätsgründung die heftigsten Auseinandersetzungen. Schon den Einweihungsfeierlichkeiten ging ein vielstimmiges Raunen voraus. Die Gerüchte waren kaum abgeklungen, als im November 1946 eine handgreifliche Auseinandersetzung zwischen dem leitenden Bauoffizier der französischen Militärregierung und dem Universitätsrektor, die Schmids Verhaftung und vorübergehende Suspendierung nach sich zog, eine Lawine ins Rollen brachte. Aus politischen und publizistischen Kreisen in Mainz, Koblenz und Paris wurden teils offene, teils verdeckte Vorwürfe und Drohungen an die Adresse der Hochschule und ihrer Exponenten erhoben. Rektor Schmids Amtsführung, Schmittleins „persönliches Regiment", das zur Folge hatte, daß sich im Amt des Universitätskurators innerhalb des ersten Jahres vier unbedeutende Personen ablösten, sowie die Rolle seines Schwagers Eichholz gerieten ins Kreuzfeuer der Kritik. Verdächtigungen gegen einzelne Professoren steigerten sich schließlich zu dem Verdikt, die ganze Universität sei „ein Nazinest". Auch der Studentenschaft blieben Vorwürfe nicht erspart. Ehemalige HJ-Führer, SS-Leute und Wehrmachtsoffiziere gäben in ihren Reihen den Ton an, klagte der rheinland-pfälzische Innenminister Steffan im Gespräch mit den beiden Vertretern der Militärregierung, die Laffon mit einer Untersuchung an den Universitäten betraut

[238] Vorlesungsverzeichnis der Mainzer Universität für WS 1947/48, S. 5.

[239] Vgl. ebenda, S. 5 ff. Die angeführten Statistiken lassen im dunkeln, inwieweit die Zusammensetzung der Studentenschaft ungewöhnlich gewesen sein und welche Folgerung sich daraus ergeben haben soll. Auch der Hinweis auf 18 ausländische Professoren, Dozenten und Lektoren (allein von letzteren fünf an der Philosophischen Fakultät) unter den etwa 200 Hochschullehrern ist kein besonders überzeugender Beweis für die „Internationalität" der Mainzer Universität.

hatte[240]. Schmittlein hatte es indessen verstanden, sich der Rückendeckung durch die Pariser Kulturdirektion zu versichern und die alleinige Zuständigkeit seiner Behörde für die Kulturpolitik in der Zone demonstrativ bestätigen zu lassen[241].

Die auf Kompetenzstreitigkeiten beruhenden Reibereien zwischen der Baden-Badener DEP und der Koblenzer *Délégation Générale* unter Hettier de Boislambert bzw. den rheinland-pfälzischen Landes- und Distriktdelegationen erreichten um die Jahreswende 1946/47 ihren ersten Höhepunkt[242]. Boislamberts Versuch, in einer Dienstbesprechung führender Repräsentanten von Oberkommando und Militärregierung mit den für Deutschlandfragen zuständigen Beamten des Quai d'Orsay die Initiative an sich zu reißen und seinen Widersacher Schmittlein auszumanövrieren, scheiterte zwar[243]; doch eine Regelung der Kompetenzfrage schien nun auch dem Oberbefehlshaber dringend geboten. Koenigs strenge Ermahnung an die Kontrahenten verlangte, interne Konflikte um jeden Preis vor den Deutschen zu verbergen[244]. Seiner Weisung gemäß veranlaßte Laffon im Mai 1947 eine Zusammenkunft, die den Querelen ein Ende setzen sollte[245], jedoch nur wenig bewirkte. Schmittlein unterzog nämlich sogleich Laffons Ergebnisprotokoll einer kritischen Stellungnahme und wandte sich schließlich mit der Bitte an Koenig, er möge persönlich einen Schlußpunkt unter die Affäre setzen. Der Entwurf eines entsprechenden Schreibens an Laffon, den Schmittlein gleich beifügte, wurde in der Tat von Koenigs Mitarbeitern wörtlich übernommen und am 30. Juni 1947 dem *Administrateur Général* zugestellt. So mußte sich dieser letztlich von seinem Untergebenen Schmittlein eine Fehleinschätzung des Mainzer Eklats vorhalten und die strikte Beachtung der vorrangigen Zuständigkeit der DEP für die Johannes-Gutenberg-Universität vorschreiben lassen[246]. Das Einvernehmen zwischen Laffon und Schmittlein war spätestens nach diesem Vorfall heillos zerstört.

---

[240] Dies alles nach dem Untersuchungsbericht Sauzin-Fritz vom April 1947 (Kap. I: „Université de Mayence"); in: AOFA, AC 70,1. Vgl. zu den Angriffen gegen Eichholz auch Manns, ebenda, S. 114ff.

[241] MAE, Rel. Cult., 1945–47/45, DGRC (Joxe) an Saint-Hardouin am 21.1.1947, No. 61 RC éo.

[242] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 3b, Sauzins Bericht über die feierliche Immatrikulation der Mainzer Studenten am 9.12.1946. General Koenig sprach offen von der „mésintelligence" in den Beziehungen zwischen DEP und Mainzer Distriktdelegation; AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 67, C/3/4.1, Koenig an das Generalkommissariat am 17.12.1946, No. 7569/CC/CAC/ADM; hierzu auch Manns, ebenda, S. 80f. und 114.

[243] MAE, Y/654, fol. 12, Protokoll der Zusammenkunft der Commission des territoires occupés am 13.1.1947.

[244] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 3b, Koenigs Aufzeichnung für Laffon und Boislambert vom 14.2.1947, No. 801/CC/CAC/POL.

[245] Ebenda, Laffon an Koenig am 17.5.1947, No. 5063/Cab/C, beigefügt das Protokoll der Besprechung mit Boislambert, Schmittlein u.a. am 12.5.

[246] Ebenda, Schmittleins „Remarques sur le p[rocès]-v[erbal] de la réunion du 12 mai 1947" vom 20.5.1947; „Fiche pour le Général [Koenig]" des Zivilkabinetts vom 18.6.1947, worin Schmittleins Bitte an Koenig, durch ein Schreiben an Laffon dem Konflikt um die Mainzer Universität ein Ende zu setzen, weitergegeben wurde (handschriftliche Bemerkung Koenigs: „D'accord-21/6/1947"); beigefügt Schmittleins Aufzeichnung für den Direktor des Zivilkabinetts, „Eléments de réponse à la lettre de M. l'Administrateur Général..." vom 12.6.1947, No. 7460/DGAA/EDU; gleichlautendes, mit einem kurzen Schlußzusatz versehenes Schreiben Koenigs an Laffon vom 30.6.1947, No. 3195/CC/CAC; „Fiche pour le Général [Koenig]" des Zivilkabinetts vom 3.7.1947; „Fiche d'instance No. 880" des CCFA-Sekretariats vom 7.7.1947.

Auch in einem anderen Konflikt innerhalb der Mainzer Universität sah sich Schmittlein zum Eingreifen veranlaßt, um eine personalpolitische Entscheidung herbeizuführen, die ihm nicht leichtgefallen sein dürfte. Im Herbst 1947 drohte der von den Franzosen eingesetzte Rektor Schmid Schmittleins Schwager, dem Verwaltungsdirektor Eichholz, aufgrund mehrfacher Beschwerden ein Dienststrafverfahren an. Es kam jedoch anders. Schmid selbst wurde dienstlicher Vergehen bezichtigt, seines Amtes enthoben und schließlich einem jahrelang verschleppten Prozeß ausgesetzt[247]. Nach außen leitete die DEP seine Abberufung im September 1947 mit der Ankündigung ein, daß sie dem von deutscher Seite wiederholt vorgetragenen Wunsch nach einer Änderung der Hochschulstatuten Rechnung zu tragen gedenke, indem sie einer Verkürzung der Amtszeit des Rektors auf die in Deutschland traditionelle Einjahresfrist zustimme. Da der erste, ausnahmsweise von der Militärregierung ernannte Rektor bereits seit drei Semestern amtiere und die wichtigste Aufbauarbeit inzwischen geleistet sei, sollte noch in der ersten Oktoberwoche eine reguläre Rektoratswahl stattfinden. Zur Vermeidung eines unschicklichen Konkurrenzkampfes empfehle man die Übernahme des deutschen Brauches, den Rektor nicht zweimal hintereinander aus derselben Fakultät zu berufen. Den Anfang sollten die katholischen Theologen machen[248]. In der Tat stellten diese dann mit dem Prälaten und Professor Reatz den ersten gewählten Rektor der Mainzer Universität[249]. Da diese Geste der französischen Militärregierung gegenüber der katholischen Geistlichkeit zu einem Zeitpunkt erfolgte, als anläßlich der Auseinandersetzungen um die Schulverfassung alle Zeichen auf Sturm standen, liegt die Vermutung nahe, daß ein einflußreicher Teil der deutschen Opposition durch Entgegenkommen in anderen Bereichen beschwichtigt werden sollte.

Welchen strategischen Wert die DEP der Johannes-Gutenberg-Universität beimaß, erhellt bereits aus dem „Exposé des motifs" zur Neugründung der Hochschule vom Februar 1946. In ihm entwickelte Schmittlein im Hinblick auf die naturwissenschaftliche Forschung den Gedanken, die im französisch besetzten Süddeutschland verstreuten Kaiser-Wilhelm-Institute (KWI) in die Umgebung von Mainz zu verlegen – „in eine Gegend, die länger unter französischer Besatzung bleiben wird"[250]. Geplant war die Integration der bis dahin selbständigen Institute in die der Kontrolle der DEP unterstehenden Hochschulen[251], nachdem General Koenig gemäß einer Kontrollratsverfügung im April 1947 die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der französischen Zone auf-

[247] So die Schilderung der Ereignisse durch den rheinland-pfälzischen Kultusminister in der „Allgemeinen Zeitung/Neuer Mainzer Anzeiger" vom 4.2.1952. Eine andere Version gibt Alain Peyrefitte in einer Aufzeichnung vom 7.2.1952; beide in: AOFA, AC 50,1.

[248] AOFA, Laffon, C. 19, EDU 1947/48, Laffon an die Koblenzer Délégation Générale am 18.9.1947, No. 9498/DGAA/EDU; das daraufhin abgefaßte Schreiben gleichen Inhalts von Boislambert an das Koblenzer Kultusministerium vom 1.10.1947, in: Mathy, Hochschulen, S. 378.

[249] Im Vorlesungsverzeichnis der Mainzer Universität für WS 1947/48 ist aufgrund des frühen Redaktionsschlusses noch Josef Schmid als Rektor aufgeführt. Schmittleins Wertschätzung für Reatz zeigt die Widmung in: Schmittlein, Umstände.

[250] Vgl. Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 156.

[251] AOFA, AC 50,1, Schmittlein an den Landeskommissar für Rheinland-Pfalz am 4.10.1950, No. 3346/HC/DC.

gelöst hatte[252]. Wenig später konstatierte man in der südwürttembergischen Landesdirektion für Kultus, Erziehung und Kunst mit Besorgnis, „daß in Baden-Baden das Interesse sich offenbar jetzt in erster Linie der neuen Universität Mainz zuwendet", angesichts der „an drei Direktoren von Kaiser-Wilhelm-Instituten (Chemie, Biologie und Biochemie) von den Franzosen gerichtete[n] Aufforderung, mit ihren Instituten von Tübingen nach Mainz überzusiedeln"[253]. Dem Tübinger Kurator Cheval bereitete dieses Ansinnen ebenfalls Kopfzerbrechen. Noch im März 1946 berichtete ihm der Direktor des nach Tailfingen auf der Schwäbischen Alb ausgelagerten KWI für Chemie über eine Unterredung, die er in Paris mit dem Leiter des Nationalen Forschungszentrums (CNRS), dem Atomphysiker Frédéric Joliot-Curie, geführt hatte und bei der sowohl eine Verlegung seines Instituts nach Tübingen als auch die Fusion mit dem in Hechingen befindlichen KWI für Physik erörtert worden war[254]. Die DEP in Baden-Baden bewirkte jedoch, daß dieses Vorhaben fallengelassen und im Juni 1946 über die Umsiedlung des Tailfinger Instituts auf das Gelände der soeben eingeweihten Mainzer Universität verhandelt wurde[255]. Zu Chevals Erleichterung führten die Sondierungen in Mainz zu einem Kompromiß, der „gewisse Besorgnisse in Forscherkreisen besänftigen" konnte. Der Abtransport der KWI in den Nordteil der französischen Zone sollte nur in dem Fall erfolgen, daß Frankreich sein südwürttembergisches Besatzungsgebiet aufgeben bzw. gegen ein anderes eintauschen werde[256]. Erst im Frühjahr 1949, nach zähen Verhandlungen und anhaltenden Streitigkeiten um die Grundstücksfrage, kam es schließlich zur Übersiedlung des Tailfinger Instituts für Chemie nach Mainz, das im Oktober in die Max-Planck-Gesellschaft aufgenommen wurde[257]. Inzwischen war allerdings das französische Interesse an der Transaktion erheblich zurückgegangen, weil, wie Schmittlein intern und streng vertraulich verlauten ließ, seit Herbst 1948 die Pariser Regierung sich von den Forschungen der Kaiser-Wilhelm- bzw. Max-Planck-Institute (MPI) nichts mehr versprach. „Der Rückstand der deutschen Gelehrten ist in der Tat so groß, daß man von ihren Arbeiten kaum irgendwelchen Nutzen für uns erwarten darf."[258] Diese Begründung erscheint rückblickend in etwas fragwürdigem Licht, wenn man den Bericht einiger Straßburger Physik- und Chemieprofessoren über ihren Besuch im Mainzer MPI vom März 1952 berücksichtigt, in dem die französischen Wissenschaftler angesichts der dortigen Forschungsbedingungen ihren „pessimistischen Eindruck" hinsichtlich der eigenen Wettbewerbschancen mitteilten. „Die veraltete Organisation der Forschung in Frankreich erfordert [...] die Übernahme der ertragreichsten Methoden, um unseren Wissenschaftlern die Konkurrenzfähig-

[252] Vgl. Osietzki, Wissenschaftsorganisation, S. 178.

[253] StAS, Wü 80, Acc. 10/1974 ff/368, Monatsbericht der Hauptabteilung H in der Tübinger Landesdirektion für Kultus, Erziehung und Kunst für Mai 1946. Korrekt hätte es heißen müssen: „...von Tübingen und Tailfingen nach Mainz...".

[254] AOFA, AC 109,3, Chevals Monatsberichte über die Tübinger Universität für März und April 1946; Osietzki, ebenda, S. 176f.

[255] Vgl. Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 636.

[256] AOFA, AC 60,3, Chevals Monatsbericht für Juni 1946.

[257] Vgl. Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 635f.; Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 94.

[258] Schmittlein an den Landeskommissar für Rheinland-Pfalz am 4.10.1950.

keit gegenüber ihren amerikanischen, englischen und deutschen Kollegen zu sichern."[259]

Daß Schmittlein sein großes Interesse an der Mainzer Universität hingegen bewahrte, bezeugt eine Denkschrift für General Koenig vom Oktober 1948 aus Anlaß ihrer kritischen finanziellen Lage nach der Währungsreform[260]. Schmittlein hatte den „sehr nachhaltigen Eindruck", daß die deutschen Landesbehörden absichtlich eine budgetäre Hinhaltetaktik betrieben, um die französische Gründung in den Bankrott zu treiben. Unter Anspielung auf die in Gang gekommenen Diskussionen über Verfassung und Neugliederung des künftigen westdeutschen Staates äußerte er die Befürchtung, daß Frankreich einer Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz und der Fusion Rheinhessens mit dem amerikanisch besetzten Hessen zustimmen könne[261]. Dann werde die letzte Stunde der Universität Mainz geschlagen haben, da auf großhessischem Gebiet bereits vier Hochschulen bestünden[262] und eine fünfte von der Landesverwaltung vermutlich als untragbarer „Luxus" angesehen werde. Daß dies ausgerechnet die einzige linksrheinische Universität auf französisch besetztem Boden treffen solle, füge sich nahtlos in jene Tradition „norddeutscher" Politik ein, die seit über 100 Jahren eine Bastion zwischen Frankreich und Deutschland zu errichten suche. „Die linksrheinischen Territorien", resümierte Schmittlein die angeblich seit 1815 praktizierte preußisch-mitteldeutsche Strategie, „dürfen keine autonomen Gebilde darstellen, die als Mittler zwischen Frankreich und Nord- bzw. Mitteldeutschland auftreten und dem französischen Einfluß ausgesetzt sein könnten, sondern sollen als Aufmarschgebiet (glacis offensifs) gegen Frankreich herhalten." In derselben historischen Perspektive vertrat er hinsichtlich des Nordteils der französischen Zone eine differenzierte Einschätzung. Während anderthalb Jahrhunderte der „prussification" – gemeint war die 130jährige Zugehörigkeit zur preußischen Rheinprovinz (1815/16 bis 1945) – aus den Einwohnern von Koblenz und Trier Preußen gemacht hätten, sei es den Pfälzern und Mainzern aufgrund einer weniger rigorosen „Entnationalisierungs"-Politik Bayerns und Hessens vergönnt gewesen, ihre Eigenheiten zu bewahren. Den französischen Intentionen gemäß hätte auf die Gründung von Rheinland-Pfalz die Wahl von Mainz als Landeshauptstadt folgen müssen; nur eine hier angesiedelte Regierung hätte integrierend wirken können[263]. Mit dem Aufbau der rheinland-pfälzischen Landesbehörden in Koblenz sei das Gravitationszentrum so weit an den Rand

[259] Ebenda, Spitzmuller an die Kulturdirektion im Außenministerium am 5.5.1952, No. 5064/HC/DC.

[260] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 3b, Schmittleins Aufzeichnung für Koenig vom 28.10.1948, No. 5429/CCSG/EDU; abgedruckt in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 228ff.

[261] Frankreich maß der Frage der Länderneugliederung große Bedeutung bei. Auf der Londoner Sechsmächtekonferenz der ersten Jahreshälfte 1948 wollte Paris noch immer die Bildung eines französisch kontrollierten Rheinland-Staates durchsetzen, zeigte sich im Gegenzug aber bereit, im deutschen Südwesten Revisionen zuzugestehen, z.B. die Pfalz und Teile Rheinhessens dem amerikanisch besetzten Hessen anzugliedern. In der Folge kam es über das französische Junktim zwischen einer Auflösung von Rheinland-Pfalz und der Aufteilung Nordrhein-Westfalens zu Kontroversen unter den Alliierten; vgl. Der Parlamentarische Rat, Bd. 1, S. LVIIff.

[262] In Marburg, Gießen, Frankfurt und Darmstadt.

[263] Schmittlein sprach etwas nebulös von einer möglichen „fusion entre les Allemands de l'est et de l'ouest".

verlegt worden, daß sich die Bewohner an der nördlichen, britisch besetzten Region des Rheinlandes orientierten, während die Landesteile Pfalz und Rheinhessen vernachlässigt, die Regierungsbezirke Trier und Koblenz in ihren zentrifugalen Bestrebungen bestärkt worden seien. Daher stehe die Existenz des erst 1946 gegründeten Landes auf dem Spiel, da jeder der drei auseinanderstrebenden Teile von einem rechtsrheinischen Nachbarterritorium aufgesogen zu werden drohe. Sollte es zur Auflösung von Rheinland-Pfalz kommen, lautete Schmittleins Prognose, würde dies das Ende französischen Einflusses in Deutschland bedeuten. Daran könnte nicht einmal eine längere Besatzungszeit noch etwas ändern. Denn für die politische und kulturelle Einflußnahme sei es unabdingbar, am „Kopfende" des jeweiligen Einflußkanals zu sitzen, um die aktive Rolle zu spielen. Gelinge dies in Mainz, so würden sich die rechtsrheinischen Gebiete der französischen Ausstrahlung nicht entziehen können. In der Frage der Mainzer Universität sei daher in nuce die gesamte französische Rheinlandpolitik enthalten. Mit dieser „staatsmännischen" Schlußfolgerung aus seinen geopolitischen Darlegungen verband Schmittlein den eindringlichen Appell an General Koenig: Wolle man Frankreichs Rheinlandpolitik und die seit drei Jahren in dieser Hinsicht unternommenen Bemühungen nicht aufgeben, sei die Bereitstellung von Krediten für die Mainzer Universität unerläßlich.

Diese Denkschrift blieb nicht ohne Resonanz. Der Oberbefehlshaber intervenierte tatsächlich umgehend bei der rheinland-pfälzischen Landesregierung, um eine finanzielle Soforthilfe für die in Bedrängnis geratene Universität herbeizuführen[264]. Koenigs Berater Saint-Hardouin leitete zudem Schmittleins Schreiben mit einer wohlwollenden Stellungnahme an die Europaabteilung des Quai d'Orsay weiter. Er teile zwar nicht alle Thesen, stimme Schmittlein jedoch darin zu, daß ein lebensfähiges Rheinland-Pfalz seinen Schwerpunkt in Mainz haben und Frankreich weiterhin an einer linksrheinischen Universität interessiert sein müsse. Schließlich warne Schmittlein zu Recht vor der Entstehung eines gesamthessischen Staatsgebildes, das höchstwahrscheinlich im künftigen Deutschland dem französischen Einfluß feindselig gegenüberstehen würde[265]. Auch im Pariser Generalkommissariat teilte man die Befürchtungen hinsichtlich der Mainzer Universität. Selbst wenn die budgetäre Seite provisorisch geregelt scheine, sei doch zu berücksichtigen, daß die Befugnisse des französischen Oberkommandos künftig nicht mehr ausreichen würden, um die deutschen Behörden zur weiteren Finanzierung der Universität zu zwingen[266].

Die verhinderte Konkurrenz in Trier

Im „Exposé des motifs" zur Wiedergründung der Mainzer Universität hatte Schmittlein die Eröffnung einer zweiten linksrheinischen Hochschule zum Herbst 1946 angekündigt[267]; und noch Mitte April ging er von einer Universitätsgründung in Trier

[264] MAE, Z/Allemagne/103, fol. 240, Aufzeichnung der politischen Abteilung im Generalkommissariat vom 19.11.1948, No. 3324 POL.

[265] Ebenda, fol. 229, Saint-Hardouin an die Europaabteilung am 12.11.1948, No. 808 EU.

[266] Aufzeichnung der politischen Abteilung im Generalkommissariat vom 19.11.1948.

[267] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 3b, Schmittleins Memorandum „Réouverture de l'Université de Mayence. Exposé des motifs" vom 25.2.1946, No. 1644/DGAA/EDU; abgedruckt in: Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 151 ff.

aus[268]. Sogar im offiziösen Mitteilungsblatt der Militärregierung wurde im Juni 1946 eine Realisierung für das bevorstehende Wintersemester angekündigt[269]. Inzwischen hatten sich die Dinge aber in eine Richtung entwickelt, die Schmittleins Unwillen heraufbeschwören mußte. Ein Direktorenkollege in Baden-Baden setzte ihn Ende Juni davon in Kenntnis, daß der Koblenzer *Service de l'Education Publique* bereits konkrete Schritte zur Gründung einer Universität in Trier unternommen hatte, ohne die Zentralbehörden einzuschalten. Unter diesen Umständen erteilte Schmittlein dem Unterfangen eine Absage: „Schon das Prinzip dieser Gründung bleibt umstritten, und auch ich befürworte sie nicht sehr." Außerdem alarmierten ihn Aktivitäten von deutscher Seite[270]. Erst Anfang September 1946 erfuhr der Erziehungsdirektor von einem Gesuch an General Koenig, nach dem Mainzer Modell die Gründung einer Universität in Trier zu genehmigen, sowie von der Existenz eines zu diesem Zweck gebildeten Gründungskuratoriums, das sich bereits um die Anwerbung von Professoren bemühte. Damit gingen die deutschen Initiatoren in Schmittleins Augen entschieden zu weit[271]. Dem Zivilkabinett Koenigs nannte er Argumente für seine Zurückhaltung gegenüber dem Trierer Projekt. Die Universität in Mainz habe sich schon jetzt über die anfänglichen Erwartungen hinaus zu einem großen, komplexen Gebilde entwikkelt; mit einem zweiten Unterfangen dieser Art wäre die DEP überfordert. Um den Aufbau in Mainz nicht zu gefährden, sei das Vorhaben einer weiteren rheinischen Universität einstweilen zurückgestellt worden. Allerdings könne er sich vorstellen, daß zum Wintersemester 1947/48 eine kleinere Hochschule in Trier errichtet werde, die neben den Geisteswissenschaften die Fächer Jura und katholische Theologie, möglicherweise auch ein medizinisches Grundstudium umfasse. Sobald ein zuverlässiger und fähiger Gründungsrektor, Josef Schmid in Mainz vergleichbar, gefunden sei, würden die Aufbauarbeiten in Trier wohl schnell vonstatten gehen. Dem Treiben des von örtlichen Militärregierungsvertretern geförderten Gründungskuratoriums müsse indessen Einhalt geboten werden[272]. An der Jahreswende 1946/47 erfuhr Schmittlein jedoch, daß sich die deutschen Initiatoren auf der Suche nach geeigneten Professoren für die geplante Universität an den katholischen Publizisten Karl Thieme gewandt hatten, um ihm das Rektoramt anzutragen. Vermutlich war ihnen nicht bekannt, daß ihr Kandidat als *chargé de mission* der DEP firmierte und deren Direktor umgehend

[268] AOFA, AC 70,1, Schmittleins Aufzeichnung für das Pariser Erziehungsministerium vom 19.4.1946, No. 2231/DGAA/EDU.

[269] AOFA, AC 107,3, „Nouvelles de France et du monde" vom 19.6.1946.

[270] AOFA, AC 60,5, Le Directeur des Personnes Déplacées an Schmittlein am 29.6.1946, No. 13714/DGAA/DP; Antwortschreiben Schmittleins vom 6.7.1946, No. 3021/DGAA/EDU. Vgl. auch den Hinweis auf eine Denkschrift zur Wiedergründung der Trierer Universität des Trierer Kulturreferenten von Anfang 1946; in: Mathy, Hochschulen, S. 384.

[271] AOFA, AC 33,4, Generalsekretariat des Oberkommandos, „Fiche pour l'Information" vom 2.9.1946, No. 5950/CC/DAC; AOFA, AC 60,5, handschriftliche Notiz Sauzins für Schmittlein vom 12.9.1946; ebenda, Schmittlein an die rheinische Délégation Supérieure am 13.9.1946, No. 3906/DGAA/EDU. Vermutlich war der Trierer Kulturreferent Dr. Aloys Ferry zugleich Vorsitzender des Gründungskuratoriums, wie ein Schreiben des Gründungskuratoriums an Professor Barthel vom 28.8.1946 mit dem Az. „Dr.F./B" nahelegt; Sauzins Notiz vom 12.9.1946.

[272] AOFA, AC 33,4, Schmittleins Vermerk für Gilbert vom 3.10.1946, No. 4169/DGAA/EDU; Gilberts Aktennotiz für den Direktor des Zivilkabinetts vom 16.10.1946.

von dem Ansinnen informierte[273]. Thieme kann im übrigen neben Karl Holzamer und Fritz Kern als weiteres Beispiel dafür gelten, daß sich deutsch-französische Verbindungen aus der Zwischenkriegszeit im katholischen Milieu als förderlich erwiesen, wenn es um Stellenbesetzungen im kulturpolitischen Bereich ging[274]. Im Juli 1947 signalisierte Schmittlein überraschend Entgegenkommen, indem er seine Bereitschaft erklärte, unter bestimmten Bedingungen das Vorhaben einer Trierer Universitätsgründung in die Wege zu leiten. Es müsse sowohl das Koblenzer Finanzministerium als auch die Baden-Badener *Direction des Finances* zustimmen, die Lösung der Raum-, Bau- und Materialfragen gesichert sein, das deutsche Gründungskuratorium seine Aktivitäten vollständig einstellen und schließlich General Koenig selbst wie im Falle von Mainz eine verbindliche Entscheidung treffen[275]. Daß das Projekt an Geldmangel scheiterte und erst Jahrzehnte später realisiert wurde[276], steht auf einem anderen Blatt.

Speyer und die Reformversuche in der Beamtenausbildung

Zwei weitere Neugründungen, die gemeinhin der Initiative Irène Girons[277] und – nur eingeschränkt zu Recht – der Erfolgsbilanz der DEP zugeschrieben werden, können nicht unerwähnt bleiben: die Staatliche Akademie (später Hochschule) für Verwaltungswissenschaften in Speyer und die Staatliche Dolmetscherhochschule (später Auslands- und Dolmetscherinstitut der Universität Mainz) in Germersheim, die durch Verfügungen Laffons vom 11. Januar 1947 ins Leben gerufen wurden[278]. Das Wesentliche zur Entstehungsgeschichte der Speyerer Akademie ist an anderer Stelle auf der Grundlage eines wichtigen Teils der französischen Akten bereits dargelegt worden[279]. Auch liegen die Intentionen der DEP in Form eines knappen „Exposé des motifs"

[273] AOFA, AC 60,5, Schmittleins Aufzeichnung für Sabatier vom 5.12.1946, No. 5041/DGAA/EDU; AOFA, AC 107,3, Schmittlein an Filippi am 10.5.1947, No. 7025/DGAA/EDU.

[274] Thieme hatte 1932 den am Pariser Institut Catholique lehrenden Philosophen (und späteren Botschafter im Vatikan) Maritain kennengelernt, den er nach dem Krieg um eine Empfehlung an die Militärregierung bat; vgl. Keller, Europa-Konzeptionen, S. 229 (der Hinweis auf die Empfehlung an die Militärregierung nur in der maschinenschriftlichen Fassung des Tagungsbandes, S. 249). Thieme konnte in der französischen Zone zunächst als Schulbuchautor, 1947 als Lehrbeauftragter an der Dolmetscherhochschule Fuß fassen; vgl. Kürschners Deutscher Gelehrtenkalender 1950. Wie einige Mainzer Kollegen nahm er an den Diskussionen des „Arbeitskreises christlicher Historiker" teil; vgl. Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft, S. 272.

[275] AOFA, AC 60,5, Schmittleins Aufzeichnung für Sabatier vom 2.7.1947, No. 7705/DGAA/EDU, mit Sabatiers Randglosse vom 9.7.: Laffon sei einverstanden, im Sinne der von Schmittlein genannten Bedingungen an Boislambert zu schreiben. Die Trierer Universität solle außerdem, wie vorgesehen, nur drei Fakultäten umfassen.

[276] Vgl. Mathy, Hochschulen, S. 386; Küppers, Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz, S. 176.

[277] Vgl. z.B. Marquants Aussagen, in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 31, 192 und 197.

[278] Vgl. Arrêtés No. 194 und 195, in: JO-CCFA vom 17.1.1947. Daß Speyer nur sehr bedingt einen französischen „Erfolg" darstellte, zeigen Knipping, Umerziehung, S. 103 ff.; Grohnert, Entnazifizierung, S. 113 ff.

[279] Vgl. Knipping, Umerziehung; auf deutscher Quellenbasis Knöpfle, 25 Jahre; zu Germersheim Thieme, Hochschulpädagogisches Experiment; zusammenfassend Düwell, Nationale Interessen.

klar auf der Hand[280]. Pragmatische Gesichtspunkte, wie die zentralisierte, homogene Ausbildung fachlich kompetenter Verwaltungskräfte aller Ebenen in möglichst kurzer Zeit, verbanden sich mit dem politischen Ziel der Franzosen, das bisherige Monopol der „nationalistischen" Juristen zu brechen und eine neue Beamtenschaft zu rekrutieren, deren Loyalität gegenüber der Besatzungsmacht gewährleistet schien. Daher nahm die Vermittlung von „gründlichen Kenntnissen der französischen Sprache und Kultur" entsprechenden Raum in der Planung ein. Ergänzungen zu diesen einleuchtenden Befunden erscheinen aber doch angebracht.

Die Notwendigkeit schnellstmöglicher Behebung der durch Kriegseinwirkungen und Entnazifizierungsmaßnahmen verursachten Personalnot im deutschen Behördenapparat veranlaßte bereits im Frühjahr 1946 den Koblenzer Gouverneur Boislambert zur Gründung einer Rheinischen Verwaltungsschule auf Burg Cochem an der Mosel, die im Juli sechsmonatige Ausbildungskurse für Angehörige und Anwärter des Verwaltungsdienstes begann[281]. Das Lehrprogramm umfaßte einen berufsfachlichen und einen allgemeinbildenden Teil. Für den ersten schrieben Boislamberts Direktiven die Behandlung folgender Themenkomplexe vor: Regierungsformen (Föderalismus und Gewaltenteilung, einschlägige Schriften Montesquieus, Rousseaus und Kants), Verfassungs-, Verwaltungs-, Privat- und internationales Recht. Im allgemeinbildenden Teil sollten Fragen aus Philosophie, Geschichte, Wirtschaft und Gesellschaft zur Sprache kommen: die westlichen Auffassungen von Individualismus und Humanismus und ihre Ursprünge in der Antike, im Christentum und in der Philosophie der Aufklärung; die „Prinzipien von 1789"; die Thematik des Rheinlands in seiner Beziehung zur westeuropäischen Kultur; Frankreichs politische und ökonomische Stellung in der Welt und seine historische Mission; schließlich die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung[282]. Bei den deutschen Behörden stieß die Rheinische Verwaltungsschule auf wenig Gegenliebe. Im November 1948 wurde ihre Auflösung eingeleitet und durch Landesgesetz vom April 1949 die formelle Aufhebung geregelt, ohne daß es von französischer Seite erkennbaren Widerstand gab[283].

Boislamberts Gründungsakt in Cochem war keineswegs ein isoliertes Unterfangen. Allerdings ermangelte es auch in diesem Bereich jeglicher Koordination, so daß sich die Innendirektion der Baden-Badener Militärregierung im Sommer 1946 genötigt sah, „umgehend die Vereinheitlichung der Planung und Ausführung in Angriff zu nehmen". Dabei sollten die französischen Methoden der Beamtenausbildung Pate stehen. In diesem Zusammenhang wurde auch die bislang stets vermutete, jedoch nie authentisch belegte Anlehnung an die 1945 gegründete Pariser *Ecole Nationale d'Administration* (ENA) ausdrücklich angeregt. Was die inhaltliche Seite des Unterrichts

[280] AOFA, AC 130,3, Schmittleins Exposé des motifs vom 5.10.1946, No. 4191/DGAA/EDU; AOFA, AC 67,1, Tätigkeitsbericht der DEP vom 12.7.1947, No. 7848/DGAA/EDU; Cuer, L'action culturelle, S. 35.

[281] AOFA, Aff. Pol., Int. et Cultes, C. 3305, P. 106, 2720/2, Boislambert an Laffon am 1.7.1946, No. 412 ADM, beiliegend „Directives du G.M. de Rhénanie-Hesse-Nassau pour la création d'une Ecole d'Administration de la Province" vom 15.5.1946; hierzu und zum Folgenden auch Grohnert, Entnazifizierung, S. 108ff.; Dollwet, Rheinische Verwaltungsschule.

[282] „Directives [...] pour la création d'une Ecole d'Administration de la Province" vom 15.5.1946; vgl. Dollwet, ebenda, S. 400.

[283] Vgl. ebenda, S. 402ff.; zu den innerfranzösischen Auseinandersetzungen um Cochem Grohnert, ebenda, S. 110f.

betraf, übernahm die Baden-Badener Innendirektion im wesentlichen die Bestimmungen der von Boislambert für Cochem erlassenen Richtlinien[284]. Dies stieß wiederum auf Schmittleins entschiedenen Widerspruch: „Jede Hochschuleinrichtung ist der Überwachung durch die *Direction de l'Education Publique* unterworfen, und ihre Gründung kann nur durch Verfügung erfolgen. Ich beanspruche daher für die D.E.P. das ausschließliche Recht, Schulen dieser Art zu errichten. [...] Eine einzige Schule oder allerhöchstens zwei müßten m. E. genügen. Ich halte es unter den gegenwärtigen Umständen für unmöglich, in jedem Land eine zu gründen [...]. Zur Zeit besteht die einzig durchführbare Lösung darin, eine Verwaltungsschule an eine Universität anzulehnen. Mainz scheint mir hierfür wie geschaffen. Die Verwaltungsschule, deren Betrieb wir übrigens bereits untersucht haben, könnte in Speyer angesiedelt werden." Auch gegen das Prinzip der indirekten Besatzungsverwaltung verwahrte er sich vehement: „Ich glaube, man hat sich ein für allemal darauf verständigt, daß alles, was mit der Umerziehung zu tun hat, direkt von uns gemacht wird." Schließlich sei eine Kursdauer von nur sechs Monaten nicht dazu angetan, den gewünschten Erfolg bei den Beamtenanwärtern zu garantieren; ganz abgesehen davon, daß man in diesem Fall nicht von einer höheren Lehranstalt sprechen könne. Zu seinen Schlußfolgerungen gehörte das Postulat, „daß diese Schule nach den Grundsätzen eingerichtet werden muß, die schon die Gründung der Mainzer Universität geleitet haben"[285]. Unverhüllter hat Schmittlein seinen Anspruch auf Regelung sämtlicher Erziehungsfragen nie mehr zum Ausdruck gebracht. Auf die Entstehung der Johannes-Gutenberg-Universität wirft seine Stellungnahme ein bezeichnendes Licht. Die Bemerkung, daß man zu diesem Zeitpunkt bereits das Projekt einer Verwaltungsakademie in Speyer ins Auge gefaßt habe, gibt einen weiteren Hinweis darauf, weshalb die Universitätspläne des deutschen Gründungskuratoriums in Trier schon im Frühsommer 1946 bei Schmittleins Equipe keinen Widerhall mehr fanden. Nach Mainz, Speyer und Germersheim[286] war der Spielraum für eine weitere Hochschulgründung hinsichtlich der finanziellen Möglichkeiten und der französischen Kontrollkapazitäten erschöpft.

Dessenungeachtet sollte im Herbst 1946 auch im südwürttembergischen Haigerloch auf deutsche Initiative und nach Stuttgarter Vorbild eine staatliche Verwaltungsschule zur Abhaltung sechsmonatiger Lehrgänge errichtet werden. Wenn die regionale Militärregierung des Gouverneurs Widmer diesem Vorhaben zunächst zustimmte, dann die Eröffnung im Frühjahr 1947 jedoch verbot[287], so spielten wiederum innerfranzösische Koordinationsprobleme eine entscheidende Rolle. Der DEP

[284] AOFA, Aff. Pol., Int. et Cultes, C. 3305, P. 106, 2720/2, undatierter Entwurf der DGAA/Innendirektion/Abteilung 1 für ein Schreiben Laffons an die Délégués Supérieurs, der am 5.8.1946 Schmittlein zur Kenntnisnahme übermittelt wurde. Zur vermuteten Anlehnung an die ENA vgl. Knipping, Umerziehung, S. 96; Düwell, Nationale Interessen, S. 246.

[285] AOFA, Aff. Pol., Int. et Cultes, C. 3305, P. 106, 2720/2, Schmittleins Aufzeichnung für Sabatier vom 6.8.1946, No. 3389/DGAA/EDU.

[286] Für die Vorgeschichte der Dolmetscherhochschule fanden sich keine aussagekräftigen Zeugnisse, so daß auf eine eingehende Darstellung der französischen Ambitionen verzichtet werden muß. Der Mainzer Rektor Schmid übersandte am 28.8.1946 dem Neustädter Oberregierungspräsidenten den Entwurf zum Aufbau eines Dolmetscherinstituts seiner Universität, aus dem hervorgeht, daß man zu dieser Zeit noch an den Standort Speyer dachte; in: LAS, H 12/262.

[287] Vgl. Roemer, Haigerloch, S. 121.

war nämlich aufgefallen, daß bei der Erarbeitung des Haigerlocher Lehrprogramms ausschließlich berufsfachliche Erwägungen den Ausschlag gegeben hatten, allgemeinbildende Aspekte hingegen unberücksichtigt blieben[288]. Daher mahnte Schmittlein die ergänzende Einführung eines „enseignement général" an und verknüpfte schließlich am 30. Juni 1947 die Zustimmung zur Aufnahme des Lehrbetriebs mit einer Präzisierung seiner Bedingungen. Der Lehrplan der Verwaltungsschule sei mit Vorträgen über Themen der Rechtsphilosophie, der europäischen Diplomatiegeschichte, aus Biologie und Humangeographie anzureichern, die etwa ein Viertel des Gesamtprogramms ausmachen sollten. Für diesen Teil des Unterrichts müsse, analog zur Überwachungskompetenz der DEP im Bildungswesen, das südwürttembergische Erziehungsministerium und nicht, wie ansonsten für die Verwaltungsschule, das Innenministerium zuständig sein[289]. Im Gegensatz zur Rheinischen Verwaltungsschule in Cochem scheint ihr schwäbisches Pendant in Haigerloch bei den einheimischen Behörden Anerkennung gefunden zu haben[290].

Auch aus einem anderen Zusammenhang läßt sich der politisch motivierte Umerziehungsanspruch der Schmittlein-Equipe im administrativen Sektor nachweisen. Im September 1947, vier Monate nach Aufnahme des Lehrbetriebs an der Speyerer Verwaltungsakademie[291], äußerte die DEP in einem von Laffon unterzeichneten Schreiben an den Leiter der französischen Kontrollratsgruppe, General Noiret: „Es besteht kein Zweifel, daß diese Gründung nach Auffassung der Militärregierung gleichermaßen politische Ziele verfolgte wie rein beruflichen Notwendigkeiten entsprang." Der hohe Prozentsatz ehemaliger NSDAP-Mitglieder im öffentlichen Dienst und die daher notwendige umfassende Säuberung des deutschen Verwaltungsapparats habe die Besatzungsmacht mit dem Problem konfrontiert, schnellstmöglich für die Neueinstellung zuverlässigen Personals zu sorgen. Hierfür seien die herkömmlichen Rekrutierungsmechanismen ungeeignet. Die neugegründete Verwaltungshochschule werde dazu beitragen, „die Vorherrschaft der deutschen Juristen, jener letzten Bastion des deutschen Nationalismus, zu brechen und eine allzu große Einflußnahme der politischen Parteien zu verhindern". Indem sie den Unterschied zwischen Justiz- und Verwaltungsbeamten verdeutliche – denn Rechts- und Lehramtsreferendare waren nicht in Speyer zugelassen –, werde sie auch die Verankerung der Gewaltenteilung, einer Grundlage jeder Demokratie, befördern[292].

Schließlich ist hervorzuheben, daß die französischen Kulturoffiziere ihren Plan einer Ausbildungsreform im Verwaltungsbereich auch im Kontrollrat offensiv vertraten und dabei Argumente aufgriffen, die in der gleichzeitigen Diskussion um die Reorga-

---

[288] Dies läßt sich indirekt erschließen aus einer undatierten Aufzeichnung der DGAA/Innendirektion/Abteilung 1 für den Innendirektor, in der Stellung genommen wurde zu einer (nicht ermittelten) Aufzeichnung Schmittleins vom 23.5.1947, No. 7241/DGAA/EDU; in: AOFA, Aff. Pol., Int. et Cultes, C. 3305, P. 106, 2720/2.

[289] Ebenda, Laffon (Schmittlein) an die Tübinger Délégation Supérieure am 30.6.1947, No. 7685/DGAA/EDU.

[290] Vgl. Roemer, ebenda.

[291] Vgl. Vorlesungsverzeichnis der Speyerer Akademie für WS 1947/48, S. 6.

[292] AOFA, Laffon, C. 19, EDU 1947/48, Laffon an Noiret am 18.9.1947, No. 9500-ABX (handschriftlicher Zusatz: „DGAA/Edu"); der Hinweis auf die Nichtzulassung von Rechts- und Lehramtsreferendaren im Schreiben Laffons an die Délégués Supérieurs vom 31.7.1947; in: ebenda, No. 7763.

nisation des deutschen Gymnasialwesens eine Rolle spielten. Am 27. Juni 1947, zwei Tage nach Erlaß der Kontrollratsdirektive Nr. 54 („Basic Principles"), brachten die französischen Vertreter im Erziehungsausschuß des Berliner Gremiums den Antrag ein, „die Gründung von Verwaltungsschulen zu prüfen"[293]. Das vermutlich von Delegationsleiter Hepp formulierte Memorandum betonte den Zusammenhang zwischen einer Demokratisierung des Staates bzw. der Gesellschaft einerseits und des Verwaltungsapparats andererseits. Zu den Vorteilen der Gründung von Verwaltungsschulen zählte es aber auch die Möglichkeit, einen Teil des Überhangs an Studienplatzbewerbern zu absorbieren. Damit wurde ein logischer Zusammenhang sowohl mit der Abiturreform in der französischen Zone, die nicht zuletzt den Strom der Studierwilligen eindämmen sollte, als auch mit den neuen, von den Universitäten unabhängigen Lehrerbildungsanstalten sichtbar. Der Vorstoß blieb zwar nicht ohne Resonanz bei den Verbündeten, aufgrund der schwerfälligen Arbeitsweise und des abnehmenden Konsenses in dem alliierten Organ jedoch ohne die erhofften Folgen einer zonenübergreifenden, die Kontrolle der Besatzungsmächte wahrenden Regelung. Allerdings vermitteln die überlieferten Quellen den Eindruck, daß die französischen Anläufe in diesem Bereich nur halbherzig unternommen und ohne wirklichen Nachdruck betrieben wurden[294].

Institut Français und Centres d'Etudes Françaises

Die Gründung eines französischen Kulturinstituts in der französischen Besatzungszone war bereits im Sommer 1945 beschlossene Sache. Ende August auch vom Oberkommandierenden prinzipiell gebilligt[295], nahmen diesbezügliche Überlegungen schnell konkrete Gestalt an, so daß Schmittlein Mitte September überzeugt war, bereits in Kürze könne in Trier, seinem bevorzugten Standort einer Universitätsneugründung im Rheinland, ein Französisches Institut entstehen[296]. Am Quai d'Orsay hatte zwischen April und Juli 1945 eine Reorganisation zur Aufwertung des *Service des Œuvres Françaises à l'Etranger* zur *Direction Générale des Relations Culturelles* (DGRC) geführt, die nun ebenbürtig neben den Hauptabteilungen für Politik, Wirtschaft und Verwaltung stand[297]. Im Herbst beauftragte die DGRC Georges Deshusses, einen erfahrenen Repräsentanten französischer Kulturpolitik im Ausland, mit den Sondierungen für das geplante *Institut Français en Allemagne*. Der Absolvent der *Ecole Normale*

[293] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, Alliierter Kontrollrat/Direktorium für innere Angelegenheiten und Kommunikation/Alliiertes Erziehungskomitee, Memorandum der französischen Delegation vom 27.6.1947; vgl. auch Grohnert, Entnazifizierung, S. 114.

[294] AOFA, AC 131,5, von Hepp und Schmittlein unterzeichnetes Protokoll der vorbereitenden Kommissionen für die Koordinierungskonferenz der Militärregierungsbehörden in Berlin und Baden-Baden vom 23.9.1947, No. 8814/DGAA/EDU.

[295] AOFA, AC 65,2, Tagesordnung einer Besprechung Schmittleins mit Koenig am 23.8.1945.

[296] AOFA, AC 70,1, Schmittleins Vermerk vom 18.9.1945.

[297] Vgl. Les Affaires Etrangères, t. II, S. 650ff. und 720ff.; Organigramm der DGRC (Stand: Juli 1947) in: AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 1/1. Demnach verteilten sich ihre insgesamt 36 Mitarbeiter auf folgende Unterabteilungen: Kabinett des Generaldirektors Louis Joxe; Enseignement, Missions Scientifiques et Œuvres à l'Etranger (Leiter: Jean Baillou); Echanges Culturels (Roger Seydoux); Administration et Finances (Jacques de Bourbon-Busset); Conseillers Techniques: Jean Marx (Ministre Plénipotentiaire) und Roger Lalouette (Questions allemandes et autrichiennes).

Supérieure und *Agrégé d'allemand* hatte bis 1944 über zehn Jahre in Budapest verbracht und war dort – ähnlich wie Schmittlein im Baltikum – als Lehrbeauftragter an der Universität, Lehrer an einem *Collège* und Presseattaché bei der französischen Gesandtschaft tätig gewesen[298].

Im Dezember 1945 legte Deshusses einen ausführlichen Bericht vor. Die Errichtung eines *Institut Français* in Deutschland, hieß es einleitend, stoße auf vielfältige Schwierigkeiten, die zum Teil auf die Kriegsschäden, vor allem jedoch auf gewisse Eigenheiten des französischen Besatzungssystems zurückzuführen seien. Eigentlich wäre es angebracht, ein solches Institut „im Herzen des Rheinlandes" zu gründen, da dies durch vielfältige alte Bande mit Frankreich verknüpft und wohl auch dazu ausersehen sei, länger als Baden und Württemberg unter dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einfluß des Nachbarlandes zu verbleiben. Die fast völlige Zerstörung der größeren Städte auf linksrheinischem Gebiet (Mainz, Koblenz, Trier) vereitle jedoch die Ansiedlung eines Instituts; einzig Speyer sei verschont geblieben. So schien es angebracht, dort zumindest ein nachgeordnetes *Centre d'Etudes Françaises* aufzubauen, sobald sich eine Universitätsneugründung in Speyer abzeichne. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, meinte Deshusses, kämen nur die Universitätsstädte Tübingen und Freiburg als Standort eines *Institut Français* in Betracht. Tübingen sei jedoch durch die Randlage an der Grenze zur US-Zone und wegen seines Charakters als einer reinen, dazu sehr kleinen Universitätsstadt benachteiligt. Wie in Speyer könne man sich in Tübingen allerdings die Errichtung eines *Centre d'Etudes Françaises* vorstellen, das einem interessierten Publikum französische Bücher und Zeitschriften zugänglich machen und die Tätigkeit der Universitätslektoren ergänzen sollte. Unter den gegebenen Umständen biete nur Freiburg gewisse Erfolgsaussichten für ein *Institut Français*. Zwar bleibe das Renommee der badischen Universität hinter dem der Tübinger zurück, doch die Bedeutung der Stadt übertreffe die der schwäbischen Konkurrentin. Auch zeigten die Einwohner Freiburgs, wie im gesamten Umland, traditionell größere Aufgeschlossenheit, ja Sympathie für französische Kultur. Ferner sei hier wie im Rheinland die Bevölkerungsmehrheit streng katholisch – ein Umstand, den es bei der kulturpolitischen Planung sorgfältig zu beachten gelte; sie habe dem Nationalsozialismus reservierter gegenübergestanden als in den überwiegend protestantischen Regionen. Gerade in Freiburg hätten katholische Kreise bis zuletzt dem Regime Widerstand geleistet[299]. Zudem erweise der badische Klerus der Besatzungsmacht einiges Entgegenkommen. Neben den Katholiken spielten schließlich die Sozialisten, die ebenfalls unter den NS-Machthabern gelitten hatten, eine bedeutende Rolle im intellektuellen Leben Freiburgs; auch sie schienen beträchtliches Interesse an französischen Einflüssen zu zeigen[300]. Insgesamt, so Deshusses, müsse sich das *Institut Français en Allemagne* eine Ausstrahlung („rayonnement") zum Ziel setzen, „die die Gren-

[298] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 67, C/3/4a, Charmasse an die DGRC am 20.1.1947, No. 324. Charmasse war 1938 bis 1944 Legationsrat in Budapest gewesen und hatte dort Deshusses kennengelernt.

[299] Dies traf hier aber auf protestantische Zirkel ebenfalls zu; vgl. zu den „Freiburger Kreisen" Schwabe/Reichardt (Hrsg.), Gerhard Ritter, S. 629ff.

[300] In dieser Beziehung ergibt sich eine Parallele zu den Tübinger Verhältnissen, wenn man die kulturpolitische Rolle Carlo Schmids und seiner engeren Mitarbeiter bedenkt.

zen der Universitätskreise bei weitem überschreitet und ein größeres gebildetes Publikum erreicht".

Auf das Problem der Unterbringung des Instituts eingehend, übte Deshusses unverhohlen Kritik an der überbordenden Beschlagnahme von Wohnraum durch das vielköpfige Heer der Besatzungsarmee und -verwaltung mit ihren Familien. Er warnte vor den negativen Folgen für das französische Prestige, die das ungezügelte Auftreten und das nicht immer einwandfreie Verhalten von Angehörigen der Okkupationsmacht in der einheimischen Bevölkerung hervorriefen. Gerade wo das geistige Leben jahrelang politischen Zielen untergeordnet gewesen sei, müsse ein französisches Kulturinstitut zum Vorbild intellektueller Redlichkeit werden und bei allen kulturellen Veranstaltungen auf Qualität achten. „Der Deutsche beobachtet, urteilt, vergleicht." Vergegenwärtige man sich den verheerenden Eindruck, den Primitivität, Vulgarität, ja Amoralität einiger bereits in der Zone vorgeführter Filmproduktionen aus Frankreich hervorgerufen hätten, könne die Folgerung nur lauten: „In Deutschland wäre gegenwärtig Enthaltung unendlich viel besser als Mittelmäßigkeit." Deshusses' Denkschrift schloß mit dem Plädoyer für eine Reduzierung des Besatzungsheeres, damit das *Institut Français* in Deutschland wirkungsvoll dazu beitragen könne, „auf moralischem und kulturellem Gebiet die große Mission zu erfüllen, die [Frankreich] zukommt"[301].

In Baden-Baden fand der Abgesandte der DGRC uneingeschränkte Unterstützung für das ihm übertragene Projekt und die Auffassungen, die er vertrat. Schmittlein nahm die Gründung „eines oder mehrerer französischer Institute, zunächst in Freiburg, dann in Tübingen, Mainz etc." unter dem Stichwort „Einflußnahme auf die studentische Jugend" in sein Arbeitsprogramm für 1946 auf und definierte als Aufgabe dieser Einrichtungen, „die Kontakte zur deutschen Geisteselite zu pflegen und ihr das Studium der französischen Literatur und Kultur zu erleichtern". Außerdem sollten sie im Bereich des französischen Sprachunterrichts die Tätigkeit der künftigen Universitätslektoren und sonstigen Kursleiter koordinieren[302]. General Koenig ließ der DEP durch seinen Kabinettschef mitteilen, daß er mit Deshusses' Darlegungen völlig übereinstimme und beim obersten Truppenkommando eine schnelle Lösung der Gebäudefrage in Freiburg angeordnet habe. Er ließ erkennen, daß man mit dieser kulturpolitisch relevanten Angelegenheit weitergehende, gesamtpolitisch-strategische Erwägungen verknüpfte: Es sei unerläßlich, „auch für den Nordteil unserer Besatzungszone in Mainz ein *Institut Français* zu gründen, ungeachtet der dort gegenwärtig bestehenden materiellen Hindernisse"[303]. Angesichts der zur selben Zeit angestellten Überlegungen zur Reorganisation des französischen Besatzungsgebiets, die den Ausschlag zur Entscheidung für Mainz als Standort einer Universitätsneugründung gaben, wird Koenigs Forderung nach einem weiteren französischen Kulturinstitut in der „geistigen [...] Hauptstadt der Rheinlande" ebenso verständlich wie seine Zustimmung zum Standort

[301] AOFA, AC P.3, 4/A.7, ungezeichneter, undatierter Bericht „Création d'un Institut Français en Allemagne" mit handschriftlichem Vermerk: „Rapport Deshusses (déc. 45)". Vgl. auch Deshusses' persönliche Mitteilungen, zitiert bei Hell, Relations culturelles, S. 134.

[302] AOFA, AC 67,1, Schmittleins „Plan de travail pour 1946" vom 10.1.1946, No. 1303/DGAA/EDU.

[303] Deshusses' Bericht wurde am 12.1.1946 Saint-Hardouin übermittelt; in: AOFA, CCFA, Cons. Pol., P. 200, C III-4a, No. 1313/DGAA/EDU; daraufhin Koenig (Navarre) an Laffon (DEP) am 15.2.1946; in: AOFA, AC 66,1, No. 883/CC/CAC/AA.

Freiburg. Schließlich strebte die französische Seite hartnäckig den Austausch Südwürttembergs gegen das amerikanisch besetzte Nordbaden an[304].

Laffon forderte noch im Dezember 1945 den Freiburger Gouverneur auf, Deshusses binnen vier Wochen eine geräumige Villa zur Verfügung zu stellen, damit das *Institut Français* seine Tätigkeit umgehend aufnehmen könne. Zu Beginn des Wintersemesters 1946/47 sollte die endgültige Eröffnung stattfinden[305]. Doch infolge der Massierung von Besatzungstruppen und -behörden in der südbadischen Hauptstadt verlief die Suche nach einem geeigneten Gebäude nicht reibungslos, sondern erforderte mehrere Interventionen des Kabinetts von General Koenig, bis in der zweiten Märzhälfte 1946 eine angemessene Unterkunft gefunden war[306]. Fortgesetzte Schwierigkeiten verzögerten die Renovierung der Räumlichkeiten um weitere drei Monate; Bücherlieferungen aus Paris trafen erst mit einiger Verspätung ein. Immerhin konnten Vorträge prominenter französischer Gelehrter, Konzertveranstaltungen und gesellschaftliche Empfänge, bei denen Kontakte zu deutschen Interessenten geknüpft wurden, seit April 1946 stattfinden[307]. Noch während der Aufbauarbeit in Freiburg ging Deshusses daran, in Tübingen, Mainz und Trier (das vorübergehend als Standort einer weiteren Hochschulneugründung im Gespräch war) Außenstellen unter der Bezeichnung *Centres d'Etudes Françaises* (CEF) ins Leben zu rufen. Am Mainzer *Centre*, das – analog zu den in die Johannes-Gutenberg-Universität gesetzten Erwartungen – „dazu bestimmt war, große Bedeutung zu erlangen"[308], konnte der erste Sprachunterricht im Sommersemester 1946, die offizielle Einweihung zeitgleich mit der des *Institut Français* in Freiburg am 15. Oktober 1946 stattfinden. In Tübingen, wo die räumliche Beengtheit ähnlich groß war wie in Freiburg[309], fand die Eröffnung des CEF am 4. November, in Trier am 20. Januar 1947 statt[310]. Bezüglich Speyers sahen sich die Vertreter der Pariser Kulturdirektion und der DEP vor einem Dilemma. Hier hatten Offiziere der regionalen Militärregierung im September 1945 einen *Cercle Français* ins Leben gerufen, seine Leitung einem französischen Historiker übertragen und für den Aufbau einer beachtlichen Bibliothek gesorgt. Sprachkurse stießen zunächst auf einiges Interesse, fanden schon bald jedoch nur noch geringen Zulauf. Weitere *Cercles Français*, von der Militärregierung in Rheinhessen-Pfalz gegründet und im Juli 1946

[304] Vgl. Nüske, Württemberg-Hohenzollern, II, S. 106ff.; Zauner, Württemberg-Hohenzollern, S. 56f.

[305] AOFA, AC 66,1, Laffon an die Freiburger Délégation Supérieure am 14.12.1945, No. 1145/DGAA/EDU.

[306] AOFA, AC 66,1, diverse Korrespondenz; MAE, Rel. Cult., 1945–47/46, Deshusses an die DGRC am 15.2.1946.

[307] AOFA, AC P.3, 4/A.7, Deshusses' „Rapport sur l'ouverture de l'Institut Français de Fribourg et des C.E.F. de Tübingen et Mayence" vom 28.10.1946.

[308] Institut Français Freiburg, Deshusses an die DGRC am 27.12.1946, No. RC/22 (Kopie im Besitz des Verf.).

[309] Zu Einzelheiten der Gründungsgeschichte des Tübinger Centre d'Etudes vgl. Zauner, Aspekte, S. 92ff.; ders., Gründung, S. 265ff.

[310] AOFA, CCFA, Cons. Pol., P. 200, C.III-4/a, Deshusses' Bericht vom 15.11.1946 über die Eröffnung der Kulturinstitute; Cuer, Französischunterricht, S. 65f.; AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 67, C/3/4.1, Deshusses' Bericht über die Eröffnung des CEF Trier am 20.1.1947; in einer Pressemitteilung für die „Badische Zeitung" vom 2.10.1946 kündigte Deshusses die „Réouverture" seines Instituts für 14.10. an; in: Institut Français Freiburg (Kopie im Besitz des Verf.).

der Informationsabteilung unterstellt, waren noch deutlicher als der Speyerer Kreis zu einem Schattendasein verurteilt. Als dessen Sprachkurse schließlich ganz eingestellt werden sollten, schlug sein Organisator dem Freiburger Direktor die Umwandlung in ein reguläres CEF und die Angliederung an das *Institut Français* vor, um die zu deutschen Persönlichkeiten, nicht zuletzt zur Heidelberger Universität geknüpften Kontakte aufrechtzuerhalten. Deshusses hielt diesen Plan schon im Hinblick auf die bevorstehende Gründung einer Verwaltungshochschule in Speyer für erwägenswert und zeigte sich zur Realisierung bereit, wurde jedoch vom Berliner Kulturattaché Lusset zur Vorsicht gemahnt[311]. Tatsächlich verweigerte die DGRC dem Speyerer *Cercle* die Anerkennung als *Centre d'Etudes*; noch 1950 galt er dem Hochkommissariat als „Sonderfall"[312].

Über administrative Fragen, wie Trägerschaft und Finanzierung, Aufgabenverteilung und Arbeitsweise der französischen Institute, verständigten sich Paris und Baden-Baden bzw. Berlin rasch und problemlos, wenn auch nicht ohne kleinere Peripetien. Im Herbst 1945 konnte Schmittlein nach Auskünften des Quai d'Orsay von einer Kooperation zwischen Kulturdirektion, akademischem Auslandsdienst und DEP ausgehen[313], wobei die finanzielle Seite durch eine Zusage des Außenministeriums gesichert schien. Im Januar 1946 erfuhr er jedoch von Deshusses, daß die DGRC ihre Finanzierungszusage zurückgezogen habe und es nun bei ihm liege, die notwendigen Kredite für das Institut und seine Filialen bereitzustellen[314]. Die Möglichkeit, auch diese Form der Kulturarbeit in der französischen Zone im Etat des Generalkommissariats bzw. des Oberkommandos unterzubringen und so den Deutschen als Besatzungskosten in Rechnung zu stellen, war für die ministerielle Generaldirektion mit ihrem Jahresbudget von 1,2 Milliarden Francs[315] offensichtlich Versuchung genug. Schmittlein erhob gegen die veränderte Konstellation keine grundsätzlichen Einwände[316], so daß der Aufbau der französischen Kulturinstitute vonstatten gehen konnte.

Vor ihrer offiziellen Einweihung fand im September 1946 anläßlich der Zusammenkunft von Angehörigen der Militärregierung und der französischen Kontrollratsgruppe eine abschließende Unterredung zwischen Schmittlein und einem Vertreter der DGRC statt. Gesprächspartner des *Directeur de l'Education Publique* war der Abteilungsleiter und stellvertretende Direktor der Pariser Kulturabteilung Félix Lusset,

[311] AOFA, AC P. 3, 4/A.7a, Deshusses' Tätigkeitsbericht für Dezember 1946 an Lusset am 31.12.1946; Lussets Antwortschreiben an Deshusses vom 25.1.1947; Saint-Hardouin (Lusset) an die DGRC am 25.1.1947, No. 436/RC.

[312] AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 25, XC-9, undatierte (vermutlich aus dem Jahr 1950 stammende) „Documentation sur les sociétés allemandes et les fondations françaises [...] se consacrant au rapprochement franco-allemand dans le domaine culturel", darin: „1. Centres d'Information et groupements issus des Centres d'Information". Auch eine „Liste des Instituts Français, C.E.F. et Centres Culturels Franco-Allemands" der DEP-Nachfolgerin DGAC vom 11.10.1950 führt Speyer nicht an; in: AOFA, AC 155,2.

[313] AOFA, AC 70,1, Schmittleins Aufzeichnung vom 18.9.1945.

[314] AOFA, AC P. 3, 4/A.7, Schmittlein an die DGRC am 31.1.1946, No. 1443/DGAA/EDU.

[315] Vgl. Les Affaires Etrangères, t. II, S. 724. Zum Vergleich: Das Jahresgehalt von zwölf Lektoren und Dozenten an den Kulturinstituten in Freiburg, Tübingen und Mainz veranschlagte Schmittlein im Schreiben an die DGRC vom 31.1.1946 mit 1,039 Millionen Francs.

[316] Ebenda. 2,5 Millionen Francs (etwas mehr als 200 000 RM) wollte Schmittlein dem Institut Français aus dem Etat der DEP zur Verfügung stellen.

der im Juli zum Kulturattaché bei Koenigs politischem Berater ernannt und mit der Leitung einer *Mission Culturelle* in Berlin beauftragt worden war. Anfang September trat Lusset den Dienst in der ehemaligen Reichshauptstadt an[317]. Seine Aufgabe bestand darin, „alle die Kulturbeziehungen betreffenden Fragen zu koordinieren"; seine Zuständigkeit erstreckte sich auf die alliierten Zonen, nicht jedoch auf die französische[318]. Bei ihrer Unterredung verständigten sich Schmittlein und Lusset im Beisein des stellvertretenden politischen Beraters Charmasse über eine Reihe formaler Fragen[319]. Es wurde geklärt, daß die *Centres d'Etudes* „in jeder Beziehung" dem *Institut Français* angegliedert und ihre Lehrkräfte, einschließlich der Direktoren, Deshusses untergeordnet seien; daß ferner der Freiburger Direktor dem ranghöchstem Vertreter der Pariser Kulturdirektion in Deutschland, Lusset, unterstehe, die DEP aufgrund ihrer Beteiligung am Aufbau der Institute jedoch ebenfalls ein Aufsichtsrecht habe, wobei die Direktoren der *Centres* hinsichtlich der institutsinternen Arbeit nur ihrem Freiburger Vorgesetzten verantwortlich sein sollten[320]. Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang, daß Anstellung und Besoldung der *Centres*-Direktoren in Schmittleins Ressort fielen und nur Deshusses sowie sein Stellvertreter in Freiburg auf der Gehaltsliste der DGRC standen[321]. Die französischen Konsuln in den alliierten Besatzungszonen wurden vom politischen Berater Saint-Hardouin ermutigt, den Kontakt mit den Kulturinstituten in der Zone zu suchen, da diese ausersehen seien, „die Besatzungszeit zu überleben"[322]. Daß Schmittlein die Implikationen dieses letzten Arguments teilte und mit Deshusses wie Lusset übereinstimmte, belegt ein Schreiben an Hettier de Boislambert, in dem der Erziehungsdirektor die Aufmerksamkeit des Koblenzer Gouverneurs auf den „völlig einzigartigen Charakter der französischen Institute" lenkte und daran erinnerte, „daß diese Einrichtung, die vom Außenministerium eifersüchtig gehütet wird, sich über die ganze Erde erstreckt und daß sie bislang die einzige erprobte Organisation ist, die überall und stets siegreich unserer kulturellen Durchdringung gedient hat". Die Institute müßten all jene ansprechen, die sich für französische Kultur interessierten, ohne daß dabei im mindesten politischer Druck oder auch nur Geltungssucht ins Spiel kommen dürfe. Ihre Bestimmung liege also ausschließlich im „l'art pour l'art"[323]. Wenngleich der Hauptzweck dieser Belehrung – mögliche Kontrollansprüche des *Délégué Général* gegenüber den *Centres* in Mainz und Trier von vornherein zurückzuweisen – zwischen den Zeilen deutlich zutage trat, können Schmittleins Darlegungen über die Rolle der Kulturinstitute als authentisch für seine Auffassung gelten[324].

---

[317] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 67, C/3/4, DGRC an das Generalkommissariat am 13.7.1946, No. 1221/RC; DGRC an Koenig am 25.7.1946, No. 46/RC; Saint-Hardouin an den franz. Generalkonsul in München am 5.8.1946, No. 6413; MAE, Rel. Cult., 1945–47/44, Lusset an Marx am 11.9.1946.

[318] DGRC an Koenig am 25.7.1946.

[319] AOFA, AC P. 3, 4/A.7, „Note concernant l'Institut Français de Fribourg et les Organismes rattachés à cet Institut" (undatierte Durchschrift), die Saint-Hardouin am 26.9.1946 Deshusses übermittelte, No. 48/MC. Die Besprechung in Baden-Baden fand am 18./19.9. statt.

[320] Ebenda, Saint-Hardouin an Konsul d'Huart am 29.10.1946, No. 8404.

[321] Ebenda, Deshusses an Lusset am 10.9.1947, No. 330/IF.

[322] Saint-Hardouin an d'Huart am 29.10.1946.

[323] AOFA, AC 66,1, Schmittlein an Boislambert am 20.11.1946, No. 4805/DGAA/EDU.

[324] Schmittleins „Plan de travail pour 1946"; in: AOFA, AC 67,1.

Sehr früh zeichnete sich bereits ab, daß auch die gleichsam exterritorialen kulturdiplomatischen Einrichtungen, die im Prinzip von Paris aus gelenkt werden sollten, zwischen die Fronten des Kleinkriegs der Militärregierungszentrale mit den Landesgouverneuren gerieten. Als das *Institut Français* in Freiburg nach längeren Auseinandersetzungen eine Villa zugewiesen bekommen hatte, informierte Laffon die *Délégués Supérieurs* förmlich über die Gründung der französischen Kulturinstitute und ihre offizielle Aufgabe, „Beziehungen zwischen französischen Persönlichkeiten und deutschen Intellektuellen herzustellen und auf kulturellem Gebiet als Vermittler zwischen Franzosen und Deutschen zu dienen". Wenn künftig französische Persönlichkeiten die Zone besuchen wollten oder Vortragsreisen zu organisieren waren, sollten die Gouverneure sich unmittelbar oder über die DEP an den Freiburger Institutsdirektor wenden, damit sichergestellt sei, daß weder deutsche Staatsbürger unter Umgehung der zuständigen Behörden direkten Kontakt mit Frankreich aufnahmen noch französische Vortragsveranstaltungen ohne Zustimmung des *Institut Français* bzw. der DEP stattfanden[325]. In gewisser Weise sollte Deshusses also in den Kontrollapparat der Militärregierung integriert werden. Den damit verbundenen Zuwachs an eigenen Entscheidungskompetenzen wußte der sonst sehr auf Unabhängigkeit von den Besatzungsbehörden bedachte Institutsdirektor wohl zu schätzen[326].

Für erhebliche Spannungen zwischen Baden-Baden und den Landesdelegationen sorgte eine Initiative Schmittleins im Herbst 1947, die die Zuständigkeit der vier Institutsdirektoren zu Lasten der bildungspolitischen Mitarbeiter der Gouverneure vergrößerte. Bis dahin waren die französischen Schulassistenten und die Lektoren an Lehrerbildungsanstalten, Volkshochschulen und Universitäten disziplinarisch und administrativ den regionalen Militärregierungen zugeordnet. Die Leiter der Erziehungsabteilungen in den *Délégations Supérieures*, ihre für Jugend- und Sportbelange zuständigen Mitarbeiter sowie die Hochschulkuratoren fungierten als direkte Vorgesetzte der jungen Lehrkräfte[327]. Die Mediatisierung dieses Personals war Schmittlein jedoch bald ein Dorn im Auge, zumal sich die Dezentralisierung der Besatzungszone und die Übertragung größerer Verantwortung auf die Landesregierungen abzeichnete, schließlich Auseinandersetzungen mit deutschen und französischen Gegenspielern begannen, die im Sommer 1947 ihren ersten Kulminationspunkt erreichten. So nahm Schmittlein Änderungswünsche des Pariser akademischen Auslandsdienstes zum Anlaß, den Arbeitsvertrag für die französischen Schulassistenten und Lektoren in seinem Sinne zu modifizieren und die direkt wie mittelbar Beteiligten in der Zone vor vollendete Tatsachen zu stellen[328]. Den Direktor des Tübinger *Centre d'Etudes*, Callot, setzte Schmittlein Mitte September eher beiläufig davon in Kenntnis, daß mit Beginn des

[325] AOFA, AC 66,1, Laffon an die Délégations Supérieures/Educ. Publ. am 6.4.1946, No. 2093/DGAA/EDU.

[326] AOFA, AC P. 3, 4/A.7, Deshusses' Tätigkeitsbericht für März 1947. Bei einer Besprechung führender Militärregierungsvertreter am 8.2.1947 war Schmittleins Vorschlag, die Auswahl der französischen Vortragsredner künftig dem Institut Français zu überlassen, auf Zustimmung gestoßen; AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, Sitzungsprotokoll.

[327] AOFA, AC 66,1, Muster der Dienstverträge für Lektoren und Assistenten seit Herbst 1945 und weitere Korrespondenz zum Status dieses Personals. Daß die Anstellungsverträge in der DEP formuliert wurden, zeigen die verschiedenen Entwürfe.

[328] AOFA, AC 66,1, Schmittlein an den Direktor des akademischen Auslandsdienstes am 15.10.1947, No. 9161/DGAA/EDU.

neuen Schuljahres bzw. Wintersemesters 1947/48 die Einbindung dieser Lehrkräfte in die regionale Militärregierungshierarchie beseitigt werde. Künftig solle Callot die Betreuung und fachliche Beurteilung aller in Württemberg-Hohenzollern tätigen Lektoren und Assistenten übernehmen[329]. Entsprechendes galt für die übrigen Kulturinstitute, deren Direktoren nun die einzige unmittelbare Autorität für die französischen Pädagogen in ihrem Land sein sollten.

Mit dieser Verfügung rekurrierte Schmittlein letztlich auf seine im Januar 1946 geäußerte Vorstellung, daß die französischen Institute eine Koordinationsfunktion im Bereich des außerschulischen Französischunterrichts übernehmen müßten. Doch nun kamen auch andere Intentionen ins Spiel. Den angehenden Lektoren und Schulassistenten wurde nahegelegt, sich zwar den Anweisungen der Militärregierung für die französischen Zivilisten entsprechend zu verhalten und sich bei ihrer Ankunft am Dienstort dem Kreisdelegierten vorzustellen; im übrigen untersagte ihnen jedoch ihr Anstellungsvertrag jeglichen Kontakt zu anderen französischen Behörden. Dahinter stand die strikte Aufforderung an die künftigen Lehrkräfte, „niemals den Kollegen oder Schülern den Eindruck zu vermitteln, daß Ihre Anwesenheit eine Gefahr für sie darstellen könnte"[330]. In der Tat war dies ein wichtiges Motiv für die von Schmittlein verfügte Maßnahme. Intern begründete er sie damit, daß die regionalen Militärregierungen die Schulassistenten oftmals zu politischen Zwecken, als Spitzel („agents de renseignements") unter den Einheimischen, mißbraucht hätten, anstatt sie als „Vertreter der freien, uneigennützigen französischen Kultur" an den Bildungsanstalten wirken zu lassen. Außerdem entspreche der veränderte Status den Vorstellungen des Quai d'Orsay[331]. Daß Schmittleins Argwohn nicht unbegründet war, lassen die überlieferten Akten vermuten[332]. Andererseits entbehrten seine Äußerungen nicht einer ambivalenten Note, denn auch ein Vertragsentwurf der DEP für Lektoren und Direktoren der Kulturinstitute vom Frühjahr 1946 schrieb einen Tätigkeitsbericht zu jedem Semesterende vor, in dem der Betreffende unter anderem Auskunft geben sollte „über das geistige und moralische Klima in seiner Umgebung und über seine Beziehungen zu den Studenten und zur Bevölkerung"[333]. Wo die Grenze zwischen dem „représen-

[329] Ebenda, Schmittlein an Callot am 17.9.1947, No. 8705/DGAA/EDU.

[330] Ebenda, „Contrat de Lecteur" bzw. „Contrat d'Assistant" (Muster mit dem handschriftlichen Datumvermerk „8/47", gedruckt auf einem Formular mit dem Briefkopf „GMZFO/DEP/ Enseignement du Français aux Allemands").

[331] AOFA, AC 97,37, Protokoll einer Dienstbesprechung der leitenden DEP-Funktionäre am 14.10.1947. Der neue, ab Herbst 1947 gültige Dienstvertrag der Lektoren und Assistenten enthielt folgenden Passus: „Votre situation à l'intérieur d'un établissement d'Allemagne fait de vous en quelque sorte le représentant de la culture française. [...] Vous devez donner l'exemple de la bonne conduite, da la courtoisie, de l'esprit de justice et de la sérénité essentielle à tout intellectuel."

[332] AOFA, AC 66,1, „Note de service" des Verwaltungsdirektors in der Freiburger Délégation Supérieure vom 14.12.1946, No. 1794/EDU; „Note de service" des Contrôleur de l'Enseignement in der Kreisdelegation für Baden-Baden vom 9.1.1947, No. 78/19/EDU; Auszüge aus Berichten von Lektoren an Lehrerbildungsanstalten und Schulassistenten aus dem Jahre 1947; hierzu auch Vaillant, Bildungspolitik, S. 143 f., der allerdings nicht zwischen örtlichen Militärregierungsbehörden und der DEP unterscheidet.

[333] AOFA, AC 66,1, Schmittleins „Note explicative pour M. l'Administrateur Général" vom 21.5.1946, No. 2533/DGAA/EDU, beiliegend ein „Projet de contrat pour le personnel de-

tant de la culture française libre et désintéressée" zum „agent de renseignements" überschritten wurde, läßt sich nachträglich kaum feststellen und war wohl auch in damaliger Perspektive vor allem eine dem taktischen Kalkül überlassene Ermessensfrage.

Proteste aus den *Délégations Supérieures* gegen die neue Konstellation ließen nicht lange auf sich warten. Sowohl die Gouverneure Widmer (in Tübingen) und Pène (in Freiburg) als auch der Neustädter Chef des *Service de l'Education Publique*, Delobel, äußerten ihre Indignation über die Tatsache, von der „tiefgreifenden Statusveränderung" nur beiläufig oder durch Zufall, jedenfalls nicht auf dem offiziellen Dienstweg erfahren zu haben und nicht konsultiert, sondern vor ein Fait accompli gestellt worden zu sein[334]. Zwar anerkannte neben Delobel auch Widmer, daß die Leitideen der Reform ihre Berechtigung besaßen; auch erschien es ihnen sinnvoll, für Lektoren an Universitäten, Lehrerbildungsanstalten und Volkshochschulen einheitliche Richtlinien zu erlassen. Doch sei es evident, daß die Unabhängigkeit der französischen Lehrkräfte in Deutschland unter den gegebenen Umständen nur relativ sein könne. „Wir befinden uns in einem besetzten Land," führte Widmer aus, „wo alle Aktivitäten, insbesondere die kulturellen, von der Militärregierung überwacht werden, die in diesem Bereich wie in anderen die politische Verantwortung trägt." Abgesehen von der Gefahr, daß das Auftreten der Lektoren möglicherweise in Widerspruch zur offiziellen Regierungslinie gerate, und abgesehen von der nachteiligen Begleiterscheinung, daß die bildungspolitischen Mitarbeiter der *Délégations Supérieures* besonders wertvoller Informanten und Hilfskräfte beraubt würden, hätte das Bemühen der lokalen Militärregierungsbehörden um größtmögliche Diskretion genügt, um den Anschein direkter Abhängigkeit der Lektoren und Schulassistenten von der Besatzungsverwaltung in den Augen der Deutschen zu zerstreuen. Es gehe nicht an, den vom Gouverneur unkontrollierbaren und verwaltungsmäßig überforderten Direktor des *Centre d'Etudes* die Überwachung der französischen Lehrkräfte zentralisieren zu lassen und den *Délégué Supérieur*, „der in seiner Provinz für die Kulturpolitik, einen wesentlichen Bereich der allgemeinen Politik, verantwortlich ist", in seinen Zuständigkeitsrechten zu beschneiden[335]. Widmers Freiburger Amtskollege Pène stellte ebenso lapidar wie kategorisch fest: „Ich kann unmöglich zulassen, daß meine Untergebenen[336] *persönlich* mit einer Kontrollaufgabe betraut werden, die ihre Tätigkeit direkt der Dienstaufsicht des Directeur de l'Education [Publique] unterstellen würde."[337] Delobel schließlich, der sich in der Zwickmühle konträrer Loyalität gegenüber Boislambert und Schmittlein befand, jedoch die Einwände der Gouverneure im wesentlichen teilte und mit sachlichen Begründungen zu untermauern suchte, legte seinem Vorgesetzten in Baden-

---

Fortsetzung Fußnote von Seite 263

stiné à l'enseignement du français à la population allemande (Lecteurs, Professeurs, Chefs de Centre)".

[334] Ebenda, Delobels Vermerk für Schmittlein vom 16.9.1947, No. 956 EDU; Pène an Laffon (DEP) am 1.10.1947, No. 1604/Cab.; Widmer an Laffon (Cab.) und Laffon (DEP) am 23.10.1947, No. 622/SAA/JCR/YZ.

[335] Widmer an Laffon am 23.10.1947.

[336] Damit waren die Kontrolloffiziere der Education Publique auf Kreis- und Landesebene gemeint.

[337] Pène an Laffon am 1.10.1947 (Hervorhebung im Original).

Baden unter Hinweis auf taktisch-diplomatische Gesichtspunkte eine Rücknahme der neuen Vertragsbestimmungen nahe[338].

Angesichts dieser entschiedenen Einsprüche sah sich Schmittlein zum Einlenken gezwungen. Ende Dezember 1947 erhielten die Direktoren der Kulturinstitute die „Empfehlung", ihre Befugnisse hinsichtlich der pädagogischen Aus- und Weiterbildung sowie der fachlichen Beaufsichtigung der Lektoren (insbesondere an den Volkshochschulen) und Schulassistenten den zuständigen Kollegen in der Militärregierung zu übertragen[339]. Diese Bestimmung kam insofern einer Wiederherstellung des Status quo ante nahe, als in der Praxis die entsprechenden Abteilungsleiter in den *Délégations Supérieures*, die Chefs des *Service de l'Education Publique* und der Abteilung *Jeunesse et Sports* sowie die Universitätskuratoren erneut die fachliche Zuständigkeit für die jeweiligen Lehrkräfte – wenngleich nur „übertragen" – erhielten und im Grunde lediglich die rein administrativen Belange und gewisse Aufsichtspflichten den Institutsdirektoren vorbehalten blieben. Doch dieser Kompromiß kam weder dem Jugend- und Sportoffizier noch dem Universitätskurator in Tübingen weit genug entgegen, so daß hier der Konflikt mit dem Direktor des *Centre d'Etudes* noch einige Zeit weiterschwelte[340]. Dessenungeachtet gab sich Deshusses in Freiburg von Anbeginn optimistisch. Das beträchtliche Mehraufkommen an Verwaltungsarbeit sei schnell bewältigt worden, meldete er Ende Februar 1948 nach Paris, und eine erste Zwischenbilanz falle insgesamt zufriedenstellend aus, auch wenn sich die aufgetretenen Konflikte, besonders in Württemberg-Hohenzollern, nicht verheimlichen ließen. Die Lektoren hätten sich sehr befriedigt über ihren „Anschluß" an die Kulturinstitute gezeigt, liefen sie nun doch nicht mehr Gefahr, im Auftrag der Militärregierung „gewisse Aufgaben erfüllen zu müssen, die mit ihrer Lehrtätigkeit kaum vereinbar seien", sondern könnten sich ganz als Universitätsangehörige fühlen und hätten eher das Gefühl, „an einem gemeinsamen kulturellen Werk teilzuhaben"[341]. Neben der auf indirekte Breitenwirkung abzielenden Betreuung der französischen Lehrkräfte an deutschen Bildungseinrichtungen, die gleichsam als Multiplikatoren der *civilisation française* in der gesamten Besatzungszone auftreten sollten, verschrieben sich die Institute traditionsgemäß der Verbreitung französischer Sprache und Kultur. Insofern stellten sie tatsächlich einen Eckpfeiler im Wirken der DEP dar, die über ihre Kontrollfunktionen und den Umerziehungsauftrag hinaus diese Aufgaben und die „expansion artistique" zu ihrer Mission zählte[342].

Das Leitmotiv für die tägliche Arbeit der französischen Kulturinstitute, von Deshusses zur Conditio sine qua non für ihr Fortbestehen über die Besatzungszeit hinaus erklärt und in seinen Tätigkeitsberichten von Anbeginn betont, war die möglichst

[338] Delobels Vermerk für Schmittlein vom 16.9.1947.

[339] AOFA, AC 66,1, Schmittlein an die Direktoren der Kulturinstitute am 29.12.1947, No. 10271/DGAA/EDU.

[340] Ebenda, Callot an die Tübinger Délégation Supérieure am 14.1.1948, No. 331 II/1; Callot an Schmittlein am 30.1.1948, No. 378 II/1; Humblot, Kontrolle, S. 50.

[341] AOFA, AC P. 3, 4/A.7, Deshusses an die DGRC am 28.2.1948, No. 90/IF/48. Der Hinweis auf die Schwierigkeiten in Württemberg-Hohenzollern in einem fast gleichlautenden Bericht Deshusses' an Schmittlein vom 4.3.1948, No. 104/IF/48; in: Institut Français Freiburg (Kopie im Besitz des Verf.).

[342] AOFA, AC P. 6, 7/A 10.1, Schmittleins „Note sur l'action culturelle française en Z.F.O." vom 14.2.1947, No. 5872/DGAA/EDU.

enge Bindung an die Universität des jeweiligen Standortes, wobei das *Centre* in Trier eine Ausnahme bildete[343]. Gegenüber den Ausführungen im ersten Sondierungsbericht vom Dezember 1945 wurde dieser Grundsatz in der Folgezeit noch stärker akzentuiert. Hatte Deshusses zu diesem frühen Zeitpunkt angesichts der relativ geringen Französischkenntnisse in der Studentenschaft dem außeruniversitären „gebildeten Publikum" einen hohen Stellenwert eingeräumt, vor allem aber elementare Sprachkurse anstelle anspruchsvoller Literaturvorlesungen für notwendig befunden, so betonte er seit der offiziellen Einweihung des *Institut Français* im Herbst 1946 das gegenteilige Bestreben, ein möglichst hohes intellektuelles Niveau im Lehrangebot seines Hauses und der *Centres* zu gewährleisten, auch wenn sich dadurch die Zahl der Kursteilnehmer reduziere[344]. Bei dem Bemühen um enge Abstimmung zwischen französischen Instituten und deutschen Universitäten fand Deshusses die Rückendekkung sowohl des Kulturattachés Lusset als auch der Pariser DGRC[345], nach deren globaler Definition es sich bei einem *Institut Français* bzw. *Centre d'Etudes* um ein „établissement d'enseignement supérieur" handelte[346]. Die Dozenten aus Frankreich sollten vor allem zeitgenössische Literatur- und Geistesgeschichte ihres Landes lehren, da die deutschen Romanisten aufgrund ihrer jahrelangen Isolierung hierin weniger beschlagen seien und weil sich mit gegenwartsnahen Themen auch ein nichtakademisches Publikum eher ansprechen lasse[347]. Demgemäß verzichtete das Freiburger Institut, anders als seine Filialen, von Anbeginn auf elementare Unterkurse, bot es lediglich Konversations- und Grammatikübungen für Fortgeschrittene sowie literatur- und sprachwissenschaftliche Oberkurse an und verwies es Interessenten mit geringen Vorkenntnissen oder Lernerfolgen an die französischen Schulassistenten oder Universitätslektoren[348]. Am Ende seines ersten Semesters, im Frühjahr 1947, ermahnte Deshusses die Direktoren der *Centres*, über der verständlichen Genugtuung angesichts steigender Teilnehmer- und Leserzahlen nicht das eigentliche Ziel aus den Augen zu verlieren, nämlich vor allem die geistige Elite anzusprechen und ihre Freude an französischen Dingen zu wecken[349]. Im Herbst kündigte er an, daß künftig der Sprachunterricht weiter reduziert und das *Institut* – der Pariser Devise gemäß – zum wahren „établissement d'enseignement supérieur", zu einem „Zentrum der Einführung in die verschiedensten Aspekte französischen Geisteslebens" avancieren werde[350].

Daß in Mainz noch im Wintersemester 1948/49 ein heterogenes, überwiegend nichtstudentisches Publikum das *Centre d'Etudes* frequentierte und im Lehrangebot

[343] AOFA, CCFA, Cons. Pol., P. 200, C.III-4/a, Deshusses' Tätigkeitsbericht für Dezember 1946; desgl. in praktisch allen folgenden Berichten des Freiburger Institutsdirektors, die sowohl ebenda als auch in AOFA, AC P. 3, 4/A.7 überliefert sind.

[344] Deshusses' Tätigkeitsbericht für November 1946, in dem er erneut die geringen Französischkenntnisse der studentischen Jugend bedauerte; in: ebenda.

[345] AOFA, AC P. 3, 4/A.7a, Lusset an Deshusses am 25.1.1947.

[346] AOFA, AC P. 3, 4/A.7, DGRC (Jean Marx) an Saint-Hardouin am 28.3.1947, No. 202 RC/éo.

[347] Deshusses' Tätigkeitsberichte für November 1946 und März 1947 sowie seinen Bericht über die Wiedereröffnung zum WS 1947/48 vom 13.11.1947; in: ebenda.

[348] Deshusses' Bericht über die Eröffnung der Kulturinstitute vom 15.11.1946 sowie über ihre Wiedereröffnung zum WS 1947/48 vom 13.11.1947; in: ebenda.

[349] Deshusses' Tätigkeitsbericht für März 1947; in: ebenda.

[350] Deshusses' Bericht über die Wiedereröffnung der Kulturinstitute vom 13.11.1947; desgl. im Bericht vom 31.7.1948, No. 310/IF; in: ebenda.

praktische Sprachkurse dominierten, vermerkte Deshusses mit offenkundigem Bedauern[351]. Während die Freiburger Universität dem *Institut Français* schon bald eine enge Zusammenarbeit anbot und die Bereitschaft demonstrierte, zum Abbau anfänglich vorhandener Vorbehalte beizutragen[352], galt die lange Zeit ungenügende Koordination und Kooperation zwischen *Centre d'Etudes* und deutscher Hochschule in Mainz und Tübingen als Haupthindernis für die wirkungsvolle Entfaltung eines genuin französischen akademischen Unterrichts[353]. Unterschiedliche Erfolge lagen indessen nicht ausschließlich in strukturellen Faktoren, sondern zum Teil auch in persönlichen Eigenschaften der verantwortlichen Franzosen begründet, wie einem Abgesandten des Quai d'Orsay bei einer Inspektionsreise durch die Zone Anfang 1948 klar wurde[354]. Die Pariser Kulturdirektion zog aus dieser Erkenntnis umgehend personalpolitische Konsequenzen. So gelang in der schwäbischen Universitätsstadt seit Herbst 1948 sehr schnell die Gestaltung harmonischer Beziehungen zwischen Hochschule und französischem Institut, als dem vormaligen Kurator Cheval die Direktion des *Centre* übertragen wurde und dieser seine guten Kontakte zu den einheimischen Professoren und Verwaltungsoberen als Trumpfkarte einsetzen konnte. Jetzt wurden nach dem Freiburger Vorbild am Tübinger *Centre* die meisten „praktischen" Sprachkurse zugunsten eines „anspruchsvolleren" Literaturkundeunterrichts aufgegeben, um die enge Bindung an das akademische Publikum zu demonstrieren und aus der Konkurrenzsituation zu den Französischkursen der Volkshochschule herauszutreten[355]. Damit trug man einem grundsätzlichen, systemimmanenten Problem Rechnung. In dem Maße nämlich, wie sich in Südwestdeutschland das Angebot an französischem Sprachunterricht auf unterschiedlichem Niveau diversifizierte, nicht nur an Einrichtungen der höheren Bildung französische Lektoren wirkten, sondern Schulassistenten auch den Großteil der Gymnasiasten betreuten und an den Volkshochschulen einem potentiell unbegrenzten Interessentenkreis französisches Lehrpersonal zur Verfügung stand, mußten die vier Kulturinstitute um so deutlicher die Abgrenzung erstreben und eine Nische für das eigene „rayonnement culturel" suchen[356]. Gleichzeitig manövrierte ihre überwiegend akademische Ausrichtung sie unweigerlich in den Windschatten der einheimischen Universität, aus dem nur die einvernehmliche Arbeitsteilung zwischen den beiden so ungleichgewichtigen Institutionen herausführen konnte. Nicht umsonst rechtfertigten die Direktoren der *Centres* in Tübingen und Mainz die Eigenart ihres Kursprogramms lange Zeit mit der „Konkurrenz" des Romanischen

[351] AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 24, XC 2–8, Deshusses' Tätigkeitsbericht für WS 1948/49 vom 20.4.1949.

[352] AOFA, CCFA, Cons. Pol., P. 200, C.III-4/a, Deshusses' Tätigkeitsbericht für Dezember 1946.

[353] Deshusses' Bericht vom 31.7.1948.

[354] MAE, Z/Allemagne/102, fol. 227ff., Inspecteur Général des Postes diplomatiques et consulaires, „Rapport d'inspection sur les œuvres françaises en Allemagne" vom 4.2.1948, No. 193; hierzu auch Cuer, Französischunterricht, S. 62.

[355] Deshusses' Tätigkeitsbericht für WS 1948/49 vom 20.4.1949; zu dem bis Herbst 1948 anhaltend unterkühlten Verhältnis zwischen CEF und Universität in Tübingen, das Direktor Callot selbst im Tätigkeitsbericht für Juni 1948 einräumte, sowie dem folgenden Aufschwung unter Cheval vgl. Zauner, Aspekte, S. 109ff.; ders., Gründung, S. 270f.

[356] Deshusses' Bericht vom 31.7.1948.

Seminars, die sie durch den vermehrten Einsatz französischer Hochschullektoren noch verschärft sahen[357].

Als weiteres Leitmotiv bezeugen die Berichte des Freiburger Institutsdirektors seine Sorge, daß die prekären Lebensumstände der südwestdeutschen Bevölkerung, ihre materiellen Nöte infolge der Kriegszerstörungen und Besatzungslasten einen nachteiligen Effekt auf die kulturpolitischen Bemühungen der Franzosen haben könnten[358]. Deutlich sprach die Befürchtung mit, die Deutschen könnten sich ganz der Sicherung des eigenen Überlebens zu- und vom Bildungsangebot der französischen Kulturinstitute abwenden. Auch in der Umgebung Koenigs sah man diese Gefahr durchaus. So hielt der stellvertretende politische Berater im Mai 1947 eine übertrieben optimistische Prognose über die Zukunft der französischen Kulturpolitik in Deutschland für unangebracht. Als Folge der schwierigen Lage nahm er in der einheimischen Bevölkerung „eine deutliche Verhärtung" gegenüber den Franzosen wahr[359]. Im Zusammenhang mit solchen Befürchtungen stand das immer wieder demonstrierte Bemühen Deshusses' und Lussets, die Unabhängigkeit der französischen Institute von der Militärregierung zu betonen und in den Augen der deutschen Bevölkerung keinesfalls den Anschein einer Verbindung zwischen ihrem Kulturprogramm und den unerfreulichen Begleiterscheinungen des Besatzungsregimes zu erwecken[360]. Dem schienen auch die weitgehende Ausstattung mit Personal und Geldmitteln durch Schmittleins DEP, ohne die das Freiburger Institut und seine Außenstellen nicht lebensfähig gewesen wären, sowie direkte Zuwendungen aus Koenigs Schatulle[361] keinen Abbruch zu tun.

Den zahlenmäßig größten Zulauf an Interessenten verzeichnete während der gesamten Besatzungszeit das Freiburger Hauptinstitut. Am Ende des Sommersemesters 1948 meldete Deshusses etwa 1200 Einschreibungen von Kursteilnehmern und Bibliotheksbenutzern seit Beginn des Studienjahres im Oktober 1947, von denen er etwa 900 als aktive Hörer (auch der Gastvorträge) und Leser klassifizierte. Da sich das Institut bewußt an eine geistige Elite wandte, sah er damit ein kaum steigerungsfähiges Maximum erreicht. Zur gleichen Zeit wurden am Tübinger *Centre* etwa 700, in Mainz und Trier jeweils über 600 Einschreibungen registriert[362]. Eine Hauptattraktion der Kulturinstitute stellten für viele Interessierte die Bücher-

[357] Zu Mainz der Tätigkeitsbericht Deshusses' für WS 1948/49 vom 20.4.1949; zu Tübingen vgl. Zauner, Aspekte, S. 108ff.

[358] Deshusses' Bericht über die Wiedereröffnung der Kulturinstitute zum WS 1947/48 vom 13.11.1947; ähnlich schon im Bericht für März 1947 und noch – mit Blick auf die Währungsreform – im Bericht vom 31.7.1948.

[359] AOFA, CCFA, Cons. Pol., P. 200, C.III-4/a, Charmasse an die DGRC am 19.5.1947, No. 271/RC. Diese Ausführungen basierten auf einem Tätigkeitsbericht Deshusses', den der stellvertretende politische Berater allerdings nicht erwähnte.

[360] Ebenda, Charmasse an Deshusses am 21.11.1946, No. 8851/CP; AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 67, C/3/4.1, Lusset (Seydoux) an die DGRC am 14.11.1946, No. 192/RC.

[361] Lusset ließ auf Schmittleins Anregung Koenig um einen monatlichen Zuschuß in Höhe von 17 000 Francs bitten, mit dem die französischen Institute ihre Aufwendungen für Repräsentationszwecke zu decken gedachten; AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 146, XC 5, Charmasses Vermerk für den Chef des Services de Direction du C.C.F.A. vom 21.7.1947.

[362] Deshusses' Bericht vom 31.7.1948.

und Zeitschriftenbestände dar[363]. Außerdem boten sie ein organisatorisches Forum für Gastvorträge französischer Persönlichkeiten aus Kunst, Kultur und Wissenschaft. Bei einer Besprechung Anfang 1947 stimmten Vertreter der Militärregierung und des Oberkommandos Schmittleins Anregung zu, die Auswahl der nach Südwestdeutschland einzuladenden Vortragsredner dem Direktor des *Institut Français* zu überlassen, der am besten die Interessen des deutschen Publikums einschätzen könne[364].

Die Währungsreform im Juni 1948 bedeutete auch für die französischen Kulturinstitute einen spürbaren Einschnitt. Am Tübinger *Centre d'Etudes*[365] beispielsweise verringerte sich der verfügbare Kreditrahmen um etwa 40 Prozent[366]. Dennoch erhob der neue Direktor Cheval von den Studenten, „dem einzig interessanten Publikum in Tübingen", das auf keinen Fall abgewiesen werden sollte, so lange keinen Mitgliedsbeitrag, wie sie mit den Auswirkungen der Währungsumstellung zu kämpfen hatten[367]. Noch folgenschwerer wirkte sich das Ende einer Epoche „inflationärer" kultureller Veranstaltungen aus[368]. Was für das einheimische Theater-, Konzert- und Verlagswesen galt – wo „[n]ach einer Hochflut [...] vollständige Ebbe [herrschte]"[369] –, betraf auch das französische Bildungsangebot, etwa den Sprachunterricht an den Volkshochschulen, für deren Kurse die Tätigkeitsberichte der Lektoren im Studienjahr 1948/49 eine stark sinkende Nachfrage anzeigten[370]. „Die Prioritäten wurden nach der Währungsreform anders gesetzt. Es galt jetzt, Geld zu verdienen, sich in den Produktionsprozeß zu integrieren, für die Zukunft zu sorgen"; „für die meisten VHS-Besucher wie für den Rest der Bevölkerung [war] Zeit wieder Geld geworden". Hinzu kam das schwindende Interesse an der französischen Sprache, da angesichts der politischen Entwicklung in Deutschland ihr Marktwert verfiel. „Französisch erschien auf einmal nicht mehr, wie zur Anfangszeit der Besatzung, als unerläßliche Voraussetzung, um Karriere zu machen."[371] Im übrigen konstatierten französische Volkshochschullektoren seit der Jahreswende 1948/49 ein weiteres „raidissement" bei deutschen Kursteilnehmern, Anzeichen wachsenden Selbstbewußtseins angesichts der Marshallplan-Hilfe und der sich abzeichnenden Weststaatsgründung[372]. Daß auch das Auftreten mancher Besatzungsangehörigen hierzu beigetragen haben mochte, war für den

[363] Ebenda; Deshusses' Tätigkeitsbericht für November 1946; DGRC (Marx) an Lusset am 15.11.1946; Zauner, Aspekte, S. 99ff.

[364] AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, „Procès-verbal de la réunion du 8 février 1947 relatif à l'adaptation de l'administration française de contrôle à l'organisation provisoire de l'Allemagne".

[365] Das Folgende nach Zauner, Aspekte, S. 142f. Die Tätigkeitsberichte der CEF-Direktoren, die an Deshusses als direkten Vorgesetzten in institutsinternen Angelegenheiten gingen, sind in AOFA nicht überliefert, sondern befinden sich unter den Akten der Französischen Institute.

[366] Für 1947 waren dem Tübinger Centre d'Etudes etwa 60 000 Mark bewilligt worden; vgl. ebenda, S. 98.

[367] Bis dahin hatten Studenten eine Einschreibegebühr von zehn Mark, sonstige Personen von 20 Mark pro Studienjahr bezahlt; vgl. ebenda, S. 272, Anm. 8.

[368] Vgl. hierzu Lersch, Kulturleben, S. 352f.

[369] „Schwäbisches Tagblatt" (Tübingen) vom 23.7.1948, zitiert ebenda, S. 353.

[370] Vgl. Vaillant, Bildungspolitik, S. 147ff.

[371] Ebenda, S. 148f.

[372] Vgl. ebenda, S. 146.

Tübinger Direktor Cheval evident. Glücklicherweise jedoch, stellte er im Frühjahr 1949 fest, sei trotz gewisser Fehler seiner Landsleute die Aufgeschlossenheit der deutschen Geisteselite für französische Kultur nicht nachhaltig beeinträchtigt. Nun gelte es aber, auf Erleichterungen im Besatzungsregime zu bauen und während einer Übergangszeit in erster Linie höfliche Beziehungen mit den Einheimischen zu pflegen[373].

Insgesamt spielten die vier Institute in der Besatzungszone, die sich dem *rayonnement culturel* als Aufgabe traditioneller Kulturpolitik im Ausland widmeten, im Gesamtkonzept der umständehalber tonangebenden Behörde Schmittleins eine zwar nicht unbedeutende, aber auch nicht zentrale Rolle[374]. Tatsächlich war der DEP im ganzen an der Durchsetzung besatzungspolitischer, auf *rééducation* abzielender Elemente ihrer Reformmaßnahmen mehr gelegen als an der konsequenten Ausgestaltung reiner Bildungseinrichtungen, die in den Worten Schmittleins nichts als „l'art pour l'art" betreiben sollten[375]. Auch gelang es beispielsweise dem ideenreichen, aktiven Jugendbüro in der DEP, das Augenmerk der Verantwortlichen in Baden-Baden und Paris zunehmend auf scheinbar modernere, potentiell breitenwirksame Formen der Kulturvermittlung zu lenken. Erst als im Zuge tiefgreifender gesamtpolitischer Veränderungen, mit der Gründung der Bundesrepublik, dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts und einer radikalen Kürzung der für die *action culturelle* zur Verfügung gestellten Mittel, eine grundlegende Reorganisation der kulturpolitischen Abteilung im Hochkommissariat und der Verzicht auf französische Umerziehungsambitionen unumgänglich schienen, der Übergang zur Normalität also eingeläutet werden mußte, schlug die Stunde der *Instituts Français* und *Centres d'Etudes Françaises*, die nun im vereinigten Westdeutschland eine wichtige Rolle spielen sollten[376].

5. Frankreichs Kulturmission

Kunst, Architektur und Literatur in der französischen Zone

Als der Pariser Erziehungsminister Capitant im Juni 1945 Schmittlein als seinem Repräsentanten in der Militärregierung Generalvollmachten erteilte, übertrug er ihm die Zuständigkeit für die Bereiche, die seit November 1944 dem *Ministère de l'Education Nationale* unterstanden: das gesamte öffentliche und private Unterrichtswesen, Leibeserziehung und Sport, Literatur, Künste und Architektur sowie die wissenschaft-

[373] Vgl. Zauner, Aspekte, S. 142.

[374] Diesen Eindruck erweckt nicht zuletzt Schmittleins „Note sur l'action culturelle française en Z.F.O." vom 14.2.1947; in: AOFA, AC P. 6, 7/A 10.1, No. 5872 DGAA/EDU; vgl. Zauner, Gründung, S. 266; im selben Sinne schon Gilmore, France's Policies, S. 121.

[375] AOFA, AC 66,1, Schmittlein an Boislambert am 20.11.1946, No. 4805/DGAA/EDU.

[376] Vgl. hierzu Zauner, Aspekte, S. 132ff., 166ff. und 188ff. sowie die Bemerkungen im Schlußteil der vorliegenden Untersuchung.

liche Forschung[1]. Die in den ersten Wochen geläufige Dienstbezeichnung für Schmittleins Equipe, *Direction de l'Enseignement et des Beaux-arts*, spiegelte sowohl die prinzipielle Doppelgleisigkeit ihres Ressorts wider, wobei der Volksbildungssektor der Jugend- und Sport-Abteilung noch nicht berücksichtigt war, als auch dessen Ausrichtung an der innerfranzösischen Bildungspolitik. Der Ende August 1945 eingeführte, vier Jahre lang gültige Behördenname *Education Publique* hatte demgegenüber den Vorzug, kürzer zu sein, und brachte vor allem zum Ausdruck, daß die Gesamtheit der von der DEP kontrollierten oder angeregten Aktivitäten dem Ziel der (Um-)Erziehung der südwestdeutschen Bevölkerung dienen sollte.

Die von Laffon unterzeichneten ersten Direktiven Schmittleins für die Landesgouverneure enthielten noch keinen Hinweis darauf, daß den schönen Künsten im Rahmen der anvisierten *rééducation* eine eigenständige Rolle zukam. Den Schutz historisch wertvoller Denkmäler und die Sicherung von Kunstschätzen bezeichnete die DEP zunächst als Hauptanliegen ihrer *Beaux-arts*-Abteilung[2], die das Pendant zu den Generaldirektionen für Kunst und Literatur sowie Architektur im Pariser Erziehungsministerium darstellte[3]. Anfang September 1945 begannen erste Restaurationsarbeiten am Freiburger Münster und am Wormser Dom; die Instandsetzung bedeutender Bauwerke in Trier, Mainz und Breisach wurde wenig später in Angriff genommen. Im Laufe der folgenden Monate richtete die DEP 150 Depots zur Aufbewahrung „herrenloser" Kunstgegenstände ein[4] und gingen die *Beaux-arts*-Mitarbeiter daran, die Magazine der öffentlichen Bibliotheken vor der Wiederöffnung Mitte Oktober[5] von nationalsozialistischer und militaristischer Literatur zu säubern sowie eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Theater und Konzertsäle, Museen und Kunsthallen in die Wege zu leiten. Eine Wiederbelebung musischer Veranstaltungen fand vereinzelt bereits vor der offiziellen Genehmigung durch Laffons Verfügung vom 12. Oktober statt[6]. In Baden-Baden bildete Anfang Juli ein Freiluft-Symphoniekonzert den Auftakt musikalischer Darbietungen, während Tübinger Theaterfreunde Ende August einer „Romeo-und-Julia"-Inszenierung auf dem Marktplatz beiwohnen konnten. In Freiburg hatte die erste deutsche Aufführung der Nachkriegszeit Ende Oktober Premiere[7].

Schon im August entwickelte der gerade in Baden-Baden eingetroffene Amtschef für das Theater- und Konzertwesen, René Thimonnier, den Plan einer großangelegten kunsthistorischen Ausstellung, die die engen Beziehungen Frankreichs zur Markgraf-

[1] AOFA, AC 65,2, Capitant an den Chef d'Etat-Major Général de la Défense Nationale am 26.6.1945, No. 1294 CAB; zur „réorganisation Capitant" des Pariser Erziehungsministeriums vom 20.11.1944 Crémieux-Brilhac (Dir.), L'Education Nationale, S. 330ff.

[2] AOFA, AC 65,2, „Directives générales concernant l'Enseignement, les Beaux-arts, la Jeunesse et les Sports" vom 24.8.1945.

[3] AN F^{21} 5130, 3D, François' Bericht für Jaujard, „Le service des Beaux-arts en ZFO en Allemagne" vom 3.11.1947, No. DGAA/EDU/BA/1052.

[4] AOFA, AC 67,1, Schmittleins Bericht „Activité de la DEP depuis sa création" vom 31.1.1946, No. 1343/DGAA/EDU. Von den 150 Depots beherbergten nur 25 wertvolle Objekte.

[5] Ebenda, Schmittleins Aufzeichnung für Koenig über die Situation der DEP vom 26.10.1945.

[6] Ebenda. Demnach waren ab 15.10.1945 deutsche Theateraufführungen und Konzerte offiziell wieder zugelassen.

[7] „Activité de la DEP depuis sa création" vom 31.1.1946.

schaft bzw. zum Großherzogtum Baden von der Regierung Ludwigs XIV. bis zur Ära der preußischen Reaktion, 1660 bis 1860, vor Augen führen sollte[8]. Da Thimonniers Initiative vom Abteilungsleiter für *Beaux-arts* François Boucher sowie dessen Stellvertreter (und seit April 1946 Nachfolger) Michel François[9] gerne aufgenommen wurde, ließ sie sich trotz erheblicher materieller Schwierigkeiten im Mai 1946 verwirklichen. Dieses „Ereignis in den kulturgeschichtlichen Beziehungen unserer Länder", wie Schmittlein in seiner Eröffnungsansprache die erste französische Ausstellung auf deutschem Boden seit dem Krieg bezeichnete, sollte bei den Besuchern „Erinnerungen wachrufen, die sowohl Franzosen als auch Badenern Veranlassung geben, auf ihre Nationen stolz zu sein. Damit wäre auch eine Grundlage geschaffen für wahre Freundschaft und gegenseitige Achtung"[10]. Intern bezeichnete François die Unternehmung als Reminiszenz an die französische Anwesenheit am badischen Oberrhein vom 17. bis 19. Jahrhundert, an die geschichtlichen, künstlerischen und literarischen Gemeinsamkeiten zwischen Frankreich und Baden sowie an die französischen Einflüsse im Kulturleben der zurückliegenden Jahrhunderte[11]. Er schlug damit unverkennbar eine Brücke zu den kulturpolitischen Initiativen der französischen Besatzungsmacht im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg[12]. Zugleich konnten sich fast 15 000 Interessierte, zu 60 Prozent Deutsche, die in den folgenden Wochen den Weg ins Baden-Badener Kurhaus fanden[13], davon überzeugen, daß auch die Kunstexperten der Militärregierung die föderalistischen Thesen ihrer Staatsführung zur Deutschlandpolitik ernst nahmen.

Hiervon abgesehen wirkt die ursprüngliche Aufgabenbeschreibung der *Beaux-arts*-Abteilung insgesamt bescheiden und defensiv konzipiert, läßt sie deutlich den Planungsrückstand auch für diesen Sektor französischer Besatzungspolitik erkennen. Im Laufe der Monate wich allerdings solche Selbstbeschränkung weiterreichenden Ambitionen. Schon Schmittleins Arbeitsplan für 1946 wollte den Zweck einer Umerziehung nicht allein an Südwestdeutschlands Schulen und Universitäten, in Sport- und Jugendverbänden, sondern auch mit Hilfe künstlerischer, literarischer und musischer Aktivitäten verfolgen. Den Deutschen sollte zwar ihr eigenes demokratisches Erbe nahegebracht werden, doch stand für Schmittlein außer Frage, daß sich das „Ideal von Frieden, Freiheit und Weltbürgertum" im Œuvre deutscher Autoren unlöslich mit französischen Leitbildern verwob. In der Darstellung der allgemeinen und politischen Geschichte schienen nur solche Perioden bedeutsam, in denen Frankreichs Einfluß auf die rechtsrheinischen Nachbarregionen besonders groß war[14]. Wie die von den

[8] Vgl. den zweisprachigen Katalog „Ausstellung Frankreich – Baden". In Schmittleins Vorwort, S. 8 bzw. 12, wird Thimonniers Initiative ausdrücklich erwähnt.

[9] Boucher war Konservator am Pariser Museum Carnavalet, François ehemaliges Mitglied der renommierten Ecole française de Rome und Archivar am Pariser Nationalarchiv; vgl. ebenda.

[10] Ebenda, S. 9 bzw. 13. In der französischen Version klingt die Erhebung Badens zur „Nation", da in adjektivischer Form, weniger pompös. Hier ist von „motifs de fierté nationale" bei Franzosen und Badenern die Rede.

[11] AOFA, AC 67,1, „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 (date de sa création) à juin 1947".

[12] Vgl. hierzu Süß, Rheinhessen; Brunn, Französische Kulturpolitik.

[13] „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 [...] à juin 1947".

[14] AOFA, AC 67,1, Schmittleins Arbeitsplan der DEP für 1946 vom 10.1.1946, No. 1303/DGAA/EDU. Die Rede war von der Französischen Revolution, der Napoleonischen Ära und

Vier Mächten als vorrangiges Ziel bezeichnete Austreibung militärischer Vorlieben in Deutschland durch glorifizierende Monumentalisierung historischer Schlachten – auch wenn diese im Namen der Befreiung vom Absolutismus geführt wurden[15] – erreicht werden konnte, schien den Urenkeln Napoleons zunächst kaum problematisch. Ein Jahr später, im Februar 1947, mußte man intern freilich einräumen, daß es „noch verfrüht" sei, in der französischen Zone Denkmäler zum Ruhme militärischer Heldentaten, wie der Überschreitung des Rheins durch die Erste Französische Armee, oder großer Persönlichkeiten Frankreichs zu errichten[16]. Als aber der DEP die Zeit hierfür reif zu sein schien, bewies sie nicht immer historisches Taktgefühl, wie das Beispiel des im Sommer 1948 fertiggestellten Turenne-Monuments in Sasbach zeigte[17]. Der Geist der französischen Rheinlandpolitik nach 1918 feierte bei solchen Gelegenheiten seine Auferstehung.

Im ganzen gesehen wurden die Intentionen der französischen Kulturveranstaltungen, die vorübergehend den ambitiösen Zielen der Pariser Deutschlandpolitik verpflichtet schienen, in dem Maße wieder bescheidener – und traditionsverhafteter –, wie sich die Vorstellung separierter, an Frankreich angelehnter Rheinstaaten verflüchtigte. Neben dem umständehalber vordringlichen Auftrag einer „Entgiftung" und Überwachung der südwestdeutschen Kulturorganisationen benannte Amtschef François im Februar 1947 als Aufgabe seiner *Sous-Direction des Beaux-arts*, „allmählich die Denk- und Schaffensweisen ein[zu]führen und bekannt[zu]machen, die in Frankreich während der zwölfjährigen Isolierung Nazideutschlands Anwendung gefunden hatten". Hierbei habe man sich an fünf Grundtatsachen zu orientieren: daß das (kulturelle) Prestige Frankreichs bei den Deutschen und deren Neugier auf französische „Geistesprodukte" unbeeinträchtigt geblieben seien; daß die Deutschen davon ausgingen, Frankreich werde nur das Beste seiner künstlerischen und intellektuellen Erzeugnisse im Ausland präsentieren; daß das deutsche Volk selbst nach wie vor zu den kultiviertesten gehöre, eine minderwertige Aufführung oder Ausstellung daher unvermeidlich auf Kritik und Ablehnung stoßen würde; daß die Bevölkerungsmehrheit in der französischen Zone praktizierende Katholiken seien; daß schließlich, abgesehen von einer kleinen intellektuellen Minderheit, die überwiegende Majorität dem demokratischen Ideal nach wie vor fremd gegenüberstehe. Immerhin sei der regionale Partikularismus im deutschen Südwesten sehr lebendig[18]. Die praktische Umsetzung dieser handlungsleitenden Hypothesen soll im folgenden skizziert werden.

Ein vergleichsweise begrenztes Handlungsfeld bearbeitete das *Bureau des Bibliothèques* in der DEP, dessen zwei Mitarbeiterinnen für die Kontrolle der öffentlichen, nichtwissenschaftlichen Büchereien in der französischen Zone zu sorgen hatten. Diese

---

Fortsetzung Fußnote von Seite 272

der Revolution von 1848. Alle Unterabteilungen der Beaux-arts sollten sich gleichzeitig auf einen Abschnitt aus diesem Zeitraum konzentrieren und ihn mit den jeweiligen Ausdrucksmitteln zum Gegenstand der Darstellung machen.

[15] Ebenda.

[16] AOFA, AC 67,1, François an Schmittlein, „Rapport sur les principes d'une action culturelle en Z.F.O." vom (?.)2.1947.

[17] AOFA, CCFA, Cons. Adm., C. 477, P. 7, E-8/2, Tätigkeitsbericht der DEP für Juli-September 1948. Marschall Turenne, der 1675 bei Sasbach (im heutigen Ortenaukreis) fiel, hatte im Jahr zuvor mit seinen Heeren die Pfalz verwüstet.

[18] François' „Rapport sur les principes d'une action culturelle en Z.F.O." vom (?.)2.1947.

mußten von nationalsozialistisch und militaristisch gefärbten Schriften gesäubert und sollten gleichzeitig um Werke der zeitgenössischen Literatur Frankreichs sowie anderer Länder ergänzt werden[19]. Da sich der Ankauf französischer, aber auch schweizerischer Publikationen aufgrund ungeklärter Devisenprobleme als undurchführbar erwies, erbat Schmittlein im Oktober 1945 von der Kulturdirektion am Quai d'Orsay die kostenlose Lieferung von Büchern an die Universitätsbibliotheken Tübingen und Freiburg sowie für öffentliche Büchereien in den größeren Städten der Zone[20]. Daraufhin wurde in Paris zwar umgehend eine erste Sendung zusammengestellt, doch die dauernde Versorgung mit französischen Publikationen blieb prekär. Dies gilt auch für die vier Kulturinstitute, die von der DGRC vorrangig mit Bücherpaketen bedacht wurden. In Paris bestand eine kooperationshemmende Arbeitsteilung zwischen dem Staatssekretariat für Information, das in erster Linie für Büchersendungen nach Deutschland zuständig war, jedoch mit praktischen Problemen zu kämpfen hatte, und der Kulturdirektion des Außenministeriums, die die Lieferung von Sprachlehrbüchern und literarischen Textsammlungen an Universitätsbibliotheken sowie deutsche und französische Kultureinrichtungen übernahm[21]. Nach einer schleppenden Anlaufphase kam die Tätigkeit ihres *Service du Livre* Ende 1946 vorübergehend ganz zum Erliegen, so daß er einer gründlichen Reorganisation unterzogen werden mußte[22]. Die französischen Verlage selbst zeigten sich den Problemen eines Exports nach Deutschland noch nicht gewachsen[23].

Im Frühsommer 1947 schien der DGRC die Zeit zum Handeln gekommen. Denn sie hatte erkannt, daß die „Effektivität unseres Beitrags zur Umerziehung des deutschen Volkes eng an die Entwicklung unserer Kulturpolitik in Deutschland gekoppelt" war, und entschloß sich daher zur Einsetzung einer *Commission chargée d'arrêter les directives de la diffusion du livre français en Allemagne*, die Anfang August 1947 unter Vorsitz von Kulturdirektor Joxe zusammentrat[24]. Sie sollte aus der Gesamtproduktion französischer Verlage eine Auswahl von etwa 300 Werken treffen, die sowohl dem Umerziehungsprogramm in Deutschland als auch den beschränkten Geldmitteln der Pariser Behörden Rechnung trug. Die Veröffentlichungen mußten geeignet sein, „französisches Denken und sittliches Empfinden zu repräsentieren, bei den Deutschen die Grundwerte der Reflexion und des kritischen Geistes im erhabensten Sinne wiederherzustellen". Als Selektionskriterien galten „ihr universaler Wert, insoweit die-

[19] Ebenda.

[20] AOFA, AC 70,3, Schmittlein an Schwartz am 8.10.1945, No. 447/DGAA/EDU; Schmittlein an die DGRC am 24.10.1945, No. 557/DGAA/EDU; DGRC an Schmittlein am 6.11.1945, No. 163 AJ/JD; zu Schweizer Büchern AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 67, C/3/4–3, Charmasse an Hoppenot am 13.6.1946, No. 4741/CP; Mombert, Buch- und Verlagspolitik, S. 230f.

[21] MAE, Z/Allemagne/100, fol. 37ff., Aufzeichnung der Mitteleuropaabteilung, „Questions culturelles en Allemagne" vom 9.10.1946.

[22] AOFA, AC P. 3, 4/A.7, DGRC (Marx) an Lusset am 15.11.1946.

[23] MAE, Z/Allemagne/101, fol. 77ff., Aktenvermerk der DGRC für den Außenminister vom 9.5.1947.

[24] Ebenda und fol. 160f., CGAAA an die DGRC am 14.6.1947, No. 6574/INTER/INF; fol. 243ff., Protokoll der ersten Kommissionssitzung am 5.8.1947. Teilnehmer der konstituierenden Sitzung waren Vertreter des Außen- und Erziehungsministeriums sowie des Generalkommissariats (Manès Sperber als Vertreter des Kulturchefs Cannac), Arnaud (DI), Maréschal (DEP) und Lusset. Von den ebenfalls geladenen Germanistik- und Geschichtsprofessoren Vermeil, Bertaux, Angelloz, Morazé und Baumont war keiner erschienen.

ser universale Charakter eine französische Geistestradition zum Ausdruck bringt; Großmut und Klarheit des Denkens (Humanismus); Reinheit der Sprache". Die 300 ausgesuchten Werke sollten Sprache, Literatur, Philosophie, Geschichte, Recht und Naturwissenschaften behandeln[25]. Ob diese Liste je zustande kam, liegt ebenso im dunkeln wie das weitere Schicksal der Kommission und ihrer Zielsetzung. Vertraut man der offiziellen Aktenüberlieferung, so war ihre erste auch die letzte Zusammenkunft, blieben die ambitiösen Präliminarien der Pariser Literaturplaner in der französischen Zone ohne erkennbare Folgen. Es erwies sich aber als günstig, daß Schmittleins Behörde frühzeitig nach zusätzlichen Quellen Ausschau hielt. Bereits im Oktober 1945 trat sie in Verhandlungen mit der privaten, in Zürich ansässigen „Schweizer Bücherhilfe", um deren uneigennützige Dienste in Anspruch zu nehmen[26]. Als diese Organisation im Frühsommer 1946 ankündigte, einer Universität in der französischen Zone etwa 10 000 Bände zur Verfügung zu stellen, setzte sich Schmittleins Stellvertreterin Giron sofort mit Nachdruck dafür ein, der soeben eröffneten Mainzer Hochschule den Zuschlag zu erteilen[27]. Ein „Schweizer Hilfswerk für das geistige Deutschland" spendete 1948 der Tübinger Universität etwa 1000 schweizerische und französische Bücher[28].

Das im Mai 1946 eingerichtete *Bureau d'Architecture* unter Leitung der französischen Bauräte Monnet und Fauth sah sich einem komplexen Aufgabenfeld gegenüber. Zunächst betrieb es die Gründung zweier „Modell-Baustellen", um deutschen Studenten die in Frankreich praktizierten Methoden zur Restaurierung historischer Bauwerke nahezubringen[29]. Aus finanziellen Gründen lehnten die Pariser Verantwortlichen dieses Projekt jedoch ab[30]. Man erwartete von den Architekturexperten der DEP, städtebauliche „souvenirs français" sowie „monuments d'inspiration, d'influence ou de construction française" in Südwestdeutschland aufzuspüren und gegebenenfalls zu restaurieren, Archive, Kunstsammlungen, Bibliotheken und Theatersäle instandzusetzen, deutsche Kriegerdenkmäler zu zerstören, archäologische Grabungen zu leiten, Architektenwettbewerbe und -ausstellungen zu organisieren, Bauausschüsse und Architektenkammern zu gründen, die Architektenausbildung zu überwachen, Pläne zum Wiederaufbau und zur Städteplanung zu begutachten, Gesetzgebung und Behördenstrukturen in diesem Bereich zu reorganisieren, schließlich historisch wertvolle Bauwerke photographisch zu dokumentieren[31]. Ob es Monnet und Fauth bzw. ihren Vertretern in den Ländern tatsächlich gelang, einen nachhaltigen Einfluß auf die einheimischen Spezialisten auszuüben, wie dies in einer Bilanz aus französischer Feder optimistisch behauptet wurde[32], wäre in einer eigenen, kunsthistorisch oder architekturgeschichtlich orientierten Untersuchung nachzuprüfen, darf aber wohl bezweifelt werden. Im Januar 1948 beklagte Schmittlein, daß sämtliche Architekten, die das Bau-

[25] Aktenvermerk der DGRC für den Außenminister vom 9.5.1947.
[26] AOFA, AC 70,3, diverse Korrespondenz von Oktober 1945 – Juli 1946.
[27] Ebenda, Irène Giron an Numa Tetraz am 20.7.1946, No. 3168/DGAA/EDU.
[28] AOFA, AC 71,2, Maréschals Bericht für Schmittlein vom 13.7.1948.
[29] AOFA, AC 67,1, François' „Rapport sur les principes d'une action culturelle en Z.F.O." vom (?.)2.1947; zum Folgenden und zur Person Monnets auch Cohen, La politique architecturale.
[30] AOFA, CCFA, CAC, P. 49, POL IV C 2, Schmittleins Vermerk für Sabatier vom 16.1.1948, No. 10505/DGAA/EDU.
[31] AOFA, AC 67,1, „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 [...] à juin 1947".
[32] Ebenda, (Santellis Bericht) „L'action culturelle française en Allemagne" vom 5.3.1949.

büro der DEP in die „Provinz" entsandt hatte, aus Enttäuschung über ihre geringe Besoldung kündigten[33]. Bemerkenswert bleibt indessen die französische Oberaufsicht über den denkmalpflegerischen und städtebaulichen Bereich in Baden-Baden durch zwei dynamische, agile Baurâte, die ihren Auftrag offenbar so ernst nahmen[34], daß Schmittlein ihr Tätigkeitsfeld besonders hervorheben konnte: Das Baubüro der DEP widme sich dem „Auftrag, in Bauwerken die Erinnerung an den französischen Aufenthalt in der Zone zu verewigen, aber auch an die französische Kunsttradition im Rheinland anzuknüpfen und durch die Vermittlung unserer Methoden Ordnung in die ziemlich anarchischen und veralteten deutschen Institutionen zu bringen [...]"[35].

Ein kleines Ein-Mann-Büro blieb die Dienststelle *Musées – Expositions* des *Beaux-arts*-Mitarbeiters Poissonnier[36]. Im März 1947 legte Laffon fest, daß die Organisation französischer Ausstellungen in der Zone ausschließlich in die Zuständigkeit der Baden-Badener Zentrale fiel, also nicht von den *Beaux-arts*-Mitarbeitern der Landesdelegationen in Eigenregie übernommen werden durfte[37]. Konkurrenz erhielt Poissonnier allerdings durch die Informationsdirektion, deren Abteilungsleiter Mougin beispielsweise eine große Keramikausstellung zusammenstellte und in die amerikanisch besetzte Landeshauptstadt Bayerns „exportierte"[38]. Erst anläßlich der Reorganisation von Oberkommando und Militärregierung im Frühsommer 1948 wurde der Bereich der Kunstausstellungen vollständig dem Ressort der DEP zugeschlagen, die Informationsdirektion als „Nebenbuhlerin" also ausgeschaltet. Während das erste, gleich sehr ambitionierte Ausstellungsprojekt über die Beziehungen Frankreichs und Badens in Anbetracht der vielfältigen kunstgeschichtlichen und historisch-politischen Aspekte ein Teamwork von Angehörigen verschiedener Stellen der Erziehungs- und der Informationsdirektion sein mußte[39], gingen die folgenden Unternehmungen allein auf Poissonniers Konto[40]. Eine Ausstellung moderner französischer Malerei seit den Impressionisten, die 130 zum Teil bedeutende Gemälde vereinte und im September 1946 8800 Besucher nach Baden-Baden lockte[41], wurde zur ersten Veranstaltung, die die Grenzen der südwestdeutschen Besatzungszone überschritt. Auf Initiative des rühri-

[33] Schmittleins Vermerk für Sabatier vom 16.1.1948.

[34] Der Situationsbericht der DEP vom 1.5.1947 enthält eine ganze Seite mit 13 Paragraphen allein zur Tätigkeit des Bureau d'Architecture; in: AOFA, AC 109,8. Der stellvertretende Amtsleiter Fauth blieb bis mindestens Frühjahr 1951 (zuletzt als Bürochef) auf dem Posten in Deutschland; „Annuaire téléphonique" des Hochkommissariats/DGAC, Stand: 15.3.1951; in: AOFA, sekret.

[35] AOFA, AC 68, Schmittleins „Note au sujet des attributions de la D.E.P. en ce qui concerne la Propagande" vom 18.7.1946.

[36] AOFA, AC 67,1, Schmittleins „Note sur l'action culturelle française en Z.F.O." vom 14.2.1947, No. 5872/DGAA/EDU.

[37] AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, Laffons Vermerk für Sabatier vom 3.3.1947, No. 2166/CAB/C.

[38] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 146, XC 4/1, Saint-Hardouin an die DGRC am 12.10.1947, No. 697/RC.

[39] Vgl. Schmittleins Vorwort im Katalog zur „Ausstellung Frankreich–Baden", S. 8 bzw. 12: Mitarbeiter des Beaux-arts-Chefs Boucher bzw. François waren: Christophe (Amtszugehörigkeit nicht ermittelt), Dosseur (DEP-Bureau Artisanat d'Art), Gilbert (DI-Bureau Affaires Culturelles) und Poissonnier; Dienststellenangaben nach dem „Annuaire téléphonique" der Militärregierung, Stand: 15.5.1947; in: AOFA, sekret.

[40] Schmittleins „Note sur l'action culturelle française en Z.F.O." vom 14.2.1947.

[41] AOFA, AC 67,1, „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 [...] à juin 1947".

gen Organisationstalents Poissonnier, am Ort von Schmittleins Vertreter Hepp aufgebaut, erhielten im Oktober und November 1946 auch Berliner Kunstfreunde Gelegenheit, die Werke zu besichtigen[42]. Da die Ausstellung Anklang und Anerkennung bei Besuchern, Journalisten und Angehörigen der Alliierten fand, nannte sie der stellvertretende politische Berater in Berlin, Seydoux de Clausonne, euphorisch die bisherige Krönung jener Unternehmungen, „die nicht nur Frankreichs Präsenz auf kulturellem Gebiet, sondern auch seine gewaltige Überlegenheit über die Konkurrenten bekräftigen sollten, die hinsichtlich der Propaganda im deutschen Publikum keine Mühen gescheut hatten". Auf dem Felde der geistigen Werte habe Frankreich den Deutschen und den Alliierten bewiesen, „daß wir eine Großmacht sind, mit der man rechnen muß"[43]. Seydoux selbst zeigte sich mit diesen Äußerungen als würdiger Nachfahre jener französischen Administratoren, die zwischen 1918 und 1925/30 die Rheinländer von der Superiorität der *civilisation française* zu überzeugen gesucht hatten[44]. Nach einer kurzen Rückkehr in die französische Zone, nach Mainz, ging Poissonniers Gemäldesammlung erneut auf Tournee in die „Nachbarländer": über den Jahreswechsel 1946/47 nach Düsseldorf (etwa 15000 Besucher), dann nach Wien (25000) und schließlich im Februar/März 1947 nach München, wo mit 55000 Zuschauern ein Besucherrekord verbucht wurde[45]. Während solcher Tourneen mußte Schmittlein den einzigen Ausstellungsorganisator seiner Behörde für Wochen und Monate entbehren, denn Poissonnier begleitete in den meisten Fällen selbst die Exponate, um an Ort und Stelle für ihren Aufbau zu sorgen[46]. Teilweise konnte er dabei mit großzügiger Unterstützung der alliierten Militärregierungen rechnen[47].

Unterdessen hatte die *Beaux-arts*-Abteilung in Baden-Baden bereits Pläne für die nächste Ausstellung zeitgenössischer Malerei aus Frankreich entworfen[48]. Im November 1947 konnten 15 000 Kunstbegeisterte in Freiburg Meisterwerke bewundern, die der Leiter der Berliner *Mission Culturelle* auch in Großstädten der anderen Besat-

[42] Ebenda ist von 35000 Berliner Ausstellungsbesuchern die Rede; im Bericht des stellvertretenden Kulturattachés vom 8.11.1946 nur von 25000; in: MAE, Z/Allemagne/100, fol. 144ff. Poissonniers Initiative und die Organisation in Berlin durch Hepp erwähnte Seydoux im Bericht an die DGRC vom 13.11.1946; in: ebenda, fol. 140ff., No. 4153.

[43] Seydoux' Bericht an die DGRC vom 13.11.1946; vgl. auch Cuer, L'action culturelle, S. 11. Der stellvertretende Kulturattaché wies im Bericht vom 8.11.1946 auf die insgesamt sehr positive Presseberichterstattung über die Ausstellung hin und zitierte am Ende einen englischen Major sinngemäß mit den Worten: Eine solche Ausstellung würden nur die Franzosen zuwege bringen, die damit ihre Verbündeten im kulturellen Sektor um mehrere Längen geschlagen hätten.

[44] Vgl. hierzu Süß, Rheinhessen; Brunn, Französische Kulturpolitik.

[45] „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 [...] à juin 1947". Hierin war für Düsseldorf von 11000 Besuchern die Rede; die Zahl 15000 nannte Konsul Arnal am Tag nach Ausstellungsende, 13.1.1947, im Telegramm No. 4 an Saint-Hardouin; in: AOFA, AC P. 6, 8/A 10.2. Insgesamt verzeichnete man in den sechs Städten über 150000 Besucher; MAE/CGAAA, La Documentation Française. Notes et études documentaires, No. 1163, „L'Education publique en Z.F.O.", 13.7.1949, S. 7; gefunden in: AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 24, XC 2–8.

[46] Schmittleins „Note sur l'action culturelle française en Z.F.O." vom 14.2.1947.

[47] AOFA, AC P. 6, 8/A 10.2, Konsul Arnal an Charmasse am 15.12.1946, No. 32.

[48] AOFA, AC 67,1, François' „Rapport sur les principes d'une action culturelle en Z.F.O." vom (?.)2.1947.

zungszonen zu präsentieren wünschte[49]. Ein Jahr zuvor hatten Exponate moderner französischer Gobelin-Kunst 10000 Menschen nach Freiburg gezogen[50]. Ebenso viele Besucher interessierten sich für die französische Armee des 17. bis 19. Jahrhunderts, der im Juni und Juli 1947 eine Ausstellung in Baden-Baden mit dem Titel „Au service de la France" gewidmet war[51]. Ihre Konzeption dürfte Poissonnier wohl ebensowenig verantwortet haben wie die der Jubiläumsschauen zur Erinnerung an die revolutionären Ereignisse des Jahres 1848 in Südwestdeutschland, die die Militärregierung in Baden-Baden und Mainz veranstaltete[52]. Beide Sujets stellten genuine Betätigungsfelder eines weiteren Büros der *Beaux-arts*-Abteilung dar, des *Service Historique*, dessen sonstige Tätigkeiten sich allerdings nicht rekonstruieren ließen[53].

Marginal blieb die kulturpolitische Rolle, die Schmittlein zwei weiteren *Beaux-arts*-Dienststellen zuwies: dem die kunsthandwerkliche Produktion überwachenden *Bureau Artisanat d'Art*[54] und dem Amt für *Récupération artistique*, das die Bergung und Rückführung von Kunstgegenständen betrieb, die vom nationalsozialistischen Deutschland während des Krieges geraubt oder unter zweifelhaften Umständen erworben worden waren[55].

Propaganda im Spannungsfeld von Kultur und Politik

Anfang August 1945, wenige Wochen nach Erteilung der schriftlichen Generalvollmacht des Pariser Erziehungsministers für Schmittlein, entwarf Capitants Amtskollege an der Spitze des Informationsministeriums Anweisungen für die *Direction de*

---

[49] La Documentation Française, „L'Education publique en Z.F.O." vom 13.7.1949, S. 8; AOFA, AC P. 2, 3/A 10.0, Lusset an Schmittlein am 15.12.1947, No. 3879/MC.

[50] La Documentation Française, „L'Education publique en Z.F.O.", S. 7.

[51] Ebenda; ferner AOFA, AC 67,1, „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 [...] à juin 1947".

[52] AOFA, CCFA, Cons. Adm., C. 477, P. 7, E-8/2, Tätigkeitsbericht der DEP für Juli-September 1948. Die Tätigkeitsberichte geben über die genaue Urheberschaft keinen Aufschluß; sie erwähnen die Armee- und die 1848er-Ausstellung in einem Atemzug mit den reinen Kunstausstellungen. Vermutlich stellte aber vor allem die erste eine Gemeinschaftsproduktion von militärischen Dienststellen, Informationsabteilung und Service Historique der DEP dar.

[53] Seine Existenz ergibt sich aus dem ersten ausführlicheren „Annuaire téléphonique du G.M.Z.F.O." vom 15.5.1947; in: AOFA, sekret. Auf ihn nahm kein programmatisches Positionspapier der DEP und nur der Tätigkeitsbericht für Oktober-Dezember 1948 Bezug: Demnach verhandelten seine Mitarbeiter über die Rückerstattung alter französischer Kanonen aus Ost-Berlin und Hamburg; außerdem führten sie eine schriftliche Befragung unter ehemaligen Wehrmachtsgenerälen durch; in: AOFA, CCFA, Cons. Adm., C. 477, P. 7, E-8/2.

[54] Hierzu führte Schmittleins „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 [...] à juin 1947" aus: Das Amt für Kunstgewerbe seiner Behörde sei im Oktober 1946 in Übereinstimmung mit der Direction de la Production Industrielle der Militärregierung eingerichtet worden. Es kontrolliere über 2250 Kunsthandwerker hinsichtlich der Freigabe von Material und der Produktion, habe die Gründung von drei regionalen Kunsthandwerkerverbänden und weiterer lokaler Gruppen betrieben, übe die Aufsicht über sechs Kunsthandwerksschulen aus und habe schließlich neun Ausstellungen organisiert und eine Produktschau deutscher Kunsthandwerker zugelassen.

[55] Die Integration dieses Büros (das theoretisch in allen vier Besatzungszonen aktiv war) in die DEP hatte Schmittlein von Anbeginn für unsinnig erklärt, da es sich nicht um eine „kulturelle" Aufgabe im eigentlichen Sinne handle. Statt dessen hatte er erfolglos seine Angliederung an die Reparations- und Restitutionsdirektion der Militärregierung befürwortet; AOFA, AC 42,4, Schmittleins Aufzeichnung für François-Poncet vom 25.10.1949, No. 150/HC/DC.

l'Information (DI) in Baden-Baden. Jacques Soustelle, der wie Capitant vor dem Krieg als Wissenschaftler und Hochschullehrer tätig gewesen war, 1936 der Volksfront nahegestanden hatte und seit 1940 zu den Weggefährten de Gaulles gehörte, schlug die Bereiche Presse, Verlagswesen, Rundfunk und Kino sowie die Überwachung der öffentlichen Meinung den Aufgaben der Informationsabteilung zu[56]. Damit schienen die Zuständigkeitsbereiche von DEP und DI eindeutig abgegrenzt und mögliche Konflikte zwischen den auch räumlich benachbarten Behörden[57] ausgeschlossen. Im Frühsommer 1945 hatte sich eine brisante Konstellation abgezeichnet, als der für Propaganda und Information zuständige Oberst in der vorläufigen Militärverwaltung der Ersten Armee die Ernennung des Literaturprofessors Carré zum Erziehungsdirektor im französisch besetzten Deutschland betrieb[58]. Mit der Ablösung de Lattres durch das Oberkommando unter General Koenig im Juli 1945 endete zwar die Zuständigkeit des *5e Bureau* der Besatzungstruppe für Propagandafragen[59]. Doch mit der Nachfolgeorganisation in der Militärregierung, der Informationsdirektion in Baden-Baden (die wie die DEP dem Generaldirektor für Verwaltungsangelegenheiten Sabatier unterstand), traten kulturpolitische Rivalitäten verstärkt in Erscheinung. Ihre Devise lautete, „einen langfristig angelegten geistigen Einfluß (une œuvre de longue haleine sur les esprits) auszuüben, die Viren der Goebbelsschen Propaganda abzutöten und die deutschen Massen zum Verständnis für das demokratische und humanistische Ideal zu erziehen"[60]. Statt zu kooperieren, ließen sich die Protagonisten der beiden Direktionen oft in unfruchtbare Rivalitätskonflikte verwickeln. Dabei ist nicht zu übersehen, daß in den Prämissen ebenso wie in den Zielsetzungen eigentlich Übereinstimmung vorherrschte[61], nur in der Methodenfrage, einschließlich ihrer besatzungspolitischen Implikationen, Dissens bestand. Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, daß überwiegend persönliche, zunehmend auch ideologische Unverträglichkeiten das Verhältnis zwischen DEP und DI komplizierten und einvernehmliche Arbeit erschwerten.

Im Frühjahr 1946 entstand eine Fehde zwischen Schmittlein und Informationsdirektor Jean Arnaud[62] über Grundsatzfragen französischer Kulturpolitik in der Besatzungszone sowie die Zuständigkeiten der beiden Direktionen. Den Schlagabtausch er-

---

[56] AOFA, CCFA, CAC, P. 12, POL I B 3, Soustelles „Projet d'instruction concernant l'Information en Allemagne occupée" vom 6.8.1945.

[57] Arnaud und einige Abteilungen der Informationsdirektion waren wie Schmittlein und Teile der DEP im Baden-Badener Hotel Stephanie untergebracht.

[58] AOFA, CGAAA, C. 2669, 5/3.

[59] AN, Sect. Contemp., INF 717, „Note sur la situation de l'Information en Allemagne", verfaßt im Kabinett des Pariser Staatssekretärs für Information am 21.2.(1946), No. 06746 CAB-JLH.

[60] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 67, C/3/4, Arnauds „Rapport sur l'œuvre de démilitarisation, dénazification et de démocratisation entreprise par la Direction de l'Information" vom 8.1.1947, No. 4593/DGAA/INF.

[61] Ein Indiz für die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen Arnauds und Schmittleins Einschätzungen liefert die „Conclusion" ebenda.

[62] Arnaud, Jahrgang 1910, hatte nach dem Studium der Literaturwissenschaft in Lyon und Paris von 1935 bis 1938 als Lektor an der Universität Köln, danach als stellvertretender Direktor des Maison Académique Française in Berlin, schließlich von 1940 bis 1945 als stellvertretender Leiter des Französischen Instituts in Barcelona gewirkt und dort, zwischen April und Juni 1945, für die Pariser Militärmission in Deutschland (MMAA) ein „Manuel pour le fonctionnaire français en Allemagne" erarbeitet; AN, Sect. Contemp., INF 718; zur Person auch Who's Who in France, 1957/58, S. 253.

öffnete Arnaud – vermutlich ungewollt – Anfang April, als er Laffon den Bericht seines Mitarbeiters Jacques Martin übermittelte und im Begleitschreiben ausführte, daß seine Behörde mit zunehmender Konzentration auf den Propagandabereich die an sich schon problematische Unterscheidung zwischen Politik und Kultur nicht durchgängig werde aufrechterhalten können. Als Ausweg schlug er die Bildung gemischter Ausschüsse aus Vertretern von DEP und DI auf der zentralen und lokalen Ebene vor, die alle Einrichtungen zur Beeinflussung der deutschen „Mentalität" in die Hand nehmen und überwachen sollten. Dabei bezog sich Arnaud ausdrücklich auf eine Analogie zur Goebbelsschen Reichskulturkammer[63]. Martin selbst bedauerte in seinem Memorandum, daß die Militärregierung bislang „mit gewisser Abscheu den Begriff und sogar die Idee der Propaganda zurückgewiesen" habe, obwohl diese doch mit zunehmender Demokratisierung in der französischen Zone zu einer notwendigen Waffe werde, um die auf deutscher Seite freigesetzten Kräfte im Zaum zu halten. Zwar gebe es bereits eine bestimmte Form von Propaganda; diese beschränke sich aber mit wenigen Ausnahmen darauf, für das Prestige und die Verbreitung der französischen Kultur zu werben, anstatt antinazistische, antimilitaristische und demokratische Agitation zu betreiben. Damit entspreche sie einer Propaganda, die in Friedenszeiten im befreundeten Ausland angebracht sei. Mit dieser kulturellen, nichtideologischen Ausrichtung und der Dominanz von Sprachkursen gegenüber der Verbreitung politischer Ideen laufe man Gefahr, später einer deutschen Opposition gegenüberzustehen, die zwar scheinbar frankreichfreundlich, im Herzen aber deutschnational, wenn nicht nationalsozialistisch geblieben sei. Bislang richte sich die Propaganda in der französischen Zone ausschließlich an eine Schicht gebildeter oder schon frankophiler Opportunisten. Doch Hauptprinzip des erforderlichen Kurswechsels müsse es sein, daß Deutsche selbst ihren Landsleuten demokratisches Gedankengut „einimpften". Es gebe ja eine demokratische Tradition in Deutschland, wie die liberalen Revolutionen des 19. Jahrhunderts bewiesen. Zwei Drittel der gegenwärtig zugelassenen Parteien verträten demokratische Ideale. Eine von Deutschen selbst betriebene politische Propaganda, prognostizierte Martin, werde auf größere Resonanz in der einheimischen Bevölkerung stoßen und den Vorwurf entkräften, die Franzosen wollten den deutschen Nationalismus mit eigenem Kulturchauvinismus bekämpfen. Mit Schmittleins Behörde sei eine gegenseitige Kompetenzabgrenzung zu vereinbaren. Während sich die DEP um Schüler, Studenten, Lehrer und Professoren zu kümmern habe, wende sich die DI in Verfolgung ihrer ideologisch-politischen Ziele unterschiedslos an alle Deutschen außerhalb der Schulen und Universitäten sowie an Jugendliche, die nicht in Jugendgruppen organisiert waren. Schließlich sollten von der Militärregierung veranstaltete musische Darbietungen nicht so sehr die Qualität französischer Künstler unterstreichen, sondern die Deutschen vielmehr in eine bestimmte „Atmosphäre" eintauchen, einem gemeinsamen ideologischen Einfluß aussetzen. Solche Veranstaltungen seien daher Sache der „Politik", also der DI, und nicht der Abteilung für *Beaux-arts* in der DEP[64].

[63] AOFA, AC 68, Arnaud an Laffon am 3.4.1946, No. 2534/DGAA/INF. Anlaß für diese grundsätzliche Positionsbestimmung war vermutlich die Einrichtung einer besonderen Propagandaabteilung innerhalb der Informationsdirektion im März 1946.

[64] Ebenda, beiliegend Martins „Rapport sur l'organisation d'un réseau de centres permanents de propagande" vom 25.3.1946.

Wie kaum anders zu erwarten, empfand Schmittlein diese Thesen als Provokation. Propaganda, konterte er, sei kein Wesensmerkmal der Demokratie, sondern eine Erfindung totalitärer Regime, so daß eine demokratische Entwicklung in der französischen Zone nicht zur Stärkung, sondern zum Verschwinden jeder offiziellen Propaganda führen müsse. Gegen den Informationsdirektor beharrte er darauf, daß eine klare Trennungslinie zwischen Politik und Kultur beibehalten werde und Arnauds Behörde sich auf den ersten Sektor beschränke. Die Einführung tagespolitischer Themen in den Kulturbereich mußte nach Schmittleins Auffassung unweigerlich eine Degradierung des Erziehungswesens zur Folge haben, da es dessen Zielsetzung sei, den Heranwachsenden dauerhafte Werte zu vermitteln, ihren Sinn für die menschliche Persönlichkeit zu entwickeln, individuelles Urteilsvermögen, Toleranz und Objektivität auszubilden und die Liebe zum Guten und Schönen zu wecken. Die Reichskulturkammer unseligen Angedenkens sollte man mitsamt ihrem Erfinder lieber ruhen lassen, als sie unter französischer Ägide zu neuem Leben zu erwecken. Zu Martins inhaltlicher Kritik äußerte Schmittlein, daß die Politik seiner Equipe keineswegs eine rein französische Ausrichtung aufweise, sondern, wo immer möglich, eine demokratische und freiheitliche Gesinnung, gesundes Rechtsempfinden und den Primat des Geistigen wiederherzustellen suche[65]. Genauer betrachtet, trennte die Kontrahenten hinsichtlich der verfolgten Ziele und gehegten Erwartungen kein tiefer Graben. Vielmehr drängt sich der Eindruck auf, daß der scheinbare Grundsatzstreit vornehmlich bürokratische Kompetenz- und Zuständigkeitsrangeleien verdeckte.

Als diese Fehde zwischen den rivalisierenden Behördenchefs in weiteren Denkschriften den gemeinsamen Vorgesetzten Laffon einbezog und sich schließlich auch das Pariser Staatssekretariat für Information einschaltete[66], sah sich der *Administrateur Général* zu einer Entscheidung gedrängt, die so diplomatisch wie möglich ausfiel. Er befürwortete einerseits, wie Schmittlein, eine deutliche Unterscheidung zwischen Propaganda und Erziehung, andererseits, im Sinne Arnauds, Bemühungen um propagandistische Initiativen. Die von der DI geplanten *Centres culturels* oder *Centres permanents de propagande* dürften sich indessen nicht mit Erziehungsfragen befassen, die allein in die Zuständigkeit der DEP fielen[67]. Schien damit Schmittlein einem Sieg nach Punkten nahe, so gelang Arnaud wenig später ein beachtlicher Treffer, als er eine Ausstellung der Militärregierung unter dem Titel „Ein Jahr der Besatzung in Deutschland" mit einer Ansprache vor geladenen Pariser Journalisten eröffnen und seine Sicht der Dinge darlegen konnte[68]. Schließlich sah sich der Oberkommandierende selbst zu

[65] Ebenda, Schmittleins Vermerk für Laffon vom 12.4.1946, No. 2172/DGAA/EDU.

[66] Ebenda, Arnauds „Note sur les attributions respectives de la DI et de la DEP en Allemagne et sur les difficultés qui peuvent résulter du chevauchement de certaines activités" für Laffon vom 15.4.1946, No. 2649/DGAA/INF; Schmittleins Aufzeichnung für Laffon vom 19.4.1946, No. 2230/DGAA/EDU; Arnaud an Laffon am 30.4.1946, No. 2909/DGAA/INF; Schmittlein an Laffon am 2.5.1946, No. 2335/DGAA/EDU; AN, Sect. Contemp., INF 718, Kabinettsdirektor im Pariser Staatssekretariat für Information an Laffon am 10.5.1946.

[67] AN, Sect. Contemp., INF 718, Laffon an Arnaud am 20.5.1946. Status und Tätigkeitsbereich der von der DI in zahlreichen Landkreisen und Städten betriebenen Propagandazentralen regelten Laffons „Instructions relatives aux Centres d'Information" vom 6.12.1946; in: AOFA, AC P. 6, 7/A 10.1, No. 4309/DGAA/INF/PRO.

[68] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 67, C/3/4–2d, Manuskript der Eröffnungsansprache Arnauds am 15.6.1946.

einer Entscheidung veranlaßt, indem er Ende Juli 1946 seinen engsten Beraterkreis konsultierte, um die Kompetenzabgrenzung zwischen Erziehungs- und Informationsdirektion definitiv zu klären[69]. Vorher erhielten die Kontrahenten noch einmal Gelegenheit, in Memoranden ihre Auffassung deutlich zu machen[70].

Obwohl Koenig sich 1946 zeitweilig mit dem Gedanken trug, die Rivalitäten durch eine Fusion beider Behörden zu beenden[71], ließ er vorläufig alles beim alten. Erst im Sommer 1947 wurden sowohl für das Buch- und Verlagswesen als auch für den Theater- und Konzertbereich Koordinierungsgremien in Baden-Baden eingerichtet. Schließlich neigte sich mit der Reorganisation von Oberkommando und Militärregierung im Frühjahr 1948 die Waagschale zugunsten der DEP und ihrer politischen Linie. Als mit Eugène Hepp Schmittleins Stellvertreter im Berliner Kontrollrat die Nachfolge des zum Jahresende 1947 ausgeschiedenen Arnaud an der Spitze der *Division de l'Information* in Baden-Baden antrat, wich die konfliktreiche Bipolarität der französischen Kulturpolitik im deutschen Südwesten einem harmonischeren Nebeneinander[72]. Mit Wirkung vom 1. August 1948 kam es zu einem begrenzten Austausch an Kompetenzen. Während mit dem *Service des Spectacles et de la Musique* die Aufsicht über das Theater- und Konzertwesen aus der Hierarchie der DEP herausgelöst und der DI zugeordnet wurde, um den Schauspiel-Bereich mit den Rundfunk- und Kinosektoren zu vereinigen, trat Informationsdirektor Hepp die Organisation sämtlicher Ausstellungen sowie die Überwachung der deutschen Verlage an Schmittleins Dienststelle ab[73]. Gerade in diesen Bereichen hatte es ständige Kontroversen gegeben.

Kompetenzstreitigkeiten bei der Genehmigung deutscher Buchpublikationen

Für den Bereich *Edition* wurde anfänglich eine – im Prinzip bis Mitte 1948 – gültige Aufgabenteilung zwischen Erziehungs- und Informationsdirektion festgelegt, die Reibungsverluste programmierte und Klagen einheimischer Verleger und Buchhändler über die Langsamkeit des Bewilligungsverfahrens provozierte[74]. Während die Vorzensur aller Buchmanuskripte und die Zulassung nicht periodisch erscheinender, nicht politisch-propagandistischer Druckerzeugnisse in der Zone bei der DEP lag, war Arnauds Dienststelle für die Lizenzvergabe bei der Verlagsgründung oder -wiederzulassung, für Zensur und Genehmigung von Periodika und politischen Broschüren, für die Druckerlaubnis der meisten Veröffentlichungen, für das Gros der Papierzuteilung

[69] AOFA, AC 68, Kultur- und Informationsabteilung im Generalsekretariat des Oberkommandos an Schmittlein am 19.7.1946, No. 130/CC/DAC/C.IN. Die Sitzung des Conseil restreint sollte am 23.7. stattfinden.

[70] Ebenda, Arnauds „Note au sujet des attributions de la D.I. en ce qui concerne la Propagande" vom 17.7.1946; Schmittleins gleichlautende Aufzeichnung vom 18.7.1946.

[71] Ebenda, Schmittleins „Note sur l'Information" vom 30.1.1948, No 799/DGAA/EDU, die allerdings keine Motive für Koenigs angebliche Erwägungen nennt.

[72] AOFA, CGAAA, Carton 59, C. I i, Hepps Abschlußbericht über die Tätigkeit der Informationsdirektion seit 1945 vom 15.6.1949, No. 1784/CC/INF.

[73] Ebenda.

[74] AOFA, AC 71,2, Laffons Instruktionen für die Délégués Supérieurs vom 27.10.1945, No. 580/DGAA/INF; weitere Dokumente im Vorfeld dieser Anweisungen, in denen die unterschiedlichen Auffassungen Schmittleins und Arnauds zum Ausdruck kommen; hierzu auch Birkert, Goldene Tor, S. 220ff.; Mombert, Jeunesse allemande; dies., Buch- und Verlagspolitik; Schölzel, Pressepolitik, S. 78ff. und 105ff.

und andere technische Fragen sowie für den gesamten Dienstverkehr mit deutschen Verlegern zuständig. Zunächst benötigte jedes zur Publikation vorgesehene Werk eine Genehmigung, die über die regionale Militärregierung bei der Informationsdirektion in Baden-Baden beantragt werden mußte. Buchmanuskripte leitete die DI zur Vorzensur an die DEP weiter, wo sie je nach literarischer Gattung vom *Bureau des Lettres* unter Alfred Döblin oder – zum Teil zusätzlich – von der Abteilung *Etudes et Documentation/Censure* unter Louis Maréschal geprüft wurden. Für den Schriftsteller Döblin bedeutete dies, etwa 50 bis 60 Manuskripte monatlich zu lesen und zu beurteilen[75]. Ab Dezember 1946 entfiel die Textzensur von Klassiker-Ausgaben und Editionen solcher Autoren, deren Bücher in Deutschland vor 1933 oder im Ausland veröffentlicht worden waren. Für Fach-, Kinder- und Wörterbücher, Kunstbände sowie Übersetzungen aus dem Französischen wurde immerhin das Zensurverfahren beschleunigt[76]. Im Frühjahr 1947 erfolgte im Zuge der halbherzig betriebenen „Anpassung der Besatzungsverwaltung an den künftigen Aufbau Deutschlands"[77] eine Dezentralisierung, indem nunmehr Manuskripte lokalen Zuschnitts von den Erziehungskontrolleuren in den Landesdelegationen begutachtet wurden, während der Oberbehörde in Baden-Baden nur noch Texte politischen Charakters oder zonenweiten Interesses zu unterbreiten waren[78]. Insgesamt lagen der DEP 1946 bis 1948 monatlich 150 bis 250 Texte zur Prüfung vor, bis 1. Juli 1948 insgesamt 6440[79]. Nach dem ersten, gegebenenfalls einem zweiten Lektüredurchgang entschied Schmittlein, der sich oder weitere Mitarbeiter nur bei Ablehnungsvorschlägen und in Zweifelsfällen einschaltete[80], über Veröffentlichungsgenehmigung oder -verweigerung, Streichungen oder Änderungen sowie Auflagenhöhe und Dringlichkeit der Drucklegung; schließlich übermittelte er sein *visa de censure* dem *Bureau Edition* in der Informationsdirektion. Diese teilte daraufhin über ihre regionalen Vertreter dem betreffenden Verleger die Druckerlaubnis oder -absage mit, wobei sie im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden, stets knappen Menge Papier[81] nach eigenem Ermessen Prioritäten setzen und damit die „Buchpolitik" der Militärregierung entscheidend beeinflussen konnte.

Konflikte zwischen Erziehungs- und Informationsdirektion blieben angesichts dieser unbefriedigenden Kompetenzverteilung nicht aus. Obwohl Schmittlein mehrfach

---

[75] AOFA, AC 67,1, „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 [...] à juin 1947". Bis zu diesem Zeitpunkt waren etwa 1000 Manuskripte gründlich überprüft worden.

[76] Vgl. Birkert, ebenda, S. 221.

[77] AOFA, AC 65,2, Sitzungsprotokolle der „Commission relative à l'adaptation de l'administration française de contrôle à l'organisation provisoire de l'Allemagne" vom 1.-21.2.1947; AOFA, CCFA, CAC, P. 40, POL III G 10, Koenig (Schmittlein) an das Generalkommissariat am 14.3.1947, No. 1312/CC/CAC/POL; AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, Laffons Instruktionen für die Délégués Supérieurs vom 26.3.1947.

[78] AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, Laffons Vermerk für Sabatier vom 3.3.1947, No. 2166/CAB/C.

[79] AOFA, AC 109,8, Tätigkeitsbilanzen der DEP, April 1946 bis Juni 1948.

[80] AOFA, AC 71,2, Schmittleins Vermerk für Holveck vom 5.10.1946, No. 4185/DGAA/EDU: Eine geplante Dokumentation der Korrespondenz zwischen Bekennender Kirche und NS-Staat zum Thema „Jugend" hatte die DEP mit dem Argument untersagt, das Vorhaben sei „gegenwärtig nicht von Interesse" und widerspreche der französischen Schulpolitik. Dagegen hatte der protestantische Militärgeistliche Sturm vehement Einspruch erhoben, woraufhin Schmittlein vier weiteren Mitarbeitern der DEP den beanstandeten Text zur Prüfung vorlegte.

[81] Vgl. Umlauff, Wiederaufbau, Sp. 469ff.

Eigenmächtigkeiten regionaler und lokaler Informationsoffiziere beanstandete, die unter Umgehung seiner Behörde unqualifizierte Veröffentlichungen genehmigt hätten[82], konnte er sich keine Genugtuung verschaffen. Seit September 1947 durfte Arnauds Personal ohne Sichtvermerk der DEP die Druckerlaubnis für solche Werke erteilen, die wegen ihrer vermuteten „Auswirkungen auf die öffentliche Meinung" von der DI selbst zensiert wurden[83]. Die DEP ihrerseits verfügte über ein eigenes Papierkontingent, mit dessen Hilfe sie ohne Rücksprache Schulbücher drucken ließ, Periodika zum Unterrichtswesen („Schola"), für den Jugendsektor („Teinach") sowie im Kunst-, Literatur- und Wissenschaftsbereich („Das Kunstwerk", „Das Goldene Tor", „Universitas") unterhielt oder föderte, schließlich auch musikalische Verlegertätigkeiten ermöglichte[84]. Diese Teilautonomie seines Rivalen war Arnaud von Anbeginn ein Dorn im Auge, da er argwöhnte, die DEP werde unter dem Deckmantel extensiv ausgelegter Spezialkompetenzen bald das Gros der einflußreichen Publikationen ihrer Kontrolle unterstellen, während der Informationsdirektion nur noch die Aufsicht über unbedeutende politische Propagandablätter und Agitationsbroschüren verbleibe[85]. Schmittlein seinerseits betrachtete die weitreichenden Entscheidungsbefugnisse der DI im Verlagssektor als „schweren prinzipiellen Fehler", zumal in Paris für dieses Ressort nicht das Informationsministerium zuständig war[86]. Er plädierte dafür, Arnauds Mannschaft jede – „zu Unrecht angemaßte" – Zuständigkeit für den Bereich *Edition* zu entziehen und statt dessen die Wirtschaftsdirektion der Militärregierung mit den kommerziellen, sein *Bureau des Lettres* mit den kulturellen Aspekten verlegerischer Tätigkeit zu befassen. Eine weitere Zusammenarbeit mit den Bediensteten der DI erklärte er angesichts ihres Verhaltens für schlechterdings unmöglich[87]. Daraufhin rief Laffon Ende Juli 1947 ein Koordinierungsgremium ins Leben, in dem die Publikationskontrolleure aus Erziehungs- und Informationsdirektion gemeinsam eine einheitliche Linie im Buch- und Verlagswesen entwerfen sollten. Neben der Erarbeitung eines Übersetzungsprogramms, Fragen der Papierzuteilung sowie des Bücherimports und -exports lautete der grundsätzliche Auftrag, „dem deutschen Verlagswesen eine ideologische und kulturelle Ausrichtung zu geben"[88]. In Schmittleins Interpretation einer solchen „Orientierungshilfe" galt es, den deutschen Verlegern „den einzig fruchtbaren Weg" zu weisen, der sich angesichts der knappen Papiervorräte auftue: „nämlich bei Neu- wie bei Erstauflagen alles zu meiden, was Jugendliche und Erwachsene an den Zerrspiegel erinnern kann, den ihnen verflossene Regime vorgehalten haben, zugunsten eines auf-

[82] AOFA, AC 71,2, Laffon (Schmittlein) an die Tübinger Section de l'Education Publique am 15.11.1946, No. 4743/DGAA/EDU; Schmittlein an Arnaud am selben Tag, No. 4741/DGAA/EDU.

[83] Ebenda, Schmittleins „Note succincte sur l'édition en ZFO" vom 29.5.1948.

[84] Ebenda; vgl. auch Birkert, Goldene Tor, S. 230.

[85] AOFA, AC 68, Arnauds „Note sur les attributions respectives de la DI et de la DEP [...]" vom 15.4.1946, No. 2649/DGAA/INF.

[86] Ebenda, Schmittlein an Laffon am 19.4.1946, No. 2230/DGAA/EDU.

[87] Ebenda, Schmittlein an Laffon am 2.5.1946, No. 2335/DGAA/EDU. Schmittleins feindseliger Haltung lag nicht zuletzt ein Konflikt um den Offenburger Verleger Burda zugrunde, der vom DEP-Chef im Hinblick auf eine loyale Zusammenarbeit bei der Herstellung von Schulbüchern und ungeachtet möglicher Verstrickungen im Dritten Reich protegiert, von anderen Militärregierungsstellen, u. a. von der DI-Abteilung Presse, Edition, mitsamt seinem Schutzherrn Schmittlein hingegen scharf attackiert wurde; vgl. Vaillant, Bildungspolitik, S. 150f.

[88] Zitiert nach Mombert, Buch- und Verlagspolitik, S. 232.

geklärten Humanismus mit seinen berühmten Zeugnissen und Beispielen, die die Vergangenheit, gleich welchen literarischen Erbes, im Überfluß bietet"[89]. An der Jahreswende 1948/49 konnte er befriedigt feststellen, daß Übersetzungen von annähernd 200 französischen Titeln auf den südwestdeutschen Verlagsprogrammen standen und damit den einheimischen Lesern künftig ein „belebender Windhauch von außen" sicher sei[90].

Nach Arnauds Ausscheiden an der Jahreswende 1947/48 kam Schmittleins Stunde der Abrechnung mit den Kontrahenten der Informationsdirektion, jenen „zweifelhafte[n] Gestalten", „reine[n] Parteivertreter[n]" und „Agenten der extremen Linken", denen jegliches fachliche Format fehle[91]. Bevor die Zuständigkeit für das Buch- und Verlagswesen zum 1. August 1948 nahezu ausschließlich der DEP übertragen wurde[92], erfuhr im Zuge der Kursänderung in der französischen Besatzungspolitik, gemäß interalliierter Absprachen und zu Schmittleins Leidwesen[93] das Zensurverfahren grundlegende Einschränkungen. Von nun an waren der Vorzensur und damit der prinzipiellen Genehmigung durch die DEP nur noch Schulbücher sowie historische und politische Schriften unterworfen. Bei Werken aus einigen weiteren Sparten[94] mußte für den Drucksatz keine Autorisierung mehr beantragt, jedoch der Fahnenumbruch der DEP vorgelegt und eine Hinterlegungsnummer eingeholt werden. Ein von Schmittleins Behörde auf sechs Monate im voraus gebilligtes Verlagsprogramm benötigte keine weitere Genehmigung mehr; statt dessen wurde die Anmeldung der Einzelveröffentlichungen verlangt. Die so wichtige Papierzuteilung an die Verleger erfolgte nun nicht mehr für jedes einzelne Druckerzeugnis, sondern pauschal, wenngleich in begrenztem Umfang[95]. In den Monaten Juli bis September 1948 bewilligte die DEP unter Berufung auf den Materialmangel nur 35 Prozent der gestellten Druckanträge[96].

Auch nach dem 1. August 1948 schöpfte die DEP, wo immer möglich, ihre verbliebenen Kontrollbefugnisse bis zur Neige aus. Das zeigte sich beispielsweise, als der Freiburger Herder-Verlag eine Neuauflage seiner Enzyklopädie – vermeintlich „im Stil des Larousse"[97]– vorbereitete und Stichwort um Stichwort die Fahnenkorrekturen

---

[89] Schmittleins „Note succincte sur l'édition en Z.F.O." vom 29.5.1948.

[90] AOFA, CCFA, Cons. Adm., C. 477, P. 7, E-8/2, Tätigkeitsbericht der DEP für Oktober-Dezember 1948.

[91] AOFA, AC 68, Schmittleins „Note sur l'Information" vom 30.1.1948, No. 799/DGAA/EDU.

[92] Die DEP-Unterabteilung Etudes et Documentation/Censure wurde bei dieser Gelegenheit in Bureau Edition & Livre umbenannt. Die DI behielt insofern ihre Mittlerrolle bei der Übersetzung französischer Werke ins Deutsche und deren Verbreitung in der Besatzungszone, als sie weiterhin über das in Francs konvertierbare DM-Budget verfügte, das notwendig war, um französische Autoren und Verleger auszubezahlen; AOFA, AC 67,1, (Santellis Bericht) „L'action culturelle française en Allemagne" vom 5.3.1949.

[93] AOFA, AC 67,1, Schmittleins Aufzeichnung für den Kabinettsdirektor im Oberkommando vom 7.6.1949, No. 10.130/CCSG/EDU.

[94] Dabei handelte es sich zum einen um Werke, die vor 1933 erschienen waren, zum anderen um deutsche oder ins Deutsche übersetzte Bücher aus den Bereichen Literatur, Philosophie, Kunst, Wissenschaft und Technik, die bislang unveröffentlicht oder nach 1933 publiziert worden waren, sowie schließlich um religiöse Schriften; ebenda, Schmittleins Rundschreiben an die Verleger in der französischen Zone vom 4.8.1948, No. 3929/CCSG/EDU.

[95] Ebenda.

[96] AOFA, AC P. 6, 7/A 10.1, Quartalsbericht der DEP „Situation au 1er octobre 1948".

[97] AOFA, AC 109,8, Quartalsbericht der DEP „Situation au 1er mai 1947".

der DEP zur Begutachtung vorlegen mußte. Bis zur Ablösung General Koenigs durch Hochkommissar François-Poncet griff in diesem Fall nicht nur Zensurchef Maréschal, sondern auch Schmittlein selbst immer wieder zum Rotstift. Seine zahlreich überlieferten Stellungnahmen bezeugen ein hohes Maß an sprachwissenschaftlicher Kompetenz und historischer Bildung; sie lassen ihren Verfasser als patriotischen Franzosen, der auf den leisesten Verdacht deutschnationaler Färbung allergisch reagierte, und als entschiedenen Verfechter des Laizismus französischer Prägung hervortreten[98]. Schmittleins Ablehnung des als tendenziös empfundenen Lexikon-Artikels zum Stichwort „Reparationen" wurde noch am Tag der Verkündung des bundesrepublikanischen Grundgesetzes vom Verlag beflissen respektiert[99]. Doch in den meisten Fällen war die DEP nun darauf angewiesen, ihre Beanstandungen auf dem Wege gütlicher Überzeugungsarbeit, kraft ihrer „moralischen Autorität" durchzusetzen[100]. Allerdings zeigen einige Ausnahmen, daß Schmittlein nicht gewillt war, sich in bestimmten Bereichen das Heft völlig aus der Hand nehmen zu lassen. So teilte er im April 1949 einem badischen Verlagshaus mit, er halte einen zur Veröffentlichung vorgesehenen „Grundriß der Weltliteratur" für ein äußerst fehlerhaftes, unzulängliches, geradezu „lächerliches Machwerk", das eingestampft gehöre[101]. Noch im August desselben Jahres verweigerte er einem Roman seine Zustimmung, weil dieser angeblich die demokratische Gesinnung der Bevölkerung und die nationalen Gefühle eines Nachbarvolkes verletzte[102]. Angesichts dieses hartnäckigen Willens zur Kontrolle der *lecture publique* können frühere Veröffentlichungsverbote, die in Zeiten ungeschmälerten Besatzungsrechts erfolgten und offensichtlich historisch-politisch motiviert waren[103], ebensowenig überraschen wie Schmittleins Entschlossenheit, insbesondere die politische Opportunität der begutachteten Texte zu prüfen[104] und sich keinesfalls in Diskussionen mit den deutschen Autoren oder ihren französischen Fürsprechern verwickeln zu lassen[105].

---

[98] AOFA, AC 71,2, Schmittleins Stellungnahmen zum „Neuen Herder", verfaßt zwischen Frühjahr 1948 und August 1949; Vermerke für Maréschal, in denen Schmittlein über strittige Fälle entschied, z. B. vom 31.1.1949, Nos. 7120 und 7124/CCSG/EDU; schließlich eine Reihe weiterer Zensur-Gutachten.

[99] Ebenda, Schmittleins Aufzeichnung vom 13.5.1949, No. 9570/CCSG/EDU; Herder-Verlag an Schmittlein am 23.5.1949.

[100] Beispiele hierfür ebenda.

[101] Ebenda, Schmittlein an den Schauenburg-Verlag (Lahr) am 13.4.1949, No. 8753/CCSG/EDU.

[102] Ebenda, Schmittleins Vermerk für Maréschal vom 18.8.1949.

[103] Ebenda, Schmittlein an die Tübinger Section de l'Education Publique am 14.2.1947, No. 5869/DGAA/EDU: Er wies den Antrag des Tübinger Staatssekretariats zurück, eine Schulbroschüre über Friedrich List in Umlauf bringen zu lassen, da hierin „offene Propaganda für die Einheit des Deutschen Reiches" betrieben werde.

[104] Schmittleins Kritik bezog auch Autoren ein, die frankophile Texte zur Genehmigung vorlegten, jedoch nicht seriös genug erschienen oder wissenschaftliche Standards verfehlten und daher von deutschen Kritikern leicht widerlegt werden konnten; ebenda, Schmittlein an den Chef der Informationsabteilung im Kabinett Koenigs am 11.4.1946, No. 2156/DGAA/EDU.

[105] Ebenda, Schmittleins Randglosse auf einem undatierten Vermerk Maréschals, mit dem dieser zu Einwänden des von Zensurmaßnahmen betroffenen Constantin von Dietze und seines französischen Fürsprechers, des geistlichen Beraters der Militärregierung Casalis, vom 12.2.1946 Stellung bezog.

In deutlicher Analogie zum Universitäts- und Schulbereich geriet Schmittlein auf dem Felde der *Edition* in die Zwickmühle zwischen Anfeindungen solcher Kräfte, die kritisch auf angebliche Defizite und Schlupflöcher im Zensurverfahren hinwiesen, und der unaufhaltsamen Erosion französischer Kontrollbefugnisse, die ihn, der ständig alldeutsch-nationalistische Tendenzen witterte, für Europas Zukunft das Schlimmste fürchten ließ. Aufschlußreich für dieses Dilemma ist eine Stellungnahme vom Juni 1949, mit der Schmittlein auf den anonymen Vorwurf reagierte, die französische Militärregierung lasse zur Empörung „demokratischer und antinazistischer deutscher Kreise" Schriftsteller publizieren, deren NS-freundliche, zum Teil antisemitische Einstellung hinlänglich bekannt sei[106]. In den vier angesprochenen Fällen kam der Erziehungsdirektor zu dem Ergebnis, daß die vorgetragenen Anklagepunkte gegenstandslos seien. Das inkriminierte Buch des ersten Autors hatte Alfred Döblin, dessen Objektivität nach seiner Auffassung außer Zweifel stand, für gut befunden; auch von der Literaturkritik war es positiv aufgenommen worden. Der zweite, ein ehemaliger „Parteigenosse" aus Köln, hatte in der britischen Zone das Entnazifizierungsverfahren ohne berufliche Sanktionen überstanden; gegen sein Buch selbst brachten die anonymen Ankläger keine Gravamina vor. Auch sein Verleger war über jeden Verdacht erhaben. Der dritte konnte sich in der britischen und amerikanischen Zone ohne Einschränkungen betätigen; die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen erschienen Schmittlein überzogen. Seine neuesten Veröffentlichungen, Textausgaben von Johann Peter Hebel und Matthias Claudius, waren völlig unangreifbar. Der letzte der inkriminierten Autoren war der prominente NS-Dissident Otto Strasser. Er lebte unbehelligt im kanadischen Exil, und Schmittlein sah nicht, „auf welcher Rechtsgrundlage und vor allem wie man ihn am Schreiben hindern könnte". Seine im Dritten Reich verbotene Streitschrift „Hitler und ich" war bereits 1940 in Frankreich erschienen und von den Alliierten während des Krieges für die antinazistische Propaganda genutzt worden. Erst später setzten Briten und Amerikaner Strassers Werke wegen seiner politischen Betätigung auf den Index. Obwohl diese Maßnahme völlig willkürlich erfolgt und nur allzu charakteristisch für die widersprüchliche Haltung der Angelsachsen sei – „die nichts kontrollieren, sondern alles geschehen lassen, um dann aus irgendeinem Grund Entscheidungen ohne taugliche Rechtsgrundlage zu treffen" –, und obgleich die Veröffentlichung in der französischen Zone im Auftrag eines untadeligen Schweizer Verlagshauses erfolgte, habe er (Schmittlein) dem Konstanzer Verleger geraten, Strassers Werke vorläufig nicht zu publizieren. Nachdem er die Anklageschrift in allen Punkten widerlegt zu haben glaubte, attackierte Schmittlein seine anonymen Kritiker – „un petit cercle bien connu" –, deren eigensüchtige Motive und Intrigen er genau zu durchschauen meinte. Die noch immer vorhandene „psychose d'épuration" sei der Hauptgrund für die Sterilität solcher Art von „Propaganda". Allerdings verberge sich hinter diesen Umtrieben ein „machiavellistisches Manöver", mit dem unter dem Vorwand, Nazis zu jagen, in Wahrheit die Militärregierung, insbesondere die DEP, bloßgestellt werden sollte. Dieses Argument hatte offensichtlich den Ausschlag für Schmittleins

[106] Ebenda, eine anonyme „Note d'information", die am 4.5.1949 von der Sûreté Koenigs Kabinett und von dort am 16.5. Schmittlein zugeleitet wurde, No. 62452. Als Beispiele für das „Wiederauftauchen nazistischer und antisemitischer Autoren" wurden Waldemar Bonsels („Dositos"), Heinz Steguweit („Die Lawinenbrüder"), Wilmont Haacke und Otto Strasser („Hitler und ich") genannt.

kategorische, wenngleich wenig überzeugende Abwehrhaltung gegeben. Gleichzeitig nutzte er die Gelegenheit, um die kümmerlichen Zensurbefugnisse, die ihm noch verblieben waren, bitter zu beklagen: Seit einem Jahr könne die Militärregierung nur noch intervenieren, indem sie zum drastischsten, doch allenfalls in äußerster Not anwendbaren Mittel greife und ein bereits gedrucktes Buch einstampfen lasse. Es stehe zu befürchten, daß binnen Jahresfrist, wenn die Schleusen vollends geöffnet würden, militaristische und nationalistische Literatur sich über das Land ergießen werde[107].

Theater und Musik in Südwestdeutschland

Mit dem Einzug der Militärregierung in Baden-Baden Anfang August 1945 wurde die ursprünglich für die Informationsdirektion vorgesehene Aufsicht über das südwestdeutsche Theater- und Konzertwesen Schmittleins DEP übertragen, das zuständige Personal jedoch, wie geplant, von der *Direction Propagande–Information* in der Pariser Organisationszentrale (COGMA) entsandt[108]. Dieser Tatbestand blieb nicht ohne Auswirkung auf das Verhältnis zwischen dem *Bureau des Spectacles et de la Musique* (BSM) und der DEP, deren kulturpolitisches Wirken durch die im Baden-Badener Kurhaus untergebrachte, stets nur locker integrierte Abteilung um eine bemerkenswerte Nuance bereichert wurde. Anfang Dezember 1945 entwarf der Leiter des BSM und Initiator der Ausstellung „Frankreich – Baden", René Thimonnier, Anweisungen zur Wiederaufnahme künstlerischer Veranstaltungen für die Landesgouverneure[109]. Sie unterschieden sich von den eher nüchtern und behutsam formulierten, substantiell gemäßigt liberalen Instruktionen zur Schul- und Universitätspolitik durch ihren emphatischen Ton, einen unverhüllt zum Ausdruck gebrachten Nationalstolz und missionarisch-propagandistische Verve. Dennoch dürften sie den von Schmittlein vorgelegten Arbeitsplan für das Jahr 1946 in diesem Bereich entscheidend geprägt haben. Deutschen Künstlern, so Thimonnier, sollten Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten geschaffen, der einheimischen Bevölkerung Zerstreuung geboten werden, damit sie die materielle Not besser ertrage. Vorrang gebühre jedoch der Absicht, die eine Kontrolle und Lenkung unerläßlich mache: „rééduquer l'opinion". Inhaltlich gelte es, der deutschen Öffentlichkeit ein wahrheitsgetreues Abbild Frankreichs zu vermitteln, die eigene Nation weder übermäßig zu idealisieren noch ihre Fehler und Schwächen überzubetonen. Die sicherste Methode bestehe darin, die Qualitäten Frankreichs ins rechte Licht zu rücken, die es in den Augen des Auslands einzigartig erscheinen ließen und noch immer zu seinem unbestrittenen Prestige in der Welt beitrügen. Wenn auch militärisch und ökonomisch nicht mehr erstrangig, sei es doch das Land, in dem man am freiesten denken und handeln könne, wo das Leben „am süßesten" sei, Ele-

[107] Ebenda, Schmittleins Aufzeichnung für den Kabinettsdirektor im Oberkommando vom 7.6.1949, No. 10.130/CCSG/EDU.

[108] AOFA, CGAAA, C. 2669, 5/3, COGMA/Direction Propagande–Information, „Etat nominatif du personnel à la date du 13 juillet 1945" vom 12.7.1945, No. 517/DA/PRO. Die Aufstellung nennt u. a. eine achtköpfige Unterabteilung Théâtre, der der nachmalige Leiter des Bureau des Spectacles et de la Musique Thimonnier angehörte; die späteren BSM-Mitarbeiter Hombourger, Bonnefoy und Crochot waren ursprünglich für die Unterabteilung Radio eingeteilt.

[109] AN, F^{21} 5130, 3A, Thimonniers „Instructions provisoires concernant la reprise des activités artistiques dans la Z.F.O." vom 2.12.1945.

ganz, Finesse und Geschmack ein hohes Niveau gehalten hätten. Zwar leide seine naturwissenschaftliche Forschung unter einem Mangel an Ressourcen; für seine Kunst und Literatur treffe dies jedoch nicht zu. Kurzum: Frankreich sei noch immer ein „pays de qualité" und ein „pays de haute culture". Diese vornehmen Charakterzüge gelte es hervorzuheben, wenn man ein zutreffendes Bild zeichnen wolle.

Der Veranstaltung von Konzerten französischer Komponisten und Virtuosen maß das BSM zunächst größte Bedeutung bei, da die Musik nicht nur *das* internationale Ausdrucksmittel sei, sondern auch am ehesten dem „tiefsten Sehnen der germanischen Seele" entspreche. Wenn man den Deutschen demonstriere, daß sie kein Monopol auf die Tonkunst besäßen, werde ein Pfeiler ihrer rassistischen und chauvinistischen Ideologie zusammenbrechen[110]. Diese Einschätzung entsprach der antiwagnerianischen Tendenz, die unter Frankreichs führenden Musikern der Zwischenkriegszeit verbreitet gewesen war[111]; sie wurde im übrigen auch von den Mitarbeitern der Informationsdirektion geteilt, die bei der Kontrolle des Südwestfunks die Ausrichtung des Musikprogramms im Radio vornahmen. Deren Urteil war nicht minder lapidar: „Man kennt ja den beträchtlichen Einfluß der Musik auf den deutschen Charakter. [...] Es mußte daher in diesem Bereich eine wahre Revolution unternommen werden."[112]

Der Aufführung französischer Theaterstücke schrieben die verantwortlichen Organisatoren anfänglich nicht dieselben Umerziehungseffekte zu wie musikalischen Darbietungen, da die Sprachbarriere einem größeren Publikum den Zugang zur Bühnendichtung des Nachbarlandes verwehrte, zumindest erschwerte. Um nicht nur eine frankophone Elite zu erreichen, bemühte sich das BSM um die Darbietung klassischer Werke, von denen leicht erhältliche Übersetzungen existierten oder die bereits früher in deutschen Fassungen inszeniert worden waren, so daß ihr Inhalt in breiteren Bevölkerungskreisen als bekannt vorausgesetzt werden konnte[113]. Thimonnier und seine Mitstreiter waren skeptischer und dabei möglicherweise realistischer als Frankreichs Konsul in Stuttgart und Tübingen, der die Auffassung vertrat, daß gute Konzerte zwar der eigenen Kulturpropaganda dienten, Theaterstücke aber den französischen Interes-

[110] Ebenda, 3D, François' Bericht für Jaujard, „Le service des Beaux-arts en ZFO en Allemagne" vom 3.11.1947, No. DGAA/EDU/BA/1052.

[111] Paradebeispiel hierfür ist die Komponistengruppe „Les Six", bestehend aus Milhaud, Honegger, Poulenc, Tailleferre, Auric und Durey, die 1918 in Paris zusammenfanden und denen sich Satie und Cocteau als Wortführer anschlossen. Gegen die deutsche Spät- und Nachromantik, insbesondere Wagner, aber auch Debussy, Strauss, Strawinski und Schönberg gerichtet, forderten sie für die französische Musik Einfachheit und Klarheit des Ausdrucks.

[112] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 67, C/3/4, „Rapport sur l'œuvre de démilitarisation, dénazification et de démocratisation entreprise par la Direction de l'Information" vom 8.1.1947, No. 4593/DGAA/INF. Hierin wurde aufgezählt, welche deutschen Komponisten nicht mehr gespielt werden sollten: Wagner und die übrigen „Nachromantiker", aber auch Bruckner. Dagegen habe man der „wirklich großen deutschen Musik" vom 17. Jahrhundert bis Schubert und Zeitgenossen viel Platz eingeräumt. Im Bereich der leichten Musik seien alle Melodien verboten, die an Militärmärsche gemahnten, außerdem Volkslieder, die im Dritten Reich populär gewesen waren, sowie Stücke, die von „falscher Sentimentalität" und „schlechtem Geschmack" zeugten. Jazz habe man trotz zahlreicher Proteste in die Sendungen aufgenommen. Von der Einführung französischer Musik in den deutschen Rundfunk war in diesem Zusammenhang nicht die Rede.

[113] François' Bericht für Jaujard, „Le service des Beaux-arts en ZFO en Allemagne" vom 3.11.1947.

sen nützlicher seien[114]. Immerhin bezogen die *Beaux-arts*-Funktionäre in ihr Urteil ein, daß kein anderes Massenmedium so effektiv sei, so viele Menschen anzuziehen und gegen ihren Willen zu beeinflussen vermöge wie das *spectacle*; es sei „zugleich Unterhaltung von Qualität und besonders raffinierter Ausdruck höchster Kultur"[115]. Genaugenommen traf dies sogar in erster Linie auf das Theater zu, solange das Fernsehen noch keine Rolle spielte und die Tonfilmproduktion sich vorwiegend der leichteren Unterhaltung widmete, also eher in Konkurrenz zum Varieté als zum ernsten Bühnenspiel trat. Der Rundfunk hatte durch den gezielten Einsatz als Propagandainstrument im Dritten Reich zwar einen gewaltigen Aufschwung genommen und war zum wichtigsten Medium geworden; unter französischer Ägide strahlte er jedoch vor allem Musikprogramme aus[116].

Zwischen August 1945 und Dezember 1946 verpflichtete Thimonnier 21 Theatertruppen sowie 29 Musikensembles und -solisten aus Frankreich für Tourneen durch die französische Zone, die in mehr als 500 Vorstellungen vor über einer halben Million Menschen auftraten. Während die Auditorien der Konzerte zu etwa 80 Prozent aus Deutschen bestanden, beteiligten sich Einheimische an den Theatervorstellungen durchschnittlich nur zu 45 Prozent, was man in der DEP auch auf die Konkurrenz der ortsansässigen Schauspielhäuser zurückführte, die wieder ein „passables Niveau" erreicht hatten[117]. Schmittlein folgerte daraus, die Anzahl französischer Tourneen zu reduzieren und statt dessen die Aufführung französischer Stücke in deutscher Sprache durch einheimische Ensembles zu fördern[118]. 1948 fanden jedoch noch immer über 420 französische Aufführungen in der Besatzungszone statt[119]. Glaubte man sich im musikalischen Bereich bald dem Ideal nahe, nur die besten französischen Virtuosen für Auftritte in Südwestdeutschland zu verpflichten, so schienen sich im Theatersektor die Dinge ungünstiger zu gestalten, weil viele große Darsteller und Ensembles zunächst wenig Interesse an solchen Engagements zeigten und die in Paris gespielten Stücke nicht gleichzeitig in der Zone aufgeführt werden konnten[120]. Immerhin gelang es Thimonnier, einige Glanzlichter französischen Theaters in Südwestdeutschland aufscheinen zu lassen, indem er mit dem antiken „Perser"-Drama des Aischylos, den Komödien Molières („Le Misanthrope", „L'Avare", „L'Ecole des femmes") und Regnards („Le Légataire universel"), „Andrea del Sarto" von Alfred de Musset und mit Stücken der Zwischenkriegszeit, wie Alexandre Arnoux' Drama „Huon de Bordeaux", Cocteaus „Machine infernale" und Anouilhs „Voyageur sans bagages" große Werke ver-

[114] AOFA, AC P. 6, 7/A.10.1, d'Huart an Saint-Hardouin am 20.9.1948, No. 347/CC/POL.

[115] AOFA, AC 34,3, Thimonniers Aufzeichnung für das SEAAA „Les Attributions et l'activité du Services des Spectacles (S.S.M.)" vom 10.8.1949 (handschriftlich korrigiert aus „10 Octobre 1949), No. 2658/CC/INF/SPECT/TR/NG.

[116] AOFA, CGAAA, Carton 59, C. I i, Hepps Abschlußbericht über die Tätigkeit der Informationsdirektion seit 1945 vom 15.6.1949, No. 1784/CC/INF; hierzu auch Welzel, Rundfunkpolitik; Friedrich, Rundfunk.

[117] AOFA, AC 67,1, Tätigkeitsbericht des BSM für 1.8.1945–31.12.1946 vom 13.2.1947, No. 4617/DGAA/EDU/BA/BSM/NG; Schmittleins „Note sur l'action culturelle française en Z.F.O." vom 14.2.1947, No. 5872/DGAA/EDU.

[118] Schmittlein, ebenda.

[119] Thimonniers Aufzeichnung „Les Attributions et l'activité du Services des Spectacles (S.S.M.)" vom 10.8.1949.

[120] AOFA, AC 67,1, François' „Rapport sur les principes d'une action culturelle en Z.F.O." vom (?.)2.1947.

schiedener Epochen von renommierten Theaterdirektoren (Charles Dullin, Louis Jouvet) inszenieren und von populären Schauspielern (Jacques Dumesnil, Maurice Escande, Marie Déa, Jean Marchat, Fernand Ledoux) bzw. Ensembles (*Comédie-Française, Compagnie Noël Vincent, Groupe antique de la Sorbonne*) darstellen ließ[121]. Einige französische Stücke kamen bereits kurze Zeit nach ihrer Uraufführung in Paris auch auf deutsche Bühnen[122]. Der Austausch gestaltete sich also zunehmend enger.

Während man in der Kulturabteilung des Quai d'Orsay mit Neid auf die dem BSM zur Verfügung stehenden Finanzmittel blickte[123] und César Santelli, den Paris als Inspizienten nach Deutschland entsandte, im März 1949 feststellte, daß die Manager des *spectacle* in der französischen Zone von Anbeginn über genügend Ressourcen verfügten, um eine großangelegte „action culturelle" zu beginnen und die besten Künstler nach Deutschland zu holen[124], sah man dies im Baden-Badener Kurhaus anders[125]. Hier beklagte Thimonnier, von Schmittlein nachdrücklich unterstützt, die Personalnot seiner Abteilung, die bis Mitte 1947 60 Prozent der ursprünglichen Mitarbeiter verloren habe und nur noch drei Funktionäre im Offiziersrang umfasse[126], sowie finanzielle Probleme, die insbesondere auf Schwierigkeiten beim Währungstransfer zurückzuführen waren. Den enormen Kosten, die das Engagement hochqualifizierter Künstler verursachte, standen nicht nur mit Rücksicht auf das deutsche Publikum niedriggehaltene Eintrittspreise gegenüber[127], sondern vor allem die Tatsache, daß diese in nichtkonvertiblen Reichsmark bezahlt wurden. Immerhin gewährte das Pariser Finanzministerium dem BSM als „Transferplafond" einen jährlichen Maximalbe-

[121] MAE/CGAAA, La Documentation Française. Notes et études documentaires, No. 1163, „L'Education publique en Z.F.O.", 13.7.1949, S. 9; gefunden in: AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 24, XC 2–8.

[122] Z. B. Anouilhs Komödie „Einladung ins Schloß" und Salacrous „L'Archipel Lenoir", die 1947 uraufgeführt und 1948/49 bereits in Deutschland von französischen Ensembles gespielt wurden.

[123] Der Deutschlandbeauftragte der DGRC, Lalouette, stellte fest, daß dem BSM mit 60 Millionen Francs die dreifache Summe zur Verfügung stehe wie der DGRC für Aufführungen im gesamten übrigen Ausland; AOFA, AC P. 2, 3/A 10.0, Sitzungsprotokoll des Comité interministériel du Théâtre et de la Musique vom 31.7.1947. Wenig später sprach Lalouette davon, daß für die Kulturpolitik in der französischen Zone etwa der doppelte Betrag zur Verfügung stehe wie der DGRC für ihre globalen Aufgaben; ebenda, Lalouette an Koenig am 20.10.1947, No. 321/RC/AA.

[124] AOFA, AC 67,1, (Santellis Bericht) „L'action culturelle française en Allemagne" vom 5.3.1949.

[125] AOFA, CGAAA, Carton 59, C. I i, Hepps Abschlußbericht über die Tätigkeit der DI seit 1945 vom 15.6.1949, wo von der „Geringfügigkeit der Mittel" der Rede ist, trotz derer die Arbeit des BSM ein unbestreitbarer Erfolg gewesen sei.

[126] AOFA, AC 67,1, „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 [...] à juin 1947"; Schmittleins „Note sur l'action culturelle française en Z.F.O." vom 14.2.1947, No. 5872/DGAA/EDU. Allein zwischen Januar und Oktober 1947 reduzierte sich die Zahl der im BSM arbeitenden Attachés von elf auf zwei; AOFA, AC P. 2, 3/A 10.0, Sitzungsprotokoll der Commission des Spectacles et de la Musique vom 6.11.1947. Im August 1949 waren es noch ein Attaché und drei Hilfskräfte (von ursprünglich 15); AOFA, AC 34,3, Thimonniers Aufzeichnung „Les Attributions et l'activité du Services des Spectacles (S.S.M.)" vom 10.8.1949.

[127] Die durchschnittlichen Eintrittspreise für französische Theater- und Konzertabende bezifferte Thimonnier auf 2,50 RM (etwa 30 Francs), was ungefähr einem Viertel der in Frankreich üblichen Gebühren entsprochen habe; „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 [...] à juin 1947".

trag von etwa fünf Millionen Reichsmark (60 Millionen Francs), der in französische Währung „umgetauscht" werden durfte. Da eine solche Transaktion fiktiv blieb, handelte es sich letztlich um eine Subvention der Pariser Regierung für die französischen Theater- und Musikdarbietungen in Südwestdeutschland[128]. Darüber hinaus verfügte Thimonnier über Mittel in deutscher Währung, deren Höhe und Herkunft sich nicht mit Sicherheit ermitteln ließen[129]. Das seit Juli 1946 gültige System des sogenannten Transferplafonds endete am 31. Dezember 1947, wurde jedoch erst mit einiger Verzögerung durch ein ordentliches Budget in Francs ersetzt[130].

Seit November 1946, als das BSM die ersten Theater- und Konzerttourneen außerhalb der eigenen Besatzungszone organisierte, agierte Thimonnier gleichsam als Konzessionär, der das französische Veranstaltungsprogramm für Deutschland festlegte, den Vorsitz bei der Auswahl der Künstler führte und die Verantwortung für die Organisation der Aufführungen trug, hierbei allerdings mit einem Pariser Impresario zusammenarbeitete, der die technische Vorbereitung und kommerzielle Abwicklung übernahm[131]. Erst im Sommer 1947 schaltete sich eine Kommission aus Repräsentanten der Regierungs- und Verwaltungsbehörden in Paris, Baden-Baden und Berlin in die Programmplanung ein. In der französischen Zone behielt Thimonnier das Heft in der Hand, auch wenn ihm Laffon im März 1947 vorschrieb, bei der Durchführung von Theatertourneen in ständiger Verbindung mit den *Délégués Supérieurs* zu bleiben und diese an Programmauswahl und Tourneeplanung zu beteiligen[132].

Die Aufgaben des BSM bestanden nicht nur in der Organisation französischer Veranstaltungen im Dienste der „pénétration culturelle" oder „pénétration pacifique"[133], sondern auch – zunächst sogar in erster Linie – in der Überwachung deutscher Aktivitäten und Akteure des musischen Bereichs[134]. Hierzu gehörte die Aufsicht über zwölf Theaterhäuser in der Besatzungszone, die Zensur ihrer Spielpläne, die politische Überprüfung des Personals[135] sowie die Information der Intendanten über Neuigkeiten aus dem französischen Theaterleben. Mit Genugtuung verzeichnete Thimonnier die Resonanz der Zeitschrift „Die Quelle", die als Pendant zu dem in Frankreich er-

[128] AOFA, AC P. 2, 3/A 10.0, Sitzungsprotokoll des Comité interministériel du Théâtre et de la Musique vom 31.7.1947.

[129] Ebenda, Sitzungsprotokoll der Commission des Spectacles et de la Musique vom 6.11.1947.

[130] Thimonniers Aufzeichnung „Les Attributions et l'activité du Services des Spectacles (S.S.M.)" vom 10.8.1949.

[131] Ebenda.

[132] AOFA, CGAAA, P. 13, B 4, Laffon an Sabatier am 3.3.1947, No. 2166/CAB/C.

[133] Den Ausdruck „pénétration pacifique" zitierte Thimonnier aus der Münchner Zeitschrift „Echo der Woche"; AOFA, AC 67,1, „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 [...] à juin 1947"; von „pénétration culturelle" war im Abschlußbericht der Informationsdirektion über ihre Tätigkeit seit 1945 vom 15.6.1949 die Rede; in: AOFA, CGAAA, Carton 59, C. I i. Zu den Vorläufern der „pénétration pacifique" im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg vgl. Süß, Rheinhessen; Brunn, Französische Kulturpolitik.

[134] Für beide Bereiche gab es im BSM eigene Sachbearbeiter, die zugleich Thimonniers Stellvertreter waren: Crochot für spectacles français, Hombourger für spectacles allemands; „Annuaire téléphonique" der Militärregierung, Stand: 15.5.1947; in: AOFA, sekret.

[135] Der Quartalsbericht der DEP „Situation au 1er novembre 1946" erwähnte erst- und letztmals die Einleitung einer Säuberungswelle unter Berufsschauspielern und -musikern; in: AOFA, AC 109,8.

scheinenden „Verger" gegründet wurde[136]. Wollte ein Bühnenensemble auf Tournee durch die französische Zone gehen, so benötigte es die Genehmigung des BSM, das die politischen und künstlerischen Inhalte des Vorhabens prüfte. Zwischen Januar und Oktober 1946 wurden von 79 beantragten Gastspielen 59 genehmigt[137]. Nach einer vorübergehenden Pause belief sich im Juni 1947 die Gesamtzahl der zugelassenen Tourneeauftritte südwestdeutscher Theatertruppen in der französischen Zone auf 124[138]. Außer den Theaterhäusern standen neun Musikverlage und sechs Konservatorien unter der Aufsicht Thimonniers und seines Stellvertreters Hombourger, die die Verlags- bzw. Lehrprogramme zensierten, das Personal kontrollierten, die Produktion harmonisierten und für zusätzliche Papierzuteilungen sorgten. Das BSM operierte darüber hinaus als Vermittlungsstelle zwischen südwestdeutschen Gesellschaften zur Wahrnehmung von Autoren- und Komponistenrechten, der gesamtdeutschen GEMA und entsprechenden französischen Urheberrechtsorganisationen. Schließlich überprüften Thimonniers Leute die politische Vergangenheit der Kunstschaffenden, erteilten Intendanten und Schauspieldirektoren Lizenzen und betrieben die Gründung einer Berufsvereinigung der Künstler nach französischem Vorbild[139]. Dies entsprach den grundsätzlichen Bemühungen der *Beaux-arts*-Vertreter, im Theater- und Musiksektor ebenso wie im Bauwesen und im Literaturbereich Verbandsgründungen zu fördern, sogar deren Zwangscharakter zu erwägen und eine Berufsausübung an die Mitgliedschaft in der entsprechenden Genossenschaft zu knüpfen[140]. Einige Schriftsteller in der französischen Zone begegneten der von der Besatzungsmacht „angeregten" Bildung eines organisatorischen Zusammenschlusses allerdings mit passivem Widerstand[141].

Auch im Bereich der *spectacles* war nach wiederholten Zusammenstößen zwischen lokalen Vertretern der rivalisierenden Direktionen für Erziehung/Kunst und Information/Propaganda sowie der militärischen Truppenverwaltung im Frühjahr 1946 ein Machtwort General Koenigs vonnöten, um eine Kompetenzabgrenzung bei der Organisation künstlerisch-unterhaltender Veranstaltungen herbeizuführen[142]. Doch erst im

---

[136] Die erste Ausgabe der „Quelle" erschien am 15.3.1947.

[137] „Situation au 1er novembre 1946".

[138] „Bilan des réalisations de la D.E.P. de juillet 1945 [...] à juin 1947".

[139] AOFA, AC 34,3, Thimonniers Aufzeichnung „Les Attributions et l'activité du Services des Spectacles (S.S.M.)" vom 10.8.1949.

[140] AOFA, AC 67,1, Schmittleins Bericht „Activité de la DEP depuis sa création" vom 31.1.1946, No. 1343/DGAA/EDU; „Rapport sur la Démilitarisation, la Dénazification et la Démocratisation dans la Z.F.O. – Questions concernant la D.E.P." vom 4.1.1947, No. 5364/DGAA/EDU; François' „Rapport sur les principes d'une action culturelle en Z.F.O." vom (?.)2.1947.

[141] François, ebenda. Auch ein von der Propagandaabteilung der DI angeregter „Südwestdeutscher Kulturring" aus zunächst etwa 180 Schriftstellern, Journalisten, Universitätsangehörigen, Künstlern, Verlegern und Buchhändlern stellte seine Zusammenkünfte bald ein; AOFA, CGAAA, Carton 59, C. I i, Abschlußbericht der Informationsdirektion über ihre Tätigkeit seit 1945 vom 15.6.1949, No. 1784/CC/INF.

[142] AOFA, AC 28,3, Koenigs „Décision No. 7" vom 10.5.1946: Nur das BSM war autorisiert, französische, deutsche und binationale Musik-, Theater- und Varietéaufführungen zu organisieren und zu kontrollieren. Die DI war allein zuständig für Kinovorstellungen für ein ziviles deutsches und französisches Publikum. Der Service social des Oberkommandos erhielt das Monopol auf künstlerische Darbietungen und Filmvorführungen für Soldaten und Angehö-

Sommer 1948 kam es zu einer wirklichen Entschärfung der latent fortwirkenden Konkurrenz, als die Aufsicht über die südwestdeutschen Theater- und Konzerthäuser mit derjenigen über Kinosäle und Rundfunkstudios unter dem Dach der Informationsdirektion vereinigt wurde[143]. Während die Kontrollaufgaben des BSM auf die französische Zone beschränkt blieben, griffen die „propagandistischen" Aktivitäten der Thimonnier-Equipe zunehmend über die Grenzen Südwestdeutschlands hinaus, um auch auf alliiertem Besatzungs- und Einflußgebiet der *civilisation française* das Terrain für eine *pénétration pacifique* zu bereiten.

Die zonenübergreifende Organisation französischer Theateraufführungen, Konzerte und Vorträge

Seit Ende 1946 „exportierte" Thimonnier, zum Teil auf ausdrücklichen Wunsch der alliierten Militärregierungen, in begrenztem Umfang französische Theater- und Musikdarbietungen in die angrenzenden Besatzungsgebiete der Briten und Amerikaner. Dabei entstanden Kompetenzkonflikte mit den konsularischen Vertretern des Quai d'Orsay, die sich bei der Planung übergangen fühlten und ihre Pariser Vorgesetzten einschalteten[144]. Im Juli 1947, anläßlich der Inspektionsreise des Deutschlandbeauftragten der DGRC, Lalouette, wurde daher in Baden-Baden eine Zusammenkunft unter Vorsitz Saint-Hardouins anberaumt, um einen Weg zu finden, wie französische Theater- und Konzertvorführungen außerhalb der eigenen Zone organisiert werden konnten, ohne die Zuständigkeit der französischen Konsuln oder des Berliner Kulturattachés Lusset zu mißachten[145]. Als Lalouette bei dieser Gelegenheit die Bildung eines Pariser Komitees ankündigte, das die Koordination der französischen Kulturveranstaltungen in Deutschland übernehmen sollte, befürchtete man in Baden-Baden „Einmischungsversuche" durch das Generalkommissariat und die Behinderung eigener Aktivitäten. So teilte das Zivilkabinett des Oberkommandierenden umgehend seine Ablehnung des Vorhabens mit. Eine nicht näher definierte, vermutlich bescheiden konzipierte und mit geringen Entscheidungsbefugnissen ausgestattete „Arbeitskommission" erschien Schmittlein und den Mitarbeitern Koenigs ausreichend[146].

Ungeachtet solcher Einwände trat am 31. Juli 1947 ein *Comité interministériel du Théatre et de la Musique* in Paris zusammen. Auf der Tagesordnung standen die Finanzierung der vom BSM in der französischen Zone organisierten Aufführungen, die Prü-

---

Fortsetzung Fußnote von Seite 293

rige der Militärregierung. Am 23.4.1946 hatte Laffon (DEP) General Koenig ein entsprechendes „projet de décision" vorgelegt; in: AOFA, Laffon, C. 19, EDU 1945/46, No. 2280/DGAA/EDU.

[143] AOFA, AC 65,2, Innen- und Kulturabteilung des SEAAA an Koenigs Zivilkabinett am 7.6.1948, No. 10.955/INTER/INF.

[144] AOFA, AC 34,3, Thimonniers Aufzeichnung „Les Attributions et l'activité du Services des Spectacles (S.S.M.)" vom 10.8.1949, No. 2658/CC/INF/SPECT/TR/NG.

[145] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 1/0, „Note a/s. Réunion du 8 juillet [1947] consacrée aux questions culturelles" vom 16.7.47. Teilnehmer waren Saint-Hardouin und ein Vertreter des Zivilkabinetts, Schmittlein und Thimonnier, Arnaud und Mougin, Lusset und Lalouette.

[146] AOFA, Laffon, C. 19, EDU 1947/48, Laffon (Schmittlein) an Koenig am 20.9.1947, No. 9577-ABX. Hierin wurde Bezug genommen auf ein Telegramm des Zivilkabinetts Koenig vom 9.6.1947, No. 128/CC/CAC, und auf die Sitzung am 8.7.1947, bei der Saint-Hardouin auf Lalouettes Ankündigung die ablehnende Haltung Baden-Badens bekräftigt habe.

fung des von Thimonnier für die zweite Jahreshälfte vorgeschlagenen Veranstaltungsprogramms und die Ausdehnung des Tourneenplans über das eigene Besatzungsgebiet hinaus[147]. Die Kulturabteilung des Quai d'Orsay wollte nicht nur der französischen Zone, sondern auch den wichtigsten Großstädten im britisch-amerikanischen Verwaltungsbereich französische Kulturdarbietungen zugute kommen lassen. Angesichts budgetärer Einschränkungen seien Berlin, München, Frankfurt und Hamburg sogar den unbedeutenden Orten der eigenen Zone vorzuziehen, wo zu denselben Kosten nur ein zahlenmäßig begrenztes Publikum angesprochen werde[148]. Lusset sollte umgehend mit den Konsuln in der Bizone Verbindung aufnehmen, um ein Veranstaltungsprogramm für die kommenden Monate zusammenzustellen[149]. In Baden-Baden blieb auch diese Démarche nicht ohne Widerspruch. Die DEP, argumentierte Schmittlein, sei zwar bereit, Tourneen französischer Künstler auch in „grenznahe" Städte der Nachbarzonen, wie Stuttgart, Karlsruhe, Frankfurt und Wiesbaden, zu entsenden, doch könne dies aus Kostengründen nicht auf entfernte Orte in Nord- und Ostdeutschland ausgedehnt werden[150]. Demgegenüber wiesen die Kulturdiplomaten am Quai d'Orsay darauf hin, daß dem Generalkommissariat für die Kulturpolitik in der französischen Zone etwa doppelt soviel Geld zur Verfügung stehe wie der DGRC für ihre weltumspannenden Aufgaben[151].

Als Anfang November 1947 das Pariser Komitee erneut zusammentrat, diente ihm eine Darlegung der personellen und finanziellen Probleme des BSM sowie eine kommentierte Rangliste möglicher Aufführungen aus der Feder Thimonniers als Diskussionsgrundlage[152]. In der Aussprache betonte der Ausschußvorsitzende Cannac, daß künftig höchstens 20 Städte auf dem monatlichen Spielplan stehen dürften und die urbanen „centres de rayonnement intellectuel" in der angelsächsischen Bizone einbezogen werden müßten. Das Pariser Finanzministerium fordere, die Zahl der französischen Tourneen in Deutschland zu reduzieren: auf monatlich eine Theatertruppe und ein großes Ballett- oder Musikensemble sowie ein kleines Orchester oder einen Solisten[153]. Man einigte sich darauf, zunächst das Gesamtprogramm der Theater- und Konzerttourneen zu verabschieden und dann eine Auswahl für Berlin und die alliierten Zonen zu treffen[154]. Hierbei, betonte Kulturattaché Lusset, mußte nicht nur die

[147] AOFA, AC P. 2, 3/A 10.0, Sitzungsprotokoll des Comité interministériel du Théâtre et de la Musique vom 31.7.1947. Unter Vorsitz Cannacs nahmen drei Repräsentanten der DGRC, je ein Vertreter des Erziehungs- und des Finanzministeriums, ein weiterer Mitarbeiter des CGAAA, Thimonnier und sein Stellvertreter Crochot sowie Arnaud teil. Lusset und Hepp waren eingeladen, blieben jedoch der Eröffnungssitzung fern.

[148] Ebenda, Lalouette an das Generalkommissariat am 20.8.1947.

[149] Ebenda, Lalouette an Lusset am 20.8.1947, No. 367/RC/AA.

[150] Laffon (Schmittlein) an Koenig am 20.9.1947, No. 9577-ABX.

[151] AOFA, AC P. 2, 3/A 10.0, Lalouette an Koenig am 20.10.1947, No. 321/RC/AA.

[152] AOFA, Laffon, C. 19, EDU 1947/48, Koenig (gez. Laffon, Verf. Thimonnier) an das Generalkommissariat am 30.10.1947, No. 11000-ABX. Die Rangordnung unter den Werken hatte der BSM-Chef auf der Basis folgender Kriterien vorgenommen: „valeur de l'œuvre, qualité de l'artiste ou de la distribution, adaptation du spectacle aux besoins du public allemand, considérations techniques relatives au prix des contrats, aux possibilités de transport, aux dates imposées par le producteur, etc...".

[153] Diese Bestimmung hatte das Schreiben vom 30.10.1947 bereits berücksichtigt.

[154] Diese Selektion nahm ein Unterausschuß vor, dessen Zusammensetzung nicht eindeutig zu ermitteln war. Während Thimonnier im Schreiben vom 30.10.1947 vorgeschlagen hatte, je-

Zustimmung der Verbündeten auf höchster Ebene eingeholt, sondern durch die französischen Konsuln auch das Einverständnis der örtlichen Besatzungsbehörden sichergestellt werden. Thimonniers BSM sollte zwei deutsche Impresari für die Bizone einsetzen, die beim Vertragsabschluß mit den Künstlern als Mittelsmänner der Konsuln auftraten[155]. Anfang Dezember übermittelte das Generalkommissariat dem Chef der *Mission Culturelle* eine Aufstellung der bis Juli 1948 vorgesehenen Werke und Künstler, die Lusset an die Vertreter des Quai d'Orsay auf britischem und amerikanischem Besatzungsgebiet weiterleitete[156]. Die Konsuln sollten unter Beteiligung deutscher Fachleute die für ihren Amtsbezirk geeignet erscheinenden Veranstaltungen auswählen und ihre mit einem genauen Zeitplan versehenen Vorschläge Lusset, Koenigs politischem Berater in Baden-Baden und Thimonniers Büro mitteilen. Der *Attaché Culturel* mußte diese Anträge formell gutheißen und gegebenenfalls die deutschen Impresari beauftragen, Verträge mit den französischen Künstlern abzuschließen. Die beiden deutschen Theater- und Konzertagenturen hatten einerseits im *Bureau des Spectacles et de la Musique*, andererseits in den Konsuln ihre offiziellen Ansprechpartner[157].

Den Transport französischer Künstler und Ensembles außerhalb der französischen Zone zu finanzieren, oblag dem BSM. Für die notwendigen Devisen versprach Paris zwar zu sorgen[158], doch blieb der Valutamangel ein Problem, das Thimonnier zu entschärfen trachtete, indem er „grenznahe" Städte, wie Stuttgart und Ulm, bei der Tourneeplanung bevorzugte. Dies und die überproportionale Berücksichtigung der eigenen Besatzungszone stießen bei der dritten Kommissionssitzung Ende Juni 1948 auf die Kritik des Kulturchefs im Generalkommissariat Cannac. 268 Konzerten französischer Ensembles und Solisten in der französischen Zone standen 128 musikalische Darbietungen in der Bizone und Berlin gegenüber; bei den Theateraufführungen war das Mißverhältnis mit 123 zu 23 noch deutlicher. Thimonniers Plädoyer für eine globale Einschränkung des Konzertsektors, den Verzicht auf Opern- und Operetteninszenierungen, die sehr teuer, in der Regel aber nicht besser als deutsche Produktionen seien, auf die Verpflichtung großer Sinfonieorchester und die Vorführung reiner Vokalmusik erntete keinen Widerspruch im Pariser Ausschuß. Sein Vorschlag, monatlich höchstens eine Theatertruppe, einen Instrumentalsolisten und ein Kammermusik- oder Ballettensemble für eine Deutschlandtournee zu engagieren, fand sogar ausdrückliche Bestätigung[159]. Schließlich ergab die Abstimmung über die Rangfolge der für die Saison 1948/49 vorge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 295

weils einen Vertreter des Generalkommissariats, des Finanzministeriums sowie des BSM zu benennen, behauptete Kulturattaché Lusset in einem Vermerk für Charmasse vom 26.11.1947, daß das Votum der DGRC-Vertreter, einschließlich seines eigenen, den Ausschlag gegeben habe; in: AOFA, AC P. 7, 9/A.10–3, No. 3550/MC.

[155] AOFA, AC P. 2, 3/A 10.0, Sitzungsprotokoll der Commission des Spectacles et de la Musique vom 6.11.1947. Teilnehmer waren dieses Mal sechs Ministerialbeamte aus Paris, fünf Vertreter der Militärregierung sowie Lusset und Hepp aus Berlin.

[156] Ebenda, Staatssekretariat für Deutschlandfragen an Lusset am 4.12.1947, No. 8710/INTER/EDU (Begleitschein zum Protokoll der Sitzung vom 6.11.1947 mit beigefügter Programmliste); Lussets Vermerk für Charmasse vom 9.12.1947, No. 3770/MC.

[157] Ebenda, Charmasses Vermerk für Lusset vom 20.12.1947, No. 7390, beiliegend Kopie eines „Projet d'organisation matérielle des tournées interzones".

[158] Ebenda, DGRC/Echanges artistiques an die Innen- und Kulturabteilung des Staatssekretariats (undatierte Durchschrift, vermutlich von Januar 1948), No. 18/RC.2a.

[159] Ebenda, Sitzungsprotokoll der Commission des Spectacles et de la Musique vom 28.6.1948.

schlagenen Theaterstücke nur geringfügige Abweichungen von Thimonniers ursprünglicher Prioritätenskala. Bei den bestplazierten Bühnenwerken handelte es sich durchweg um solche der ersten Wahl. Neben zwei Klassikern (Racines „Phèdre", Molières „Malade imaginaire") und einer erfolgversprechenden Novität (Anouilhs Komödie „L'Invitation au château", die im Vorjahr in Paris uraufgeführt worden war) standen Stücke und Autoren an oberster Stelle des Spielplans, die in der Zwischenkriegszeit dazu beigetragen hatten, den Ruf von Paris als der europäischen Theaterhauptstadt zu festigen[160].

Neben Theater-, Konzert- und Ballettourneen sowie einigen Kunstausstellungen, die von Baden-Baden nach Berlin oder in andere westdeutsche Großstädte vermittelt wurden, da die Kulturabteilung des Quai d'Orsay hierfür ebensowenig Mittel bereitzustellen vermochte wie für sonstige *manifestations culturelles*[161], gehörten auch Vorträge zum Repertoire der französischen Kulturpolitik. Hierfür lag die Zuständigkeit ausschließlich bei der DGRC, deren Repräsentant in Deutschland, Kulturattaché Lusset, bei Veranstaltungen in der französischen Zone den Direktor des Freiburger *Institut Français*, bei Auftritten in der britisch-amerikanischen Bizone die französischen Konsuln einschaltete[162]. Erste Erfahrungen übermittelte Lusset Anfang 1947 in Form von Empfehlungen an die Adresse der Pariser Kulturdirektion: Germanisten, die über ein enges Spezialgebiet referierten, seien als *conférenciers* nicht erwünscht, sondern solche, die ein allgemein interessierendes oder literaturvergleichendes Thema behandelten. Insbesondere der Alltag im zeitgenössischen Frankreich mit seinen Problemen und Schwierigkeiten sollte den Deutschen vor Augen geführt werden, um ihnen zu zeigen, daß sich ihre Nöte nicht grundsätzlich von denen der Nachbarvölker unterschieden. Die Bedeutung von Vorträgen dürfe jedoch nicht überschätzt werden; Sprachkurse und französische Bücher stellten wesentlich wirkungsvollere Medien dar. Es sei ratsam, bei französischen Vorträgen deutschen Einrichtungen die Gastgeberrolle zu überlassen, um den Eindruck organisierter Propaganda zu vermeiden[163].

Bis Ende 1948 kamen nur wenige prominente Persönlichkeiten zu Vortragsreisen ins Nachbarland[164]. Sie gehörten fast ausschließlich dem literarisch-publizistischen, geisteswissenschaftlichen Bereich an: Edmond Vermeil, Robert d'Harcourt, Raymond

---

[160] Z. B. Cocteaus „Machine infernale", Giraudoux' „Siegfried", Achards „Jean de la Lune". Aufführungen des ersten Halbjahres 1948 im Anhang zum Sitzungsprotokoll der Theater- und Musikkommission vom 6.11.1947: u. a. Calderóns „Andacht zum Kreuz" (Théâtre Sarah-Bernhardt); Balzacs „Le Faiseur" und Salacrous „L'Archipel Lenoir" von 1947 (Charles Dullin), Giraudoux' „Amphitryon 38", eine Boulevardkomödie von Roussin, die Compagnie Grenier-Hussenot mit Molnárs „Liliom". Für „tournées hors série" waren u. a. eingeplant: die Comédie-Française, Louis Jouvet (mit Molières „Schule der Frauen" und Romains' „Knock"), Jean-Louis Barrault (mit Marivaux' „Die falschen Vertraulichkeiten") und Gaston Baty. Vgl. zum Gesamtkomplex Brée/Morot-Sir, Littérature française, t. 9, S. 239ff.

[161] AOFA, AC 67,1, François' „Rapport sur les principes d'une action culturelle en Z.F.O." vom (?.)2.1947; AOFA, AC P. 2, 3/A 10.0, Lussets Vermerk für Latour vom 27.8.1948; DGRC/Echanges artistiques an Saint-Hardouin am 30.1.1948, No. 41/RC/2a; AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 146, XC 4/2, Saint-Hardouin an die DGRC am 8.3.1949, No. 301/RC.

[162] AOFA, AC P. 7, 9/A.10–3, Vermerk aus der Umgebung Saint-Hardouins für Koenigs Zivilkabinett vom 6.5.1947.

[163] AOFA, AC P. 2, 3/A 10.0, Lusset an die DGRC am 8.3.1947, No. 777/MC; vorausgehende Korrespondenz Lussets mit Deshusses und den Konsuln.

[164] Berichte über französische Vorträge, in: AOFA, AC P. 2, 3/A 10.0; AC P. 7, 9/A 10.3; AC 66,1; GMFB, Cons. Pol., P. 145, XC 2/5; Ambass. de Bonn, P. XC 24, XC 2–5.

Aron, Gabriel Marcel, André Siegfried, Joseph-François Angelloz. Wirtschaftsfachleute, Ingenieure und Naturwissenschaftler fanden kaum den Weg über den Rhein. Um so entschiedener befürwortete Koenigs Berater Saint-Hardouin im September 1948 den Vorstoß der Bochumer Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie, den prominenten Sozialisten und vormaligen Pariser Minister André Philip als Referenten zum Thema einer westeuropäischen Wirtschaftsunion einzuladen[165]. Im Januar 1949 wurde das Vorhaben Wirklichkeit[166]. Einen wissenschaftspolitischen Triumph verbuchten die Besatzungsbehörden in der französischen Zone schließlich kurz vor ihrer Ablösung durch das Hochkommissariat, als sich im Juni 1949 500 Ingenieure aus neun Ländern zu einem internationalen Fachkongreß in Konstanz versammelten. Veranstaltet vom französischen Berufsverband und präsidiert vom badischen Gouverneur Pène, war dies die erste Tagung einer solchen Größenordnung in der französischen Zone. General Koenig verabschiedete die Teilnehmer mit einer Rede, in der er eindringlich die Notwendigkeit der deutsch-französischen Verständigung und einer europäischen Föderation beschwor[167].

Zum Leidwesen des Berliner Kulturattachés blieben die Auftritte französischer Vortragsredner in Deutschland seinem organisatorischen Zugriff weitgehend entzogen[168], auch wenn die DGRC ihn nachdrücklich als zentralisierende und koordinierende Instanz empfahl[169]. Lusset fühlte sich wiederholt zu Interventionen gegen Vorhaben veranlaßt, die ohne sein Wissen oder unter Umgehung seiner Mittlerdienste eingefädelt worden waren. Dabei verwoben sich Kompetenzrivalitäten mit sachlichen Bedenken[170].

Lussets Mission Culturelle und die Rolle der französischen Konsuln in der Bizone

Félix Lusset, Abteilungsleiter und stellvertretender Direktor der Pariser DGRC, wurde im Juli 1946 zum Kulturattaché beim politischen Berater Koenigs ernannt und mit der Leitung der *Mission Culturelle Française en Allemagne* beauftragt; Anfang September trat er seinen Dienst in Berlin-Frohnau an[171]. Lussets Aufgabe bestand darin, „alle die Kulturbeziehungen betreffenden Fragen zu koordinieren"; sein Zuständigkeitsbereich erstreckte sich – „im besonderen" – auf die alliierten Zonen, auch die Sektoren der Verbündeten in Berlin, nicht jedoch auf französi-

[165] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 145, XC 2/5, Saint-Hardouin an die DGRC am 3.9.1948, No. 401/RC.

[166] Ebenda, Berichte über Philips Vorträge im Ruhrgebiet und in Hamburg.

[167] AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, P. XC 24, XC 2–7, Manuskript der Ansprache.

[168] AOFA, AC P. 7, 9/A.10–3, Entwurf eines Schreibens der Mission Culturelle (von Lussets Stellvertreter Malavoy) an Saint-Hardouin vom 24.11.1947.

[169] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 145, XC 2/5, DGRC an Seydoux (Berlin) am 27.12.1947, No. 419 RC-2c.

[170] AOFA, AC P. 6, 8/A.10–2, Saint-Hardouin (Lusset) an die DGRC am 1.7.1947, No. 1664/MC; AOFA, AC P. 7, 9/A.10–3, Lusset an Sorbac am 24.11.1947, No. 3520/MC; Lusset an Lalouette am 27.11.1947, No. 3588/MC.

[171] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 67, C/3/4, DGRC an das Generalkommissariat am 13.7.1946, No. 1221/RC; DGRC an Koenig am 25.7.1946, No. 46/RC; Saint-Hardouin an den Generalkonsul in München am 5.8.1946, No. 6413; MAE, Rel. Cult., 1945–47/44, Lusset an Marx am 11.9.1946.

sches Besatzungsgebiet[172]. So konnte es zunächst scheinen, als erhalte der vom Pariser Erziehungsministerium nach Baden-Baden entsandte Erziehungsdirektor Schmittlein in Gestalt des *Attaché Culturel*, der im größten Teil Deutschlands die Kulturabteilung des Quai d'Orsay repräsentierte, ein ebenbürtiges Pendant. Im Werdegang der beiden fast gleichaltrigen Männer fallen sowohl Parallelen als auch Schnittpunkte auf[173].

1903 im bretonischen Rennes geboren und aufgewachsen, absolvierte Lusset seit 1919 zunächst die Ausbildung zum Volksschullehrer, bevor er 1923 an der *Ecole Normale Supérieure* in Saint-Cloud zum Studium der französischen und deutschen Literatur zugelassen wurde. 1925/26 ging er mit einem Stipendium nach München und Leipzig. Seinen Militärdienst, zu dem er sich freiwillig meldete, absolvierte er zwischen November 1926 und Mai 1928 in Mainz, wo er gleichzeitig Vorlesungen an der Filiale des Straßburger *Centre d'Etudes Germaniques*, unter anderem bei Jean-Edourd Spenlé, belegte. Nach Frankreich zurückgekehrt und zwischenzeitlich mit einer Deutschen aus elsässischer Familie verheiratet, unterrichtete er zunächst Deutsch und Französisch, bevor er sich im Oktober 1930 nach Syrien versetzen ließ, wo er bis 1936 an französischen Gymnasien tätig war. Nach einem weiteren Schuljahr im ägyptischen Alexandria kehrte er nach Frankreich zurück und bestand 1938 in Straßburg die *Agrégation d'allemand*. Als Reserveunteroffizier zum Kriegsdienst einberufen, konnte er nach Frankreichs Kapitulation vor Hitlers Wehrmacht seinen Lehrberuf wieder aufnehmen, anfangs im deutsch besetzten Le Mans, seit Oktober 1942 an einem Pariser Gymnasium. Von Anbeginn betrieb er heimlich Opposition gegen die Besatzungsmacht: als alleiniger Herausgeber und Redakteur der Untergrundzeitung „Voix de France", die zwischen Juli 1940 und November 1944 in 61 Ausgaben erschien; als Leutnant der *Armée secrète* seit Juli 1943 sowie als Mitglied der *Front National universitaire* und schließlich der Pariser *F.F.I. universitaires*. Eigenen Angaben zufolge fühlte Lusset sich seit seiner Studienzeit als „homme de gauche", der mehr mit der anarchistischen Richtung Bakunins und Proudhons als mit Marx und Engels sympathisierte. Überzeugter Antimilitarist und gleichzeitig glühender Patriot zu sein, war in seinen Augen kein Widerspruch[174]. 1940 identifizierte er sich mit de Gaulles entschiedener Ablehnung der Kapitulation und brachte den linken wie rechten Parteien alten Stils dieselbe verächtliche Ablehnung entgegen. Hatte ihm die KPF zunächst als Befehlsempfänger einer fremden Macht gegolten, so änderte sich dies mit der Auflösung der Komintern im Jahre 1943, die ihn die französischen Kommunisten als Patrioten schätzen lernen ließ. Wie de Gaulle in jenen Jahren vor allem um die Wiederherstellung der nationalen Größe und internationalen Stellung Frankreichs besorgt, fühlte Lusset sich hinsichtlich seines Deutschlandbildes als Schüler Vermeils, der den Nationalsozialismus im wesentlichen als Negation westlicher Wertvorstellungen sah. Gleichzeitig bewahrte sich der Germanist wie der Lehrmeister seiner Generation die Begeisterung für das „andere Deutschland", jenes der bedeutenden Dichter, Philosophen und Komponisten[175].

Im April und Mai 1946 unternahm Lusset im Auftrag der Pariser Kulturdirektion

[172] DGRC an Koenig am 25.7.1946.

[173] Das Folgende nach Lusset, 1939–1944, t. 1, insbesondere Vaillants Vorwort in t. 2; vgl. auch „Der Spiegel" vom 17.4.1948, S. 22f.

[174] Vgl. Lussets Vorwort, in: ders., 1939–1944, t. 1, S. IV.

[175] Die letzten Ausführungen nach Vaillants Vorwort, in: ebenda, t. 2, S. Xff.

eine einwöchige Inspektionsreise in den westlichen, französisch und angelsächsisch besetzten Teil Deutschlands, als deren Ergebnis er die sofortige Aufnahme „gewisser kultureller Aktivitäten", wie die Entsendung von Universitätslektoren und Vortragsrednern oder die Bereitstellung französischer Bücher und Zeitschriften, empfahl. Vor allem Bayern sah er als vielversprechendes Betätigungsfeld an. Zwar werde man dabei in Verbindung mit der französischen Zone bleiben, sich zugleich aber ausschließlich auf kulturellem Niveau bewegen, d. h. besatzungspolitische Begleittöne vermeiden müssen[176]. Koenigs Berater Saint-Hardouin, der bereits im Januar für die umgehende Einrichtung zweier französischer Bibliotheken in Berlin plädiert hatte[177], beurteilte die Möglichkeiten einer „action culturelle en Allemagne" insgesamt noch zurückhaltend. „Gewiß," schrieb er Anfang Mai nach Paris, „erlauben es die Umstände nicht, allzu schnell in dieser Richtung voranzuschreiten und insbesondere in der ehemaligen Hauptstadt Preußens einen Kulturaustausch wiederaufzunehmen, der freundschaftliche Beziehungen voraussetzt". Solange diese Prämisse nicht bestehe, müsse man bedächtig und regional differenziert vorgehen. Immerhin könnten zum Beispiel sorgfältig ausgesuchte Vortragsredner bereits nach Berlin und in andere deutsche Städte entsandt werden. Eigens für Deutschland (außerhalb der französischen Zone) zusammengestellte Theater- und Konzerttourneen hielt er hingegen für verfrüht[178]. Die Kulturdiplomaten des Quai d'Orsay hatten am Jahresbeginn noch größere Zurückhaltung signalisiert, indem sie auch literarische und künstlerische Vortragsreisen nach Berlin für voreilig erklärten[179]. Einige Monate später schien ihnen jedoch die Zeit gekommen, um höhergesteckte Ziele zu verfolgen. So leiteten sie Ende Juni Saint-Hardouins Anregung, ihm einen Kulturattaché an die Seite zu stellen, zustimmend an die Europaabteilung weiter[180]. Von Anfang an schwebte allerdings über dem neugeschaffenen Posten das Damoklesschwert budgetärer Sparzwänge der Pariser Regierung[181].

Berlin und die sowjetische Besatzungszone

Als Lusset Anfang September 1946 in Berlin eintraf, fand er eine völlig andere Situation vor als Schmittlein 13 Monate zuvor in Baden-Baden. Der Kulturattaché war beim Aufbau einer funktionstüchtigen *Mission Culturelle* nicht nur weitgehend auf

---

[176] MAE, Rel. Cult., 1945–47/44, Lussets Bericht über seine Mission in Deutschland (28.4.-4.5.1946).

[177] MAE, Z/Allemagne/99, fol. 145, Vermerk der Europaabteilung für die DGRC vom 2.2.1946, No. 129.

[178] Ebenda, fol. 190ff., Saint-Hardouin an die DGRC am 9.5.1946, No. 2054.

[179] MAE, Rel. Cult., 1945–47/184, Laugiers Telegramm an Saint-Hardouin (Bousquet) vom 8.2.1946.

[180] Ebenda/44, DGRC (Marx) an die Europaabteilung am 22.6.1946, No. 1562. Lusset, Sartre in Berlin, S. 107, schreibt die Initiative zur Berufung eines Kulturattachés Saint-Hardouin zu; doch vermutlich hatte Lusset selbst diese Idee gegenüber dem politischen Berater lanciert, wie sein Bericht über die Mission in Deutschland (28.4.-4.5.1946) nahelegt.

[181] MAE, Rel. Cult., 1945–47/44, DGRC (Marx) an Saint-Hardouin am 9.8.1946, No. 852 RC: Mit Rücksicht auf das Finanzministerium laute Lussets Amtsbezeichnung nicht Attaché Culturel, sondern Chargé de Mission Culturelle; Marx an die Budgetabteilung des Finanzministeriums am 2.9.1946, No. 2007 RC: Der vergleichbare, derzeit unbesetzte Posten auf Haiti könne als abgeschafft betrachtet werden; ebenda/45, DGRC an die Verwaltungs- und Finanzabteilung am 9.1.1947: Plädoyer für Beibehaltung des Kulturattaché-Postens in Berlin.

sich gestellt und bar nennenswerter Etatmittel[182], sondern sah sich auch einem selbstbewußten „Konkurrenten" gegenüber: Eugène Hepp, *Inspecteur général* des Pariser Erziehungsministeriums, 1944/45 Organisator der Vorbereitungskurse für das erste zivile Besatzungspersonal (AMFA) und seit Mai 1946 Leiter der Erziehungsabteilung in der französischen Kontrollratsgruppe[183]. Anlaß für eine erste Auseinandersetzung zwischen dem Abgesandten des Quai d'Orsay und dem Vertreter der *Education Nationale* war Hepps Vorschlag, in Berlin ein *Foyer Culturel Français* zu errichten, „um die Alliierten, mehr noch als die Deutschen, mit den kulturellen Reichtümern Frankreichs vertraut zu machen"[184]. Wie Schmittlein bei Koenig, so fand Hepp bei General Noiret, dem Nachfolger von Louis Koeltz an der Spitze der französischen Kontrollratsgruppe, ein offenes Ohr für seine Vorstellungen. In einer Dienstanweisung von Anfang Juli 1946 sprach der stellvertretende Oberkommandierende vom „nationalen Interesse", das die Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten zur Kulturwerbung darstelle. Unter Hinweis auf Hepps Anregung verfügte Noiret die Gründung eines *Maison de France* in der Mitte Berlins, zu dem Franzosen und Alliierte uneingeschränkten Zutritt, deutsche Staatsbürger hingegen nur bedingt Zugang haben sollten. Eine *Commission d'action culturelle* betraute der General mit der Erarbeitung eines künstlerischen Gesamtkonzepts. Hepp, der auch die Erziehungs- und Kulturdirektion in der Militärregierung für Groß-Berlin leitete und die Arbeit der entsprechenden deutschen Behörden und Institutionen zu überwachen hatte[185], sollte das kulturelle Angebot des Frankreich-Hauses festlegen[186]. Als Lusset wenig später in Berlin eintraf, bezog er umgehend Stellung gegen Hepps Initiative. Er gab die Auffassung des Quai d'Orsay wieder, daß ein *Maison de France* oder *Institut Français* die Existenz einvernehmlicher bilateraler Beziehungen, eine „Atmosphäre der Sympathie und des gegenseitigen Verständnisses" voraussetze, und folgerte, daß die Wiederbelebung einer solchen Einrichtung in der ehemaligen Reichshauptstadt verfrüht und unter Bedingungen einer Besatzungsherrschaft nicht wünschenswert sei[187].

Die Bedenken des Kulturattachés blieben jedoch unberücksichtigt. Als die britische Militärregierung Hepps Dienststelle nach längeren Verhandlungen ein Gebäude am

---

[182] AOFA, AC P. 2, 3/A 10.0, Lussets „Note a/s. de l'action culturelle française en Allemagne" vom 22.10.1948.

[183] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 145, XC 3/1², Hepp an General (Noiret) am 28.5.1946. Die ersten Monate hatte Jean Bousquet die Leitung der Section de l'Education Publique im Kontrollrat inne, bevor sie Anfang 1946 interimistisch von Schmittleins Mitarbeiter Péchoux übernommen wurde. Dieser scheint nicht mehr als eine Statistenrolle gespielt zu haben; AOFA, AC 131,5, Péchoux an Schmittlein am 30.3.1946, No. 335; zu Bousquet, der 1946 Professor in Rennes wurde, Who's Who in France, 1957/58, S. 473.

[184] Hepp an Noiret am 28.5.1946.

[185] Zum hierarchischen Verhältnis zwischen dem übergeordneten, die oberste Gewalt in Deutschland ausübenden Kontrollrat und der Alliierten Kommandantur in Berlin, die selbst keine Gesetzgebungskompetenz, sondern nur die Befugnis zum Erlaß von Verwaltungsanordnungen hatte und letztlich für die Überwachung der deutschen Administration zuständig war, vgl. Virally, Internationale Verwaltung, S. 57ff.

[186] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 145, XC 3/1², Noirets „Note de service" vom 4.7.1946, No. 63/CAB.

[187] Ebenda, Lussets „Note concernant la création d'une Maison de France à Berlin" vom 9.9.1946, No. 18/MC; Lussets Aufzeichnung für Saint-Hardouin (undatierte Durchschrift, vermutlich von Februar 1947), No. 743/MC.

Kurfürstendamm übereignete, wurde dort Ende 1947 ein *Centre Culturel Français* eröffnet, dem aufgrund der gespannten politischen Situation allerdings nur ein kurzer Auftakt beschieden war[188]. Im Frühjahr 1948 stellte der Alliierte Kontrollrat seine Arbeit endgültig ein, wurde die französische Kontrollratsgruppe aufgelöst, ihr Personal aus Berlin abgezogen und Hepp als Nachfolger Arnauds zum Chef der Informationsabteilung in Baden-Baden ernannt. Mit der sowjetischen Blockade der vormaligen Reichshauptstadt seit Ende Juni 1948 und dem Abgang des interimistisch fungierenden Direktors im Herbst stand die Existenz des Kulturzentrums auf dem Spiel. Seine in desolatem Zustand befindlichen Räume blieben den Winter über geschlossen. Erst nach Beendigung der lebensbedrohlichen Abschnürung der Stadt im Mai 1949 vermochte es, nun der politischen Abteilung in der Militärregierung unterstellt, allmählich seine Aktivitäten wieder aufzunehmen. Am 21. April 1950, unter veränderten Rahmenbedingungen, konnten schließlich Frankreichs Vertreter in der Westhälfte der zweigeteilten Metropole ein authentisches *Maison de France* mit einem *Institut Français* als Mittelpunkt eröffnen[189].

Zwischen April 1946 und Dezember 1949 fanden 30 französische Theater-, Musik- und Ballettensembles und -solisten, unter ihnen renommierte Künstler, den beschwerlichen Weg nach Berlin. Vier eigenständige Ausstellungen, die Beteiligung an zwei internationalen Bücherschauen und die Vorführung einer stattlichen Zahl französischer Filme ergänzen eine Bilanz, die charakteristische Ungleichmäßigkeiten aufweist. Berliner Theaterfreunde konnten im Gegensatz zu den Bewohnern bizonaler Großstädte mit ihrem Anteil an französischen Gastspielen zufrieden sein. Ein gutes Drittel der bis Juni 1948 in Deutschland (außerhalb der französischen Zone) organisierten Bühnenaufführungen fand an der Spree statt[190]. Allerdings markierten Währungsreform und Blockadebeginn eine einschneidende Zäsur. Von neun Tourneen französischer Theaterensembles, die bis Ende 1949 in Berlin gastierten, fielen sieben in die Zeit zwischen August 1947 und Juni 1948. Musik- und Tanzdarbietungen aus Frankreich wurden hingegen in größerer Anzahl (bis Dezember 1949 21) und mit stärker ausgeprägter Kontinuität durchgeführt.

Die Tätigkeit der *Mission Culturelle* in Berlin, der neben Lusset zwei Lektoren an der Humboldt-, später auch an der Freien Universität angehörten, beschränkte sich auf eine Vermittlerrolle im Verlagswesen (hinsichtlich des Imports und der Übersetzung französischer Werke), auf literatur- und kulturgeschichtliche Vorträge sowie frankreichkundliche Beiträge für die Rundfunksender der Alliierten, insbesondere RIAS Berlin[191]. Lusset war zwar in Paris an der Auswahl französischer Theater- und

[188] Zunächst war Hepp Anfang August 1947 das Gebäude Kurfürstendamm Nr. 206 zugesagt worden; dann beschlagnahmten die britischen Besatzungsbehörden am 21.10.1947 das Gebäude Nr. 211 für diesen Zweck; AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 370, XC 1/3, Hepps undatierte Aufzeichnung. Das Folgende nach dem Bericht Bernard Hamels vom 5.4.1950 über seine Tätigkeit als Leiter des Centre Culturel Français seit November 1948; in: ebenda.

[189] Ebenda; ferner die undatierte, ungezeichnete Durchschrift einer Aufzeichnung, die vermutlich der französische Gesandte de Noblet im Mai 1950 anfertigte.

[190] AOFA, AC P. 2, 3/A 10.0, Sitzungsprotokoll der Commission des Spectacles et de la Musique vom 28.6.1948.

[191] Ebenda, Saint-Hardouin (Lusset) an die DGRC am 12.1.1948, No. 194/MC; Lusset, Sartre in Berlin. Die dort angekündigte Gesamtdarstellung über die Arbeit der Mission Culturelle hat der inzwischen Verstorbene nicht mehr beenden können.

Musikdarbietungen beteiligt; doch die Zuständigkeit für ihre Organisation lag bei Dienststellen der Militärregierung, in erster Linie beim *Bureau* (später: *Service*) *des Spectacles et de la Musique*. Diese Konstellation konnte nicht lange verborgen bleiben. Im Pariser Außenministerium verglich man in einer kritischen Gegenüberstellung die mageren Früchte von Lussets Tätigkeit mit den Bilanzen konkurrierender Besatzungsbehörden in Berlin und vor allem Baden-Baden. Ein umfangreicher Bericht des Generalinspekteurs im Quai d'Orsay, Achille Clarac, brachte dies Anfang Februar 1948 zum Ausdruck: In Berlin könne ein Kulturattaché angesichts der Insellage der Stadt inmitten der sowjetischen Zone, die sich für französische Kultur als unzugänglich erwiesen habe, kaum etwas ausrichten. Es sei wohl am besten, solange der Kontrollrat noch bestehe, Hepp in Berlin zu belassen, den *Attaché Culturel* hingegen nach Baden-Baden zu versetzen, wo er mit Unterstützung der DEP effizienter die Bizone erreichen könne. Die entsprechende Person müsse mit Schmittlein in bestem Einvernehmen zusammenarbeiten[192]. Clarac ging also nicht davon aus, daß es sich bei dem künftigen Kulturbeauftragten in der französischen Zone zwangsläufig um den bislang in Berlin amtierenden Lusset handeln werde.

Zur Negativbilanz französischer Kulturpolitik außerhalb Südwestdeutschlands zählte insbesondere die Abschottung des sowjetischen Besatzungsgebiets gegen westliche Beeinflussungsversuche. Gleichzeitig hielten manche Pariser Diplomaten die Ambitionen der *Mission Culturelle*, den Eisernen Vorhang für französische Kultur durchlässig zu machen, für vergebliche Liebesmüh[193]. In der Tat gelang es nicht, mehr als die zeitweilige Abordnung zweier Lektoren an die Universitäten in Ost-Berlin und Leipzig zu erreichen[194]. Auch Lussets Bemühungen um eine Intensivierung und Aufwertung des Französischunterrichts an den Schulen der sowjetischen Zone blieben fruchtlos, wie er im Frühjahr 1948 selbst einräumte[195]. Trotz seiner guten Beziehungen zu hohen Beamten der Ostberliner Kultusverwaltung, die sich für Verbesserungen einzusetzen versprachen[196], mußte Lussets Nachfolger im August 1950 schließlich feststellen: „Die Lage des Französischen im Ostsektor [Berlins] und in der Ostzone wird immer schlimmer."[197] So fiel die Bilanz der *Mission Culturelle* für die sowjetische Besatzungszone rundum negativ aus. Nicht zuletzt machte sich die Abwesenheit französischer Konsulate, die Lussets Bemühungen hätten unterstützen können, nachteilig

[192] MAE, Z/Allemagne/102, fol. 227ff., ungezeichneter „Rapport d'inspection sur les œuvres françaises en Allemagne" vom 4.2.1948, No. 193; zur Urheberschaft Cuer, Französischunterricht, S. 62; zum Werdegang Claracs Who's Who in France, 1957/58, S. 649f.

[193] Claracs „Rapport d'inspection" vom 4.2.1948.

[194] Außer Lussets Stellvertreter Maurice Jordy, der von Frühjahr 1947 bis Anfang 1949 an der Humboldt-Universität unterrichtete, nahm seit Januar 1948 René Thoraval von seinem Berliner Wohnsitz aus ein Lektorat an der Leipziger Universität wahr; AOFA, GMFB, Cons. Pol. P. 146, XC 7, Jordy an Santelli am 2.9.1949, No. B/1469/MC; Semesterberichte Jordys über seine Tätigkeit an der Humboldt-Universität, in: AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 2/1; Thoravals Bericht über seine Tätigkeit in Leipzig vom Mai 1948, in: MAE, Rel. Cult., Enseign. 1948–59/34.

[195] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 1/0, Lussets persönlicher Brief an Saint-Hardouin vom 6.4.1947; ebenda, P. 145, XC 2/9, Lussets „Rapport sur la situation de l'enseignement du Français en Allemagne" vom 1.3.1948.

[196] Ebenda, P. 145, XC 2/6, Saint-Hardouin (Lusset) an die DGRC am 24.8.1948, No. 4353/MC bzw. 583/RC.

[197] AOFA, AC 155,2, Henri Grange an die DGRC am 10.8.1950, No. 2264/MC.

bemerkbar. Aus Pariser Sicht war indessen entscheidend, inwieweit es den eigenen Vertretern gelang, in der westlichen Bizone zu reüssieren. Dies war der Maßstab, den man im Quai d'Orsay an die Tätigkeit der *Mission Culturelle* legte und der letzten Endes über das politische Schicksal ihres Leiters entschied.

Dauerkonflikte mit den Konsulaten in der Bizone

Während in Berlin die französische Besatzungsmacht mit einem eigenen, wenn auch vergleichsweise bescheidenen Militärregierungsapparat vertreten war und Lusset sich im französischen Sektor mit dem – ebenfalls nur relativen – Vorrang der *Division de l'Education et des Affaires Culturelles* unter Hepp abfinden mußte[198], blieben die Zonen der Alliierten französischen Herrschaftsansprüchen gänzlich entzogen, so daß sich Paris zur Wahrnehmung seiner Interessen dort auf das herkömmliche Instrumentarium zwischenstaatlicher Diplomatie angewiesen sah. Im Frühjahr 1946 wertete der Quai d'Orsay die *Offices des Intérêts Français* in Hamburg, München und Düsseldorf zu Generalkonsulaten, in Frankfurt und Stuttgart/Tübingen[199] zu Konsulaten auf. Sie unterstanden – ebenso wie die konsularischen Vertretungen in der französischen Zone und in Berlin[200] – Koenigs Berater Saint-Hardouin, dem ranghöchsten französischen Diplomaten in Deutschland, der zu ihren Aufgaben „alle Fragen der Kulturpolitik im jeweiligen Dienstbezirk" zählte[201]. In München kam es allerdings von Anbeginn zu Kompetenzkonflikten zwischen dem Leiter des *Offices des Intérêts* und dem Verbindungsoffizier des französischen Oberkommandos bei der amerikanischen Militärregierung[202], der sich frühzeitig mit kulturpolitischen Initiativen hervortat[203]. Unter den obwaltenden Umständen stand kaum zu erwarten, daß Lusset, der in Berlin regel-

[198] Zu Umfang und Bedeutung des französischen Militärregierungsapparats in Berlin vgl. Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle, S. 163; zum Vorrang Hepps (und der Rolle der Informationsabteilung unter Silbert) das Sitzungsprotokoll des Comité d'action culturelle et d'information vom 24.6.1947; in: AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 1/1; zu den äußerst bescheidenen Aktivitäten der Division de l'Education deren Monatsberichte, in: AOFA, AC 61,2.

[199] Konsul d'Huart war sowohl für das französisch besetzte Tübingen, wo er bis 1949 seine Hauptresidenz hatte, als auch für das 40 Kilometer entfernte Stuttgart in der US-Zone zuständig. Gegenüber Saint-Hardouin bezeichnete er den Stuttgarter Amtssitz am 8.12.1948 rückblickend als untergeordnete Außenstelle Tübingens (boîte au[x] lettre[s]), die sich erst allmählich, nahezu hinter dem Rücken der amerikanischen Behörden, zum veritablen Konsulat entwickelt habe; in: AOFA, AC P. 3, 4/A 7, No. 78/A.

[200] Der französische Generalkonsul in Berlin war gleichzeitig Delegationsleiter im Generalsekretariat des Alliierten Kontrollrats.

[201] AOFA, AC P. 6, 7/A 10.1, Saint-Hardouin an Schmittlein am 18.7.1946, No. 5748. In Fragen der allgemeinen Politik war Koenig, in administrativen Belangen der Quai d'Orsay die weisunggebende Instanz der Konsuln; MAE, Rel. Cult., Enseign. 1948–59/34, Charmasses Telegramm an das Außenministerium vom 16.4.1948, Nos. 95–98.

[202] Der Austausch von Verbindungsoffizieren zwischen den vier Zonenkommandanten war im Londoner Abkommen über die Organisation der alliierten Kontrolle in Deutschland vom 1.5.1945 (Art. II) vereinbart worden; vgl. Virally, Internationale Verwaltung, S. 55.

[203] Anlaß für Saint-Hardouins Schreiben an Schmittlein vom 18.7.1946 war die Klage des französischen Generalkonsuls in München Jousset über eine kulturpolitische Initiative des Verbindungsoffiziers Sorbac. Die konkurrierenden Ambitionen zeigten sich bereits im April 1946; MAE, Z/Allemagne/99, fol. 176 bzw. 181 ff. Sorbac hatte im Januar 1946 die Einrichtung einer Französischen Bibliothek in München angeregt; AOFA, CCFA, Cons. Pol., P. 200, C III-4/0, Saint-Hardouin an Jousset am 7.2.1946, No. 548.

recht eingesperrt war[204], unangefochten die alleinige Verantwortung für Frankreichs *action culturelle* in den alliierten Zonen übernehmen konnte. Zu Beginn seiner Amtszeit, im Oktober 1946, reiste er zwar zu einem Antrittsbesuch in das britisch besetzte Rheinland[205], doch blieb dies für lange Zeit ein singuläres Unternehmen. Ein Jahr später fand er erstmals den Weg in amerikanisches Besatzungsgebiet, und zwar nach München[206]. In den württembergischen Amtsbezirk des Stuttgarter Konsuls Pierre d'Huart gelangte er hingegen kein einziges Mal, so daß dieser schließlich mit Nachdruck seine Dienste als kulturpolitischer „Fideikommissär" anbot[207].

Lussets Rückzug auf seinen Berliner Amtssitz war eine Seite der Medaille; die andere bestand im uneingeschränkten Anspruch des Kulturattachés, die Fäden auf der gesamtdeutschen Bühne (außerhalb der französischen Zone) in der Hand zu halten[208]. Dies trug ihm nicht nur den föderalistisch legitimierten Vorwurf ein, die landsmannschaftlichen Eigenheiten und strategischen Gewichte der verschiedenen Regionen, insbesondere Bayerns und der Hansestädte, zu verkennen[209], sondern auch das komplementäre Gravamen einer von der preußischen Hauptstadt ausgehenden „Überzentralisierung"[210]. An der Spitze der französischen Generalkonsulate saßen altgediente, in kulturpolitischen Belangen erfahrene Diplomaten, die nicht gewillt waren, sich von Lusset, dem Homo novus, „bevormunden" zu lassen[211]. Mancher deutschlandpolitische Experte am Quai d'Orsay schloß sich ihren antizentralistischen Argumenten an und bekräftigte die Bedeutung Münchens und Hamburgs als die „beiden Pole des Föderalismus in Deutschland"[212]. Doch die Haltung des Außenministeriums blieb ambivalent. Die nachdrücklichen Forderungen des seit Juni 1947 in München residierenden Generalkonsuls Louis Keller, Bayern kulturpolitisch angemessen zu berücksichtigen, fanden in Paris durchaus Gehör[213]. Seine Anregung zur Gründung eines *Centre intellectuel français*, das von München aus dazu beitragen sollte, Frankreichs „Mission

[204] MAE, Z/Allemagne/102, fol. 227 ff., Claracs „Rapport d'inspection [...]" vom 4.2.1948.

[205] AOFA, AC P.6, 8/A.10–2, Konsul Arnal an Saint-Hardouin am 6.8.1946, No. 133 AMB; Saint-Hardouin (Lusset) an die DGRC am 31.10.1946, No. 135/RC.

[206] AOFA, AC P. 2, 3/A 10.0, Übersicht französischer Kulturveranstaltungen in Berlin und den alliierten Zonen von August bis Oktober 1947; AOFA, AC P. 5, 6, Saint-Hardouin an Bidault am 29.4.1947, No. 1179/MC.

[207] AOFA, AC P. 3, 4/A 7.a, d'Huart an Lusset am 28.11.1947, No. 472/CP; AOFA, AC P. 6, 7/A 10.1, d'Huart an Saint-Hardouin am 3.8.1948, No. 287/CP; d'Huart an Lusset am 19.8.1948, No. 982/D.

[208] AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 25, XC 3, Charmasse an Saint-Hardouin am 13.12.1947.

[209] MAE, Z/Allemagne/102, fol. 198 ff., Generalkonsul Keller an Saint-Hardouin am 21.1.1948, No. 33.

[210] AOFA, AC P. 7, 9/A.10–3, Lussets Vermerk für Charmasse vom 26.11.1947, No. 3550/MC, in dem die Befürchtungen des Münchner Generalkonsuls hinsichtlich einer „Überzentralisierung" der französischen Kulturpolitik in Berlin als unbegründet bezeichnet werden; ferner AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 146, XC 3/5, Generalkonsul Pigeonneau an Seydoux am 9.2.1948, No. 20/CP.

[211] Charmasse an Saint-Hardouin am 13.12.1947.

[212] MAE, Z/Allemagne/102, fol. 227 ff., Claracs „Rapport d'inspection [...]" vom 4.2.1948.

[213] So beim Deutschlandbeauftragten der DGRC, Lalouette, der seine während einer Inspektionsreise gesammelten Eindrücke am 19.7.1947 in der „Note sur l'action culturelle française en Allemagne" zusammenfaßte; in: MAE, Z/Allemagne/101, fol. 205 ff.; abgedruckt in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 275 ff.

in Europa zu erfüllen"[214], knüpfte an die Traditionen auswärtiger Kulturpolitik an. Lusset und die Pariser DGRC lehnten jedoch eine Vorzugsbehandlung des Freistaates aus organisatorischen Gründen ab[215]. So wandte sich Keller im August 1947 mit der Bitte um Unterstützung an den Baden-Badener Erziehungsdirektor, der zusagte, französische Künstler, Vortragsreferenten oder Schauspielensembles aus der französischen Zone nach München und in andere bayerische Großstädte zu entsenden[216]. Auch der Kreisdelegierte Weill im oberschwäbischen Biberach erwies sich als rühriger Vermittler französischer Kulturerzeugnisse in die amerikanisch besetzten Gebiete Württembergs und Bayerns[217]. Während die dort residierenden Konsuln angesichts der von Paris und Berlin angeblich praktizierten „politique d'absence"[218] solche kulturpolitische Schützenhilfe begrüßten, sah Lusset darin die unzulässige Kompetenzanmaßung von Besatzungsoffizieren, die zu Verwicklungen mit den amerikanischen Militärregierungsbehörden führen konnte[219]. Als die Kulturdirektion des Quai d'Orsay für 1948 eine Reduzierung französischer Kulturveranstaltungen ankündigte, legte der Generalkonsul in München Protest ein[220]. Es gelte zu demonstrieren, daß den Verantwortlichen der französische Einfluß in Deutschland keineswegs gleichgültig sei und daß Frankreich „zwar nicht mehr die 'Mutter der Waffen', aber wenigstens noch immer die 'der Künste und der Gesetze' ist"[221]. Andererseits warnte der Diplomat mehrfach vor künstlerischen Experimenten, die im konservativen Bayern Mißfallen erregten[222]. München dürfe nicht in das kulturpolitische Standardprogramm für die Bizone einbezogen werden. Auch sollte die Organisation der Veranstaltungen ortsansässigen Institutionen vorbehalten bleiben[223].

Vor allem die Tatsache, daß dem seit Sommer 1947 verfolgten Projekt eines *Institut Français* in München bis Ende 1949 kein Erfolg beschieden war[224], empfand Keller

---

[214] AOFA, AC P. 7, 9/A.10–3, Keller an die DGRC am 3.7.1947, No. 920-RC.

[215] AOFA, AC P. 5, 6, Saint-Hardouin (Lusset) an die DGRC am 1.8.1947, No. 2013/MC bzw. 382/RC; AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 146, XC 4/1, DGRC an Saint-Hardouin am 20.4.1948, No. 180/RC/1.AA.

[216] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 146, XC 4/1, Keller an Saint-Hardouin am 18.8.1947, No. 433.

[217] Ebenda, Keller an Saint-Hardouin am 12.4.1948, No. 238, und am 24.6.1948, No. 401.

[218] AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 24, XC 2–8, Keller an François-Poncet am 28.9.1949, No. 399.

[219] AOFA, AC P. 6, 7/A 10.1, Saint-Hardouin (Lusset) an d'Huart am 28.1.1948, No. 396/MC; AOFA, AC P. 7, 9/A.10–3, Seydoux (Lusset) an Keller am 29.10.1947, No. 3187/MC; Lussets Vermerke für Charmasse vom 24.11.1947, No. 3519/MC, und vom 3.5.1948, No. 2486/MC.

[220] MAE, Z/Allemagne/102, fol. 198ff., Keller an Saint-Hardouin am 21.1.1948, No. 33.

[221] AOFA, GMFB, Cons. Pol. P. 146, XC 4/1, Keller an den Quai d'Orsay am 16.10.1947, No. 1456/RC.

[222] Ebenda, Keller an Saint-Hardouin am 24.3.1948, No. 163: Der Münchner Auftritt des avantgardistischen („sogar linksextremen") Pariser Ballet des Arts habe ein mehrheitlich enttäuschtes Publikum hinterlassen. Aber auch in Berlin waren wenige Tage später die Reaktionen ähnlich; die Vorführung des Pariser Balletts habe das Publikum „plutôt surpris que séduit"; ebenda, Saint-Hardouin an die DGRC am 8.4.1948, No. 194/RC; diesen Eindruck bestätigt eine Besprechung in „Der Spiegel" vom 3.4.1948, S. 24f.

[223] Ebenda, Keller an Saint-Hardouin am 24.3.1948, No. 164.

[224] AOFA, AC P. 7, 9/A.10–3, diverse Korrespondenz; MAE, Rel. Cult., 1945–47/46, Lussets Vermerk für Bourbon-Busset vom 7.8.1947: Saint-Hardouin habe bei seiner Rückkehr aus München von der Idee gesprochen, dort ein Institut Français zu gründen.

als persönlichen Rückschlag. Seine kritische, teils polemische Bilanz vom September 1949 verwies auf die angebliche Besorgnis französischer Kreise, „daß dem reaktionären, katholischen Milieu eine gewisse Ausstrahlung ermöglicht werde", und beklagte bürokratische Reibungsverluste. „Einmischungen" des Pariser Generalkommissariats sowie der Dualismus von DEP und *Mission Culturelle* hätten die Effizienz französischer Kulturpolitik in der Bizone schwer beeinträchtigt. Wenigstens sei es ihm gelungen, die Bibliotheksbestände des vormaligen *Institut Français* in Bukarest nach München zu überführen und die Mittel zum käuflichen Erwerb des früheren Konsulatsgebäudes zu beschaffen. Damit sei der Grundstein für das künftige Kulturinstitut in München gelegt[225]. Graf Keller war zweifellos ein ebenso diensterfahrener wie eigenwilliger Diplomat, der in Übereinstimmung mit der Pariser Deutschlanddoktrin die regionalen Besonderheiten seines Einsatzortes zu berücksichtigen suchte und gleichzeitig das eigene Wirken ins rechte Licht zu rücken verstand. Auseinandersetzungen mit Lusset und der Pariser DGRC über die Ausgestaltung der französischen Kulturpolitik in Bayern blieben zwar nicht aus, hielten sich jedoch im Rahmen vorhersehbarer Zuständigkeitskonflikte.

Anders lagen die Dinge in Hamburg, wo sich ein regelrechter Kleinkrieg zwischen Generalkonsul Pigeonneau[226] und dem Berliner Kulturattaché entwickelte, der noch dadurch verschärft wurde, daß Lussets Stellvertreter Laurent nach einem halben Jahr die *Mission Culturelle* im Streit verließ und zur französischen Vertretung an der Elbe überwechselte[227]. Schon der erste, von ebensoviel Tatkraft wie Ehrgeiz zeugende Bericht seines ehemaligen Adlatus aus Hamburg bot Lusset den Anlaß für eine scharfe Philippika[228]. Laurent befürwortete, wie Hepp in Berlin, die Gründung eines Kulturzentrums in der norddeutschen Metropole. Auch in diesem Fall legte der *Mission Culturelle*-Chef sein Veto ein. Der Quai d'Orsay habe nie die Absicht bekundet, in den Besatzungszonen der Verbündeten französische Kulturzentren zu errichten, die im Unterschied zum Freiburger *Institut Français* und seinen südwestdeutschen Filialen den Eindruck reiner Propaganda-Instrumente erwecken müßten. Es sei allerdings nichts dagegen einzuwenden, wenn das Generalkonsulat eine französische Bibliothek einrichte und die Patronage kultureller Darbietungen übernehme, die offiziell von deutscher Seite angeregt wurden. Auch die von Laurent favorisierte Wiederbelebung einer vor dem Kriege bestehenden Deutsch-Französischen Gesellschaft beurteilte Lusset skeptisch. Es dürften keinesfalls Einrichtungen erneuert werden, „an die die französische Öffentlichkeit zu Recht die schlimmsten Erinnerungen hat"[229]. Selbst

[225] AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 24, XC 2–8, Keller an François-Poncet am 28.9.1949, No. 399.

[226] Der genaue Beginn der Amtszeit Pigeonneaus ließ sich nicht ermitteln. Er hatte bis Anfang 1947 mindestens drei Vorgänger in Hamburg: de Panafieu, Milon de Peillon und Petiot.

[227] AOFA, AC P. 5, 6, Saint-Hardouin an den Quai d'Orsay am 29.4.1947, No. 1179/MC; AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 1/2, Saint-Hardouin an Joxe am 18.6.1948.

[228] AOFA, AC P. 6, 8/A.10–2, Laurents Bericht für Pigeonneau vom 1.6.1947, den der Generalkonsul direkt an den Quai d'Orsay weiterleitete. Erst von Paris aus gelangte eine Abschrift zur Kenntnis Lussets, was dieser als gezielten Affront empfand.

[229] Lusset spielte vermutlich auf das Schicksal der Deutsch-Französischen Gesellschaft an, die von Otto Grautoff Ende 1927 gegründet, von den NS-Machthabern zunächst aufgelöst und dann unter demselben Namen in ein Propagandainstrument des „neuen Deutschlands" umfunktioniert worden war; vgl. Bock, Deutsch-Französische Gesellschaft.

unter anderem Namen sei es für das in Hamburg erwogene Vorhaben noch zu früh, da dies die Wiederherstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland voraussetze. Außerdem bewege man sich auf dem gefährlichen Grat der Kollaboration, mit der es sich genau wie mit der Propaganda verhalte: „Man darf sie betreiben, aber keinesfalls darüber sprechen." Statt dessen müßte der vom Außenministerium vertretene Grundsatz beherzigt werden, daß nur solche deutschen Interessengemeinschaften Unterstützung verdienten, die ausschließlich den eigenen Landsleuten französische Kultur nahezubringen trachteten, also nicht intendierten, umgekehrt auch Franzosen mit deutschem Bildungsgut vertraut zu machen[230]. Diesem Einwand suchte der Hamburger Generalkonsul den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er darauf hinwies, daß der von frankophilen Kreisen der Hansestadt anvisierte Austausch unter den gegebenen Umständen selbstverständlich als Floskel zu betrachten sei[231].

Noch besaßen Lussets Argumente das größere Gewicht in der Kulturabteilung des Quai d'Orsay. Diese teilte dem Hamburger Generalkonsul mit, daß eine Fördergesellschaft, die den – unzeitgemäßen – Gedanken eines kulturellen Austauschs fallenlasse, leichter die Unterstützung Frankreichs finde[232]. Pigeonneaus Mitarbeiter lernte seine Lektion schnell. Einer Deutsch-Französischen Gesellschaft in Göttingen, die sich auf die von Churchill u. a. propagierte Paneuropa-Idee berief, attestierte Laurent mit deutlicher Kritik politische Ambitionen. Das beste Gegenmittel bestehe darin, die Gründung einer „Gesellschaft der Freunde französischer Kultur" zu unterstützen, die sowohl dem von Paris favorisierten Standardmodell entspreche als auch leichter zu überwachen sei. Dies beabsichtige das Hamburger Generalkonsulat zu tun[233]. Doch ungeachtet der scheinbar erreichten Einmütigkeit zwischen der Gesandtschaft in der Hansestadt und den Kulturdiplomaten von DGRC und *Mission Culturelle* wurde die französische Position im britisch besetzten Göttingen wenig später zum Auslöser eines heftigen Zusammenstoßes zwischen Pigeonneau und Lusset, aus dem sich ein belastender Dauerkonflikt entwickelte[234]. Der Hamburger Generalkonsul warf dem Kulturattaché ohne diplomatische Umschweife vor, durch seine „verhängnisvollen Interventionen" ein Chaos hervorgerufen zu haben. Lusset mißdeute die ihm zugedachte Koordinationsfunktion, indem er sie über Gebühr und im Widerspruch zu den Prinzipien französischer Deutschlandpolitik in anmaßend zentralistischer Manier ausschöpfe. Damit unterminiere er die Autorität und Handlungsfähigkeit des General-

---

[230] AOFA, AC P. 6, 8/A.10–2, Lussets Vermerk für Saint-Hardouin vom 24.6.1947, No. 1561/MC.

[231] Ebenda, Pigeonneau an die DGRC am 13.6.1947, No. 418/RC.

[232] Das Schreiben der DGRC an Pigeonneau vom 8.7.1947, No. 429/RC, wurde nicht ermittelt; sein Inhalt kann aber aus Pigeonneaus Antwortschreiben vom 26.7.1947, No. 606 B, und einem Brief des Generalkonsuls an den Hamburger Senatspräsidenten Lüth vom selben Tag erschlossen werden; in: ebenda.

[233] AOFA, AC P.6, 8/A.10–2, Generalkonsul Hamburg (Laurent) an Seydoux am 30.7.1947, No. 74 CP.

[234] Anlaß war die wenig ehrenvolle Ablösung des französischen Lektors an der Göttinger Universität im August 1947, dem man deutscherseits einen Mangel an fachlicher Qualifikation, französischerseits fehlendes Fingerspitzengefühl ankreidete; AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 2/1, Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultat an den betreffenden Lektor vom 20.9.1947.

konsuls, zu dessen Aufgaben die eng mit politischen Fragen verknüpfte *action culturelle* in seinem Amtsbezirk gehöre. Für den Fall, daß dieser Zustand andauere, drohte Pigeonneau unverhüllt mit seinem Rücktritt[235].

Wenngleich Lusset zu diesem Zeitpunkt noch mit der uneingeschränkten Rückendeckung durch die Pariser DGRC rechnen konnte[236], zogen doch von Westdeutschland drohende Gewitterwolken über dem zunehmend isolierten Kulturattaché auf. Nachdem auch der Stuttgarter Konsul d'Huart sich mehrfach heftig über Lussets Amtsführung beschwert hatte[237], schien manchem in Koenigs Umgebung die Zeit zum Handeln gekommen. „Der Konflikt zwischen unseren Konsuln und Lusset droht in Kürze zu eskalieren, wenn da keine Ordnung geschaffen wird", urteilte Saint-Hardouins Stellvertreter Charmasse im Dezember 1947. „Lusset mangelt es fraglos an Nachgiebigkeit; er ist äußerst autoritär und möchte alles selbst entscheiden." Dies sei zwar bei Grundsatzbeschlüssen angebracht; für die Regelung konkreter Details müsse man jedoch den Konsuln, die zum Teil über langjährige Erfahrungen verfügten, eigenen Handlungsspielraum zugestehen. Übertriebener Zentralismus aus Prinzipienreiterei könne in der Praxis verheerende Folgen haben[238]. Lussets Verhalten in dieser Frage war in der Tat widersprüchlich. Sosehr er die eigene Zuständigkeit für die Versorgung der Bizone mit französischen Büchern und kulturellen Zeitschriften herausstrich, mußte er andererseits einräumen, selbst vor Nachschubproblemen zu stehen. So riet er d'Huart, die räumliche Nähe und das gute Verhältnis zu den Militärregierungsbehörden der französischen Zone zu nutzen und deren Erziehungs- oder Informationsdirektion um die Lieferung von Druckerzeugnissen an das Stuttgarter Konsulat zu bitten[239].

Die heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Berliner Kulturattaché und den Konsuln in der Bizone schlugen Wellen bis nach Paris. Am Quai d'Orsay wollte man ein eigenes Bild der Situation gewinnen und entsandte daher Generalinspekteur Clarac über den Rhein. Sein Bericht vom Februar 1948, der die Vorwürfe der Gegner Lussets ohne Einschränkung übernahm[240], bedeutete eine Bankrotterklärung für die Arbeit der *Mission Culturelle* und ein denkbar schlechtes Zeugnis für ihren Leiter[241].

Zu den Gravamina interessierter deutscher Kreise, die sich hilfesuchend an die Konsuln wandten, gehörte die Lieferung französischer Bücher und Zeitschriften, deren Förderung Lussets besonderes Augenmerk galt[242]. Eine Inspektionsreise nach Baden-Baden im Frühjahr 1947 überzeugte den Kulturattaché davon, daß der dort praktizierte Vertrieb französischer Publikationen keinesfalls auf das übrige Deutschland

---

[235] Ebenda, Pigeonneau an Seydoux am 6.10.1947, No. 112/CP.

[236] Ebenda, DGRC (Baillou) an Saint-Hardouin am 16.9.1947, No. 581/RC.éo.

[237] AOFA, AC P. 6, 7/A 10.1, d'Huarts diverse Korrespondenz mit dem Quai d'Orsay.

[238] AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 25, XC 3, Charmasse an Saint-Hardouin am 13.12.1947.

[239] AOFA, AC P. 6, 7/A 10.1, Lusset an d'Huart am 24.6.1947, No. 1578/MC; AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 145, XC 3/2, Saint-Hardouin (Lusset) an d'Huart am 6.4.1948, No. 1884/MC.

[240] Clarac war selbst Karrierediplomat und trat vier Jahre später an die Spitze des Münchner Generalkonsulats; vgl. Who's Who in France, 1957/58, S. 649f.

[241] MAE, Z/Allemagne/102, fol. 227ff., Claracs „Rapport d'inspection [...]" vom 4.2.1948, No. 193.

[242] Beschwerdeschreiben deutscher Buchhändler und französischer Konsuln, in: AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 145, XC 3/2 und P. 146, XC 3/5.

übertragen werden durfte. Er bot an, „in einem Geiste, der den Traditionen auswärtiger Kulturpolitik entspricht", die Angelegenheit in die Hand zu nehmen[243]. Die Pariser DGRC griff seine Vorschläge zustimmend auf und empfahl die Einsetzung einer Kommission (*chargée d'arrêter les directives de la diffusion du livre français en Allemagne*), die eine Liste mit 300 für deutsche Leser geeigneten Werken erstellen sollte[244]. Mit Informationsdirektor Arnaud traf Lusset im Juni 1947 eine Übereinkunft zur Finanzierung des Buch- und Zeitschriftenhandels[245]; als alleinigen deutschen Geschäftspartner autorisierte er ein Berliner Verlagshaus[246]. Dessen Monopolstellung, gepaart mit dem zentralistischen Zuständigkeitsanspruch des Kulturattachés, erweckte bei Kunden in der Bizone und ihren Fürsprechern, den französischen Konsuln, erhebliches Mißfallen[247]. Im Frühjahr 1948 mußte Lusset zudem den praktischen Mißerfolg der getroffenen Regelung einräumen. Er bat daher seine entschiedensten Gegner in dieser Frage, Pigeonneau und d'Huart, um Alternativvorschläge, die allerdings den Wunsch des Quai d'Orsay nach einer Zentralisierung in Berlin sowie sein eigenes Bemühen um „Liberalität" bei der Lieferung französischer Druckerzeugnisse berücksichtigen sollten[248]. Zu diesem Zeitpunkt war bereits beschlossen, eine Frankfurter Verlagsgemeinschaft als Partner des Berliner Großhändlers mit der Belieferung bizonaler Buchhändler zu beauftragen[249]. Aus Stuttgart kam die Antwort prompt und unvermindert heftig. Man müsse feststellen, so Konsul d'Huart, „daß bisher aus Berlin keine wirksamen Maßnahmen zur Verbreitung des französischen Geisteslebens ergriffen werden konnten". Geradezu paradox sei es, angeblich für eine „liberale" Haltung einzutreten, gleichzeitig aber einer Berliner Firma das Handelsmonopol auf französische Druckerzeugnisse einzuräumen. Ein solcher Dirigismus habe in Deutschland nicht einmal unter Hitler bestanden[250]. Auch die Reaktion seines Hamburger Kollegen fiel nicht freundlicher aus. Pigeonneau äußerte offen Genugtuung darüber, daß sich seine Befürchtungen hinsichtlich des Berliner Grossisten bewahrheitet hätten. Ihm sei von Anbeginn klar gewesen, daß in einem Land, das weithin schärfster Kontingentierung unterworfen sei, die „liberale" Bewirtschaftung eines Teilbereichs nur den Schwarz-

[243] AOFA, AC P. 5, 6, Lussets Vermerk für Saint-Hardouin vom 29.3.1947, No. 941/MC; Lussets „Note concernant la diffusion du livre français en Allemagne (zone française exceptée)" für die DGRC vom selben Tag, No. 938/MC.

[244] MAE, Z/Allemagne/101, fol. 77ff., Lalouettes Vermerk für den Minister vom 9.5.1947.

[245] AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 25, XC-3, Lussets Aufzeichnung „Diffusion des publications et des livres français en Allemagne" vom 28.6.1947, No. 1646/MC: Lusset erhielt aus dem Budget der DI monatlich eine Million Francs; ein weiterer monatlicher Vier-Millionen-Kredit wurde auf die deutsch-französische Handelsbilanz angerechnet. Diese fünf Millionen Francs p.m. wurden als Devisentransferrahmen („Transferplafond") deklariert, stellten also den zulässigen Höchstbetrag eines Umtauschs von (nicht konvertierbaren) Reichsmark in französische Währung dar. Drei Fünftel waren für Bücher, der Rest für Presseerzeugnisse vorgesehen; zwei Drittel des Bücheretats (etwa zwei Millionen) für Transaktionen in bzw. mit der Bizone, die restliche Million Francs für Geschäftsbeziehungen in bzw. mit Berlin und der SBZ.

[246] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 145, XC 3/2, umfangreiche Korrespondenz.

[247] Ebenda, P. 146, XC 3/5, Pigeonneau an Seydoux am 9.2.1948, No. 20/CP.

[248] Ebenda, P. 145, XC 3/2, Saint-Hardouin (Lusset) an Pigeonneau und d'Huart am 30.3.1948, No 1721 bzw. 1722/MC.

[249] Ebenda, Seydoux (Lusset) an die DGRC am 1.3.1948, No. 1126/MC bzw. 124/RC. Tatsächlich eröffnete dann jedoch die Berliner Firma Mack selbst eine Filiale in Wiesbaden.

[250] Ebenda, D'Huart an Seydoux am 8.4.1948, No. 141/CP; ähnlich am 28.4.1948, No. 168/CP.

markt begünstigen könne, sobald die Nachfrage das Angebot übersteige[251]. Daß der Export französischer Literatur nach Deutschland auch in Paris auf vielfältige Hemmnisse traf, bezeugt ein Lagebericht des Kulturattachés von Ende August 1948, der das umständliche Procedere im grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr schildert[252].

Als nach weiteren Zwischenfällen im Frühsommer 1948 die Krise zwischen den französischen Kulturdiplomaten in Berlin und Hamburg bedrohlich eskalierte, sah sich Saint-Hardouin gezwungen, die DGRC einzuschalten, um eine Schlichtung herbeizuführen. Er legte den Pariser Verantwortlichen einen Text zur Billigung vor, der Lussets Zuständigkeit in den Besatzungszonen der Alliierten festschrieb[253]. Die Kulturdirektion gab sich salomonisch und plädierte für eine „Konzertierung" zwischen Lussets Dienststelle und den Konsulaten[254]. Saint-Hardouin, dem diese Antwort offenbar zu diplomatisch-vage und wenig eindeutig erschien, erläuterte den Konsuln seine eigene Auslegung: „Wenngleich es Ihnen obliegt, mir Ihre Auffassung, sogar Ihre Kritik an der kulturpolitischen Entwicklung in Ihrem Amtsbezirk mitzuteilen, dürfen Sie selbst doch keine Initiative in dieser Hinsicht ergreifen, und schon gar nicht darf eine Unternehmung unseres Kulturberaters vereitelt werden, ohne daß ich vorher Gelegenheit hatte, mit ihm die Angelegenheit zu besprechen und Ihnen meine Entscheidung mitzuteilen."[255] Diese Formulierungen ließen keinen Zweifel daran bestehen, daß Saint-Hardouin den Vorrang seines Kulturattachés rückhaltlos verteidigte und dem konsularischen Personal lediglich Hilfsfunktionen zugestand. Lusset schien damit einem Punktsieg um so näher, als er zur selben Zeit, im Juli 1948, das durch die sowjetische Blockade abgeschnürte Berlin verlassen konnte, um in Mainz eine Filiale der *Mission Culturelle* zu eröffnen[256]. Unterdessen blieb Maurice Jordy, der französische Lektor an der Humboldt-Universität, an der Spree und übernahm als Lussets

---

[251] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 145, XC 3/2, Pigeonneau an Seydoux am 26.5.1948, No. 93/CP.

[252] Ebenda, Lussets Bericht über die aktuelle Lage des französischen Buchwesens in Deutschland vom 31.8.1948.

[253] AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 24, XC-1, Saint-Hardouin an die DGRC am 8.6.1948, No. 350/RC; AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 1/2, Saint-Hardouin an Joxe am 18.6.1948; AOFA, AC P. 11, 14/A5-A6, Aufzeichnung (Lussets) „Attribution du Conseiller Culturel en matière universitaire" vom 28.6.1948, No. 3615/MC, mit Begleitschreiben Saint-Hardouins an die DGRC am 30.6.1948.

[254] AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 24, XC-1, DGRC an Saint-Hardouin am 15.7.1948, No. 279/RC/1.AA.

[255] Ebenda, Saint-Hardouins Rundschreiben an die Konsulate und an Lusset vom 26.7.1948, Nos. 65, 67, 90, 97, 167 bzw. 3493.

[256] AOFA, GMFB, Cons.Pol., P. 144, XC 1/1, Saint-Hardouins (Lussets) „Instruction concernant la Mission Culturelle Française en Allemagne" vom 2.7.1948, No. 3769/MC; Saint-Hardouin an den Gouverneur Rheinhessens am 13.11.1948; AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, P. XC 24, XC-1, Saint-Hardouin an die DGRC am 16.7.1948, No. 472/RC. Baden-Baden kam wegen der dort herrschenden Enge nicht in Frage; zudem verfügte Mainz an der Grenze zur US-Zone über beträchtliche Standortvorteile. Die Suche nach einer Unterkunft für Lussets neunköpfige Equipe zog sich bis Mitte August 1948 hin und war auch dann noch nicht zur vollen Zufriedenheit gelöst; AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 1/0, Saint-Hardouin an Gromand am 29.7.1948, No. 135/HS/MC; Saint-Hardouin an Koenig am 24.8.1948, No. 4356/MC; ebenda, XC 1/1, Saint-Hardouin an den Gouverneur Rheinhessens am 13.11.1948.

Stellvertreter die Leitung des Frohnauer Büros, das weiterexistieren sollte, um nicht den Eindruck einer französischen Flucht aus der umkämpften Stadt zu erwecken[257].

Anfang 1949 wurde zwar Generalkonsul Pigeonneau von seinem Hamburger Posten abberufen, doch zum Ärger Saint-Hardouins blieb sein kulturpolitischer Mitarbeiter Laurent[258]. Zu Konsul d'Huart verbesserten sich Lussets Beziehungen seit einem Besuch im Stuttgarter *Centre d'Etudes Françaises* im Oktober 1948[259]. Es entwickelte sich sogar eine gewisse Interessensolidarität, die auf der gemeinsamen Ablehnung eines von Schmittlein betriebenen Vorhabens, der Gründung eines Kulturinstituts im amerikanisch besetzten Nordbaden (in Karlsruhe oder Mannheim), beruhte[260]. Während Baron d'Huart, der für diese Region keine Vertretungsvollmacht besaß, die Förderung „seines" Stuttgarter *Centre* gefährdet sah[261], verbuchte Lusset die Initiative der DEP als Versuch, im Hinblick auf die Entstehung eines westdeutschen Staates die Zuständigkeit der Besatzungsbehörden über die Grenzen der eigenen Zone auszudehnen[262]. Für Schmittlein versprach die Verwirklichung seines Plans nicht nur die Lösung eines personalpolitischen Problems[263], sondern vor allem einen strategisch reizvollen Schachzug: die kulturpolitische Verankerung in Nordbaden, das man französischerseits noch immer gegen Südwürttemberg einzutauschen hoffte[264]. Lusset intervenierte gegen das Projekt zwar mit dem Argument, die knappen Mittel der Pariser Kulturdirektion müßten im Rahmen eines Gesamtplans rationell eingesetzt und zunächst für wichtigere Städte und Regionen vorgesehen werden[265]; im Hintergrund stand indessen die grundsätzliche Frage, wer künftig für Frankreichs Kulturpolitik im vereinigten Westdeutschland zuständig sein sollte.

Lussets Ablösung und die Zukunft der Kulturpolitik

Lussets Tage in Mainz waren bereits kurz nach seiner Übersiedlung an den Rhein gezählt. Mitte September 1948 erfuhr Saint-Hardouin, daß Paris die Abschaffung der Kulturattaché-Posten im Ausland beschlossen habe. Koenigs politischer Berater machte demgegenüber geltend, „daß die einzig gewinnträchtige Aktion, die gegenwär-

[257] Saint-Hardouin an die DGRC am 16.7.1948.

[258] AOFA, AC P. 6, 8/A.10–2, Saint-Hardouin an de Juniac am 17.9.1948; AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 1/1, Saint-Hardouin an Bourbon-Busset am 30.1.1949.

[259] AOFA, AC P. 3, 4/A.7, Saint-Hardouin (Lusset) an die DGRC am 26.10.1948, 5120/MC.

[260] AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 24, XC 2–8, und AC 66,1, Schmittleins Korrespondenz mit Callot, der das Terrain sondierte.

[261] AOFA, AC P. 3, 4/A.7, d'Huart an Saint-Hardouin am 28.9.1948, No. 355/CC/POL. Zur Gründung einer Stuttgarter Außenstelle des Tübinger CEF, die nach langwierigen Bemühungen d'Huarts seit Frühjahr 1947 am 2.2.1948 eröffnet werden konnte, vgl. Zauner, Aspekte, S. 113f.; ders., Gründung, S. 272f.

[262] AOFA, AC P. 3, 4/A.7, Lussets Aufzeichnung vom 26.10.1948, No. 5119/MC; Saint-Hardouin an die DGRC vom 2.12.1948, No. 870/RC.

[263] Es ging um die zumindest vorübergehende Weiterbeschäftigung Callots, des glücklosen, kurzfristig abberufenen Direktors des Tübinger Centre d'Etudes; vgl. Zauner, Aspekte, S. 108ff. und 141; ders., Gründung, S. 269ff.

[264] Dieser Überlegung mußte auch Saint-Hardouin Anerkennung zollen, wie er Lusset am 2.12.1948 vertraulich mitteilte; in: AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 24, XC 2–8.

[265] Ebenda, Saint-Hardouins (Lussets) Vermerk für Schmittlein vom 17.11.1948, No. 5351/MC (handschriftlich abgeändert in: 5085); AOFA, AC 66,1, Callot an Schmittlein am 24.11. und 3.12.1948.

tig in Deutschland unternommen werden kann, um ein künftiges politisches Handeln vorzubereiten, die auf kulturellem Gebiet ist". Es sei ihm bekannt, daß „gewisse Personen" in der DEP nach einer Trizonenfusion auf die Ausdehnung ihrer Zuständigkeit auf ganz Westdeutschland spekulierten und den Leiter der *Mission Culturelle* auf Berlin und die sowjetische Zone abgedrängt sehen wollten. Der Quai d'Orsay könne diesen Standpunkt ebensowenig gutheißen wie er selbst[266]. Doch nach dem vernichtenden Urteil, das der Generalinspekteur des Außenministeriums im Februar 1948 über die Arbeit der Kulturmission gefällt hatte, stand Lusset mit dem Rücken zur Wand, konnte er nur in der Offensive eine Chance erblicken. Eine solche Vorwärtsstrategie bedeutete, sich für die Zeit nach dem absehbaren Ende der direkten Besatzungsherrschaft als Kandidat für den Posten eines Kulturrates zu empfehlen und gegenüber potentiellen Mitbewerbern zu profilieren. Den Eingeweihten war klar, daß es vor allem einen ernsthaften Konkurrenten Lussets für die künftigen Aufgaben in Westdeutschland gab – Raymond Schmittlein.

Die Ausgangslage der Kontrahenten in diesem Wettbewerb war denkbar ungleich. Der Leiter der DEP konnte eine beeindruckende Bilanz in der französischen Zone vorweisen[267]; auch hatte er sich dank wirkungsvoller Rückendeckung gegen alle Kritiker durchzusetzen vermocht. Andererseits blies ihm seit Anfang 1948 der Wind der deutschlandpolitischen Veränderungen scharf ins Gesicht. Es zeichnete sich ab, daß den Besatzungsmächten im Erziehungswesen keine wirksamen Interventionsbefugnisse gegenüber den Landesregierungen verbleiben würden. Schließlich gelangte mit Robert Schuman ein Mann an die Spitze des Quai d'Orsay, den die Gegner der französischen Schulreformbestrebungen in Südwestdeutschland auf ihrer Seite wußten. Programmatische Wendemanöver der DEP waren in dieser Situation unerläßlich, doch blieben sie mit deutlichen Vorbehalten versehen. Im Herbst 1948 mußte Schmittlein einräumen, daß künftig fast nur noch Überzeugungskraft gefragt sein werde[268]. Bei einer Pressekonferenz versuchte er, sich der Öffentlichkeit als „gütigen Familienvater" und nicht als autoritäre Gouvernante zu präsentieren. Gleichzeitig betonte er jedoch, an den seit 1945 verfolgten Grundsätzen festzuhalten und Widerstände mit allen Mitteln brechen zu wollen[269].

Lusset hatte hingegen kaum spektakuläre Erfolge vorzuweisen. Auch sah er sich seit Ende 1947 einer übermächtigen Fronde interner Kritiker und Kontrahenten gegenüber. Nur Saint-Hardouin stand ebenso unerschütterlich hinter seinem Kulturattaché wie General Koenig hinter dem *Directeur de l'Education Publique*. Einen gewichtigen Trumpf meinte Lusset angesichts der deutschlandpolitischen Entwicklung des Jahres 1948 jedoch ausspielen zu können. Von Anbeginn seiner Amtszeit in Berlin hatte er die Unabhängigkeit der *Mission Culturelle* vom Herrschaftsapparat des Besatzungsregimes betont und nie einen Zweifel an seiner Überzeugung aufkommen lassen, daß

[266] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 1/0, Saint-Hardouin an de Juniac am 17.9.1948.

[267] Claracs Inspektionsbericht vom 4.2.1948 fiel im Hinblick auf die Ergebnisse der DEP-Politik uneingeschränkt anerkennend aus; in: MAE, Z/Allemagne/102, fol. 227 ff.

[268] AOFA, AC 65,2, Schmittleins Entwurf für einen Runderlaß Koenigs an die Délégués Supérieurs zur Erziehungspolitik (handschriftlicher Datumsvermerk „4/10/48").

[269] Vgl. den Aktenvermerk des rheinland-pfälzischen Kultusministers Süsterhenn über Schmittleins Pressekonferenz am 24.9.1948, in: Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 668 ff.

der kulturwerbende Auftrag der DGRC durch den leisesten Verdacht einer „Siegerpropaganda" in den Augen der Deutschen kompromittiert würde[270]. Dieses konzeptionelle Credo schien nun auch in Paris höher im Kurs zu stehen. So durfte sich Lusset auf der richtigen Fährte wähnen, als er Ende Oktober 1948 – fast zeitgleich mit analogen, aber keineswegs konformen Darlegungen Schmittleins zur Erziehungspolitik des französischen Oberkommandos[271] – eine umfangreiche Denkschrift zur „action culturelle française en Allemagne" vorlegte. Darin fällte er ein vernichtendes Urteil über die bisherigen Bemühungen der Siegermächte, Deutschland „umzuerziehen". Das Vorhaben sei insgesamt völlig gescheitert; nur Engländer und Amerikaner gäben diesen Mißerfolg allerdings offen zu. Erziehungs- und Kulturpolitik müsse uneigennützig und zweckfrei betrieben, dürfe keinesfalls von außen aufgezwungen werden; sie stehe in unüberbrückbarem Gegensatz zu einem Okkupationsregime, das auf Herrschaft und Zwang beruhe. Während Lusset für Schmittlein selbst lobende Worte fand, fiel seine Bilanz für die Kulturpolitik in der französischen Zone, die nicht als Selbstzweck konzipiert gewesen sei, angesichts „anarchischer" Kompetenzkonflikte zwischen Erziehungs- und Informationsdirektion sowie zwischen Baden-Baden und den Landesgouverneuren rundum negativ aus. Ganz anders stelle sich hingegen die Situation im übrigen Deutschland dar, wo die *Mission Culturelle* in der Tradition des Quai d'Orsay diskrete Versuche unternommen habe, „Inseln französischer Kultur" zu schaffen. Die künftige *action culturelle* in Deutschland müsse radikal vom Besatzungsregime getrennt und ausschließlich der Pariser Kulturdirektion unterstellt werden. Während sich Hepps Informationsabteilung auf die Überwachung der Presse, des Rundfunks und der Verlage, Schmittleins DEP auf die Kontrolle des gesamten Unterrichtswesens zu beschränken habe, da nur diese Aufgaben noch dem Besatzungsauftrag entsprächen, sollten alle kulturellen Aktivitäten im engeren Sinne Angelegenheit der *Mission Culturelle* sein. Statt den Deutschen französische Kultur wie einen Importartikel aufzudrängen, müsse man eng mit ihnen zusammenarbeiten und ihre Initiativen unterstützen[272]. Dieses Argument entwickelte Lusset wenige Wochen später vor einem deutschen Publikum noch deutlicher. Die gegenwärtigen Probleme seien weder im nationalen noch im bilateralen Rahmen lösbar, sondern nur im europäischen. Zwar bestünden auf französischer Seite Hindernisse auf diesem Wege fort, die auf beträchtlichen Vorbehalten gegenüber Deutschland beruhten; doch gebe es Anzeichen für wachsende Verständigungsbereitschaft auch in Frankreich. Die Gründung des *Comité Français d'Echanges avec l'Allemagne Nouvelle*, dessen Hauptinitiator Mounier Lusset als seinen Freund bezeichnete, sei ein aufschlußreiches Beispiel. „Dieses neue Deutschland können nur die Deutschen selbst aufbauen, und alle aufge-

[270] Beispielhaft hierfür ist Lussets Stellungnahme zu Laurents Bericht für Pigeonneau vom 1.6.1947 am 24.6.1947; in: AOFA, AC P. 6, 8/A.10–2, No. 1561/MC; ferner seine Äußerung gegenüber d'Huart am 3.12.1947 zur möglichen Nachfolge Arnauds: Für das Amt des Informationsdirektors in Baden-Baden stehe er keinesfalls zur Verfügung; als Besatzungsfunktionär wäre er niemals nach Deutschland gekommen; der Bereich Information und Propaganda interessiere ihn überhaupt nicht; in: AOFA, AC P. 3, 4/A 7.a, No. 3663/MC.

[271] Schmittleins Entwurf für einen Runderlaß Koenigs an die Délégués Supérieurs (4.10.1948).

[272] AOFA, AC P. 2, 3/A 10.0, Lussets „Note au sujet de l'action culturelle française en Allemagne" vom 22.10.1948.

klärten Franzosen wissen, daß ohne dieses neue Deutschland Europa nicht möglich ist."[273]

Alle Anstrengungen Lussets, durch eine dezidiert zukunftsorientierte Programmatik die eigene Position zu retten oder gar zu stärken, schlugen letztlich fehl. Um die Jahreswende 1948/49 erfuhr Saint-Hardouin in Paris, daß die Abschaffung des Kulturattaché-Postens jenseits des Rheins beschlossene Sache war und man bereits eine Persönlichkeit suchte, die bis zum Abschluß der fälligen Reorganisation Lussets Aufgaben übernahm. Auf den naheliegenden Vorschlag, bis zu einer endgültigen Lösung den Kulturattaché im Amt zu belassen, erhielt der politische Berater Koenigs zur Antwort, das *cabinet* des Außenministers Schuman bestehe darauf, Lusset schnellstmöglich aus Deutschland abzuberufen. Daraufhin wandte sich Saint-Hardouin an den Büroleiter des Dienstherrn am Quai d'Orsay, um gegen das Pariser Vorgehen Einspruch zu erheben und seinen Kulturattaché zu verteidigen[274]. Aber auch dieses Engagement blieb ohne Erfolg. Inzwischen war die Persönlichkeit gefunden, die Lussets Dienstgeschäfte übernehmen sollte und zu diesem Zweck mit einer Inspektionsreise beauftragt wurde: César Santelli, ein *Agrégé d'allemand* mit literarischen und dramaturgischen Ambitionen, der als Gymnasiallehrer und Schulrat tätig gewesen war, bevor er Ende 1945 die Leitung der neugeschaffenen Deutschlandabteilung im Pariser Erziehungsministerium übernahm[275]. Nun wurde er dem Quai d'Orsay zur Verfügung gestellt, um eine Bestandsaufnahme der französischen Kulturpolitik in Deutschland durchzuführen[276].

Anfang März 1949 legte Santelli einen Bericht vor, der die Einschätzung bestätigte, die 13 Monate zuvor der Generalinspekteur des Außenministeriums Clarac abgegeben hatte. „Im ganzen gesehen", hieß es bei Santelli lakonisch, „ist die [französische] Kulturpolitik in der britischen, amerikanischen und russischen Zone unbedeutend." Völlig anders hingegen sehe das Resultat im eigenen Besatzungsgebiet aus; hier könne man von einem bemerkenswerten, vermutlich sogar einzigartigen kulturpropagandistischen Unterfangen sprechen. Vor allem hinsichtlich der französischen Sprache ließ sich nach Meinung des Pariser Inspektionsreisenden ein eklatanter Unterschied feststellen. Dank der kraftvollen, beharrlichen Anstrengungen von fast vier Jahren sei die tiefe Abneigung gegen die französische Sprache in der eigenen Zone wirksam bekämpft und überwunden worden. Leider treffe dieser Befund für das restliche Deutschland nicht zu, „wo das Problem nicht mit demselben Realismus und dem

[273] Ebenda, Manuskript der Ansprache Lussets bei der Eröffnung des Centre Culturel in Dortmund am 8.12.1948. Daß Lusset sich dem Comité Français d'Echanges und seinen Leitgedanken einer Aussöhnung mit dem „neuen Deutschland" verbunden fühlte, bezeugt auch seine Aufzeichnung vom 1.11.1948 über die zweite Zusammenkunft des Komitees drei Tage zuvor; in: AOFA, AC P. 2, 3/A 10.0.

[274] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 1/1, Saint-Hardouin an Bourbon-Busset am 30.1.1949.

[275] Zu Santellis Werdegang vgl. Who's Who in France, 1957/58, S. 2039f.; seine Rolle im Erziehungsministerium beschreiben zwei handschriftliche Organisationsschemata Hepps vom 15.12.1945; in: AOFA, AC P. 6, 7/A.10.1; ferner AN F^{21} 5130, Jaujard an Schmittlein am 5.3.1946. De facto blieb Santellis Rolle für die inhaltliche Ausgestaltung der Kulturpolitik in Deutschland bis Anfang 1949 unbedeutend, wie die Korrespondenz der DEP mit Santelli und dem akademischen Auslandsdienst in Paris (ONUEF, später SURE) bezeugt; in: AOFA, AC 102,2.

[276] AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 1/1, Saint-Hardouins Stellvertreter Beausse an den Directeur de l'Office des Changes in Baden-Baden am 4.7.1949, No. 2235.

gleichen Weitblick angegangen werden konnte". Santelli empfahl, sämtliche Zuständigkeiten in einer Hand zusammenzufassen. Es stelle sich die Frage, ob die administrative Unterscheidung zwischen der eigenen Besatzungszone und den Einflußgebieten der Alliierten noch sinnvoll sei, zumal demnächst ein Vertreter der DEP in den dreiseitig besetzten Erziehungskommissionen der Länder sitzen werde. Damit war – wenngleich versteckt – das Plädoyer für eine gesamtdeutsche Verantwortung Schmittleins ausgesprochen. Die von dessen Behörde seit Anbeginn verfolgte Linie, einen klaren Trennungsstrich zwischen Kulturinstitutionen und Besatzungsbehörden zu ziehen, müsse, so Santelli, zur offiziellen Doktrin erhoben werden. Damit stach auch Lussets vermeintlicher Trumpf gegenüber seinem Kontrahenten aus der Militärregierung nicht mehr. „Im übrigen", endete Santellis Memorandum, „gilt es zu entscheiden, ob man der Überzeugung ist, daß eine Regelung der europäischen Frage nur durch eine endgültige Beseitigung des französisch-deutschen Konflikts erreicht werden kann. Nun muß aber bei der Ausräumung dieses Gegensatzes die französische Kulturexpansion die Hauptrolle spielen."[277]

Wenngleich mit Santellis Bericht personell und organisatorisch die Weichen für die unmittelbare Zukunft französischer Kulturpolitik in Deutschland gestellt waren und Lusset nur wenige Tage später von seiner umgehenden Abberufung aus Deutschland erfuhr[278], so gab der sich brüskiert fühlende Kulturattaché noch nicht klein bei. Er reiste umgehend nach Paris, um verschiedene hochgestellte Persönlichkeiten für seine Sache zu gewinnen[279]. Doch mehr als einige Wochen Aufschub hatte Lussets erbitterte Gegenwehr nicht zur Folge. Auch Saint-Hardouins wiederholte, eindringliche Versuche, das Blatt in letzter Minute doch noch zu wenden[280], schlugen schließlich fehl. Dabei wurde der erfahrene Diplomat im Hinblick auf die mutmaßlichen Motive für Lussets Entlassung, nämlich persönliche und politische Intrigen, bemerkenswert deutlich[281]. Zugleich zollte auch Saint-Hardouin dem Erziehungsdirektor in Baden-Baden durchaus Lob für seine Leistungen[282] und versuchte nicht etwa, durch polemische Attacken gegen Schmittlein Lussets Position zu stärken. Aufschlußreich ist ferner, welch hohen Stellenwert Koenigs Berater den kulturwerbenden Aktivitäten seines Landes einräumte: „Dies ist gegenwärtig der einzige Bereich, in dem wir eine unmittelbar 'lohnende' Politik betreiben und wirksam die Zukunft vorbereiten kön-

[277] AOFA, AC 67,1, (Santellis Bericht) „L'action culturelle française en Allemagne" vom 5.3.1949.

[278] AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 24, XC-1, Lussets „Note concernant la suppression du poste de l'Attaché Culturel Français en Allemagne" vom 14.3.1949.

[279] Ebenda, Lussets handschriftlicher Brief an Saint-Hardouin vom 16.3.1949 (aus Paris): Er habe mit DGRC-Chef Joxe gesprochen, der seine Stellungnahme dem Außenminister mitteilen werde. Parlamentspräsident Herriot wolle ihn sehr nachdrücklich dem Generalsekretär des Quai d'Orsay Alexandre Parodi empfehlen. Auch der prominente Sozialist André Philip habe ihm seine Unterstützung zugesagt. Schließlich werde die Gewerkschaft, der er angehöre, seine Position vertreten, unter Umständen sogar vor den Conseil d'Etat bringen.

[280] Außer den bereits angeführten Interventionen zwischen September 1948 und Januar 1949 waren dies fünf weitere Schreiben Saint-Hardouins nach Paris: am 26.3.1949 an Jean Laloy; am 29.3. an die DGRC, No. 266/RC, und an Alain Poher; am 11.4. an den Generalsekretär des Außenministeriums; am 14.4.1949 an Pierre de Leusse; in: AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 24, XC-1.

[281] Saint-Hardouin an de Leusse am 14.4.1949 und an Laloy am 26.3.1949.

[282] Saint-Hardouin an den Generalsekretär des Quai d'Orsay am 11.4.1949.

nen."[283] Ende April 1949 mußte Lusset schließlich seine Amtsgeschäfte an Santelli übergeben, der als interimistisch fungierender Kulturrat in Mainz Quartier bezog, um an Ort und Stelle Pläne zur Umstrukturierung der französischen Kulturpolitik zu erarbeiten[284]. Am selben Tag wurde in Paris Santellis vormalige Dienststelle, die Deutschlandabteilung im Erziehungsministerium, aufgelöst und ihr Aufgabenbereich dem akademischen Auslandsdienst übertragen[285].

Saint-Hardouin wandte sich Anfang Mai mit einem ausführlichen Exposé an die Pariser DGRC und legte seinen Standpunkt zur künftigen Kulturpolitik in Deutschland dar. Mit dem Inkrafttreten des in Washington verabschiedeten Besatzungsstatuts und der Einrichtung einer Alliierten Hohen Kommission, prognostizierte der Diplomat, seien tiefgreifende Veränderungen hinsichtlich der eigenen Möglichkeiten zu erwarten. Die Überwachung des deutschen Unterrichtswesens sei im Prinzip beendet. Es erschien ihm unabdingbar, den damit verbundenen Verlust an Einflußmöglichkeiten durch eine Aufwertung der *Mission Culturelle*, ihres Tätigkeitsfeldes und ihrer Mittel auszugleichen, damit das in der französischen Zone Erreichte, wenn möglich, bewahrt und die Bilanz in den alliierten Zonen eventuell verbessert werde. Er empfahl, mit den Gliedstaaten der Bundesrepublik Kulturvereinbarungen zu treffen. Zwar sei ihm die Problematik konkurrierender Bund-Länder-Kompetenzen und divergierender Verfassungsinterpretationen bekannt; dennoch unterstütze er die Anregung des Münchner Generalkonsuls Keller, mit Bayern ein Kulturabkommen zu schließen[286]. Auf längere Sicht solle in jedem Bundesland ein *Institut Français* oder *Maison de France* entstehen, wie es der von Paris verfochtenen „föderalistischen These" entspreche. Ihre Aufgabe werde nicht nur in der traditionellen Verbreitung französischen Gedankengutes bestehen, sondern auch in der Darstellung des populären Brauchtums, der Eigenheiten und großen Leistungen des jeweiligen Sitzlandes. Besonders wichtig sei es, der französischen Sprache im deutschen Unterrichtswesen wieder den Platz zu verschaffen, den sie vor 1933 innegehabt habe. Den Deutschen müßte das Gefühl vermittelt werden, daß sie dem westlichen Kulturkreis angehörten. Diese okzidentale Lebensform würden sie um so zäher verteidigen wollen, je mehr sie sich der lateinischen und französischen Kultur anzunähern suchten, die vor allem in Süddeutschland und in Berlin vielfältig verwurzelt sei[287]. Auch Lussets Nachfolger Santelli betonte zur selben Zeit den Stellenwert Berlins, das „zweifellos das große intellektuelle, literarische und künstlerische Zentrum Deutschlands bleiben" werde – „ob man will oder nicht".

[283] Saint-Hardouin an de Leusse am 14.4.1949. Gegenüber der DGRC bezeichnete er am 29.3.1949 die Kulturpolitik als „sans doute notre meilleur atout en Allemagne".

[284] MAE, Z/Allemagne/104, fol. 212, Saint-Hardouins Telegramm an das Außenministerium am 24.4.1949, No. 270; AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 1/1, Beausse an Lusset am 11.6.1949, No. 2020; ebenda, Saint-Hardouin (Beausse) an Boislambert am 24.5.1949, No. 1880. Offiziell endete Lussets Amtszeit am 31.7.1949. Daß Santelli von vornherein nur während einer Übergangszeit amtieren sollte, bezeugt eine Aufzeichnung der DGRC für Senator Morel vom 25.3.1949; in: MAE, Rel. Cult., Ech. cult. 1948–55/1, No. 273 RC/1.g.

[285] AOFA, AC 68, Abraham an Schmittlein am 23.4.1949, No. 6270.

[286] MAE, Z/Allemagne/104, fol. 202ff., Keller an de Juniac am 14.4.1949, No. 556; AOFA, GMFB, Cons. Pol., P. 144, XC 1/1, Saint-Hardouin an die DGRC am 18.5.1949, No. 572/DGRC, abgedruckt in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 314ff.; MAE, Rel. Cult., Enseign. 1948–59/34, Vermerk Baillous für de Juniac vom 13.8.1949.

[287] AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, XC 24, XC-1, Saint-Hardouin an die DGRC am 5.5.1949, No. 513/RC; abgedruckt in: Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere, S. 309ff.

Hier habe Frankreich nach wie vor eine herausragende kulturpolitische Rolle zu spielen. Allerdings dürfe keine Minute vergeudet werden; noch – Anfang Juli 1949 – sei das Terrain ausgesprochen günstig. Konkurrenz durch die Verbündeten sei wohl nicht zu befürchten[288].

Mit dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts im September 1949 endeten faktisch sämtliche Interventionsrechte der französischen Erziehungs- und Kulturbehörden in Deutschland. Am 3. Oktober zog die *Direction Générale des Affaires Culturelles* (DGAC), wie die frühere DEP seit zwei Monaten hieß, von Baden-Baden in das Mainzer *Centre Mangin* um. Sie hatte zum Teil die aufgelöste Informationsdirektion beerbt und deren Zuständigkeit für *Relations intellectuelles et librairie, Spectacles et musique, Radio, Cinéma* sowie *Contrôle des revues et périodiques* übernommen[289]. Am 1. März 1950 ging schließlich auch Santellis Kulturmission zu Ende, da sie durch die Aufgabenüberschneidung mit der besser ausgestatteten DGAC überflüssig geworden war[290]. Damit stand Schmittlein unter Hochkommissar François-Poncet nun allein an der Spitze aller kulturpolitischen Mitarbeiter Frankreichs in Deutschland. Daß man sich in Mainz auch unter den veränderten Bedingungen des Besatzungsstatuts zunächst nur schwer von den früheren Lenkungsbefugnissen zu lösen vermochte, bezeugt eine Aufzeichnung der stellvertretenden Abteilungsleiterin des *Service des Rencontres Internationales* (vormals *Bureau de la Culture Populaire*) vom November 1949. Sie hatte bei einem Fortbildungskurs für Volkshochschullektoren über die veränderte Aufgabendefinition der französischen Lehrkräfte referiert und von der „partiellen Souveränität" Deutschlands, der „partiellen Abschaffung" alliierter Kontrolle, einer engeren Zusammenarbeit mit Briten und Amerikanern sowie einer gewissen Ausdehnung französischer Zuständigkeiten auf ganz Westdeutschland gesprochen. Die Richtung des begonnenen Wandels charakterisierte sie mit folgenden Stichworten: „Zugleich Wiederaufnahme einer Zusammenarbeit mit Deutschland, die von den Erfordernissen der allgemeinen Politik diktiert wird, und Fortsetzung einer Politik der Umerziehung und Demokratisierung in europäischer Perspektive."[291]

---

[288] MAE, Rel. Cult., Ech. cult. 1948–55/21, Santellis Bericht für die DGRC über seinen Berlinbesuch (14.-20.6.1949) vom 2.7.1949, No. 1262/MC.

[289] Die Organisation der DGAC regelte eine Verfügung des Außenministeriums vom 4.8.1949, in: JO-RF vom 14.8.1949. Ferner AOFA, AC 65,2, Schmittleins Vermerk für Rivain vom 30.9.1949, No. 11527/HC/DC; AOFA, AC 265,1, François-Poncet an die französischen Landeskommissare am 5.12.1949, No. 1454/HC/CAB/INF.

[290] AOFA, CCFA, Ambass. de Bonn, P. XC 24, XC-1, und AC 28,1, diverse Korrespondenz.

[291] AOFA, AC 40,1, Geneviève Carrez' Bericht über einen Lehrgang für Volkshochschullektoren bei Offenburg am 18.-21.11.1949 vom 23.11.1949, No. 2452/HC/DC/RI.

Schluß

Die unterschiedlichen Traditionen, sozialen, politischen, geistigen und institutionellen Grundlagen, die im ersten Teil der Untersuchung dargelegt wurden, beeinflußten die Gestaltung der französischen Erziehungs- und Kulturpolitik in entscheidendem Maße. Das Jahr 1945 stellte auch in dieser Hinsicht keine „Stunde Null" dar. Zugleich konnte jedoch aus verschiedenen Gründen nicht nahtlos an Vorbilder und Vorläufer angeknüpft werden; dafür war die Ausgangslage dieses *second après-guerre* zu neuartig[1]. Auch erwiesen sich gewisse Grundlagen von vornherein als widersprüchlich. Entweder setzten sie eo ipso antagonistische Tendenzen frei, wie die französische Germanistik der Zwischenkriegszeit mit ihrer eigentümlichen Mischung aus Bewunderung und Ablehnung Deutschlands, oder ältere Strömungen kollidierten 1945 mit neuen, situationsspezifischen Faktoren, wie die Schulreformbewegung mit dem Umerziehungsanspruch. Beides trug zu konzeptionellen Ambivalenzen bei. Schließlich ist das Gewicht einzelner Persönlichkeiten, individueller Handlungsspielräume und zeittypischer Verhaltensmuster (die Prägungen durch Krieg und Besetzung) kaum zu überschätzen.

Sowohl *rééducation* als auch *action culturelle* bildeten durchweg eigenständige Elemente der französischen Besatzungspolitik – nicht im Sinne völliger Autonomie gegenüber politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, doch insofern, als weder Kulturveranstaltungen die „Härten der Besatzungspolitik überspielen" (Eschenburg) und einen Paravent darstellen sollten, hinter dem die Ausplünderung der französischen Zone unbemerkt betrieben werden konnte (Humblot), noch die Erziehungspolitik von vornherein für die Interessen anderer Sektoren der Besatzungsherrschaft eingespannt wurden. Hierfür sprechen mehrere Faktoren: das von deutschland- und okkupationsspezifischen Erwägungen freie Eigengewicht traditioneller Kulturwerbung und universal-aufklärerischer Bildungsmission, die anfänglich verbreitete Skepsis gegenüber dem Umerziehungsgedanken und das hierdurch verstärkte bildungspolitische Desinteresse in anderen Abteilungen der Militärregierung sowie das bis Ende 1947 offenkundige Fehlen einer besatzungspolitischen Globalplanung und effizienten Koordination. Zwar meinten (selbst)kritische Bildungsoffiziere schon damals eine französische „Politik der Widersprüche" (Henke) zu erkennen und äußerten den Verdacht, kulturelle und erzieherische Einflußnahme solle vor allem die materielle Ausbeutung der Besatzungszone bemänteln[2]. Doch dies war offensichtlich ein unbegründeter Argwohn; für eine solche absichtsvoll und zielgerichtet betriebene Camouflage finden sich in der Aktenüberlieferung jedenfalls keine Anhaltspunkte.

Zur „dritten Säule" der Deutschlandpolitik (Hudemann) neben territorialen Sicherheitsgarantien und wirtschaftlicher Nutzbarmachung der französischen Zone avancierte die Ausdehnung des eigenen kulturellen Einflusses aus Pariser Sicht erst seit der Jahreswende 1947/48. Nun wurden Überlegungen angestellt, wie schwindende politische Einflußchancen und ökonomische Vorteile durch eine Kulturoffensive zu kompensieren seien. Auch die Erziehungspolitik im engeren Sinn wurde anfänglich kei-

[1] Vgl. Bariéty, Deux après-guerres.

[2] AOFA, AC 69,2, Humblots „Rapport sur les services de l'administration militaire française chargés des questions de la jeunesse, des sports et de la culture populaire" vom 1.6.1948.

neswegs als gleichgewichtiges Element neben den Forderungen nach „Sicherheit und Kohle" konzipiert. Allerdings lenkten die Eigendynamik der von der *Education Publique* ergriffenen Maßnahmen und ihre energischen Interventionen die Aufmerksamkeit des Pariser Generalkommissariats zunehmend auf diesen Bereich. Daß es Schmittleins hartnäckigem Drängen vordergründig gelang, das Ziel der Demokratisierung hochzuhalten und mit einem fortdauernden alliierten Initiativ- und Vetorecht im deutschen Unterrichtswesen zu identifizieren, führte nicht zuletzt zur grundsätzlichen Aufwertung des bildungspolitischen Sektors. In Paris selbst standen aber Kräfte, die im Interesse einer französischen Kulturoffensive in der Bizone das autoritäre Vorgehen Baden-Badens im Erziehungswesen beenden wollten, neben solchen, die wie Schmittlein der Überzeugung waren, die Alliierten müßten die Demokratisierung der Deutschen als Besatzungsziel aufrechterhalten und zu diesem Zweck ihre Antriebs- und Kontrollrechte wahren.

Unter den Motiven, die sich hinter der französischen Erziehungspolitik verbargen, stand das der Sicherheit an erster Stelle. Wo es vorrangig um Demokratisierung und *rééducation*, um die Verhinderung einer Renationalisierung und Remilitarisierung oder um die Neutralisierung feindseliger Führungskräfte ging, wo also die Kontrolle und Beeinflussung der Jugend wie der bestehenden und künftigen Eliten auf dem Spiel stand, war das Sicherheitsstreben bis 1949 maßgebend. Den Sektor der traditionellen Kulturpolitik hingegen beherrschte vor allem ein ausgeprägtes Prestigedenken, das sich nicht nur im Hinblick auf die Deutschen, sondern in starkem Maße auch gegenüber Frankreichs Verbündeten äußerte. Ein gesellschaftspolitischer Impetus lenkte mit die Reform der Gymnasien und Lehrerbildungsanstalten sowie die Mainzer Hochschulgründung, vor allem aber die Initiativen zur *culture populaire*. Deutsch-französische Wiederannäherung und europäische Verständigung gehörten bereits zum Anliegen der Hochschulkontrolleure, der Organisatoren übernationaler Begegnungen und der *Mission Culturelle* Lussets.

Der Gestaltungsspielraum der *Education Publique* war bereichsspezifisch unterschiedlich, in der Regel jedoch bei weitem größer als der irgendeiner Pariser Behörde. Hierbei muß freilich nach Spielräumen bei der Zieldefinition und der Ausführung oder Durchsetzung unterschieden werden. In der Schulpolitik besaß die DEP weitestgehende Autonomie in der konzeptionellen Planung, stieß jedoch auf starke Widerstände bei dem Versuch, ihre Reformmaßnahmen praktisch umzusetzen. Hinsichtlich der Haltung gegenüber den bestehenden Universitäten muß offenbleiben, ob auf französischer Seite überhaupt eine verantwortlich handelnde Dienststelle klare programmatische Vorstellungen hatte. Nicht von ungefähr bestimmten die Rektorate und Gremien in Tübingen und Freiburg, die auf dem wiederhergestellten akademischen Selbstverwaltungsrecht fußten, frühzeitig und nachhaltig die Entwicklung ihrer vom Nationalsozialismus befreiten Hochschulen mit. In Mainz verbanden sich diskrete Bestrebungen zur Angleichung an das französische Universitätssystem mit der Heranziehung kooperations- und reformwilliger Deutscher. Übergeordnete politisch-strategische Erwägungen standen hierbei ebenso im Hintergrund wie taktische Rücksichtnahmen. Auf dem Feld der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung übten private Pariser Zirkel (PEC/TEC) auf die konzeptionelle Gestaltung der Baden-Badener Linie starken Einfluß, wobei diese Kooperation sehr harmonische Züge trug. Zwar erzielten die französischen Vorstellungen in diesem Bereich ebenso wie im Schulwe-

sen unmittelbar nur bescheidene Erfolge, doch stießen ihre Initiativen nicht auf nennenswerte Widerstände, so daß sich übernationale Begegnungen ungestört entfalten und zu einem zukunftsträchtigen Teilbereich entwickeln konnten. Hinsichtlich der traditionellen Kulturwerbung besaßen Pariser Regierungsvertreter den größten gestalterischen Einfluß. Auch hier ist keine Gegenwehr deutscher Adressaten oder französischer Konkurrenten zu verzeichnen. Doch der nur schwer zu messende Erfolg der Theateraufführungen, Konzerte, Vorträge und Ausstellungen war insofern prekär, als er in gewissem Maße von der Entwicklung des besatzungspolitischen Klimas und der materiellen Lebensumstände der einheimischen Bevölkerung abhing. Bezeichnend ist der Einbruch, den die Währungsreform in quantitativer Hinsicht für die Resonanz aller kulturellen Veranstaltungen mit sich brachte.

Das Spannungsverhältnis zwischen hartem Besatzungsalltag und generöser Kulturwerbung, zwischen paternalistischem Umerziehungsanspruch und versöhnungsbereiter Annäherung hatte erkennbare Auswirkungen auf den Erfolg oder das Scheitern bildungs- und kulturpolitischer Ambitionen sowohl in Teilbereichen wie der Schulpolitik, wo französische Autorität demonstriert und deutscher Widerstand angefacht wurde, als auch bei künstlerischen Veranstaltungen, deren wohlwollende Aufnahme beim deutschen Publikum noch weniger zu erzwingen war. Eine zeitgenössische Äußerung illustriert das Dilemma: „[...] solange aus einem Lande wie Südwürttemberg ebensoviel Fleisch für die Bedürfnisse der Besatzungsarmee geliefert werden muß, wie die eigene Bevölkerung verzehren darf, bleibt jeder Versuch noch so geschickter Kulturpropaganda einflußlos."[3] Dieses Spannungsverhältnis verstärkte aber nicht nur deutsches Mißtrauen und Oppositionsgebaren, sondern belebte auch innerfranzösische Gegensätze hinsichtlich kulturpolitischer Konzeptionen oder Methoden. Schließlich schuf die Besatzungssituation Argwohn auf beiden Seiten, dem manche deutsch-französische Interessenkoalition zum Opfer fiel. Zum Beispiel hätten sich den Unterrichtsreformen bei konsequenter Kooperation von *Education Publique* und Vertretern der linken und liberalen Parteien größere Durchsetzungschancen eröffnen können.

Rivalisierende französische Konzeptionen zeigten sich in der Schul-, Universitäts- und Kulturpolitik, wobei die Fronten wechselweise zwischen Paris, Baden-Baden und den Landesdelegationen, zwischen unterschiedlichen Abteilungen der Militärregierungszentrale oder zwischen Berlin und dem *Gouvernement Militaire* verliefen. Zu Interventionen aus Paris und den *Délégations Supérieures* kam es im Unterrichtssektor; aus dem Kabinett Laffons, aber auch aus Frankreich erfolgten Eingriffsversuche im Hochschulbereich. Deutsche Opposition regte sich gegen die Schulreformen, gegen die Mainzer Universitäts- und die Speyerer Akademiegründung. Innerdeutsche Konflikte mit Rückwirkungen auf die französische Haltung betrafen darüber hinaus auch die Entwicklung der Freiburger Hochschule. Eigengewicht und Eigendynamik der von DEP und *Mission Culturelle* betriebenen Politik machten sich in allen Teilbereichen der französischen Erziehungs- und Kulturpolitik bemerkbar: in Form der wachsenden Aufmerksamkeit, die man mit der Zeit auch in Paris dem Ziel einer „geistigen" Demokratisierung schenkte, bei der Wiederaufnahme akademischer Austauschbeziehungen und der Behandlung der Universitäten insgesamt, bei der Ausdehnung und Aufwertung internationaler Jugendbegegnungen, im nachhaltigen Einfluß auf

[3] Ein Student aus Marburg, zitiert in: Anthologie der deutschen Meinung, S. 151.

kulturpolitische Koordinierungsbemühungen der Pariser Instanzen seit Mitte 1947 und schließlich insofern, als erst die positive Resonanz der französischen Kulturwerbung ihre prinzipielle Neubewertung als „dritte Säule" der Deutschlandpolitik seit Anfang 1948 sinnvoll erscheinen ließ.

Zum Dauerproblem und zur leitmotivischen Klage Schmittleins entwickelten sich von Anbeginn die Kompetenzkonflikte mit den Landesgouverneuren. Dieses Spannungsverhältnis zwischen französischer zentralistischer Tradition und in Deutschland angestrebtem Föderalismus absorbierte viel Zeit und Energie. Es stärkte letztlich die deutsche Opposition und wirkte lähmend auf die Politik der französischen Reformer. Waren die Auseinandersetzungen zwischen Baden-Baden und den „Provinzen" auch nicht ursächlich, so blieben sie gleichwohl nicht ohne Auswirkungen auf das Schicksal der unterschiedlichen Maßnahmen und Initiativen. Auch für die *Mission Culturelle* in der Bizone spielte das Problem von Zentralismus oder Dezentralisierung insofern eine Rolle, als es Frankreichs Konsuln und Kulturattaché Lusset in eine unproduktive Konfrontation trieb.

Gegenüber den Alliierten verhielten sich die französischen Verantwortlichen durchweg reserviert. Man wollte die Verbündeten mit der eigenen Kulturpolitik allenfalls beeindrucken oder in den Augen der Deutschen „ausstechen". Nur in einem Fall berief sich Schmittlein, der sonst seine Unabhängigkeit zu betonen pflegte, aus taktischen Gründen auf eine Kontrollratsvereinbarung, um sich seiner deutschen Gegenspieler und französischen Kritiker zu erwehren. In der Universitätspolitik mußten die französischen Kontrolleure noch am stärksten auf alliierte Vorbehalte oder mögliche Reaktionen Rücksicht nehmen. Zwar verschärfte sich seit Anfang 1948 der Wettbewerb zwischen Franzosen und „Angelsachsen" um kulturpolitische Einflußchancen in den Besatzungszonen der Konkurrenten; doch wuchs für die DEP zugleich der Zwang zu interalliierten Absprachen, wenn der drohende Totalverlust bisheriger Kontroll- und Initiativrechte abgewendet und so verhindert werden sollte, daß die Franzosen hinsichtlich des kulturellen Einflusses gegenüber Briten und Amerikanern ins Hintertreffen gerieten.

Was, so muß man abschließend fragen, ist von den Bemühungen der französischen Erziehungs- und Kulturpolitiker geblieben oder hat, zumindest unterschwellig, fortgewirkt, welche Maßnahmen und Initiativen der Jahre 1945 bis 1949 erwiesen sich als beständig oder haben gar eine Institutionalisierung erfahren?

Die von Schmittleins Behörde verfügten Reformen im Schulwesen sind auf den ersten Blick weitgehend dem Widerstand gegen die Besatzungsmacht zum Opfer gefallen. In der Tat haben im organisatorischen Bereich wenig mehr als eine gewisse Vereinheitlichung der Gymnasien und ein modifiziertes Zentralabitur in Baden-Württemberg überlebt. Insbesondere in der heftig umkämpften Frage konfessioneller oder simultaner Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten setzten sich in Rheinland-Pfalz und Südwürttemberg-Hohenzollern (hier bis 1966) kirchlich-konservative Kreise durch, während Südbaden zur traditionellen christlichen Gemeinschaftsschule zurückkehrte[4]. Doch sollte andererseits nicht übersehen werden, daß bis Mitte der 50er Jahre im südlichen Baden und Württemberg sowie in Rheinland-Pfalz Französisch den faktischen Vorrang im gymnasialen Fremdsprachenunterricht wahren konnte.

[4] Vgl. Friederich, Entwicklungen, S. 254ff.

Erst der Düsseldorfer Beschluß der Ministerpräsidenten vom Januar 1955 führte auch hier zu einem deutlichen Einbruch zugunsten des Englischen. Nach weiteren Peripetien – einer erneuten Positionsverschlechterung des Französischunterrichts im Hamburger Länderabkommen von 1964 und dessen Abänderung 1971 – scheint heute die grundsätzlich verankerte Wahlmöglichkeit zwischen Englisch und Französisch als erster Fremdsprache gerade in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit am weitesten verwirklicht[5].

Im Hochschulbereich liegen einerseits die dauerhaften Erfolge der französischen Initiativen scheinbar auf der Hand: die Universitäten Mainz und Saarbrücken, die Verwaltungshochschule in Speyer und das Dolmetscherinstitut in Germersheim haben die Besatzungszeit überlebt und sind völlig in das akademische Bildungswesen der Bundesrepublik integriert. Auf einem anderen Blatt steht indes die Tatsache, daß von der Universität des Saarlandes (die einen in der vorliegenden Untersuchung nicht berücksichtigten Sonderfall darstellt) und der Johannes-Gutenberg-Universität mit ihren Spezifika, wie dem Institut für Europäische Geschichte, zur Speyerer Hochschule ein deutliches Gefälle französischer Prägung hinsichtlich der Realisierung ursprünglicher Intentionen zu verzeichnen ist. Andererseits fand an den Traditionsuniversitäten Tübingen und Freiburg 1945 zwar ein demokratischer Neubeginn in dem Sinne statt, daß ihre Angehörigen das nationalsozialistische „Intermezzo" schnellstmöglich abzuschütteln und zu den „guten alten" Verhältnissen (vor 1933 oder 1914) zurückzukehren suchten. Nicht wenige ihrer Repräsentanten bejahten auch die Notwendigkeit einer gründlichen geistig-moralischen Neubesinnung durchaus ernsthaft. Weitergehende Reformbestrebungen aber, wie sie auf französischer Seite bestanden, wenngleich nur halbherzig in Angriff genommen wurden, scheiterten teils am offenen Widerstand, teils an der geschickten Hinhaltetaktik national gesinnter, zunehmend selbstbewußter Kreise. Für das Problem veränderter Aufnahmemodi, die Frage demokratisierter Rekrutierungsmechanismen bei Studierenden und Lehrenden, gilt allerdings derselbe Befund wie für die hochschulpolitische Entwicklung insgesamt, sowohl im Innern der akademischen Institution wie in ihrem Verhältnis zur Gesellschaft: Die Feststellung, wann hier eine „Demokratisierung" eingetreten ist, kann nicht auf der Betrachtung der kurzen Besatzungszeit und deren Kontrastierung mit den vorausgegangen zwölf „braunen" Jahren basieren, sondern macht eine mindestens säkulare Perspektive notwendig. Inwieweit dabei der gewaltsam herbeigeführte Zusammenbruch des NS-Staates und die anschließende Phase besatzungsrechtlicher Interventionen, die potentiell verdoppelten Erfahrungen von Ohnmacht, Schuld und Scham, aber auch moralisch-politischer Selbstbesinnung im Sinne eines wirklichen „Neubeginns" katalytisch gewirkt haben, muß an dieser Stelle eine offene Frage bleiben. Ihre annäherungsweise Beantwortung setzt nicht zuletzt die intensive Beschäftigung mit längerfristigen Bewußtseinsprozessen voraus. Empirisch greifbar sind hingegen die deutsch-französischen Partnerschaften, die sich seit den 50er Jahren auf universitärer Ebene herausbildeten, die vielfältigen Formen akademischer Kooperation, die zwar nach wie vor „kein Grund zur Selbstzufriedenheit" (Picht) sind, aber spätestens mit der Einrichtung des Deutsch-Französischen Hochschulkollegs 1988 in ein qualitativ neues, bislang einzigartiges Stadium der Integration einzutreten vermochten.

[5] Vgl. Cuer, Französischunterricht, S. 80f.

Auch im Bereich des Jugendaustauschs und der übernationalen Begegnungen ist eine inzwischen fest verankerte Institution ohne die Erfahrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit kaum vorstellbar. Von den ersten *rencontres* zwischen Studenten und Jugendlichen beider Länder im Sommer 1946 über die Gründung privater Vereinigungen ehemaliger Teilnehmer 1948/49, aufsehenerregende Veranstaltungen nach dem Ende der direkten Besatzungszeit, wie dem internationalen Jugendtreffen auf der Loreley 1951[6], nicht zuletzt über die beharrliche, unspektakuläre Fortführung des von Moreau, Humblot, Deshayes und anderen Begonnenen in den 50er Jahren[7], führt ideell und personell ein direkter Weg zum Deutsch-Französischen Jugendwerk, das im Gefolge des Elysee-Vertrags 1963 ins Leben gerufen wurde. Um die zukunftsträchtige Perspektive dieses Teilbereichs in Schmittleins Equipe vor Augen zu führen, genügt es in der Tat, „an die ursprüngliche Zusammensetzung der Leitungsorgane des 'Deutsch-Französischen Jugendwerks' zu erinnern, in denen hauptsächlich Namen von Mitarbeitern der Jugend- und Sportbehörde auftauchen"[8].

Ein ähnlicher Befund gilt schließlich für die Kulturpolitik im engeren, traditionellen Verständnis. Auch hier setzten sich seit 1948/49 die Prinzipien der Privatisierung und Reziprozität in kurzer Zeit durch. Für beide Tendenzen stehen Initiativen wie Jean du Rivaus Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit/*Bureau International de Liaison et de Documentation* (BILD), das von Mounier gegründete und von Grosser geleitete *Comité Français d'Echanges avec l'Allemagne Nouvelle* oder das von Theodor Heuss und Carlo Schmid patronisierte Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg – alle drei entstanden noch in der zweiten Jahreshälfte 1948. Wenngleich dieser private Sektor in dem Maße an Bedeutung gewann, wie die Vertreter der Besatzungsbehörden den Rückzug antreten mußten, konnte er doch keinen völligen Ersatz für offizielle Programme schaffen, da sein Aktionsradius im allgemeinen stärkeren Begrenzungen unterlag. Regierungsamtliche Koordination und Subvention erwiesen sich weiterhin als nützlich und erwünscht, zunächst gar als unerläßlich[9]. Doch das französische Außenministerium wollte sich auch nach Inkrafttreten des Besatzungsstatuts nicht auf flankierende Maßnahmen und die Rolle des staatlichen Mäzens beschränken, sondern verfolgte – als Ausgleich zur Privatisierungstendenz – eine Strategie der kulturdiplomatischen Normalisierung, indem es auf bewährte Formen des *rayonnement culturel* zurückgriff. In dieser Perspektive schien eine rasche Ausdehnung Französischer Institute im Bundesgebiet besonders erfolgversprechend. Bereits Anfang 1952 belief sich die Zahl der *Instituts Français* und *Centres d'Etudes Françaises* auf 18, womit annähernd der heutige Stand erreicht war. Ihren Direktoren wies Hochkommissar François-Poncet schon damals eine herausragende Rolle als kulturpolitische Repräsentanten zu, die in ihrer Region zunehmend breitere Kreise der einheimischen Bevölkerung ansprechen sollten[10]. Auch hier ist die personelle Kontinuität zur Besatzungszeit frappierend: Ob Deshusses, Cheval oder Lacant – noch in den 60er Jahren

[6] Vgl. Moreau, Jugendarbeit, S. 38 f.; Rovan, Relations; Gilmore, France's Policies, S. 233 ff.

[7] AN 70 AJ/31, Broschüre des Französischen Hochkommissariats/DGAC, Rapport d'activité pour l'année 1953 et projets pour l'année 1954, Mainz 1954, S. 47 ff.

[8] Moreau, ebenda, S. 39.

[9] Vgl. Gilmore, ebenda, S. 232 ff. und 246 ff.

[10] AOFA, AC 53,2, François-Poncets Aufzeichnung „Réorganisation de l'action culturelle française en Allemagne" vom 27.2.1952, No. 4691/HC/DC.

begegnen als Direktoren der Französischen Institute oder „Kulturräte" bei Frankreichs Botschaft in Bonn vielfach vertraute Namen.

Als am 23. Oktober 1954 die Regierungschefs Mendès-France und Adenauer als Bestandteil der Pariser Verträge ein deutsch-französisches Kulturabkommen unterzeichneten (das am 28. Juli 1955 in Kraft trat), kodifizierten sie im wesentlichen die Teilbereiche französischer Kulturpolitik, die von der Rechtsnachfolgerin der *Education Publique* seit Herbst 1949 fortgeführt und auf ganz Westdeutschland ausgedehnt worden waren. Nun gestand Frankreich dem weitgehend souveränen Nachbarland dieselben Initiativen und Einrichtungen auf dem eigenen Territorium zu[11].

Alles in allem stellten also die Jahre der Besatzung für Frankreichs erziehungs- und kulturpolitischen Einfluß in Deutschland eine überwiegend erfolgsträchtige Anfangsetappe und vermutlich notwendige Ausgangsbasis dar, die über weitere Zwischenschritte der Institutionalisierung zu einer bis dahin nicht gekannten Vernetzung beider Staaten und Gesellschaften geführt hat. Die Motive der Akteure von damals – Sicherheit, kulturelles Prestige, sozialer Fortschritt, bilaterale Wiederannäherung und europäische Solidarität – sind heute, zwar in unterschiedlichem Ausmaß, zumindest jedoch über erste Ansätze hinausgehend verwirklicht. Sollte dies nicht allein, ja nicht einmal überwiegend auf das Konto der Schmittlein & Co. zu verbuchen sein – so hatten sie wenigstens die „List der Vernunft" auf ihrer Seite.

[11] Vgl. Bundesgesetzblatt 1955, II, S. 885 ff.

Quellen und Literatur

Archivalische Quellen

Ministère des Affaires Etrangères, Archives de l'occupation française en Allemagne et en Autriche, Colmar (AOFA)
Direction Générale des Affaires Culturelles (AC)
CCFA Baden-Baden/HCRFA Bonn, Cabinet (CCFA)
Cons. Adm., Caisse 477, P. 7, E-8
Cons. Pol., P. 200, C III-4
Dossiers rapatriés de l'Ambassade de Bonn, XC 24 – XC 27
Dossiers Laffon, Caisse 4, 12; Caisse 19
Cabinet civil (CAC), P. 12, POL I B 3 – B 5; P. 30, POL III A 1 – A 2; P. 40 POL III G 10; P. 48 POL IV C 1; P. 49 POL IV C 2, C 3, C 5, C 7
Aff. Polit., Int. et Cultes, Caisse 3305, P. 106, 2720
Bade-Sud, R 2–051
Gouvernement Militaire Français de Berlin (GMFB)
Cons. Pol., P. 51; P. 67, C/3/4; P. 144 – P. 146, XC 1 – XC 9
CGAAA
Carton 5, A 4; Carton 6, A 9; Carton 13, B 4; Carton 22, C 7; Carton 44, F 13; Carton 59, I 1 – I 6; Caisses 2665, 3; 2669, 5/3; 2684, 8; 2689, 3

Ministère des Affaires Etrangères, Archives diplomatiques, Paris (MAE)
Guerre 1939–45, Londres, CNF, vols. 172 (Mikrofilm P 1710); 186 (P 1713)
Guerre 1939–45, Alger, CFLN/GPRF, vols. 631 (Mikrofilm P 1803); 655 (P 1810); 779 (P 1846); 845 (P 1861)
Y Internationale 1944–49, vols. 41; 83; 278 – 281; 433; 434; 650 – 654; 692
Z Europe 1944–49, Allemagne, vols. 82 – 84; 99 – 104
EU Europe 1949–55, Allemagne, vols. 13; 255 – 257; 261; 267; 447 – 457
Relations culturelles 1945–59, Années 1945–47, vols. 44 – 46; 184; Echanges cult. 1948–55, vols. 1; 21 – 26; 28; Enseignement 1948–59, vol. 34

Archives Nationales, Paris (AN)
70 AJ/29 – 32
AJ 16/6957
F17 13335
F21 5130 – 5132; 5175; 5183; 7548
Section Contemporaine, INF 717; 718; F60 3034

Ministère de l'Education Nationale, Mission des Archives, Paris (MEN)
F17bis 2005 – 2006

Archives Départementales du Territoire de Belfort, Belfort (ADTB)
[Anonym:] Raymond Schmittlein, Belfort (vermutlich 1956), 23 pp.
Delcroix, Jean-Robert: Un destin hors pair. Raymond Schmittlein, sa carrière et son œuvre, Belfort 1967, 31 pp.
Maschinenschriftliche Darstellung des Lebenswegs und Bibliographie Schmittleins, verfaßt von Georges Schouler, Oktober 1982, 2 pp.
Bulletin de la Société Belfortaine d'Emulation 70 (1978), darin ein Nekrolog auf Schmittlein von G. S. [= Georges Schouler], Des érudits nous ont quittés, S. 15 f.

Staatsarchiv Sigmaringen (StAS)
Wü 2/1504 – 1506; 1515; 1516/17; 1522; 1529
Wü 40/Acc. 15/1952/15; Acc. 1/1979/23 – 25
Wü 80/Acc. 24 + 26/1962 ff./36; 45 – 48; 128; 153; 185; 314; Acc. 10/1974 ff./127; 368; 415

Landesarchiv Speyer (LAS)
H 12/24; 233; 262; 772

Universitätsarchiv Tübingen (UAT)
117/843
117 c/377
117 d/K 804; 969; 1027
117 E/627; 780; 1733; 1774
131/207
169/67

Die seinerzeit (1985/86) ungeordneten und unerschlossenen Archivbestände des Institut Culturel Franco-Allemand (vormals Centre d'Etudes Françaises) in Tübingen sowie der Instituts Français in Freiburg und Stuttgart wurden ausgewertet für die unveröffentlichte Magisterarbeit des Verfassers, Aspekte (s. Literatur). In der vorliegenden Untersuchung wird auf Primärbelege für diese Aktenbestände verzichtet und statt dessen auf die entsprechenden Passagen der Magisterarbeit verwiesen. Die Aktenbestände des Tübinger Institut Culturel wurden inzwischen im Stadtarchiv Tübingen deponiert und erschlossen.

Gedruckte Quellen

Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949. Hrsg. vom Bundesarchiv und vom Institut für Zeitgeschichte, 5 Bde., München/Wien 1976–1981.

Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Berlin 1945–1948.

Anthologie der deutschen Meinung. Deutsche Antworten auf eine französische Umfrage, Konstanz 1948.

Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte und der Research Foundation for Jewish Immigration. Gesamtleitung: Werner Röder/Herbert A. Strauss, 3 Bde., München etc. 1980–1983.

Coston, Henry, Dictionnaire des pseudonymes, nouvelle édition corrigée, Paris 1965.

Documents on Germany under Occupation 1945–1954. Selected and edited by Beate Ruhm von Oppen, London etc. 1955.

Die Entstehung der Verfassung für Rheinland-Pfalz. Eine Dokumentation. Bearb. von Helmut Klaas, Boppard 1978.

Erziehung und Unterricht in der Höheren Schule. Amtliche Ausgabe des Reichs- und Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin 1938.

Europa-Archiv, Frankfurt/M., 1946–1949.

Foreign Relations of the United States. 1948 (Vol. II), 1949 (Vol. III), Washington 1973–1974.

Französische Dokumente über Deutschland (August 1945-Februar 1947), erläutert von Gerhart Lütkens, in: Europa-Archiv 1954, S. 6744–6756.

Galen, Bischof Clemens August Graf von. Akten, Briefe und Predigten 1933–1946. Bearb. von Peter Löffler, Mainz 1988.

Journal Officiel de la République Française. Lois et décrets. Paris 1945 ff., 1979 f.

Journal Officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne. Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation. Baden-Baden 1945 ff.

Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle. Hrsg. für den Deutschen Bundestag von Kurt Georg Wernicke, für das Bundesarchiv von Hans Booms u. Mitw. von Walter Vogel, 4 Bde., Boppard 1975–1989.

Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Besatzung. März 1945 bis August 1949. Bearb. von Peter Brommer, Mainz 1985.

Schola. Monatsschrift für Erziehung und Bildung, Offenburg/Mainz, 1946–1948.

Schwabe, Klaus/Reichardt, Rolf (Hrsg.): Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen, Boppard 1984.

Sohlbergkreis, Karlsruhe, 1931–1932.

Der Spiegel, Hamburg, 1948–1949.

Verhandlungen des Landtags für Württemberg-Hohenzollern, Bde. 1 und 2, Tuttlingen 1947ff.
Who's who in France, Paris 1953/54; 1957/58; 1969/70.

Literatur

Les Affaires Etrangères et le Corps Diplomatique Français. T. II: 1870–1980. Préparé sous la direction de Jean Baillou, Paris 1984.

Aktuelle Probleme aus Erziehung und Bildung. Tätigkeitsbericht des deutsch-französischen Kulturausschusses in Baden-Württemberg. Zusammengestellt im Auftrag des Ausschusses von Erich Haag, Baden-Baden 1954.

Albert, H.: Die Reform der Höheren Schulen, in: Schola 1947/1, S. 17–24.

Albrecht, Helmuth/Hermann, Armin: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich (1933–1945), in: Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft, S. 356–406.

Allied Plan for Education. The Story of the Conference of Allied Ministers of Education, London 1945.

Andler, Charles: Vie de Lucien Herr (1864–1926), Paris 1977.

Ariel (d.i. Boas de Jouvenel, Sarah Claire): Quelques règles du Jeu de la Vie, Paris 1934.

–: Rééduquer les Allemands, Paris 1945.

Auerbach, Hellmuth: Die politischen Anfänge Carlo Schmids. Kooperation und Konfrontation mit der französischen Besatzungsmacht 1945–1948, in: VfZ 36 (1988), S. 595–648.

–: „Que faire de l'Allemagne?" Diskussionsbeiträge französischer Deutschlandexperten 1944–1950, in: France – Allemagne 1944–1947, S. 289–299.

–: Französische Besatzungsmacht, katholische Kirche und CDU in Württemberg-Hohenzollern 1945–1947. Schwierigkeiten mit Bildungsreform und Demokratisierung, in: Jurt (Hrsg.): Von der Besatzungszeit, S. 140–168.

Ausstellung Frankreich – Baden im Spiegel der Geschichte, 1660–1860. Kurhaus Baden-Baden, Mai-Juni 1946, Baden-Baden 1946.

Ayçoberry, Pierre: La question nazie. Essai sur les interprétations du national-socialisme (1922–1975), Paris 1979.

Azéma, Jean-Pierre/Prost, Antoine/Rioux, Jean-Pierre (Eds.): Le Parti Communiste Français des années sombres, 1938–1941, Paris 1986.

Balfour, Michael: Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945–1946, Düsseldorf 1959.

Balous, Suzanne: L'action culturelle dans le monde, Paris 1970.

Bar-Zohar, Michel: La chasse aux savants allemands, Paris 1965.

Bargatzky, Walter: Hotel Majestic. Ein Deutscher im besetzten Frankreich, Freiburg 1987.

Bariéty, Jacques: Deux après-guerres: recherche d'une politique culturelle française en Allemagne après les déceptions des années 1920 et 1930, in: Knipping/Le Rider (Hrsg.): Frankreichs Kulturpolitik, S. 3–8.

–: L'action culturelle française en République fédérale d'Allemagne de 1949 à 1955, in: RA 20 (1988), S. 246–260.

–: Un artisan méconnu des relations franco-allemandes: le professeur Oswald Hesnard, 1877–1936, in: Media in Francia ... Recueil de mélanges offert à Karl Ferdinand Werner à l'occasion de son 65e anniversaire par ses amis et collègues français, Maulévrier (Anjou) 1989, S. 1–18.

Benz, Wolfgang: Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1946–1949, Frankfurt 1984.

–: Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 1986.

Bertaux, Pierre: Un étudiant français à Berlin (hiver 1927–1928), in: RA 14 (1982), S. 337–350.

–: Zwischen Deutschland und Frankreich, Marburg 1984.

Bidwell, Percy W.: Reeducation in Germany: Emphasis on Culture in the French Zone, in: Foreign Affairs 27/1 (Oktober 1948), S. 78–85.

Birkert, Alexandra: Das Goldene Tor. Alfred Döblins Nachkriegszeitschrift (Rahmenbedingungen, Zielsetzung, Entwicklung), in: Archiv für Geschichte des Buchwesens. Hrsg. von der Hi-

storischen Kommission des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V., Bd. 33, Frankfurt 1989, S. 201–317.
von Bismarck, Klaus: Aufbruch aus Pommern. Erinnerungen und Perspektiven, München 1992.
Bitoun, Pierre: Les hommes d'Uriage, Paris 1988.
Blänsdorf, Agnes: Gerhard Ritter 1942–1950. Seine Überlegungen zum kirchlichen und politischen Neubeginn in Deutschland, in: GWU 42 (1991), 1 und 2, S. 1–21 und 67–91.
Blum, Léon: L'Œuvre de Léon Blum (1940–1945), Paris 1955.
Bock, Hans Manfred: Die Deutsch-Französische Gesellschaft 1926 bis 1934. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der deutsch-französischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit, in: Francia 17/3 (1990), Sigmaringen 1991, S. 57–101.
– et al. (Dir.): Entre Locarno et Vichy. Les relations culturelles franco-allemandes dans les années 1930, 2 vols., Paris 1993.
Bower, Tom: Verschwörung Paperclip. NS-Wissenschaftler im Dienst der Siegermächte, München 1988.
Brée, Germaine/Morot-Sir, Edouard: Littérature française, t. 9: Du Surréalisme à l'Empire de la Critique, Paris 1984.
Brenner, Hildegard: Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus, Reinbek 1963.
Brunn, Gerhard: Französische Kulturpolitik in den Rheinlanden nach 1918 und die Wiesbadener Kunstausstellung des Jahres 1921, in: Hüttenberger/Molitor (Hrsg.): Franzosen und Deutsche am Rhein, S. 219–241.
Bungenstab, Karl-Ernst: Umerziehung zur Demokratie? Reeducation-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945–1949, Düsseldorf 1970.
Cacérès, Benigno: Histoire de l'éducation populaire, Paris 1964.
–: Entretien, in: Entretiens avec B. Cacérès et al., S. 1–25.
Les Cahiers de l'animation. Publiés par l'Institut National d'Education Populaire, Marly-le-Roi, No. 32 (1981 II), L'Education populaire de 1920 à 1940.
–, No. 49–50 (1985 I-II), Education populaire et jeunesse sous le gouvernement de Vichy.
–, No. 57–58 (1986 IV-V), L'Espérance contrariée. Education populaire et jeunesse à la Libération (1944–1947).
Cathala, Jean: Sans fleur ni fusil, Paris 1981.
Chabrol, Véronique: L'ambition de „Jeune France", in: Rioux (Dir.), La vie culturelle sous Vichy, S. 161–178.
Cheval, René: Les relations culturelles franco-allemandes, in: Documents 1969/2, S. 7–17.
–: Education. Rééducation. La politique des Alliés en Allemagne occupée, in: Documents 1980/2, S. 111–119.
–: Die Bildungspolitik in der französischen Besatzungszone, in: Heinemann (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau, S. 190–200.
–: Die Universität Tübingen in der Besatzungsära, in: Vaillant (Hrsg.): Französische Kulturpolitik, S. 61–69.
–: Die Universität Tübingen zwischen Vergangenheit und Zukunft in den Nachkriegsjahren, in: Knipping/Le Rider (Hrsg.): Frankreichs Kulturpolitik, S. 247–261.
Cohen, Jean-Louis: La politique architecturale de la France et le rôle du Conseil Supérieur d'Architecture et de l'Urbanisme, in: France – Allemagne 1944–1947, S. 243–251.
Commandement en Chef Français en Allemagne/Direction de l'Education Publique: L'Œuvre culturelle française en Allemagne, Baden-Baden 1947.
Comte, Bernard: De la formation des cadres à la résistance armée, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 147–157.
–: L'esprit d'Uriage: pédagogie civique et humanisme révolutionnaire, in: Rioux (Dir.), La vie culturelle sous Vichy, S. 179–202.
–: Une utopie combattante. L'Ecole des cadres d'Uriage 1940–1942, Paris 1991.
Coutrot, Aline: Les mouvements de jeunesse en France dans l'entre-deux-guerres, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 32, S. 29–37.
–: Les mouvements de jeunesse: approche générale, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 21–32.
Crémieux-Brilhac, Jean-Louis (Dir.): L'Education Nationale. Le Ministère, l'administration centrale, les services, Paris 1965.

Cross, Gary: Vacations for All: The Leisure Question in the Era of the Popular Front, in: Journal of Contemporary History 24 (1989), S. 599–621.
Cuer, Georges: Der Französischunterricht und die französische Sprachenpolitik in Deutschland nach 1945, in: Knipping/Le Rider (Hrsg.): Frankreichs Kulturpolitik, S. 57–83.
–: L'action culturelle de la France en Allemagne occupée (1945–1949), in: Revue d'histoire diplomatique 101 (1987), S. 7–60.
de Cuttoli-Uhel, Cathérine: La politique allemande de la France (1945–1948). Symbole de son impuissance?, in: Girault, René/Frank, Robert (Eds.): La puissance française en question (1945–1949), Paris 1988, S. 93–111.
Defrance, Corine: Die Franzosen und die Gründung des „Instituts für Europäische Geschichte" in Mainz, 1949–1955, in: Dies./Schulze, Winfried: Die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Mainz 1992, S. 55–77; frz.: Les Français et la création de l'Institut d'Histoire Européenne de Mayence, 1949–1955, in: RA 23 (1991), S. 87–101.
–: Elements d'une analyse de la politique culturelle française en Allemagne à travers son financement, 1945–1955, in: RA 23 (1991), S. 499–518.
Degon, Pierre: La jeunesse universitaire à Berlin et la politique, in: RA 5 (1931), S. 293–299.
Delcroix, Jean-Robert: Un destin hors pair. Raymond Schmittlein – Sa carrière et son œuvre, Belfort 1967.
Deleris, Didier: Jean Guéhenno, l'humaniste et les bureaux, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 101–109.
Digeon, Claude: La crise allemande de la pensée française (1870–1914), Paris 1959.
Doka, Carl: Kulturelle Außenpolitik, Zürich 1956.
Dollot, Louis: Les relations culturelles internationales, Paris 1964.
Dollwet, Joachim: Rheinische Verwaltungsschule Cochem, in: Heyen (Hrsg.): Rheinland-Pfalz entsteht, S. 395–410.
Dreyfus-Schmidt, Michel: Raymond Schmittlein ou le Faux Prophète, Montbéliard 1962.
Duchaine, Charles: Les Chantiers de la Jeunesse, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 51–65.
Düwell, Kurt: Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932. Grundlinien und Dokumente, Köln/Wien 1976.
–: Nationale Interessen und europäisches Ideal. Französische Universitätspolitik zwischen Rhein und Saar 1945–1949, in: Hüttenberger/Molitor (Hrsg.): Franzosen und Deutsche am Rhein, S. 243–257.
Dumazedier, Joffre: Entretien, in: Entretiens avec B. Cacérès et al., S. 26–47.
Duquesne, Jacques: Les catholiques français sous l'occupation. Nouvelle édition revue et corrigée, Paris 1986.
Entretiens avec Bénigno Cacérès, Joffre Dumazedier, Paul Lengrand, Gabriel Monnet, Joseph Rovan. Recueil réalisé pour Peuple et Culture par Jean-Pierre Saez, maschinenschriftl., Paris 1986.
Epting, Karl: Das französische Sendungsbewußtsein im 19. und 20. Jahrhundert, Heidelberg 1952.
Erdmann, Karl Dietrich: Die Ökumene der Historiker. Geschichte der Internationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences Historiques, Göttingen 1987.
Eschenburg, Theodor: Aus den Anfängen des Landes Württemberg-Hohenzollern, in: ders./Heuss, Theodor/Zinn, Georg-August (Hrsg.): Festgabe für Carlo Schmid zum 65. Geburtstag. Dargebracht von Freunden, Schülern und Kollegen, Tübingen 1962, S. 57–80.
–: Jahre der Besatzung 1945–1949, Stuttgart 1983.
Europa und der Nationalismus. Bericht über das III. Internationale Historiker-Treffen in Speyer, 17. bis 20. Oktober 1949, Baden-Baden 1950.
Falkenburger, Paul: Souvenir de l'ancien curateur adjoint de l'Université de Fribourg, in: France – Allemagne 1944–1947, S. 285–286.
Flitner, Wilhelm/Kudritzki, Gerhard (Hrsg.): Die deutsche Reformpädagogik, 2 Bde., 2. Aufl. Stuttgart 1982.
Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft. Aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens hrsg. von Vierhaus, Rudolf/vom Brocke, Bernhard, Stuttgart 1990.

Fouilloux, Etienne: Le catholicisme français entre guerre et guerre froide, in: Les Cahiers de l'Animation, No 57–58, S. 27–38.
France – Allemagne 1944–1947. Deutsch-französisches Historikerkolloquium, Baden-Baden 2.-5. Dezember 1986, hrsg. von Manfrass, Klaus/Rioux, Jean-Pierre, Paris 1990.
Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949. Kolloquium des Institut Français de Stuttgart und des Deutsch-Französischen Instituts, Ludwigsburg, 16./17. Januar 1986. Hrsg. vom Institut Français de Stuttgart, Tübingen 1987.
Frenay, Henri: Combat, Paris 1946.
Friederich, Gerd: Entwicklungen im Schulwesen, in: Der Weg zum Südweststaat, S. 242–259.
Friedrich, Sabine: Rundfunk und Besatzungsmacht. Organisation, Programm und Hörer des Südwestfunks 1945 bis 1949, Baden-Baden 1991.
Fritsch-Bournazel, Renata: Frankreich und die „deutsche Frage" 1945–1949, in: Die Deutschlandfrage und die Anfänge des Ost-West-Konfliktes 1945–1949. Mit Beiträgen von Alexander Fischer et al., Berlin 1984, S. 85–95.
–: Mourir pour Berlin? Die Wandlungen der französischen Ost- und Deutschlandpolitik während der Blockade 1948/49, in: VfZ 35 (1987), S. 171–192.
Gamm, Hans-Jochen: Führung und Verführung. Pädagogik des Nationalsozialismus, 3. Aufl. München 1990.
Gaudibert, Pierre: Réflexions sur le mouvement des Auberges de jeunesse dans les années 1930, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 32, S. 75–85.
de Gaulle, Charles: Le fil de l'épée, Paris 1932.
–: Vers l'armée de métier, Paris 1934.
–: La France et son armée, Paris 1938.
–: Mémoires de guerre, 3 vols., Paris 1954/1956/1959.
–: Discours et messages. Vols. 1 (1940–1946), 2 (1946–1958), Paris 1970.
–: Lettres, notes et carnets. Vol. 6: Mai 1945-Juin 1951, Paris 1984.
De Gaulle en son siècle. Actes des Journées Internationales tenues à l'UNESCO, Paris, 19–24 Novembre 1990, organisée par l'Institut Charles de Gaulle, 6 vols., Paris 1991 ff.
Gay-Lescot, Jean-Louis: Sport et Education sous Vichy (1940–1944), Lyon 1991.
Gérard, Francis: Que faire de l'Allemagne?, Algier 1943.
Gilmore, Richard: France's Postwar Cultural Policies and Activities in Germany, 1945–1956, Washington 1973.
Gimbel, John: German Scientists, United States Denazification Policy, and the „Paperclip Conspiracy", in: The International History Review XII,3 (August 1990), S. 441–465.
Giolitto, Pierre: Histoire de la jeunesse sous Vichy, Paris 1991.
Giraud, Henri-Christian: De Gaulle et les communistes, 2 vols., Paris 1988–1989.
Girod de l'Ain, Bertrand: La résistance des Allemands aux réformes scolaires des occupants, in: Documents 1980/3, S. 117–126.
Gisselbrecht, André: Quelques interprétations du phénomène nazi en France entre 1933 et 1939, in: Les relations franco-allemandes 1933–1939. Actes du Colloque International No. 563, Strasbourg, 7–10 octobre 1975, organisé par François-Georges Dreyfus, Paris 1976, S. 151–165.
Gögler, Max/Richter, Gregor (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen, Sigmaringen 1982.
Goldmann, Lucien: Lukács und Heidegger. Nachgelassene Fragmente, Darmstadt/Neuwied 1975.
Gollasch, Gottfried: Wohlebs badische Außenpolitik. Sein Beitrag zur deutsch-französischen Annäherung, in: Weinacht (Hrsg.): Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre, S. 199–213.
Graml, Hermann: Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948, Frankfurt 1985.
Granet, Marie/Michel, Henri: Combat. Histoire d'un mouvement de résistance de juillet 1940 à juillet 1943, Paris 1957.
Grange, Daniel J.: Les catholiques français et la coopération internationale durant le premier après-guerre: le Comité catholique des Amitiés françaises, in: Relations internationales 72 (hiver 1992), S. 443–474.
Grappin, Pierre: Que faire de l'Allemagne?, Paris 1945.

Graß, Karl Martin: Von Koblenz nach Mainz. Die Hauptstadtfrage, in: Heyen (Hrsg.): Rheinland-Pfalz entsteht, S. 433–449.
Grégoire, Henri: Fritz Kern [Nekrolog], in: La Nouvelle Clio (Brüssel) 1/2 (1949/50), S. 305–309.
Greschat, Martin: Marcel Sturm – L'Eglise évangélique en Allemagne depuis mai 1945, in: RA 21 (1989), S. 567–575.
Grohnert, Reinhard: Die Entnazifizierung in Baden 1945–1949. Konzeptionen und Praxis der „Epuration" am Beispiel eines Landes der französischen Besatzungszone, Stuttgart 1991.
Grosser, Alfred: L'Allemagne de l'Occident 1945–1952, Paris 1953.
–: Emmanuel Mounier und das Comité Français d'Echanges avec l'Allemagne Nouvelle, in: Deutschland – Frankreich. Ludwigsburger Beiträge zum Problem der deutsch-französischen Beziehungen. Hrsg. vom Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg, Bd. 1, Stuttgart 1954, S. 270–280.
–: La IVe République et sa politique extérieure, Paris 1961 u. ö., zuletzt unter neuem Titel: Affaires extérieures. La Politique de la France 1944–1984, Paris 1984; dt.: Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute, München 1986.
–: Geschichte Deutschlands seit 1945. Eine Bilanz, München 1974 u. ö.
Gruson, Pascale: La référence religieuse dans la germanistique universitaire française, in: RA 21 (1989), S. 509–521.
Halbritter, Maria: Schulreformpolitik in der Britischen Zone von 1945 bis 1949, Weinheim 1979.
Halls, Wilfred D.: Les jeunes et la politique de Vichy, Paris 1988.
Handourtzel, Rémy: La politique scolaire et les instituteurs, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 99–106.
Hartmann, Peter (d. i. Paul Rühlmann): Französische Kulturarbeit am Rhein, 2. Aufl. Leipzig 1921.
Hartweg, Frédéric: Le protestantisme français et l'Allemagne en 1945, in: RA 21 (1989), S. 576–590.
-/Heimerl, Daniela: L'Allemagne protestante de 1949/50 expliquée aux Français: Un rapport de Georges Casalis, in: RA 21 (1989), S. 576–590.
Hauriou, André: Vers une doctrine de la résistance: le socialisme humaniste, Algier 1944.
Heimerl, Daniela: Les Eglises évangéliques et le rapprochement franco-allemand dans l'après-guerre, in: RA 21 (1989), S. 591–606.
Heinemann, Manfred (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1981.
–: Bildung und Wissenschaft im Rahmen der Kultur- und Sicherheitspolitik der Westalliierten. Erfahrungen der Nachkriegszeit, in: Knipping/Le Rider (Hrsg.): Frankreichs Kulturpolitik, S. 35–54.
–: Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründungen der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1949), in: Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft, S. 407–470.
– (Hrsg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952. Teil 3: Die Französische Zone. Bearb. von Jürgen Fischer et al., Hildesheim 1991.
Hell, Victor: Les relations culturelles entre la France et l'Allemagne dans l'immédiat après-guerre, in: Lüsebrink, Hans-Jürgen/Riesz, János (Hrsg.): Feindbild und Faszination. Vermittlerfiguren und Wahrnehmungsprozesse in den deutsch-französischen Kulturbeziehungen (1789–1983), Frankfurt 1984, S. 17–136.
Heller, Gerhard: In einem besetzten Land. NS-Kulturpolitik in Frankreich. Erinnerungen 1940–1944, Köln 1982.
Heller-Goldenberg, Lucette: Les Auberges de la Jeunesse: conflits et réconciliation, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 67–86.
–: La querelle des Auberges de jeunesse, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 167–173.
Hellman, John: Emmanuel Mounier and the New Catholic Left 1930–1950, Toronto etc. 1981.
Henke, Klaus-Dietmar: Aspekte französischer Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag, hrsg. von Wolfgang Benz et al., Stuttgart 1980, S. 169–191.
–: Politische Säuberung unter französischer Kontrolle. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart 1981.

–: Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Scharf/Schröder (Hrsg.): Deutschlandpolitik Frankreichs, S. 49–89.

Hénon, Pierre: Les débuts d'un mouvement: Travail et Culture, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 217–222.

Henrich, Franz: Die Bünde katholischer Jugendbewegung. Ihre Bedeutung für die liturgische und eucharistische Erneuerung, München 1968.

Herbst, Ludolf (Hrsg.): Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986.

Hettier de Boislambert, Claude: Les fers de l'espoir, Paris 1978.

Hettwer, Hubert: Das Bildungswesen in der DDR. Strukturelle und inhaltliche Entwicklung seit 1945, Köln 1976.

Heyen, Franz-Josef (Hrsg.): Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945–1951, Boppard 1984.

Hillel, Marc: L'occupation française en Allemagne (1945–1949), Paris 1983.

Hirscher, Gerhard: Carlo Schmid und die Gründung der Bundesrepublik. Eine politische Biographie, Bochum 1986.

Honig, Elisabeth: Die französischen Schulreformen nach dem zweiten Weltkrieg im Spiegel der pädagogischen Fachpresse Frankreichs, Ratingen 1964.

Hostache, René: Le Conseil National de la Résistance. Les institutions de la clandestinité, Paris 1958.

Hudemann, Rainer: Französische Besatzungszone 1945–1952, in: Scharf/Schröder (Hrsg.): Deutschlandpolitik Frankreichs, S. 205–248.

–: Zur Politik der französischen Besatzungsmacht, in: Heyen (Hrsg.): Rheinland-Pfalz entsteht, S. 31–58.

–: Entstehung des Landes und seiner Verfassung, in: Peter Haungs (Hrsg.): 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde, Mainz 1986, S. 65–92.

–: Wirkungen französischer Besatzungspolitik: Forschungsprobleme und Ansätze zu einer Bilanz, in: Herbst (Hrsg.): Westdeutschland 1945–1955, S. 167–181.

–: Anfänge der Wiedergutmachung. Französische Besatzungszone 1945–1950, in: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987), S. 181–216.

–: Fragen zur Wirtschaftsgeschichte der französischen Besatzungszone, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 46 (1987), S. 403–407.

–: Kulturpolitik und Deutschlandpolitik. Frühe Direktiven für die französische Besatzung in Deutschland, in: Knipping/Le Rider (Hrsg.): Frankreichs Kulturpolitik, S. 15–31.

–: Zentralismus und Dezentralisierung in der französischen Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1947, in: Winfried Becker (Hrsg.): Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland. Symposion an der Universität Passau, 30.-31. 10. 1985, Köln/Wien 1987, S. 181–209.

–: Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik, Mainz 1988.

–: Deutsche Geschichte in französischen Archiven. Nachkriegsakten in Colmar und Paris – Archivgut zur neueren Geschichte in Nantes, in: Der Archivar 42 (1989), S. 475–488.

–: Grundprobleme der französischen Besatzung in Deutschland, in: Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949, S. 27–40; frz. (erw.): L'occupation française en Allemagne. Problèmes généraux et perspectives de recherche, in: Ménudier (Dir.): L'Allemagne occupée, S. 221–242.

–: Frankreich und der Kontrollrat 1945–1947, in: France – Allemagne 1944–1947, S. 97–118; frz.: La France et le Conseil de Contrôle interallié en Allemagne (1945–1947), in: RA 21 (1989), S. 235–256.

–: Die Besatzungsmächte und die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg und der Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1989). Colloquium am 30. Mai 1989 in Erinnerung an die Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949. Hrsg. von Meinrad Schaab und Gregor Richter, Stuttgart 1991, S. 1–18.

-/Poidevin, Raymond (Hrsg.): Die Saar 1945–1955. Ein Problem der europäischen Geschichte, München 1992.
Hürten, Heinz: Aussöhnung zwischen Franzosen und Deutschen: Die Rolle der katholischen Kirche und der christlich-demokratischen Parteien, in: France – Allemagne 1944–1947, S. 255–264.
Hüttenberger, Peter: Methoden und Ziele der französischen Besatzungspolitik nach dem Ersten Weltkrieg in der Pfalz, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 108 (1972), S. 105–121.
-/Molitor, Hansgeorg (Hrsg.): Franzosen und Deutsche am Rhein 1789 – 1918 – 1945, Essen 1989.
Hugouvieux, Gilberte: Les Francs et franches camarades, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 241–248.
Humblot, Henri: La jeunesse allemande d'aujourd'hui. Pour une politique de la bonne foi, in: Esprit, 15e année, No. 131 (März 1947), S. 381–393.
–: Kontrolle und Anregung der Jugendbewegungen in Südwürttemberg. Ein Erlebnisbericht aus den Jahren von 1945 bis 1949, in: Vaillant (Hrsg.): Französische Kulturpolitik, S. 43–60.
Hurstfield, Julian G.: America and the French Nation, 1939–1945, Chapel Hill 1986.
Jaspers, Karl: Hoffnung und Sorge. Schriften zur deutschen Politik 1945–1965, München 1965.
Jekel, Adolf: Stipendiatenreise nach Paris in den Pfingstferien 1926, in: Goverts, Henry/Höber, Elfriede (Hrsg.): Der Student im Ausland. Heidelberger Berichte zum Universitätsleben der Gegenwart, Heidelberg 1930, S. 130–135.
Joubrel, Henri: Le Scoutisme dans l'éducation et la rééducation des jeunes, Paris 1951.
Joussellin, Jean/Moreau, Jean: Jugend in Frankreich, München 1955.
de Jouvenel, Bertrand: Un voyageur dans le siècle (1903–1945), Paris 1979.
Jurt, Joseph (Hrsg.): Die „Franzosenzeit" im Lande Baden von 1945 bis heute. Zeitzeugnisse und Forschungsergebnisse, Freiburg 1992.
– (Hrsg.): Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation, Freiburg 1993.
Kaden, Erich Hans/Springer, Max: Der politische Charakter der französischen Kulturpropaganda am Rhein. Aufgrund authentischer Dokumente, Berlin 1923.
Keller, Thomas: Katholische Europa-Konzeptionen in den deutsch-französischen Beziehungen, in: Bock et al. (Dir.): Entre Locarno et Vichy, S. 219–239.
Kessel, Martina: Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947, München 1989.
Kiersch, Gerhard: Die französische Deutschlandpolitik 1945–1949, in: Scharf, Claus/Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten, Wiesbaden 1977, S. 61–76.
Kindt, Werner (Hrsg.): Die deutsche Jugendbewegung 1920 bis 1933. Die bündische Zeit. Quellenschriften, Düsseldorf/Köln 1974.
Knaup, Gisela: Die französische Beobachtungs- und Orientierungsstufe. Entstehung, Struktur, Entwicklungstendenzen und Probleme eines französischen Sekundarschultyps (CES), Hannover 1974.
Knipping, Franz: „Réseaux" und „Mouvements" in der französischen Résistance, 1940–1945, in: Schulz, Gerhard (Hrsg.): Geheimdienste und Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1982, S. 105–142.
–: Umerziehung der Verwaltung? Zur Gründungsgeschichte der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, in: ebenda, S. 91–110.
–: Que faire de l'Allemagne? Die französische Deutschlandpolitik 1945–1950, in: ders./Weisenfeld, Ernst (Hrsg.): Eine ungewöhnliche Geschichte: Deutschland – Frankreich seit 1870, Bonn 1988, S. 141–155.
–/Le Rider, Jacques (Hrsg.): Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945–1950. Ein Tübinger Symposium, 19./20. September 1985, Tübingen 1987.
Knöpfle, Franz: 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, in: Demokratie und Verwaltung. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Speyer 1972, S. 11–97.
Köhler, Henning: Das Ende Preußens aus französischer Sicht, Berlin/New York 1982.
Konstanzer, Eberhard: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart 1969.

–: Weisungen der französischen Militärregierung 1946–1949, in: VfZ 18 (1970), S. 204–236.
Korff, Adalbert: Le revirement de la politique française à l'égard de l'Allemagne entre 1945 et 1950, Ambilly-Annemasse 1965.
Koszyk, Kurt: Pressepolitik für Deutsche 1945–1949. Geschichte der deutschen Presse, Teil IV, Berlin 1986.
Krautkrämer, Elmar: Frankreichs Kriegswende 1942. Die Rückwirkungen der alliierten Landung in Nordafrika – Darlan, de Gaulle, Giraud und die royalistische Utopie, Bern etc. 1989.
Krebs, Gilbert: La paix par la jeunesse. Aspects du pacifisme en France et en Allemagne entre les deux guerres mondiales, in: Sept décennies de relations franco-allemandes, S. 155–190.
Krieger, Wolfgang: General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949, Stuttgart 1987.
Krönig, Waldemar/Müller, Klaus-Dieter: Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit, Stuttgart 1990.
Küppers, Heinrich: Bildungspolitik im Saarland 1945–1955, Saarbrücken 1984.
–: Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz und im Saarland, in: Knipping/Le Rider (Hrsg.): Frankreichs Kulturpolitik, S. 176.
–: Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition. Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1946–1955, Mainz 1990.
Kurz, Jakob: Kunstraub in Europa 1938–1945, Hamburg 1989.
Kusch, Katrin: Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1951), Mainz 1989.
Labourie, Raymond: 1920–1940: Les mutations de l'éducation populaire et des mouvements de jeunesse, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 32, S. 3–7.
Lacant, Jacques: [Zeitzeugnis], in: Jurt (Hrsg.), Die „Franzosenzeit" im Lande Baden, S. 120–128.
Lacouture, Jean: De Gaulle, 3 vols., Paris 1984ff.
Lange-Quassowski, Jutta-B.: Neuordnung oder Restauration? Das Demokratiekonzept der amerikanischen Besatzungsmacht und die politische Sozialisation der Westdeutschen: Wirtschaftsordnung – Schulstruktur – Politische Bildung, Opladen 1979.
Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945–1949, Mainz 1988.
–: Zielkonflikte französischer Besatzungspolitik in Deutschland. Der Streit Laffon – Koenig 1945–1947, in: VfZ 39 (1991), S. 1–35; frz.: A propos de l'occupation française en Allemagne 1945/49. Le conflit Laffon/Koenig, in: Sept décennies de relations franco-allemandes, S. 227–262.
Lauren, Paul Gordon: Diplomats and Bureaucrats. The First Institutional Responses to Twentieth-Century Diplomacy in France and Germany, Stanford 1976.
Lautenschläger, Gabriele: Joseph Lortz (1887–1975). Weg, Umwelt und Werk eines katholischen Kirchenhistorikers, Würzburg 1987.
Lazar, Marc: Le PCF et la culture, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 57–72.
Le Rider, Jacques: La Revue d'Allemagne: les germanistes français, témoins et interprètes de la crise de la République de Weimar et du nazisme, in: Bock et al. (Dir.): Entre Locarno et Vichy, S. 363–374.
Lengrand, Paul: Entretien, in: Entretiens avec B. Cacérès et al., S. 48–70.
Leiner, Wolfgang: Das Deutschlandbild in der französischen Literatur, Darmstadt 1989.
Léon, Antoine: Histoire de l'éducation populaire en France, Paris 1983.
Lersch, Edgar: Das Kulturleben in der Stadt Tübingen vom Zusammenbruch bis zur Währungsreform (1945–1948), in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 43 (1984), S. 327–354.
L'Huillier, Fernand: Dialogues franco-allemands, 1925–1933, Strasbourg/Gap 1971.
Lichtenberger, Henri: L'Allemagne nouvelle, Paris 1936.
Lipgens, Walter: Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945. Eine Dokumentation, München 1968.
–: Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946, in: VfZ 21 (1973), S. 52–102.
–: Innerfranzösische Kritik an der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946, in: VfZ 24 (1976), S. 136–198.

Loiseaux, Gérard: La littérature de la défaite et de la collaboration, Paris 1984.
Loth, Wilfried: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977.
–: Die Franzosen und die deutsche Frage 1945–1949, in: Scharf/Schröder (Hrsg.): Deutschlandpolitik Frankreichs, S. 27–48.
–: Die deutsche Frage in französischer Perspektive, in: Herbst (Hrsg.): Westdeutschland 1945–1955, S. 37–49.
Loubet del Bayle, Jean-Louis: Les non-conformistes des années trente. Une tentative de renouvellement de la pensée politique française, Paris 1969.
Ludmann-Obier, Marie-France: Die Kontrolle der chemischen Industrie in der französischen Besatzungszone 1945–1949, Mainz 1989.
Lusset, Félix: Sartre in Berlin (Januar 1948). Zur Arbeit der französischen Kulturmission in Berlin, in: Vaillant (Hrsg.): Französische Kulturpolitik, S. 107–119.
–: 1939–1944, de la guerre à la Résistance. Témoignages d'une autre époque. T. 1: La guerre, 1939–40, carnet de route d'un sous-officier de réserve; t. 2: Un journal clandestin dans la Résistance: „Voix de France" (1940–1944), éd. par Jérôme Vaillant, Paris 1985–1987.
Lutzebäck, Rolf: Die Bildungspolitik der britischen Militärregierung im Spannungsfeld zwischen „education" und „reeducation" in ihrer Besatzungszone, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg in den Jahren 1945–1947, 2 Bde., Frankfurt etc. 1991.
Magnan, Bernard/Magnan, Nora: L'éducation populaire dans le plan Langevin-Wallon, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 273–286.
Maier, Hedwig/von Schmoller, Gustav: Das Besatzungsregime in den drei westlichen Besatzungszonen. Eine kritische Untersuchung der Praxis der Besatzungsmächte in den Jahren 1945–1948. Erster Teil: Die Beschränkung der staatlichen Hoheitsgewalt und der Grundrechte, masch., Stuttgart 1948.
Malherbe, Alain: D'espoir en division: Tourisme et Travail, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 223–230.
Manns, Peter: Höchst persönliche Erinnerungen an einen großen Franzosen und die bewegten Jahre der Wiederbegründung einer alten Universität. In memoriam Raymond Schmittlein, Mainz 1978.
Marcowitz, Reiner: Grundzüge der Deutschland-Politik de Gaulles und Bidaults von Herbst 1944 bis Frühjahr 1947, in: Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft 2/1988, S. 117–134.
Marès, Antoine: Puissance et présence culturelle de la France. L'exemple du Service des Œuvres françaises à l'Etranger dans les années 30, in: Relations Internationales 33 (printemps 1983), S. 65–80.
Marquant, Robert: La politique culturelle française en Allemagne de 1945 aux années cinquante: la césure de 1949, in: Knipping/Le Rider (Hrsg.): Frankreichs Kulturpolitik, S. 113–131.
Martens, Stefan: Saisir l'avenir et garder le passé. Die Pariser Archive, ihre Bestände und deren Schicksal, in: HZ 247 (1988), S. 357–368.
–: Inventarisierte Vergangenheit. Frankreich zehn Jahre nach Öffnung der staatlichen Archive, in: Francia 17/3 (1990), S. 103–109.
Martin, Jean-Paul: Aperçus sur la Ligue de l'enseignement et les œuvres complémentaires de l'école (1940–1942), in: Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 87–97.
–: L'univers laïque face aux remaniements de la tradition républicaine, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 39–55.
–: Introduction [zu Kap. 2, 3, 4, 5], in: ebenda, S. 75–79, 137–141, 197–208, 259–271.
Martin, Marcel: La législation française en Allemagne. Ses fondements, sa procédure, ses résultats, Baden-Baden (1947).
Mathy, Helmut: Neue Dokumente zur Wiedereröffnung der Mainzer Universität 1945/46, in: Jahrbuch der Vereinigung „Freunde der Universität Mainz", 25./26. Band (1976/1977), S. 208–225.
–: Hochschulen und wissenschaftliche Forschung in den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz, in: Heyen (Hrsg.): Rheinland-Pfalz entsteht, S. 365–394.
–: Das Porträt: Adolf Süsterhenn (1905–1974), in: Geschichte im Westen 1988/2, S. 203–217.
de Mendelssohn, Peter: Der Geist in der Despotie. Versuche über die moralischen Möglichkeiten des Intellektuellen in der totalitären Gesellschaft, Berlin 1953.

Ménudier, Henri (Dir.): L'Allemagne occupée 1945–1949, 2e éd. Asnières 1989.
Merlio, Gilbert: Les germanistes français et le phénomène prussien, in: RA 19 (1987), S. 287–296.
–: L'image de l'Allemagne chez les germanistes français de l'entre-deux-guerres, in: Allemagnes d'aujourd'hui No. 105 (Juillet-Sept. 1988), S. 66–83.
–: Lichtenberger, d'Harcourt, Vermeil: trois germanistes français face au national-socialisme, in: Bock et al. (Dir.): Entre Locarno et Vichy, S. 375–390.
Michel, Henri: Les courants de pensée de la résistance, Paris 1962.
-/Mirkine-Guetzévitch, Boris, Les idées politiques et sociales de la résistance (documents clandestins 1940–1944), Paris 1954.
Michel, Otto: Anpassung oder Widerstand. Eine Autobiographie, Wuppertal/Zürich 1989.
Miles, Donald W.: Recent Reforms in French Secondary Education. With Implications For French and American Education, New York 1953.
Mombert, Monique: Jeunesse allemande et rééducation en Z.F.O. La politique du livre et la rééducation de la jeunesse allemande dans le sud de la Z.F.O. de 1945 à 1949, Thèse de 3e cycle, Université de Strasbourg 1985.
–: Buch- und Verlagspolitik in der französisch besetzten Zone 1945–49, in: Knipping/Le Rider (Hrsg.): Frankreichs Kulturpolitik, S. 227–241.
–: L'Eglise en Allemagne après 1945: L'exemple de la zone française d'occupation (ZFO), in: RA 25 (1993), S. 21–34.
Monnet, Gabriel: Entretien, in: Entretiens avec B. Cacérès et al., S. 71–91.
Moreau, Jean-Charles: Jugendarbeit und Volksbildung in der französischen Besatzungszone, in: Vaillant (Hrsg.): Französische Kulturpolitik, S. 23–41.
Jean Moulin et le Conseil National de la Résistance. Etudes et témoignages sous la direction de François Bédarida et Jean-Pierre Azéma, textes de Daniel Cordier, Paris 1983.
Mounier, Emmanuel: Qu'est-ce que le personnalisme?, Paris 1947.
–: Œuvres, t. 3 (1944–1950), Paris 1962.
Müller, Michael: Konfessionell oder simultan? Der Streit um die Volksschule in Rheinland-Pfalz 1945–1953, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 45 (1981), S. 317–346.
–: Zum Verhältnis von Kirche und Besatzung. Erzbischof Bornewasser von Trier und die Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Hüttenberger/Molitor (Hrsg.): Franzosen und Deutsche am Rhein, S. 297–308.
Munro, Angus: The University of Tübingen, 1945–1947. Reconstruction and Reorientation in the Post-war Period of French Military Government, in: Volker Schäfer (Hrsg.): Bausteine zur Tübinger Universitätsgeschichte, Folge 2, Tübingen 1984, S. 179–230.
Neuner, Ingrid: Der Bund Entschiedener Schulreformer 1919–1933. Programmatik und Realisation, Bad Heilbrunn 1980.
Nüske, Gerd Friedrich: Schulen und Schulfrage, in: Gögler/Richter (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, S. 293–303.
–: Württemberg-Hohenzollern als Land der französischen Besatzungszone in Deutschland 1945–1952, in: Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte 18 (1982), S. 179–278, und 19 (1983), S. 103–194.
Ory, Pascal: L'action culturelle du Front Populaire, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 32, S. 17–27.
Osietzki, Maria: Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates 1945–1952, Köln/Wien 1984.
Ott, Hugo: Martin Heidegger und die Universität Freiburg nach 1945. Ein Beispiel für die Auseinandersetzung mit der politischen Vergangenheit, in: Historisches Jahrbuch 105 (1985), S. 95–128.
–: Martin Heidegger. Unterwegs zu seiner Biographie, Frankfurt/New York 1988.
Outrey, Amédée: Histoire et principes de l'administration française des Affaires Etrangères, in: Revue Française de Science Politique 3 (1953), S. 298–318, 491–510, 714–738.
Pakschies, Günter: Umerziehung in der Britischen Zone 1945–1949. Untersuchungen zur britischen Reeducation-Politik, Weinheim/Basel 1979
Peuple et Culture (Ed.): Peuple et Culture 1945–1965, verfaßt von Bénigno Cacérès unter Mitwirkung von Joseph Rovan, Paris 1965.

–: Qu'est-ce que Peuple et Culture?, verfaßt von Bénigno Cacérès unter Mitwirkung von Joseph Rovan, Paris 1966.
–: Un peuple, une culture. Manifeste de peuple et culture 1945, Nachdruck Paris 1972.
Pfetsch, Frank R.: Zur Verfassung des Landes Baden im Mai 1947, in: Weinacht (Hrsg.) Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre, S. 127–147.
Poidevin, Raymond: Robert Schumans Deutschland- und Europapolitik zwischen Tradition und Neuorientierung, München/Augsburg 1976.
–: Frankreich und die deutsche Frage 1943–1949, in: Josef Becker/Andreas Hillgruber (Hrsg.): Die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert, München 1983, S. 405–420.
–: Die französische Deutschlandpolitik 1943–1949, in: Scharf/Schröder (Hrsg.): Deutschlandpolitik Frankreichs, S. 15–25.
–: René Mayer et la politique extérieure de la France (1943–1953), in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale et des conflits contemporains 134 (Avril 1984), S. 73–97.
–: La France devant le danger allemand, 1944–1952, in: Hildebrand, Klaus/Pommerin, Reiner (Hrsg.): Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag, Köln/Wien 1985, S. 253–267.
–: Die Neuorientierung der französischen Deutschlandpolitik 1948/49, in: Foschepoth, Josef (Hrsg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage, Göttingen/Zürich 1985, S. 129–144.
–: Der Faktor Europa in der Deutschlandpolitik Robert Schumans, in: VfZ 33 (1985), S. 406–419.
–: Robert Schuman, homme d'Etat 1886–1963, Paris 1986.
–/Bariéty, Jacques: Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975, München 1982.
Pronay, Nicholas/Wilson, Keith (Eds.): The Political Re-Education of Germany and Her Allies After World War II, London/Sydney 1985.
Prost, Antoine: Histoire de l'enseignement en France 1800–1967, 2e éd., mise à jour, Paris 1970.
du Réau, Elisabeth: Jean de Pange: un intellectuel catholique devant l'idée de rapprochement franco-allemand, in: Bock et al. (Dir.): Entre Locarno et Vichy, S. 241–252.
Remme, Karl/Esch, Margarethe: Die französische Kulturpropaganda. Auf der Grundlage französischen Quellenmaterials und eigener Beobachtungen im Ausland, Berlin 1927.
Rémond, René: Notre siècle de 1918 à 1988, Paris 1988.
Richard, Lionel: Aspects des relations intellectuelles et universitaires entre la France et l'Allemagne dans les années vingt, in: Bariéty, Jacques/Guth, Alfred/Valentin, Jean-Marie (Eds.): La France et l'Allemagne entre les deux guerres mondiales. Actes du colloque tenu en Sorbonne (Paris IV), 15–17 janvier 1987, Nancy 1987, S. 111–124.
Rioux, Jean-Pierre: La France de la Quatrième République, t. 1: L'ardeur et la nécessité 1944–1952. Edition revue et mise à jour, Paris 1980.
–: La flamme et la raison, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 11–16.
– (Dir.): La vie culturelle sous Vichy, Bruxelles 1990.
Roemer, Friedrich: Die staatliche Verwaltungsschule Haigerloch, in: Gögler/Richter (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, S. 121–123.
Rovan, Joseph: Les relations franco-allemandes dans le domaine de la jeunesse et de la culture populaire (1945–1971), in: RA 4 (1972), S. 674–704.
–: Zwei Völker – eine Zukunft. Deutsche und Franzosen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts, München 1986.
–: Entretien, in: Entretiens avec B. Cacérès et al., S. 92–118.
–: Contes de Dachau, Paris 1987, dt.: Erzählungen aus Dachau, Stuttgart 1989.
Ruge-Schatz, Angelika: Umerziehung und Schulpolitik in der französischen Besatzungszone 1945–1949, Frankfurt etc. 1977.
–: Die Anfänge der Schulverwaltung in der französischen Besatzungszone nach 1945, in: Hansmartin Schwarzmaier (Hrsg.): Landesgeschichte und Zeitgeschichte: Kriegsende und demokratischer Neubeginn am Oberrhein, Karlsruhe 1980, S. 355–366.
–: Grundprobleme der Kulturpolitik in der Französischen Besatzungszone, in: Scharf/Schröder (Hrsg.): Deutschlandpolitik Frankreichs, S. 91–110.
–: Besatzungsmacht – Kirche – Schulpolitik. Anmerkungen zu einem Briefwechsel, in: Vaillant (Hrsg.): Französische Kulturpolitik, S. 121–140.

Salon, Albert: L'action culturelle de la France dans le monde. Analyse critique, 3 vols., Thèse de doctorat d'Etat, Université de Paris I 1981.
Sauzin, Louis: Wesen und Probleme der französischen Hochschulen, in: Schola 1947/7–8, S. 529–536.
Schaeffer, Patrick J.: L'Alsace et l'Allemagne de 1945 à 1949, Metz 1976.
Scharf, Claus/Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1983.
Schmädeke, Jürgen/Steinbach, Peter (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, 2. Aufl. München/Zürich 1986.
Schmid, Carlo: Erinnerungen, Bern etc. 1979.
[Anonym:] Raymond Schmittlein, Belfort (vermutl. 1956).
Schmittlein, Raymond: Etudes sur la nationalité des Aestii. T. I: Toponymie Lituanienne, Baden-Baden 1948.
–: Lokis. La dernière nouvelle de Prosper Mérimée, Baden-Baden 1949.
–: Briser les chaînes de la jeunesse allemande, in: France Illustration No. 205 vom 17. September 1949, S. 18.
–: Umstände und Ursache von Jesu Tod, Baden-Baden 1951.
–: La Nationale 83. Extraits d'un carnet de route, Mainz 1951.
–: Souvenirs d'Occupation, in: Rhénanie, Ruhr et Tyrol. Organe trimestriel de la Fédération Nationale des Anciens des Forces Françaises en Allemagne et en Autriche, 28e Année, No. 169 (Oct.-Déc. 1952), S. 1.
von Schmoller, Gustav: Die Befugnisse der Besatzungsmächte in der Bundesrepublik Deutschland. Die wichtigsten Dokumente mit einer Einführung, Oberursel 1950.
Schneider, Christian W.: Neue Erziehung und Schulwesen in Frankreich unter besonderer Berücksichtigung der Schulreformversuche von 1930 bis 1959, Heidelberg 1963.
Schölzel, Stephan: Die Pressepolitik in der französischen Besatzungszone 1945–1949, Mainz 1986.
Schreiner, Reinhard: Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944–1948, Frankfurt etc. 1985.
Schriewer, Jürgen: Die französischen Universitäten 1945–1968. Probleme – Diskussionen – Reformen, Würzburg 1972.
– (Hrsg.): Schulreform und Bildungspolitik in Frankreich, Bad Heilbrunn 1974.
Schröder-Gudehus, Brigitte: Les scientifiques et la paix. La communauté scientifique internationale au cours des années 20, Montreal 1978.
Schüddekopf, Otto-Ernst: Zwanzig Jahre Westeuropäischer Schulgeschichtsbuchrevision 1945–1965. Tatsachen und Probleme, Braunschweig 1966.
Schulte, Hansgerd: Le messager: Joseph Rovan. Essai d'une biographie franco-allemande, in: Sept décennies de relations franco-allemandes, S. 319–341.
Schulz, Gerhard: Nationalpatriotismus im Widerstand, in: VfZ 32 (1984), S. 331–372.
–: Widerstand und Attentat. Schwierigkeiten mit dem 20. Juli 1944 in der deutschen Geschichte, in: Zeugnis für ein anderes Deutschland. Ehemalige Tübinger Studenten als Opfer des 20. Juli 1944, hrsg. von Volker Schäfer, 2., erw. Aufl. Tübingen 1984, S. 9–34.
–: „Dismemberment of Germany". Weltpolitische Strategie unter Bedingungen der Kriegskoalition 1939–1945, in: Funke, Manfred et al. (Hrsg.): Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher, Düsseldorf 1987, S. 287–315.
Schulze, Winfried: Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989.
–: „Das Mainzer Paradoxon". Die deutsche Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit und die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte, in: ders./Defrance, Corine: Die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Mainz 1992, S. 7–39.
Schumann, Peter: Gerhard Ritter und die deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag, hrsg. von Mitarbeitern und Schülern, Göttingen 1982, S. 399–415.
Sept décennies de relations franco-allemandes 1918–1988. Hommage à Joseph Rovan. Sous la direction de Gilbert Krebs, Asnières 1989.

Sharp, Tony: The Wartime Alliance and the Zonal Division of Germany, Oxford 1975.
Sirinelli, Jean-François (Dir.): Générations intellectuelles. Effets d'âge et phénomènes de génération dans le milieu intellectuel français, Paris 1987.
–: Les khâgneux et normaliens des années 1920: un rameau de la 'génération de 1905'?, in: ebenda, S. 39–48.
–: Génération intellectuelle. Khâgneux et normaliens dans l'entre-deux-guerres, Paris 1988.
Soutou, Georges-Henri: La politique française à l'égard de la Rhénanie 1944–1947, in: Hüttenberger/Molitor (Hrsg.): Franzosen und Deutsche am Rhein, S. 47–66.
Stamm, Thomas: Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945–1965, Köln 1981.
Steil-Beuerle, Elisabeth: Erinnerungen an die Wiedereröffnung der Mainzer Universität, in: Jahrbuch der Vereinigung „Freunde der Universität Mainz", 25./26. Band (1976/1977), S. 193–207.
Steininger, Rolf: Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden, Frankfurt 1983.
Süß, Martin: Rheinhessen unter französischer Besatzung. Vom Waffenstillstand im November 1918 bis zum Ende der Separatistenunruhen im Februar 1924, Stuttgart/Wiesbaden 1988.
Tent, James F.: Education and Religious Affairs Branch, OMGUS und die Entwicklung amerikanischer Bildungspolitik 1944 bis 1949, in: Heinemann (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau, S. 68–85.
–: Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American-Occupied Germany, Chicago/London 1982.
Tétard, Françoise: Jeunesse unique: autour de quelques discours, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 49–50, S. 107–114.
–: L'histoire d'un malentendu: les politiques de la jeunesse à la Libération, in: Les Cahiers de l'Animation, No. 57–58, S. 81–99.
Thielicke, Helmut: Begegnungen und Erfahrungen, Wuppertal 1977.
–: Zu Gast auf einem schönen Stern. Erinnerungen, Hamburg 1984.
Thieme, Karl: Ein hochschulpädagogisches Experiment: Das Auslands- und Dolmetscherinstitut in Germersheim, in: Jahrbuch der Vereinigung „Freunde der Universität Mainz", 6. Bd. (1957), S. 74–79.
Thierfelder, Jörg: Die Besatzungsmacht Frankreich und die evangelischen Kirchen in der französischen Zone, in: RA 21 (1989), S. 557–566.
–: Die Kirchenpolitik der Besatzungsmacht Frankreich und die Situation der evangelischen Kirche in der französischen Zone, in: Kirchliche Zeitgeschichte 2 (1989), S. 221–238.
Thies, Jochen/von Daak, Kurt: Südwestdeutschland Stunde Null. Die Geschichte der französischen Besatzungszone 1945–1948, Düsseldorf 1979.
Tiemann, Dieter: Deutsch-französische Jugendbeziehungen der Zwischenkriegszeit, Bonn 1989.
–: Zweigstelle Paris des DAAD und Institut Français de Berlin. Zwei Einrichtungen der auswärtigen Kulturpolitik mit jugendpolitischer Orientierung, in: Bock et al. (Dir.): Entre Locarno et Vichy, S. 287–300.
Tonnelat, Ernest: Das „Institut germanique" der Pariser Universität, in: Deutsch-französische Rundschau 1928, S. 813–819.
–: L'organisation de l'enseignement en Allemagne occupée, in: Politique Etrangère 10, 2 (Octobre 1945), S. 161–168.
Touchard, Jean: Le gaullisme 1940–1969, Paris 1978.
Trebitsch, Michel: Le groupe „Philosophies", de Max Jacob aux surrealistes, in: Sirinelli (Dir.): Générations intellectuelles, S. 29–38.
Trouillet, Bernard: Das deutsch-französische Verhältnis im Spiegel von Kultur und Sprache, Weinheim/Basel 1981.
Umlauff, Ernst: Der Wiederaufbau des Buchhandels. Beiträge zur Geschichte des Büchermarktes in Westdeutschland nach 1945, Frankfurt 1978.
Universität des Saarlandes 1948–1988, hrsg. im Auftrag des Universitätspräsidenten von Heinen, Armin/Hudemann, Rainer, 2., erw. Aufl. Saarbrücken 1989.
Unteutsch, Barbara: Vom Sohlbergkreis zur Gruppe Collaboration. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen anhand der Cahiers Franco-Allemands/Deutsch-Französische Monatshefte, 1931–1944, Münster 1990.

Vaillant, Jérôme: Was tun mit Deutschland? Die französische Kulturpolitik im besetzten Deutschland von 1945 bis 1949, in: Heinemann (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau, S. 201–210.
– (Ed.): La dénazification par les vainqueurs. La politique culturelle des occupants en Allemagne 1945–1949, Lille 1981.
– (Hrsg.): Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949. Berichte und Dokumente, Konstanz 1984.
–: Bildungspolitik und Öffentliche Meinung, in: Knipping/Le Rider (Hrsg.): Frankreichs Kulturpolitik, S. 135–157.
–: Einführung in die kulturellen Aspekte der französischen Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949, in: Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949, S. 62–67.
–: Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949, in: Hüttenberger/Molitor (Hrsg.): Franzosen und Deutsche am Rhein, S. 203–217; frz.: Aspects de la politique culturelle de la France en Allemagne 1945–1949, in: Ménudier (Dir.): L'Allemagne occupée, S. 201–220.
Vermeil, Edmond: L'Allemagne contemporaine (1919–1924). Sa structure et son évolution politiques, économiques et sociales, Paris 1925.
–: L'Allemagne et les démocraties occidentales. Les conditions générales des relations franco-allemandes, Paris 1931.
–: Doctrinaires de la révolution allemande (1918–1938), Paris 1938 (Neuauflage 1948).
–: L'Allemagne. Essai d'explication, Paris 1939 (13. Aufl. 1945).
–: Le problème allemand, vue d'ensemble, in: ders. et al.: Quelques aspects du problème allemand, Paris 1945, S. 17–96.
–: Les Alliés et la rééducation des Allemands, in: Politique Etrangère 12, 6 (1947), S. 599–622; wieder abgedruckt in: Liddell, Helen/Vermeil, Edmond/Suchodolski, Bogdan (Eds.): Education in Occupied Germany – L'éducation de l'Allemagne occupée, Paris 1949, S. 23–54.
Virally, Michel: Die internationale Verwaltung Deutschlands vom 8. Mai 1945 bis 24. April 1947, Baden-Baden 1948.
Vollnhals, Clemens: Dokumentation: Das Reichskonkordat von 1933 als Konfliktfall im Alliierten Kontrollrat, in: VfZ 35 (1987), S. 677–706.
Walchner, Martin: Entwicklung und Struktur der Tagespresse in Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern, Sigmaringen 1986.
Der Weg zum Südweststaat. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Bearb. und Red.: Jörg Thierfelder/Uwe Uffelmann, Karlsruhe 1991.
Weinacht, Paul-Ludwig: Land Baden (Südbaden), in: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2. Aufl. Stuttgart 1987, S. 208–231.
– (Hrsg.): Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre. Badische Politik nach 1945. Gedenkschrift zum 100. Geburtstag Leo Wohlebs (1888–1955), Sigmaringendorf 1988.
Welzel, Horst: Rundfunkpolitik in Südwestdeutschland 1945–1952. Zu den Auseinandersetzungen um Struktur und Verfassung des Südwestfunks, Hannover 1976.
Die Wiedereröffnung der Mainzer Universität 1945/46. Dokumente, Berichte, Aufzeichnungen, Erinnerungen. Bearb. von Helmut Mathy, Mainz 1966.
Wiedergeburt des Geistes. Die Universität Tübingen im Jahre 1945. Bearb. von Schmid, Manfred/Schäfer, Volker. Katalog zu einer Ausstellung aus den Beständen des Tübinger Universitätsarchivs, Tübingen 1985.
Willis, Frank Roy: The French in Germany 1945–1949, Stanford 1962.
–: France, Germany, and the New Europe, 1945–1967. Revised and expanded edition, London/Oxford/New York 1968.
Winkeler, Rolf: Schulpolitik in Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Eine Analyse der Auseinandersetzungen um die Schule zwischen Parteien, Verbänden und französischer Besatzungsmacht, Stuttgart 1971.
–: Das Scheitern einer Schulreform in der Besatzungszeit. Analyse der Ursachen am Beispiel der französisch besetzten Zone Württembergs und Hohenzollerns von 1945 bis 1949, in: Heinemann (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau, S. 211–228.
Wittwer, Wolfgang W.: Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur politischen Schulgeschichte im Reich und in Preußen, Berlin 1980.

Witz, Cornelia: Simultanschule und Bekenntnisschule im Widerstreit. Die Schulfrage im Erzbistum Freiburg 1945–1953, in: Freiburger Diözesanarchiv 105. Band (1985), S. 373–466.
Wolfrum, Edgar: Das französische Besatzungsarchiv in Colmar. Quelle neuer Einsichten in die deutsche Nachkriegsgeschichte 1945–1955, in: GWU 40 (1989), 2, S. 84–90.
–: Französische und deutsche Neugliederungspläne für Südwestdeutschland 1945/46, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 137 (1989), S. 428–452.
–: Französische Besatzungspolitik in Deutschland nach 1945. Neuere Forschungen über die „vergessene Zone", in: Neue Politische Literatur 35 (1990), S. 50–62.
–: Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der „vergessenen Zone" bis zur Bildung des Südweststaates 1945–1952, Düsseldorf 1991.
Yagil, Limore: „Jeunesse de France et d'outre-mer" et la vision de l'„homme nouveau" dans la France de 1940–1944, in: Guerres mondiales et conflits contemporains 158 (Avril 1990), S. 93–104.
Young, Robert J. (Ed.): French Foreign Policy 1918–1945. A Guide to Research and Research Materials, Wilmington (Del.) 1981.
Zauner, Stefan: Aspekte französischer Kulturpolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Das „Centre d'Etudes Françaises" in Tübingen 1946 bis 1961, Magisterarbeit, Universität Tübingen 1986.
–: Gründung und Anfänge des Französischen Kulturinstituts in Tübingen (1946–1951), in: Knipping/Le Rider (Hrsg.): Frankreichs Kulturpolitik, S. 265–274.
–: Württemberg-Hohenzollern, in: Der Weg zum Südweststaat, S. 55–74.
–: Demokratischer Neubeginn? Die Universitäten in der französischen Besatzungszone (1945–1949), in: Rauh-Kühne, Cornelia/Ruck, Michael (Hrsg.): Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930–1952, München 1993, S. 333–361.
Ziebura, Gilbert: Die Idee der Demokratie in der französischen Widerstandsbewegung, in: Berges, Wilhelm/Hinrichs, Carl (Hrsg.): Zur Geschichte und Problematik der Demokratie. Festgabe für Hans Herzfeld, Berlin 1958, S. 355–373.
–: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970.

Schriftliche und mündliche Auskünfte

Alain Richard (Conseiller Culturel der französischen Botschaft in Bonn), schriftliche Mitteilung an den Verf. vom 4. Februar 1986.
Jean-Charles Moreau, Interview mit Freiburger Doktoranden am 9.–10. Mai 1988 in Dôle, Tonbandprotokoll, geführt von Reinhard Grohnert et al., Abschrift im Besitz des Verf.
Henri Auger, Interview mit Freiburger Doktoranden am 26. September 1989, Tonbandprotokoll, geführt von Reinhard Grohnert et al., Abschrift im Besitz des Verf.
Robert Marquant, Gespräch mit dem Verf. in Paris am 7. April 1989.
Geneviève Carrez, Telefongespräch mit dem Verf. am 10. März 1992.
Jean-Charles Moreau, Telefongespräch mit dem Verf. am 16. März 1992.

Abkürzungen

ACJF	Association Catholique de la Jeunesse de France
AJ	Auberges de Jeunesse
AMFA	Administration Militaire Française en Allemagne
ASTO	Assimilés Spéciaux pour les Territoires Occupés
BILD	Bureau International de Liaison et de Documentation
BSM	Bureau des Spectacles et de la Musique (Baden-Baden)
CCFA	Commandement en Chef Français en Allemagne
CEF	Centre(s) d'Etudes Françaises
CFLN	Comité Français de Libération Nationale (Algier)
CGAAA	Commissariat Général aux Affaires Allemandes et Autrichiennes (Paris)
CGT	Confédération Générale du Travail
CIAAA	Comité Interministériel aux Affaires Allemandes et Autrichiennes (Paris)
CIMADE	Comité Inter-Mouvements Auprès des Evacués
CISH	Comité International des Sciences Historiques
CNF	Comité National Français (London)
CNRS	Centre National de la Recherche Scientifique (Paris)
COGMA	Centre d'Organisation du Gouvernement Militaire en Allemagne (Paris)
DEP	Direction (seit Frühjahr 1948: Division) de l'Education Publique (Baden-Baden)
DGAA	Direction Générale des Affaires Administratives (Baden-Baden)
DGAC	Direction Générale des Affaires Culturelles (Mainz)
DGRC	Direction Générale des Relations Culturelles (Paris)
DI	Direction (seit Frühjahr 1948: Division) de l'Information (Baden-Baden)
EA	Europa-Archiv
EAC	European Advisory Commission (London)
ENA	Ecole Nationale d'Administration (Paris)
FDJ	Freie Demokratische (bzw. Deutsche) Jugend
FFI	Forces Françaises de l'Intérieur
FFL	Forces Françaises Libres
FIAT	Field Intelligence Agency, Technical
FRUS	Foreign Relations of the United States
FTP	Franc-Tireurs et Partisans
FUJP	Forces Unies des Jeunesses Patriotiques
GEMA	Gesellschaft für musikalische Aufführungsrechte und mechanische Vervielfältigungsrechte
GER	German Educational Reconstruction
GFCC	Groupe Français du Conseil de Contrôle (Berlin)
GMFB	Gouvernement Militaire Français de Berlin
GMZFO	Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation (Baden-Baden)
GPRF	Gouvernement Provisoire de la République Française (Algier/Paris)

GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HCRFA	Haut-Commissariat de la République Française en Allemagne (Bonn)
HJ	Hitlerjugend
HZ	Historische Zeitschrift
IB	Internationaler Bund für Kultur- und Sozialarbeit (Tübingen)
JAC	Jeunesse Agricole Chrétienne
JEC	Jeunesse Etudiante Chrétienne
JOC	Jeunesse Ouvrière Catholique (bzw. Chrétienne)
JO-CCFA	Journal Officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne
JO-RF	Journal Officiel de la République Française
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
KWI	Kaiser-Wilhelm-Institut(e)
MMAA	Mission Militaire pour les Affaires Allemandes
MPI	Max-Planck-Institut(e)
MRP	Mouvement Républicain Populaire
NKWD	Narodnyi Kommissariat Wnutrennych Del (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OMGUS	Office of Military Government in Germany, United States
ONUEF	Office National des Universités et Ecoles Françaises (Paris)
PEC	Peuple et Culture (Paris)
RA	Revue d'Allemagne
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor Berlins
RPF	Rassemblement du Peuple Français
SEAAA	Secrétariat d'Etat pour les Affaires Allemandes et Autrichiennes (Paris)
SFIO	Section Française de l'Internationale Ouvrière
SHAEF	Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force
STO	Service du Travail Obligatoire
SURE	Service Universitaire des Relations avec l'Etranger (Paris)
TEC	Travail et Culture (Paris)
TET	Tourisme et Travail (Paris)
UJRF	Union de la Jeunesse Républicaine de la France
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Paris)
UPOJ	Union Patriotique des Organisations de Jeunesse
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
ZFO	Zone Française d'Occupation

Personenregister

Abetz, Otto 25, 195
Achard, Marcel 297
Adenauer, Konrad 325
Aischylos 290
Alain (d.i. Chartier, Emile) 49, 52, 54
Altmeier, Peter 126f.
Andler, Charles 21ff.
Angelloz, Joseph-François 84, 274, 298
Anouilh, Jean 290, 297
Aragon, Louis 162
Arnaud, Jean 274, 279–282, 284f., 294f., 302, 310
Aron, Raymond 66, 297f.
Arnoux, Alexandre 290
d'Astier de la Vigerie, Henri 32
Auric, Georges 289

Baden-Powell, Robert 48, 166
Baillou, Jean 256
Bainville, Jacques 42
Bakunin, Michail 299
de Balzac, Honoré 54, 297
Banuls, André 209
Barbusse, Henri 49
Barrault, Jean-Louis 297
Barth, Karl 185, 222f.
Basdevant, André 152
Baty, Gaston 297
Baumont, Maurice 274
Beaupin, Etienne 191
Bécart, Etienne 154
Beißner, Friedrich 232
Bérard, Armand 220
Bertaux, Félix 274
Bertaux, Pierre 24
Berthelot, Marcel 62
Beuve-Méry, Hubert 52, 161
Bevin, Ernest 198
Bidault, Georges 92, 96, 98, 103ff., 108–111, 119, 154
Birley, Robert 128f., 132ff.
von Bismarck, Klaus 197
von Bismarck, Otto 217
Bittel, Kurt 232
Blum, Léon 34, 44, 50, 115, 152
Bock, Lorenz 178
Boegner, Marc 190
Bonnefoy 288
Bonsels, Waldemar 287
Boucher, François 272, 276
de Bourbon-Busset, Jacques 256
Bourdan, Pierre 162
Bourdet, Claude 44
Bousquet, Jean 301
Briand, Aristide 24f.
Bruckner, Anton 289
Brunschvig, Henri 196
Büttner, Heinrich 221
Burda, Franz 77, 284
Butenandt, Adolf 203f., 232

Cacérès, Benigno 53f., 159
Calderón de la Barca, Pedro 297
Callot, Emile 262f., 312
Cannac, René 83, 116f., 274, 295f.
Capitant, René 19, 32f., 38f., 67f., 84, 86, 139f., 152, 154, 162, 236, 270, 278f.
Carré, Jean-Marie 66, 279
Casalis, Georges 190, 286
Cathala, J., 35f.
Catroux, Georges 30
von Chamisso, Adelbert 79
de Charmasse, Christian 257, 261, 309
Châtelet, Albert 153, 158
Chauvel, Jean 108
Cheval, René 186, 204, 208, 212–216, 222–225, 227, 232f., 248, 267, 269f., 324
Christophe 276
Chruschtschow, Nikita 31
Churchill, Winston 31, 308
Clarac, Achille 303, 309, 315
Claudius, Matthias 287
Clay, Lucius D. 131–135
Cocteau, Jean 289f., 297
Couve de Murville, Maurice 105, 119, 133
Crochot 288, 292, 295

Darlan, François 32
Déa, Marie 291
Debré, Michel 112, 115ff., 119, 122
Debussy, Claude 289
Dejean, Maurice 30, 63
Delobel, Jean 264
Deshayes, Jacques 163, 167, 171, 173, 179, 183, 191, 195, 324
Deshusses, Georges 256–262, 265–268, 324
Devers, Jacob L. 59
von Dietze, Constantin 225ff., 286
Döblin, Alfred 144, 283, 287

Dosseur 276
Duhamel, Georges 66
Dullin, Charles 291, 297
Dumazedier, Joffre 52–55, 159
Dumesnil, Jacques 291
Dupouey, Michel 187
Durey, Louis 289
Durry, Marcel 33, 36, 38, 140

Eckert, Erwin 217
Ehrenburg, Ilja 31
von Eichendorff, Joseph Freiherr 79
Eichholz, Fritz 239, 245, 247
Eichholz, Gerta 20
Eisenhower, Dwight D. 59f.
Engels, Friedrich 56, 299
Erzberger, Matthias 226
Escande, Maurice 291

Falkenburger, Paul 209, 229
Fauth 275f.
Fawtier, Robert 219
Fichte, Johann Gottlieb 79
Flamand, Paul 161
Fouché, Paul 204
François, Michel 114, 272f., 276
François-Poncet, André 135, 198f., 222, 286, 318, 324
Frenay, Henri 32
Friedrich II. von Preußen 22
Fritz 226ff.

Gaborit, Roger 84, 124
von Galen, Clemens August Graf 224
Gamillscheg, Ernst 232
Garreau, Roger 32
de Gaulle, Charles 19f., 30ff., 35f., 39–43, 55, 59–66, 86f., 102, 154f., 238, 279, 299
Gérard, Francis 44f.
Giacobbi, Paul 154
Gilbert 276
Giono, Jean 48, 51, 54, 56
Giraud, Henri-Honoré 32, 155
Giraudoux, Jean 297
Giron, Charles 32
Giron, Irène 32, 68, 85, 114, 128, 134, 163, 169, 252, 275
Glässer, Edgar 243
von Glasenapp, Helmuth 232
Goebbels, Josef 279f.
Göhring, Martin 221
Goerdeler, Carl 217
Göring, Hermann 76
von Goethe, Johann Wolfgang 26, 54, 79, 215
Gouin, Félix 154
Grace, Alonzo 128, 133ff., 141
Graff, Jean 114, 128, 188
Grappin, Pierre 45f., 150, 216
Grautoff, Otto 307
Grimme, Adolf 105
Gromand, Roger 113, 126
Grosser, Alfred 197, 324
Grumbach, Salomon 84, 139
Guardini, Romano 214, 228, 232
Guéhenno, Jean 152f., 158
Guillaume, Augustin 113

Haacke, Wilmont 287
d'Harcourt, Robert 21, 84, 297
Hartmann, Heinrich 170f.
Hebel, Johann Peter 287
Heidegger, Martin 225
Heine, Heinrich 79
Hepp, Eugène 60, 80, 83, 85, 114, 138, 192, 243, 256, 277, 282, 295f., 301–304, 307, 314
Herr, Lucien 23
Herriot, Edouard 316
Herwegh, Georg 79
Hesnard, Oswald 25
Hettier de Boislambert, Claude 102f., 189, 237, 246, 253f., 261, 264
Heuss, Theodor 324
Hitler, Adolf 28, 30, 40, 42f., 63, 70f., 146, 151, 166, 211, 230, 299, 310
Hoffmann von Fallersleben, August Heinrich 79
Holzamer, Karl 221, 252
Hombourger, René 288, 292f.
Honegger, Arthur 289
d'Huart, Pierre 304f., 309f., 312
Humblot, Henri 163, 167f., 170f., 174–177, 181f., 186f., 195, 324
von Humboldt, Wilhelm 241
Hummelsheim, Walter 238

Jaspers, Karl 241
Jean Paul 79
Joliot-Curie, Frédéric 248
Jordy, Maurice 303, 311
Jousset, L. 304
de Jouvenel, Bertrand 21, 46
de Jouvenel, Sarah Claire Boas 46
Jouvet, Louis 291, 297
Joxe, Louis 234, 256, 274, 316

Kant, Immanuel 79, 253
Keller, Louis 305ff., 317

Kern, Fritz 221, 252
Koeltz, Louis-Marie 59f., 83, 301
Koenig, Pierre-Marie 15f., 20, 30, 60ff., 65, 70–73, 79, 82ff., 88, 90, 92–98, 100, 104ff., 108–111, 113–117, 120–124, 126f., 129f., 134–137, 164, 167, 176, 190, 193, 203, 209f., 216, 231, 239f., 246f., 249–252, 258f., 261, 268, 279, 282, 286, 293f., 296, 298, 300f., 304, 312f., 315f.
Kretschmer, Ernst 232
Kühn, Alfred 232

Lacant, Jacques 208, 212f., 324
Laffon, Emile 16, 61f., 64ff., 68ff., 73–77, 82, 88, 90, 92f., 95f., 99, 101, 103–106, 112f., 138, 143, 164–167, 172, 179, 206, 210, 215, 225f., 228, 231, 237, 246, 252, 255, 259, 262, 271, 276, 280f., 284, 292, 321
Lagrange, Léo 49f., 57, 152, 154
Lahy, Bernard 232
Lalouette, Roger 84, 256, 294
Lampe, Adolf 225
Langevin, Paul 39, 49, 139, 141ff., 160, 162
Lapie, Pierre-Olivier 93, 115
de Lattre de Tassigny, Jean 19, 59f., 66f., 279
Laurent, H. J. 307f., 312
Laval, Pierre 50
Ledoux, Fernand 291
Lengrand, Paul 54
Lessing, Gotthold Ephraim 79
Lévy-Bruhl, Lucien 22
Lichtenberger, Henri 21–24
List, Friedrich 286
Lortz, Joseph 222
Ludwig XIV. von Frankreich 272
Lukács, Georg 225
Lusset, Félix 25, 260f., 266, 268, 274, 294–317, 320, 322
Luther, Martin 20, 22, 147, 222

Marcel, Gabriel 66, 298
Marchat, Jean 291
Maréschal, Louis 274, 283, 286
Maritain, Jacques 252
de Marivaux, Pierre Carlet de Chamblain 297
Marquant, Robert 68, 85
Marshall, George 96, 107f., 118
Martin, Jacques 280f.
Marx, Jean 256
Marx, Karl 54, 56, 299
Massigli, René 129f.,
Maurras, Charles 42
Maurice, François 85, 114, 207
Mayer, René 62, 114
McCloy, John J. 134f.
Mérimée, Prosper 29
Mendès-France, Pierre 325
Michel, Otto 233
Michelet, Edmond 55
Milhaud, Darius 289
Milon de Peillon 307
Moinard, Henri 114, 163, 166
Molière, Jean-Baptiste 290, 297
Molnár, Ferenc 297
Molotow, Wjatscheslaw 31
Monnet, Bertrand 275
de Montesquieu, Charles de Secondat, Baron de la Brède et 253
Morazé, Charles 60, 218, 274
Moreau, Jean-Charles 51, 57, 163f., 169, 179, 182, 187f., 190, 194f., 197f., 324
Morice, André 155
Mougin, J. 276, 294
Mounier, Emmanuel 47, 52, 54f., 157, 161, 174, 195f., 314, 324
Müller, Gebhard 178
Murphy, Robert D. 60, 123
de Musset, Alfred 290

Nabholz, Hans 218, 220
Naegelen, Marcel-Edmond 84, 97, 139, 154f.
Napoléon I. Bonaparte 28f., 64, 273
Navarre, Henri 70
Nietzsche, Friedrich 56
Noelle, Elisabeth 232
Noiret, Roger 113, 255, 301

Oestreich, Paul 144
Ollenhauer, Erich 184
Ortega y Gasset, José 56
Ott, Barthélemy 84

de Panafieu, François 307
de Pange, Jean 221
Paris, Jacques-Camille 132
Parodi, Alexandre 316
Péchoux, Pierre 301
Pène, Pierre 103, 172, 230f., 264, 298
Pétain, Philippe 30, 35, 50f., 54, 57, 152, 162, 164
Petiot 307
Petry, Ludwig 221
Philip, André 152, 158, 298, 316
Picard de la Vacquerie 191
Pigeonneau, J. 307–310, 312
Plessner, Helmuth 23

Poher, Alain 131
Poissonnier 276ff.
Poulenc, Francis 289
Pringsheim, Fritz 228, 230, 234
Proudhon, Pierre Joseph 299

Racine, Jean 297
Ramadier, Paul 96, 107, 115, 154f.
Rauschning, Hermann 23
Reatz, August 247
Redslob, Robert 234
Regnard, Jean-François 290
Renouvin, Pierre 219
Ripert, Jean 167
Ritter, Gerhard 217–220, 222, 225
du Rivau, Jean 18, 104, 324
Rivet, Paul 49
Robert, Pierre 171
Robert-Dumas, Charles 66
Rolland, Romain 49
Romains, Jules 297
Rommel, Erwin 60
Roosevelt, Franklin D. 31
Roser, Dieter 178
Rosenberg, Alfred 76
Roure, Rémy 196
Rousseau, Jean-Jacques 253
Rousset, David 196
Roussin, André 297
Roux, Gaston 155
Rovan, Joseph 47f., 54f., 57, 159, 161, 179, 181, 197, 199

Sabatier, Maurice 68, 70, 82, 95, 112f., 128, 176, 279
Salacrou, Armand 291, 297
Sangnier, Marc 157
Santelli, César 85, 291, 315–318
Sarrailh, Jean 84
Satie, Erik 289
Sauer, Albert 178
Sauzin, Louis 114, 207, 209, 212, 224, 226ff., 241
Savary, Alain 115
Schieffer, Theodor 221
Schiller, Friedrich 79
Schlumberger, Jean 66
Schmid, Carlo 123, 170f., 178, 214, 227, 232, 257, 324
Schmid, Josef 238, 240, 243, 245, 247, 251
Schmittlein, Raymond 11, 14ff., 19ff., 25f., 29–33, 36–39, 41, 45, 47, 51, 57, 67–75, 79f., 82–95, 97–107, 112ff., 117–120, 124–139, 141–150, 152, 160, 163, 168ff., 176f., 179, 182, 190ff., 198ff., 202, 204f., 207f., 210–213, 215–226, 228–231, 233, 236–252, 254–265, 268–272, 274–288, 290f., 294f., 299ff., 303, 312ff., 316, 318, 320, 322, 324f.
Schneiter, Pierre 62, 110f., 114f., 240
Schönberg, Arnold 289
Schubert, Friedrich 289
Schumacher, Kurt 184
Schuman, Robert 107, 114f., 119, 124, 127, 132f., 135, 155, 238, 313, 315
Schwartz, Pierre 163
Seydoux, Roger 256
Seydoux de Clausonne, François 277
Siegfried, André 60, 66, 298
Siemsen, Anna 144
Sorbac, P. 304
Soustelle, Jacques 279
Spenlé, Jean-Edouard 21, 299
Sperber, Manès 118, 274
Spicer, Nigel 297
Spranger, Eduard 232
Süsterhenn, Adolf 89, 102, 104, 125, 127
de Staël, Germaine 22
Stalin, Josef 30, 42
Steffan, Jakob 245
Steguweit, Heinz 287
Steinbüchel, Theodor 214, 216, 227f.
Stendhal 54
Strasser, Otto 287
Strauss, Johann 289
Strawinski, Igor 289
Stresemann, Gustav 24
Sturm, Marcel 190, 283

Tailleferre, Germaine 289
Tanguy, Albert 181
Tarbé de Saint-Hardouin, Jacques 70ff., 92–95, 104f., 113, 115, 120ff., 134, 231, 239, 250, 261, 294, 298, 300, 304, 309, 311ff., 315ff.
Thielicke, Helmut 214, 217, 222ff., 226, 232
Thieme, Karl 251f.
Thimonnier, René 271f., 288–297
Tillessen, Heinrich 226, 230
Thoraval, René 303
Tirard, Paul 28
Tonnelat, Ernest 21, 84, 208
Truman, Harry S. 96, 107
de Turenne, Henri de la Tour d'Auvergne, Vicomte 273

Vaucher, Paul 40
Vermeil, Edmond 21–24, 33, 40f., 54, 60, 66, 80f., 84, 117ff., 146f., 149, 151, 196, 208, 211f., 215, 217, 274, 297, 299
Viénot, Andrée 154, 162
Vincent, Noël, 291

Wagner, Richard 289
Wallon, Henri 39, 84, 139–143, 160, 162
Walser 234
Webel, Philippe 209
Weill, Gilbert 306
Weischedel, Wilhelm 233
Widmer, Guillaume 103, 170, 186, 254, 264
Wohleb, Leo 111, 191, 229f.
Wolff, Martin 234
Wühr, Wilhelm 221
Wustner, H., 163, 185

Zay, Jean 34ff., 38, 153
Zook, George F. 100